# Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben





**Duncker & Humblot reprints** 

# Schriften

des

# Vereins für Socialpolitik.

#### XCIX.

Arbeiter in den Verkehrsgewerben.



## **Leipzig,** Verlag von Duncker & Humblot. 1902.

## Untersuchungen

über die

# Lage der Angestellten und Arbeiter

in ben

## Verkehrsgewerben.

Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik.



**Leipzig,** Verlag von Duncker & Humblot. 1902. Alle Rechte vorbehalten.

#### Borwort.

Gelegentlich der Erörterungen des Ausschuffes des Bereins für Socialpolitik im September 1897 über den Antrag, die Berkehrspolitik, welche
bezüglich der deutschen Binnenwasserstraßen und Eisenbahnen besolgt wird
und die Konkurrenz dieser beiden Berkehrswege einer Untersuchung zu unterziehen, wurde der Antrag gestellt und angenommen, die Berhältnisse der in
den Verkehrsgewerben beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu erörtern.
Für beide Seiten der Verkehrsstrage, sür die wirtschäftliche wie die socialpolitische wurden besondere Kommissionen bestellt, zunächst unter dem Vorsitz
des Herrn Geh. Reg.=Rats Pros. A. Wagner. Nachdem dieser insolge der
überlastung mit anderen Arbeiten den Vorsitz niedergelegt hatte, ging die
Leitung der socialpolitischen Kommission, welcher die Ausgabe zugewiesen
war, die Arbeits= und Lohnverhältnisse der in den Verkehrsanstalten angestellten Beamten und Arbeiter zu untersuchen, im März 1898 auf den
Unterzeichneten über.

Die Kommission erörterte die Art und den Umsang ihrer Aufgabe, sowie die Art ihres Vorgehens und stellte Grundsätze auf für die anzustellenden Erhebungen und ein Erhebungssormular für die den Arbeitern und Angestellten vorzulegenden Fragen.

Der Ausschuß beschloß, dem Vorschlage der Kommission entsprechend, die Erhebungen auf die preußischen, die bayrischen, die sächsischen, die württembergischen, die badischen und die österreichischen Staatsbahnen, sowie auf die privaten und öffentlichen Straßenverkehrsgewerbe auszudehnen, auch den Versuch zu machen, kürzere Arbeiten über die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Angestellten in der Schweiz, England, Amerika und Frankreich zu veranlassen, die wenn sie auch nicht erschöpfend sein würden, doch wertvolle Vergleichspunkte sür die Beurteilung der heimischen Verhältnisse bieten sollten. Junächst aber wurde ein Unterausschuß beaustragt, das in den Verichten und Ventschriften der preußischen Staatseisenbahnverwaltung vorliegende Material auf seine Brauchbarkeit sür die Zwecke der beschlossenen Erhebungen zu prüsen.

VI Vorwort.

So war ein sohnendes Ziel gesteckt und ein erheblicher Erfolg für die Austlärung socialpolitischer Berhältnisse, die bisher der eingehenden Forschung entzogen waren, stand in Aussicht, wenn es gesang einerseits die Staatseisenbahnverwaltungen geneigt zu machen, die nötigen Erhebungen mit dem Berein sür Socialpolitik gemeinsam oder doch in Übereinstimmung mit ihm vorzunehmen, andererseits die geeigneten Reserenten sür die Straßenverkehrsegewerbe einer Anzahl größerer Städte, als welche Berlin, Köln, Hamburg, Posen, Bressau, Frankfurt a./M., München und Dressden in Aussicht gesnommen waren, und sür das Aussand zu sinden.

Mit lebhaftem Bedauern muß konstatiert werden, daß beide Voraus= setzungen nicht eingetroffen sind.

Die von dem hierzu bestellten Unterausschuß vorgenommene Prüsung der Berichte und Denkschriften der preußischen Staatseisenbahnverwaltung hatte ergeben, daß das in denselben enthaltene Material jür die Zwecke der beabsichtigten Erhebungen nicht hinreichend war. Der Berein wandte sich daher in der nachstehend abgedruckten Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Bitte, ihm zur Erreichung der gesteckten Ziele seine Unterstützung gewähren zu wollen. Die Wiedergabe ersolgt wörtlich, weil aus ihr der Weg ersichtlich wird, den der Ausschuß sür gangbar hielt und gehen wollte, um ein möglichst zutreffendes Bild der Arbeits= und Lohnverhältnisse der Angestellten und Arbeiter des größten Verkehrsgewerbes Deutschlands zu erhalten.

"An Se. Exelleng ben Minifter ber öffentlichen Arbeiten

Berlin.

Der Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hat in seinen Sitzungen vom September v. Ihs. und März d. Ihs. beschlossen, die Dienste, Arbeits= und Lebensverhältnisse der unteren Beamten, der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen und das gewonnene Material nach ersolgter Bearbeitung in den Vereinsschriften zu veröffentlichen.

Die Erhebungen sollen bei den Eisenbahnen die unteren Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter der Betriebs-, Maschinen-, Berkehrswerkstätten und Telegrapheninspektionen umsassen. Für die Königlich Preußischen Staatseisenbahnen liegt in den amtlichen Berichten über deren Ergebnisse und in der dem Abgeordnetenhause anläßlich der Unsälle von 1897 vorgelegten Denkschrift ein reichliches Material vor, welches Angaben über die Zahl und Beschäftigung der Angestellten, deren EntVII VII

Iohnung, Dienstdauer, Ruhepausen, über Wohlsahrtseinrichtungen, sowie Bergleichsziffern aus früheren Spochen und Daten hinsichtlich anderer Eisenbahnunternehmungen enthält. Wenn dieses Material dem Verein sür Socialpolitik für seine Zwecke nicht hinreichend erscheint, so liegt das an dem Umstande, daß die Veröffentlichungen der Königl. Eisenbahnbehörden den Zweck hatten, ein allgemeines durchschnittliches Vild zu geben und daß daher auch die Angaben und Tabellen überwiegend auf großen Durchschnitten aufgebaut sind, während der Verein danach strebt, ein möglichst zutressends Vild der Lage des Individuums zu geben. Er glaubt, daß, um diesen Zweck zu erreichen, es notwendig ist, den Weg, den er bei Erhebungen über wirtschaftliche Verhältnisse mit Ersolg einzeschlagen hat, zu gehen: den der Detailerhebung durch Ausgabe von Fragebogen und durch Vernehmung einzelner Personen zur Ergänzung des gewonnenen Materials.

Selbstverständlich kann dies nur in beschränktem Maße geschehen, immerhin aber doch in einem Umfange, der thpische Bilder für jede Kategorie der Angestellten und Arbeiter in typischen Bezirken der Königl. Preußischen Eisenbahnverwaltung erkennen läßt. Der Ausschuß des Bereins für Socialpolitik ist der Meinung, daß die Erhebung in vier Bezirken zu ersolgen hätte, in einem großstädtischen (Berlin), in einem Bezirk stärksten Berkehrs (etwa im rheinisch-westfälischen Industriebezirk), in einem Bezirk starken Berkehrs (Breslau, Magdeburg, Halle oder Hannover) und in einem oder zwei Bezirken schwächeren Verkehrs, und daß sie sich auf die in der Anlage verzeichneten Gegenstände zu erstreden hätte.

<sup>1 1.</sup> Lebensalter.

<sup>2.</sup> Art der Dienstleiftungen einschl. der Nebendienfte.

<sup>3.</sup> Art und Zeitpunkt ber Anstellung: etatsmäßig unkundbar ober kundbar, als Lohnarbeiter mit ober ohne Kundigungsfrift, versichert ober pensionsberechtigt. Dauer ber Beschäftigung im Anstellungsverhältnis im letten Jahre.

<sup>4.</sup> Höhe bes festen Diensteinkommens pro Monat bezw. Woche ober Tag. Feststehende Alters- ober sonstige Zulagen.

<sup>5.</sup> Accordiohnverdienst ber letten Berechnungsperiode und Dauer der letteren. Wirklicher Berdienst bes letten Jahres.

<sup>6.</sup> Höhe der aus Nebendiensten bei der Verkehrsanstalt fließenden Bezüge in der letten Berechnungsperiode und Dauer der letteren. Wirklicher Verdienst des letten Jahres.

<sup>7.</sup> Betrag ber Prämien, Kilometergelber, Stundengelber, Nachtgelber in der letten Berechnungsperiode und Dauer der letteren. Wirklicher Verdienst bes letten Jahres.

<sup>8.</sup> Angabe der Naturalbezüge: Wohnung, Feuerung, Feldnutung, Dienstkleidung und sonstige Borteile.

VIII Borwort.

Der Verein wird Reserenten bestellen, denen die Anstellung der Ershebungen über die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter in den Vertehrsgewerben und die Bearbeitung des gewonnenen Materials obsliegen wird. Außer den Staatseisenbahnen kommen die Privats und Kleinbahnen, die Straßenbahnen verschiedener Art, der Omnibussund Droschstenverkehr in Frage.

Eine gleichartige Darstellung ist für Bahern, Sachsen, Baden und Österreich beabsichtigt. Bezüglich des Auslandes, Englands, Rordsamerikas, Belgiens, Frankreichs und der Schweiz sollen kürzere, weniger eingehende Darstellungen veröffentlicht werden.

Der Kaiserlich Öfterreichische Eisenbahnminister hat dem Mitgliede unseres Ausschusses, Prof. v. Philippovich in Wien, seine Geneigtheit ausgesprochen, unserem Unternehmen seine Unterstützung zu gewähren. Er wird einen Beamten seines Ministeriums beaustragen, in Gemeinschaft mit dem von dem Berein bestellten Reserenten den Plan der Erhebungen sestzustellen. Der vereindarte Fragedogen soll dann durch die Eisendahnsbehörden an die zu besragenden Angestellten und Arbeiter hinausgegeben und wieder eingesammelt werden. Der Reserent wird dann das Material verarbeiten und die noch zu ergänzenden Lücken seststellen, die Ergänzungen werden nach ersolgter Bereindarung durch die Behörden ersolgen. An den hierbei und zur Feststellung der allgemeinen Lebensverhältnisse der Angestellten und Arbeiter ersorderlich werdenden Besprechungen mit Einzelnen derselben wird sich auch der vom Berein bestellte Reserent beteiligen.

An Euer Exellenz richten wir nun die ergebene Bitte, uns zur Erreichung des gesteckten Zieles Ihre gütige Unterstützung gewähren zu wollen in der Weise, daß

entweder die Königl. Eisenbahnbehörden angewiesen werden, den bestellten Reserenten bei Bornahme der Erhebungen und Vernehmungen zur Seite zu stehen.

oder daß dieselben angewiesen werden, die Erhebungen und Bernehmungen unter Mitwirtung unseres Reserenten, wie das in Öfter-

<sup>9.</sup> Länge der Arbeitszeit und der Dienstbereitschaft. Tag und Nachtbienst. Ruhetage. Ruhepausen zu Haus und außerhalb des Hauses. Mahlzeiten in oder außerhalb des Hause.

<sup>10.</sup> Aussichten in beffere Stellungen aufzurücken.

<sup>11.</sup> Unterftützungskaffen. Borteile u. Beiträge. Sonftige Bohlfahrtseinriche tungen.

<sup>12.</sup> Familienverhältnisse. Wohnung. Schule. Verdienst der Frau oder ber Kinder. Preisverhältnisse im Wohnort.

Vorwort. IX

reich geschieht, selbst vorzunehmen und in beiden Fällen unseren Reserenten aus dem ihnen zur Bersügung stehenden Material diesenigen Mitteilungen zu machen, deren sie zur erschöpfenden Erledigung ihrer Aufgabe bedürsen.

Die Namen des oder der bestellten Reserenten würden wir uns gestatten, Guer Exellenz nach Erlangung Ihrer Zustimmung zu unserem Antrage mitzuteilen, auf die wir mit Rücksicht darauf zu hoffen wagen, daß die eingehende Darstellung der Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Königl. Preußischen Staatseisenbahnen die Vorteile des Staatsbahnspstems auch für diese in ein helles Licht stellen wird.

Der Borsitzende des Bereins für Socialpolitik. Schmoller. Der Borsitzende des Ausschuffes zur Untersuchung der Berhältnisse der Angestellten und Arbeiter in den Berkehrs= gewerben.

Arh. v. Berlepich."

Der Herr Minister lehnte das Gesuch ohne Angabe von Gründen ab und seinem Beispiel solgten Bayern, Sachsen, Baden, teils mit, teils ohne Begründung. Die Erhebungen waren damit unmöglich geworden, die besabsichtigte Untersuchung der dienstlichen, Arbeits= und Lohnverhältnisse der Angestellten und Arbeiter der deutschen Staatsbahnen mußte aufgegeben werden.

In Ofterreich lief die Sache einigermaßen anders.

Die österreichischen Mitglieder des Vereins für Socialpolitik hatten unter Mitwirkung des Handelsministers von Bärnreither im Sommer 1898 Verhandlungen mit dem k. k. Eisenbahnministerium gepflogen, die erkennen ließen, daß dieses geneigt sei nach gemeinsam verabredeten Grundsäßen wenn auch sormell ganz selbständig vorzugehen. Es wurde in Aussicht genommen, zunächst die Lage der Eisenbahnwächter zu erheben, und zwar ausschließlich im Bereiche der k. k. Staatsbahn. Diese Beschränkung war notwendig, weil dem Ministerium kein Mittel zu Gebote stand, die Direktionen der Privatbahnen zur Mitwirkung bei den Erhebungen heranzuziehen.

Kurze Zeit darauf trat das von Dr. v. Bärnreither geschaffene Arbeitsstatistische Amt ins Leben, und es erschien zweckmäßig, die Ershebungen über die Lage der Berkehrsbediensteten diesem Amte zu übertragen. In der ersten Situng des Beirats wurde deshalb der Antrag gestellt, das Amt wolle eine Erhebung über die Lage der Verkehrsbediensteten veranstalten. Der Antrag wurde angenommen und ein Ausschuß mit der Borbereitung der Erhebung betraut.

X Vorwort.

Inzwischen war die von dem k. k. Gisenbahnministerium selbständig vorgenommene Erhebung über die Lage der Eisenbahnwächter beendet worden.

Indem das Ministerium das sehr umsangreiche Material dem Arbeitssftatistischen Amte zusandte, war der Anlaß gegeben, den Ausschuß zu konstituieren.

Zwei Mitglieder desselben wurden beauftragt, das Material zu prüfen; und als diese Prüfung ergeben hatte, daß es in gewissenhafter Weise gesammelt sei, und daß die gegen die Erhebungen laut gewordenen Einwendungen sich nicht aufrecht erhalten ließen, beschloß der Ausschuß und sohin auch der Beirat, das Amt zu ersuchen, es möge das gesammelte Material einer wissenschaftlichen Bearbeitung unterziehen.

Zur Erhebung der Lage der Eisenbahnwächter hatte das Ministerium zwei Fragebogen hinausgegeben.

Der erste mehr allgemein gehaltene wurde von sämtlichen 9—10000 Wächtern der k. k. Eisenbahnen ausgefüllt, wobei natürlich die Beamten dort ausfüllen halsen, wo es notwenig war. Daneben wurde mittelst eines zweiten sehr in die Einzelheiten eingehenden Fragebogens die Lage von 440 Wächtern — je 40 in jedem der els Direktionsbezirke — ganz genau seftgestellt.

Mit diesen Erhebungen über die Lage der Wächter ist die Thätigkeit natürlich nicht abgeschloffen. Es wurde vielmehr beschloffen, die mehr als 10000 Röpfe umfaffenden Werkstättenarbeiter der k.t. Staatsbahnen in den Bereich der Untersuchungen einzubeziehen. Die vom Ministerium ausgearbeiteten Fragebogen wurden im Ausschuffe einer eingehenden Prüfung unterzogen und sodann in der Plenarsigung des Arbeitsbeirats angenommen. Von den Fragebogen bezieht fich der erfte auf die Zahl der Arbeiter der einzelnen Werkstätten, die Art ihrer Beschäftigung und Entlohnung u. f. w. Der zweite sucht die Berhaltniffe des einzelnen Individuums zu erfaffen. Während bemnach der erfte Fragebogen nur von der Werkstättenleitung auszufullen fein wird, ift bei Ausfüllung des zweiten eine Mitwirkung der Arbeiter gedacht. Der dritte Fragebogen endlich foll als Anhaltspunft bei der mundlich durchzuführenden Enquete dienen. Denn durch Ginfugung einer solchen in den Rahmen der vorzunehmenden Erhebungen werden diese ihre besondere Bedeutung erlangen.

Unsere österreichischen Mitglieder hoffen hiernach in kurzer Zeit über die Lage eines zwar nur kleinen Teiles der Berkehrsbediensteten, aber über diesen so genau unterrichtet zu sein, wie dies bisher noch in keinem Lande des Kontinents erreicht wurde.

Vorwort. XI

Für die Untersuchung der Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Straßenverkehrsgewerbe wurde vom Unterausschuß das nachstehend absgedruckte Programm und Erhebungssormular ausgestellt.

#### Programm.

Die Erhebungen sollen sich auf die Berhältnisse ber unteren Bediensteten und Arbeiter ber Privatposten, bes Straßenbahn-, Omnibus- und Droschkenwesens erstrecken.

Es wird angenommen, daß sie wesentlich durch Auskunft der Unternehmer und durch Bernehmungen von Sinzelpersonen geführt werden, es bleibt aber dem Referenten überlassen, sich auch auf andere Weise Information zu verschaffen, verlangt wird nur, daß sie vollständig und zuverlässig sind.

Auch die Art der Darftellung bleibt dem Referenten überlaffen.

Für die Vernehmungen wird nachstehendes Formular zu Grunde gelegt werden lönnen, welches zugleich einen Anhalt giebt für die Punkte, welche durch die Ershebungen klargestellt werden sollen.

Es wird barauf gerechnet, baß die Darstellung ber Berhältnisse im Erhebungsbezirf etwa innerhalb eines Jahres vorgelegt wird.

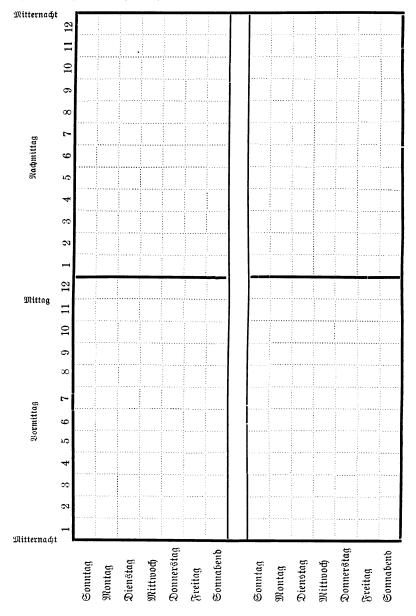
#### Erhebungsformular

für die Frage der Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Straßenverkehrsgewerbe.

- 1. Wie heißt und wie alt ift ber Befragte?
- 2. Bei welchem Unternehmer ift er beschäftigt?
- 3. Welche Art von Dienstleiftungen und Nebendiensten hat er zu verrichten?
- 4. Wann und unter welchen Bedingungen ift er angestellt? Unfündbar ober fündbar mit welcher Kündigungsfrist? Bersichert ober penfionsberechtigt? Wie lange war er im letten Jahre beschäftigt?
- 5. Wie hoch war sein festes Diensteinkommen pro Monat bezw. Woche oder Tag, wie hoch die aus Nebendiensten sließenden Bezüge im letzten Jahr? Im Falle der Accordlöhnung: wie hoch waren die Accordlöhne normiert, wie hoch war das Accordlohnverdienst im letzten Jahre?
- 6. Wurden Prämien, Kilometergelber, Stunden- und Nachtgelber gezahlt und in welcher Böhe? Wie hoch war ber Gesamtbetrag im letten Jahre?
- 7. Erhielt der Befragte Naturalbezüge: Wohnung, Feldnutzung, Dienstkleidung oder andere? Wie hoch war deren Betrag im letzten Jahre zu veranschlagen?
- 8. Wird auf eine Einnahme aus Trinkgelbern bes Publikums gerechnet? Wie hoch belief sich bieselbe im letten Jahre?
- 9. Wie lange laufen der tägliche normale Dienst und die normale Dienstbereitschaft? Wie oft kommen durchschnittlich im Monat Nebenstunden vor, wie lange dehnt sich dann in der Regel die tägliche gesamte Dienstarbeitszeit auß? Welche regelmäßigen Ruhepausen sinden statt, giebt es außer ihnen auch unregelmäßige Ruhepausen? Wie oft werden dienststreie Tage gegeben, in der Woche oder im Monat? Wieviel Stunden der Tages= und Nachtzeit umfassen diese dienststreien Tage regelmäßig? Wieviel dienststreie Tage sielen im letzten Jahre auf den Sonnstag? Wann und wie oft war der Besuch des Gottesdienstes, insbesondere des

XII Borwort.

Sauptgottesdienstes möglich? Die durch thatsächlichen Dienst und Dienstbereitschaft während zweier Wochen in der verkehrsreichsten Zeit besetzen Stunden sind auf solgendem Schema burchzustreichen.



Borwort. XIII

Wie oft kehrten solche verkehrsreiche Wochen im letten Jahre wieber? 10. Wieviel Zeit braucht ber Befragte, um von seiner Wohnung zum Ort bes Dienstantritts zu gelangen?

- 11. Bestehen Wohlfahrtseinrichtungen für die Angestellten und Arbeiter?
- 12. Haben die Angestellten und Arbeiter Aussichten in beffere Stellungen aufs zurücken?

Im Anfang gelang es auch geeignete Referenten für eine Anzahl größerer Städte zu gewinnen, so für Berlin, Köln, Posen, München, Breslau, Hamburg, Dresden. Der Verein Deutscher Straßenbahn= und Kleinbahn= verwaltungen (Sig in Hamburg) gab dem Ersuchen des Vereins, ihn bei seinen Erhebungen zu unterstüßen, in bereitwilliger Weise nach und richtete unter dem 6. März 1900 an seine Mitglieder ein entsprechendes Schreiben.

Soweit war alles in befriedigender Weise vorbereitet. Nun aber erflärten mehrere der Herren Reserenten, daß sie wegen Überlastung mit anderen Arbeiten, oder aus anderen Gründen von der übernommenen Ausgabe zurücktreten müßten, und zwar teilweise zu einem so späten Zeitpunkt, daß ein rechtzeitiger Ersaß für sie unmöglich wurde. Denn es war nicht möglich, den Termin für die Ablieserung der Arbeiten ins unbestimmte hinauszuschieben, weil einige derselben abgeliesert waren und veröffentlicht werden mußten, sollten sie nicht veralten und an Interesse verlieren. Das gilt besonders von der Arbeit sür Berlin, in welcher der große Strike der Straßenbahner Berücksigung gesunden hatte.

Das Resultat der Bemühungen des Ausschuffes war schließlich der gestellten Aufgabe gegenüber gering, es bestand in süns Arbeiten, von denen einige sich auf die Wiedergabe der für die Angestellten der Straßenbahn-verkehrsgewerbe bestehenden dienstlichen Bestimmungen und Lohnsätze besichränkten.

Von einer Bestagung der Angestellten und Arbeiter war hier abgesehen worden, was zum Teil wohl seine Erklärung darin sindet, daß mündliche Erhebungen bei diesen außerordentlich schwierig sind mit Rücksicht auf den Umstand, daß sie sehr häusig erst in vorgerückter Abendstunde dienstsrei werden.

Von einer eingehenden, in die Breite und in die Tiefe gehenden Unterjuchung der socialen Lage der Angestellten und Arbeiter der Straßenverkehrsgewerbe in Deutschland war demnach nicht die Rede, und da auch die Absicht, über die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Angestellten gründliche Erhebungen anzustellen, vereitelt war, so lag die Frage nahe, ob der XIV Borwort.

Berein nicht davon absehen solle, Arbeiten über die sociale Seite der Verkehrsgewerbe zu veröffentlichen. Wenn der Ausschuß sich hierzu dennoch entsichloß, so bestimmte ihn zunächst der Umstand, daß es gelungen war, eine socialwissenschaftliche Studie zur socialen Lage der Eisenbahner zu erhalten, die zwar nicht auf officiellen oder privaten Erhebungen großen Stils beruhte, dafür aber den Vorzug hatte, aus unmittelbarer Beodachtung eines hellsehenden Auges und klaren Kopses hervorgegangen zu sein. Der Versasser ist, wie er selbst erzählt, sür längere Zeit als Arbeiter im Osten und Westen der Monarchie in den Bahndienst getreten, hat eigene Ersahrungen gesammelt und reiche Gelegenheit gehabt, die anderer Beobachter, vor allem die der Arbeiter und Beamten selbst, zu benußen. Er schildert die Dinge, wie sie sich von unten gesehen darstellen, aber nicht kritiklos, den Untergrund und Rahmen seines Bildes liesern die amtlichen Beröffentlichungen. Diese Arbeit erschien so wertvoll, daß es höchst bedauerlich gewesen wäre, wenn sie nicht beröffentlicht worden wäre.

Sodann boten doch auch zwei der Arbeiten über die Straßenverkehrsgewerbe, die über München und Berlin, so eingehende Darstellungen der Lage der Angestellten in diesen Gewerben, daß deren Beröffentlichung wünschenswert erschien. Für die Berliner Arbeit trat, wie schon erwähnt, das Moment der Behandlung des großen Ausstands der Straßenbahner verstärkend hinzu.

Auch die von einem Mitarbeiter des Musée Social in Paris gelieferte Arbeit über die Angestellten der įranzösischen Eisenbahnen, sowie der Omnibus und Straßenbahnen von Paris enthält wertvolles Material jür den Bergleich deutscher und französischer Berhältnisse. Die drei übrigen Reserate haben ihren Wert als Beitrag für weiter sortzusehende Untersuchungen. Ob diese überhaupt vorzunehmen und auf weitere Orte auszudehnen sind, bleibt abzuwarten. Wie bekannt hat die srühere Arbeitsstatistische Kommission beschlossen, die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Berkehrsgewerbe in den Kreis ihrer Untersuchungen zu ziehen. Es ist anzunehmen, daß deren Nachfolger, die socialpolitische Abteilung des statistischen Keichsamtes diesen Beschluß ausnehmen und eine eingehendere Darstellung mit Hilse des ihr zur Verfügung stehenden umfangreichen Apparates liesern wird, als es dem Verein sür Socialpolitist möglich sein würde. Zedensalls wird er seine weiteren Beschlüsse von dem Aussall dieser officiellen Enquete abhängig machen müssen.

Frh. von Berlepich.

## Inhaltsverzeichnis.

<del></del>	~
Bur socialen Lage der Eisenbahner in Preußen.	Seite
Socialwiffenschaftliche Studie von Waldemar Zimmermann.	
Einseitung.	3
Allgemeine Charakteristik ber Arbeit und ber Arbeiter im Gisenbahnbetriebe	7
Das Lokomotivpersonal	10
Diensteinteilung für das Lokomotivpersonal	32
Intensität der dienstlichen Beanspruchung	70
Lebenslaufbahn, Gehalts- und Lohnverhältniffe, sowie Anstellungswesen	•0
beim Lokomotivpersonal	81
Das Zugpersonal	110
Die Beichensteller	130
Das Rangierpersonal	150
Das Arbeiterverhältnis im preußischen Staatsbahnbetriebe	161
Bohnungs= und Unterstützungswesen	204
Gefundheitliche Berhältniffe im Staatsbahnbetriebe	230
Das Benfionswesen	<b>2</b> 53
Schlußbetrachtung	264
Nachwort	269
2	
Dia Arhaita- and Cahmarhaltnilla day Angafalltan day	
Die Arbeits= und Lohnverhältnisse der Angestellten der	
Duffeldorfer Strafenbahn.	
Bon Paul Mombert	279
Das Droschkenwesen zu Frankfurt am Main.	
1. Entwicklung	289
2. Die beschäftigten Personen	291
3. Dienstzeit und Berdienft	292
4. Die Lage der kleinen Unternehmer und der Angestellten	299
5. Mittel zur Hebung der Lage	301

Die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter der Straßen	Seite	
verkehrsgewerbe in Posen.	•	
· · ·	005	
Bon Dr. Hample	. 305	
Bur Lage des im Münchener Straßenverkehrsgewerbe beschäftigten		
Personals.		
Von R. H. Döscher	. 317	
I. Die Trambahn	. 319	
II. Die Tramcar		
III. Das öffentliche Fuhrwerk	. 355	
## 1	• 4	
Erhebungen über die Verhältnisse der Bediensteten und Ar	veiter	
im Straßenverkehrsgewerbe Berlins.		
Bon Fritz Deichen	. 367	
I. Ginleitung. Die Entwicklung der öffentlichen Berkehrsunternehmunge	n 369	
II. Das Drosch ten mesen. Anzahl, Größe und Rentabilität ber Betriebe		
Lohnshiem		
III. Die Straßenbahnen. Polizeireglement, Art und Bahl ber Angestellter		
Beförderung, Borbedingungen, Arbeitsvertrag, Dienst- und Lebensalte		
IV. Das Omnibuswesen		
V. Die Dampfschiffahrt=Unternehmungen		
VI. Die Privatposten		
VII. Das Gütertransportwesen (Spedition und Speicherei)		
VIII. Haushaltungsrechnungen, Statistisches		
	. 021	
Les ouvriers des transports en France		
(chemin de fer, omnibus et tramways et voitures de place de Par	is).	
Par Comte Léon de Seilhac.		
I. Les employés de chemin de fer français	. 535	
II. Les employés d'omnibus et tramways à Paris		
III I og gogham de form à Davis	556	

# Zur socialen Cage der Eisenbahner in Preußen.

Socialwissenschaftliche Studie

non

Waldemar Zimmermann.

#### Einleitung.

"Wir leben im Zeichen des Verkehrs." Dies Wort klingt durch die Lande. Die gesteigerte Beweglichkeit, das Streben nach immer vollkommnerer überwindung des trennenden Raumes ist eine der charakteristischen Außerungen des hastenden Lebensdranges der Gegenwart. Heut fahren in Deutschland alljährlich 800 Millionen Reisende im Dienst ihrer Lebensinteressen auf der Eisendahn, von den Hunderten von Millionen des Binnenortsverkehrs ganz abgesehen. Und das stolze Gefühl, wie herrlich weit es der Mensch in der Befriedigung dieses elementarsten Bedürfnisses der Gesellschaft, in der Förderung des Verkehrs und des Güteraustausches gebracht hat, ist wohl fast überall verbreitet.

Die allgemeine Hulbigung an den Verkehrsgenius hat nur noch in der staunenden Bewunderung der Technik eine Parallele. Wie im Motiv ihr verwandt, ist sie es aber auch in der Urt ihrer Bethätigung. Wie man geblendet vor dem Glanz der technischen Errungenschaften steht und in dem Preis ihrer Leistungen sich nicht genug thun kann, während doch der Durchschnittszebildete von dem Werdegang der technischen Schöpfung kaum eine klare Vorstellung hat, ja auch nur selten die Notwendigkeit empfindet, die Elemente des inneren Getriebes kennen zu lernen, so erschöpft sich leider vielsach die Sympathie für das imposante Verkehrsgewerde und selbst für den großeartigsten und einem jeden vertrauten Zweig, für die Eisenbahn, in dem Interesse an den Außenerscheinungen, an den Vorteilen, die diese oder jene Neugestaltung hier bringen könnte; auf die innere Struktur des Betriebes erstreckt sie sich nur ausnahmsweise.

Der Reisenbe, ber in seinem wohlig-warmen Abteil, behaglich zurückgelehnt, die Meilen zwischen Berlin und Köln im Fluge durchmißt, genießt zufrieden die Segnungen des Verkehrsbetriebes; vielleicht klagt er auch über die ungenügende Lüftung und Beleuchtung, über die "menschenunwürdige" Ausstattung der Wagen, über das Schütteln und Stoßen des Zuges, soweit ihm seine Gebanken, die sich mit dem Ziel der Reise beschäftigen, Muße laffen: — die Arbeit, die es ihm ermöglicht, zu diesem Ziele zu gelangen, interessiert ihn in den seltensten Fällen. An die Männer, die draußen in Wind und Wetter um seinetwillen stehen, — der am Regulator der Maschine, jener am Wege beim Schrankenzuge, der hier auf dem Stellwerk, der dort am Bahnsteig, — an sie braucht er ja nicht zu denken.

Nur das Gefühl der Unficherheit, die Besorgnis eines Unfalls, die ihn plötlich beschleicht, vermag seine Gedanken einmal auf die Beamten hinzuslenken und die Frage in ihm anzuregen, ob sie auch stramm auf dem Bosten seien.

Da erst setzt das Interesse für die innere Struktur des Verkehräspstems, für die Arbeitsverfassung innerhalb dieses Riesenbetriebes ein.

Dieses Moment, daß Millionen von Menschenleben hier täglich in Gefahr sind, neben der Bedeutung dieses Betriebes für die Aufrechterhaltung unseres gesamten heutigen Wirtschafts= und Gesellschaftslebens, dessen Abernetz dieses Berkehrssystem darstellt, ist wahrlich Grund genug, sich mit der Konstruktion und der Arbeitsweise des großen Apparates, mit den Wurzeln der Erscheinungen dieser eigenartigen Arbeitswelt zu befassen. Und zwar dürfte sich neben der Physiologie dieses Körpers vielleicht auch eine Pathologie als theoretische Notwendigkeit erweisen.

Außer diefen Gründen ber öffentlichen Wohlfahrt und Sicherheit, die eine Durchleuchtung bes Organismus von ber socialpolitischen Seite ber ebenso bringend wie die bislang ausschließlich geübte technische Beobachtung erheischen, ift es aber vor allem die Thatsache, daß es sich in diesem Betriebe, - ich fpreche nun insbesondere von dem preußischen Gisenbahnbetriebe -, um ein Drittel Millionen Menschen handelt, deren Arbeits= und Lebensverhältniffe hier auf bem Spiele ftehen, alfo um ein focialpolitisches Riefenproblem, wie es uns nicht zum zweiten Male in einem Betriebe ber Rudem ist dieser Betrieb ein Staatsbetrieb, der nicht ber Eigenmacht eines privaten Unternehmers untersteht, sondern als bessen Betriebsherr und Arbeitgeber sich das gesamte in der Krone ein= heitlich repräsentierte Volk fühlen muß. Kenntnis von der socialen Verfassung biefes Unternehmens zu gewinnen, ift eine öffentliche Pflicht für jeden Staatsbürger, benn hier ist das Feld, wo der Staat, unbeengt durch die Schranken bes Sondereigentums und bes privaten Interesses, seinen socialpolitischen Willen rein bethätigen barf.

Die preußisch=hessische Sisenbahnbetriebsgemeinschaft mit ihren mehr als 30000 km Betriebsausdehnung, das größte einheitlich verwaltete Sisen= bahnnetz der Erde, ist zugleich ein hervorragendes Beispiel staatswirtschaft= licher Unternehmung, so daß auch die nationalökonomische Wissenschaft ein Interesse baran haben burfte, Diefes System nicht nur unter mirtschafte- und finanzpolitischem, sondern auch unter socialpolitischem Gesichtspunkte behandelt zu sehen. Schlieflich bietet dieses Betriebsfeld in feinen gewaltigen Beamten= und Arbeiterheeren ein großartiges Objekt für bas Studium ber focialen Draanisation, des beruflichen Zusammenschlusses zwecks Förderung ber Standes= und Wirtschaftsintereffen, und giebt weiterhin Gelegenheit, die Rreuzung der vom Beist der Gegenwart hineingetragenen gewerkschaftlichen Tendenzen der Gleichberechtigung und Koordination mit dem aus der Gefcichte und dem inneren Wefen diefes Betriebes erwachsenen Mächten ber Subordination und Disciplin zu beobachten. Wahrlich Anlässe genug zu glauben, daß diefer ergiebige Boben gründliche Bearbeitung erfahren und nupbare Frucht für die Wiffenschaft und die politische Erkenntnis getrieben haben mußte. Sehen wir boch in jedem anderen Gewerbszweige, zumal wenn sich ihm das öffentliche Interesse gelegentlich zuwandte, Gewerbe- und Socialpolitifer im Bunde mit ber Wiffenschaft eifrig thätig, teils auf bem Wege privater Umfrage, teils auf dem Wege der öffentlichen und amtlichen Erhebungen Licht über die socialen Buftande des Betriebes zu verbreiten. Durch ihre Kabrikinspektoren vermittelt uns die Regierung selbst kritische Darstellungen der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen privaten Unternehmungen. Sollte diefe Aufhellungsarbeit nicht um fo erfolgreicher im Bereich bes größten öffentlichen Betriebes, an bem bas ganze Bolk aufs engfte interessiert ift, im Bereich ber Gisenbahn fich bestätigt haben?

Nein! Über die preußischen Sisenbahnbetriebs- und Arbeiterverhältnisse sind wir durch keinerlei systematische Schilberungen unterrichtet. Eine so hervorragende Rolle die Lokomotive und der Bahnhof in der schönen Litteratur spielen, in der socialpolitischen Litteratur ist das Flügelrad, wenn man von einzelnen socialtheoretischen Abhandlungen, wie etwa denen des Sisenbahndirektors De Terra absieht, kaum von privater Seite behandelt worden. Es konnte keine genügende Darstellung entstehen, weil der Sisenbahnbetrieb nach außen sest abgeschlossen ist, eine öffentliche Erörterung socialer Verhältnisse unter den Beamten aber durchaus vermieden wird, da das Odium socialdemoskratischer Tendenzen an derlei Bethätigung allzuleicht sich anheftet. Nur vereinzelt und stets anonym gelangen kritische Besprechungen von Mißständen in die Presse.

Diese Zeitungsnotizen "aus dem Reiche des herrn von Thielen" sowie Stenogramme über die Verhandlungen der zahllosen Betitionen von Eisenbahnern im preußischen Landtage, die Fachpresse endlich der Bahnsbeamten und Sisenbahnwerkstättenarbeiter sind die einzigen nichtamtlichen

Duellen, aus benen man einigen Aufschluß über die socialen Zuftände im Betriebsreiche der Eisenbahn gewinnen konnte, und selbstverständlich meist nur einseitigen, durchaus lückenhaften Aufschluß, da bloß die grellen Punkte einer Schilberung wert gefunden werden, das maßgebende gewöhnliche Bild der Dinge aber hierbei größtenteils verborgen bleiben muß. Die Details der Fachpresse seine gegenständliche Kenntnis der Dinge noraus.

Die amtlichen Veröffentlichungen, die die sociale Frage des Sisenbahnsbetriebs berühren, bestehen in einer "Denkschrift über den Stand der Betriebsssschaften, die Betriebseinrichtungen und den Betriebsdienst auf den Staatssbahnen" und in den alljährlichen Berichten über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen, die der Minister der öffentlichen Arbeiten dem Abgeordnetenhause gelegentlich der Beratung des Stats der Sisenbahnverwaltung vorlegt; sie enthalten im Anhang seit 1895 verschiedene den Gesamtbereich umfassende, knappe Nachweisungen über die an die Gehilsen und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Tagesversgütigungen und Löhne, über die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals, über die Unfälle im Betriebe, über die Leistungen der Arbeiterskranken= und Bensionskassen sowie über die Wohlfahrtseinrichtungen, und schließlich auch den Wortlaut der Vorschriften über die tägliche Dauer der planmäßigen Inanspruchnahme und Ruhe des Sisenbahnbetriebspersonals.

Dieser summarische Querschnitt durch die socialen Verhältnisse des Sisensbahnpersonals mit seinen "Durchschnitts-" und "planmäßigen" Angaben, an sich erfreulich als Fortschritt der Berichterstattung, kann natürlich als unmittelbare socialpolitische Erkenntnisquelle nicht in Betracht kommen. Sinmal ist der Verswaltungsbericht des Betriedsleiters eines Unternehmens noch niemals eine kritische Geschichtsdarstellung gewesen; er kann im günstigsten Falle darthun, wie man die Dinge von oben sieht; bei socialen Fragen handelt es sich aber gerade darum, wie sich die Dinge von unten gesehen darstellen, das heißt, wie die Verhältnisse von den Beteiligten empfunden werden. Der ministerielle Bericht indes will überhaupt nicht sociale Wirkungen und Zusammen-hänge schildern; er wertet nicht, er giebt absolute Daten ohne Maßstäbe. Nur durch die Methode des Vergleichs könnte man diesen Zahlen eine verständliche Sprache leihen.

Ungesichts dieses Mangels einer fritischen Berichterstatung über dieses wichtigste Feld der gewerblichen Arbeit hatte der Verein für Socialpolitik seinerzeit den Beschluß gefaßt, eine Enquete über die Lage der Angestellten des Verkehrsgewerbes zu veranstalten. Sein Gesuch an den Minister der öffentlichen Arbeiten, eine Umfrage mittelst Fragebogens bei den Eisenbahn-

bediensteten zu gestatten, ersuhr indes mit der Begründung eine Ablehnung, daß solche Umfrage die Disciplin der Beamtenschaft gefährden könnte, daß sie sich schließlich auch erübrige angesichts der amtlichen Berichte über die wesentlichen in Betracht kommenden Punkte.

Die vorliegende Arbeit nun ist ein privater Versuch, der großen Frage: wie sieht es unter den Eisenbahnern aus? — beizukommen. Ein Versuch, entsprungen aus einem tieferen socialen Interesse, aber unternommen mit den unzureichenden Mitteln des Einzelnen und drum von dem Ziele, allen jenen bedeutsamen Fragen, die eingangs als Ziel einer derartigen Arbeit hingestellt wurden, gerecht zu werden, weit entsernt! und doch als mögelichst wirklichkeitsgetreuer Bericht über die Verhältnisse der unteren Ansgestellten des äußeren Bahndienstes, insonderheit des Fahrpersonals, vielleicht ein nicht unnüßer Beitrag zur Kenntnis des großen Unternehmens. Gewiß in der Haunüßer Beitrag zur Kenntnis des großen Unternehmens. Gewiß in der Hauptsache nur eine Sammlung von Stichproben aus dem unsgeheuren Bereiche, und doch vielleicht brauchbar als ein Maßstab zur Besurteilung der absoluten amtlichen Zissern.

Die Dinge erscheinen hier von unten gesehen. Die Darstellung stützt sich zu einem Teil auf eigene Erfahrung: — der Berfasser ist zum Zwecke eigener Beobachtung selbst für längere Zeit als Arbeiter im Osten und Westen der Monarchie in den Bahndienst getreten —; weiterhin auf die Mitteilungen anderer Beobachter, sowie vor allem der Arbeiter und Beamten selbst, zum dritten endlich auf die kritische Benutzung des in der Fachpresse gebotenen Materials. Den Untergrund und den Rahmen dieses Bildes liesern dann die amtlichen Veröffentlichungen. Die Beobachtungen und Daten in dieser Arbeit stammen aus den letzten drei Jahren.

### Allgemeine Charafteristif der Arbeit und der Arbeiter im Eisenbahnbetriebe.

Der Eisenbahnbetrieb, speciell ber Fahr- und Bahnhofsbetrieb, weicht von dem Charafter ber übrigen gewerblichen Großbetriebe badurch erheblich ab, daß die Betriebssteigerung, die Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit nicht so sehr auf der Maschine, als vielmehr auf dem Menschen beruht. Da aber ein gewerblicher Großbetrieb im letzen Grunde in der maschinellen Struktur, bei der ein Elied pünktlich und automatisch in das andere greift, seine Daseinse voraussetzung hat, so liegt die Auffassung nahe, daß im Eisenbahnbetriebe eben der Mensch das maschinelle Element ersetzen muß. Wie die Räder eines Uhrwerkes müssen hier die Dienstleistungen genau ineinander greifen; sobald ein Glied versagt, "nicht will, stehen alle Räder still". Das Unter-

laffen einer Weichenstellung mit ihren verhängnisvollen Folgen kann unter Umständen einen aanzen Bahnhofsbetrieb zum Stocken bringen und bamit auch den Durchgangsverkehr lahm legen. Durch die peinlichste Dienstreglung, burch die Pflicht mechanisch genauer Diensterfüllung, durch die eiserne Disciplin find die verschiedenartigen Glieder zu einem einheitlichen, arbeits= fähigen Mechanismus zusammengeschmiedet. Der Mensch wird im Gifenbahnbetriebe nicht Diener ber Maschine wie sonst im Großbetriebe, er wird felbst Maschine. Aber boch auch nur nach ber einen Seite bin, nur in bem Sinne ber punktlichsten, peinlich genauen, Schlag um Schlag aufeinander Auf der anderen Seite werden gerade vom Bahnfolgenden Leistung. betriebe an die menschlichen Gigenschaften des Beamten, an feine Fähigkeit individueller Funktion, an seine psychischen Kräfte Anforderungen gestellt, wie in kaum einem zweiten Großbetriebe. Der Gifenbahngroßbetrieb ist in seiner Leistung und feiner Betriebssteigerung eben nicht wie jeder andere Großbetrieb abgestellt auf Koncentration, sondern auf Expansion, nicht sowohl auf immer rationellere Hereinziehung von bistang felbständigen Betriebselementen und ihre Bereinigung zu einer centralen technischen Ginheit mit höherer Leistungefähigkeit in fast unverändertem Betrieberahmen: vielmehr ist er abgestellt auf eine stetig gesteigerte Kraftentfaltung über weite Alächen nach außen hin. Der Betriebskern bleibt technisch fast aleich, ber Betriebsrahmen mächft, teils direkt räumlich durch Erweiterung des Netes, teils indirekt örtlich durch immer feiner differenzierte Anpassung an die in schwankenden Kurven machsende Beanspruchung durch die Außenwelt. Diese Leiftungesteigerung an der sich weitenden Beanspruchungefläche, die räumliche und örtliche Differenzierung ber im einheitlichen Staatsbahnbetriebe gegebenen Berkehrsintegration fteht im geraden Gegensate ju ber Betriebs= koncentration ber Großbetriebe fonst; sie bebeutet beinahe eine Umkehrung jener Integration arbeitsteiliger Bliederung, die im industriellen Riefenbetriebe uns entgegentritt. Der Bahnbetrieb erfordert entsprechend eine andere Qualität von Arbeit als jener. Der nicht in einem Gehäufe gufammengefaßte Großbetrieb bes Bahntransportes muß notwendig einer allgegenwärtigen Kontrolle entbehren, sich vielmehr auf die Berfönlichkeit der im Außendienst thätigen Glemente ftuten. Der Betrieberahmen, b. h. alle die Momente, die die Leistungsgrenzen des Betriebes umschreiben, die Fahrzeit, die Streckenlange und die Berkehrsbeanspruchung, die Streckenbeschaffenheit je nach Unterhaltung und Gelande, die Witterungseinfluffe, Die Betriebsftörungen, - Diefer fo bestimmte Betriebsrahmen ift ein berart variabler, behnungsfähiger, daß sich ihm nur ein höchst elastischer, beseelter Organismus zwedentsprechend und bauernd leiftungefähig einfügen fann.

Mit der Präcision des starren Mechanismus allein würde ein Eisenbahnbetrieb seiner Bestimmung nicht gerecht werden können. Das genau automatisch arbeitende Glied im Betrieb draußen müßte im Falle anormaler Leistungs-anforderung oder bei einer Betriedsstörung versagen und zur hinderlichen Masse werden, wenn nicht eine ihm innewohnende individuelle Initiative es zur augenblicklichen Anpassung und Bethätigung den veränderten Umsständen entsprechend anregte. Neben der mechanischen Funktion tritt hier der organische Charakter der Eisenbahnbetriedsarbeit in die Erscheinung; und die Bedeutung des Arbeitsmenschen, der beselten Nervenzelle innerhalb dieses Organismus gegenüber dem Betriedswert der Maschine ist damit nachdrücklich ausgesprochen.

Die Besonderheit der Eisenbahnbediensteten in der gewerblichen Arbeiterwelt liegt in diesem Unterschiede der Betriedsstrukturen des Bahntransportes
und der übrigen Großgewerbe zugleich angedeutet. Beinliche, sorgsame, auf
die Minute pünktliche Pflichterfüllung auf der einen Seite, Umsicht, Geistesgegenwart, selbständige Entschlossenheit auf der anderen, also besonders
seelische Sigenschaften, das sind die Grundersordernisse, die der äußere
Bahnbetried von seinen Angestellten verlangt. Die Höhe der Berantwortung,
die man dem Beamten des äußeren Betriedes auferlegt, die unbegrenzte
Summe von Vertrauen, die man dem Sinzelnen bezüglich seiner Pflichterfüllung schenkt, machen jene Erfordernisse zur unabweisdaren Notwendigkeit.
Minderwertige Elemente verträgt diese Arbeitswelt weniger als jede andere:
es hält der kritische Betrieb, sobald er zu einer nennenswerten Intensität
sich entwickelt hat, selbst die Auslese.

Die Tüchtigkeit bes Arbeitermaterials im Bahnbetriebe müßte damit im allgemeinen gegeben sein. Nun drängt sich aber andererseits gern zu der sicheren Anstellung im Staatsbetriebe und besonders zur Beamtenlausbahn die große Schar der weniger unternehmungslustigen Naturen, die dem Kampf um das vielleicht reichlichere, aber doch unsicherere Brot des Nichtbeamten ausweichen wollen; Naturen, bei denen die selbständige Initiative von Haus aus nicht immer hervoragend ausgebildet ist. Das Ansehen des Beamtenscharakters lockt weiter auch streberhafte Elemente, die auf jedem Wege emporzusommen trachten, in den Bereich der Eisenbahn, ohne daß deren harter, anstrengungsreicher Betrieb gerade ihrem Wesen entspräche. Diese Erscheinungen, die dann meist nach den bequemen, weniger verantwortungsvollen oder den bestbezahlten Stellen drängen, trüben wohl hie und da den günstigen Eindruck, den die arbeitsfrohe, pslichttreue Tüchtigkeit des Eisenbahners im Durchschnitt sonst auf den, der ihn näher kennen gelernt hat, allenthalben macht.

Das Bild ber körperlichen Rüstigkeit der unteren Bahnbeamten müßte, so sollte man meinen, ein mindestens ebenso erfreuliches sein, wie das eben gezeichnete geistige. Wird doch kein Mann in ein festes Dienstverhältnis von der Bahnverwaltung aufgenommen, der sich nicht durch ärztliches Zeugnis über einen durchaus guten Gesundheitszustand auszuweisen vermag. Aber der Bahnbetrieb fordert von einem jeden manches Opfer an körperslicher Frische und Gesundheit, so daß die blühende Männlichkeit nicht gerade das Charakteristische in der Eisenbahnererscheinung ist. Doch eine genauere Erörterung der gesundheitlichen Verhältnisse ist einem späteren Abschnitt vorsbehalten. Hier galt es nur den Menschenschlag, aus dem sich das Personal in der Hauptsache rekrutiert, mit ein paar Farbentönen zu skizzieren.

\* \*

Der eigentliche Eisenbahnbetrieb, dem sich das öffentliche Interesse in erster Linie zuwendet, der auch für die Frage der Verkehrssicherheit vorsnehmlich in Betracht kommt, der äußere Dienst stützt sich wesentlich auf drei Funktionen: Züge zusammenstellen, Züge fahren und Züge "ins richtige Gleis bringen"; er ruht in den Händen der Rangierer, der Lokomotivssührer und der Weichensteller. Diese drei Arbeitselemente bilden die Seele des äußeren Betriebes. Versagt von diesen eins, so wird der Betrieb unmöglich. Alle anderen Dienstleistungen der übrigen Beamtenkategorien sind sekundär. Die Aufrechterhaltung des Betriebs wäre in einem Notsalle auch ohne sie denkbar; jene genannten drei Gruppen aber sind unentbehrlich. Ihnen ist denn auch diese Abhandlung in erster Linie gewidmet. Es soll hauptsächlich die Lage des Lokomotiv- und Fahrpersonals, des Weichensteller- und Rangier- personals einer Erörterung, soweit es die Ergebnisse dieser Brivatuntersuchung eben gestatten, unterzogen und die sich daran anknüpsenden allgemeinen "Arbeitersragen" des Eisenbahnbereichs zur Darstellung gebracht werden.

## Das Lokomotivpersonal.

Auf der socialen Stufenleiter und in der Beamtenhierarchie obenan innerhalb der hier zu schildernden Betriedswelt steht der Lokomotivführer. Obwohl auf der Höhe seiner Laufbahn nicht mehr zur Kategorie der Untersbeamten gehörig, sondern Subalternbeamter, ist er doch dem ganzen Charakter seines Dienstes nach unmöglich aus dem Arbeitskreise, der uns hier des schäftigt, herauszureißen. Nur durch den Grad seiner Leistung hebt er sich

über die anderen Beamten= und Arbeiterschichten des äußeren Betriebes hinaus; die Art seiner Leistung trägt in hervorragendem Make all bie Eigentumlichkeiten, die den Bahnerberuf kennzeichnen, in fich. Sein Dienft ift wie kein zweiter bem Spiel all ber Einfluffe ausgesetzt, bie bier, im Gegensatz zu anderen Betrieben, bestimmend auf die Arbeitsleiftung ein-Abgesehen davon, daß man vom Lokomotivführer, mas Beinlichkeit und Bunktlichkeit ber Pflichterfüllung betrifft, bas Höchste verlangt, find vor allen die Anforderungen, die man an seine körverliche Tüchtigkeit stellt und ftellen muß, außerordentlich groß. Ununterbrochen mahrend ber Dienst= ftunden auf der Maschine, die ihren millionfach zitternden "Schlag" auch feinem Körper mitteilt, ober um die stillstehende Maschine beschäftigt, herauf und herunter, bald zwischen bem Gangwerk unter ben Achsen friechend, bald auf der Resselgalerie, am Dome oder auf dem Tender herumturnend, oder beim Unlernen bes Beigers mit Rofthaken und Rohlenschaufel munter felbst hantierend, muß ber "Lokführer", wie er furzweg heißt, über eine forverliche Fähigkeit und Regfamkeit verfügen, wie fie in höherem Grabe nur noch vom Rangierer beansprucht wird. Der ganz vereinzelt bemerkbare Unfat zum Embonpoint bei ben Maschinenbeamten beweist nichts für bas Gegenteil, sondern höchstens die Thatsache, daß einzelne Berren Führer die Last der schweren körperlichen Arbeit gang auf den Heizer abwälzen, der bann, bank seiner übrigen überaus anspannenden Thätigkeit, allerdings zum völligen Arbeitsfflaven wird. Übertrifft ber Beigerbienst ben bes Kührers, bes "Meisters", durchaus noch an Schwere und Umfang, so hat boch bafür ber Führer fast bie ganze geistige Last bes Dienstes allein zu tragen; und biefes Mag von Umficht, Berantwortlichkeit, Geiftesgegenwart, fachverständiger Beobachtung, diese Beanspruchung ber Sinne, bes Gesichts und Gehörs, welche ber Lokomotivdienst erfordert, giebt ber Arbeit bes Kührers ein gang besonderes Gepräge, das fie vor derjenigen der übrigen Beamten auszeichnet. Die Unregelmäßigkeit des Dienstes teilt fie babei mit berjenigen anderer Bahnerposten vollkommen. Meist jeden Tag zu anderer Stunde in den Dienft, heut zur Tageszeit, morgen zur Rachtzeit, oder wohl eine ganze Woche Nacht für Nacht im Betriebe, ohne regelmäßige Bettrube, ohne regelmäßige Mahlzeiten! Auf der Maschine oder in Übernachtungs= lokalen auf fremden Stationen verbringt er die Nacht; fern von der Familie, verzehrt er seine mitgebrachten Speisen zum großen Teil falt auf ber Maschine ober in einer Reservestube auf fremder Station. Noch in einer anderen fritischen Eigenschaft bedt fich bas Wefen bes Lokomotivbienftes mit bem ber unteren Betriebsbeamten, ja stellt sich hier in mancher Sinsicht noch ungunstiger als bei jenen: in seiner Abhängigkeit von ber äußeren

Natur, von Wind und Wetter. Der Lokomotivbeamte ist gegen ben schneibenden Wind und ben flatschenden Regen, gegen Sonnenglut wie eifigen Frost, im Winter zumal gegen bas Schneetreiben, nur unzulänglich geschützt. Das Zugpersonal steckt, mit Ausnahme des Mannes "auf dem luftigen Bremfersite", im geheizten Gepäckwagen, in den Dienstabteilen des Ruges ober im Bremferhäuschen; Die im Freien beschäftigten Weichensteller und Rangierer können fich zeitweilig in ihre Bude flüchten; die Lokomotiv= beamten aber dürfen nicht von ihrem Boften weichen. Gewiß ift anguerkennen, daß in den letten Sahren nach Möglichkeit Abhilfe gegen diese Notstände geschaffen ist; ber Führer hat nicht mehr nötig wie vordem, ben Borschriften zuwider seinen Stand zu "verbauen", um nur einige Deckung gegen das Unwetter zu finden. Es find vor allem die Dacher des Führerstandes genügend verlängert, es sind auf einer Anzahl von Maschinen, allerbings bei weitem noch nicht allen, zusammenlegbare Schutymande ober Ledergardinen angebracht worden; man hat für Rückwärtsfahrten allgemein die Tenderlokomotiven mit geschlossenem Rührerstand, wesentlich jum Schut gegen das unerträgliche Schneiden des Windes und den freffenden Staub, eingestellt. Aber im Sommer wiederum ist folch ein Führerstand, laut übereinstimmender Klage, ein mahrer "Brutkasten". Wenn schon an heißen Tagen auf bem offenen Stand ber fahrenden Maschine bis 30 0 R., und tiefer unter bem Dach, näher bem Reffel, Temperaturen bis 340 fest= geftellt werden, die fich beim Rudwärtsfahren trot des Gegenwindes nur um 2-4° ermäßigen, dann scheint jene Bemerkung über die geschlossen en Führerstände, so angenehm diese im Winter sind, nicht übertrieben. Allheilmittel fann der Wetterschut überhaupt nicht fein, benn der Führer muß aus feinem geschütten Stand fortwährend hervor. Gerade bei schlimmem Wetter, wenn die Fenster der Stirnwand beschlagen ober verschneien, ift er gezwungen, sich hinauszulehnen, um nach ber Strecke und ben Signalen ju schauen, wenigstens muß er es mit flimmernben Augen versuchen. Und ber Beiger, der pflichtmäßig ihn in der Beobachtung ber Strecke zu unterstüten hat, freilich bei einigermaßen ftrammer Bugleistung gar keine Muße bazu findet, muß auch aus seiner Ede alle Augenblide hervor zum Tender, um Rohle zu raffen, die "Juden" ober "Anabbeln", wie man die großen, blockartigen Kohlenstücke wohl nennt, oder die im Winter zusammengefrorenen Massen kleinzuschlagen und einzuschaufeln.

Bei dieser sich unablässig wiederholenden Thätigkeit, wie ferner bei der im Falle schmutzigen, schneeigen Wetters doppelt nötigen Revision des Gang-werks der Maschine von Station zu Station, die immer ein Verlassen des Standes notwendig macht, nüten eben alle Schutzvorrichtungen nichts, ja

bie im Winter gelieferte Schutkleidung, der schwere Schafpels und die Filgstiefel, konnen ba mitunter eher zur Qual als zur Wohlthat bienen. Auf der einen Seite der strahlenden Wärme des Kessels oder der Flammenalut ber Feuerkiste, deren Thur unaufhörlich geöffnet werden muß, ausgesett, schwitzen Führer und Beizer fast unter dem zottigen Rittel; auf der anderen Seite padt fie die Ralte und die Naffe bes Schnees. Gegen die Unbill des Winters ift dem Lokomotivpersonal kein Kraut gewachsen. rauhen Frühjahrs- und naffen Serbsttagen ist die Maschine kein Dorado. Der allzu heiße Sommer wieder wirkt namentlich ungunstig auf die Ernährung der Mannschaft ein, zumal auch das mitgebrachte Effen den Geschmad verliert. Glücklicherweise ist wenigstens bem Lokomotivpersonal im Sommerdienst eine Befreiung von der strengen Vorschrift erakter Dienst= fleidung gemährt. Es ift bem Führer und bem Beiger, soweit er überhaupt zum Tragen einer Uniform berechtigt und verpflichtet ift, ftatt des ge= schlossenen Uniformrodes bas Tragen einer Litemta mit Kragen gestattet. Freilich haben folche Vorschriften überhaupt nur für ben Bahnhofsbereich Auf der freien Strecke ift der Lokführer der König auf seiner Wert. Maschine und fährt wohl gar in hemdsarmeln einher. - Im allgemeinen aber ift ber Sommerdienst, abgesehen natürlich von ber Arbeitshäufung an bevorzugten Sommerverkehrspläten, die beste Zeit für den außerhalb bes Bahnhoffrangierdienstes beschäftigten Lokomotiver. Wenn einer in großer Fahrt das Land durcheilt und nicht gerade einen Expres führt, so genießt er trot aller Anspannung der Sinne und Gedanken durch den Dienst un= willfürlich etwas von dem Reiz der wechselnden Landschaft im Fluge mit. hierin, glaube ich, liegt wie in dem herrschergefühle, das den Lokomotiv= führer auf seinem felbständigen, verantwortungsvollen Bosten befeelt, und in ber Hochachtung, die ihm alle Welt zollt, der Zauber, der ben Lokomotivbeamten so fest an seinen schweren Beruf fesselt und ihn immer wieder mit all den Schattenseiten aussöhnt, die diesem Dienst in seiner heutigen Geftaltung mahrlich nicht fehlen. Woher follte es fich fonft erklären, baß Männer, die als von haus aus geradezu wohlhabend zu bezeichnen find, die die höchste Benfion sich bereits erdient haben, die nach der schweren Dienstarbeit an sich gar kein Verlangen mehr haben, ja über sie klagen und fie nach Möglichkeit auf den Beizer abwälzen, nicht von der "Fahrerei" lassen können?

Leiber hat ber Wechsel ber Lanbschaft freilich für bas Lokomotiv= personal, neben ber ästhetischen Seite, eine noch fühlbarere Bedeutung hin= sichtlich ber Bemessung ber Arbeitsleistung. Einmal ersorbert bas Passieren belebter Ortlichkeiten mit zahlreichen Geleisübergängen wie bas von Walb= ftreden, die Signale zu verdeden geeignet sind, doppelte Aufmerksamkeit. Vor allem aber spielt der Wechsel des Geländes, die hügelige Bewegtheit ber Strecke mit starken Steigungen, Gefällen und Geleiskurven für bie Bugführung eine nicht zu unterschätende Rolle, namentlich in ber Guterzugfahrt. hier erfordert die Bewegung der breit verteilten Masse bes Zuges über den Brechpunkt einer Höhenkurve, zumal bei ungünstigem Wetter, auf "glibbrigen" Schienen ober gar im Schnee, eine besonders geschickte Fahrt= regulierung, um Zugtrennungen ober Stockungen zu vermeiben, weil ja ber Führer nicht die gesamte Masse, wie beim Personenzuge, der centrale, durch= gehende Luftdruckbremfung besitzt, in seiner Sand hat und erst durch Pfeifenfignale die Unterstützung der über den Bug weithin verteilten Bremfer für die Bremsarbeit anrufen muß. Dabei ermachsen bem Lokführer natürlich, zumal zur Nachtzeit, wenn der durch feinerlei Thätigkeit angeregte, vielleicht auch übermübete Bremfer auf feinem Site eingenickt ist und ben Signal= befehlen nur fäumig Folge leistet, erheblichere Schwierigkeiten, als bei der Führung eines Bersonenzuges durch glattes, ebenes Gelande. Für den Beizer bebeutet die Fahrt in der Steigung natürlich noch ftrammere Arbeit als sonst, weil er allein burch forscheres Feuern ben Dampf auf ber nötigen Söchstspannung zu halten vermag.

Auch die Beschaffenheit bes Oberbaues einer Strecke, die Schienenbettung und verbindung, deren etwaige Mängel zu beachten und zur Meldung zu bringen dem Lofführer vorgeschrieben ist, übt häusig einen spürdaren Einfluß auf den Grad der Beanspruchung des Losomotivpersonals, und zwar vor allem im Personenzug. Greift hier der Schlag der Maschine, der auf das Stampsen der Räder gegen die Schienenstöße zurückzuführen ist, — und aus dessen dichterer oder weiterer Auseinandersolge der Führer in jahrelanger Übung die Geschwindigkeit der Lokomotivdewegung genau abschäßen lernt, an sich schon das Nervensystem der Maschinenbeamten, deren Körper in einem Zustande kontinuierlicher Erschütterung schwebt, stärker an als bei der langsameren Güterzugfahrt, so bedeutet der Tanz der Maschine über eine mangelhaft unterstopste Schwellenstrecke mit ihren unausdleiblichen Schienenlockerungen eine bedenkliche Schüttelkur für die Lokomotiver, die zudem die Gesahr der Entgleisung in solchem Falle sorgsamer als sonst unge fassen müssen müssen

Biel stärker und allgemeiner indes als von der Streckenbeschaffenheit, einem außerhalb der Maschine liegenden, technischen Faktor, hängt die Leistungsbeanspruchung des Lokomotivpersonals von der Bauart und Berfassung der Maschine selbst ab. Wie einerseits weit über ein Dutend verschiedener Maschinentypen für die verschiedenen Leistungszwecke: Schnellzugs

oder Güterzugdienft, Stadtbahn- und Nebenbahnverkehr, Gebirgs- und Flachlandfahrt, bestehen, so unterscheiden sich die einzelnen Exemplare des= felben Typus wiederum erheblich von einander in der Art der Konstruftion. in. ber Gute ber Ausführung bezw. ber gegenwärtigen Betriebsverfaffung und bementsprechend ber Leistungsfähigkeit. Ift nun auch Wohl und Webe bes Lokomotivpersonals nicht mehr in dem Maße mit der Beschaffenheit der Maschine verknüpft wie früher in ber Zeit ber Ersparnisprämien, wo von dem Verhältnis zwischen Arbeitsleiftung und Kohlen= nebst Ölverbrauch der Maschine die höheren oder geringeren Nebeneinnahmen des Personals abhingen und manch einer auf seiner "Schindkarre" über schlimme Zustande flagte, mahrend ber andere auf feinem "Goldmagen" goldene Tage hatte, fo liegen doch die Dinge heut im wesentlichen nicht so fehr viel günftiger, wenn auch der bittere pekuniare Beigeschmad den Verhältniffen genommen ift. Jebe Maschine ift eine Individualität, verschieden zusammengesett aus Tugenden und Laftern, die teils angeboren, teils anerzogen sind. Bald überwiegen erstere, bald lettere; mit zunehmendem Alter, dank dem fehr starken Materialverschleiß, gewöhnlich die letzteren. Manche Nebenbahnen. auf denen die alten in der Front verbrauchten Maschinen ihre letten Sahre abdienen follen, miffen ein Lied davon zu fingen. Da jährlich in letter Zeit 300 bis 400 Majchinen — gewiß ein geringer Prozentsatz (kaum 3%) bei einer Gesamtzahl von 11-12 000 Lokomotiven 1 - ausrangiert werden muffen, so läßt das vielleicht einen Ruckschluß auf die Art des Dienstes mit berartigen verbrauchten "Gestellen" zu. Der Prozentsatz ber Neubeschaffung bezw. des Ersates alter Maschinen durch neue ist etwa doppelt fo groß wie ber Abgang, etwa 6 %. Die Steigerung ber Ausnutung ber einzelnen Maschinen betrug im Durchschnitt ber letten Jahre nur etwa 3%. Darnach ift die mit der Modernität der Maschine Sand in Sand gehende Leiftungsfähigfeit und Arbeitstüchtigfeit berfelben in allmählicher Bebung beariffen. Mitteilungen von Ginstellung neuer Maschinen auf Nebenstrecken bestätigen mir erfreulicherweise bas. So scheint bieser wichtige Bunkt in ber Frage ber Arbeitsbemessung und Dienstaestaltung bes Lokomotivpersonals eine gunftige Entwicklungsturve zu beschreiten. Trothem machte er zur Zeit diefer Erhebungen feinen Ginfluß noch im allerempfindlichsten Mage geltend. Mit mahrer Eifersucht bewacht ber Lokomotivführer seine Maschine, seine "Alte", um fie bei Laune und in leiftungefähigem Buftanbe zu erhalten, und um ihren Mucken beizukommen, qualt er sich selbst nach Kräften und

<sup>1</sup> Siehe die Berichte über die "Betriebsergebnisse der preußisch=hessischen Sisen= bahnbetriebsgemeinschaft" an das Abgeordnetenhaus.

läßt nur ungern im Falle einer notwendigen Reparatur einen noch nicht erprobten Schlosser daran "herumpfuschen"; — alles Beweise dafür, wieviel Gewicht er selbst dem Einflusse der Maschinenbeschaffenheit auf die Art seines Dienstes beimißt. Leistung, Dampf und Kohlenverbrauch der Maschine, die Überwachungssorge, das Sicherheitsgefühl präciser Diensterfüllung, die ganze Stimmung des Führers ist von dem Zustand der Maschine abhängig und beeinflust das persönliche Verhältnis zwischen Führer und Heizer, das ja auch zum guten Teile die Dienstsreudigkeit oder Unzufriedenheit der Losomotivbeamten bestimmt, erheblich.

Schließlich die Rohlenfrage, die besonders für den Dienst des Heizers. ber von den vorstehend genannten Momenten nur zum Teil oder doch nur indireft berührt wird, von hervorragender direfter Bedeutung ift. Bas für ben Führer die gute Maschine, ist für den Heizer die gute Rohle! Feuern mit gutdurchbrennender, geringschladiger Rohle von hoher Beizkraft bedeutet für ihn halbe Arbeit gegenüber ber leidigen Qualerei mit schlechter Rohle, bei der er vielleicht harte, schieferhaltige Blöcke kleinzuschlagen, in unaufhörlichem "Schippen" zu bleiben und ben Roft wiederholt von Schlacken zu befreien gezwungen ift. Je nach der Lage der Betriebsbezirke hat es bas Lokomotivpersonal nun mit rheinländischer, westfälischer ober schlesischer Rohle zu thun, die in ihrer Struftur und ihrem Beizwert einmal von Saus aus verschieben, sobann aber infolge ber ungleichen Gattierung aus ben mancherlei Zechen ganz erhebliche Qualitätsbifferenzen aufweisen. Im all= gemeinen ist die großblöckige, oberschlesische Rohle, die auf dem Tender freilich erft mühfam zerkleinert werden muß, dem Beizer ein leidlich will= kommenes Brennmaterial. Nur wenn bazwischen "Gries" und "Sand" verfeuert werden muß, ist es mit der Freude zu Ende. Auch sind die ichlefischen Briketts, so bequem fie sich verfeuern, megen ber Entwicklung beißenden Rauches und der Verkleisterung der Roftflächen nicht fehr beliebt, mährend fie in Westfalen und Rheinland, dank ihrer befferen Qualität, vor den allerdings elenden Kohlensorten einzelner Zechen vom Versonal bevorzugt Freilich find die Verhältnisse der einzelnen Stationen sehr merden. Viele Bahnhöfe in Westfalen haben geradezu eine Musterindividuell. fohle, die in großen Studen noch ergiebig durchbrennt.

Daß auch die Wasserverhältnisse eines Bezirkes auf den Dienst des Lokomotivpersonals einwirken, dürfte den Fernstehenden überraschen. Wer aber die großartigen Wasserreinigungseinrichtungen, wie sie manche Bahnshöfe, namentlich im Rheinland, benötigen, kennt, wird zugeben müssen, daß es sich hier wohl um einen wesentlichen Faktor für den Lokomotivbetrieb handelt, der auch für die Dienstleistungen des Versonals in Betracht kommen

bürfte. Die Neigung zur Resselsteinbildung ift bei der Wasserfrage ausschlag= gebend. Un sich bedenklich wegen der damit für den Ressel erwachsenden Explosionsgefahr, zwingt starker Resselfat einmal zu häufigem Auswaschen bes Reffels; eine ber schmutigsten Beschäftigungen und eine ber bofen Bugaben zu den Freuden des Ruhetages für das Lokomotivpersonal, bei der es nicht gleichgültig ist, ob sie an jedem einzelnen Ruhetage oder nur einmal ums andere vorgenommen werden muß! Sodann aber beeinfluft bas falkhaltige Wasser die Dampfbildung im Lokomotivkessel ungunftig. der Unruhe des Wassers und der stofweisen Dampfentwicklung wird bas sogenannte "Koten" ber Maschinen — Wassereintritt in ben Cylinder und Wafferausstoß zum Schornstein — wie ferner bas häufigere plötliche Berfpringen der Wasserstandsgläser auf dem Führerstand in Zusammenhang gebracht. Ersteres verschmutt nicht nur die Maschine und die Guckfenster. sondern kann auch zu Störungen bes Cylindermechanismus Anlaß geben. Das Einsetzen neuer Wasserstandsgläser aber an Stelle ber zersprungenen bildet eine nicht immer erwünschte Nebenbeschäftigung für die Dienstraufen.

Diese äußeren, zum Teil technischen, zum Teil von menschlicher Macht kaum zu beeinflussenden, nur durch entsprechende Diensteinteilung ausgleichbaren Momente mußten hier in möglichster Kürze voraufskizziert werden, einmal, um die specifische Natur dieses Dienstes festzustellen, sodann um die Grenzen anzudeuten, innerhalb deren das Arbeitsmaß und die Wertbeurteilung der Dienstleistungen unter den verschiedenen Umständen schwanken können, also auch die Grenzen, die die specielle Dienstregelung berücksichtigen muß.

Wie geftaltet sich nun der Dienst des Lokomotivpersonals in seinen Details? Nehmen wir an, der Dienstplan schreibe ihm heut vor, um 4<sup>12</sup> vormittags — es giebt in der Diensteinteilung des Bahnpersonals nur Bormittag und Nachmittag — einen Zug zu fahren. Die Maschine des Führers steht entweder im Lokomotivschuppen, oder bei doppelter Bestung der Maschine bringt sie der "Kompagnon" — auch "Kompaß" genannt —, der die Bechselschicht leistet, im Laufe der Nacht von seiner Tour zum Schuppen heim. Jedensalls muß die Maschine um 3 Uhr spätestens Dampf haben, wie sich der Maschinenpußer in seinem Plan vermerkt und am Busser der Lokomotive ankreidet. Die Maschine wird also auf 3 Uhr vorbereitet, das heißt, die Bußer reinigen das Gangwerk vom gröbsten Schmuß, räumen die Feuerkiste, wenn die Maschine ohne Dienst die Nacht im Schuppen gestanden hat, und "brennen reines Feuer an", sodaß der Kessel um 3 Uhr einen gewissen Mindestdampsdruck zeigt.

Inzwischen ist der Lokomotivheizer angetreten. Er ist um 2 Uhr aufsgestanden, um bald nach 1/23 Uhr im Schuppen zu sein. Gigentlich sollte Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

er unmittelbar in ber Nähe ber Dienststätte wohnen. Aber die Wohnungen in der Nähe find dank ber Nachfrage seitens der Beamten oder dank der aunstigen Berkehrslage zu teuer, als daß er mit feinem geringen Wohnungsgeldzuschuß hier sich niederlassen könnte. Bis zu dem hinter einem weiten Geleisfeld gelegenen Lokomotivschuppen braucht er eine gute Viertelftunde Anderthalb Stunden aber vor Abgang des Zuges muß er an ber Maschine sein, um bis zur Ankunft bes Führers, ber etwa um 3 Uhr erscheint, mit bem Nötiasten fertig zu sein. Nachdem er sich flüchtig umgekleidet und Licht auf der Maschine gemacht, hat er, zumeist mit einer Betroleumfackel in ber hand, bas Abolen bes unter bem Reffel ober zwischen ben Rädern gelegenen Triebwerkes zu beforgen, etwaige Erneuerungen von Stopfbuchspackungen, die Revifion der einzelnen Teile, das Nachstellen von Schraubenmuttern und bergleichen vorzunehmen — im Winter eine bis= weilen qualvolle Arbeit —; vom Stande des Wassers im Ressel und Tender. vom Stande des Reuers und ber Dampfentwickelung, weiter von den porhandenen Vorräten an Sand, Gas und Öl sich zu überzeugen, Kohlen bereit zu legen und aufzufeuern. Soweit nicht ausnahmsweise ein besonderer "Lampier" im Schuppen die Handlampen auf der Maschine in Ordnung hält, erledigt er auch dies noch und richtet schließlich den Führerstand für ben Meister fauber her. Gine Menge kleinerer und größerer Dienstleistungen hat er auf diese Weise vor Erscheinen des Führers zu verrichten, für die der Dienstplan ihm keine einzige Minute befonders anset; nur eine Stunde Borbereitungszeit vor Abgang des Zuges wird ihm genau wie dem Führer angerechnet.

Sehen wir, mas ber Führer in ber Zeit zu erledigen hat. Der Führer ift um 3 Uhr fpätestens ba. Er muß sich rechtzeitig überzeugen, ob auch fein Beiger bereits auf Posten ist, um nötigenfalls noch einen Ersakmann beschaffen zu können. Er ift für die punktliche Indienststellung ber Maschine, bie allein eine punktliche Abfahrt bes Zuges ermöglicht, in erster Linie verantwortlich. Zudem foll er vorher in der Dienstftube Einsicht in die Tagesbefehle, Fahrplanänderungen, Amtsblätter und dergleichen Befanntmachungen nehmen und dies mit seiner Unterschrift bescheinigen. Heizer ist auch dazu verpflichtet, aber er hat nicht immer die Zeit. Führer muß ihn eben auf das Nötigste aufmerksam machen. Diefer nimmt eine Superrevision an der Maschine vor und dirigiert sie alsdann über die Schiebebühne ober die Drehscheibe jum Schuppen hinaus, mas bei lebhaftem Betriebe meist nicht ohne Zeitverlust vor sich geht, nimmt ferner Wasser am Krahn und Kohle am Bansen, läßt über einem Aschenkanal den Aschfasten reinigen, soweit das nicht beim Dienstschluß des vorigen Tages hat geschehen können. Um für alle Eventualitäten gerüftet zu fein, fucht er womöglich

noch ben Gasbehälter ber Maschine am Gasspeicher aufzufüllen und paßt bann die Gelegenheit ab, burch die Weichenstraßen nach bem betreffenden Bahnhofsbezirk zu gelangen, wo der Train zusammengestellt ist, um sich hier mit dem Zugführer zu verständigen und den Zug rechtzeitig auf das Abfahrtsgeleise vorzuziehen. Er stellt die Luftpumpe für die Westinghouse= bremse ein, macht die erforderlichen Bremsversuche, besorat die nötigen Kandgriffe auf dem Führerstande, mahrend der Heizer "unten herum" am äußeren Gangwerk und am Tender fertig abolt, dann das Keuer breit macht und hell auffeuert, bis "bie Bentile blafen", b. h. im Reffel die nötige Dampf= fpannung erzielt ift. Im Winter gesellt sich zu biesem Borbereitungsbienst auf vielen Bahnhöfen das Burheizen der Züge, das noch keineswegs überall von Reservemaschinen besorgt wird und entsprechend vorzeitigen Dienstantritt verlangt. Bei ber Güterzugfahrt treten natürlich gemisse Abweichungen von bem hier geschilderten Betriebe ein, aber bie Vorbereitungszeit verkurzt fich nicht, da einmal der Güterzug bis zu 10 Minuten vor "Plan", vor der fahrplanmäßigen Zeit, abfahren darf oder foll, um die gewöhnlich eintretenden Berspätungen von vorn herein möglichst auszugleichen und die Zugfolge ber Durchgangszüge nicht zu ftoren, und weil zum anderen bei fritisch ftarker Belastung durch hohe Achsenzahl, namentlich bei schlechtem Wetter noch recht= zeitig ohne Überschreitung bes "Plans", eine Borspann= ober Schiebemaschine herbeigerufen werden muß.

ausführliche Schilderung des Vorbereitungsdienstes Diese Lokomotivpersonal ist notwendig, da man in Kreisen außerhalb des Betriebes sich faum Rechenschaft von der Art und dem Umfang dieser Thätigkeit geben fann, und weil außerdem die Thatfache konstatiert werden muß, daß in der Diensteinteilung für diese Arbeiten eine meist durchaus nicht entsprechende Dienstzeit in Ansatz gebracht ist, mährend es doch für die Bewertung der durchschnittlichen Monatsdienstdauer keineswegs gleichgültig ist, ob in Wirklichkeit alltäglich eine halbe Stunde berartig muhvoller Arbeit vom Lokomotivpersonal mehr geleistet wird ober nicht. Ausnahmen von bieser regelmäßigen Mehrdauer kommen gewiß in Ginzelfällen, wie besonders bei dem noch zu erörternden Rangierdienst mit Wechselschichten vor, aber es find Ausnahmen. Schreibt boch auch die Dienstordnung für bas Lokomotiv= personal allgemein vor: "Späteftens eine Stunde vor Beginn muffen Führer und Heizer sich zur Übernahme der Lokomotive einfinden, um fie rechtzeitig dienstfähig herzustellen. Bei doppelt besetzen Maschinen kann ber Borstand ber Maschineninspektion Abweichungen zulaffen 1." Es sind

<sup>1</sup> Bon dieser Abweichungsmöglichkeit scheinen die Inspektionsvorstände jedoch bei ber Dienstzeitfeststellung nur im einschränkenden Sinne, nicht im extensiven

im preußisch=hessischen Bahnbetrieb überhaupt im Jahre 1899 von 12 265 im Betrieb besindlichen Maschinen 3842 Stück, d. i. 31,2%, noch nicht ein Drittel, mehrsach besetzt gewesen. In der Mehrzahl der Fälle, wo diese Doppelbesetzung von Dauer war, müssen dies Rangiermaschinen gewesen sein. Bei dem Borbereitungsdienst zur Streckensahrt, um die es sich bei der Kritik der Dienstbemessung wesentlich handelt, kommen diese Doppelbesetzungen weniger oder nur zeitweilig in Betracht, müßte man doch bei ununterbrochener Ablösung des einen Personals durch das andere, durch die "Kompagnons" ohne weiteres von hier aus zu der bedenklichen Unnahme einer regelmäßigen zwölfstündigen Dienstdauer gelangen. In einer verhältnismäßig geringen Zahl von Fällen dürste also eine Einschränkung des Vorbereitungsdienstes wirklich Platz gegriffen haben.

Nun zum eigentlichen Fahrdienst des Lokomotivpersonals, der ja im mefentlichen aller Welt bekannt ift, nur einige Bemerkungen! Der Schwerpunkt lieat hier in der Berantwortlichkeit des Führers. Der Führer überblickt seine Maschine, vor allem Wasserstand und Dampfspannung, überblickt ben Rug, die Signale und öffnet auf den zweimaligen Pfiff des Rugführers. um ben Bug in Bewegung zu feten, ben Regulator mit Silfe eines ftramm beweglichen Bebels, der den Dampfzutritt aus dem Ressel in den Enlinder Durch weitere Umstellung des Regulators und Einstellung der Steuerung mittelft Spindel oder Bebelarms (bei den neueren Berbundmaschinen tritt bas Ginschalten bes Berbundspftems hinzu) giebt er ber Maschine die erforderliche Geschwindigkeit, die er den Verhältnissen ent= fprechend, unter Beobachtung bes "Schlages" im Schornstein und in ben Achsen, durch gelegentliches Regulieren auf möglichst gleichmäßiger Sohe zu halten sucht - im allgemeinen keine physisch anstrengende Arbeit, wenn er auch von der Sitgelegenheit, die ihm in den letten Jahren nach langem Bedenken von der Berwaltung genehmigt worden ift, nur wenig Gebrauch machen fann. Die Beobachtung ber Strede, bes Bahnüberganges, ber Bahnmärterposten, ber optischen und akustischen Signale, ber Geschwindigkeitstafter. ber Weichen, bas Sinauslehnen und =horchen zur Kontrolle bes Maschinen=

Sinne Gebrauch zu machen, wenigstens bin ich nirgends einem Beispiele begegnet, in dem für den Borbereitungsdienst eine mehr als einstündige Frist angesetzt gewesen wäre. In den Diensteinteilungsmusterplänen, die das Sisenbahn-Verordnungsblatt am 10. Juni 1900 veröffentlichte, sinden sich aber gerade Dienstzeitberechnungen, die den Borbereitungsdienst mit 11/4, sowie mit 11/2 Stunden und den Schluß mit 45 und 60 Minuten berücksichtigen, neben der in der Praxis allein bekannten, sparsamen Rechnungsweise. — Vielleicht, daß in allerneuester Zeit diese Musterberechnungen in reicherem Maße Nachahmung sinden als früher!

ganges, bas Unstellen ber Speifepumpe, ber Bremsluftpumpe, gelegentlich auch die Beforgnis, schläfrig zu werden, bas alles läßt ihn nicht viel zum Siten kommen. Sat er einen noch nicht ausgeschulten Beizer, - und bei ber starken Verwendung von Aushilfsfräften ist das fehr häufig der Fall. so muß er diesem fortwährend kommandieren: Rohlen vom Tender hervor= raffen, zerkleinern, fprengen, feuern und nochmals feuern, aufschüren, Rofte durchstoßen, Pumpe anstellen, Centralschmierapparat regulieren, achtgeben auf das Zugende, — und wie die vielerlei Santierungen und Obliegenheiten bes heizers fonft lauten. Muß der Führer ihm in nennenswertem Umfange dabei zur Hand gehen, so ist die physische Beanspruchung für ihn allerdings erheblich genug. Die psychische Unstrengung aber ift es vor allem. Die den Kern seines Dienstes ausmacht, und die im Schnellzug-Nachtdienst ihre höchste Steigerung findet. Durch die jahrelange Gewöhnung überwindet er freilich die Aufregung und die Nervenanspannung vollständig. Nebel ober bas Wetter, ferner Zugverlegungen, schlechte Bahnhofsanlagen, ungenügende Besetzung der Strecke mit Vorsignalen, können ihm qualvolle Unruhe bereiten. Un Gefahr, jum minbesten an die perfonliche seines eigenen Lebens, denkt er nicht. "Fahrzeit halten" ist fein Sauptgedanke.

Die Einfahrt in den Bahnhof ift gewöhnlich der Höhepunkt der Leistung. Zwischen den vielen zusammenlaufenden Linien durch die Kreuzungen und Weichen, zwischen den ungezählten Signalen und den Rangiergruppen mit ruhiger Sicherheit hindurchzusausen und dann zur Minute, scharf auf der bestimmten Stelle zu halten, das erfordert seinen Mann; alles hängt von der einen Bremse ab, die in des Führers Hand langsam spielt.

Auf der Zwischenstation findet je nach der Dauer des Aufenthalts eine kürzere oder längere Revision der Maschine, Nachölen von besonders beanspruchten Teilen, eventuell Ans oder Abhängen von Borspannmaschinen, Ansünden oder Auslöschen der Lampen, Wassereinnehmen, Ausbereitung des Feuers u. a. statt. An den Besuch des Stationsrestaurants kann das Personal selbst dei längerem Aufenthalt kaum denken, zumal in der Güterzugschrt der Zug nur selten vor dem Stationsgebäude, sondern meist auf einem fern gelegenen Schienenfelde hält.

Nun die Endstation! Hat man hier eine längere Pause zwischen Anstunft und Rücksahrt, so spannt das Lokomotivpersonal die Maschine ab und fährt, vielkach auf weiten Wegen, in den Lokomotivschuppen oder über einen Aschenkanal, wo man der Maschine von unten aus beikommen, sie gründlich revidieren, kleine Mängel abstellen und sie frisch abölen kann. Reparaturen spart man sich gewöhnlich für die Heimatsstation auf; ist jedoch ein be-

benklicher Defekt vorhanden, wird das Personal nicht unterlassen, diesen alsbald nach Möglichkeit auszubeffern, um nur nicht auf ber fremben Station ober unterwegs liegen bleiben zu muffen. Der Beizer nimmt zumeift auf ber Endstation eine gründliche Ausschlackung bes Reuers vor, mas zu feinen erschöpfenosten und ungefundesten Beschäftigungen zählt, und sett frisch Feuer Schlieklich merben die Waffervorräte, unter besonderen Umftanden auch Die Rohlen- und Gasvorräte erneut. Inzwischen hat fich das mitgebrachte Effen auf der Reuerkifte ftehend erwarmt, oder der Beiger geht, in der nächften Bude auf dem dort vorhandenen Apparat heiß Waffer zu bereiten und bas Lebenselirir des Bahners, den Kaffee, zu brauen. Nach einer gründlichen, jur Reinigung und zur Erfrischung bienenben Waschung wird bie färgliche Mahlzeit meist auf der Maschine oder auch in einem nahegelegenen Dienstraum eingenommen. Hernach beforgt ber Führer die Eintragungen in die Bücher, der Heizer macht sich an das Puten der Keffelarmatur, sofern er noch nicht eher Zeit dazu gefunden hat. Und balb geht es wieder zum Thore des Schuppens hinaus an den Rug. Selbst eine fahrplanmäßige Amischenzeit von 2 bis 3 Stunden amischen Ankunft und Abfahrtsminute ist mahrlich mit Thätigkeit aller Art so reichlich ausgefüllt, daß an wirkliche Ruhe nicht zu benken ift, zumal in der Güterzugfahrt, wo einmal die Berfpätung abzurechnen und ferner in den meisten Fällen noch Rangierbewegungen nicht nur auf ben Zwischenstationen, sondern auch auf den Endstationen vorzunehmen find. Wenn eine Fahrtunterbrechung auf der Endstation nicht mindestens 3 bis 4 Stunden beträgt, so werden nur wenige Führer fich mit ruhigem Gemiffen ber Ruhe hingeben, es fei benn, baß fie bie gefamte Arbeit bem geschulten Beiger überlaffen. Dies muß man sich vergegenwärtigen, wenn es in den Bestimmungen über die planmäßige Dienst= und Ruhezeit der Eisenbahnbetriebsbeamten beim Lokomotivpersonal im Bunkt 3) heißt: "Die einzelne Dienstschicht barf 16 Stunden nicht überschreiten. Dienstichichten bis zu dieser Dauer durfen nur angesetzt werden, wenn sie durch ausgiebige Laufen unterbrochen werden." Baufen sind, wie wir gesehen, nicht immer auch Rubepausen. Nur in der Nachtzeit wird nach Möglichkeit jede freie Stunde zur Rube benunt, b. h. man erledigt nur bie allernötigsten Dienste und giebt fich im übrigen in allen möglichen und unmöglichen Stellungen auf ber Maschine bem Schlummer bin.

Endlich ber Dienstschluß auf ber Heimatstation! Er ähnelt im allsgemeinen ber Thätigkeit bes Personals auf ber Endstation ber Ausfahrt. Nur das Pupen und die Zubereitung des Essens fallen fort, dafür wird die Revision ber Maschine um so gründlicher ausgeführt, um etwaige Schäben rechtzeitig zu entbecken, die sofort gemeldet und bis zur nächsten Fahrt repas

riert werden müssen. Im Winter, wenn die Maschine völlig verschneit heimkehrt, hat es natürlich mit dieser Arbeit besondere Schwierigkeiten. Der Heizer wird für den Fall, daß der nächste Dienst wieder zur Nachtzeit besinnt, während der das Materialienlager geschlossen ist, Schmieröl, Petroleum, Putwolle und dergl. jett im voraus besorgen. Die Maschine wird auf Ruhe gestellt, das Feuer ist auf der letzten Fahrstrecke vor dem Heimatsbahnhof bereits niedrig gehalten worden. Schließlich wird der Kessel noch vollsgepumpt und der Dampsdruck nach Möglichkeit erniedrigt. Man kleidet sich um, räumt das Werkzeug ein, schließt die Maschinenschränke ab und löscht das Licht aus. Damit ist das Tagewerk gethan.

Für diesen gesamten Schlußdienst von der Minute des Eintreffens auf dem Heimatsbahnhose bis zum Verlassen des Lokomotivschuppens setzt der Diensteinteilungsplan höchstens 30 Minuten an. Daß die Maschine dissweilen nach 30 Minuten erst dis zum Schuppen gelangt ist, wird 'dabei nicht berücksichtigt. In dem Falle unseres Beispiels sollte der Zug um 1 Uhr 27 nachmittags planmäßig auf der Heimatstation eintreffen. Das sind von  $4^{12}$  dis  $1^{27}$  9 Stunden  $1^5$  Minuten; dazu  $1^{1/2}$  Stunden Vorbereitungs= und Schlußdienst — das bedeutet  $10^{3/4}$  Stunden auf dem Bapier des Diensteinteilungsplans. Der Heizer ist um  $1^{1/4}$  Uhr früh von Haus aufgebrochen; um  $1^{1/2}$  3 nachmittags trifft er wieder zu Haus ein. Der Führer, der dem Bahnhof etwas näher wohnt, war von  $1^3$  früh dis  $1^4$  3 nachmittags von Hause fort.

So etwa ein typisches Bilb aus bem Lokomotivdienst in ber Güter= und Personenzugfahrt 1. Der Bahnhofsbienst, ber Rangier= (Ber= schiebe=) Dienst und der Reserve= (Bereitschafts=) Dienst ge= stalten sich wesentlich anders.

Der Rangierdienst ist der mühsamste und langweiligste, bisweilen auch der anstrengenoste Dienst, zumal wenn er in der Nacht oder ohne größere Bausen vor sich geht. Der Führer hat immerwährend den Rangierdeamten im Auge zu behalten und bessen Weisungen unverzüglich zu befolgen, er fährt vorsichtig an die zu rangierenden Wagen heran und setzt die ange-

Der äußerlich auch zum Personenzugbetrieb zu rechnende Stadtbahndienst steht betriebstechnisch als Specialität einzig da. Obwohl nur von 8—10stündiger Schichtbauer, gehört er zu den anstrengenoften Dienstleistungen. Auf der 14 km langen Strecke Schlesischer Bahnhos-Westend mit ihren 12 Stationen sind 30 Hauptssignale zu beachten. Fast pausenlos spielt sich die Arbeit ab. Auf Station Westend, dem Kehrpunkt, hat der Heizer überdies binnen 5 Minuten die Reinigung des Feuers zu besorgen. — Der Dienst wird durchgeführt nach dem isogen. "Springerspstem", bei dem das Personal täglich wechselt und fast regelmäßig eine andere Maschine zu bedienen hat.

fuppelten auf andere Geleise um oder stößt sie frei ab. Ein unaufhörliches Bin und Ber, ein stetes Offnen und Schliegen bes Regulators, bas bei älteren im Rangierdienst vielfach verwendeten Maschinen, beren Regulator häufig nicht entlastet ift und ungenügende Schmierung besitzt, bisweilen auch feine Mühe hat; dazu das Bor- und Rücklegen ber Steurung mittelft bes Bebelarmes ober bes Spindelleierns. Der Beizer "fchneibet" in einem fort. auf und ab, "Gewinde" an ber Spindelbremse ober wirft die Klappbremse bei jeder Bewegungsänderung der Maschine hin und her. Dazu die veinlichste Beobachtung ber Weichenstellung über weite Strecken hinmeg. Schnell muß alles auf dem großen Güterbahnhof erledigt werden, die Züge follen nicht aufgehalten werden; und dabei doch die größte Borficht beim Anfahren und Abstoßen! Reine von den in Dutenden von Dienstanweisungen und in der Betriebsordnung enthaltenen ungezählten Borschriften soll verlett werden. Nun find ja die Mehrzahl selbstverständlich, "nur der heiligen Ordnung halber ausdrücklich fixiert, und jum andern beshalb bis ins kleinste ausgearbeitet, um für jeden denkbaren Fall einer Betriebsstörung alsbald Verstoß gegen Baragraph so und so konstruieren und jeden Vorwurf gegen die Behörde wegen Unzulänglichkeit der Betriebseinrichtungen parieren zu fonnen"; das ist so Bahnermeinung. Das Vorschriftenwesen im Bahndienst und die Stellung des Versonals zu ihm und zu den Vorgesetzten, die diese Borfchriften handhaben, haben für die Frage des Arbeitsverhältniffes Bebeutung genug, um fie hier mit ein paar Worten zu ftreifen.

Die vielerlei Bestimmungen ber Dienstvorschriften widersprechen sich in ber Praxis nicht selten, und unter ben Lokomotivern geht bas Wort um: "Sa, wenn wir alle Borfchriften befolgen follten, fämen wir überhaupt nicht aus dem Bahnhof hinaus." Die Promptheit der Rangierarbeit murde jedenfalls unter der ftriften Beobachtung der Bestimmungen, namentlich ber Unfallverhütungsvorschriften leiden; bei dem Kapitel über die Rangierbeamten ift näher barauf einzugehen. Man fümmert fich einfach uicht um all die Sollvorschriften, beachtet nur die von der praftischen Notwendiakeit diftierten Mugvorschriften, die dem Lokomotivpersonal natürlich derart in Fleisch und Blut übergehen, daß Unfälle im Rangierdienst auf Betriebsversehen des Lokführers nur ausnahmsweise jurudzuführen sind. Bisweilen bürfte ber Grund bafür eher in einer besonderen Gemütsverfaffung bes Führers zu suchen sein. Die hauptrolle in dem Reich der Unfälle auf der Eisenbahn spielt freilich immer ber deus ex machina. Wenn nun trotbem ber Lokomotivführer so häufig zur Berantwortung gezogen wird für bas, was durch feine Maschine direkt oder indirekt angerichtet worden sein soll, ja auf die Anklagebank gestellt wird, so erklärt fich dies das Lokomotiv=

personal, das von seiner Intaktheit mit ziemlichem Recht durchdrungen ift, aus "einer bereits zur Tradition gewordenen Sucht, ben Lokführer womöglich immer jum Sundenbod zu ftempeln". Gin paar "Protofolle" muß jedenfalls ber Lofführer bei einem Unfall immer über sich ergehen lassen, und semper aliquid haeret in ben Führungeliften! Rleine Beftrafungen bis ju 9 Mf., b. h. folche, die nicht an die große Glocke gebracht zu werden brauchen. wird er schließlich auch nicht selten ohne großen Widerspruch hinnehmen müssen. Was besitzt er überhaupt für Rechtsschutzmittel! Über den nächsten Borgefenten, ben Betriebswertmeifter, beim Maschineninspektor sich zu beschweren, magt man noch, obgleich es nicht ratsam ist, mit dem Manne, der beträchtlichen Einfluß auf die Dienstgeftaltung, Maschinenzuteilung u. f. w. hat, der des Maschineninspektors rechte Sand ift und bei der Bemeffung der Gratifikationen und Remunerationen auch ein Wort mitzureben hat, sich schlecht zu stellen. Doch die entscheidenden Faktoren find der Maschinen- und Betriebginspektor. Bon ihrem Gutachten, von ihrem "pflichtmäßigen, bisfretionaren Ermeffen" hangt in letter Linie alles ab, mas bas Wohl und Webe bes Lokomotivbeamten bestimmt. Der Maschineninspektor, ein technisch gebildeter, höherer Beamter, ber ben Lokomotivdienst aus eigener Erfahrung fennt, hat gewöhnlich das größte Interesse an den Lokomotivern und ist mohl hier und da ihr stiller Abgott. Doch schließt bieser allgemeine Charafter ber Beziehungen keineswegs Fälle aus, wo Fehde zwischen Maschineninspektor und Lokomotivpersonal besteht. Rach ben mir zugänglichen Darftellungen lag natürlich die Schuld immer auf ber Seite bes Borgefetten, ber die Beamten durch Dienstwerschärfungen und durch Pouffieren von allerlei nebenfächlichen, aber läftigen Bestimmungen fehr verstimmte; — bas bisweilen ganz unvermeidliche Qualmen bes Lokomotivschornsteins auf dem Bahnhofe spielt dabei vielfach eine Rolle. Aber wer möchte es mit dem Dienstgewaltigen verderben? Er ift überall die erste Instang; alle Gesuche und Beschwerden gehen an ihn ober durch seine Bermittlung weiter. Die Urlaubsbewilligung, die Unstellung bes Beigers hängt von ihm ab. Es gehört zu einem energischen Auftreten gegenüber bem Borgesetten, ber seine Machtbefugnisse überidreitet, der westfälische Dickschädel oder das ganze Temperament und Selbst= bewußtsein des Rheinländers, der dank dem Ginfluffe feines Rulturmilieus mit einem Tropfen bemokratischen Dles gefalbt, sich als Mensch bem Menschen gegenüber empfindet und drum auch dem Gefühl der verletten Würde auf gut rheinisch einen energischen, wenngleich oft wenig pathetischen Ausbruck leiht. hat er damit keinen Erfolg, sett er sich bin und "schreibt drum" an die Direktion, oh. - "an den Minister!" Er will sein Recht haben und bafür lieber auf das Gnadengeschenk ber Weihnachtsgratifikation verzichten.

Im Often fteht es anders. Ich habe hier einen wefentlich anderen Menschencharakter angetroffen. Opposition, selbst berechtigte, gegen Vorgesette ift bei ben unter dem geschichtlichen Ginflusse der patriarchalischen Dienstverfassung stehenden Angestellten verpont. Man verlegt sich aufs Bitten und ftedt bann die Ablehnung des Gefuches ruhig ein. Auf alle Fälle gilt es. fich die Gunft des Vorgesetzten zu erhalten und jeden Anlaß zur Beschwerde. jum Konflift zu vermeiben. Nur feine Unzeige wegen Unregelmäßigkeit im Dienft, wegen Berftößen gegen die Betriebsordnung, über beren Befolgung mir das Bahnpersonal hier viel peinlicher zu machen scheint als im Rheinischen, wo man es mit bem "Schema F" nicht so genau nimmt! Sa, um einer schlechten Note von vornherein vorzubeugen, hat fich hier im Often vereinzelt sogar ein eigenartiges Bertuschungsspstem ausgebildet. Einer paft bem andern scharf auf, um bei ihm irgendeinen gelegentlichen Dienstmangel zu erspähen und dies sich verschwiegen für den Fall zu merken, daß ihm selbst einmal ein Dienstversehen unterläuft und nun der andere, wie es die Pflicht vorschreibt, Unzeige bavon machen könnte; bann hält man jenen mit bem hinmeis auf ben früheren eignen Berftoß in Schach. So braucht man fich nicht vor der Behörde zu verteidigen und hält sich seine Führungslifte makellos. Finden sich nämlich hier schon Noten über irgendwelche Zwischenfälle, felbst nur folche, bei benen bem Betreffenden niemals eine birekte Schuld nachgewiesen wurde, so bedarf es doch wiederkommenden Falls schon bes Eintretens eines technischen Sachverständigen, vielfach bes Maschineninspektors, um bas Dbium bienstlicher Unzuverlässigkeit von dem Beschuldigten zu nehmen 1. -

Nach diesen Zwischenbemerkungen über die Bedeutung der Dienstvorsschriften und der persönlichen Einflüsse von Kollegen und Vorgesetzten auf beren Handhabung, Momente, die gerade im Rangiers und Bahnhofse dienst, im Bereich der aufsichtführenden Beamten und der Kontrolle durch die Betriebskollegen am klarsten sich äußern, zurück zum speciellen Teil des Rangierdienstes!

Das Rangiergeschäft ist in seinem Umsange völlig von der Größe bes Wagenverkehrs', der ja überall das Arbeitsmaß bestimmt und der Konziunktur in der Industrie parallel geht, abhängig, der Umsang des Wagenverkehrs wieder von der "Saison": Kohlenz, Holze, Rübenverkehr; Ferienz, Bäderz, Manöverz, Wallsahrtsverkehr sind wichtige Faktoren 2. Nach Sonnz

<sup>1</sup> So ift mir von einer Inspektion bekannt geworden, daß sie ein sogen. "Fehler» verzeichnis" führte, in das alle Dienstversehen, auch die kleinsten, eingetragen wurden; bei der dritten schlechten Note setzte es Strase.

<sup>2</sup> Einen Begriff bavon, in welchem Umfange ber Betrieb für besondere Ber-

und Keiertagen macht fich meist ein ftarfer Rückagna im Durchagnasverkehr geltend, der für das Rangierpersonal eine wohlthuende Muke bedeutet. Ift doch der Rangierdienst, wie gefagt, keineswegs leicht, völlig reizlos und beim Personal durchaus nicht beliebt, soweit es nicht unter besonderen Umständen. wie z. B. ber junge Familienvater ober der alte Führer, der für den Streckenfahrdienst nicht mehr zu gebrauchen ift, Wert auf die Regelmäßigkeit der Diensteinteilung und die ständige Wiederkehr einzelner Dienstpaufen, befonders ber Mittagspaufen, legt. Wenn diese Paufen aber in Bezirfen starken Verkehrs oder infolge der geringen Umsicht oder Überbürdung des Rangierpersonals fortfallen, ist der 12= bis 13=, ja 131/2stündige Dienst - Tag für Tag ober Nacht für Nacht - bisweilen eine Plackerei. Die Rückversetzung in ben Rangierdienst wird benn auch als Strafe angewendet, und bas Wort eines Führers: "Drei Jahre hier auf bem Bahnhof, bas ift schlimmer als drei Jahre in Sibirien!" drudt ja vielleicht die Antipathie des Versonals gegen den so geregelten Dienst deutlich genug aus. Das in Lokomotiverfreisen verbreitete Wort: "Die Nachtfahrerei ist unser Ruin," trifft auch auf den Nachtrangierdienst zu. Besonders erschwert wird ber Dienst burch feuchte Witterung und Schnee. Die Schienen find "alibbrig". die Wagen rollen nicht, sondern rutschen rudweise und erleiden dann beim scharfen Aufeinanderstoß leicht Beschädigungen, für die ber Lokomotivführer haftbar gemacht werden fann. Die niedrig liegenden Signalköpfe ber Weichen find ferner im Winter oft gang mit Schnee verweht, Die signalgebenden Scheiben weiß zugefroren, die Weichenzungen und situhle steden im Gis schwer beweglich fest, aber bie Arbeit foll geschafft werben. Da ift natürlich an Ruhe nicht zu benfen. Der Güterverkehr staut sich unerträglich. Die anschaulichste Schilberung dieser Notstände im Winter-Rangiergeschäft haben wir aus dem Munde des Eisenbahnministers, der am 23. Februar 1900 in der Budgetkommission des preußischen Landtags — bei Erörterungen über bie Brauchbarkeit bes Schmieröls — über bie Zuftande auf einem Rangierfelde des Ruhrbezirfes im Falle dauernden Nebels und ftrenger Kälte fich folgendermaßen ausließ: "Die Schienen waren dauernd mit Gisfruften über-

tehrsbedürfnisse in Anspruch genommen werden kann, giebt folgender Ausschnitt aus dem Betriebsberichte für, das Jahr 1895/96: "Außerdem sielen in das Berichtsijahr eine Menge größerer festlicher Beranstaltungen, so die Feierlichkeiten bei Ersöffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals in Hamburg und Kiel, das Kaisermanöver bei Stettin, die Hulbigungsfahrten nach Friedrichsruh aus Anlah des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck, die Beteranensahrten nach den Schlachtselbern von 1870/71, die Gedenkseiren der einzelnen Truppenteile, die Ausstellungen in Posen, Thorn, Gießen, Königsberg i. Pr. und Münster i. Wests, die Heiligtumsfahrten nach Aachen und die Bilgersahrten nach Kevelaer."

zogen und alle Mittel zur Beseitigung umsonst, die Räder hatten sich gedreht ohne Vorwärtsbewegung. Die Ablaufgeleise hatten versagt. Wo sonst in fünf Stunden einige zwanzig Züge geordnet werden, waren jetzt nur zwei zusammengestellt, weil die Wagen einzeln mit Maschinen und durch Menschenhand, in manchen Fällen von 20 Mann, geschoben werden mußten."

Die in dieser Erklärung berührten Ablaufberge, auch "Eselsrücken" genannt, kommen, wie nebenbei bemerkt sei, bei einer anderen als der disher geschilderten Rangiermethode, namentlich auf großen Berteilungsstationen mit ausgedehntem Güterwagenverkehr zur Anwendung, weil sie viel schnelleres Arbeiten ermöglichen, allerdings auch ein ausgezeichnet geschultes Rangierpersonal voraussehen. Für das Lokomotivpersonal ist diese Art des Rangierens eine bedeutende Erleichterung, da hier die zu rangierenden Wagen nicht besonders durch einen Maschinenruck abgestoßen zu werden brauchen, sondern dank ihrer Schwere selbstthätig den Berg hinunterlaufen. Für den Heizer fällt bei dieser Methode das anstrengende Bremsen zum Teil fort. Auf der anderen Seite bietet freilich dieser Dienst wieder viel weniger zusammenhängende größere Pausen als der gewöhnliche Rangierdienst.

Der Charakter der Pausen im Rangierdienste beckt sich im wesentlichen mit denen im Zugdienste. Immerhin dürfte es instruktiv sein, einige mir bekannt gewordene Beobachtungen über die Berteilung der Pausen und die Häusigkeit der Rangierbewegungen bei mittlerem Verkehr während einer 12stündigen Arbeitsschicht wiederzugeben:

	<b>Tagbien st</b>	(12 Std. täglich).
Anzahl ber Rangier: bewegungen.	Gesamtdauer der Pausen.	Einzelbauer der Bausen, soweit sie eine halbe Stunde und mehr betragen.
<b>2</b> 39 3	Std. 30 Min.	1 × 1 Stb. 20 Min. (Mittagpause.) 1 × — " 30 "
241 4	, 5 ,	$1 \times 1$ " 20 " $1 \times -$ " 55 " $1 \times -$ " 50 "
213(Montags)4	. " 50 "	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$
270 3	" - "	$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$
963 15	6 Std. 25 Min.	
4	4	
= 241 = 3	Std. 51 Min.	

Durchschnittlich am Tage 241 Rangierbewegungen inner halb 12 Stb. Dienst bei 3 Stb. 51 Min. Unterbrechung bes Rangiergeschäftes.

				ienst	•	•				90109	-,-					
Anzahl ber	(	Gefa	mtda	uer	(	<b>Finzel</b> l	au	er de	r P	aufen	,					
Rangier=		der '	Pauf	en.	jon	soweit sie eine halbe Stunde										
bewegungen.						und :			U							
91 (Sonntag auf	5	Stb	. 45	Min.				Std.		Min.	(u	m	41	lhr	frü	h)
Montag)						$1 \times$		"	<b>4</b> 5	"	(	"	2	"	"	)
						$1 \times$		"	<b>4</b> 5	"						
						$1 \times$	_	"	30	"						
235	5	,,	_	"		$\overline{1} \times$	2	"	30		(	,,	4	,,	,,	)
						$1 \times$	1	"	20	,,	(	,,	12	,,	,,	•
						$1 \times$		"	<b>4</b> 5	"						
235	5	,,	25	,,		$\overline{1} \times$	2		5							
		"		"		$1 \times$	1	"	5	"						
						$2 \times$	1	,,		,,						
240	4	,,	25	"		$\overline{2} \times$	1	,,	15							
		"		"		$1 \times$	1	,,	5	"						
						$1 \times$	_	,,	35	,,						
221	3	"	50	,,		$\frac{1}{1}$	1	,,	40							
				,,		1 ×	1	,,	_	"						
						1 ×	_	,,	<b>4</b> 5	"						
341	1	"	35	"		1 ×	1	"	_		(	,,	5	"	,,	)
305	4	,,	5	"		$\overline{1} \times$	1	,,	30							
						$1 \times$	1	,,	20	,,						
						1×	_	,,	50	"						
297	3		1			$\frac{1}{\times}$	1	,,	_							
201		"	•	"		$\stackrel{\scriptstyle 1}{\scriptstyle 2} \times \stackrel{\scriptstyle \cdot}{\scriptstyle \cdot}$		"	40	"						
1965	33	Std.	6	Min.	-									•		
8			8													
=246	=	= 4	Stb	. 8 Mi	n.											
~ × * * * * * * * * * * * * * * * * * *						m ·								ے ر د		

Durchschnittlich in der Nacht 246 Rangierbewegungen in 12 Std. bei vierstündiger Unterbrechung des Rangiergeschäftes. Diese wenigen Zahlen bestätigen die allgemein gemachte Erfahrung, daß der Nachtrangierdienst auch quantitativ mindestens ebenso anstrengend ist wie der Tagdienst. Nur für eine etwas günstigere Verteilung von Arbeit und Pausen scheinen die Zahlen hier zu sprechen. In dem stizzierten Falle liegen die Hauften mit dem Ausgieren der für sie bestimmten Züge sertig und, nachdem sie frisch mit Basser und Kohle versehen sind, in den Schuppen einlausen können. Dasneben ist hier eine große "Mittagspause", um Mitternacht etwa, vorhanden,

die zur Ruhe auf der Maschine verwandt wird; doch ist es weder eine absolut regelmäßige, noch eine überall bestehende Pause.

Im vorliegenden Falle wechselt Tag= und Nachtdienst nach je vier= maliger Wiederholung, unter Einschaltung einer Feierzwischenschicht von 12 Std. über die gewöhnliche Ruhefrift hinaus. In anderen Fällen wechfelt er ichon alle 3 Tage, vielfach aber auch erft alle Wochen, benn gemäß ben "Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhezeit" darf ein Beamter bis zu 7 Nächten hintereinander beschäftigt werden. Auch liegen die Arbeitsverhältnisse im Rangierdienste an anderen größeren Verkehrsplätzen bei weitem nicht so gunftig, wie in dem geschilderten Falle. Es ist eben allgemein nur vorgeschrieben: "Wenn der Rangierdienst eine ununterbrochene, angestrengte Thätigkeit erfordert, foll die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stb. nicht überschreiten." Daß man bier nicht aut von einer ein= schränkenden Bestimmung reben fann, liegt auf ber Sand; auch ber Stärkste dürfte kaum mehr als eine 10 ftundige, ununterbrochene Rangierthätigkeit zu leisten dauernd im stande sein. Wenn aber eine Unterbrechung des Rangierdienstes nur durch wenige Pausen, vielleicht eine einstündige ober 2 halbstündige Paufen erfolgt, steht der Bemeffung der Dienstdauer auf 12 Std. nichts mehr im Wege, selbst in den Fällen, wo der Dienst viel ftrammer als in bem oben erörterten Beispiele ift. Die Thatsache, bag bie Verwaltung bei dem zwölfstündigen Rangierdienst in manchen Fällen die Vorbereitungs- und Schlufzeit von 11/2 Std. in Anbetracht bes schweren Dienstes besonders bezahlt, mahrend dies sonst beim Rangierdienst nicht allgemein üblich ist, spricht beutlich genug; auch die weitere Thatsache, daß auf einzelnen Bahnhöfen feit langem die Umwandlung des Zweischichten= bienstes im Rangiergeschäft in einen Dreischichtendienst, wie er bisber nur auf ben größten Rangierbahnhöfen bes Staates besteht, als notwendig geplant, nur leider noch nicht durchgeführt ist, durfte zu denken geben.

Eine 2 ftündige Gesamtdauer der Pausen erscheint als die Regel im 12= und 13= stündigen Rangiergeschäfte. Die zwischen Tag= und Rachtschicht eingeschalteten und auf die durchschnittliche Dienstdauer zu verzechnenden "Ruhetage", beziehungsweise "freien Sonntage" schwanken zwischen 4 bis 8, beziehungsweise 0 bis 2 im Monat, verkürzen also den Durchschnitt der täglichen Dienststundenzahl um weitere 1 bis 2 Stunden.

Dies vorläufig zur Charakteristik des Rangierdienstes; eine eingehende Darstellung der Diensteinteilung im Lokomotivbetrieb ist einem besonderen Abschnitte vorbehalten.

Es bleiben vom Lokomotivdienst schließlich noch einige Besonderheiten zu schildern übrig: der Güterreservedienst und das "Kesselwaschen".

Der Güterreserve= ober Bereitschaftsbienst hat die Auf= gabe, alle etwa im Betriebe fich ergebenden Luden oder außergewöhnlichen Beanspruchungen auszugleichen. Dazu werden bestimmte Versonale eingestellt, aber auch abwechselnd aus dem Fahrdienst dieses oder jenes Versonal an einzelnen Tagen des Monats herangezogen. Die Refervemannschaft hat ihre Maschine wie gewöhnlich betriebsfertig zu machen und alsdann mit einem Mindestmaß von Dampfdruck in steter Bereitschaft zu halten, um jeden Augenblick auf telegraphischen Anruf Dienst leisten zu können. handelt fich hier in der Mehrzahl der Fälle um Vorfpann= oder Stokbienst bei Personenzügen und schwerbelasteten Güterzügen, vornehmlich im hügligen Gelande, ferner wohl auch um Dienstübernahme an Stelle einer "befekt" gewordenen Maschine. Auf manchen Strecken wiederum find häufig Extrazüge für die verschiedensten Zwecke, sowie Arbeitszüge zu bedienen. Bertretungsbienst für fehlendes ober beurlaubtes Bersonal, Ablöfuna Rangierpersonalen. bas befekten Maschinen Schleppen der nächsten Sauptwerkstatt fällt den "Reserven" Einzelne Stationen ąu. kennen außerdem als Specialität des Reservepersonals bas magenwaschen". Die Maschine rückt in die Nähe der auf abgelegenen Sondergeleisen untergebrachten Biehwagen und liefert durch Schlauchleitung Wagenwäscher das zum Ausbrühen der kotbeschmutten erforderliche Dampfmaffer. Die Zeit ber "Reserve" ift so im allgemeinen reich besetht; auch ift es durchaus nichts feltenes, wenn das Personal über die angesetzte, meist 12 ftundige Dauer des Bereitschaftdienstes hinaus beschäftigt ift, wenn es z. B. grad noch kurz vor Feierabend eine Fahrt hat antreten muffen, die es weit über den Dienstichluß hinaus auf der Maschine festhält. Solche überschreitungen ber Bereitschaftsfrist sollen ja zwar nur auf Notfälle beschränkt werden, in Wirklichkeit sind es mehr als Ausnahmefälle. Sedoch bestehen hier wie überall natürlich bedeutende Abweichungen zwischen ben Verhältniffen auf ben verschiedenen Bahnhöfen. Auf einzelnen gilt der Reservedienst auch geradezu als "fauler Dienst"; dies allemal bei ber sog. "kalten Reserve", bei ber bas Bersonal sich ohne betriebsfähige Maschine nur persönlich auf dem Bahnhof bereit zu halten hat. Da drückt es sich benn, wenn es nicht grade eine Reparatur an der Maschine ausführen fann, in dem Lokomotivschuppen unthätig herum oder ruht in den "Reserveber Arbeitsbemessung für die Reserven spielt auch die ftuben". Individualität des Personals eine Rolle. Da auf größeren Bahnhöfen gewöhnlich 2 ober mehrere Maschinen in Reserve gehalten werden, so haben die Personale bisweilen untereinander zu entscheiden, welche Maschine die bestellte Arbeit übernimmt. Füngere Führer, denen es auf jeden Pfennig

ankommt, reißen sich bann wohl um die Arbeit, andere wieder, die es nicht nötig haben, schieben die Fahrt von sich auf den Kollegen ab, lassen sich aber das Stillliegen im Bahnhof womöglich gar noch als Rangierdienst stundenweise bezahlen.

Das Ausmaschen der Maschine endlich, bessen schon oben als einer besonders unangenehmen Zugabe zu den Mußestunden des Lokomotivpersonals gedacht war, gehört, eben weil es einerseits nicht als Dienst angerechnet noch bezahlt wird 1, und anderseits die schmutzigste, mühsamste Arbeit darstellt, zu den geradezu verhaßten Dienstleistungen. Es sind ja hie und da durch Berfügungen von oben die Betriebswerkstätten angewiesen worden, diese Arbeit nach Möglichseit durch die Schuppenarbeiter und Schlosser besorgen zu lassen, aber schließlich muß, wenn auch das Auswaschen des Kessels, das Kaminreinigen, das Durchstoßen der Siederohre, das Auspicken der Feuerstifte von Hilfsarbeitern vorgenommen werden könnte, doch die Montierung der abgeschraubten Teile, das Einziehen neuer Schmierpackungen und Dampsdichtungen, neuer Wasserstandsgläser und derzl. durch sachverständige Leute, die nicht immer ausreichend zur Verfügung stehen, und am besten durch das Versonal selbst ausgesührt werden, wie dies ja auch bei den gleichzeitigen Reparaturen an der Maschine den Werkstattschlossern zur Hand gehen muß.

Dies das bunte Bilb des Dienstes der Lokomotivdienstmannschaft zu normalen Zeiten! Auf die außergewöhnlichen Dienstleistungen, bei Unfällen, Schneeverwehungen u. dgl. einzugehen, ist hier nicht der Ort, zumal die vorzliegende Schilderung schon erheblich tief in die technischen Details hineinsgreifen mußte, um die ganze Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit des Lokomotivdienstes zur Anschauung zu bringen.

## Diensteinteilung für das Lokomotivpersonal.

Im vorstehenden ist ein Maßstab gegeben, um die Qualität und die Intensität der Dienstleistungen des Lokomotivpersonals zu bewerten und dementsprechend die Dienstzeiteinteilung dieser Angestellten zu beurteilen. Diese wichtigste Frage bei der Erörterung der Arbeitsverhältnisse im Lokomotivbetriebe soll nun einer eingehenden Brüfung unterzogen werden.

Bom Normalarbeitstag ist natürlich beim Lokomotivpersonal nicht die Rede. Nur im Rangierdienst kann man von einem 12stündigen Arbeitstag bezw. in den oben angedeuteten Einzelkällen — bei Außerachtlassung des Borbereitungs- und Schlußdienstes — von einem 8stündigen sprechen. Wie

 $<sup>^1</sup>$  Neuerdings werden hier und da 1 bis 3 Stunden Dienst für das Auße waschen angesetzt. Der Auhetag wird aber zumeift nach wie vor durch diese Nebensarbeit unterbrochen.

bieser Normaltag sich in ben Diensteinteilungsplänen gestaltet, sei hier an einigen Typen aus ben verschiedensten Bezirken veranschaulicht.

Mus einem Begirf mit mittelftartem Berfehr:

I. Von 5 V. (Bormittags) bis 5 R. (Nachmittags): (mit Vorbereitung und Schluß): 13 Std. Dienst, 11 Std. Ruhe.

II. Bon 5 R. bis 5 fruh: 13 Stb. Dienft, 11 Stb. Ruhe.

Im Monatsdurchschnitt: täglich 10 Stb. Rangierdienft und 14 Stb. Rube.

Denn: jeden 5. bis 6. Tag Wechsel zwischen Tag- und Nachtdienst durch Einschiedung eines Zwischenpersonals; dadurch eine 24 stündige Ruhezeit (in Wirklichkeit eine 23 stündige; da indes nach den Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhepause u. s. w. als Ruhetag nur eine Dienstbefreiung von mindestens 24 Stunden gilt, müssen 24 Stunden in den Plan geschrieben werden).

Ferner: Sonntagsruhe am 5. und 6. Sonntag (b. h. jeden Monat <sup>4</sup>/3 freie Sonntage). Dazwischen ist der dritte Ruhetag auf einen Sonntag zu verschieden. Endlich: Kesselreinigung an jedem zweiten "Ruhetag" (alle zehn Tage!) durch die Personale, abwechselnd.

Bie ergiebt sich daraus der obige 10 stündige Durchschnittstag? An jedem 5. und 6. Tage kommt beim Schichtwechsel dank der Ablösung eine Dienstschicht zum Wegkall: monatlich 6 für beide Personale; also für jedes einzelne  $3 \times 13 = 39$  Stunden; ferner  $^4$ /s dienststreie Sonntage: das debeutet einen Dienststundenauskall von  $^4$ /s  $\times 13 = 17^1$ /s Stunden im Monat; Gesamtauskall, ohne Berücksichtigung des Zusammentressens von Nuheschicht und freiem Sonntag:  $56^1$ /s Stunden im Monat. Das fürzt die tägliche Dienstdauer von 13 Stunden um  $\frac{56^1$ /s}{30}, also um knapp 2 Stunden; es resultieren mithin mindestens 11 Stunden durchschnittlicher Tagesdienst, abre das seiselmaschen welches is einen niertel die halben Ruhes

ohne daß schon das Kesselwaschen, welches je einen viertel bis halben Ruhetag wieder aushebt, ohne daß die erforderliche längere Vorbereitungszeit, namentlich des Heizers, in Ansatz gebracht wäre.

Die amtliche Diensteinteilung rechnet nun aber 10 Stunden Tagesdurchschnitt heraus.

Ihre Methode scheint so zu verfahren:

Am 5. bis 6. Tage Schichtwechfel, dabei 24 Stunden Ruhe, — ein "Ruhetag"; also 5 bis 6 Ruhetage im Monat und 5 bis 6 Arbeitstage im Monat weniger. Das bedeutet  $5^{1/2} \times 13 = 71^{1/2}$  Stunden Dienst= ausfall. Dazu  $^{4/8}$  Sonntage oder  $17^{1/8}$  Freistunden; — in Summa 89 Stunden Gesamtausfall im Monat. Der tägliche Dienstdurchschnitt Schriften  $\mathbf{XCIX}$ . — Straßentransportgew.

wird bemnach um <sup>89</sup>/<sub>80</sub> Stunden gekürzt, also von 13 auf 10 Stunden reduziert.

Nun läkt sich ja über Methoben streiten. Nur scheint mir die hier amtlich angewandte nicht recht mit der Wirklichkeit zu harmonieren. Durch die zweideutige Bezeichnung "Ruhetag" hat sich wohl der amtliche Mathematifer, unter der Suggestion der allgemeinen Bestimmung: "ein Ruhetag liegt bei 24 stündiger Dienstpause vor", - verführen lassen, hier ben wirklichen Ausfall eines vollen Arbeitstages anzunehmen, mährend es fich in ber That nur um einen halben handelt; liegt doch hier faktisch nur eine Umkehrung der Aufeinanderfolge von Dienst= und Ruheschicht vor. Taaschichtendienst, so nehme ich einmal an, folgt auf den Dienst die Rube, im folgenden Nachtschichtendienst auf die Ruhe der Dienst. Durch bas beim Schichtwechsel gegebene Zusammentreffen von Nachruhe und Vorruhe mirb also feine Ertraruhe, sondern nur eine Berbindung der zu zwei Dienst= icidten gehörigen Rubeschichten geschaffen. Erft bei jedem zweiten Schicht= mechsel, bei der Rückfehr in den Tagdienst, kommt ein Ertraruhetag zur Einschaltung, ba fonft Dienft auf Dienft folgen mußte. Die amtliche Methode, einen vollen Ruhetag anzusetzen und für jedes Versonal bei jedem Schichtwechsel entsprechend eine volle Dienstschicht abzuseten, ift unhaltbar. Unseligerweise scheint sie aber nicht nur in Einzelfällen, sondern allgemeiner bei der Berechnung der Diensteinteilung angewendet zu fein; wenigstens bin ich vielfach in ben Dienstplänen bes Fahrpersonals ben Spuren biefer Methode begegnet.

Bier ein Beifpiel bafür aus einem anderen Direktionsbezirke:

Denn: die Personale haben jeden 4. bezw. 5. Wechseltag je 24 Stunden Ruhe und außerdem monatlich einen Ruhetag von 36 Stunden, das heißt: 6 dis 7 mal Ausfall einer halben Dienstschicht:  $6^{1/2} \times 1^{2/2} = 39$  Stunden; dazu Ausfall an einem Sonntag, der freilich vielsach mit einem der verschiedenen Wechseltage sich decken dürfte; das macht insgesamt 52 Stunden Gesamtausfall monatlich, also täglich knapp 2, nicht 3 Stunden Kürzung. Die socialpolitische Tragweite eines derartigen Versahrens ist an den erörterten Fällen, glaube ich, genügend exemplisiziert. Täglich 1 Stunde Dienst weniger, dieses schwere socialpolitische Problem ist in jenen Direktionsbezirken durch ein einsaches Rechenexempel gelöst.

Aus dem Westfälischen liegen mir andere Beispiele eigentümlicher

Dienststundenberechnung vor, die indes den Borteil haben, die Durchschnitts= Dienstdauer wenigstens nicht zu niedrig zu ermitteln.

I. 6 B. bis 6 N. 1 Stb. Borber. u. Schluß:

13 Std. Dienft 12 Std. Rube.

II. 7 B. bis 7 R. 1 Std. Borber. u. Schluß:

13 Stb. Dienft 11 Stb. Rube.

III. 7 B. bis 7 N. 1 Stb. 30 Min. Borber. u. Schluß:

13 Stb. 30 Min. Dienft 11 Std. 30 Min. Rube.

IV. 8 B. bis 8 R. 1 Std. Vorber. u. Schluß:

13 Stb. Dienft 21 Stb. Rube (Rubetag).

V./VI. 6 N. bis 6 B. 1 Std. 30 Min. Borber. u. Schluß:

13 Stb. 30 Min. Dienft 11 Stb. 30 Min. Rube.

VI./VII. 7 R. bis 7 B. 1 Std. Borber. u. Schluß:

13 Std. Dienft 12 Std. Rube.

VII./VIII. 8 N. bis 8 B. 1 Stb. 30 Min. Vorber. u. Schluß:

13 Stb. 30 Min. Dienft 19 Stb. Ruhe (Ruhetag).

Auswaschen jeden 16. Tag.

Monatlicher Durchschnitt: 11 Stb. 45 Min. Dienft 12 Stb. 15 Min. Ruhe täglich.

Bei Annahme von allwöchentlicher Sonntagsruhe im Güterverkehr 10 Stb. Dienst. Durch den Schichtwechsel am 5. und 8. bis 9. Tage werden innerhalb 8 Tagen je 2 halbe Dienstschichten für ein Personal, zusammen 13 Stb. 13 Min., im Monat also  $^{80}$ /s  $\times$  13 Stb. 13 Min. =  $49^{1}$ /2 Stb. zum Ausfall gebracht. Davon geht indes wieder ab: 1 mal Auswaschen, gleich  $1^{1}$ /2 Stb.  $1^{1}$ ; die verbleibenden 48 Stb. bewirken eine Verkürzung des Tages bienstdurchschnittes von 13 Std. 13 Min. um  $^{48}$ /30 Std. oder 1 Std. 36 Min., das ist eine Reduzierung auf 11 Std. 37 Min., eine Zahl, die hinter der amtlichen Ziffer um 8 Min. zurüchleibt.

Die Annahme allwöchentlicher Sonntagsruhe im Güterverkehr erscheint freilich angesichts der thatsächlichen Verhältnisse etwas gewagt, wenigstens trat in dem Falle des hier geschilderten Dienstes nur höchstens alle 14 Tage Sonntagsruhe, mithin auch nur ein weiterer Ausfall von 2 × 13 Std. 13 Min. = 26 Std. 26 Min. Dienst monatlich, das ist 53 Min. täglich ein; wobei immer die Hypothese zu Grunde liegt, daß sich die freien Sonntage nicht mit den 8 Dienstunterbrechungen der Wechseltage decken und auch wirklich neue, im Plane noch nicht berücksichtigte Dienstkürzungen bringen.

So stellte sich benn ber Monatsburchschnitt hier faktisch auf 10 Stb. 37 Min., mährend ber Plan, unter Annahme von 4 freien Sonntagen,

<sup>1</sup> Laut ministericller Aussührungsbestimmung soll zwar für das Keffelsauswaschen eine Frist von 3 Std. angesetzt werden, jedoch begnügen sich die Inspektoren vielsach, wenn sie das Kesselwaschen überhaupt im Dienstplan berücksichtigen, damit,  $1^{1/2}$  Std. anzuschreiben.

einen Abzug von  $4 \times 13$  Stb. 13 Min. = 52 Stb. 52 Min. monatlich, bas ift 1 Stb. 45 Min. täglich oder, ba jeder 7. Tag dienstffrei, eine Kürzung des Wochendurchschnittes von 11 Stb. 45 Min. um ein Siebentel, um 1 Stb. 41 Min., mithin einen Monatsdurchschnitt von 10 Stb. rund herausrechnet.

Es ist ein kleinliches Zahlenmosaik, durch das man sich hier mühsam durchzuarbeiten hat; allein bei der entscheidenden Wichtigkeit der Frage muß das Verfahren einer peinlichen Kritik unterworfen werden, um über den Wert oder Unwert der Dienstzeitnotierungen, auf die sich hernach auch die summarischen Veröffentlichungen in den Landtagsberichten stützen, ein Urteil zu ermöglichen.

Ich kann mir es nicht versagen, noch ein statistisches Bild der durchschnittlichen Dienstbemessung einer Mehrzahl von Rangierpersonalen aus einem vierten Direktionsbezirk vorzuführen. Auch in den obengenannten Fällen handelte es sich niemals um singulare Fälle, sondern um Diensteinteilungen für mehrere Gruppen von je einem halben Dutzend und mehr Bersonalen, die fast übereinstimmenden Dienst hatten.

Hier nun hatten 27 Personale einen durchschnittlich 13 ftundigen Arbeitstag, von dem die Sälfte, wie allgemein sonst, wenn man den gangen Monat überblickt, sich als Nachtbienst barstellt. Diese 27 Personale hatten insgefamt 65 wirkliche freie Tage, an benen ein voller Arbeitstag zum Wegfall fam, Tage von durchschnittlich 35 Stunden, ferner 104 fogenannte "Ruhetage", die aus dem Schichtwechsel resultieren und den Ausfall einer halben Dienstschicht pro Personal bewirken, also Ruheschichten von je 23 Stunden. Außerdem kommen durch Ginschränkung des Dienstes an einzelnen Tagen bei diesem und jenem Personal 16 Stunden im ganzen für die Gefamtheit des Versonals planmäßig in Fortfall. Insgefamt sind im Monat auf einen Kopf 54 Std. 45 Min. in Abzug zu bringen, das bedeutet eine Verfürzung der durchschnittlichen täglichen Dienstdauer von 13 auf 11 Std. 10 Min. im Monatsdurchschnitt. Es entfallen auf ben 13 stündigen Normalarbeitstag dieser 27 Rangierpersonale  $\frac{65+104}{27}$ 

6,25 Ruhetage im Monat von durchschnittlich  $\frac{(65\times35)+(104\times23)+16}{169}$ 

= 27 Std. 36 Min. Der gewerbliche Arbeiter hat im Durchschnitt vielleicht einen 11 stündigen Arbeitstag; einschließlich der Arbeitspausen, die er zu absolut freier Verfügung hat, während sie das Rangierpersonal fast durchweg in Dienstbereitschaft auf der Maschine zubringen muß, — eine 12 bis 13 stündige Dienstzeit und 4 bis 5 völlig dienstsreie Sonn- und Feiertage von je 36 Stunden. Berücksichtigt man, daß der Dienst des Rangierpersonals zur Hälfte im Monat Nachtdienst ist, so scheint hier die Dienstbemessung des Rangierpersonals das für unqualisizierte gewerbliche Arbeit übliche Zeitmaß noch zu überschreiten.

Nun zur Diensteinteilung im eigentlichen Lokomotiv fahr bienste!

Die Einflüsse ber Berkehrstonjunkturen können hier natürlich nicht im einzelnen berücksichtigt werden. Nur normale Dienstwerhältnisse liegen den nachfolgenden Erörterungen zu Grunde. Ich interpretiere den günstigsten mir bekannten Dienstplan aus dem Güterzugdienst eines Bezirkes mittlerer Berkehrsstärke.

Der sogenannte "Turnus" umfaßt 20 Tage. Am 21. Tage beginnt die Reihe der verschiedenen Fahrten wieder von vorn. Auf diesen Zeitraum von 20 Tagen entfallen 16 "Touren" bezw. Dienstschichten im Bahnhofe und entsprechend 16 Ruheschichten. Sie greifen folgendermaßen in einander.

Ruhefo Std.	hichten. Min.				oeits= Chten <sup>1</sup> . Min.	Davon in der Zeit v. 6 N. bis 6 B. Std. Min.		Bemerkungen.	Geleiftete Kilometer= zahl.
10		İ				i		İ	i
10 11	$\begin{array}{c} 55 \\ 05 \end{array}$	>	Ι	. 14	25	7	20		<b>15</b> 8
10	24	\ \ \ \	II	. 9	45	4	10		76
17	24 19	>	III	. 13	24	3	58	i	158
20	16	>	IV	. 9	37	6	<b>54</b>		76
15	05	>	v	. 20	32	8	50	(Innerhalb E.V 6 Stb. Über= nachtungspause)	158
		>	VI	. 21	31	5	_	(Innerhalb E.VI Baufen v. 2 Stb. u. 4 Stb. 45 Min.)	158
23	42	>	(VII)	. 3	_	_		(Reffelwaschen)	_
8 8	$\frac{-}{22}$	>	VIII	. 7	38	6	38		82
28	$\frac{22}{45}$	<b>\_</b>	IX	. 12		3	-	(Referve)	_
	45 14	$\leq$	х	. 7	47	4	15		76
16 20	51)		XI	. 6	53	4	14		82
be; 14	3w. 34	_		17	9	l( —	- 1		[ 82
	•	<i> </i> >	XII	13	ezw. 24		zw. }		{ bezw.   158
18	33	<b> </b> >	XIII	. 12	2 <del>4</del> 18	4   1	20 J 30		158
21	30	$\leq$	XIV.		30	12	50	(Referve)	
23		$\leq$	XV	. 13	50	1	30	` ′	_
32	50	$\leq$	XVI.	. 8	49	$\frac{1}{2}$	40	(Referve)	82
11	51		Αγι	· ·	***		-10		
298	<b>4</b> 8			181	18	72	9	Summe ber größeren	1346
291	12	Бe	izer.	188	<b>4</b> 8	76		Zwischenpausen 12 Stb. 45 Min.	

<sup>1</sup> Borbereitunges und Schlußbienst ist berücksichtigt mit insge samt 1 Stb. 30 Min. für ben Führer.

Auf die einzelne der 16 Touren kommt mithin durchschnittlich eine Kilometerzahl von 84 km mit einer Dienstzeit von 11 Std. 48 Min. bezw. 12 Std. 18 Min. für den Heizer. Bon der Dienstzeit fallen 40 % auf die Nachtstunden von 6 Uhr N. bis 6 Uhr B.

Diefer Schichtendarftellung, welche ben Wechsel von Arbeit und Rube veranschaulicht, steht die gewöhnliche Dienstdarstellung nach der durchschnittlichen Tagesbelaftung gegenüber. Es tommen auf einen Tag im Monats= burchschnitt 9 Stb. 4 Min. Dienst und 14 Stb. 56 Min. Rube für ben Führer bezw. 9 Std. 34 Min. und 14 Std. 26 Min. für den Keizer: und zwar befinden sich darunter an zusammenhängenden Ruhezeiten: 11/2 freie Tage von etwa 32 Stb. 30 Min. und 9 Rubetage, Die zwischen 20 und 28 Std. schwanken. Diese Dienstbemessung wurde einer 631/2= bis 66 stündigen Arbeitswoche, dem  $10^{1/2}$  bis 11 stündigen Normalarbeitstag entsprechen. Daß die unruhige, zu 40 % in der Nacht sich abspielende Lokomotivarbeit aber anders bewertet werden muß, als die planmäkige täaliche Beschäftigung mit geregelten Bausen, Mahlzeiten, Nachtruben, Die nach 6 Tagen stetig von einem vollen freien Tag unterbrochen wird, braucht nach ben früher gemachten Bemerkungen kaum noch einmal hervorgehoben zu merben. Der menschliche Körper ift in feinen Arbeitsfunktionen auf ben lichten Tag, in seinem Ruhebedurfnis auf die Racht angelegt. Die Tages= ruhe ift fein Aquivalent des Nachtschlafes. Ein berartiger 20 tägiger Turnus ift mit 20 Bersonalen besetzt, die nacheinander diefe 16 Touren absolvieren. Während Bersonal I den Dienst I des Turnus leistet, leiftet Bersonal II an bemfelben Tage Dienst II u. f. w. Für jede Fahrtenreihe find ein= gehende Diensteinteilungspläne ausgearbeitet, die fofort erkennen laffen, welchen Dienst dieses oder jenes Personal an irgend einem Tage zu leiften hat. Auch die eventuell ausfallenden Sonntagsguterzüge fowie die regelmäßigen Ablöfungen find ba vermerkt.

Zur Vervollständigung des Bildes von der Dienstbemessung möge nun hier die Schilberung der Diensteinteilung auf einer Nebenbahnstrecke und in einem erstklassigen Berkehrsbezirke folgen.

Bon einem Fleden aus werden zwei Strecken, je 2 bezw.  $2^{1/2}$  Meilen lang, von einer Lokomotive bedient. Diesen Pendelverkehr leiten ein Führer und ein Heizer, der bereits sein Führereramen bestanden, also zur selbständigen Führung einer Maschine berechtigt ist; ihnen ist zur Aushilse ein Hilfsheizer beigegeben. Der Fahrdienst beginnt früh um 6 und endigt abends um 10 Uhr. Es erfordert eine kunstvolle Verteilung des Dienstes unter die drei Personen, von denen zwei doch immer gleichzeitig auf der Maschine dienstthätig sein, also insgesamt täglich 32 Arbeitsstunden leisten

mussen, ohne Überburdung bes Einzelnen hier auszukommen. Es geht nur durch eine Art Permutation und gelegentliche Heranziehung eines Schuppenarbeiters zum Heizdienste.

Es fährt der Führer in der Regel am ersten Tage 16 Std., am zweiten Tage 16 Std., am dritten ruht er; der geprüfte Heizer am ersten Tage 16 Std., am zweiten Tage ruht er, am dritten fährt er 16 Std. (als Führer). Der Hilfsheizer ruht am ersten Tage, fährt am zweiten Tage 16 Std. und am dritten Tage 16 Std. Der Dienstplan weist natürlich mehrere 1= bis 1½ stündige Aufenthalte auf; in den Frühstunden wird vereinzelt ein Ablöser eingeschoben.

An einem anderen Plațe, wo ftarker Verkehr herrscht, sind in einer Güterzug = Fahrtenreihe 16 Personale beschäftigt. Der Dienst wickelt sich folgendermaßen ab:

151/4 Stb. Dienst, barunter etwa 5 Stb. Bereitschaftsbienst auf frember Station.

14<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Std. Dienst mit 2 fahrplanmäßigen Paufen von je 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Std. (die eine auf fremder, die andere auf heimischer Station).

111/2 Stb. Ruhe.

131/2 Stb. Dienst mit 3 stündiger Paufe auf fremder Station.

14 Stb. Ruhe.

14 Stb. Dienst mit 5/4 stündiger Pause auf fremder Station und 5 Stb. Bereitschaftsbienst baheim.

12 Stb. Ruhe.

15 Stb. Dienst mit 4 stündiger Nachtpause auf fremder Station.

15 Stb. Ruhe.

11 Stb. Dienst.

101/2 Stb. Ruhe.

14 Stb. Dienst mit 21/4 stündiger Pause auf frember Station.

161/2 Stb. Ruhe.

151/4 Stb. Dienst mit 2 ftündiger Pause auf fremder und 1 stündiger Pause auf heimischer Station.

331/2 Stb. Ruhe.

14 Stb. Dienst mit 2 Pausen von je 1 Stb. auf frember und 2 Pausen von  $1^{1/2}$  Stb. und  $2^{1/4}$  Stb. auf heimischer Station.

10 Stb. Rube.

13 Stb. Dienst mit 1 ftündiger Paufe auf fremder und 2 ftündiger auf heimischer Station und 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stb. Bereitschaftsbienst daheim.

1434 Stb. Ruhe.

15 $^{1/2}$  Stb. Dienst mit 1 stündiger Pause auf fremder und Pausen von 1,  $1^{1/2}$ ,  $2^{8/4}$  und 3 Std. auf heimischer Station.

101/4 Stb. Ruhe.

121/2 Std. Bereitschaftsbienft.

101/2 Stb. Ruhe.

16 Std. Dienst mit 38/4 stündiger und 58/4 stündiger Pause auf heimischer Station.

28 Stb. Ruhe.

(Sonntags fällt ber Dienst zum großen Teil aus.)

Diefe Diensteinteilung könnte trot der ungeheuerlich langen Dauer der meisten Dienstschichten, dank der Unzahl von Baufen dem Uneingeweihten noch vielleicht gang gunftig geftaltet erscheinen. Es giebt aber hierbei gu bebenken, mas biefe fahrplanmäßigen Aufenthalte auf ben einzelnen Stationen benn in Wahrheit bedeuten. Zum großen Teil dürften fie mit Rangier= bienst ausgefüllt fein. Im übrigen ift auf die frühere Charakteristik ber Dienstpausen zu verweisen. All die Pausen werden denn in der That auch als Dienst angerechnet. Die Dauer bieses gerhackten Dienstes muß aber in Wirklichkeit, wenn man nämlich die früheren Betrachtungen über Vorbereitungs= und Schlufzeit des Dienstes berücksichtigt, leider noch länger angenommen werden, als der Plan angiebt. Dazu fommt erschwerend der Umstand, daß 40 % dieses ausgedehnten Dienstes Nachtdienst ist. Wir haben es eben hier mit einem ber schlimmen Betriebspläte zu thun - bie Fahrtenreihe bes Personenzugdienstes weist ebenso schwere Belastung auf —, die in Bahnerfreisen berüchtigt find. Es liegt diese Diensteinteilung gewiß zum Teil in den Verhältnissen des Plates begründet, in den stark schwankenden Berkehrsansprüchen. Ausschlaggebend aber ist doch hier wie überall das Verhalten der Behörde, die den Dienst regelt. In diesem Kalle ist der Dienst noch gerade auf die Minute in den gesetzlich zulässigen Rahmen von 11 Std. im Monatsburchschnitt hineingezwängt worden und zwar mit Hilfe der Diensteinschränkung an Sonntagen. Db die Sonntags= ruhe im Güterverkehr regelmäßig durchzuführen möglich ift, ob die darauf gegründeten Dienstfürzungen infolgedessen überhaupt in die Erscheinung treten, damit befaßt fich der Dienstplan nicht und tann darüber auch nicht gut bestimmen; schließlich hat bas niemand in ber Gewalt. Db man aber bas Dienstmaximum bavon abhängig machen barf, scheint fraglich.

Das Übel, an bem die Diensteinteilung hie und da krankt, ist gerade häufig das — an sich unbedenkliche — "diskretionäre", "pflichtmäßige" Ermessen der Zwischeninstanzen, die die Plangestaltung in der Hand haben. Wie der Charakter des Betriebsvorgesetzen die gesamte dienstliche Verfassung in

einem Bezirke angenehm ober unangenehm beeinflussen kann, so auch ben Diensteinteilungsplan, den die Direktion im Einvernehmen mit ihm festsetzt. Den dehnbaren Bestimmungen über die Fnanspruchnahme des Personals läßt sich auch im Falle starker Belastung der Beamten genügen; denn ein Monatsdurchschnitt von 11 Std. täglichen Dienstes ist auf eine von den früher erwähnten Weisen schließlich immer herauszurechnen. Ergeben sich dann in der Wirklichkeit bedenklich viele Überstunden des Personals, so wird auch gelegentlich ein gelinder Druck auf die Beamten auszuüben nicht verschmäht, daß sie das Anschreiben so hoher Überstunden vermeiden möchten. Es handelt sich da nicht etwa um unberechtigte Eintragungen in die Arbeitsbücher, sondern um das wahrheitsgetreue Anschreiben des wirklich geleisteten Dienstes. Mögen solche Fälle von Beeinflussungsversuchen, die nicht immer von den abhängigen Beamten zurückgewiesen werden können, auch vereinzelt dastehen, sie sind vorgekommen! Man hat sich mir gegenüber einmal sehr beutlich über ein derartiges Versahren geäußert.

Doch es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, zu rügen, sondern zu berichten; und es sollen von einzelnen, wenn auch vielleicht charakteristischen Borkommnissen nicht voreilig unhaltbare Verallgemeinerungen abgeleitet werden. Nur auf dem Grunde eines umfassenderen Thatsachenmaterials sollen sich etwaige Urteile aufbauen.

Ich kann zu dem Zwecke nicht umbin, eine größere Gruppe von Diensteitungsplänen, nach den Gesichtspunkten einer einheitlichen statistischen Methode zusammengefaßt, darzustellen.

Die beigefügten Tafeln (S. 42-45) unterrichten uns über die durchschnittliche Diensteinteilung, die Bemeffung von Arbeits= und Ruheschichten bei 57 Personalen des Güterzug= und 41 Personalen des Personenzug= dienstes innerhalb eines größeren Verkehrsbezirkes. Während der sogenannte monatliche Durchschnitt ber täglichen Dienstdauer zwischen 10 und 11 Stunden variiert, schwankt ber burchschnittliche faktische Arbeitstag, losgelöst aus bem Aufammenhange ber Ruhetage und Ruhefristen, im Güterzugdienst zwischen 11 Stb. 23 Min. und 13 Stb. 38 Min., im Bersonenzugbienst zwischen 11 Stb. 14 Min. und 13 Stb. 10 Min., und zwar halten sich im ersteren Dienste die Gruppe der Arbeitstage von etwa 11<sup>1</sup>/2 bis 12 Stunden und die zwischen 12 1/2 bis 13 1/2 Stunden das Gleichgewicht. Die Personale haben zu einer Sälfte einen "Arbeitstag", ein Tagewerk unter 12, zur andern hälfte über 121/2 Stunden. Im Personenzugdienste hat zwar auch die Sälfte einen mehr als 12 1/2 ftündigen "Arbeitstag"; es haben aber hier überhaupt reichlich zwei Drittel bes Personals einen mehr als 12 ftunbigen "Arbeitstag" und nur ein Biertel hat einen "Arbeitstag" von weniger als 12 Stunden, nämlich von 11 1/2 Stunden. Darnach scheint bie gewöhnliche

Perfonenzug = Lokomotiv dienst.

331	rschiltane Idaldenif rschiltme grunder	(pvu luəi&	Stb.Min.	9 51 1	$\begin{array}{c} 10 & 08 \ ^{1} \\ 10 & 30 \end{array}$	10 32 1	10 35	10 41 10 47 10 58
	Dadurch neu entstehende 3u= sammenhängende	-	Anzahl Std. Min. Std.Min.			4 × 29 + 4 × 40 - 1 - 1	$4 \times 2345$	
im Monat.	Sonftige Dienft= ausfälle.	Anz. Dauer.	₩ !	$ \begin{cases} 4 & \times & 6 & 04 \\ 4 & \times & 5 & 45 \\ 8 & \times & 5 & 45 \end{cases} $		$(4 \times 3 -)$ $(4 \times 12 25)$	$(4 \times 5)$ $(4 \times 5)$	
Ruhe des gefamten Personals im Monat.	Ruhefristen, bie den Fortfall eines halben Arbeitstages	bewirken. Anzahl. Dauer.	Stb. Min.	4 × 20 –				5 X 18 30
Ruhe	Wirkliche Ruhetage, die den Ausfall eines vollen Arbeitstages bewirken.	Anzahl. Durchschnittl. Dauer.	Stb. Win.	$\begin{pmatrix} 30 \times 29 & 45 \\ 4 \times 28 & 30 \end{pmatrix}$	$\begin{array}{ccc} 30 & \times & 26 & 30 \\ 6 & \times & 41 & 30 \end{array}$	$8 \times 30 20$	$30 \times 26 50$	30 × 27 20 30 × 27 30 10 × 34 1
rbeitstag †.	Nachtdienst des gesamten Personals	etd. Nin. 0/0 Tbeits= 19es.	18 .d	$6\ 10 = 47,5$	3 45 = 36,33 6 25 = 60	$5\ 10 = 46,5$	4 10 = 34.5	8 25 = 66 $4 25 = 34,5$ $2 40 = 20$
Durchschnittlicher Arbeitstag +.	Darunter Bereit=  Haft&=  bienft	des gefamten Perfonals.	Std. Min.	- 20	1 20	2 10	2 40	1 30 4 10
Durchschin.	Tägliche Dienstdauer ohne Berück	tchtigung der Kuhetage.	Std. Min.	12 53	12 40 11 20	11 12	12 6	12 47 12 56 13 10
le.	nnolises r	ed länk		-	ကဏ	∞	∞	868

+ Es ift zu bemerken, daß gerade diese kurgfriftigen Dienstbauerdurchschnitte in Wirklichkeit einem sehr schweren Dienst

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57346-2 | Generated on 2025-11-04 22:07:45 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Busammenfassung ber Ziffern zu Durchschnittszahlen für bie verschiedenen Diensthauerstufen. Von 41 Personalen im Personenzug-Lokomotivdienst eines Berkehrsbezirke haben — die Ruhetage zunächt einmal unberücksigt

Min	2	*	=	£	
30	18	3	18	30	
bis 11 Stb. 30 Min.	=	=		=	
11	12	7	7	13	
big	=	2	=	=	
Rin.	=	2	=	Þ	
1 3	3.	7	31	-	
œte.	:	=	=	=	
=	Ξ;	27,	27	5	
noa	=	=	=	=	
Arbeitstag	2	٤	*	2	
einen	2	*	£	•	
26,8 Prozent		=	•		Prozent.
8'92	5	ر ار در	δ,δ	4,9	100,0
a) 11 ober	*	້ ຂອງ (ວິດ			ober
11	10	× S	30	77	41
(B)	a î	ତ୍ର	3	(e)	

Es entfallen auf jeden Eruppendurchschnitt entsprechend Ruhetage und Ruhefristen im Monat.

Gesantzahl der arößeren	Ruhefristen und ihre durchschnittliche Dauer.	etd.	$\frac{22}{11} = 2  \frac{76140}{22} = 3440$		$\frac{34}{8} = 2.25$ $\frac{900}{34} = 26.25$	$\frac{108}{20} = 5.4  \frac{2975}{108} = 2735$	$\frac{10}{2} = 5$ 34—
nt.	Sundenforts Stundenforts fall im Ronat	pro Kopt. Stb. min.	$\frac{222^{16}}{11} = 20  12$		= 50 12	$\frac{1422}{20} = 71.06$	$\frac{131^{40}}{2} = 65\ 50$
im Won	Sonstige Dienste	ausfälle. Std. Win.	63 —		44	93 24	
Ruhe des gesamten Personals im Wonat	den Fortfall eines halben Arbeits=	tages bewirfen. Anz. Dauer. Std. Min.				$9 \times \frac{170^{30}}{9} = 19$	
Ruhe bes ge	Ausfall eines vollen eitstages bewirken.	ichnittl. uer. Win.	50		20	50	1
Stul Stul	Juyeruge, A eines vo ges hewir	Surchland Sauer Offs. 1	35		56	82	\$
ř.	Den Ausfa Arbeitstag	ıht.	Х		Χ	Χ	Χ
Ties	gen grb	Anzah 	14		30	66	10
eitstag †. Nochtkionst	.84i96 .84i96	o/o drV. d tage	50	1	30	37	20
itsta	u u	15002	5 36	1	33	43	37
Trbe		<u>ਦ</u> ਭ			အ	4	- 23
icher S	arunter Bereits	lgagtis: dienft. itd. Win	25	١	23	54	∞
<b>  </b>	డ్డ్లో:	(S. 2)	1	_	<b>C</b> 3		4
Durchschittlicher	ftbauer Berück	etage. Okin.	14	١	90	20	10
ن بع ع	Dien ohne	Rang Ruh Stb.	11	I	12	12	13
,	addnag	0	ន	q	၁	p	e

+ Ermittelt aus dem Dienstplan auf folgende Weise: Bon 7 Personalen ruft eins, 6 sind im Dienst, die zusammen 77 Std. bei Richtberudfichtigung ber Ruhe Normalarbeitstag beträgt mithin Der burchschnittliche Min. Arbeitsstunden leiften. 12 Stb. 53 Min. 1 20 37 77 20

Güterzug = Lokomotivdienst.

II.	·Bunu <b>í</b> pəz	±	Ι.	•		•	~						••
=	Dienstburch dan itt nach amtlicher Be gnundsr	d. Mein		00		12	28	) 41	53	55	55		90 1
-		eg b	9	10		10	10	10	10	10	10	=======================================	
	Dadurch be- wirkte neue 3u= ammenhängende größere Ruhe=	nzahl. Stb. Win.					- 6						8 45 5 40 5 40
	nen nen thän re R	######################################	l				29						888
	Daburch be- wirkte neue zu- lammenhängende größere Ruhe-	Angahl.					<b>4</b> . X						444 X X X
			_			96	<u> </u>				_		<del>3.0</del> 1
at.	tige 1ft= ille.	Anzahl.Stb.Min.	9	8 1 9 8 8 7 9	$\infty$	Sonntags einige unbestimmte Kürzungen.	12 –	3 26					1111
Mon	Sonstige Dienst= ausställe.	ahí.S	Χ	<u>444</u>	X	onntags ein anbestimmte Kürzungen.	Χ	Χ					X X X
Ĕ.		Uns	4	444	4	, 0 2 3 2	4)	∞					<u>444</u>
Ruhe des gesamten Personals im Monat	Ruhefchichten, die den Fortfall eines halben Arbeitstages bewirken. Anzahl. Dauer.	ii.		0 enft,	irzung.	57 45	52 15				40 50	ကက	
Berfi	n, die ! ies hall i bewir: Dauer.	Stb. Min.		$30  imes 18  ext{ } 10$ gwifchen dem Dienste $_{ m alfo}$	fürzı	18 18 4	23 5 19 1				24 4 18 5		
ten	ctine eine ages	ຶ້		< 18 < 18 < 19 < 19 < 19 < 19 < 19 < 19	Dienftfi	XX	X X					~ ~ X X	
efam	tuhelchid Fortfall Irbeitsta Anzahl.			30 X vifden	ohne B	~ ^ & &	44					4 <b>4</b> V V	
j gaq	E ES			e <u>i</u>	ğo —			,					•
uhe	en t.												
క	Wirklige Ruhetage, die den Ausfall eines vollen Arbeitstages bewirken. Anaahl. Durchschittl.	Min.	16	20			41	18	15	္က ၂	l		
	iheta eineë s ben chfch	Stb. M	33	25			3.53	86 36	33.57	<del>%</del> &	34		
	e Ru Sfall tages	Ð	Х	Х					ХХ				
	Wirklich den Aus Arbeits Anzahl.	,	30	30					ကက				
	k ki									<u>~</u>			
	Arbeits: =		50	= 38,5		45	20	41	28,5	11	44	65	76
ag.	± 2€ %	, ,	- 11	=		ll .			ll	1			
eitsi	Std. Add		5 45	4 50		5 30	6 45	5 35	3 55	1 30	5 50	7 50	10 25
Durchschnittlicher Arbeitstag		ĭin.	40			1		30	1		15	1	
licher	Darumter Bereits Íchaft&s Kiente	Stb. Min	4 4	က		1	ļ	10 3	i		1 1	i	'
hnitt			-									'	
ırd)	Tägliche Dienstbauer ohne Berück sichtigung der	Stb. Min.	24	39		45	37	58	36	45	25	41	20
ลี	Tägliche Dienftdau Ine Berü htigung I	stb.	11	12		11	13	12	13	13	13	11	11
		_				15	ش	13	67		- 27	- 23	<u>භ</u>
II.olo	. d. Perfon	eu je	<b>-</b>			=		=======================================	• •	•	••	•	••

Busammenfassung ber Einzelziffern zu Durchschnittszahlen für bie verschiebenen Dienstbauerstufen.

	Min.	:	=	=	2	=	
	30	18	30	18	25	1	
Ï	11 Stb. 30 Win.	=	=	•		=	
tig	11	21	7	<u> </u>	<u>n</u> ;	14	
iďfiď	big	=	*	*	*	=	
ınberü	Min.	2	2	*	•		
αĽ	13	Ξ,	7 5	31	٦ ;	31	
einm	Œ	=	=	=		=	
4)ft	Ξ;	Ξ;	27	7	2	13	
zung	von 11 Stb V		=	*	=	=	
Bon 57 Bersonalen haben — die Ruhetage zunächst einmal unberucksichtigt —:	Arbeitstag	2	2		2	2	
ă 	einen	=	2		=	:	]
n haben	24,6 Prozent		•	*		"	Brozent.
onale	24,6	24,6	18	0 0 0	ن درت	6,01	100
Rer	ober	=	=		=	"	ober
Bon 57	Personale oder	u		2	2	"	Personale
	α) 14	β) 14	ا ا	0 21	ر د د	0 (5	g 22
							•

Es entfallen auf jeden Gruppendurchschnitt entsprechend Rubetage und Rubefristen im Monat:

	Gefamtzahl der größeren Ruhefristen und ihre durchschnittliche Dauer.		ttliche Dauer.	Dauer.	Std. Min.	31 37	36 19 20		7 27 55	% %	29 48	
		Ten Del	it Kin			٠ د	- 4,86		- 4,47	9 =	9 :	
:	ıtzah Jefri Jah	(d)	ahl									
וומזמב וו			<i>i</i>	Anzahl		42 14	39 12		<u>~~~</u>	12	<u>@</u>  9	
וויייייייייייייייייייייייייייייייייייי		Insgesamt Stundenforts	fall im Monat	<b>5</b>	Mein.	9	30		20	40	37	
n de la fr	ä.	Inse	fall im		eto.	34	28		43	23	69	
es cirlanci ani locci Stappoiontajamit cirlateajeno stajetaje a no stajejit pen ini Monati.	Ruhe des gefamten Personals im Monat	Sonftiae		amplann.	eto.	136			95		48	
intah	rfonal	en, die Leines	halben Arbeits=	Oaner Baner	Sto. Min.		20			15	35	
3	8	hicht rtfal	zz z	₹Ãį	ទី		19			21	21	
anafna	amte	Ruheld den Fo	halben	anyes Anz.			$68 \times 19$			χ ∞	χ ∞	
الم دارال	g esg gi	Wirkliche Ruhetage, die Ruheschichten, die den Ausfall eines vollen den Fortfall eines	Arbeitstages bewirken.		men.	15			30	1	40	
16/6	Rul	Ruhet I eine	es ber	PA (	919	83			32	34	32	
100		iche usfa]	tstag		-	Χ			Χ	Χ	Χ	
addin.		Birth Ven M	Arbei	Anzak		30			64	4	24	
leach @	9.	Nachtdienst.	o) beiti es.	o 1Æ . tag	q	75	20		37,5	43,5	35,5	
<b>1</b>	itŝta	acht!	.ni			35	50	l	50	55	57	
į	Trbe		.61		$\perp$		w		4	ည	4	
בוודות	icher L	Darunter	Bereit=	Dienft.		41	1	1	27	15	1	
3	nittli	୍ଥି କ	برد برد 	ૅ	9	4			က			
	(d)	Tägliche Dienstdauer	ohne Berück-	hetage.	2701111.	23	44	1	51	25	38	
		Läg Dienf ohne		ohne fichtigi Fuhe		11	11	I	12	13	13	_
I		.ado	tnag	0		ಜ	В	7	ð	w	7	

Dienstbemessung für das Personenzugpersonal noch etwas ausgiebiger zu sein als für daszenige der Güterzugfahrt. Allein einmal ist zu berücksichtigen, daß der im großen und ganzen doch leichtere Bereitschaftsdienst bei dem Güterzugpersonal sehr viel häusiger auftritt als beim Personenzugpersonal, welches einzig — und gerade das ist wichtig — in der Gruppe mit längstem "Arbeitstage" erheblich an den Erleichterungen des Bereitschaftsdienstes Ansteil hat; zum andern ist das Güterzugpersonal viel schwerer mit Nachtdienst belastet als das Personenzugpersonal.

Ausschlaggebend für die Bewertung bes Dienstmaßes ift aber boch im letten Grunde erst die Verteilung der Ruhepausen auf den Dienst. finden in der Tafeldarstellung nun, daß die Bahl der Dienstunterbrechungen in ber Güterzugfahrt eine höhere, die Dauer ber einzelnen Paufen aber durchmeg eine viel geringere ift, als beim Personenzugpersonal, das sich überhaupt eines reichlicheren Dienststundenausfalls erfreut, als die Rollegen im Güterzugdienst. Ein schroffer Unterschied in der Diensthemessung scheint nach Diesen Bahlen für die beiden Fahrtkategorien nicht zu bestehen. Dafür tritt um fo beutlicher ber beiben Dienstarten gemeinfame, für ben gefamten Lokomotiv= bienst charafteristische Beanspruchungsgrad aus diesem Durchschnittsbild von etwa 100 Diensteinteilungen hervor. Der Gruppe d bez. d gehört in diesen Durchschnittsaufnahmen einerseits nicht nur der größte Prozentsatz des Versonals an, sondern es ergiebt sich andererseits aus dem ganzen Wesen der übrigen Bahlenverhältniffe, daß wir es hier mit dem Typus der Lokomotivdienft= einteilung zu thun haben. Der Nachtdienst bewegt sich hier — im Versonen= zug= wie im Güterzugdienst - um den mittleren Prozentsat von 37 % und die Dauer der einzelnen Dienstunterbrechung halt fich ebenfalls in ben mittleren Grenzen des Ruhetages, auf 27 bis 28 Stunden.

Der äußerlich auffallendste Unterschied in der Diensteinteilung bei den Fahrkategorien, der nämlich, daß der Güterzugdienst  $4^{1/2}$ , der Personenzugsbienst  $5^{1/2}$  Ruhetage im Monat ausweist, schrumpft angesichts der verschiedensartigen Zumessung von Bereitschaftsdienst wesentlich zusammen, wie überhaupt auch der monatliche Dienstdurchschnitt nach der amtlichen Berechnung in dieser Gruppe für beide Dienstzweige nur um 9 Minuten täglich differiert.

Es stellt sich uns hier in der That der Typus der Lokomotivdiensteinteilung dieses Bezirks dar. Unter "Typus" verstehe ich diejenige Erscheinungsform, die nicht etwa dem ideellen numerischen Durchschnitt entspricht, sondern als greifbare, charakteristische Massenerscheinung in Wirklichkeit auftritt. So wenig ausgebildet die wissenschaftliche Methode, dem Problem der Massenerscheinung socialstatistisch beizukommen, ist, muß hier doch der Versuch gemacht werden, den Typus aus der Buntheit der Einzelfälle herauszuschällen.

Wie verhält sich dieser nun zu dem gewöhnlichen, gewerblichen Arbeitsmaß? Man kann für die gewerbliche Arbeit monatlich 4 bis 5 volle freie Tage — Sonntage und gelegentliche Keiertage — annehmen 1. Der ffizzierte Inpus des Lokomotivdienstes hat  $4^{1/2}-5^{1/2}$  verkürzte, freie Tage; besondere Feier= tage kennt er nicht; im Gegenteil, der Festtagsverkehr bringt meist nur Arbeitshäufung. Es ist bemnach ohne erheblichen Fehler anzunehmen, daß der inpische Lokomotivdienst und die gewerbliche Arbeit, mas die Bemessung der arökeren Arbeitsunterbrechungen, der Ruhetage betrifft, sich annähernd Wie verhält es sich aber mit der Zumessung der Arbeit, der Dauer des "Arbeitstages"? Das unverfürzte Tagewerf im Güterzugdienst erstreckt hier auf 12 Std. 51 Min.; darauf find  $\left(\frac{95}{21}\right)=4$ 31 Min. monatlicher Dienststundenfortfall anzurechnen, die tägliche Dienst= dauer des typischen Arbeitstages mithin, bei Annahme von 25 Arbeits= tagen, um 11 Min, täglich herabzuseten und mit 12 Std. 40 Min, anzuschreiben. Im Bersonenzugbienst ist die entsprechende durchschnittliche Dauer bes Arbeitstages 12 Std. 39 Min. Dafür ift andrerfeits immer hervorzuheben, daß diese Zeitangaben, weil fie fich an die amtlichen Notierungen halten, für Borbereitungs- und Schlugdienst nur 11/2 ftatt ber in Wirklichkeit zumeist erforderlichen 2 Stunden ausgeben, sodaß die faktische Ausdehnung bes Arbeitstages vielfach auf 13 Stunden anzunehmen ist.

In dieser Dienstschicht von  $12^{1/2}$  Stunden sind natürlich die kleinen täglichen Dienstpaufen, die Eppaufen u. f. w. einbegriffen. Ich habe für Diese Fahrtunterbrechungen aus einer Reihe verschiedener Einzelpläne eine tägliche Durchschnittssumme von 4 Stunden im Versonenzugdienst und eine folde von 12/8 Stunden im Güterzugbienst berechnet, unter Berücksichtigung fämtlicher, eine Stunde und mehr betragender Aufenthalte auf den End-Das erscheint auf den ersten Blick fehr bedeutungsvoll. vergegenwärtige sich aber ben oben geschilderten Charafter berartiger Paufen und beachte ferner, daß von den 4 Stunden Sahrpaufen bes Berfonenzug= bienstes in den untersuchten Fällen nur 61/20/0 oder 15 Minuten, von den 12/3 Stunden Pause bes Güterzugdienstes etwa 30 % ober 36 Minuten durchschnittlich auf der Heimatsstation verbracht wurden. Das besagt, daß jene Paufen, soweit sie nicht thatsächlich zu mehr als ber Hälfte mit Arbeit, wie Rangierdienst, Maschinenrevision, Indienststellung und bergt. besetzt find, qualifizierte Dienstbereitschaft bedeuten; fie werden sogar durch besondere Stundengelber vergütet. Wenn wir bemnach die faktische durchschnittliche

<sup>1</sup> Die Bahnverwaltung selbst seit bei ihren Werkstatt- und Stredenarbeitern bie gesamte Arbeitszeit im Jahre auf 300 Tagewerke an.

Dienstunterbrechung des Tagewerkes mit etwa 2 Stunden sehr hoch ansehen, so kommen wir trot alledem immer noch auf eine Summe von reichlich  $10^{1/2}$  Stunden für den typischen, "reinen Arbeitstag" des Lokomotivpersonals. Über  $12^{1/2}$  Stunden Gesamtdauer der Dienstadwesenheit, und zwar ein reichlich Drittel hiervon zur Nachtzeit; innerhalb dieses Rahmens mehr als  $10^{1/2}$  Stunden Dienst! in dieser Form erst ist eine Vergleichung mit dem Arbeitsmaß anderer Berufsgruppen möglich.

Der qualifizierte, gewerbliche Arbeiter ist bei durchschittlich 10 stündiger Arbeiteleiftung, - nach Ginrechnung ber Mittages und Frühftuckspaufen -, etwa 11<sup>1</sup>/2—12 Stunden täglich dienstlich beansprucht. Mit diesem steht also das Lokomotivpersonal in der Dienstzumessung noch nicht gleich. Man muß bis zu bem gewöhnlichen Durchschnittsarbeiter, ber 11 Stunden Arbeit, diese aber nur zur Tageszeit leistet und entsprechend 121/2 bis 13 Stunden des Tages feinem Berufe widmet, heruntergeben, um hinfichtlich der Dienstzumessung ein Gegenstück zu dem Arbeiter bes Lokomotivdienstes zu finden, dieses Dienstes, von dem das gange fomplizierte Spiel des Berkehrs und die Sicherheit bes reifenden Bublitums abhängt, ber, wie oben auszuführen versucht murde, an die ihn ausübenden Organe in physischer und psychischer Hinsicht so überaus hohe Anforderungen stellt. Nicht die vereinzelt auftretenden, durch falsche Einteilung oder jeweilige, örtliche Ungunftigkeiten veranlaßten übermäßigen Dienstbemessungen, sondern die allgemein verbreitete Durchschnittsbauer des Lokomotivdienstes ist der Kritik zu unterziehen; das scheint das notwendige Ergebnis dieser Untersuchung zu sein.

Nun läßt sich einwenden, die hier herausgearbeiteten Resultate bezögen sich eben bloß auf die wenigen untersuchten Verkehrsbezirke und hätten demegemäß nur eine singuläre Bedeutung. So wünschenswert die Möglichkeit solcher Unnahme wäre, so wenig wahrscheinlich ist sie. Die hier zergliederte Dienstbemessung hält sich, wie aus den ebenfalls mitgeteilten amtlichen Durchschnittsnotierungen ersichtlich, streng im Rahmen der von den Landeseisenbahnverwaltungen einheitlich angenommenen "Bestimmungen über die planmäßige Dienste und Ruhezeit der Eisenbahnbetriebsbeamten", die für das Lokomotivpersonal in der neuesten Fassung so lauten:

- "1. Die tägliche Dienstdauer soll im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 10 Stunden betragen.
- 2. Bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebensbahnen, kann die durchschnittliche Dienstdauer bis zu 11 Stunden auszgedehnt werden.
  - 3. Die einzelne Dienstschicht barf 16 Stunden nicht überschreiten.

Dienstschichten bis zu dieser Dauer dürfen nur angesetzt werden, wenn sie durch ausgiebige Pausen unterbrochen werden.

- 4. Auf eine längere Dienstschicht soll in der Regel eine längere Ruhe in der Heimat folgen, die soweit als möglich in die Nachtzeit zu legen ift.
- 5. Die innerhalb einer Dienstschicht im Zugdienst zurückzulegende planmäßige Fahrzeit soll einschließlich berjenigen Aufenthalte auf ben Stationen, während beren die Lokomotive nicht verlassen werden kann, keineskalls mehr als 10 Stunden betragen.
- 6. Wenn der Rangierdienst eine ununterbrochene, angestrengte Thätigsteit erfordert, soll die durchschnittliche, tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stunden nicht überschreiten.
- 7. Die Zeit, während beren das Personal vor Antritt und nach Beendigung der Fahrt zur Übernahme und Übergabe der Geschäfte u. s. w.
  dienstlich in Anspruch genommen wird, ist sowohl in der Heimat, als auch
  außerhalb als Dienst anzurechnen."

Bezeichnend für die Wirkungskraft dieser Bestimmungen ist ihr Wortslaut. Es ist viel von "sollen", "in der Regel" und "soweit als möglich" hierin die Rede. Das Wichtigste ist aber, daß "bei einsachen Betriebsse verhältnissen" der durchschnittliche Dienst von 10 auf 11 Stunden täglich verlängert, die monatliche Gesamtdienststundenzahl von 300 auf 330 versmehrt werden kann.

Die Annahme "einfacher Betriebsverhältnisse" hängt von dem "pflicht= mäßigen Ermessen" des Berkehrs= und Betriebsinspektors ab. Das "pflicht= mäßige Ermessen" ist aber leider wieder zu eng mit dem Streben ver= schwägert, möglichst sparsam zu wirtschaften. Bon nichts hört man ja mehr in Bahnerkreisen reden als vom "Sparsystem", von "dem Miquel".

In unteren Beamtenkreisen herrscht ganz allgemein der Aberglaube, die Hauptsache beim Eisenbahnbetriebe sei das Sparen. Ob sich die verantswortlichen höheren Inspektionsbeamten ganz davon frei wissen, vermag ich nicht zu beurteilen; jedenfalls ist die Thatsache nicht zu leugnen, daß sich ohne Zurückgreisen auf das Sparprincip hier und da Mängel im Betriebe nur sehr schwer erklären lassen.

Die Annahme "einfacher Betriebsverhältnisse" nun und die darauf basierte Vermehrung der Dienststundenzahl auf 330 im Monat kann nicht immer als Vorteil für den Betrieb und das Versonal angesehen werden.

Laut ministerieller Erläuterung zu biesem Punkt ber "Gemeinsamen Bestimmungen" kann in solchen Fällen selbstverständlich die durch schnittliche tägliche Dienstdauer auch über 12 Stunden betragen. Ein Arbeitsmonat von über 360 Stunden (pro Tagewerk 14 Stunden) ist hiernach zulässig.

Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

Denn mas bedeutet ber 330 ftundige Arbeitsmonat? Ich suche ihn, wie oben, mit der Arbeitszeit des gewöhnlichen Arbeiters in Barallele zu setzen. Unter ber Annahme, daß auf ben Monat im Jahresmittel 5 Sonn- und Festtage oder andere Ruhetage fallen, mithin 25 Arbeitstage verbleiben. werden wir einen Normalarbeitstag des Lokomotivpersonals bei einfachen Betriebsverhältniffen von 330/25 ober mehr als 13 Stunden, fagen mir rund 13 Stunden, dem Arbeitstag des gewerblichen Lebens gegenüberstellen muffen und damit die allgemeine, theoretische Bestätigung beffen finden, mas die obigen Erörterungen über Beifpiele aus ber Praxis eines Bezirkes ergeben Auch die oben gemachten Bemerkungen über den Charakter der Pausen beden fich mit dem unausgesprochenen Inhalt Dieser Bestimmungen. Denn bei bem 11 . Stunden = Durchschnittstag fprechen bie Bestimmungen, übereinstimmend mit ber behördlichen Pragis, die Dienstpaufen als Dienst zu rechnen —, überhaupt nicht von Paufen. Sobald aber die Paufen "ergiebig" auftreten follten, wird alsbald die Verlängerung der einzelnen Dienstschicht auf 16 Stunden und der Durchschnittstagearbeit auf 14 Stunden zugelaffen. Ich habe oben Beispiele angeführt, wie fich etwa der Dienst= einteilungsplan gestaltet, wenn die einzelne Dienstschicht von "ausgiebigen Baufen" unterbrochen wird.

Die Bestimmungen des Punkt 4. sind so dehnungsfähig, daß sie gegen das Übermaß derartig langer Dienstschichten keine genügend feste Schranke bieten, namentlich soweit sie sich auf die Nachtruhe beziehen. Sie empfehlen sie nur, soweit sie einzurichten möglich ist. Und doch ergeben sich grad in diesem Punkte in der Praxis oft bedenkliche Härten. Die Länge der Ruhespause thut es durchaus nicht allein, der Hauptwert ist auf die Ruhe—und eine vollwertige Ruhe ist nur die Nachtruhe—, zu legen.

Ich will hier einen Dienst als Beispiel stizzieren, ber mit Ruhepausen vielleicht genügend bebacht war, der aber trothem von den ausübenden Beamten als wahre Plackerei empfunden wurde, eben weil die Nachtruhe dabei zu kurz kam. Borbereitungs- und Schlußdienst sind hier, der Praxis entsprechend, mit 18/4 bis 2 Stunden zusammen angesetzt.

13.15 Stb. Dienst 101/2 Stb. Ruhe

Bon 11.15 Uhr Borm. bis 2.30 Nachts

Von 11.30 Uhr Vorm. bis 12.45 Nachts

Vorm.  $15.^{15}$  Std. Dienst 10 Std. Ruhe

Von 11.30 Uhr Vorm. bis 2.00 Nachts

14.30 Std. Dienst 12 Std. Ruhe

Von 2 Uhr Nachm. bis 3.30 Nachts

13.30 Stb. Dienst 181/2 Stb. Ruhe

Von 10 Uhr Abend bis 10.30 Borm.

12.30 Stb. Dienst 131/2 Stb. Ruhe

Bon 12 Uhr Mitternacht bis 12.30 Mittags

12.30 Std. Dienst  $11^{1/2}$  Std. Ruhe

Bon 12 Uhr Mitternacht bis 11.30 Borm.

11.30 Std. Dienst 15 Std. Ruhe

Von 2.30 Uhr Nachts bis 3.30 Stb. Nachmittags

13 Stb. Dienst 181/2 Stb. Ruhe.

Dann weiter 3 mal Tagesdienst von je  $12^{1/4}$  bis  $14^{1/2}$  Stunden und wieder die Nachttouren von vorn!

Abgesehen von gelegentlichen, durch Abänderung von 4 Touren bewirkten, unbestimmten Dienstabkürzungen des Sonnabends oder Montags, in der ganzen Dienstreihe kein Ruhetag, keine zusammenhängende Ruhepause von 20 Stunden!

Wir sehen hier 8 auseinanderfolgende, sast durchweg 12= und mehrstündige Dienstschichten, die entweder über Mitternacht hinausgreisen oder um Mitternacht einsehen. Dabei kann natürlich den zwischenliegenden Ruhesschichten nicht mehr viel von der Nacht zu gute kommen, und die Wirkung auf das Lokomotivpersonal war denn auch hier dieselbe ungünstige, wie beim nächtlichen Nangierdienste. Am Ende einer Woche mit Nachtdienst fühlt sich der Beamte, um die Worte eines jovialen Bruder Bahner zu gebrauchen, wie eine "gemergelte Kate"! Und doch ist die Beschäftigung in 7 ausseinandersolgenden Nächten in den "Schlußbestimmungen" über die Inansspruchnahme des Personals, wenn auch als Höchstmaß, vorgesehen.

Diese "Schlußbestimmungen", die die Ruhezeiten und Pausenberechnung im wesentlichen regeln, sind in ihrem Gesamtinhalt einer Erörterung wert. Es heißt hier und in den voraufgegangenen Vorschriften über die Ruhetage, wie folat:

## II. Ruhetage.

Jeber im Betriebsdienst ständig beschäftigte Beamte soll monatlich mindestens zwei Ruhetage erhalten. (Ausnahmebestimmung, welche indes nicht für Lokomotiv= und Zugpersonal gilt: Bei einsachen Betriebs= verhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, kann die Zahl der Ruhe= tage des unter I. 1. und 2. aufgeführten Personals, Stationspersonals, Bahnwärter= und Haltepunktwärter, auf einen im Monat eingeschränkt werden.)

## III. Shlußbestimmungen.

1. Die planmäßige Dienstschicht im Sinne bieser (S. 48 mitgeteilten)

Vorschriften umfaßt ben Zeitraum, der zwischen zwei nach den nachstehenden Grundsägen berechneten Ruhezeiten liegt:

- 2. Als Ruhezeit gilt jeder von Dienst oder Dienstbereitschaft freie Zeitabschnitt, ber in ununterbrochener Folge beträgt:
- (a. Bei bem Stationspersonal, ben Bahn= und Haltepunktwärtern: minbestens 8 Stunden.)
- b. Bei bem Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal: minbestens 8 Stunden, wenn die Ruhe in der Heimat, mindestens 6 Stunden, wenn die Ruhe außerhalb der Heimat verbracht wird. Doch kann auch (zu b) eine Pause von 6 bis 8 Stunden in der Heimat als Ruhezeit angesehen werden, wenn sie zwischen Dienstschichten liegt, denen eine Ruhezeit von mindestens 10 Stunden in der Heimat vorangeht oder folgt.
- 3. Paufen von geringerer als ber zu 2 bezeichneten Dauer gelten nicht als Ruhezeiten. Sie find baher ebenso wie die Zeiten bes Dienstes und ber Dienstbereitschaft in die planmäßige Dienstschicht einzurechnen.
- 4. Im Nachtbienst barf kein Beamter mehr als 7 Nächte hintereins ander beschäftigt werden.
- 5. Als Ruhetag (Abschnitt II.) gilt nur eine Dienstbefreiung von minbestens 24 Stunden
- 6. Werben Beamte ober Arbeiter aus anderen Zweigen bes Gisensbahnwesens während einzelner Stunden zur Aushilse im Betriebsdienste herangezogen, so ist bei Bemessung der zulässigen Dienstdauer die in der gewöhnlichen Beschäftigung verbrachte Zeit angemessen zu berücksichtigen.

Aus diesen Bestimmungen ift hervorzuheben:

Nur zwei Ruhetage garantieren sie monatlich dem Lokomotiv= und Zugbeamten; den übrigen Kategorien überhaupt nur einen 1. Solch ein Bahnerruhetag ist nun, wie oben schon wiederholt bemerkt, noch keineswegs ein freier Tag von 36 Stunden, der den Ausfall eines vollen Arbeitstages zur Folge hätte, sondern eine Ruheschicht von 24 Stunden, häusig nur die Pause, die beim Schichtwechsel, beim Übergange aus dem Tag= in den Nachtdienst und umgekehrt entsteht und den Arbeitstag in Wahrheit nur um eine halbe Dienstschicht verkürzt. Daß diese Ruhetage die verlangten 24 Stunden betragen, wird, wie wir gesehen, oft nur dadurch ermöglicht, daß man Vorbereitungs= und Schlußdienst ganz underücksichtigt läßt, oder kürzer, als es der wirkliche Dienst ersordert, in Rechnung sett.

Die praktische Sandhabung ber Bestimmungen über die Einschaltung

<sup>1</sup> Auf dem internationalen Arbeiterschutzongreß in Zürich forderten auch die bürgerlichen Socialpolitiker eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 36 Stunden in der Woche.

von Ruhetagen gestaltet sich in den einzelnen Bezirken außerordentlich ver-Man muß unterscheiben zwischen ben festen Ruhetagen, die ber Diensteinteilungsplan vorsieht, und ben Tagen ber sogenannten Sonntags= ruhe. Auf den Genuf der ersteren barf der Beamte mit ziemlicher Sicherheit rechnen, soweit fie ihm eben wirklich im Dienstplane beschieden sind; daß in Ausnahmefällen die Zumeffung der Ruhetage nicht gang dem Wortlaut der Vorschrift entsprechend geübt wird, zeigt das oben (S. 50) angeführte Beispiel, bei bem ben Beamten im Laufe eines 12 tagigen, arbeits= schweren Turnus nur 2 Ruhepausen von je 181/2 Stunden gemährt murden, also ein eigentlicher, mindestens 24 ftündiger Ruhetag im Monat überhaupt im Dienstplan nicht angesetzt war. Das verstößt jedenfalls gegen den Wort= laut der Bestimmung von monatlich zwei Ruhetagen. Aber hinter dem ftrengen Wortlaut ftect ein milberer Sinn, ber vom Geift ber Rechenkunft inspiriert ift: "Zwei halbe machen ein Ganzes!" Der ministerielle Bericht an ben Landtag erklärt nämlich an anderer Stelle in seinen Bemerkungen zu den planmäßigen Ruhetagen des Berfonals: "Als ein Ruhetag ift angesehen worden der Ruhetag von 24-30 Stunden . . . . oder, wenn ihm (bem Beamten) zweimal im Monat je 1/2 Ruhetag (= eine aufammenhangende bienstfreie Zeit von mindestens 18, aber weniger als 24 Stunden, also nach Abzug von 12 Stunden für die gewöhnliche Ruhe und Erholung eine Paufe von mindeftens 6, aber weniger als 12 Stunden) Anderthalb und mehr Ruhetage sind in wird. Weise ermittelt. Es sind babei für jede einzelne zur Berechnung kommende Dienstunterbrechung 12 Stunden für die gewöhnliche Ruhe und Erholung abgezogen, die hiernach verbleibende dienstfreie Zeit, ift mit 12 ober 6 Stunden als ganze oder halbe Ruhetage veranschlagt."

Bahlenbeispiele mögen das verdeutlichen:

Die zwei monatlichen Ruhetage können mithin dem einen freien Sonnstag des gewerblichen Arbeiters, der Sonnabends um  $5^{1/2}$  Uhr Feierabend macht und  $36^{1/2}$  Stunden dis Montags früh um 6 Uhr feiert, entsprechen.

Diesen Erläuterungen gemäß hat nun allerdings auch das Lokomotivpersonal in dem oben genannten Beispiel, da zwei und ein halber "Turnus" mit je zwei "halben Ruhetagen" (18½ Stunden) auf den Monat entfallen, monatlich, abgesehen von den ganz vereinzelten, unkontrollierdaren Dienstkürzungen durch Fahrplanänderung, fünf halbe, also noch mehr als zwei ganze Ruhetage, wie sie ihm durch die "Bestimmungen" garantiert sind.

Leider ist die Ruhe an den Ruhetagen, wie schon oben einmal angebeutet, nicht immer eine absolut ungestörte. Das liegt zu einem Teil, wenigstens dem äußeren Scheine nach, an den Beamten selbst und zum andern Teile an dienstlicher Sonderbeanspruchung.

Die Frage, wie füllt der Beamte seine Ruhepausen aus? ist für den ersteren Bunkt maßgebend. Der "ruhehabende" Beamte giebt sich durchaus nicht immer völliger Ruhe hin. Er ift eben in der Regel doch Familien= vater; - ein unverheirateter Lokomotivbeamter, ber sich bei seinem un= regelmäßigen Dienste selbst verpflegt oder von uninteressierten Fremden verpflegen laffen muß, ist an sich viel übler bran, als ber verheiratete. — Der Familienvater aber will mit der Familie leben. Dieser Umstand und es ist wohl ein berechtigtes Verlangen, das gerade eine Betriebsverwaltung bes an ber Pflege bes Familienfinnes lebhaft intereffierten Staates respektieren muß — macht von vornherein die Tagegruhe illusorisch. Man muß es felbst erfahren haben, um zu wissen, wie trot ber Abspannung burch ben Nachtdienst, am lichten Tage bas Verlangen, fich zu regen, feine Intereffen zu bethätigen - und es ift bem Lokomotivführer ein besonders lebendiger Sinn für die weitschichtigen Fragen des Lebens, der Technik eigen -, wie das Berlangen, ju "leben", das Bedürfnis nach Schlaf unterbrudt. Der eine plagt fich mit ben Schularbeiten seiner Kinder; — bas Vorwärtsftreben liegt nun einmal in dem Manne der Lokomotive drin: "Lehrer foll ber Junge werben" ist ein in Lokomotiverfreisen weit ver= breiteter, charafteristischer Bunsch! — Der andere schustert, tapeziert, richtet die Matraken neu her, revariert der Frau die Nähmaschine: die geübte Schlosserhand findet zu viel im Hausstand zu schaffen, zu "bafteln", wie es im Jargon heißt. Der Dritte arbeitet für seinen Berein; vom Beiger gar nicht zu reben, ber ein Sahr lang oft "zum Führeregamen paukt".

Im Wirtshaus die Ruhezeit totzuschlagen, dies Unwesen findet man dagegen in Lokomotiverkreisen durchaus selten. Es verbietet sich angesichts des verantwortlichen Dienstes ganz von selber und ist auch unter den Beamten meist streng verpönt, wiewohl die Sage von einzelnen berühmten Sumpshelden und Sumpfnestern auf Nebenbahnen umgeht.

Bon bem jungft bekannt geworbenen Erlaffe ber Generalbirektion ber

Reichseisenbahnen, der sich scharf gegen den Mißbrauch der Ruhepausen zu Arbeitszwecken oder Trinkerei wendet, trisst also nur der erstere Passus sür das Lokomotivpersonal und seine häusliche Hantierung zu. Ob ein Verbot die geeignete Maßnahme ist, dem Mißbrauch der Ruhepausen zu steuern, diese Frage soll uns an anderer Stelle beschäftigen. Hier ist nur die Thatsache zu betonen, daß die "Ruhepausen" derart häusig zu anderen Zwecken als zum Ruhen benutzt werden, daß eine Inspektionsbehörde es als einen Mißstand empfinden konnte und sich veranlaßt sah, dagegen einzusschreiten.

Was im Elsaß im Schwange ift, steht nicht vereinzelt da; es ift eine ziemlich allgemein verbreitete Erscheinung, nur in den wohlhabenden Gegenden habe ich sie nicht so deutlich hervortreten sehen. Ich kann aus diesem, später bei der Lohnfrage aussührlicher zu erörternden Grunde keineswegs mich der Meinung derjenigen anschließen, die da aus dem Mißbrauch der Ruhepausen folgern wollen, die Leute hätten zu viel Ruhe und kämen das durch auf unnühe Gedanken.

Bu diesem Migbrauch der Ruhepausen seitens der Beamten selbst gesellt fich auf ber andern Seite ber "Migbrauch" ber Ruhepaufen bes Bersonals burch die Betriebsbehörde, durch das Beranziehen zu Extradiensten mahrend ber planmäkigen Ruheschichten. So bricht bas meift alle 14 Tage erforderliche. bose Auswaschen des Kessels eine mehrstündige Lücke in den Ruhetag. Daß ferner Bertretungsbienst ober Extrafahrten auch gelegentlich von dem "ruhe= habenden Berfonal" geleistet werden, ift bem praftischen Renner bes Betriebes nichts Erstaunliches. Es ist oft eine Notwendigkeit, wenn es auch hie und da schon bedenklich den Charakter einer dauernden Übung streift. Ift es nicht auffällig, wenn man in einem Diensteinteilungsplan von vornherein angeordnet findet: Personal wird Sonntags "durch Ruhe haben = des Gz=Perfonal abgelöft"? Die Erfahrung aus fonkreten Ginzel= fällen beweist mir, daß es sich hier nicht bloß um einen Lapsus des Plan= verfassers handelt. Es würde eine berartige Anordnung eben auch nur eine Anwendung der allgemein gültigen Beftimmung sein, wie sie im Eingang jeber Dienstanweisung zu lesen steht: "Außer bem regelmäßigen Dienste sind Führer und Beizer auch zu jeder außerordentlichen Leistung im Lokomotiv= dienste verpflichtet. Sie muffen baber dem Betriebswerkmeister ober, wenn ein folder nicht vorhanden, dem Stationsvorsteher ihre Wohnung genau bekannt geben, etwaigen Wohnungswechsel sofort bei ihm anzeigen und bei Abwesenheit von ihrer Wohnung mährend der dienstfreien Zeit daselbst oder beim nächsten Borgesetten hinterlassen, wo fie zu treffen find." Die lettere Borschrift steht natürlich nur auf dem Papiere. Bon dem entscheidenden Gehalt ber ganzen Bestimmung scheint um so lebhafter Gebrauch gemacht zu werben 1.

Neben diefen, im Dienstplan vorgesehenen festen Rubetagen kennt ber Bahnbetriebsdienst noch die Tage der sogenannten "Sonntagsruhe". Diese Ruhetage haben nun für das Fahrpersonal einen recht problematischen Charafter. Sie find in den verschiedenen Verkehrsbezirken fehr ungleich bemeffen; es hangt bas eben mit ber Verkehrskonjunktur zusammen; ich habe indes den Eindruck gewonnen, daß in den Bezirken, wo man mit dauernd starkem Verkehr rechnen muß und dementsprechend genügendes Versonal fest einstellt, die Regelung der Sonntagsruhe gunftiger sich gestaltet, als in den Bezirken mit angenommener mittlerer Berkehrsftärke, wo man mit bem für gewöhnlich ausreichenden Perfonal auch den mahrend einzelner Saifonperioden gesteigerten Verkehr zu bewältigen sucht. Nun aber machsen sich nicht felten die als vorübergehend angenommenen, periodischen Berkehrs= steigerungen zu einer kontinuierlichen Berkehrsverdichtung aus, und es muß die sonst mindestens einmal im Monat übliche allaemeine Sonntagsruhe im Güterverkehr in eine teilweise, nur einem geringen Brozentsatz bes Versonals zu aute kommende verwandelt oder aber auch für längere Zeit ganz aufgehoben werden. Während nämlich in zwei erftklaffigen Berkehrsbezirken faktisch alle 2 bis 3 Sonntage ein Dienstausfall zu verzeichnen mar, trat in einem Bezirke mit gering angenommener Verkehrsftärke nur einmal im Laufe von anderthalb Monaten Sonntageruhe ein. Ja, einzelne Beamte flagten, daß fie feit 8, 9 Wochen feinen freien Sonntag gehabt hatten. Wie die theoretische Annahme allgemeiner Sonntageruhe im Güterzugverkehr eben praktisch unhaltbar ist, läkt fich vielleicht auch baraus ersehen, daß besondere Dienstplane ausgearbeitet werden, die bei "Ginschränkung ber Sonntagsruhe" gelten follen.

Die Vorschrift, dem Personal Gelegenheit zum Kirchgang zu geben, ist, wie weiter unten noch zu erörtern sein wird, aus den allgemeinen Bestimmungen ausgeschieden worden und ihre Aussührung dem Ermessen der einzelnen Verkehrsbehörden anheimgestellt worden. Die Gelegenheit zum Kirchenbesuch ist damit kaum vermehrt worden. Praktisch dürste sich übershaupt in dem Punkte nicht viel ändern, da beim Personal das Bedürsnis nach Ruhe, namentlich in den recht häusigen Fällen, wo die Gelegenheit

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Sin intereffanter Einzelfall ber Anwendung dieser Befugnis im Interesse Betriebs und des Personals ist die pflichtmäßige Heranziehung des letzteren zu Unterrichtsstunden mährend der Ruhefristen; das Fahrpersonal ist mindestens einmal im Monat, das übrige Betriebspersonal zweimal zu einer Lehr= und Lernstunde zu versammeln, in der Fragen des Betriebsdienstes zur Erörterung gelangen sollen.

zum Kirchgang nach einer Nachtbienstschicht ihm geboten wird, noch ftärker ift, als bas Berlangen nach kirchlicher Erbauung. —

Ich komme zur Besprechung des zweiten Punktes, zur Frage der gewöhnlichen Ruhezeiten zurück. Die Ruhezeit, also die Zeit zwischen zwei auseinandersolgenden Dienstschichten, kann von dem Mindestmaß von 8 Stunden beim Lokomotiv= und Zugpersonal auf das noch geringere Maß von 6 Stunden eingeschränkt werden, wenn das Personal am Tage vorher 10 Stunden Ruhe genossen oder (nicht: und) aber am nächsten Tage eine Ruheschicht von 10 Stunden zu erwarten hat. Es ist hiernach nicht außegeschlossen, daß 2 Ruheschichten von nur je 6 Stunden auseinander solgen können, auch wenn längere Dienstschichten dazwischen liegen, voraufgehen und solgen. Glücklicherweise kommt das in der Praxis nicht oft vor. Um so bemerkenswerter ist es, daß hier ausdrücklich in den allgemeinen Bestimmungen die Möglichkeit einer solchen Kombination von Mindestruhe und uneingeschränkten Dienstschichten offen zu halten versucht wird. Die Theorie des Ruhespendens sollte eigentlich nicht noch härter als die Praxis sein.

Der fürs erste auffallende Unterschied zwischen der Bemessung der Ruhespausen in der Heimat und auf fremder Station auf 8 bzw. 6 Stunden erklärt sich hiernach einerseits aus der Möglichkeit, die Ruhezeiten in der Heimat ebenfalls auf 6 Stunden herabzusetzen, wie andererseits aus dem Grunde, daß auf der fremden Station der Borbereitungs- und Schlußdienst nicht besonders angerechnet zu werden braucht. Dazu scheint noch ein taktischer Grund zu kommen. Sin 18 stündiges — zu Nachtzeiten schon ein 14 stündiges — Fernbleiben vom Heimatsbahnhofe muß nach den bestehenden Löhnungsgrundsähen mit einem Extra-Übernachtungsgeld vergütet werden, und diese Bergütung steigert sich mit jeder weiteren 6 stündigen Frist. Es ist demnach eine möglichste Abkürzung der Dienstzeit außerhalb der Heimat, mithin auch der dabei unumgänglich gebotenen Ruhepausen erwünscht.

Betreffs der Pausen schließlich, die bis zu 6 Stunden sich ausdehnen können, genügt es wohl auf das früher gesagte zu verweisen, um einer übertriebenen Bewertung derselben für die geringere oder stärkere Dienstebeanspruchung des Personals entgegenzutreten. Im Falle der Unterbrechung des Dienstes durch ausgiebige Pausen kann dieser eben dis auf 16 Stunden (gemäß Punkt 3 der "Bestimmungen") ausgedehnt werden. Im übrigen ist ja Dienst und Dienstbereitschaft — das bedeuten die Pausen in der Hauptsache — allgemein in den Bestimmungen einander gleichgestellt, und dies mit nur zu gutem Rechte; in jedem Beruse gilt das dienstsertige Sich-zur-Verfügung-halten als Dienst.

Diese theoretische Abschweifung von dem historischen Bericht über die

konkrete Dienstgestaltung hatte den Zweck, zu beweisen, daß die vordem geschilderten Berhältnisse keineswegs anormale sind, sondern sich zwanglos in den behördlich festgelegten Dienstrahmen einpassen lassen, mithin wohl einer gewissen typischen Bedeutung nicht entbehren dürften.

Um der Gewissenhaftigkeit der Kritik willen ist es indes ersorderlich, weil das Material, auf das sich meine Erörterungen stützen, nicht vom Tage stammt, sondern in den letzten 3 Jahren gesammelt ist, also inzwischen hier und da Verschiebungen in den thatsächlichen Verhältnissen eingetreten sein könnten, die für solche etwaigen Veränderungen ausschlaggebenden Faktoren zu beobachten und zu prüsen, ob nicht hier vielleicht neue Tendenzen Platz gegriffen haben, die auf eine Wandlung der Verhältnisse einen Rückschluß gestatten würden.

Die in erster Linie ausschlaggebenden Faktoren sind die genannten Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Bersonals. Haben sie sich im Laufe der letzten Jahre verändert? Ist hier eine günstige oder ungünstige Entwickelungstendenz zu konstatieren?

Es sind in der That Anderungen in den "Bestimmungen" eingetreten. Im Jahre 1898 galten noch die alten, aus dem Jahre 1892 stammenden und die zum April 1896 allgemein durchgeführten "Borschriften über die planmäßige Jnanspruchnahme und Ruhe des Eisendahnbetriebspersonals". Im Jahre 1900 sind die von den beteiligten deutschen Regierungen verseindarten "Bestimmungen" über die planmäßige Diensts und Ruhezeit der Eisendahnbetriebsbeamten in Kraft getreten. Wenn sie nun auch, wie der amtliche Bericht selbst betont, "im wesentlichen" auf der Grundlage der obigen preußischen Vorschriften beruhen, wenn auch die oben angestellten, entscheidenden Betrachtungen über die Diensteinteilung im Lokomotivdienst sich grade großenteils auf möglichst neues, die Ende 1900 gesammeltes Material gründen, so kann doch der Vergleich des Wortlauts der Bestimmungen aus dem bereits angesührten Grunde nicht unterlassen werden, um eben nach Möglichseit den etwa veränderten Zuständen gerecht zu werden.

Für das Lokomotivpersonal finden wir, wie oben mitgeteilt, im Jahre 1900 die in der Form neue Bestimmung verzeichnet: daß die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 10 Stunden bestragen soll, soweit eben nicht einsache Betriebsverhältnisse die Ausdehnung auf 11 Stunden gestatten. Bergleichen wir damit die frühere Bestimmung: "Für das Zug- und Lokomotivpersonal soll die Diensteinteilung so bewirkt werden, daß die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt für jeden Bediensteten nicht mehr als 11 Stunden beträgt. Inwieweit in einzelnen Fällen mit Rücksicht auf die zu stellenden dienstlichen Anforderungen eine

weitere Einschränkung bes regelmäßigen Dienstes stattfinden muß, hat die vorgesetzte Dienstbehörde bei Beginn der einzelnen Fahrtenperioden unter eigener Verantwortlichkeit zu prufen und festzustellen." — Es scheint hier in der That ein Kortschritt in der Richtung der Dienstverkürzung angestrebt. insofern, als ber Dienst nun nicht mehr bloß in einzelnen Fällen, sondern allgemein weniger als 11 Stunden betragen soll. Db mit der neuen "Soll-" Borschrift eine praktische Underung der Berhältnisse erreicht werden kann, erscheint mir unter Berücksichtigung all ber oben berührten Momente nicht mahrscheinlich, und soweit ich die Verhältnisse in zwei Bezirken im Sahre 1900 habe prüfen können, hat sich mein Zweifel burchaus bestätigt 1. Der Wortlaut der Bestimmungen hat sich geändert: die Grundlage ift, wenn man die oben citierte amtliche Bemerkung auch hier anwenden will, "im wefentlichen die der früheren Borschriften"; ber Geift, in dem die Dienst= regelung geftaltet wird, hat fich nicht geandert. Das ergiebt auch ber Bergleich bes weiteren Wortlautes. Ich hebe nur die Bestimmung über ben Rangierdienst hervor. Früher hieß es: "Für das Lokomotivpersonal soll die planmäßige Dauer bes Rangierdienstes, wenn er eine ununterbrochene, an= gestrengte Thätigkeit erfordert, den Zeitraum von 8 Stunden nicht überschreiten." Seut lautet bekanntlich die Bestimmung: "Wenn der Rangier= dienst eine ununterbrochene, angestrengte Thätigkeit erfordert, soll die burchschnittliche, tägliche Dauer 8 Stunden, Die Dauer einer einzelnen Dienstichicht 10 Stunden nicht überschreiten."

Das frühere Höchstmaß von 8 Stunden für "ununterbrochenen, ansgestrengten" Dienst ist also erweitert worden, denn, was früher für den gewöhnlichen, "planmäßigen" Arbeitstag galt, wird heut auf den "durchsschnittlichen", bei dessen Berechnung alle Ruhetage des Monats mit dem entsprechenden Stunden-Prozentsaß in Abzug gebracht sind, bezogen; und außerdem ist die Verlängerung einzelner, ununterbrochener, angestrengter Dienstschichten dis auf 10 Stunden zugelassen. Man möchte an der Möglichkeit solcher Diensterschwerung zweiseln und die Worte "planmäßige Dauer des täglichen Dienstes" und "durchschnittliche tägliche Dauer" als identische Begriffe annehmen, wenn nur der allgemeine Gebrauch des Wortes "planmäßig" in dem Gesamttext der früheren Vorschriften einer solchen Deutung nicht ganz bestimmt widerspräche.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wie die thatsächlichen Diensteinteilungsverhältnisse gegenüber den vorschriftssemäßen sich verhalten, läßt auch folgende Bemerkung in den Erläuterungen zum Stat 1901 der Eisenbahnverwaltung erkennen: "Die Abkürzung der die bestimmungsmäßigen Grenzen überschreitenden dienstlichen Inanspruchnahme des Lokomotivspersonals macht die Mehreinstellung von 170 Köpfen erforderlich."

Lassen so die Vorschriften nach der Seite der Diensthemessung die Annahme eines wirklichen Fortschrittes zu Gunsten des Lokomotivpersonals nicht zu, so läßt sich leider nach der Seite der Ruhebemessung nur dasselbe sagen. Bezüglich der zwei Ruhetage im Monat für das Lokomotiv= und Zugpersonal haben die Vorschriften nichts geändert; wenn auch die Besschränkung auf nur einen Ruhetag heute nicht mehr besonders gestattet ist wie früher "bei nicht überwiegend außerhalb des Wohnortes erfolgender Beschäftigung".

Die 1897 noch geltenden Bestimmungen, betreffend die Gewährung von Gelegenheit zur Teilnahme am Gottesdienste an jedem zweiten, mindestens aber an jedem dritten Sonntage, eventuell durch Dienstbefreiung, find, wie oben bereits angedeutet, aus dem Tenor der Grundsätze fortgeblieben, und nur in den ministeriellen Erläuterungen zur weiteren Beachtung empfohlen.

Mls Ruhezeit galt früher bei dem Zug- und Lokomotivpersonal nur ein dienstfreier Zeitabschnitt von mindestens 10 Stunden, wenn die Ruhe in der Heimat verbracht wurde, heut ailt als Ruhezeit schon die Frift von 8 Stunden. Diefe Frift fonnte früher nur "ausnahms= weise auf Nebenbahnen als Ruhezeit angerechnet werden, falls nach bem pflichtmäßigen Ermessen der vorgesetzten Dienstbehörde eine Überanstrengung bes Personals unter allen Umftänden ausgeschlossen ist". Seute ift dieser Grundsatz wie bei dem vorigen Punkte nur noch in den ministeriellen Erläuterungen angedeutet: "Die Ruhe in der Beimat foll doch nur ausnahmsweise mindestens 8 Stunden, gewöhnlich stets mindestens 10 Stunden wie bisher betragen." Schlieflich murbe ber Ruhetag früher ausbrudlich als "eine völlig bienftfreie Zeit" befiniert, mahrend man heut schlechthin von einer "Dienftbefreiung" fpricht. Die Berlegung bes Reffelauswaschens auf einen Ruhetag ist somit nach bem heutigen Wortlaut bes Sates noch eher angängig als früher. Die "Erläuterungen" im Gifenbahnverordnungsblatt erklären freilich, daß für diese Arbeit immer 3 Stunden anzurechnen seien. Gewünscht war ähnliches bisher auch schon, nur wurde es nicht überall ausgeführt.

Die vergleichende Kritik der beiden Gesamtbestimmungen über die Inanspruchnahme des Lokomotivpersonals scheint mir demnach ganz klar zu ergeben, daß die vereinzelte, im Jahre 1900 erfolgte Abänderung der Borschriften "im wesentlichen" nur eine solche des Wortlautes ist, und daß ihre praktische Anwendung nicht notwendig eine nennenswerte Anderung in der faktischen Gestaltung des Lokomotivdienstes zur Folge gehabt haben muß. Es ist die neue Fassung der Bestimmungen wohl in der Hauptsache als ein zwecks einheitlicher Regelung erfolgtes Kompromiß zwischen den bisher von

einander abweichenden Bestimmungen der einzelnen Landeseisenbahnverwaltungen auf der Grundlage der früheren preußischen Vorschriften anzusehen 1. Eine revolutionäre Rolle in der Diensteinteilung gerade des preußischen Lokomotivpersonals dürfte die neue Vorschrift nach allem kaum zu spielen berufen sein.

"Im wesentlichen" wird daher die oben gegebene Schilberung der Diensteinteilungsverhältnisse auch von der faktischen Entwickelung der Dinge noch nicht überholt sein.

Ich glaube überdies einen zahlenmäßigen Beweis für diese Behauptung beibringen zu können, und zwar aus den statistischen Veröffentlichungen des Eisenbahnministeriums selbst.

In den allährlichen "Berichten über die Betriebsergebnisse" an das Abgeordnetenhaus finden sich Nachweisungen über die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes und über die planmäßigen Ruhetage des Personals. Un sich sind diese Zusammenstellungen zur Aufklärung über die Diensteinteilung des Personals nicht recht geeignet. Es sind summarisch die Dienstschichten sämtlicher Personen einer Kategorie zusammengeworfen, sodaß sich nicht erkennen läßt, welche Dienstdauer nun wirklich die einzelne Person durchschnittlich zu leisten hat. Nur die Durchschnittsbauer des Dienstes sämtlicher Personen wäre zu ermitteln möglich.

Die Methode der Berarbeitung ift am einfachsten so zu erklären: es wird ermittelt, wieviel Dienstschichten ein Beamter einer Kategorie

<sup>1</sup> Recht bemerkenswert für die Entstehungsgeschichte, sowie für die Erkenntnis bes Charakters und der maßgebenden Tendenzen diefer Kompromigbestimmungen find die Außerungen bes baprischen Berkehrsminifters im Landtage (Mitte 1900): "Wir haben die nämlichen Grundbeftimmungen wie die übrigen beutschen Gifenbahn= verwaltungen. Dieselben murden durch Bereinbarungen und Besprechungen unter ben verichiebenen beutichen Gifenbahnvermaltungen feftgeftellt. Wir haben aber biefe Grundfage in der milbeften Beife angewendet, und unfere Bufatbeftimmungen enthalten noch verschiedene Milderungen gegenüber diesen allgemein festgestellten Grundfäten. So haben mir bei bem Fahrperfonal bei ben Befprechungen für eine burchichnittlich 8ftundige Dienstzeit pladiert, es murbe aber die 10ftundige angenommen. Bei uns ift jedoch die 8ftundige größtenteils burchgeführt. Nach ben allgemeinen Beftimmungen ift im Kahrdienft fiebenmal hintereinander Rachtdienft zuläffig, und thatfächlich wird es auch bei anderen Gifen= bahnverwaltungen so gehandhabt. Bei uns ift bas Maximum ber hintereinander= folgenden Nachtdienste auf drei normiert. Ebenso hat bei uns das Rangierpersonal auf ben größeren Bahnhöfen zum größten Teil nur eine burchschnittliche Dienstzeit von 8 Stunden, mährend nach den Normen eine viel höhere Dienstzeit zulässig märe."

Man fieht, in den "gemeinsamen Bestimmungen" ift nicht die "bayrische Milbheit" zur Herrschaft gelangt.

zu 8 Stunden, zu 9 Stunden, zu 12, zu 16 Stunden in seiner Fahrtenreihe, dem "Turnus", zu leisten hat, und dies für alle Beamte wiederholt. Die schließlich gefundene Gesamtzahl der gleichlangen Dienstschichten wird durch die Gesamtzahl der Beamten, die diese Dienstschichten geleistet haben, geteilt. Der Quotient wird in die Tabelle in der entsprechenden Rubrif: 9 Stunden oder 10 Stunden u. s. w. eingetragen.

So ergab sich benn für bas Jahr 1898 1, daß von 24 448 Lokomotivs beamten im Tagesquerschnitt ihrer Fahrtenreihen geleistet wurden:

## Dienstichichten:

Die mittlere Dauer ber Dienstschichten, für die in den einzelnen Gruppen nur eine untere und eine obere Grenze angegeben ist, kann in Wirklichkeit als mit der Höchstgrenze sich deckend angenommen werden, da diese amtlichen Dienstnotierungen hier wie immer infolge der zu knappen Anrechnung des Vorbereitungs= und Schlußdienstes und infolge der optismistischen Annahme häusiger Sonntagsruhe nicht dem vollen Umfang des Dienstes gerecht werden, also um einige Prozente höher angesetzt werden müssen. Wie verteilt sich nun in den drei Jahrgängen, deren letzter bereits unter der Herrschaft der neuen "Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Personals" gestanden hat, die Gesamtzahl der jeweilig geseisteten Diensts

<sup>1</sup> Rach den zahlreichen Betriebsunfällen der Jahre 1896 und vor allem 1897 hat eine herabminderung der dienstlichen Beanspruchung des Personals stattgesunden nnd die Durchführung der allgemeinen Bestimmungen von 1892 über die Inanspruchenahme des Personals war zum Abschluß gekommen. Die für diese Arbeit in Bestracht kommenden Zahlen für die Jahre 1898—1900 spiegeln mithin die Entwickelung seit jenem Wendepunkte.

schichten prozentual auf die einzelnen Zeitdauerstufen? Das zeigen folgende Reihen:

8	9	10	11	12	13	14	15	16 Std.	
1898: 18,1	0 14,38	14,02	13,60	11,65	11,00	9,59	4,84	2,82 = 100	Prozent.
1899: 15,1	6 8,44	14,71	15,20	14,34	14,16	9,93	4,73	3,34 = 100	"
1900: 15.3	3 9.00	16.45	14.20	13.95	13.80	9.24	5.17	2.86 = 100	

Was befagt biefe verschiedene prozentuale Verteilung der Dienstschichten? Der Anteil der fürzer bemeffenen Dienftschichten an der Gefamtdienftleiftung ift von 1898 bis 1900 (mit einer befonders auffälligen Berschärfung dieser Tendenz im Jahre 1899) deutlich zurückgegangen, mährend entsprechend auf ber anderen Seite die Anzahl der langen Dienstichichten prozentual (bei dem Wachstum des Personals natürlich auch stark absolut) zugenommen hat. 1898 mar g. B. die Bahl ber 8 ftundigen Dienstschichten relativ um fast 3% größer als 1900, die der 9 stündigen um fast 51/2%. 1898 hielten fich 71.75 % aller Dienstschichten im Umfange bis zu 12 Stb., 1900 nur 68,93 %, und umgekehrt: die relative Zahl der 15= und mehrstündigen Dienstschichten ist von 28,25 % bes Jahres 1898 auf 31,07 % im Jahre 1900 gewachsen. Gewiß mar der Prozentsatz des Zwischenjahres 1899 noch um eine weitere Ginheit höher; aber felbst bem Durchschnittsprozentsat ber Jahre 1898 und 1899 — 30,23 % — gegenüber stand ber von 1900 immer noch um 4/5 0/0 höher. Von der 10 ftundigen Dienstdauer an, die in den neueren Bestimmungen gerade als Normalmaß für die tägliche Durchschnittsschicht angenommen worden ift, hat sich die Bahl der Dienst= schichten vermehrt gegen 1898. Das noch schärfere Bervortreten ber langen Dienstschichten im Jahre 1899 fann die Bedeutung Dieser Thatsache nicht abschwächen.

Ein noch greifbareres, wenn auch roheres Resultat giebt eine Bergleichung ber 1898, 1899 und 1900 burchschnittlich pro Kopf geleisteten Stundenzahl. Durch Multiplikation der in den verschiedenen Dienstdauersgruppen geleisteten Anzahl von Dienstschichten mit dem Stundendurchschnitt (die Höchsterenze ist immer zu Grunde gelegt), durch darauffolgende Addition der gewonnenen Gruppenprodukte und schließliche Division der Gesamtstundenzahl durch die Kopfzahl der dienstleistenden Beamten ergiebt sich für 1898 eine mittlere Dienstschich von 10,97 Std. gegenüber 11,32 Std. im Jahre 1899 und 11,20 Std. im Jahre 1900, oder im Durchschnitt der Jahre 1899/1900: 11,29 gegenüber 11,18 im Durchschnitt der Jahre 1898/99 (und 11,04 der Jahre 1897/98). Von einer Verkürzung der Dienstdauer kann demnach, so viel Mängel auch eine derartige Beweisssührung mit Durchschnittszahlen gewißlich hat, nicht die Rede sein.

Auch nach einer anderen Richtung bin durften die bier verarbeiteten Bahlen ein intereffantes Ergebnis zeitigen. Es ift weiter oben ber Berfuch gemacht worben, ben zeitlichen Umfang bes typischen Arbeitstages im Lokomotivbienste festzustellen und dabei eine Dauer von reichlich  $12^{1/2}$  Stb. (einschließlich der kleineren Dienstpausen, ohne Rücksicht auf die Ruhetage) berechnet worden. Ich wiederhole, daß es fich beim "typischen Arbeitstage" nicht um ben ideellen Tagesdurchschnitt handelt, sondern um bas faktische mit dem gewerblichen Arbeitstag vergleichbare Tagewerf einer Dienstschichtenaruppe, die im Lokomotivbetriebe als charakteristische, überwiegende Maffenerscheinung hervortritt. War oben dies vielleicht schwierigste socialstatistische Problem auf Grund des Erfahrungsmaterials zu bearbeiten unternommen worden, so werden jett die amtlichen Gesamtzahlen, soweit ihre unzureichende Bliederung es zuläßt, für die generelle Begründung des oben gefundenen Refultats fruchtbar zu machen sein. Der Nachweis dafür, daß ber genannte vielstündige Arbeitstag, also ein um die Dauer von 121/2 Stb. ofcillierender Arbeitstag zu den inpischen des Lokomotivdienstes gerechnet werden muß, bedt sich mit dem Nachweiß der prozentualen Berteilung des Dienstes auf Die fürzeren und längeren Dienstschichten. Im Sahre 1900 betrug bie Dauer der Dienstschichten bei fast einem Drittel (31,07% - 1899: 32,16 %) berfelben gegen 13 und mehr Stunden: oder in anderer Dar= ftellung: von den rund 296 000 Dienstftunden des Betriebsarbeitstages wurden 114000 oder  $38^{1/2}$ % in langfristigen Dienstschichten von 13 und mehr Stunden geleiftet; nämlich 47 000 in ben 13,8 % Dienstichten gu 13 Stb., 34 000 in ben 9,24 % 3u 14 Stb., 21 000 in ben 5,17 % 3u 15 und 12 000 in den 2,86 % zu 16 Stb. Wäre die Thatsache, daß annähernd zwei Fünftel alles Dienstes in 13= und mehrstündigen Schichten geleistet werben, nicht schon genügend, um von einem inpischen Auftreten ber 12<sup>1</sup>/2= bis 13=Stundenschicht reden zu können? Run handelt es sich bei der voraufgegangenen Erörterung nicht nur um Netto-13-Stundenschichten, sondern auch um einen starken Prozentsatz weit lanafristigerer Dienstschichten, Die je 1, 2 bis 3 Überstunden über die Norm des 13 = Stundentages enthalten. Es mürden diese 2424 + 1359 + 751 Schichten bei aleichmäßig 13s ftundiger Dauer nur 106 600 Stb. barftellen, ober mit anderen Worten: in den 4534 (= 171/4 % aller) länger als 13 ftundigen Dienstschichten stecken mindestens 7395 Überstunden gegenüber dem normalen 12= bis 13= Stundentag.

Diesen schwereren Schichten mit Überstunden stehen auf der anderen Seite der  $12^{1/2}$ :Stundengruppe die etwas leichteren 12 stündigen und etwa noch die 11 stündigen Schichten, die verglichen mit dem  $12^{1/2}$ : Stundentag

nur je  $^{1/2}$  bezw.  $1^{1/2}$  "Fehlstunden", insgesamt 3671 bezw.  $2 \times 3733 = 7466$ Fehlftunden zeigen, als nächstverwandte gegenüber. Man wird, um die centrale Bedeutung dieser langfriftigen 121/2=Stundenschicht klar herauszustellen, bei beren Nachweis die nächstverwandten fürzeren Tagewerke ebenso wie die ausgebehnteren berücksichtigen und die Überstunden der um die 121/2=Stunden= norm nach oben oscillierenden Dienstschichten mit den Fehlstunden der unterhalb diefer Norm sich anschließenden Schichten fompensieren muffen, und dies mit um so besserem Rechte, als die in den Tabellen aufgezählten verfdiedenfristigen Dienstschichten nicht ftandig auf berfelben Berfon laften, sondern im Dienstturnus ber Beamten wechseln. Es murben also unter diesem Gesichtspunkte die 7395 Überstunden zunächst einmal gegen die 3671 "Fehlstunden" ber 12 Stunden-Gruppe (13,95 % aller Dienftschichten) und darüber hinaus noch gegen 3724 ober die Sälfte der 7466 Fehlstunden ber 11 ftundigen Dienstschichten aufzurechnen fein. Rach Maggabe biefer Rompensation der um den  $12^{1/2}$  Stundentag oscillierenden Dienstschichten bürften einmal die gesamten 12 ftündigen und bann noch die Sälfte aller 11 stündigen Schichten als dem Typus der 121/2 = Stundenschicht afsimiliert gelten, b. h. aber  $13.8^{\circ}/o$  (13 ftündige) +  $9.24^{\circ}/o$  (14 ftündige) +  $5.17^{\circ}/o$ (15 ftündige) + 2,86 % (16 ftündige) einerfeits, + 13,95 % (12 ftündige) $+(^{1}/_{2}\times14.20^{0}/_{0}=)7.1^{0}/_{0}$  (11 ftündige) andererseits — insaesamt 52.12  $^{0}/_{0}$ fämtlicher im Lokomotivdienst geleisteten Dienstschichten können als 121/2= Stundentag ober als dem Rahmen Diefes Arbeitstages mindeftens engangepaßte Dienstschichten bewertet werden 1.

<sup>1</sup> Es kann gegen biefe Methobe ber Beweisführung ber Ginwand erhoben werben, daß man banach ben 12= und 11=Stundentag als noch "typischer", als für 60 und 70 % der Fälle zutreffend merde hinftellen können. Diefem Einwande möge hier von vornherein die Spite abgebrochen werden durch die Bemerkung, daß folieflich fogar 100 % aller Dienstschichten als acht= und mehrstündig angenommen werben muffen, daß mithin ber 8-Stundentag ber "typischste" bes gangen Dienstes ware. Jener Einwand wird einmal bem Begriffe bes "Typus" nicht gerecht, zum andern aber handelt es fich durchaus nicht um die Frage des Minimalarbeits= tages, sondern um die Frage bes Maffenauftretens einer im gewerblichen Leben als Maximalarbeitstag geltenden Dienftschicht. Benn fich aber beren Borkommen in reiner oder durchaus angenäherter Form in ber Sälfte aller Fälle bei ber amt= lichen Lokomotivdiensteinteilung nachweisen läßt, so wird man die oben aus der Braris begründete Behauptung vom typischen Auftreten bes 121/2=Stundentages im Lokomotivdienste mohl gelten laffen muffen. Leiber ift bas Problem ber typischen Maffenerscheinung in ber statistischen Wiffenschaft noch immer von der Frage bes numerifchen Durchschnittes allzu ftart in ben Schatten gebrängt worden und hat bemgemäß noch feine genügende methobische Durcharbeitung erfahren. Man mußte fic Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

Wenn bemnach die Hälfte aller Dienstschichten um den  $12^{1/2}$ Stundentag eng oscilliert, so erscheint die oben aus der praktischen Ersahrung in einzelnen Bezirken geschöpfte Aufstellung eines typischen Lokomotiv-Arbeitstages von reichlich  $12^{1/2}$ stündiger Dauer wohl zur Genüge auch generell erhärtet, zumal wenn man in Betracht zieht, daß auf die Bahndienstschichten im Monat bei weitem nicht so viel Ruhetage (von 36 Stunden) entfallen wie sonst im gewerblichen Leben, daß also der Arbeitsmonat bei Annahme einer entsprechend langen Dienstschicht im gewerblichen Betriebe immer noch um die Stundenzahl von anderthalb, zwei und mehr Dienstschichten kürzer sein würde als innerhalb des Eisenbahnbetriebes.

Gegenüber diesen Feststellungen berührt es eigentümlich, wenn die

allerbings hier auf bas Gebiet ber Bahrscheinlichkeitsrechnung hinauswagen. Es wäre biese umftänbliche Erörterung bann auf einsachere Beise zu erledigen gewesen.

Wenn es noch eines Beweises für das typische Auftreten eines 12<sup>1</sup>/2-stündigen Tagewerkes bedürfte, so könnte dieser auch aus einer im letzen "Bericht über die Betriebsergebnisse" beigebrachten Zusammenstellung der Beamtengruppen nach dem Grade ihrer "durchschnittlichen" täglichen Dienstdauer entnommen werden.

Hiernach entfallen von den 26 284 im Lotomotivdienft beschäftigten Beamten: 8797 auf die Gruppe mit mehr als 91/2= bis 10-ftündiger Dienstdauer,

Run bedeutet eine durchschnittliche tägliche Dienftbauer von 10 bezw. 11 Std. einen Arbeitsmonat von 300 bezw. 330 Stb., also unter Berücksichung ber im gewöhnlichen Gewerbsteben im monatlichen Durchschnitt gegebenen 5 Sonne, Feftund Ruhetage einen Rormalarbeitstag von 12 bezw. 13 Stb. (10 Min.). Die 4237 Beamten der Gruppe mit mehr als 101/2 bis 11 Stunden find ohne weiteres als Beispiele für das typische Auftreten des 121/2 = Stundentages zu betrachten. Dazu kommt, daß diese Dienstdauernotierungen alle auf der Annahme einer all= wöchentlichen ober minbeftens alle zwei bis brei Wochen eintretenben Sonntagsruhe im Güterverkehr basieren, also mit einem Dienstausfall rechnen, der in dieser All= gemeinheit in der Pragis nur felten vorkommt, daß die amtliche Dienftbauernotierung ferner für das Lokomotivpersonal, wie immer betont werden muß, um eine halbe Stunde etwa hinter ber Dauer bes mirklich geleisteten Dienstes gurudbleibt; bag also in der Gruppe 101/2 bis 11 Stunden noch eine bedeutende Summe von Überftunden über den normalen 13-Stundentag geleistet wird; daß aus den beiden genannten Gründen weiter die zweite Gruppe von 4237 ebenfalls als Bertreterin biefes typischen Arbeitstages anzusehen und aus ber junachft ftebenben Gruppe mit 91/2= bis 10=, alfo faktisch 10= bis 101/2=ftundiger Diensticht ober, auf den Normal= tag bezogen, 12= bis 121/2=ftundiger Dienftdauer, unter Rompensierung der Fehlstunden durch die Überstunden der längftbeschäftigten Gruppe, der weitaus überwiegende Prozentsat noch auf das Konto des 121/2=ftündigen Normaltages zu setzen sein wird. So ergiebt fich auch hiernach für bie Balfte bes Personals ein um 121/2 Stb. ofcillierender Normal=Arbeitstag.

"Zeitung des Bereins deutscher Sisenbahnverwaltungen" in einer Besprechung der Dienste und Ruhebestimmungen im Jahre 1899, in dem sich die dienstliche Beanspruchung des Personals noch schärfer als im Jahre 1900 gestaltete, erklärt:

"In aller Stille ist so auf einem unendlich großen Arbeitsfelbe bie Frage bes "Normalarbeitstages" gelöst, freilich nicht in dem Sinne bes gleichmäßigen "Uchtstundentages", der für eine Anzahl von Eisenbahn- dienstzweigen geradezu ein privilegiertes Nichtsthun bedeuten würde, aber doch in dem Sinne der weitesten Rücksichtnahme auf die Pflege der Gestundheit und des Familienlebens der Eisenbahnbediensteten."

Der minbestens  $12^{1/2}$ -stündige "Normalarbeitstag" dürfte biese Rücksfichten nicht immer im weitesten Sinne erfüllen. —

Es war durch vergleichende Betrachtung der amtlichen Ziffern festgestellt worden, daß das numerische Mittel der einzelnen Dienstdauer im Jahre 1898, also vor Einführung der neuen "Bestimmungen über die Inanspruchsnahme des Personals" 10,97 Std., 1900 aber 11,25 Std. gewesen ist, und daß trot der überaus scharfen allgemeineren Beanspruchung des Personals im Jahre 1899 die prozentuale Bemessung der langen Dienstschichten im Durchschnitt der Jahre 1898 und 1899 günstiger war als 1900. Im entscheidenden Punkte läßt sich also nach der Einführung der neuen Bestimmungen keineskalls eine Verbesserung konstatieren.

Auch in der Frage der Ruhe bemessung, d. h. der Gewährung größerer Ruhepausen von mindestens 18 stündiger Dauer, ist ein stetiger Fortschritt nicht festzustellen.

Die Nachweisung über die planmäßigen Ruhetage des Personals, die alle Ruheschichten des Personals, soweit sie mehr als 18 Std. betragen, für den Monat angiebt und dabei die Mindestruhe gleich einem halben Ruhetag, eine 24—30 stündige Ruhe oder zwei Mindestruheschichten zusammen als einen Ruhetag, jede mehr als 30 stündige Ruhe also als  $1^{1/2}$  Ruhetage, jede 36 = und mehrstündige Ruhe also 2 Ruhe tage u. s. s. s. s. sassen, stellt die Ruheverhältnisse zissern mäkia so dar:

Jahr.	Lofo= motiv= beamte.	Gesamtzahl ber Dienstbefreiungen von mindestens 18stündiger Dauer im Lause eines Kalendermonats.	Bon ben Dienstbe= freiungen entfallen auf Sonntage.	Von  1 Ruhe= tag.	den Bearmona  11/2 Ruhe= tage.		mehr als
1898 1899 1900	$\begin{array}{c} 24\ 448 \\ 25\ 057 \\ 26\ 284 \end{array}$	$\begin{array}{c} 162714 \\ 171178 \\ 170896 \end{array}$	$40\ 215$ $42\ 634$ $46\ 693$	$ 569 \\ 124 \\ 162 $	$206 \\ 127 \\ 171$	717 556 4116	22 956 24 250 24 535

5\*

Schon die nackten Zahlen für 1899 und 1900 lassen erkennen, daß die Ruhegewährung in dem letzten Jahre sich nicht so günstig wie im Jahre vor Durchführung der neuen Bestimmungen stellte. 1899 hatten 25 000 Lokomotivbeamte über 171 000 Gesamtdienstbefreiungen, 1900 hatten 26 000 Beamte weniger als 171 000 Dienstbefreiungen.

Schärfer treten die Einzelheiten in der Bemessung der Ruhefristen hervor, wenn man eine prozentuale Gruppierung der Ruheverteilung vornimmt.

Auf einen Kopf kommen insgesamt	Von sämtlichen Dienstbefreiungen	Von 100 Beamten hatten					
im Monat Dienstbefreiungen:	entfielen auf den Sonntag:	1 Ruhetag.	$1^{1/2}$ Ruhetag.	2 Ruhetage.	Mehr als 2 Ruhetage.		
	189	98.					
6,65	25,9	2,33	0,84	2,93	93,8		
	189	99.			·		
6,84	24,9	0,50	0,51	2,24	96,75		
,	190	00.					
6,5	27,4	0,62	0,65	5,38	93,25		

Die Zahl der Ruhefristen pro Kopf hat im Jahre 1900 gegen 1899 um 1/8 Frist - das bedeutet im Jahre 4 Fristen oder 2 Ruhetage, für bas gesamte Lokomotivpersonal also etwa 52 500 Ruhetage, — abgenommen. Dafür war die durchschnittliche dienstliche Beanspruchung des Versonals 1900 nicht gang so lang bemeffen wie 1899. Das Bleiche läßt fich aber schon für das Berhältnis der Jahresdurchschnitte 1898/99 zu 1899/1900, in benen die Ruhebemessung sich wie 6,74 zu 6,66, die Dienstbemessung da= gegen wie 11,18 zu 11,29 pro Kopf stellt, nicht fagen, noch viel weniger aber für das Berhältnis von 1900 zu 1898, weil die Durchschnittsschicht bamals gar um eine Viertelftunde ober 21/2 0/0 fürzer, die Zahl ber größeren Ruhefristen hingegen um 2,5 % reichlicher bemessen war als 1900; das bedeutet für das gesamte Lokomotivpersonal im Jahre immerhin einen Ruheausfall von über 51 000 mehr als 18 stündigen Schichten, dem auf ber anderen Seite eine Dienstmehrleistung von 8750 Stb. täglich ober von 2 625 000 Stb. gleich 238 500 11 ftündigen Arbeitstagen jährlich gegen= übersteht 1.

Bon einer gunstigen Einwirkung ber neuen "Bestimmungen" auf bie Diensteinteilung bes Personals kann bemnach nicht gut die Rebe sein.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die unschöne Methobe, die kleinen Differenzen ins Große zu projizieren, konnte hier nicht verschmäht werden, wenn die Bedeutung der anscheinend geringen Berschiebungen zwischen Dienstzeit und Ruhebemeffung dem außerhalb des Dienstes Stehenden einigermaßen zum Bewußtsein gebracht werden soll.

Es dürfte noch die Untersuchung von Interesse sein, wie sich die Berteilung der Ruheschichten auf die Beamten im einzelnen gestaltet hat.

Während die Bemessung der Ruheschichten im ganzen knapper geworden ist, ist ihre Verteilung unter die Beamten gegenüber 1898 günstiger, gegen= über 1899 aber ungünstiger geworden.

Es haben 1900  $^{5/4}$ % ber Beamten nur je einen ober anberthalb Ruhetage im Monat, während 1898 über 3%, 1899 aber bloß 1% mit diesem geringen Maße von Dienstbefreiung zufrieden sein mußten. Dafür hat sich die Zahl von Beamten, die sich zweier Ruhetage im Monat erstreuen, gegenüber 1898 und 1899 etwa verdoppelt. Diese ganze Bersmehrung der Dienstbefreiungen bei den disher am stiesmütterlichsten Besdachten ist aber bestritten worden auf Kosten der Kategorien mit reichlicherer Ruhebemessung. 1900 haben  $^{1/2}$ % bezw.  $3^{1/2}$ % weniger Beamte über 2 Ruhetage als 1898 bezw. 1899.

Gewiß hat man die Bestimmungen über die Gewährung von mindestens 2 Ruhetagen im Monat gegenüber dem Zustande von 1898, der noch bei der Diensteinteilung in 3,2% der Fälle gegen den Wortlaut der Vorschriften verstieß, genauer durchgeschirt; aber mehr als auf der einen Seite an Ruhesfristen hinzugelegt worden, ist von der andern Seite genommen worden.

Welche Summe von Ruhefristen verbirgt eigentlich die Kategorie: "mehr als 2 Ruhetage"?

Es bleiben im Jahre 1900, wenn man jeden Ruhetag nach der amt= lichen Regel in 2 Ruheschichten zerlegt, nach Abzug ber  $(2 \times 162)$  +  $(3 \times 171) + (4 \times 1416)$  Ruheschichten der drei ersten Beamten = Ruhe= kategorien von der Gesamtsumme aller 170 896 Ruheschichten 164 395 Ruheschichten für die 24 535 Beamten ber höchstbedachten Gruppen übrig. fo daß also auf jeden Kopf hier 6,71 Ruheschichten von mehr als 18= ftündiger Dauer entfallen. Die entsprechenden Ziffern für 1898 und 1899 lauten 6,88 und 6,94. Es macht also die oben dargethane Beschneidung ber Rubefristen in dieser Höchstkategorie im Sahre 1900 rund ein Künftel Ruheschicht gegenüber ben Vorjahren aus. Was 6 bis 7 Ruheschichten in ber Praris find, wird man mit Hilfe ber amtlichen Rechenegempel zu rekonstruieren haben. Sie können darstellen (für die fiebente Ruheschicht erhöhen sich die nachfolgenden Angaben immer um einen halben Ruhetag): 6 wirkliche halbe Ruhetage von je 18 bis faft 24 Stb. ober 3 "ganze Ruhetage" zu je 24 bis fast 30 Std.; wiederum auch zwei "freie Tage" von je 30 bis 36 Std. ober schließlich auch eine lange Feierschicht von 36 bis 42 Std. Es ist immer notwendig, sich diese konkrete Ausgestaltung bes numerischen Ruhemaßes vor Augen zu halten, wenn man zu einer richtigen Beurteilung der veröffentlichten amtlichen Angaben über die Ruheverhältniffe im Lokomotiv= wie im sonstigen Bahnbetriebbienste geslangen will.

## Intensität der dienstlichen Beauspruchung.

Diese quantitative Vermehrung bes Dienstes beim Lokomotivpersonal ist nun vielleicht ausgeglichen auf der anderen Seite durch eine qualitative Erleichterung des Dienstes der einzelnen Personen, durch eine Verminderung der Arbeitsintensität? So wenig wahrscheinlich dies von vornherein angesichts der überall auftretenden Steigerung des Verkehrs ist, dessen Wachsen man mit Augen sehen kann, so wenig wahrscheinlich gegenüber der bekannten, in erster Linie auf Vergrößerung des Transportumsates zurückzuschührenden Zunahme der reinen Betriedsüberschüsse von 503,9 Millionen im Jahre 1896, auf 531,7 (1897), 536,6 (1898), auf 563,4 (1899) und gegen 600 (?) (1900) und entsprechend für 1 km durchschnittlicher Bestriedslänge: von 18276 auf 18278, 18135 und 18708 M. (1899), so wenig kann doch eine exakte Behandlung der ganzen Frage umhin, auch nach dieser Seite eine Untersuchung anzustellen.

Ich will mich gar nicht auf die persönliche Erfahrung aus meiner über zwei Jahrgänge verteilten Bahnerthätigkeit, nicht auf die sonstigen Urteile aus der Praxis heraus, die gewöhnlich die gute, alte Zeit der schweren, neuen Zeit gegenüberstellen und den Dienst aus der Zeit vor Abschaffung der ursprünglichen Kohlenprämie (1896) und nachher vergleichen, ich will mich nicht auf mehr oder minder subjektive Angaben stützen, sondern die amtlichen Zahlen ihre Sprache reden lassen.

Die in Frage kommenden Punkte sind in den ministeriellen Berichten an das Abgeordnetenhaus "über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen" geschildert. Es liegen nun freilich noch nicht die Daten für 1900 vor; sie werden erst Ende 1901 bekannt gegeben. Ich werde daher, um eine sichere Vergleichsunterlage für die Betrachtung zu erhalten, auf den Bericht des Jahres 1897 zurückgreisen müssen.

<sup>1</sup> Ein weiteres hereinziehen etwa des Jahres 1896, um eine noch breitere Stütze für die Berechnung der durchschnittlichen Leistungssteigerung zu erhalten, verbietet sich leider, da im Jahre 1896 die erst durch den Staatsvertrag vom 23. Juni 1896 zwischen Preußen und heffen vereindarte, am 1. April 1897 verswirklichte Eisenbahnbetriebss und Finanzgemeinschaft noch nicht bestand, und somit einerseits andere Betriebsverhältnisse, andererseits abweichende Bestimmungen vorlagen.

In dem Abschnitt über die "Betriebsmittel" werden die Leiftungen berfelben wie folgt dargestellt:

Es waren durchschnittlich im Betriebe:

im Jahre 1897 11 468 Lokomotiven = = 1898 11 836 =

= 1899 12 265 =

Die Zahl der Lokomotiven ist, wenn wir den Stand von 1897 gleich 100 setzen, gewachsen:

1897 1898 1899 von 100 auf 103,2 auf 107,0

Nach bem Muster ber Reichseisenbahnstatistik erscheint es angebracht, auch die Zahl der Betriebsmonate der vorhandenen Lokomotiven anzugeben, um der verschiedenen Beschäftigungsdauer der Maschinen, namentlich der im Laufe des Jahres neu eingestellten oder ausrangierten, Rechnung zu tragen.

 Betriebsmonate ber Lokomotiven
 1897
 1898
 1899

 137 500
 142 000
 147 000

 100
 103.2
 106.9

Die Zahl ber Lokomotivbeamten einschließlich ber ständigen Hilfskräfte ist in berselben Zeit

1897 1898 1899 von 21 250 auf 24 448 auf 25 057 Köpfe gewachsen, 100 115,0 117,7

also scheinbar etwa zweis und einhalbmal so schnell wie die Zahl der Lokomotiven. Nun waren aber von den Lokomotiven ein großer Teil mehrsfach — meist doppelt — besetht:

 1897
 1898
 1899

 2971
 3812
 3842

Ich nehme wieder die Daten der Reichseisenbahnstatistik zu Hilfe, die bie Verwendungsdauer der Maschinen unter dieser doppelten Besetzung angeben:

1897 1898 1899 ? (27 000) 34 758 38 347 Betriebsmonate.

(Die für 1897 in der Reichseisenbahnstatistif noch nicht enthaltene Zahl ist nach folgender Methode interpoliert: 1899 kommen auf 3842 doppelt besetze Maschinen je 10, 1898 auf 3812 Maschinen je 9,1 Betriebs-monate mit doppelschichtigem Dienste. Auf den 2971 im Jahre 1897 mit doppelter Besetzung betriebenen Maschinen werden unter derselben Annahme  $2971 \times 9$ , 1 = ca. 27 000 Betriebsmonate in dieser Form abgeleistet worden sein.)

während

Diesem doppelschichtigen Betrieb zahlreicher Maschinen steht die Außersbienststellung einer beträchtlichen Zahl reparaturbedürftiger Maschinen gegensüber. Die Zahl der aus diesem Grunde abzusetzenden Lokomotivmonate beträgt:

 1897
 1898
 1899

 25 478
 25 728
 25 733

Nach allem war eine Mehrbedienung von Lokomotiven durch besonderes Lokomotivpersonal erforderlich

1897 1898 1899 1522 9000 12 600 Betriebsmonaten.

Mithin waren zahlenmäßig für die zwölf Monate des Betriebsjahres dauernd nötia:

1897 1898 1899 127 750 1050 Extra-Lokomotivbesatzungen.

Zur vollen wirklichen Besetzung der Lokomotiven bedurfte die Berswaltung also:

Die Anzahl ber wirklich erforderlichen Besatzungsmannschaften ist demnach nur wenig langsamer gewachsen als das zur Verfügung stehende ständige Personal. In anderer Darstellung: es kommen auf eine zu besetzende Maschine:

$$\frac{21\,250}{11\,595} = 1,835 \quad \frac{24\,448}{12\,586} = 1,945 \quad \frac{25\,057}{13\,315} = 1,865 \quad \stackrel{\text{Röpfe ftändigen}}{\text{Perfonals}}.$$

Das bedeutet, da zur ordnungsmäßigen Besetzung der Maschine stets 2 Köpfe gehören, entweder, daß einzelne Personale zur Bedienung von mehr als einer Maschine im Jahresdurchschnitt herangezogen wurden, was indessen kaum möglich ist, oder — und das zeigt die Praxis des Betriebes überall —, daß der sehlende Rest zur ordnungsmäßigen Besetzung durch unständiges Personal gedeckt werden muß. Dieses ungeschulte Aushilfspersonal konnte indes eben nur zur notdürstigen Verrichtung der Heizersunstionen heransgezogen werden; das Führergeschäft auf den zu besetzenden Maschinen mußte durchweg immer von denselben in der Zahl des ständigen Personals entshaltenen Personen, von den etatsmäßigen Führern und den geprüften Heizern erster Klasse (mit Führungsberechtigung) versehen werden. Der entsprechende

Heizerbedarf für die zu besetzenden Maschinen ist selbstverständlich ebenfalls zuerst immer aus den Kreisen des ständigen Personals gedeckt worden. Das ständige Personal hat also die gesteigerten Betrieds= und Dienstanforderungen des wachsenden Verkehrs in allererster Linie zu bestreiten. Alle nun solgenden Angaben über die wachsenden durchschnittlichen Leistungen im Fahrdienst und im Rangiergeschäft treffen mithin für das ständige Personal in erster Linie zu. Für eben dies ständige Personal gelten aber die im voraufgegangenen Kapitel dargelegten Diensteinteilungsverhältnisse. So lange keine specielleren Nachweise über die Höhe des zum Lokomotivheizdienst herangezogenen gesamten Hilfspersonals und seine Dienstzumessungsspesion bekannt gegeben werden, kann man einzig und allein mit den Zahlen für das ständige Hilfspersonal rechnen.

Wie stark die Betriebs= und Dienstanforderungen infolge des wachsenden Berkehrs sich nun gesteigert haben, ergeben die Vergleiche der Leistungen der Betriebsmittel in den entsprechenden Jahren. Von den in Betrieb gestellten Maschinen wurden geleistet:

1897	1898	1899
277793771	301812339	3 <b>15 11</b> 3 <b>7</b> 55
<b>1</b> 00 :	108,7	: 113,5
20903569	$23\ 306\ 915$	24014 <b>582</b>
100 :	111,5	: 114,8
298 697 340	325 119 254	339 <b>128</b> 33 <b>7</b>
100 :	108,75	: 113,6
meter pro Masc	hine ist gestiege	m:
1898	189	9
auf 27450	auf 2765	50
105,4	106,	,3
	277 793 771 100 : 20 903 569 100 : 298 697 340 100 : meter pro Major 1898 auf 27 450	277 793 771 301 812 339 100 : 108,7 20 903 569 23 306 915 100 : 111,5 298 697 340 325 119 254 100 : 108,75 meter pro Maschine ist gestiege 1898 189 auf 27 450 auf 27 65

Wenn man die doppelte Besetzung eines Teils der im Personen= und Güterzugdienst beschäftigten Maschinen (es waren in den drei Jahren 1897 bis 1899 doppelt besetzt: 1897, 2427 und 2494 Zugmaschinen etwa 9 bis 10 Monate hindurch) berücksichtigt, die die Zahl der in Reparatur besindslichen Zugmaschinen beträchtlich übertreffen mag, so bleibt doch für das Lokomotivpersonal einer Maschine im Durchschnitt eine erhebliche kilometrische Leistungssteigerung pro Dienstschäft übrig.

Neben dieser allgemeinen Feststellung ift es zugleich wichtig, sich ein Bilb von ber Urt dieser Fahrleiftungen zu machen, sich zu vergegenwärtigen, in welchen Gruppen bes Zugdienstes diese Leistungssteigerungen hauptsächlich

sich vollzogen haben. Es verteilten sich die Fahrleistungen nach der Zahl der zurückgelegten Kilometer prozentual auf den Lokomotivdienst vor

	Schnell= zügen.	Personen= zügen.	Gemischten Zügen.	Güter- zügen.	Arbeits= u Material= zügen.	
1897	10,5	38,1	10,35	39,8	1,13	100 (= 277793771  km)
1898	10,2	36,1	10,17	42,4		100 (= 301812339  ")
1899	10,15	35,06	10,32	<b>43,5</b>		100 (= 315113755  ")

Daraus erhellt, daß der Löwenanteil an der Zunahme der Fahreleistungen auf den Güterzugdienst entfällt, d. h. auf denjenigen Dienst, der an sich wohl nicht anstrengender als der Personenzugdienst, jedoch durch die diesem Dienstzweige eigentümliche Häusigskeit langer und größtenteils in die Nacht fallender Dienstschichten, sowie vor allem die Zugverspätungen i nicht zu den bevorzugten des Lokomotivdienstes gehört. Gerade dies Überwiegen des also charakterisierten Güterzugdienstes im Lokomotivdetriede verleiht der früheren Darstellung der Diensteinteilungsverhältnisse, den Behauptungen, daß die faktische Dienstdauer die planmäßige überschreite, besonderen Nachstruck. Die Zunahme der Güterzugkilometer ist nicht nur aus dem Wachsen des Verkehrs, der durch die Tarisermäßigung für Stückgütertransport besonders belebt wurde, sondern auch aus der Verringerung der durchschnittlichen Uchsenzahl eines Zuges von 74 (1897) auf 68 (1899) erklärlich.

Dieser letztere Umstand gegenüber der Thatsache der ungeheueren Transportsteigerung läßt wieder einen Schluß auf die ganz gewaltige Bersdichtung der Zugfolge zu. So wurde in der That folgende steigende Zahl von Zügen gefahren:

		18	97			189	98		<b>18</b> 89	)
		5856	6292			6243	152		6 53 <b>1</b> 3	50
		1	00	:		100	6 <b>,</b> 6	:	111,	5
oder,	was	wichtige	er ist,	über	1	km :	Betrieb	slänge	wurden	durchschnittlich:
			9081			911	18		9981	
			100	:		100	,4	:	110	
Züge	gelei	itet, und	zwar	inner	hal	lb 24	Std.:	:		

Die Gesamtlast (Nuglaft und tote Last), die durchschnittlich über 1 km Betriebslänge zu befördern mar, stieg:

24,98

27,35

24,88

2828194		3028755		3150579	t.
100	:	107	:	111,4	

<sup>1</sup> Nur Dienstwerlängerungen infolge Zugverspätung, die über 4 Stunden betragen, werden als Dienst angerechnet.

Die Verdichtung ber Zugfolge gerade bedeutet eine ganz empfindliche Steigerung ber Betriebsintensität, ber Arbeit, ber Aufmerksamkeit und ber Berantwortung des Personals.

Wenn nun auch der Güterzugverkehr sich am stärksten entwickelt hat und der Personenzugverkehr relativ ein wenig dahinter zurückgeblieben ist, so beträgt dessen absolute Zunahme immerhin auch noch 5 %; dazu kommt das doppelt so starke Anwachsen des Schnellzugverkehrs (um 10 % zwischen 1897 und 1899). Die Leistungsbeanspruchung des Lokomotivpersonals durch den ausreibenden, wenn auch pekuniär einträglicheren Schnellzugdienst wächst ftärker als die durch den leichteren Personenzugdienst.

Doch erschöpft sich ber Lokomotivdienst nicht allein in der Fahrt auf freier Strecke. Es haben die Maschinen außerdem im Rangiergeschäft eine beträchtliche Steigerung der Dienstleistungen aufzuweisen.

Insgesamt murben an Rangierstunden geleiftet:

	.0		5 tuning 1 tr   tunin tr 1 tr 9		~.
	1897		1898		1899
	123539910		133433650		141922550
	100	:	108	:	114,9
pro	Maschine mithin:				
	10780		11270		11570
	100	:	104,6	:	107,4

Die in dieser Zahlenreihe noch nicht berücksichtigten Doppelbesetungen von Rangiermaschinen (1897: 1074; 1898: 1385; 1899: 1348) lassen sich leider bei der Unzulänglichkeit der mitgeteilten Zahlen nicht in Rechnung stellen. Eine Leistungssteigerung pro Mannschaft um 5 bis 6 % ist jedoch auf diesem Gebiet der Betriebsbethätigung mit Sicherheit anzunehmen.

Die dritte Dienstart im Lokomotivbetrieb, der Refervedienst, bleibt noch zu würdigen übrig. In der diesbezüglichen amtlichen Aufstellung werden nur die Dienststunden der thatsächlichen bloßen "Dienstbereitschaft" notiert, während deren die Lokomotivmannschaft sich mit dampsfertiger Maschine zur Berfügung hält, aber, abgesehen von Nebenbeschäftigungen, keine eigentliche Lokomotivarbeit leistet; jede in den Reservedienst fallende Leistung hingegen, jede Fahrt, jede Nangierthätigkeit wird den vorgenannten beiden Diensteleistungskategorien zugerechnet.

Es sind in dieser Aubrik "Reservedienst" all die größeren Dienstpausen auf der Fahrt und ferner die Stunden des oben erwähnten "faulen Dienstes" verzeichnet. In dieser Aubrik haben wir es also mit der leichtesten Dienstsart zu thun. Es wäre nun anzunehmen, daß die gesteigerte Arbeitssbeanspruchung der Mannschaft in den beiden vorstehenden schweren Dienstategorien durch eine entsprechende vermehrte Zuteilung von Dienstpausen

ober Refervedienststunden der leichteren dritten Art ausgeglichen würde. Indes die amtlichen Zahlen beweisen das gerade Gegenteil.

Die Zahl ber Reservestunden ift zurückgegangen

	1897		1898		1899
von	<b>8</b> 002818	auf	7335712	auf	6284356
	<b>10</b> 0	:	91,5	:	78,5

pro Maschine

ober pro Maschinenbesatzung (am Reserverdienst participieren sämtliche Zug= und Rangiermaschinen):

In den zwei Jahren ist also die sogenannte "Dienstbereitschaft", d. h. die Summe der Ruhemöglichseiten in dem aufreibenden Getriebe des Dienstes um ein Viertel pro Mannschaft zurückgegangen, so daß diese "Dienstpausen" heute gerade etwa noch anderthalb Stunden  $\frac{509 \text{ (Stunden)}}{340 \text{ (Arbeitstage)}}$  täglich bestragen.

Ich habe oben bei der Darstellung des typischen Normalarbeitstages von  $12^{1/2}$  Std. angenommen, daß etwa höchstens 2 Std. größere Dienstpausen darauf anzurechnen seien, die man trot ihrer Ausstüllung mit mancherlei Nebenbeschäftigung, Einnahme der Mahlzeiten u. s. w., als Dienstunterbrechung gelten lassen könne. Hier, glaube ich, liegt ein weiterer bündiger Beweis vor, daß jene Annahme der Pausendauer eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist.

Dem Anziehen der durchschnittlichen Arbeitsbeanspruchung einer Besatzungsmannschaft im Zug- und Rangierdienst steht eine Einschränkung des leichteren Dienstes gegenüber. Freilich konnte oben nur die Zunahme der zeitlichen Beanspruchung durch den Rangierdienst neben der Steigerung der Fahrleistungen dargethan werden. Hier soll nun der Versuch gemacht werden, aus den Zahlen für die Ausdehnung des Wagenparks, für den Wagensumlauf, die Personens und Güterbeförderung, Momente, die ja den Umfang des Rangiergeschäfts wesentlich bestimmen, einen ungefähren Maßstab für die Größe des auf die vermehrte Zahl der Rangierstunden fallenden Arbeitssquantums zu gewinnen.

Aus dem amtlichen Bericht ergiebt fich: die Achsenzahl der im Betriebe befindlichen Personenwagen ist in den zwei Jahren 1897 bis 1899 um  $9.15\,$ 0/0, die der Gepäckwagen um  $8.2\,$ 0/0, die der Güterwagen, die vor

allem beim Rangiergeschäft in Frage kommen, um  $10.5\,^{\circ}/_{\circ}$ , durchschnittlich die Gesamtachsenzahl der Wagen aller Gattungen um  $10.2\,^{\circ}/_{\circ}$  gestiegen. Entscheidend aber ist die Zahlenentwicklung, die sich auf die Bewegung der Wagen bezieht. Die Güterwagen haben im Jahre  $1899\,\,12.5\,^{\circ}/_{\circ}$  Achstilometer mehr zurückgelegt als 1897, sämtliche Wagen aller Gattungen im Durchschnitt  $12.4\,^{\circ}/_{\circ}$  mehr.

Beiter ist die Zahl der beförderten Personen um  $15.05\,^{\circ}/_{0}$ , der von ihnen zurückgelegten Personenkilometer um  $14.3\,^{\circ}/_{0}$  gestiegen. Das Tonnensgewicht der zu befördernden Güter hat sich um  $14.7\,^{\circ}/_{0}$ , die Streckenlänge, über die der Massendurchschnitt befördert wurde, um  $17\,^{\circ}/_{0}$  vermehrt. Da ein großer Teil der Wagen mehrmals auf verschiedenen Stationen rangiert werden muß, so ist man gezwungen, eine quantitative Bermehrung des Rangiergeschäftes anzunehmen, welche die an sich nicht unbedeutende zeitliche Ausdehnung des Kangiergeschäftes (um  $14.9\,^{\circ}/_{0}$ ) noch um ein ganz erhebsliches übersteigt; dazu seht die durch den wachsenden Verkehr bewirkte Versdichtung der Zugsolge und die entsprechend notwendige Beschleunigung der Wageneinreihung, des Zugzerpslückens und zussammenstellens überdies schon ein viel rascheres Arbeiten voraus.

Zu ber oben bargelegten zeitlichen Ausbehnung bes Rangierdienstes einer Lokomotivmannschaft gesellt sich also eine Steigerung der Intensität ihrer Arbeit. Die Zunahme des Berkehrs, der zu befördernden Massen ist aber für den Lokomotivdienst nicht nur insofern erheblich, als sich der Betrieb immer intensiver und auch immer gefahrvoller gestaltet, sondern auch in rein mechanischer Richtung.

Der Kohlenverbrauch nimmt in nicht zu unterschätzender Weise und bamit auch das Feuerungsgeschäft im Umfange zu.

Obwohl in jüngster Zeit viel Berbundmaschinen, bei denen der versminderte Dampsverbrauch eine Einschränkung des Kohlenbedarfs gegenüber den alten Maschinen um etwa  $15\,^{\rm o}/_{\rm o}$  mit sich bringt, eingestellt worden sind, hat sich der Kohlenverbrauch für Lokomotivseuerung von insgesamt  $4463\,900$  t im Jahre 1897 auf  $4\,904\,200$  und  $5\,395\,400$  t in den Folgesjahren gehoben. Die Steigerung des Berbrauchs verhielt sich etwa wie 100:110:120, und zwar wurden pro Lokomotive verbraucht:

1897	•	1898		1899
389,5 t		414,5 t		440,0 t
100	:	106.3	:	113

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zehn Jahre zuvor, 1889/90, waren es kaum 310 Tonnen gewesen. Diese Steigerung des Berbrauches ift keineswegs überraschend, da ja die Beanspruchung der Lokomotivkessel allmählich von 8, 9, 10 Atmosphären auf 12 Atmosphären Überdruck gestiegen ist und die Qualität der zu verseuernden Kohle sich verringert hat.

Man muß indessen die Gesamtverbrauchszahlen auch wieder auf die angesichts der Doppelbesetzung von Maschinen zu berücksichtigenden Lokomotiv= personale beziehen und sindet dann pro Besatzungsmannschaft einen durchschnittlichen Kohlenverbrauch von:

1897		1898		1899
385		390,11		405 t
100	:	101,3	:	105

Es hat die Bedienungsmannschaft der Maschine jährlich etwa um 2 bis 3% (es entspricht dies der Durchschnittszunahme im letzten Jahrzehnte) mehr Kohle einzunehmen, im Tender anzuordnen, zu zerschlagen, auf die Schaufel zu raffen, zu verseuern und auszuschlacken; ein nicht unerheblicher, absoluter Arbeitszuwachs!

Das schwerste Geschäft bes Heizers, das Feuerungsgeschäft, ift noch um einige Grade intensiver geworden. 10 t Kohle jährlich mehr, das beseutet täglich pro Dienstschicht etwa 30 kg oder — nach der alten anschauslichen Bezeichnung — über einen halben Centner mehr gegenüber der Tagesseleistung im Vorjahr; das dürfte immerhin "ins Gewicht fallen".

In Summa: Die Kopfzahl der Lokomotivbeamten einschließlich des ständigen Hilfspersonals ist zwischen 1897 und 1899 wohl um etwas schneller gewachsen als die Zahl der zu bedienenden Maschinen, d. h.: die distang sehr ausgedehnte Verwendung unständigen, ungeschulten Hilfspersonals auf dem Heizerposten, — ein Umstand, der dem Führer doppelte Verantwortung und auch häusig doppelte Arbeit auserlegt, — ist um einige Grade eingeschränkt worden. Dasür aber ist die durchschnittliche Besanspruchung der einzelnen Bedienungsmannschaft einer Maschine durch den gesteigerten Betrieb dauernd gestiegen. Zede Mannschaft hat eine höhere Kilometerzahl in der freien Streckensahrt zurückzulegen als im Vorjahre; daneben wurde sie für den Kangierdienst länger herangezogen als zuvor, während zugleich die Arbeit im Rangiergeschäft eine erheblich intensivere war. Der leichte Bereitschaftsdienst wiederum und die Summe der größeren Dienstpausen ist sehr start eingeschränkt worden.

Durch die stetige Zunahme der Verkehrsdichtigkeit (um etwa 4 % jährslich — auf den durchschnittlichen Betriedskilometer bezogen —), zumal der Zugfolge aber ist die an sich schwere psychische Anspannung und die Versantwortungslast des Führers bedeutsam gesteigert worden, wie schließlich auch die physische Beanspruchung des Heizers durch das schwierige Feuerungssgeschäft in nicht zu unterschätzender Weise sich erhöht hat.

Von einer verminderten Arbeitsleiftung ist bemnach keine Rebe, sondern

es schreitet im Gegenteil die Beanspruchung des Lokomotivpersonals, "seine wirtschaftliche Ausnutzung" alljährlich noch um einige Grade fort.

Die amtlichen "Berichte über die Betriebsergebnisse" für die Jahre 1898 und 1899 erkennen diese Steigerung der Arbeitsintensität auch völlig an; zwei Citate mögen das zeigen. (1898 S. 71.) "Im äußeren Betriebse dienste (d. h. dem Fahrdienst) hat daneben die mit der Zugdichtigkeit zusnehmende Stärke des Betriebes vielfach eine solche Anspannung der Kräfte der einzelnen Bediensteten erfordert, daß zum Mindesten die Einschiebung von Ruhepausen in die Dienstschichten notwendig wurde. Diese Maßnahmen bedingten naturgemäß eine wesentliche Verstärkung der Hissträfte." —

Die ständigen Hilfsträfte sind wohlgemerkt in der obigen Kopfzahl des Lokomotivpersonals miteingeschlossen. —

(1899 ©. 77.) "Es sind zwar durch Geschäftsvereinsachungen, zwecksmäßigere Diensteinteilungen, wirtschaftliche Ausnutzung der Personalkräfte und sonstige im Interesse der Wirtschaftlichkeit gestroffene Maßnahmen, namentlich im inneren Verwaltungsdienste, wesentliche Personalersparnisse erzielt worden, indessen bedingte auf der anderen Seite die lebhafte Entwicklung des Verkehrs die Einstellung einer wesentlich größeren Zahl von Bediensteten bei den äußeren Dienststellen, als dei der Etatseveranschlagung angenommen werden konnte. Insbesondere erwies sich das veranschlagte Lokomotivs und Zugpersonal, das Beichenstellers, Rangiers und Absertigungspersonal gegensüber dem Verkehrsandrange als nicht außreichend."

Auch hier ist zu wiederholen, daß in den obigen Zusammenstellungen nicht bloß die im Stat veranschlagten, sondern die faktisch im Betriebe verswendeten Personale figurieren und die Resultate der vergleichenden Betrachtung ihrer Diensteinteilung und Ruhebemessung in den auseinandersfolgenden Jahren für sie alle gelten.

Doch was für die Jahre 1897 bis 1899 gegolten hat, braucht notwendigerweise noch nicht für das Jahr 1900 zuzutreffen. Die Analogie der Verhältnisse für dieses letzte Jahr exakt zu beweisen, sehlt es nun aber bisher leider an Material. Indessen läßt die augenscheinliche Zunahme des Verkehrs auch im vergangenen Jahre einen Rückgang in der Arbeitsbeanspruchung des Personals von vornherein nicht vermuten. Zudem lesen wir im Etat 1901 der Sisendahnverwaltung:

"Zur Besetzung ber Lokomotiven bei ben in Zeiten mittleren Berkehrsumfanges regelmäßig fahrenden Zügen ift eine Vermehrung ber Stellen für Lokomotivführer und Heizer um je 500 erforderlich;" und

ebenso bei den Zugführern, Schaffnern u. s. w. Mit dieser Vermehrung der Stellen zu dem Zwecke, nur dem mittleren regelmäßigen Verstehr zu genügen, erkennt die in dieser Frage zuständige Instanz, die Verwaltung selbst, die dauernde Betriedssteigerung auch im Vorjahre 1900 an.

Da sich die obigen Betrachtungen über die Dienste und Ruhebemessung des Lokomotivpersonals auch zum Teil auf Material aus den früheren Jahrgängen 1898 und 1899 stützen, so wird eine Parallelstellung der oben herausgearbeiteten Ergebnisse mit den hier für 1897 bis 1899 gewonnenen Betriebsresultaten zulässig sein: die Intensität der dienstlichen Beanspruchung des Lokomotivpersonals ist gewachsen, nicht gesunken.

Auf die Annahme einer qualitativen Erleichterung des Dienstes kann man die quantitative Vermehrung der Dienstdauer und die Verkürzung der Ruhezeiten im Lokomotivbetrieb nicht gründen 1.

Das Facit dieser Darstellung, der Berichte aus der Praxis und der Interpretation des amtlichen Zahlenmaterials ist kein günstiges: die Dienstebemessung für das Lokomotivpersonal, das eine Körper und Geist hart ansspannende Arbeit unter dem Drucke schwerer Verantwortung und überdies in der unregelmäßigsten Weise, zu mehr als einem Drittel in der Nachtzeit, zu leisten hat, steht in einer unbegrenzten Zahl typischer Fälle der des ungelernten gewerblichen Durchschnittsarbeiters gleich.

Die bestehenden "Bestimmungen über die Inanspruchnahme des Lokomotivpersonals" lassen eine derartige Dienstbelastung zu; ja unter der Herrschaft der jüngst erlassenen Lorschriften ist keine Verminderung der dienstlichen Beanspruchung des Personals, sondern gegenüber den Vorjahren zum Teil eine Vermehrung des Dienstes, zum Teil eine Verkürzung der größeren Ruhefristen eingetreten; und alles dies angesichts der stetig wachsenden Intensität des Betriebes, die eine entsprechend gesteigerte Arbeitseleistung ersordert.

Die quantitative und qualitative Beanspruchung bes Lokomotivpersonals ist trot ihrer absoluten höhe in den letten Jahren noch gewachsen.

¹ Hiermit ift auch der übliche Sinwand gegenüber der ungünstigen Schlußsfolgerung, die aus der oben dargestellten Zahlenentwicklung für die Dienstbauer gezogen werden muß, widerlegt, als sei die Bermehrung der langfristigen Dienstsschichten aus der Ausdehnung des Nebenbahnnetzes und dem damit verbundenen häusigeren Auftreten "einsacher Betriebsverhältnisse" erklärlich. Die Thatsache, daß das Nebenbahnnetz viel schneller wächst als die Betriebslängen (nicht die einsachen Geleislängen) der Hauptbahnen, fällt garnicht ins Gewicht, wie die kolossach alls jährliche Verstärkung der durchschnittlichen Verkersdichtigkeit beweist.

## Lebenslaufbahn, Gehalts= und Lohnverhältnisse, sowie Anstellungswesen beim Lokomotivpersonal.

Mit der Diensteinteilungsfrage ist die Besoldungsfrage des Lokomotiv= personals aufs allerengste verknüpft. Wie fie bie Lebenshaltung bes Loko= motivers und seine Arbeitsstimmung aufs nachhaltigste beeinflußt, so ift fie indirekt auch für die Frage ber Betriebsführung und damit für die Eraktheit und Sicherheit bes Berkehrs von Bebeutung. In ben Erörterungen der Bahnerfachpresse wie in den Betitionen der Beamten und den Berhand= lungen des Landtags über die focialen Berhältniffe im Gifenbahnbetriebe nimmt die Befoldungsfrage sogar eine Stellung weit vor der Frage der Arbeitszeit ein. Alle ernsthafte Agitation in Bahnerkreisen breht sich fast ausschließlich um den Geldpunkt. Mir erscheint zwar die Dienstzeitregelung als das wichtigere fociale Problem, als das fociale Problem des Eisenbahn= betriebs überhaupt; aber ich verkenne nicht, daß eben gerade in der Lohn= bemeffung Faktoren enthalten sind, die die Gestaltung der Dienstdauer= verhältnisse in hervorragendem Mage direkt oder indirekt beeinflussen. Bersonal verlangt nach einer Aufbefferung seiner Besoldungsverhältniffe nicht allein um des Geldes willen, nicht allein zu dem Zwecke, mit dem allerwärts fühlbaren Anziehen ber Lebensmittelpreife, mit ber Steigerung ber Lebensbedürfnisse Schritt halten zu können und nicht am Notwendiasten fparen zu muffen, sondern um auch, dank einer gedeihlichen Lebenshaltung in forgloser, ruhiger Gewißheit ben gesteigerten Anforderungen bes Dienstes gerecht werden zu können. Es sind gerade die jungeren, niedrigst besoldeten Beamten, die klagen. Das geringe Gehalt zwingt sie, immer zu dem am länasten bemessenen Dienste, zu übermäßiger Arbeitsleistung, zu Überstunden, zu Ertrafahrten fich zu brängen, um durch ben hierbei abfallenden höheren Berdienst an Kilometer- und Stundengelbern das Manko im Gehalt nach Möglichkeit auszugleichen. Die niedrige Bemeffung besfelben wie bes Wohnungsgeldzuschuffes vor ber etatsmäßigen Führeranstellung nötigen sie, bei ber Wahl der Wohnung die meist teure Nachbarschaft des Bahnhofs zu meiben und in größerer Entfernung von ber Dienststätte ein bescheidenes Dbbach zu fuchen. Die in ben meiften Städten vorhandene Mifere ber Wohnungeverhältnisse gerade bei den fleinsten Wohnungen empfindet dazu ber Lofomotivbeamte, bank feinem unregelmäßigen Dienste und ber Notwendiakeit häufiger Tagesruhe, schlimmer als andere. Will er rechte Ruhe haben, muß er beffer wohnen, muß er aber auch mehr Miete gahlen können; Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

barum verlangt er nach höherem Gehalt. Und soll er die dienstfreie Zeit baheim auch wirklich der Ruhe widmen können, soll er nicht gezwungen sein, überall zu Hause mit zuzugreisen, um zahlreiche, anderenfalls notwendige Aussgaben zu ersparen, dann braucht er eben wieder mehr Geld, mehr Gehalt. — Der Grund, warum das Lokomotivpersonal so häusig um Ausbesserung seiner Besoldungsverhältnisse petitioniert, greist somit beträchtlich ties in die Frage der Dienste und Ruhebemessung ein. Die Gehaltsfrage ist eine Wurzel, aber auch schließlich nur eine Wurzel des Dienstzeitproblems. Ist dieses befriedigend gelöst, so hat die Besoldungsfrage viel an Bedeutung verloren, während umgekehrt die Erledigung der Gehaltse und Lohnfrage das Dienstebemessungsgebaren noch nicht seiner Härten entkleidet. Aus diesem inneren Grunde, um des sekundären Charakters des Besoldungswesens willen, scheint mir die nachdrückliche Behandlung der Diensteinteilung vor allen anderen Dingen gerechtsertigt.

Dazu tritt noch ein äußerer technischer Grund: über Lohnverhältnisse bruchftückweise von Einzelnen aufgegriffene Angaben zu registrieren, hat keinen socialstatistischen Wert. Ist die Methode der Lohnermittelung überhaupt heute noch in der Wissenschaft der Gegenstand der heftigsten Kontroversen und durchaus ungeklärt, so kann der Bericht über eine größere Anzahl von Lohnbeispielen vorläufig nur ben Wert einer Materialsammlung haben; eine Kritik kann sich nur in bescheibenem Umfange barauf stüten. Und wenn es auch schließlich in dem Bahnbetriebe allgemein zugängliche zusammen= faffende Lohn= (für den Lokomotivbeamten Gehalt= und Nebengelder=) Übersichten gabe, wie fie uns für die Dienstbemeffung in ben Turnusplänen vorliegen, fo fehlen doch immer die für die Verwertung folder Ziffern unerläklichen Unterlagen, nämlich die entsprechenden Dienst= und Lebensaltersangaben, die Angaben über bie bienftliche Stellung, ob etatsmäßig ober biätarisch, ob bauernd in diefer Stellung ober nur zur Aushilfe, die Angaben über die wirklich von den Einzelnen geleisteten Dienststunden, über die Art ihrer Berrichtung, sei es Rangier=, Reserve=, Schnellzug=, Bersonen=, Güter=, Urbeiterzugdienst. Es mußte, ba biefe Beschäftigungen immer burcheinander spielen, der Verschiedenheit der Lohnberechnung in diesen Fällen, der Berschiedenheit der Rilometer= und Stundengelderfate entsprechende Aufmerkfamkeit gewidmet werden, und schließlich und hauptfächlich waren die allgemeinen Lebensbedingungen am Dienstorte, die dort bestehenden Teuerungs= verhältnisse, die ortsübliche Lohnhöhe in Rudficht zu ziehen.

Was aber eine Darstellung von seiten der Behörde nur schwer bieten könnte, was nur durch Lohnlisten des Kassenrendanten und durch genaue Bearbeitung der Diensteintragungsbücher unter Berücksichtigung der personlichen und dienstlichen Eigenschaften bes Buchinhabers im Wege einer umfassenden, peinlichst betaillierten Erhebung erzielt werden kann, das kann natürlich die von wenigen Einzelpersonen unternommene Enquete erst recht nicht in genügendem Maße leisten. Aus diesem äußeren Grunde neben dem am Eingang genannten wird sich die Darstellung der Lohn= und Anstellungsfrage im Lokomotivberuse auf die Schaffung eines allgemeinen Bildes beschränken.

Den Ausdruck "Lohnfrage" in Bezug auf sie angewendet zu sehen, würde die Lokomotivbediensteten zwar gelinde entsetzen; sind es doch zum größten Teile Beamte, die ein Gehalt beanspruchen, und nicht "Arbeiter", die um ihren Lohn zu bitten haben. Und doch wird man den Ausdruck nicht mit Unrecht anwenden dürsen, einerseits angesichts der im Fahrbetrieb üblichen Art besonderer Dienstwergütung nach dem Maße der Leistung — einer Art Stücklohnzahlung neben dem Gehalt, andrerseits angesichts der nicht unerheblichen Zahl von Hilfskräften, Hilfsheizern und Aushilfsheizern, die im Lokomotivdienst beschäftigt, auf Tagelohn gestellt sind.

Auf diese angedeutete Berschiedenheit des Dienstcharakters der Lokomotivbediensteten wird vor allem andern einmal einzugehen sein. Darauf hat sich dann die Behandlung der Anstellungsfrage und die mit ihr eng verknüpfte Lohnfrage zu gründen. —

Was für Männer der Lokomotivdienst erfordert, das ist oben zu schildern versucht worden. Woher nimmt aber ber Beruf Diese seine Glitemenschen? Aus dem Hammergewerbe. Heute muß jeder Lokomotivbeamte mindestens ein Sahr in einer Sauptwerkstatt der Gifenbahnverwaltung als Schlosser ober Schmied gearbeitet haben, ehe er "zum Kahren kommt". Die gute, alte Zeit, wo noch gelernte Kürschner und Wurstmacher auf der Maschine burch bas Land fuhren, liegt weit zurud, und die nur noch ganz vereinzelt vorkommenden Erscheinungen aus jenen Tagen, die nicht zünftig geschult find, gelten heute als Sehenswürdigkeiten. Dieses "zum = Fahren= Kommen" ist für einen großen Teil der jüngeren Eisenhandwerker der Reparaturwerkstätten bas Sbeal, nach bem fie ftreben. Aber nur wenige von den vielen Taufenden find außermählt. Die Bahl ber etatsmäßigen Führerstellen mächst heute jährlich um nur etwa 500; Nachwuchs ist bereits zur Genüge vorhanden. Die jährliche Zulaffung zu einer Laufbahn im unteren Bahnbetriebe foll 'jett allgemein auf etwa 20 % ber vorhandenen Stellen eingeschränkt werden. Es kommen also von ben zahllosen Bewerbern nur die besten, oder die sich dem Werkmeister am besten empfehlen, jum Fahren. So gleichmäßig geschult und gleichmäßig tüchtig biese Elemente find, so verschiedenartige Typen giebt es barunter. Nicht allein, mas die

Temperamente anbetrifft, wiewohl nervoje Sanquiniker unter ben Lokomotivern ju ben Seltenheiten gehören, ja eber ein gemiffes Phlegma gegenüber ben Aufregungen bes Betriebs fich in erfreulichem Mage unter ihnen verbreitet findet. Aber die Landschaft vor allem, die die Rekruten dieses Dienstes ftellt, das häusliche Milieu giebt eine entscheidende Differenzierung innerhalb biefes prächtigen Menschenmaterials. Der mit alter städtischer Kultur gefättigte Rheinlander auf der Lokomotive ift ein gang anderer Beamter als ber Spröfling ber westfälischen Aderburgerfamilie, als ber Sohn bes Landarbeiters, des Bahnwärters im Often. Sier der ganze Bilbungshunger. ber Arbeitsbrang bes aus feiner Schicht fich emporhebenden Mannes; beim Weftfalen das Beftreben vor allem, fich und feinen Kindern eine angesehene fociale Stellung zu mahren; am Rhein ein gemiffes bemofratisch = welt= männisches Gefühl mit der entsprechenden Nonchalance im Auftreten. Das find bie Sauptcharakterzüge, die bei ben Männern ber durchforschten Gaue por allem in die Augen sprangen. Berlin zeigte keinen ausgesprochenen Charafter. Diese vorherrschende Wesensverschiedenheit ist für die Art der Diensterfüllung nicht gleichgültig. Pflichttreue zwar muß man biesen Beamten gleichmäßig nachrühmen. Aber die Bräcision der Diensterfüllung gemäß dem Wortlaut ber Dienstanweifungen weist hier und dort große graduelle Abweichungen auf. hier scheiden sich die Freiheit des westlichen Beamten und die Unfreiheit des öftlichen. Auch das Berhalten gegenüber ben Borgefetten, bas oben ichon charafterifiert murde, entspricht biesem Grundwesen durchaus. Nur in dem einen Bunkte find die Lokomotivführer alle einander gleich, in der tiefen Überzeugung von der Wichtigkeit ihres Berufes und in bem baraus entspringenden hochgesteigerten Standesbewußtsein.

Wenn auch die Wesenszüge erst beim Führer in seiner selbständigen königlichen Stellung zum uneingeschränkten Ausdruck kommen, eingeboren sind sie doch von je den Menschen und so denn auch charakteristisch für das Menschenmaterial, aus dem der gestlügelte Gott hier und dort seine Arbeiter bildet.

Dieser Bilbungsprozeß spielt sich nach dem Übergang aus der Werkstatt in den Fahrdienst, nach Ablegung einer damit verbundenen "formlosen Brüfung", die nur den Nachweis der vorhandenen geistigen Fähigkeiten und Schulkenntnisse bezweckt, sowie einer ärztlichen Prüfung, die vor allem auch auf Augen und Ohren sich erstreckt, weiter in der Weise ab, daß der nunsmehrige Hilfsheizer bei einem "Meister", dem Lokomotivsührer, in die Lehre gegeben wird. Das Durchschnittsalter des antretenden "Lehrlings" bewegt sich zwischen 20 und 25 Jahren. Der Lehrling hat unter Anleitung und Berantwortung des Meisters all die oben geschilderten Obliegenheiten des

Heizers zu erfüllen und seine Maschine von allen Seiten, innen und außen, gründlich zu ftudieren. Der Meifter foll ihn aber auch theoretisch schulen und das häusliche Lernen des Lehrlings und den Unterricht, den der Betriebswerkmeister monatlich in ein, zwei Stunden erteilt, nach Kräften unterstützen. Nach einem halben Sahre barf ber Lehrling bann fich gur Brüfung für die Lokomotivheizerwürde melden, ohne diese aber etwa nach Bestehen bes Examens alsbald zu erhalten. Der Genug ber etatemäßigen Unstellung als Unterbeamter — bas ift ber Lokomotivheizer — wird ihm infolge bes Migverhältniffes zwischen ber Bahl freiwerbender ober neugeschaffener etatsmäßiger Stellen und ber Bahl ber Unwarter noch eine geraume Zeit vorenthalten, wenn er auch als Beiger bauernd beschäftigt Außerlich fteht ber Geprüfte bem "Lokheizer", ber kein besonderes Berufsabzeichen führt, gleich, doch in Bezug auf die Besoldung, namentlich auch wegen des mit der Beamtenanstellung verbundenen Wohnungsgeldzuschusses, empfindet er den Gegensatz in den Verhältnissen, wie weiter unten darzuthun fein wird, deutlich genug. Ift er schließlich als "Lokheizer" angestellt, so strebt er alsbald auf bas Suhrereramen, bem er fich bereits ein Sahr später unterziehen kann, los. In Wirklichkeit verfließt aber zwischen ber Anstellung und bem Bestehen bes Eramens eine längere Zeit, ba bie Bulaffung jum Eramen von der Genehmigung der Inspektionsbehörde abhängt. Das Bestehen bes Führeregamens, in bem er sich über alle Fragen feines Betriebsbereiches, seines Dienstes, ber Zusammensetzung und Arbeits= prozesse ber Lokomotive, über bie Ungahl von Dienstvorschriften und Betriebs= anweisungen unterrichtet zu zeigen, Probefahrten abzulegen und einen tech= nischen Bericht über ein Betriebsvorkommnis zu verfassen hat, verleiht ihm bann nicht nur die Befugnis, eine Lokomotive auf dem Rragen feines Dienstrockes zu führen, sondern vor allem das Recht, nun auch als felb= ftändiger Führer im Lokomotivdienst Berwendung zu finden. In der erften Beit geschieht bies nur ausnahmsmeise jur Aushilfe, zur Bertretung, fpater in immer ausgedehnterem Mage, bis der "geprüfte Beizer" ober "Erami= nierte" ober "Heizer erster Rlasse" schlieflich die dauernde selbständige Führung einer Maschine erhält. Zuerst wird er im Bahnhofsbienst, im Rangiergeschäft verwendet, später wird ihm wie einem etatsmäßig angestellten Führer eine bestimmte Fahrtenreihe im Diensteinteilungsplan übertragen, so daß fich seine Dienstleiftung und Stellung innerhalb bes Betriebes in keinem Punkte mehr von berjenigen des etatsmäßigen Führers unterscheibet; nur in dem leidigen Geldpunkte, und zwar weniger in dem Einkommen als in ber Bemeffung des Wohnungsgeldzuschuffes, klaffen empfindliche Gegenfäte. Mindestens mohl 7 Jahr, meift aber 8, 9, 10 Jahre muß er sich mit

seinem Lokheizerrang und sehalte zufrieden geben, mag er auch schon seit 5 Jahren und länger selbständige Führerdienste gethan, mag er schon zwei, drei Jahre lang die Funktion eines Führers auf einem festen, zur etats-mäßigen Fixierung und Dotierung durchaus reifen Posten vollständig erfüllt haben.

Endlich, wenn auch feine glückliche Stunde gekommen ift, darf er etwa im Alter von 35 Jahren — boch find die Fälle höheren Alters nicht gerade Ausnahmefälle — ben Stern zur Lokomotive auf ben Kragen bes Dienstrockes heften und mit samtenen Aufschlägen seine Uniform schmucken. Endlich ift er auch rechtlich in die Führerstellung eingerückt. Er ist nun Subalternbeamter fünfter Rlaffe und darf jest neben dem das Endgehalt bes Heizers zwar nicht viel übersteigenden Anfangsgehalt des Führers boch beffen hohen Wohnungsgeldzuschuß einstreichen. Budem erhält er bas Patent, bas ihn als einen foniglich angestellten Beamten für unabsetbar erklärt, mofern nicht richterlicher Entscheid ihn feiner Burde entkleidet. Damit ift feine Karriere im allgemeinen abgeschlossen. Es kann indes, wenngleich nur in vereinzelten Fällen, der Lokomotivführer oder auch ein geprüfter Beizer burch Besuch einer Werkmeisterschule und Ausbildung im Bureaudienst als "Werkmeisterdiatar" zum Posten eines Betriebswerkmeisters sich empor= arbeiten. Der Übergang dagegen aus dem Lokomotivführerdienst in die Stellung eines Werkführers ber Betriebswerkstatt ift fein Avancement, fondern eine Notstandshandlung in dem Falle, wo der Führer zum Lokomotivbienst sich nicht mehr fräftig genug fühlt oder feine Sehschärfe nicht mehr für den Fahrbetrieb ausreicht. Die vereinzelt in untergeordneten, wenig anstrengenden Stellungen bes Bahnhofdienstes als Portier, Bahnmärter und bergl. verwendeten Lokomotivbeamten find im Dienst verunglückte. invalide Männer, die den Bezug ihrer Lenfion nicht ohne die etwa noch mögliche Gegenleistung an die Eisenbahnverwaltung genießen dürfen.

Neben diesen technisch geschulten, dem Lokomotivbetriebe mit ihrem ganzen beruflichen Sein dauernd angehörenden Beamten und Hilfsbeamten tritt im Lokomotivdienst noch eine nicht unbeträchtliche Zahl von ungeschulten Hilfsfräften als "Aushilfsheizer" auf, teils Leute, die dem "Schuppen" (Lokomotivstall) entnommen werden, wo sie gewöhnlich Maschinenputzerdienste verrichten, teils Schlosser aus der Betriedswerkstatt, die vielsach bloß mit der Absicht in diese verhältnismäßig niedrig entlohnten Stellen mit oft sehr langen Dienstschichten, in denen sie Lokomotivreparaturen vorzunehmen haben, eintreten, um auf diese Weise einmal "zum Fahren" zu gelangen. Dem Führer sind diese wenig eingearbeiteten Elemente, die indes monateslang Mann für Mann periodisch wechselnd zum Heizerdienst herangezogen

werben 1, meist wenig willsommen, da ihm nicht nur eine doppelte Versantwortung, sondern meist auch ein erhöhtes Quantum physischer Arbeit damit zufällt. Die hier und da dauernd notwendige Verwendung solcher Hilfskräfte spricht sehr deutlich für die Behauptung von der gesteigerten Beanspruchung des regulären Personals durch den Betriebsdienst.

An einzelnen konkreten Beispielen aus der Praxis möge das vorstehend über das Verhältnis von etatsmäßigen Führern, Heizern und Hilfsheizern Gesagte veranschaulicht werden. Auf einem Bahnhof waren beschäftigt: 30 etatsmäßige Lokomotivsührer, 21 Heizer I. Klasse, die das Führerseramen bestanden hatten, 24 Lokomotivheizer, die das Heizergamen bestanden hatten und von denen 4 etatsmäßig angestellt waren; des weiteren wurden 6—10 Außhilfsheizer beschäftigt. — Auf einem anderen Bahnhose wieder: 28 etatsmäßige Führer, 12 geprüfte Heizer I. Klasse, von denen 3 in sestestehender Fahrtenreihe, die übrigen im Vertretungsdienste und täglichen Sonderzugsahrten ständig Führerdienst thaten; weiter 20 Lokomotivheizer und die entsprechende, natürsich variierende Zahl von Außhilfsheizern. Auf einem dritten Bahnhos: 30 etatsmäßige Führer, 33 Heizer, von denen 6 ständig Führerdienst thaten, und 17 Außhilfsheizer.

Die Verhältnisse find hier zwar gang ungleichmäßig, indes tritt bie Thatsache der Verwendung der geprüften Beizer im ftändigen Führerdienste und die reichliche Heranziehung von ungeschulten Aushilfsfräften mit ziemlicher Bestimmtheit hervor. Dies laffen auch die amtlich mitgeteilten Zahlen über die etatsmäßige Unstellung des Lokomotivpersonals im Bergleich mit ber Kopfzahl ber gesamten, im Lokomotivdienst ständig thätigen Bersonen Es kamen 1900 auf 26 284 Bedienstete bes Lokomotivbienstes 10 393 etatsmäßige Führer und 10 393 etatsmäßige Heizer, d. h.: 5500 Bersonen ober 21 %, also ein Künftel bes im Lokomotivdienst ständig thätigen Personals ift nicht etatsmäßig angestellt, es sett sich aus Hilfsfräften zusammen. Dazu muffen die nicht-ftändigen Aushilfsträfte, die, wie aus obigen Beispielen zu ersehen ift, einen nicht unbedeutenden Prozentsat ausmachen, hinzugerechnet werden. All diese Silfsfräfte werden naturlich nur zur Besetzung ber Beizerftellen verwendet. Da nun immer ein Führer und ein Heizer zusammen gehören, so kann man ungefähr — angesichts ber nur wenig die 10 000 überschreitenden Bahl der etatsmäßigen Führer sich ein Bild machen, wie ftark die im Stat nur als Lokomotivheizer an= gesetten und botierten "geprüften Beiger" jum ständigen Lokomotivführerdienft herangezogen werden muffen. Die mitgeteilten Ziffern über die Zahl der

<sup>1</sup> In allerletter Zeit ift ihre Bermendung eingeschränkt worden.

Lokomotiven und ihre Besetzung können bazu dienen, das Bild noch beutlicher im einzelnen auszugestalten. Es waren im Jahre 1899 12265 Lokomotiven im Betrieb befindlich und zwar erforderten etwa 1050 Stück eine dauernde doppelte Besetzung. Die stetige Besetzungsziffer im Sahresdurchschnitt betrug also 13315. Febe Lokomotive erfordert ihren Führer. Im Etat waren (1899) nur 9893 Führerstellen ausgeworfen, d. h. 3400 weniger, als Maschinen zu besetzen maren. Die Führergeschäfte mußten bei insgefamt 13 300 Maschinen in 3400 Fällen, d. h. in mehr als einem Viertel der Fälle, von geprüften Heizern versehen werden. Diese als Führer verwendeten 3400 Beizer bewirken nun einen entsprechenden Ausfall in den Reihen der etatsmäßigen zur Berfügung stehenden Lokomotivheizer. Es verbleibt ein Mehrbedarf von 6800 Heizern, der aus den Reihen der Hilfsbeamten und -Arbeiter gebeckt werden mußte. Die Hälfte aller Maschinen wäre demnach mit Hilfsheizern oder Aushilfsheizern zu besetzen gewesen. Da die ständigen Hilfskräfte in der amtlichen Zusammenstellung aufgezählt, ober doch durch Abzug der 19800 etatsmäßigen Beamten von bem 25 000 Köpfe im Jahre 1899 gahlenden gefamten ständigen Lokomotiv= personale auf 5000 zu ermitteln sind, so verbleiben für das unständige Personal 1800 zu versehende Heizerstellen. Auf einem Siebentel ber Maschinen wird hiernach der Heizerdienst von unftändigem, ungeschultem Personal versehen. Die oben für den einen und andern Bahnhof mitgeteilten Zahlen über das numerische Verhältnis von etatsmäßigem und geprüftem Lokomotivpersonal zum Silfspersonal gewinnen nach biefen Betrachtungen, die in ihren zahlenmäßigen Einzelheiten durchaus nicht als absolut unantastbar zu gelten brauchen, sondern nur in ihrem charakteristischen Ergebnisse gewürdigt sein wollen, eine symptomatische Bedeutung.

Indessen stellen sich die Verhältnisse hier, wie schon oben einmal betont worden ist, von Jahr zu Jahr besser. Die Zahl der etatsmäßigen Lokomotivsführer und Heizer ist zwischen 1897, 1898 und 1899 gewachsen von je

8290 auf 9392 auf 9893 100 : 114,2 : 119,2

um einiges schneller als die gesamte Kopfzahl des ständigen Lokomotiv= personals, die

 von 21250
 auf 24448
 auf 25057

 100
 : 115,0
 : 117,7

stieg; die Zahl der Hilfslokomotivbeamten — denn sie bildet ja den Übersschuß der Gesamtkopfzahl über die Zahl der etatsmäßigen Beamten — ist entsprechend langsam zurückgegangen. Vor allem aber haben sich die etatssmäßigen Beamten wie das ständige Gesamtpersonal etwas schneller vermehrt

als die Zahl der zu besetzenden Maschinen, die, wie oben einmal ausgeführt, in dem Verhältnis von 100: 108,5: 115 gewachsen ist. Die voraufsgegangenen Betrachtungen über die Kopfzahl der etatsmäßigen Führer gegensüber derjenigen der Hilfskräfte, die auf ein nicht ganz unbedenkliches Mißsverhältnis schließen ließen, bezogen sich nun zwar noch auf das letzte, in seinen Ergebnissen bekannte Betriebsjahr 1899; trotz seiner Bedenklichkeit ist also dieses jüngste Ergebniss immer doch ein Fortschritt gegenüber dem der Vorjahre!

In letzter Zeit ist die Vermehrung der etatsmäßigen Führer= und Heizerstellen notgedrungen um je 500 jährlich fortgeschritten, so daß heute (Etat 1901) je 10 893 Lokomotivführer= und Heizerstellen bestehen.

Der innere Kern der Unstellungsfrage, die Gehaltsbemessung, stellt sich am anschaulichsten in ber burren Bahlenreihe bes Etats bar (fiehe bie Tabelle S. 90/91). In diesen Zahlen steckt ein Stud Geschichte von der Lokomotivbeamten Entsagung und Freuden. Die Bahl ber etatemäßigen Stellen hat sich in bem letten Jahrzehnt um zwei Drittel vermehrt, mährend die Zahl der Lokomotiven doch in der gleichen Zeit um nur ein reichlich Drittel zugenommen hat. Die Hoffnung auf etatsmäßige Unstellung hat heute mehr Raum im Lokomotivbetriebe als früher. Des Führers Gehalt ist in seiner Grundstellung zwar nicht allein im letten Jahrzehnt, sondern mährend der letten 25 Jahre unverändert geblieben, aber das Höchstaehalt ist aufgebeffert und die Wartedauer zu diesem Ziele noch in dem vorletzten Sahre 1899 um eine Dienftstufe von 3 Jahren abgefürzt worden. Heizer ist die lettere Wohlthat nicht zu gute gekommen, dafür bezieht er heute ein etwas höheres Anfangsgehalt als vor 10 Jahren und ein bedeutend größeres Endgehalt. — Soweit die Zahlen! Doch erfordert ihre richtige Beurteilung ein Eingehen auf die faktischen Verhältnisse von heute.

Mit 24 bis 27 Jahren etwa tritt der Lokheizer gegenwärtig aus dem Lohnverhältnisse des Arbeiters in den Genuß eines festen, in Vierteljahrseraten zu beziehenden Gehalts von 1000 Mf. ein. Wie ist es ihm bisher ergangen? Er kommt aus der Eisenbahnwerkstatt ursprünglich. Dort bezog er als tüchtiger Schlosser, der viel Akkordarbeit hatte, im Jahre 1895 etwa 3,50 Mk. bis 4 Mk. am Wochenarbeitstage. Der Tagelohn der Werkstättenshandwerker betrug laut amtlichem Bericht:

1895/96 1899/1900 2,99 Mf. 3,33 Mf.

ber Stücklohn damals 3,95 Mt., heute 4,14 Mt. im Durchschnitt. Beim Cintritt in ben Fahrdienst mußte er auf ben hohen festen Lohn verzichten;

	18	90/91		1891/92			
Rangstellung.	Zahl ber	Mindest= gehalt.	Höchst- gehalt.	Zahl der	Mindest= gehalt.	Höchst= gehalt.	
	etatsmäßigen Stellen.	(Aufsteigefrist 18 Jahre.)		etatsmäßigen Stellen.	(Aufsteigefrist 18 Jahre.)		
Lokomotivheizer	6350	900	1200	6993	1000	1500	
Lokomotivführer	6353	1200	1800	6996	1200	2000	

er empfing 1897/98/99 als Lokomotivhilfsheizer einen durchschnittlichen Tagelohn von 2,42 Mk.

(1896/97 1897/98 1898/99 1899 2,52 Mf. 2,42 Mf. 2,44 Mf. 2,46 Mf.)

b. h., er stand in seinem festen Lohnsatz kaum auf der Stufe des durchsschnittlichen Bahntagearbeiters, auf den nach der summarischen Berechnung des amtlichen Berichtes

 1896/97
 1897/98
 1898/99
 1899

 2,41 Mf.
 2,48 Mf.
 2,55 Mf.
 2,63 Mf.

Tagelohn entfielen. In der That, nicht bloß nach diesen ziemlich unmaß= geblichen summarischen Durchschnitten ist der seste Erundlohn für den Hisse heizer ein minimaler. Aus den mir vorliegenden Angaben ist ersichtlich, daß er nur gerade mit den ortsüblichen Tagelöhnen kommuniziert und sich auf dem Niveau der gewerblichen Mindestlöhne hält. Der höchste mir deskannte Grundlohn ist der in Berlin gezahlte Betrag von 2,70 Mk. Das aber ist der von Verwaltungswegen für das Jahr 1899 sestgeste ortssübliche Tagelohn für Berlin. Es ist indes zu betonen, daß der Lohn des Heizers tagaus, tagein, auch Sonntags, gezahlt wird, wosür er allerdings auch Sonntags Dienst zu thun hat. In Hamburg betrug der Grundlohn des Hilsbeizers 2,50 Mk. 1, der ortsübliche Tagelohn aber 3,00 Mk. In

<sup>1</sup> Neuerdings soll er auf 2,60 Mf. erhöht worden sein.

<del></del>													
1897/98				Zahl der			Gehaltsstufen.						
Zahl der etatsmäßigen Stellen.	Mindest= gehalt.	Höchst: gehalt.	etatsmäßigen Stellen.			26 jahre –	Zahre Z	Infre w	Zahre 4	Labre 5	3abre 9	Jahre 2	
	(Aufsteigefrist 18 Jahre.)		(Aufsteigefrist 18 Jahre.)			ca. 26 Lebensjahre	+	+	+ 3 %	+	+	+	
			1898	1899	1900		1899/1900.						
8290	1000	1500	9392	9893	10393	1000	1100	1180	1260	1340	1420	1500	
		Auffteigefrift 18 Sahre. Auffteigefrift 15 Sahre. ca. 35 Rebensjahre							898/1899.				
8290	1200	2200			10393	1200	1400	1600	1750	1900	2050	2200	
	•						18	1899/1900.					
				•		1200	1400	1600	1800	2000	2200		

einem großen westlichen Industrieorte stellte sich der Grundlohn auf 2,50 Mt., mährend der ortsübliche Tagelohn auf 2,60 Mt. bemessen war. Dieses ungleiche Verhältnis zwischen Heizergrundlohn und ortsüblichem Tagelohn kehrt sehr häusig wieder. Von einer Station eines anderen wohlhabenden westlichen Verkehrsbezirkes wird der Grundlohn auf 2,30 Mt., 10 Pf. unter dem "ortsüblichen Tagelohn", angegeben. Hier spielt der Einsluß des niedrigen Lohnsaces (1,30 Mt.) der weiteren ländlichen Umgebung des Platzes wie an vielen anderen Orten deutlich herein. Das Lohnbarometer des Bahnarbeiters weist ziemlich regelmäßig auf das Minimum der Bezahlung der ländlichen Tagearbeiter in der Gegend hin und stellt sich nur, dank dem Einslusse der günstigeren gewerblichen Löhne des Ortes, etwas höher ein. So erklärt sich ebenfalls der im Osten gezahlte Grundlohn des Heizers in der Höhe von 1,80 Mt. — Höchstlohn 2,20 Mt. —, während der ortsübliche Tagelohn auf 1 Mt. steht.

Die oben mitgeteilten amtlichen Durchschnittszahlen für Hilfsheizerlöhne, bie sich 1899 auf 2,46 Mf. stellten, erscheinen etwas höher, als nach biesen wenigen Angaben aus der Wirklichkeit vermutet werden könnte. Indes erklärt sich das sehr leicht daraus, daß hier bisher nur Grundlöhne genannt waren. Zu ihnen treten nun ganz wie bei der Gehaltsgliederung Alterszulagen hinzu; der Spielraum, in dem sie sich bewegen, beträgt etwa bis zu 30 % des Grundlohnes. Die Zulagen betragen jedesmal 10 oder 20 Pf. Gewöhnlich wird eine Alterszulage nach dem ersten, britten, fünften, achten

und zehnten Dienstjahr erteilt. Mitunter wird sie, freilich seltener bei Hilfsheizern, die ja wenig Neigung haben, ihre Stellen aufzugeben, als bei den gewöhnlichen Bahnarbeitern, den Streckenarbeitern z. B., bereits nach dreis oder sechsmonatlicher Beschäftigungsdauer gezahlt. Doch sind diese Fragen der allgemeinen Arbeiterlohnverhältnisse einer späteren eingehenden Erörterung vorzubehalten und hier nur zu streisen, zumal für die ständigen Hilfsheizer trot ihres sormellen Tagearbeitercharakters Besonderheiten in der Löhnung gelten.

Die Kerntruppe ber Hilfsheizer fühlt sich als "etwas Besseres", für sie ift der Hilfsheizerpoften bloß Durchgangsftellung jum höheren Lokomotiver= beruf; sie erreichen auch kaum viele von den Dienstalterszulagen, sondern treten nach dem Beizeregamen in absehbarer Zeit in ben Genuß bes etats= mäßigen Seizergehalts ein. Nur die periodisch für den Seizdienst herangezogenen Aushilfsträfte, Die in ihrem eigentlichen Beruf bem Schuppenund Werkstattdienst angehören - Maschinenputer, Anbrenner, Drehscheiben= wärter. Reparaturhandwerker — find invische Lohnarbeiter. Schuppen beschäftigte Arbeiter erhalt bei feiner Beranziehung zum Fahrdienst für den betreffenden Monat eine Fahrzulage, sofern nicht sein Lohn. wie das vielfach, namentlich bei älteren Pupern, der Fall ift, den Lohnsat des Hilfsheizers übersteigt (laut amtlicher Durchschnittsberechnung bezogen 1899: Maschinenputer 2,68 Mf., Hilfsheizer 2,46 Mf.); daneben aber vor allem die Fahrgelber. Das ift überhaupt ber fpringende Bunkt bei ber Beurteilung ber Lohnverhältniffe ber Beiger wie ber Besolbungeverhältniffe des fahrenden Berfonals allgemein, das giebt ihnen den exceptionellen Charafter, daß neben dem festen Grundlohn ein beweglicher, der Arbeits= leiftung entsprechender Studlohn, eine Art "Leiftungsprämie", gewährt wird. Es wird zwar durch eine berartige Bezeichnung ftrift gegen ben ursprünglichen Sinn und Zweck ber Gewährung biefer Nebengelber verstoßen: fie waren als Entschädigung für ben Mehraufwand, ben ber Außendienst, bas längere Kernsein von Saufe, die kostspieligere Bervflegung auf der Kahrt mit fich bringt, gedacht 1; heute ift aber von dem ursprünglichen 3weck nichts mehr zu erkennen. Die Fahrgelber werden als direkter Bufchlag zum Lohn bezw. Gehalt von Behörde und Arbeitern betrachtet und bewertet, fie find anrechnungsfähig bei ber Bemeffung bes Benfionsbetrages; und nur in Rücksicht auf sie ist der minimale Grundlohn des Hilfsheizers erklärlich. Nach welchem Modus werden nun dem Lokomotivpersonal diese "Nebenemolumente", wie es lange Zeit im amtlichen Jargon fo prachtvoll hieß,

<sup>1</sup> Sie find für die Ginkommenfteuer nicht mit zu veranlagen.

zu teil? Sie setzen sich zusammen aus einer Leistungstantidme und einer "Berbrauchsprämie", wenn man die "Ersparnisprämie" beim rechten Namen nennen soll. Für je 10 auf der Maschine durchsahrene Kilometer, für jede im Rangier= oder im Bereitschaftsdienst geleistete Dienststunde wird eine Sondervergütung berechnet, ebenso für das Übernachten auf fremden Stationen, und schließlich ein Kohlen= und Ölgeld nach dem Maße der Kilometer= und Stundenleistungen gewährt. Es gelten hierfür folgende Sätze:

		Fahr für je 10	gelder km Sahi	r+				gelbe Stund	
	in Perf	onenzügen Zeerfahrten afchine 1.	in Güter=, u. Militä zu 40 km bigkeit, Stoß= un	gemischten rzügen bis Geschwin= serner bei d Vorlege= enft.		A Biehw	angie agen		
Lokomotiv= führer	6	Pf.	9 Pf.			10 Pf.			
Lokomotivheizer (Hilfsheizer)		Pf.	8	Pf.			8 ¥	ßf.	
	<u>'</u>	<u>-</u>			' 				
	ü	bernacht:	ungsgelb	er	Rohlen= u. Ölprämie3				
	14 Std., volle Zeit	von 1—3	bei Abwesenheit von 24—36 Stb., wenn der Dienst vor 2 Uhr			je 10 Fahrt		für 1 S	
	Uhr nach enthalten sonst bei 1	ift, ober	morgens begonnen und über 2 Uhr morgens d. nächsten Nacht gedauert hat			igen.	hrten.	ienst.	en ft.
	į įtünt	oiger <sup>2</sup> ungslokal)			Berfonen	Güterzi	Leerfa	angierb	efervedi
i	į įtünt	iger <sup>2</sup>			in Personenzügen.	in Güterzügen.	bei Leerfahrten	Rangierdienst.	Refervedienst
Lokomotiv≈ führer	ftünd (Übernacht	oiger <sup>2</sup> ungslofal)	Nacht ge	dauert hat	Cr in Personen	in Gilterzi	5 bei Leerfa	3.5 %	Refervebi
	ftünd (Übernacht mit Bett	oiger <sup>2</sup> ungslokal) ohne Bett	Nacht ge	ohne Bett					

<sup>1</sup> Für ben Schnellzugdienft gelten verschiebentlich Sondersätze.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Dauer biefer Abwesenheitsfristen wird nach ben fahrplanmäßigen Absfahrts- und Ankunftszeiten ber vom Personal zu führenden Züge berechnet, Borsbereitungs- und Schlußdienst wird hierbei nicht berücksichtigt.

<sup>3</sup> In den verschiedenen Direktionsbezirken teilweise verschieden geregelt. Zu bem Jahresbetrage dieser laufenden Prämie soll eine Jahreszusaprämie von 10 %

Ein buntes Ginmaleins ergiebt fich fomit für die Berechnung bes Nebengeldes eines Lokomotivbebiensteten. Jedermann erkennt fofort, daß fich hiernach die Summe ber Nebeneinnahmen in den verschiedenen Verkehrsbezirken fehr verschieden gestalten dürfte. daß ferner die einzelnen Dienst= gruppen, die "Bersonenzügler" , die "Güterzügler", die "Rangierer" sehr ftark von einander abweichende Nebenbezüge haben müffen. Es finden fich in der That gang gewaltige Extreme in der Bragis. Un einem mittleren Berkehrsplate brachte der 11 Stunden im monatlichen Tagesdurchschnitt betragende Rangier= und Reservedienst dem Heizer monatlich 13,18 Mf. Fahr= und Stundengelber + 7,10 Pramie = 20,28 Mf. ein; ein an bemfelben Ort im Güterzugdienst beschäftigter Beizer bezog hingegen 20,66 Mf. Fahr= und Stundengelder + 10,40 Mf. Prämie = 31,06 Mf. Nebeneinfünfte; und zwar find bas nicht fraß gegenfählich gewählte Beispiele, sondern bas monatliche Nebeneinkommen ber Rangierlokomotivheizer bewegte sich im allaemeinen an diesem Platze zwischen 20-23 Mf., bas entsprechende bes Rührers zwischen 28-32 Mf., mährend die Beizer besfelben Plates auf Güter= und Versonenzualokomotiven sich allgemein auf 31-35 Mk., die Kührer auf 40-45 Mf. standen. Die entsprechenden Dienstleistungen seten fich aus etwa 3000 km Fahrt im Versonenzug= und 80-100 Rangier= und Reservestunden, ober aus 2000 km Fahrt im Güterzugbienst und annähernd gleichstarker Rangierthätigkeit zusammen. — Dazu nun ein paar Bahlen aus anderen Berkehrsbezirken! Es verdienten z. B. auf einem Bahnhof mit fehr ftarkem Berkehr im Rangierdienst die Führer in den verschiedenen Fällen bei einer monatlichen Dienststundenzahl von 305, 306 und 327 Std. 38,13 Mf., 38,25 Mf., 40,88 Mf. monatlich, die Heizer entsprechend 27,14 Mf., 27,11 Mf., 28,78 Mf., d. h., ein Biertel fast mehr als bei gleicher Thätigkeit im vorhergenannten Bezirke. Das Lokomotiv= personal in einem Versonenzugturnus aber bezog auf Grund seiner allerdings fehr hohen, wenngleich im monatlichen Durchschnitt kaum 101/2 Std. betragenden Dienstleiftungen im Monat: ber Führer 50 Mf., ber Beizer 35 Mt., in einem andern Personenzugturnus hingegen, bei gleichlangem Dienst, nur: der Führer etwa 40 Mf., der Heizer etwa 30 Mf. Und endlich in einem dritten Bezirke: im Güterzugdienst mit wenig mehr als 10 ftundiger täglicher Dienstdauer im Monatsdurchschnitt: ber Führer bis 60 Mf. monatlich, der Heizer entsprechend einige 40 Mf., in der Personen=

treten, wenn der im voraus berechnete Kohlenverbrauchssatz des Jahres innegehalten oder höchstens um  $^{1/2}$ % überschritten ift. Jedoch kennen die meisten Beamten diese Zusapprämie gar nicht.

zugfahrt wiederum in außerordentlich langem Dienste mit reichlich 11 stündiger täglicher Dienstdauer im Monatsdurchschnitt: der Führer nur 45 Mk., der Heizer einige 30 Mk., dank vielfach eingestreuten Refervestunden. In dem außerordentlich umfangreichen Rangierdienst desselben Blatzes waren die Bezüge nur wenig niedriger.

Es erscheint kaum möglich, aus dieser Mannigfaltigkeit der Einzelgestaltungen etwas allgemein Gultiges zu abstrahieren. Die Unterschiede zwischen dem Niveau der verzeichneten Mindesteinnahmen und der Bochsteinnahmen betragen bei Heizern wie bei Führern bis zu 100%, und selbst innerhalb besselben Dienstzweiges kommen Abweichungen in der Bobe ber Nebenbezüge bis fast zu 50 % vor; vergl. Die Rangiergelber bes Beizers am erst genannten Blate mit benen in ben beiben lettermähnten Begirken; aber auch die entsprechenden Einnahmen im Güterzugdienst am ersten und letten Orte. Im allgemeinen treten die Gegenfätze bei den im Rangier= dienst beschäftigten Lokomotivbediensteten am schärfften hervor. Im Bersonenzugdienst finden wir, abgesehen von vereinzelten, hier nicht in die Betrachtung hereingezogenen Erprefzugbedienungen, eine verhältnismäßige Ausgeglichenheit der Nebengelder. Beachtenswert find vor allem aber die Berschiedenheiten ber Nebenbezüge am felben Orte, je nach ber Art ber Dienstleistung. Auf den Umfang des Dienstes kommt es gemeinhin wenig an; fondern der Umstand, ob die Beschäftigung in freier Fahrt ober im Bahnhofsbienst stattfindet, ist ausschlaggebend 1. Gine etwas reichlichere Bemessung ber Bahnhofsreservestunden und Ruhefristen genügt, einen sonst einträglichen Dienst in seinen Bezügen einzuengen. Der Bugbienft ift, abgesehen von diesen Fällen, regelmäßig einträglicher als der Rangierdienst. Die genannten Beispiele zeigen uns bort eine Mehreinnahme von 20, 30, ja bis zu 50 % gegenüber bem Berdienst in dem letteren Dienstzweige.

Diese Verschiedenheit der Bezüge erklärt sich an der Hand der oben mitgeteilten Grundsätze für die Bergütung der Fahrleistungen von selbst; zumal die ungleiche Bemessung der Rangier= und Stundengelber, je nach dem Verkehrscharakter des Bahnhofs, wirkt entscheidend ein. In dieser Berschiedenheit des Verkehrscharakters der einzelnen Bezirke ist überhaupt der Schlüssel zu einer einigermaßen befriedigenden Deutung der Ungleichheit der Nebengelber, die auf den ersten Blick doch sehr schwere Bedenken erregen muß, gegeben.

¹ Sine Sonderstellung nimmt der Berliner Stadtbahndienst, der ja eigentlich auch als Personenzugdienst zu bezeichnen ist, ein. Die hier beschäftigten Führer sollen in ihren Nebengeldeinnahmen um 300 Mt. jährlich hinter denen der Fernzugsführer zurückstehen.

Im allgemeinen stehen Verkehrsdichtigkeit und Kulturhöhe und bamit auch der Lebensaufwand in Parallele miteinander. Wo dank dem starken Berkehre den Beamten hohe Nebeneinnahmen aus den Betriebsleiftungen erwachsen, haben sie auch meist größere Bedürfnisse, eine entschieden teurere Lebenshaltung zu bestreiten als an ben Pläten mit mittlerem Berfehr und mittleren Nebeneinnahmen. Die erhöhte Verkehrsdichtigkeit tritt besonders in den ftark gewerblich entwickelten Bezirken auf, in denen auch die höchsten Arbeiterlöhne gezahlt werden. Nun steht ja natürlich auch ber Grundlohn bes Bahnarbeiters, bes Hilfsheizers an folden Pläten auf einem entsprechend höheren Niveau als sonstwo. Aber da er doch überwiegend auf der niedrigen Stufe bes ortsüblichen Minimallohnes fich hält, fo reicht er an ben burchschnittlichen Lohn bes gewerblichen Arbeiters selten heran, und es ist eine Ausgleichung bes Unterschiedes durch die reichlicheren Nebeneinnahmen durchaus erforderlich. Betrachten wir z. B. die niedrigen Beizereinnahmen im ersten Beispiele, Die im Rangierdienst etwa nur 75 Pf. täglich betragen. Es steht ihnen ein ebenso niedriger Grundlohn von 1,80 Mf. gegenüber; b. h. insgefamt verdient der Beizer hier 2,55 Mf. täglich, auch Sonntags natürlich, da er ununterbrochen Dienst hat. In den anderen Bezirken, wo bem Heizer etwa 28 Mf. monatlich ober 95 Pf. täglich zuflossen, hielt sich ber Grundlohn auf 2,50 Mf., fo daß ber Heizer einen durchschnittlichen Tagelohn von 3,45 Mt. bezog, und im letten Falle endlich, wo der Heizer mindestens 1 Mf. täglich an Fahrgeld verdiente, stand der Grundlohn auf 2,30 Mf., die Gesamttageseinnahme also auf 3,30 Mf. Diese verschiedenen Minimallöhne der Heizer entsprechen im allgemeinen den an den betreffenden Orten gezahlten Löhnen jungerer Schloffer 1. Sie steigen mit jenen in angenähert gleicher Brogreffion; es werden dem Hilfsheizer einmal nach einem und drei Sahren die oben bereits gestreiften geringfügigen Dienstalters= zulagen gewährt, die zusammen zwischen 20-30 Pf. je nach der Höhe des Grundlohnes schwanken. Zum anderen wird ber Beizer aus dem Rangier= bienst in den einträalicheren Güterzuge, seltener in den Versonenzugdienst übernommen, in dem er in den obigen Beispielsfällen täglich etwa 20-25 Bf. mehr verdient als zuvor. So wird denn der Hilfsheizer nach Ablauf von 3 bis 5 Sahren, d. h. um die Zeit, wo er nach inzwischen erfolgter Ablegung bes Heizerexamens auf etatsmäßige Anstellung hoffen barf, eine Tages-

¹ Hinsichtlich der Arbeitsanforderungen ist zwischen beiden ein Bergleich nicht gut möglich. Daneben darf man nicht vergessen, daß die dienstlichen Auswendungen des Heizers viel höhere sind. Was z. B. ein Heizer an Kleidung im Dienste, beim Maschinenölen und erevidieren, beim Feuerungsgeschäft verbraucht, fällt ganz ersheblich ins Gewicht.

einnahme von 3—4 Mf. je nach ben örtlichen Berhältnissen, also ein Jahreseinkommen von 1050—1400 Mk. beziehen.

Die Ansicht, daß eine entscheidende Berbesserung der Lage der hilfsheizer in den letzten Jahren erfolgt sei, begegnet in den Kreisen der nächst Beteiligten, der Heizer selber, Widerspruch. Die oben bereits teilweise citierten amtlichen Zahlen für die Durchschnittslöhne der Lokomotivhilfsheizer, die für das Jahr

1896/97 1897/98 1898/99 1899 2,52 Mf. 2,42 Mf. 2,44 Mf. 2,46 Mf.

betragen, sprechen ja auch trot der geringen Beweiskraft von Durchschnittslohnzahlen gegen jene Ansicht. Die zur Erklärung des einigermaßen auffälligen Zahlenrückgangs von der Verwaltung für gut gehaltene Anmerkung: "Der Rückgang im Lohnsat erklärt sich dadurch, daß im Jahre 1897/98 eine besonders große Zahl Hilfsheizer, die bereits in den höheren und höchsten Lohnsätzen standen, in das Beamtenverhältnis übernommen ist", — dürste wohl wenig geeignet sein, die sich an jene Zahlenbewegung anklammernden Bebenken erheblich abzuschwächen, da sie doch nur besagt, daß 1896/97 einer großen Masse mit Mittellöhnen eine starke Schicht alter, hochgelohnter Arbeiter gegenüberstand und daß nach deren Ausscheiden die von ihnen bisher versehenen Stellen mit minimal gelohnten Hilfskräften besetzt wurden, ohne daß die Mittellohnschicht in die höheren Lohnstusen aufrückte. Das bedeutet eben, daß die durchschnittliche Entlohnung der Hilfsheizerdienste herabgesetzt worden ist, — dasselbe, was die Zahlen besagen.

Indessen bezieht sich die Klage des Lokomotivpersonals, und zwar der Führer und ber Heizer, nicht auf den festen Grundlohn, sondern auf die Nebenbezüge. Einmal klingt das sehnsüchtige Lied immer wieder von der auten alten Meilenzeit, "wo die Meile nur 7,5 km und noch nicht wie heut 10 km hatte". Es ist nämlich die eigenartige Thatsache zu verzeichnen, daß im Gegensatz zu der Aufrechterhaltung des alten Modus für die Berechnung der Dienstreisengebühren höherer Beamten, dem Fahrversonal seit dem Übergang vom alten Maginstem auf das neue metrische Snstem, fortan 10 km Kahrleistung nur ebenso hoch verautet werden, wie früher die Meilenleistung, mas einer Reduktion der Fahrgebühren um 25 % gleichkommt. Gewiß ware bas zu einem Teil durch die gesteigerten Berkehrsleiftungen auf Koften ber Arbeitskraft bes Bersonals wieder ausgeglichen worden, wenn nicht auch die Verfürzung der Dienstdauer des Personals, der Beafall der Nachtgelder in großem Style und die indirekte Berabsetung der Fahrgelbfate im Güterzugdienst eine weitere Ginschräntung ber Nebenbezüge bewirkt hätte.

Schriften XCIX. - Stragentransportgem.

Aber es bleibt noch ein anderer Punkt in der Vergütungsfrage, der das Lokomotivpersonal wenigstens in einer Anzahl von Berkehrsbezirken zu einem schmerzlichen Rückblicke veranlaßt. Um 1. April 1896 ist bas alte "Erfparnisprämien-Syftem" aufgehoben worden, um dem neuen, oben geschilberten "Berbrauchsprämien-Suftem" Blat zu machen. Niemand weint bem alten System an sich eine Thräne nach; vielmehr atmete das Lokomotiv= personal erleichtert auf, als es von biesem "Gaunerspstem", bas bas gegenseitige Vertrauen, die Kollegialität, das Standesbewußtsein, ja die Ehrlichkeit des Lokomotivpersonals bedenklich zu unterminieren geeignet war, be= freit wurde. Es gehen wilde Geschichten darüber um, was damals angestellt worden ift, um nur möglichst viel Kohle und Öl zu sparen und die hohe Ersparnisprämie, die für je 100 kg gegenüber der Verbrauchsnorm ersparte Rohle dem Führer 20 Pfg., dem Heizer 10 Pfg. und für ein Kilogramm ersparten Öles beiden je 10 Pfg. einbrachte, zu "erschinden". Menschen und Maschinen litten in den Bezirken, wo sich die Forcierung dieser Sparmethode dank einem gunftigen Verhältnis von Fahrleistung und Kohlenheizkraft lohnte, unter bem Spftem; biefe mechanisch - jene physisch und moralisch; aber bas Syftem brachte ben Beamten Gelb ein. Begrußte man bas Berschwinden bes Systems brum auf ber einen Seite, so empfand man auf der andern den dadurch verursachten Einnahmeausfall recht bitter. Durch die Einführung der oben mitgeteilten Prämienberechnung sollte wohl ein Äquivalent für die versiegte Einnahmequelle geschaffen werden, allein sie erwies fich in ben Bezirfen, wo bas alte System in voller Blüte gestanden hatte, nur als unzureichender Ersatz. Um fast 250 Mk. jährlich verringerte fich im Sahre 1897 an vielen Bläten die Nebeneinnahme des Führers und bie bes Heizers entsprechend um etwa 100 Mf. Das fällt bei einer Summe von 275 bis 400 Mf., die wir für die Nebenbezüge des Heizers anzuseten haben, erheblich ins Gewicht. Gewiß fteht fest, daß unter den heutigen immerfort sich steigernden Berkehrsverhältnissen mit der alten Ersparnis= prämie kaum noch etwas zu verdienen mare; aber ein Troft für die Ginnahmekurzung ist dem Lokomotiv-Personal damit nicht gegeben.

Diese Thatsachen sind es, die denn auch immer wieder in den Erörterungen über die Gehaltsfrage auftauchen und natürlich auch für die Beurteilung der Lohnfrage in der Hilfsheizer-Rategorie von einiger Wichtigkeit sind. Nicht daß gerade der Hilfsheizer von heute noch unter dem Drucke jener Beränderungen des Prämienspstems oder gar des Maßspstems litte — er weiß bei seinen drei, fünf Dienstjahren im Lokomotivbetrieb kaum etwas davon; aber für den, der die Entwickelung der Lohnfrage und der Arbeitsleistung der ganzen Gruppe überschlägt, liegt hier doch ein Charakteristikum vor, das nicht zu

unterschätzen ift. Leiber sind aus früheren Zeiten keine Angaben über die Lohnverhältnisse der Hilfsheizer bekannt, um mit einiger Präcision die Ent-wickelung der Lohnkurven sixieren zu können. Immerhin scheint nach allem der Ansicht, daß die Lohnausbesserung der Heizer keine durchgehende gewesen ist, einige Berechtigung innezuwohnen.

Indes der Hilfsheizer mird sich kaum beklagen: der vorübergehend beschäftigte Aushilfs-Heizer steht sich doch besser als dei seinem gewöhnlichen Dienst im Schuppen oder jedenfalls auch nicht schlechter als in der Werkstatt, und er freut sich vor allem, daß er einmal zum "Fahren" gekommen ist. Der eigentlich ständige Hilfsheizer aber vermeidet einmal natürlich jede kritische Bemerkung, um keinen Zweisel an seiner Gesinnungstüchtigkeit aufstemmen zu lassen und sich in seiner Karriere nicht zu schaden; vor allem aber rechnet er eben auf die Besörderung zum etatsmäßigen Heizer; für ihn ist der Hilfsheizerdienst nur Durchgangsstellung.

Tritt der Hilfsheizer nach der Beförderung nun in den Genuß des etatsmäßigen Heizer-Anfangsgehalts von 1000 Mf., zu dem die gleichen 275-400 Mf. Nebengelder 1 wie früher hinzukommen, so bedeutet bieser Übergang aus bem Lohnverhältnis mit 1050-1400 Mf. Einkommen in bas bes festen Gehaltsbezuges anscheinend nur für ben einen, bisher geringer bedachten Teil des Heizerpersonals einen wirklichen Fortschritt, mährend ber andere bisher reicher besoldete Teil auf seinem Einkommensniveau zu verharren scheint. Ja, die dem neuernannten Beamten obliegende Berpflichtung zur vollständigen Neuuniformierung, die über 100 Mf. Roften verursacht, und ber weiter für ben Unter = Beamten bestehende Beitrags= zwang zur Verwaltungs-Kleiderkasse in der Höhe von jährlich 60 Mf. könnten im Einkommens-Bezuge des neuen Beamten trot Wegfalls der Krankenund Benfionskaffenbeiträge fogar eine Ginschränkung bewirken. Indeffen ift zu betonen, daß mit der festen Anstellung dem Beamten auch ein Anspruch auf Wohnungsgeld-Zuschuß in Sohe von 60-180 Mt. je nach der Gegend (in 11 beutschen Großstädten: 240 Mf.) zusteht, und daß auch die Stellenund Teurungszulagen, die vorher in den höheren Tagelohn-Säten enthalten maren, nun in der Form eines Lauschalzuschlages bis zum Söchstbetrage von 200 Mf. solange weiter gemährt werben, bis das Gehalt 1200 Mf. übersteigt. Dann tritt freilich in ben meisten Fällen eine Aufrechnung bes bisherigen Zulagebetrages gegen die Gehaltszulage ein. Diesen beiden

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Als penfionsfähiges Nebeneinkommen aus dem Lokomotivdienste wird für den Heizer ein Betrag von 250 Mk., für den Führer ein folcher von 350 Mk. angesett.

Punkten "Wohnungsgeld=Zuschuß" und "Stellenzulage" ist noch an besonderer Stelle eine eingehendere Behandlung zu widmen.

Mit 25 bis 27 Jahren durchschnittlich etatsmäßig angestellt, rückt der Heizer mit 28 bis 30 Jahren etwa in die höhere Gehaltsstuse von 1100 Mf. auf. Er wird inzwischen sein Lokomotivsührer-Examen absolviert haben und nun auch zunächst vertretungsweise, später dauernd im selbständigen Jührerdienst verwendet werden; infolgedessen bezieht er auch die höheren Fahr=, Stunden= und Prämiengelder, die dem Führer zustehn. Da er als Heizer aber meistens im Zugdienst beschäftigt gewesen ist, während er zur selbständigen Führung der Lokomotive vorerst nur im weniger einträglichen Bahnhoss=Dienst herangezogen wird, so bedeutet die neue Beschäftigung noch keineswegs immer eine Vermehrung seiner absoluten Einnahmen aus Neben= geldern. Nur allmählich werden sich diese erhöhen.

Im Alter von 35 Jahren etwa, nachdem er bereits längst in die Gehaltsstufe 1180 Mf. eingetreten ift und gewöhnlich schon im Güterzug-Dienste selbständig Führer-Funktionen ausübend, Nebengelder im Betrage von 500 Mf. bezogen, wird er dann, furz bevor ihm die nächste Beizergehalts-Bulage zufallen murbe1, zum etatsmäßigen Führer mit 1200 Mf. Anfangsgehalt ernannt2. Sein Gehalt hat fich fast kaum erhöht. Erhöhung wird durch die erforderliche neue Equipierung mehrfach aufgewogen. Die Nebengelder bleiben biefelben; nur an Stelle bes bisherigen Wohnungs= geld-Zuschusses tritt ber zwei- bis breifache im Betrage von 180 bis 432 Mf. (in 11 deutschen Grofftabten 540 Mt.). Das ift ber entscheibende Punkt. um ben sich alles bei ber Sorge um die etatsmäßige Führer-Anstellung breht. Bon hier geht die einschneidenoffe Wirfung auf das häusliche Leben bes Beamten aus. Die nun weiter alle brei Sahr erfolgenden Gehalts= zulagen von je 200 Mf. haben kaum die ganze volle Bedeutung wie jene Buschuß-Bermehrung. Das Söchstgehalt mit 2200 Mf., bas nach 15jähriger Dienstzeit in etatsmäßiger Führerstellung fällig ist, wird ja auch von der Mehrzahl ber Führer nicht erreicht. Ihrer Arbeit ist vielfach mit 40 Jahren schon eine Grenze gesett. Die Bahn erforbert ihr Opfer. Nach amtlichen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Rückt ein heizer, der über neun Jahr im heizerrang verbleiben mußte und daher schon die vierte Gehaltsstufe — 1260 Mf. — bezog, zum Lokomotivführer auf, so genießt er daß frühere, daß Anfangsgehalt deß Führers übersteigende Geshalt zunächst weiter.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das ift der gewöhnliche Gang der Dinge. Beamte, die ewig Heizer bleiben, weil sie nicht das Führeregamen haben bestehen können oder sich aus anderen Gründen nicht zum Führerberuf eignen, sind selten. Daß indes manche Heizer länger, als in diesem Normalbeispiel angenommen, in ihrem Rang verbleiben, ist früher schon hervorgehoben worden.

Mitteilungen mährend ber Berhandlung bes Abgeordnetenhauses bezogen im Jahre 1900 von 10 393 etatsmäßigen Führern 2989 = 29 % bas Maximalgehalt. Diefer Brozentsat für die Besetzung ber Bochststufe besteht heute, nachdem im Sahre 1899 die Aufsteigefrist zum Höchstgehalt um eine volle Dienstalters-Stufe von 3 Jahren abgefürzt worden ift. Gang abgefeben von der psychologischen Thatsache, daß sich die alteren Beamten, zumal wenn eine Gehaltsaufbefferung in ber Luft schwebt, noch fo lange im Dienste zu halten suchen, bis fie bes höheren Gehaltssates teilhaftig geworben find, um bann erst die längst schon notwendige Penfionierung eintreten zu laffen, fodaß alfo diefe Behalteklaffen für eine turze Spanne Zeit eine unverhältnis= mäßig hohe Besetzung aufweisen muffen, wird man gemeinhin annehmen burfen, daß vorher, als zur Erreichung ber Höchstftufe eine 20 % längere Dienstzeit erforderlich mar, ein weit geringerer Prozentsatz auf die Sochstflaffe entfiel. Wievielen unter ber Lokomotivbeamtenschaft die Gehaltsaufbesserung, die von jeher nur beim Höchstgehalt einsetze und von da außgehend nur die nächst vorhergehenden Klassen berücksichtigte, zu aute ge= fommen ist, ist darnach schwer zu beurteilen. Db sich die Gehaltsauf= befferung auch nur für die Hälfte bes Versonals nach dem Rechnungs= Schema bes Ctats in ber Progreffion:

	1890/91 1200—1800		1891/92 1200—2000		1897/98 1200—2200	1899/1900 1200—2200
Durchschnitts= gehalt:	1500		1600		1700	1700
					in 18 Jahren.	in 15 Jahren.
	100	:	106.8	:	113,4	: ?

vollzogen hat, könnte zweifelhaft erscheinen. In Wirklickeit bewegen sich bie auf den Kopf der Lokomotivführer in den einzelnen Jahren entfallenden durchschnittlichen Gehaltsbeträge (Quotient aus der Gesammtsumme der Gehälter durch die Kopfzahl der etatsmäßigen Führer — unter Einrechnung von etwa 50 bis 100 Maschinenführern auf Schiffen und elektrischen Besleuchtungssunlagen) in folgender Zahlenreihe:

1889/90	1890/91	1891/92	1892/93	1893/94	1894/95	1895/96	1896/97	
1472	1543	1525	1505	1519	1610	1622	1638	
		1897/98 1780	1898/99 1 <b>7</b> 35	1899 1762	Stat 1900. 1754			

Diese Zahlenreihe leibet an starken Schwankungen, die zu einem großen Teile auf die in den einzelnen Jahrgängen im Umfang sehr verschiedene Bermehrung etatsmäßiger Stellen und den damit verbundenen Gintritt junger Beamten der ersten Gehaltsstufe zurückzuführen sind. Um diesen störenden Faktor nach Möglichkeit in der Betrachtung auszuscheiden, soll in

nachfolgender Reihe bei den einzelnen Jahrgängen die Unterschicht der in dem betreffenden Jahre und der im Vorjahre eingetretenen Beamten, die noch das Anfangsgehalt beziehen und im allgemeinen sich in der kurzen Zeit nur um wenig Röpfe vermindert haben dürften, außer Rechnung gestellt werden. Dann ergiebt sich für die Beamten vom dritten Jahrgang ab ein Durchschnittsgehalt:

1889/90 1492	1890/91 1540	1891/92 $1585$	1892/93 1565	1893/ 155	94 1 5	894/95 1615	1895/96 1630	1896/97 1650	ĺ
		1897/ 181	/98 1898 5 183	/99 5	1899. 1875.				

Wenn man also von der anhaltenden Verjüngung des Lokomotivführer= standes infolge ber zahlreichen Besetzung neuer Etatsstellen mit jungen Rräften absieht, ift die Aufwärtsbewegung des Durchschnittsgehalts eine ziemlich stetige gewesen. Indessen barf man sich burch biese Bahlen nicht zu dem generellen Schluß verleiten lassen, als hätte die Erhöhung der letten Gehaltsstufen auf das Gros des Lokomotivpersonals durchweg berart günstig gewirkt, daß jeder Beamte im Verlauf seiner Karriere sich heute jährlich etwa um 200 Mf. beffer ftande als im vergangenen Jahrzehnt. Wer die Erscheinungen dieser Beamtenwelt aus der Praxis kennt, wer die Haupt= ergebnisse ber Sterbe= und Benfionierungsstatistik ber Lokomotivführer kennt. weiß, daß die Laufbahn der meisten furz bemessen ift, daß nur eine beschränkte Zahl vom Glück befonders begünftigter und mit einer eifernen Natur bebachter Lokomotivführer ihren Stand auf ber Maschine ein halbes Menschenalter hindurch behauptet. Da nun aber die Gehaltsaufbeffcrung feit 1897 gerade nur die drei letten Gehaltsstufen erfakt hat, deren unterste - um 50 Mf. bzw. 100 Mf. erhöht - erft nach minbestens neun= und zwölfjährigem Dienst von dem Beamten erreicht werden, so werden nur jene besonders begünftigten Naturen, die die harte Auslese des Betriebs überftanden haben, diefer neueren Befoldungsvermehrung teilhaftig; für bas Gros ber Beamtenschaft hat nur bie geringfügige und fehr langsam burchgreifende Aufbefferung zu Anfang ber neunziger Sahre Bedeutung gehabt. Die älteren Führer find bei dem Aufbesserungsmodus fehr gunftig gefahren. auf ihr Konto ist die aus den Zahlen ersichtliche Erhöhung des Durchschnitts= gehalts in ber hauptfache zu feten; aber ber Stamm ber jungeren Beamten zwischen 35 und einigen 40 Jahren, benen grad in dieser Zeit, wo ihre Rinder fämtlich noch schulpflichtig find, ein ausreichendes Ginkommen mehr notthut als den älteren Führern, ift zu furz dabei weggekommen. Sierauf bezieht sich benn auch die oft wiederholte Rlage dieser Kreise.

Die mitgeteilten Durchschnittsziffern lassen eine gründlichere Erfassung des Gehaltsproblems im Zusammenhange mit der Altersgruppierung leider nicht zu. Hoffentlich erstreckt sich die im Gange befindliche, seitens der Berwaltungsbehörde angestellte Untersuchung über die Löhne der Arbeiter auch auf die Einkommensverhältnisse der Hilfsbeamten und Beamten und giebt uns näheren Ausschluß über diese Fragen. —

Eins ist indes schon aus jenen Zahlen klar zu erkennen, und darin liegt ihr entscheidender Wert, daß sie darthun, bis zu welcher Gehaltsstuse der Durchschnitt der Beamten überhaupt nur gelangt. Die Zahlen der ersten mitgeteilten Reihe schwanken sämtlich zwischen 1600—1800, d. h. um das Gehaltsmittel, das dei gleichmäßiger Besetung der Dienstalters=Stusen sich ergiebt. Eine Ansammlung von dienstälteren Beamten in den höheren Gehaltsstusen, wie sie sich dei natürlichem Berlauf der Dinge erzgeben müßte, ist im Lokomotivberuse also ausgeschlossen Die Zahlen der zweiten Reihe von Durchschnittszissen, die den Zustrom junger Elemente aus der Berechnung ausschaltet und für die älteren Beamten einen Betrag von wenig über 1800 Mk, der auf der vierten Gehaltsstuse nach neunz jähriger Dienstzeit erreicht wird, angiebt, bringen das noch viel schärfer zum Ausdruck.

Die bereits angeführte Behauptung, die in den Betitionen der Lokomotivführer regelmäßig wiederkehrt, daß nämlich eine fehr große Ungahl von Führern im 39. und 40. Lebensjahre, 5 Jahre nach ber etatsmäßigen Unstellung dienftunfähig werbe, daß bas Penfionierungs=Alter für den Durch= schnitt bes Personals vor bem Empfang ber höchsten Gehaltsrate eintrete, fodaß einzig und allein eine Erhöhung bes Unfangsgehaltes, hingegen die durchgeführte Erhöhung bes Endgehaltes faum für die Maffe ber Lokomotiver von Borteil fei, ift barnach keineswegs übertrieben. diese Betrachtungen weisen darauf hin, daß der Kern der Gehaltsfrage im Lokomotiverberuf in der Bemessung des Anfangsgehalts steckt. Daß dieses an fich für einen 35jährigen Mann mit tüchtiger Ausbildung im Maschinenbau, mit fast 10jähriger Schulung in einem fomplizierten Betriebe, für einen Beamten, der zwei Fachprufungen bestehen muß, um zu seinem Biele zu gelangen, nicht zu hoch bemessen ist, darüber ist kein Zweifel. Wohnungsgeld-Zuschuß ist nur ein Zuschuß zur Deckung der Miete, und zwar gerade in den Fällen, wo er am nötigsten ift, nicht immer am höchsten bemeffen.

Man ersieht baraus, welche Wichtigkeit bem Bezuge der Nebengelber beizumessen ist. Ihrem Wesen nach nur als Vergütung für die im Fahrdienst bei der langgedehnten Dienstabwesenheit sich ergebenden erhöhten Ver-

pflegungskosten der Beamten gedacht 1, sind sie in Wahrheit als ein Teil des Einkommens zu betrachten, und die wichtige Frage der Lebenshaltung der Beamten: Behaglichkeit ober Einschränkung? — hängt schließlich zu einem guten Teile von der schwankenden Höhe dieser Nebenbezüge ab. Namentlich im Falle einer Erfrankung des Beamten, die an fich Mehraufwendungen im Haushalt verlangt, zeigt fich bei dem Ausfalle der Nebenbezüge gerade die Bedeutung, die fie fur bas Budget eines Jahrbeamten haben. Reduktion berfelben aber, wie ich fie allgemein oben im Falle ber Systemsänderung festgestellt habe, wie sie nach den Rlagen der Beamten aber auch auf Einzelbahnhöfen, infolge einer Underung der Diensteinteilung, einer an sich ja durchaus munschenswerten Dienstverfürzung, immer wieder vorkommt, wird gang empfindlich vom Bersonal verspürt. In dieser Unstetigkeit eines Drittels des Gehalts liegt der mundefte Punkt des Befoldungsspftems für bas Lokomotiv=Bersonal, für die Führer wie die Beizer und Hilfsbeamten. Infolge ber Ungleichheit ber Bezüge herrscht ein eifersüchtiges Bestreben. namentlich unter den jungen Beamten, nicht nur Extradienste und Überftunden zu leisten, sondern vor allem bei den einträglichsten Fahrtenreihen anzukommen zu suchen. Da das nur auf dem Wege über den Vorgesetzten möglich ift, so ergeben sich je nach bessen Ermessen günstige oder ungünstige Berhältnisse. Der einsichtige Borgesetzte berücksichtigt den Bater einer vielföpfigen Familie bei der Besetzung der einträglichsten Touren und Dienst= gattungen, ber weniger einfichtige bevorzugt bis zu einem gewiffen Grabe die gefügigeren Elemente unter feinem Personal bei der Berteilung der "fetten" und ber "mageren" Fahrten. Wie bei ber Dienftbauer-Bemeffung, fo auch bei der Nebengelder-Regulierung, überall fpielt das "pflichtmäßige Ermessen" bes Vorgesetzten eine nicht unwesentliche Rolle. Auf eine fo unsichere Grundlage aber wie die jeweilige Gestaltung des Dienstes und bas Ermeffen eines Einzelnen, follte ein fo bedeutender Teil der Einnahmen nicht basiert werben, weil es in vielen Fällen zu bedenklichen Särten und berechtigter Verstimmung des Versonals führen kann und, wie die mir bekannt gewordenen Klagen beweisen, auch führt. Die auf eine Fixierung der Nebenbezüge, zum mindeften auf eine Umwandlung der "Ersparnisprämie" in ein Figum abzielenden Betitionen find wohl weitere Symptome für die Unzulänglichkeit biefer Befoldungsmethobe.

Daß fich bie Bermaltungsbehörbe beffen auch, aber mohl nur bis ju

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Von seiten der sächsischen Sisenbahn-Verwaltung ist noch vor kurzem einmal hervorgehoben worden, daß daß Fahrgeld nur als eine Entschädigung für die Mehr= ausgaben im Außendienste sein solle, da ja die Familie zu Haus auch ihren Unter= halt bestreiten müsse und somit doppelte Auswendungen notwendig werden.

einem gewissen Grade, bewußt ist, lassen die von amtlicher Seite in den Landtagsverhandlungen erfolgten Aussührungen erkennen. Da heißt es (1900. Stenogr. Bericht Bb. III S. 5250): "Die Anderungen, die in dem Berfahren der Berechnung der Prämien eingetreten sind, haben niemals den Zweck und auch nicht den Erfolg der Ersparnis gehabt, sondern sie haben dazu gedient, eine Ausgleichung vorzunehmen zwischen den einzelnen Dienstleistungen der Lokomotivsührer. Wir haben Lokomotivsührer im Rangierdienst, im Güterzugdienst, im langsamen Personen= und im Schnell=zugdienst. Sie beziehen so außerordentlich verschiedene Beträge, daß Klagen darüber vorkommen. Nun ist eine Anordnung getrossen, namentlich in Bezug auf die Schmier- und Kohlenprämien, sodaß eine größere Ausgleichung eingetreten ist."

Bis zu welchem Grade diese angestrebte Ausgleichung erreicht ift, barüber sprechen sich die oben mitgeteilten Zahlen für Nebengeldbezüge aus, leider in nicht sehr günstigem Sinne. Die Berschiedenheit der Nebenbeträge, die "so außerordentlich ist, daß Klagen darüber vorkommen", besteht in ausgedehntem Maße fort.

Und auch die andere Behauptung, daß die Anderung in der Berechnung ber Prämien niemals den Erfolg der Erfparnis gehabt hat, muß boch gegenüber ben Rahlen ber Wirklichkeit eine Ginschränkung zum minbesten bahin erfahren, daß nur in ber absoluten Sohe ber Ausgaben für Prämien feine Ersparniffe eingetreten find! Daß aber die Materialersparnis-Bramien pro Kopf zurudgegangen find, und bas ift für die Beamten ber ausschlaggebende Gesichtspunkt, kann, wofern bie zugänglichen Bahlen nur ein ungefähres Urteil erlauben, kaum einem Zweifel unterliegen 1. Es murben im Sahre 1892: 3 435 011 Mf. Prämien für Materialien-Ersparnisse. Entbedung von Rad-, Achs- und Schienenbrüchen u. bal.: 1896: 4 252 900. 1897: 4 362 457, 1898: 4 821 138, 1899: 5 061 727 faktisch ausgezahlt: 1900: 5 274 000 Mt. im Etat veranschlagt. Die entsprechenden Kopfzahlen bes Lokomotivpersonals bieser Jahre sind: 15 632; 18 844; 21 250; 24 448: 25 057; 26 284. Unter ben Prämiengelbern fallen die für Entbedung von Schäben an Betriebsmitteln absolut nicht ins Gewicht. Dagegen participieren an ben Ölersparnis- Brämien bie Wagenwärter, bie ein geringes Ölgeld für bas Achslagerschmieren beziehen. Nun handelt es sich hier einmal an sich um feineswegs fehr hohe Gefamtbeträge, jum andern ift aber ber Wagenpark und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ja, auch die seinerzeit von amtlicher Seite in den Landtagsverhandlungen mitgeteilten Zahlen für 1896/97 und 1898/99 für die Rebeneinahmen der Lokomotivsführer lassen indirekt auf einen Rückgang der "Ersparnisprämien" schließen (Stenogr. Bericht Berholg. 1900 Bb. III S. 5250, 5257 [siehe S. 107 Anmkg.]).

ber entsprechende Ölverbrauch so ungeheuer gewachsen, daß die auf bas Wagenschmieren entfallenden Brämien sich vermehrt haben muffen. Die angeführten Summen für Material-Ersparnisprämien kommen also mit fortschreitenden Jahren bem Lokomotivpersonal immer weniger voll zu aute: fie sind für die lette Zeit jedenfalls zu hoch gegriffen. Was aber finden wir trokdem, wenn wir die auf den Kopf des Lokomotivpersonals entfallende Brämienquote berechnen? — 1892: 219,5 Mf., 1896: 248 Mf., 1897 (nach Aufhebung bes alten Ersparnisprämien-Systems): 205 Mf., 1898: 197 Mf., 1899: 202 Mf., und nach dem Etat 1900 find pro Ropf: 200 Mf. veranschlagt 1! Pro Kopf scheint also an den Ersparnisprämien boch etwas erspart worden zu sein, wenn auch die Berwaltungsbehörde angesichts des Wachsens ber absoluten Zahlen es kaum empfindet; ber interessierte einzelne Arbeiter empfindet es um so deutlicher. Dazu kommt. bak über ben fonstigen Rebenbezügen aus Kilometer-, Stunden-, Nachtgelbern ein ahnliches Schickfal zu malten fcheint. Betreffs ber Nachtgelber hat es die Behörde ja vor einigen Sahren auch felbst indirekt zugestanden, indem sie am 1. Juli 1896 nach ber Reorganisation bes Übernachtungswesens, bas biefe Einnahmequelle ftark unterband, die Borfdriften über die Berechnung von Nacht= gelbern wieder abandern und gunftigere Bedingungen ju Grunde legen mußte.

Die Übernachtungszulagen in der Höhe von 1 bis 11/2 Mk. für Lokomotivführer und Zugführer und 1 bzw. 2/3 Mf. für Beizer, Schaffner, Bremfer fpielten zu Unfang ber neunziger Jahre, als die langen Touren zum Teil noch im Schwange waren, eine gewichtige Rolle im Ginnahmebudget bes Kahrpersonals. Als dann die übermäßig ausgedehnte Dienst=Abwesenheit zu Nachtzeiten auf ein Minimum eingeschränkt murde, wie es neben dienstlichen Momenten auch das gefundheitliche und das Familien-Interesse des Personals erforderte, da fielen natürlich die schönen Gelder, die man zum Teil "im Schlafe" verdient hatte, fort, und um den nun auftauchenden Rlagen über Ginnahme-Ausfälle einigermaßen zu begegnen, murbe das neue Nachtgelber-Suftem, bas ichon bei fürzerer Abmefenheit die alten Sätze bewilligte, eingeführt. Wie wenig aber biese Reuorganisation im Berein mit anderen Abanderungsmagnahmen auf dem Gebiete ber Fahr- und Stundengeldbezüge, dazu die Teilung der Berkehrsbezirke, die Abkurzung der Fahrten, Die Ginschränfung ber Dienftbauer u. a., zu Gunften ber Rebeneinnahmen bes fahrenden Personals gewirkt haben, dürften die nachstehenden Zahlen bekunden. Es wurden insgesamt ausgezahlt:

Das find nach bem Gefagten natürlich keine absoluten Zahlen, in ber Wirklichkeit gehen eben noch die Ölgelberquoten des Wagenwärters und die Schadenentbedungsprämien ab.

	an Fahr=, Stunden= u. Nachtgeldern:	an das Fahrpersonal, (Lokomotiv= u. Zugpers. 3us.):	mithin pro Kopf:
1892:	15 537 700	von 37 318 Köpfen	417 Mf.
18961:	16 018 900	" 42 389 "	<b>37</b> 8 "
1897:	17616300	" 47 279 "	373 "
1898:	$19\ 225\ 200$	" 54 297 "	354 "
1899:	20 318 000	" 55 287 "	<b>36</b> 8 "
(Et. 1900:	20 445 000)	" 57 527 "	(356 Mf.)

Die Beweiskraft bieser Bahlen ift feine birekte, weil fie nicht gang rein gewonnen find, aber fie fprechen doch deutlich genug. Die zweite Zahlenfäule stellt die Gesamtheit der im Fahrdienst verwandten und an den Fahrund Stundengeldern beteiligten Beamten und ftändigen Bilfsfräfte bar. Die munschenswerte Sonderung in Lokomotiv- und Zugpersonal ist unangängig, weil die Fahrgelber nur in ihrer Gesamtsumme, für alle Kategorien vereinigt, mitgeteilt werden; doch eine einfache Betrachtung flärt die Zahlenverhältnisse genügend. Die Lokomotivbeamtenschaft, die pro Kopf höhere und umfangreichere Nebengelder bezieht als das Zugpersonal, ift in der in Frage stehenden Zeit um fast ein Biertel schneller gewachsen als bas Wagenpersonal. 1892 machte es 42% bes fahrenden Personals, 1899 47 % aus. — Obaleich also der höhere Bezüge beanspruchende Teil des Bersonals stärker zugenommen hat, als ber weniger bedachte, ift die Kopfquote aus ben Fahrgelbsummen zurückgegangen; bas läßt ben Rückgang ber Bahlen um fo bebenklicher erscheinen und rechtfertigt bie Annahme, baß beide Teile, Lokomotiv= und Zugpersonal, in ihren Nebeneinnahmen ziemlich gleichmäßig verfürzt worden find, wenn auch der Grad der Benachteiligung ber einzelnen Kategorien nicht scharf bestimmt werden kann 2.

Wie weit also die Vorteile, die durch die Aufbesserung des Endgehalts und die Abkürzung der Aufsteigefristen dem Lokomotivpersonal zugefallen

<sup>1</sup> Für 1893/95 find mir feine Ropfzahlen zugänglich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Höchstens ein paar gelegentlich der Landtagsverhandlungen amtlicherseits mitgeteilte Zahlen können einen näheren Zublick gewähren. Es sollen nämlich im Jahre 1892 gegen 6 Mill. Mk. an Fahre, Stunden- und Nachtgeldern an das Lokomotivpersonal ausgezahlt worden sein; 1898/99 aber 9,092 Mill. Mk. Auf den Kopf kämen demnach 1892 (15 632 Mann ständiges Lokomotivpersonal): 384 Mk., 1898 (24 448 Mann): 370,5 Mk. Indessen stimmen diese Zahlen wieder keineswegs mit den für 1895 und 1898 bei derselben Gelegenheit genannten Zahlen, die sich auf nur 314,42 Mk. und 348,39 Mk. bezissern und eine bedeutende Steigerung der Nebeneinnahmen darthun sollen, überein. Ehe sich die Verwaltung nicht entschließt, die ihr verfügbaren socialstatistischen Daten der Öffentlichkeit, die für das Innere des Staatsbetriebs ein Interesse hat, bekannt zu geben, wird man notgedrungen zu den oben angewandten Kombinationse methoden greisen müssen.

sind, durch diese Verkürzung der Nebeneinnahmen nicht wieder aufgehoben worden sind, diese Frage ist nicht zu unterdrücken. Daß die jüngeren Bersonalsschichten, die die Masse bilden, im Durchschnitt keineskalls besser gestellt worden sind, sondern eher eine Einschränkung der Gesamteinnahmen erfahren haben, scheint sogar außer Frage zu stehen. Die Härten, die sich angesichts der wachsenden Kosten der Lebenshaltung, angesichts der Preise und vor allem der Mietssteigerungen unsehlbar hier und dort ergeben haben, sind wohl zu einem Teile durch das später zu behandelnde System der Teuerungszulagen beseitigt worden. Von einer durchgreisenden Hebung des socialen Niveaus aller Schichten des Lokomotivsührerstandes im letzen Jahrzehnt kann man leider nicht sprechen.

Fragt sich, ob diese überhaupt notwendig gewesen ist? Bei der Ent= scheidung hierüber werden subjektive Unschauungen ftark mitspielen, indeffen ift immerhin auch ein objektiver Beurteilungsmaßstab in der Entwickelung der Verhältnisse der übrigen gewerblichen Bevölkerung gegeben. Und hier barf man wohl von einer durchgreifenden Hebung des focialen Niveaus Allgemein gultige Rahlen können in dieser Frage zwar nicht fprechen. entscheiden, aber die Beweiskraft der einen hier mitzuteilenden Rahlenreihe bürfte gerade von seiten der Eisenbahnverwaltung keiner Anfechtung unterliegen. Laut amtlichen Mitteilungen 1 hat fich bei den versicherungspflichtigen Eisenbahn-Betriebsarbeitern ber Durchschnitt ber anrechnungsfähigen Löhne von 1889 bis 1899 von 631,3 Mf. auf 839,3 Mf., also fast um ein Drittel gehoben. Budem foll ja, nach amtlichen Aussprüchen, die Befoldung ber Eisenbahnbeamten seit 1889/90 um 23,5 % aufgebeffert worden sein, eine Behauptung, beren Unterlagen nachzuprufen hier nicht ber Ort ift. Sicher scheint nur aus allen diesen Angaben hervorzugehen, daß in der That ein allgemeines Aufsteigen des Lebensstandards behauptet wird. oben für die jüngeren Kategorien und die Masse bes Lokomotiv = Versonals umschriebene Unteil an diesem Aufschwung steht dazu in keinem gunftigen Berhältnisse.

War nun das Lokomotiv-Personal an sich vielleicht schon zu hoch bezahlt? Die Qualität der Arbeitsleistung dieser Beamten ist überhaupt nicht nach ihrem wahren Werte zu vergüten! Läßt sich etwa die hochbezahlte Arbeit des Sisenbahnbureau-Beamten ihr vergleichen? Das tägliche Nisiko für Leib und Leben ist mit Geld schwer aufzuwiegen. Diese Berufsarbeit macht sich moralisch bezahlt durch das stolze Gefühl der Erfüllung einzigartiger Pflichten. Der König auf der Maschine opfert sich auf aus Liebe zu seinem

<sup>1</sup> Archiv für Gifenbahnmefen. Bb. 1901.

Berufe; seine Civilliste könnte ihn dazu nicht begeistern. Deren Höhe regelt Ungebot und Nachfrage; an den inneren Wert der Leistung vermag sie nicht heranzureichen.

Die materiell bestimmte und materiell stimmende moderne Entwickelung, die sich im Verkehrsgetriebe, dieser Welt der vollendetsten "Konkurrenz", am großartigsten offenbart, scheint auf diesem Felde, nach dem geistreichen Sat von Thesis und Antithesis, den "idealen" Arbeiter zeitigen zu mufsen.

\* \*

An einer Beamtengruppe ist im Vorstehenden der Versuch gemacht worden, die socialbedeutsamen Fragen: Einfluß des Betriebes auf die Lage des Arbeiters, Arbeitsbauer, Lohn — eingehender zu orientieren und das von amtlicher Seite veröffentlichte Material für diese Zwecke fruchtbar zu machen.

Daß gerade das Lokomotivpersonal zur Grundlage dieser bis zu ge= miffem Grade allgemein gedachten, socialen Betrachtung des Gifenbahnbetriebs= dienstes gemählt worden ist, könnte vielleicht dem Einwande begegnen, daß jenes Personal eine erceptionelle Stellung im Betriebe einnehme, und daß seine Kunktionen von denen der übrigen Angestellten durchaus verschieden feien, mithin für andere Arbeitergruppen wesentlich andere Berhältnisse obwalten. Ich gebe das teilweise zu. Aber gerade wegen feiner exceptionellen Funktionen verlangt das Lokomotivpersonal eine exceptionelle Behandlung. Die Funktionen der übrigen Arbeitergruppen sind nicht berartig technisch fompliziert, daß fie nach diefer Generalschilderung eine entsprechend eingehende Erörterung notwendig machen. Bor allem aber bilbet die Lokomotive die Seele des Betriebes. Das durch fie bestimmte nähere Arbeitsmilieu schilbern, heißt den Kern bes Betriebes, von dem alle Wirkungen ausstrahlen, schildern. Die Kenntnis ber Funktionen bes Lokomotivdienstes gewährt ben breitesten Einblick in die Zusammenhange bes Betriebes. Bum Anderen ift die äußere Geftaltung, Diensteinteilung, Ruhebemeffung, Befoldungs= methode des Lokomotivdienstes typisch für das gesamte fahrende Personal. Schlieflich mar es notwendig, gerade an den weitverzweigten Einzelheiten des Lokomotivdienstes das amtliche Material zu erörtern und für eine konkrete Beurteilung zu erschließen.

Die Methobe, die ich dieser socialpolitischen Untersuchung des Eisensbahnbetriebes — zum Teil notgedrungen infolge der Berhältnisse, zum anderen Teil aus wissenschaftlichen Erwägungen heraus — zu Grunde lege, ist am eingehendsten an den Verhältnissen des Lokomotivpersonals durch=

zuführen. Sie braucht dafür bei den nachstehenden Schilderungen der übrigen Haupt-Arbeitergruppen nicht mehr klar herausgestellt zu werden. Es werden sich die Folge-Kapitel, die das Fahrpersonal, die Weichensteller und Nangierarbeiter betreffen, somit kürzer fassen lassen.

## Das Zugpersonal.

Da die socialpolitische Untersuchung eines Gewerbes ober eines Betriebes vor allem seine Charafteristika zu berücksichtigen hat, so steht bei ber Behandlung bes Gifenbahnbetriebes bas fahrenbe Perfonal im Borbergrunde Dem hat der voraufgegangene Abschnitt Rechnung ge= ber Betrachtung. Allein mit dem Lokomotivdienste ift die Erscheinung der im Fahrbetriebe sich bethätigenden Arbeit noch nicht erschöpft, wenn auch ihr Kern darin sich darstellt. Gin numerisch stärkerer Teil der fahrenden Verkehrs= bediensteten ift im Wagendienst, im Zuge beschäftigt. Und obgleich diese Beamten nicht ausdrücklich zu jenen zu zählen find, ohne die der äußere Eisenbahnbetrieb undenkbar mare, und fie barum im Rahmen biefer Arbeit zurücktreten muffen, so ift boch eine knappe Schilderung ihrer bienftlichen Berhältniffe zur Ergänzung ber voraufgegangenen Sauptbarftellung ber Bustände im Fahrbetriebe notwendig, zumal eine enge dienstliche Verbindung zwischen Lokomotivbeamten und Zugbeamten besteht; gilt doch ber Zugführer laut Betriebsanweisung als herr bes Zuges, find boch bie Bremfer die ausführenden Organe bes Lokomotivführers in ber Güterzugfahrt. Und schließlich ift ihr perfonliches Los, die Unregelmäßigkeit des Dienstes, zum Teil auch das Leiden in Wetter und Wind und vor allem die Besoldungs= art dem der Lokomotivbeamten verwandt genug, um eine gleichzeitige Würdigung zu verdienen.

Das Arbeitsfelb bes Zugpersonals ist in seinen Hauptzügen, wie auch in vielen Einzelheiten, bank dem engeren Verkehr dieser Beamten mit dem Publikum, in weiten Kreisen besser bekannt als die Obliegenheiten des Lokomotivpersonals. Nur weniger Striche bedarf dies Vild zu seiner Ersgänzung.

Mindestens eine halbe Stunde vor Abgang eines Bersonenzuges oder mindestens eine Stunde vor Abgang eines Güterzuges, so schreibt die Dienstenweisung vor, versammelt sich das Zugpersonal am Bahnhof in den zumeist vorhandenen Reservestuben oder, wenn es einen Güterzug zu fahren hat, draußen in dessen Nähe. Der Zugführer oder Kackmeister mustert seine Mannschaft; zwölf Kunkte schreibt ihm die Anweisung zur Beachtung vor; die Hauptsache ist, daß alle mit der Handlaterne, der unzertrennlichen Be-

gleiterin des Kahrpersonals, zur Stelle sind. Man rüftet den Zug, sofern er nicht von einer fremden Station herankommt und nur mit kurzem Aufenthalte durchfährt, mit den Signalscheiben ober ben Schluglaternen aus; die Wagenwärter oder Bremswärter prüfen nach, ob die Lager genügend geölt und die Bremsen und Beigschläuche in Ordnung find. Der im Bersonenzug beschäftigte Beamte widmet fich dem reisenden Bublikum. Der Rugführer in seinem vorschriftsmäßig noblen Dienstanzuge, mit ber "roten Tafche" über der Sufte, bildet eine bevorzugte Auskunftsstelle. "Güterzügler" überschlägt mit seinen Leuten die Zugausrüstung und -belaftung, die Bezettelung und muß auch hier und ba felbst, an Stelle eines Wagennotierers, die Wagennotierung vornehmen; er verteilt die Bremfer auf die Wagen je nach der erforderlichen Bremsbesetzung, nimmt die Achszahlen und Personalien auf, reicht bem Lokomotivführer die Zugleine zu, empfängt die Frachtbriefe und eventuellen Fahrordres, ist auch im Falle eines Ausladezugs mit seinen Leuten beim Einräumen ber Stückgüter in ben Backmagen thätig; man richtet sich auf seinen Bremfersitzen, in seinem Bausden ober im Badmagen, ben "Roffer" gur Seite, im Binter überdies mit ben schweren Belz- und Filzsachen bepackt, notdürftig ein. Gin Pfiff ben Zug entlang für das Schaffner- und Bremferpersonal, ein zweimaliger Pfiff für ben Lokomotivführer, und ber Dienst auf bem rollenden Rade beginnt.

Die Beamten sitzen nicht absolut müßig während der Fahrt. Zwar hat der Schaffner nicht mehr wie früher auf den Trittbrettern entlang von Wagen zu Wagen zu turnen, aber die Fahrkartenkontrolle in den Durchsgangswagen, wo der Platkartenverkauf zudem oft den Zugführer in steter Bewegung hält, und vor allem in der vierten Klasse, in dem bunten Durchseinander von scherzenden und schlasenden Menschen zwischen den Körben, Werkzeugen und Lasten, läßt das dank der Bahnsteigsperre auf ein Minimum verminderte Schaffnerpersonal nicht viel zur Ruhe kommen. Auf Nebensbahnen fällt ihm auch das Heizen der Abteile vielsach noch zu.

Und im Güterzuge: — da sitt der Zugführer oder an seiner Stelle meist ein Packmeister in einem reichlich bequemen, ledergepolsterten Sessel im geheizten Backmagen, aber die Durchsicht der Frachtbriefe, die Vormerkung der auf den nächsten Stationen auszusetzenden Wagen, die statistische Buchsührung über die zu befördernden Massen und die entsprechenden Strecken, die Abfassung des Fahrberichts, das alles läßt ihn nicht recht zum vollen Genuß der weichen Polster kommen. Daß er außerdem während der Fahrt den Zug und die Maschine, im Personenzug auch das Manometer der Luftsdruckbemse, ferner die Bahnwärter auf der Strecke beobachten soll, dürfte die Dienstvorschrift nur auf dem Papier von ihm verlangen.

Bei der nächsten Station heißt es dann: wieder hinaus! dem Stationsvorsteher Meldung machen, Fahrbericht bescheinigen lassen, Papiere abliefern und neue dafür in Empfang nehmen, Stückgüter aus- oder einladen, Fahrfartenrevisionen vornehmen, auch Bahnpolizei üben, die Reisenden dirigieren, im Stadtbahnverkehr Abteilthüren schließen u. s. Gin bunter Wechsel von Kleinarbeit!

Die Bremfer bes Guterzuges haben mahrend ber Fahrt vor allem einen Aufsichtsbienst über die ihrer Obhut unterstellten Wagen, Rupplungen, Bremsen, Achsen; zumal ber "Schlußbremser", ber gewissenhaft die gefamte Zugverbindung und sbewegung überwachen foll. Laftverschiebungen treten vielleicht mährend ber Fahrt ein, Langholz ragt über das Normalprofil hinaus, Achsen "quietschen" in schlecht geschmierten Lagern und drohen "heiß ju laufen". Dies und ähnliches zu beachten, ift Aufgabe ber Bremfer. Im Notfalle haben fie ben Bug jum Halten ju bringen ober auf ber nächsten Salteftelle bem Migftande abzuhelfen. Bor allem aber muß ber Bremser mahrend der Fahrt und beim Gingang in Stationen, ben Pfeifenfianalen bes Rührers entsprechend und nach eigenem Ermeffen feine Sandbremse gebrauchen, um die Zuggeschwindigkeit zu regulieren 1. Bei der Durchfahrt burch Stationen legt er vorschriftsmäßig zum Zeichen, bag er pflichtmäkig auf dem Bosten und nicht schläft, die Hand salutierend an die Müte. Auf den Bahnhöfen, wo der Zug hält und die seiner Obhut unterstellten Wagen ausrangiert werben, muß er gewöhnlich so lange auf seinem Site ausharren, bis bas Berschiebegeschäft beendigt ift. Der "luftige Bremsersit, nun, den der Lokomotivqualm luftig umspielt, wie es in der Bahnerpoesie wohl heißt, ist, zumal bei bosem Wetter und Frost, kein besonders fesselnder Aufenthalt. Er ist dank der Einsicht und Fürsorge der Bermaltung auch mehr und mehr durch die Bremferhauschen — am Dachende der verdeckten Wagen angebrachte Kojen — ersetzt worden. Allein es werben ungeheuer viel offene Wagen im Gütertransport benötigt, an benen berartige Säuschen bisher fehlen: zudem ift die Berteilung der geschloffenen Wagen mit Bremferhäuschen über den ganzen Zug wegen der Rangierfolge und der richtigen Bremsbefetzung bes Zuges nicht felten unmöglich. So erhält fich benn biefe einzigartige Arbeitsftätte, ber ungeschütte Bremsfit, noch immer.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die neuerdings geplante Ausrüstung der Güterzüge mit Luftbruckbremsen, die den gesteigerten Berkehrsanforderungen mehr entsprechen würden als das heutige Bremssystem, würde die Bremser zu einem großen Teil überslüssig machen und für diesen Beamtenstand etwa dasselbe bedeuten, wie die Sinführung der Bahnsteigsperre für den Schaffner.

Wie dem Güterzuge der Bremser, so ist dem Personenzuge, außer dem Zugführer, dem Packmeister und Schaffner gewöhnlich noch ein Wagenwärter beigegeben, der die Wagen und ihre Betriebseinrichtungen in Ordnung zu halten hat. Er ist mit dem nötigen Handwerkszeug ausgerüstet, hat auf den Stationen durch Anschlagen der Radreisen deren Unversehrtheit, ferner die Achslager zu prüsen und insbesondere auf das tadellose Funktionieren der Luftdruckbremsen zu achten. Bei einzelnen Zügen müssen seine Obliegenheiten aus Personalersparnisrücksichten von den Schaffnern miterfüllt werden.

Durch Erlaß vom 20. Januar 1900 ist der Bremswärter für kurze, langsam fahrende, öfter anhaltende Züge allgemein gestrichen worden, während eine anderweitige Verwendung des Wagenwärters außerhalb des Kreises seiner technischen Funktionen, z. B. im Schaffner=, Packmeister= auch im Schlußbremserdienst, im Gegensaße zu früher (Erlaß vom 6. Januar 1898) als zulässig erachtet wird.

Nach Beendigung der Fahrt, die ja im Güterzugdienst nicht selten mit bedeutender Verspätung erfolgt, sindet unter Aussicht des Zugführers eine Revision des Zuges statt; Lampen und Signalscheiben sind zu verwahren, etwaige Anzeigen zu erstatten und der vorschriftsmäßige Fahrbericht abzusliesern. Wenn die Arbeit sich stark gehäuft hat, kommt es wohl auch vor, daß der Zugsührer noch nachträglich daheim den Fahrbericht und die Kilometerbücher für das Personal ausstüllen muß.

Das in knappen Zügen der Dienst des Fahrpersonals. — Die Funktionen der einzelnen Beamten greisen vielsach ineinander über; der Schaffner verrichtet Bremser- oder Wagenwärterdienste, der Packmeister Schaffner- und Zugführerdienste, und umgekehrt. In der Arbeit unterscheiden sich diese Beamte also wenig, nur an den Anisormsadzeichen sind sie erskenndar. Der Bremser und der Wagenwärter tragen keine Abzeichen; etwa vorkommende Achselschnüre bedeuten eine allgemeine Auszeichnung für langjährige treue Dienste. Der Schaffner führt am Tuchkragen das Flügelrad, der Packmeister daneben einen Stern und der Zugführer am Sammetkragen außer jenen beiden Zeichen noch Goldtressen, sowie außerdem sammetne Armelausschläße. Die "rote Tasche" dagegen deutet nur auf die augenblicklich von dem Beamten versehene Zugführersunktion hin, beweist aber nichts für eine entsprechende Rangstellung des betressenden.

Die Laufbahn des Zugpersonals spielt sich in großen Zügen etwa folgendersmaßen ab: Aus einer beliebigen Arbeiterschicht, ohne Rücksicht auf eine handwerksmäßige Schulung, wählt die Eisenbahnverwaltung ihre Leute für den Fahrposten aus, soweit sie nicht verpflichtet ist, diese Stellen für Sartiten XCIX. — Straßentransportgew

Militäranwärter offen zu halten. Indeffen scheint dieser Beruf ober bas mit ihm verbundene Gehalt für jene Elemente boch nicht eine übermäßige Anziehungsfraft zu haben; wenigstens hörte ich die alteren, aus bem Solbatenftand hervorgegangenen Beamten über zu schwachen militärischen Nachwuchs als bie Urfache bes angeblichen geiftig-focialen Rückganges ihres Standes klagen, mährend jungere, nicht-militärische, um ihr Avancement besorgte Hilfsfahrbeamte bas Ausbleiben ber Militäranwärter wieber als eine Aufbesserung ihrer Chancen begrüßten 1. Jedenfalls refrutiert sich der Fahrerstand zum größten Teil aus Civiliften aller Arten. Das Staubeden für biefe Zufluffe, aus bem die Verwaltung ihre Fahrbeamten schöpft, ift der Rangier- und Bahn-Aus diesen werden nach Bedarf die Hilfskräfte für den Fahrdienst entnommen; nach einer drei bis vier Monate mährenden Probezeit im Bremser= und eventuell auch im Rangierdienst, einer minbestens 14 tägigen Beschäftigung in einer Wagenwerkstatt, erschließt ihnen bas Bestehen einer formlosen Brüfung die Laufbahn des Fahrbediensteten. mähren sie sich, finden sie als Hilfsbeamte dauernde Bermendung.

Mit einer festen etatsmäßigen Anstellung hat es indes seine auten Wege. Bremfer, die das vierzigste Lebensjahr ichon überschritten hatten und noch auf feste Anstellung warteten, sind mir begegnet. Wiewohl bas natürlich nicht die Regel ist, so läßt doch die aus den amtlichen Rahlen hervorgehende Thatsache, daß neben 13 350 etatsmäßigen Wagenwärtern, Schaffnern und Bremfern 11 700 ständige Hilfsichaffner und Bremfer beichaftigt murben, einen Schluß zu, wie lange bie letteren zu marten haben, bis für fie etatsmäßige Stellen frei oder neu geschaffen werden. Die ruckweise Bermehrung ber etatsmäßigen Fahrbeamtenstellen um über 25 % im Jahre 1899 hat die Migverhältnisse, die infolge der Sparfamkeit bei der Neufchaffung etatsmäßiger Stellen im voraufgegangenen Sahrzehnt fich herausgebildet hatten, nicht ganz beseitigen und nur die bis zum April 1890 eingetretenen Hilfsbremfer bei ber Einreihung ins Beamtenverhältnis berücksichtigen können. Aus den späteren Sahraangen warten viele noch heute auf ihre Unstellung, trotbem die Stellenvermehrung seitdem bei den Fahrbeamten in zwei Jahren insaesamt um mehr als 1500 Stellen fortgeschritten ift.

Nicht nur das Bremserexamen, auch höhere Prüfungen absolviert da

<sup>1</sup> Militäranwärter sollen nach Beendigung der Probezeit und Vorbereitungszeit sowie Ablegung der Prüfung unmittelbar in die etatsmäßigen für sie außegeschriebenen Stellen einrücken. Vor der festen Anstellung erhalten sie diätarische Besoldung zu mindestens drei Vierteln des späteren etatsmäßigen Diensteinkommens einschließlich des Servisgeldes.

manch einer 1, der gerade von einem wohlgeneigten Vorgesetzten die ersforderliche, keineswegs ohne weiteres gewährte Genehmigung zur Examenssmeldung erhielt 2; — einem hellen Kopf, der den Betrieb in seinen Einzelsheiten erfaßt hat und ein gutes Gedächtnis für die ungezählten Dienstsanweisungen besitzt, daneben seine Volksschulbildung lebendig erhalten und das Schreiben und Rechnen leidlich gepflegt hat, machen diese Prüfungen ja nicht zu große Schwierigkeiten —. Auch wird ein solcher Geprüfter vielsach seinen Fähigkeiten entsprechend alsbald verwendet, allein die etatsmäßige Anstellung in der untersten Fahrbeamtencharge, als Bremser, erhält er damit noch lange nicht. Es ist eben die Zahl der etatsmäßigen Posten gegenüber den wirklichen Ansorderungen des Betriebes immer noch eine recht beschränkte.

Unter solchen Umständen ist an eine Anstellung vor dem dreißigsten Lebensjahre kaum zu benken; in den meisten Fällen erfolgt sie erst mit etwa 35 Jahren. Das schließt nicht aus, daß einige wenige Glückliche, zumal Militäranwärter³, in diesem Alter schon höher auf der Stufenleiter emporgestiegen sind; immerhin gehören die 35 jährigen Zugführer zu den Ausnahmeerscheinungen. Das Groß der Fahrbeamten steht in diesen Jahren noch in der niedrigsten Rangklasse der Fahrbeamten, in dem kündbaren Diensteverhältnis eines gering besoldeten Unterbeamten.

Die weitere Beförderung geht noch ungleichmäßiger als die etatsmäßige Unstellung vor sich. Ein großer Teil des Unterbeamtenpersonals verharrt Zeit seines Lebens in seinem Range. Viele mehr als 60 jährige Bremser sind im Bahnbetriebe thätig. Für den Fahrdienst ungeeignete oder durch Unfall, Ubnahme der Sehschärfe untauglich gewordene Beamte wiederum werden in den Bahnhofswachtdienst abgeschoben. Doch für die tüchtigeren, vorwärtsestrebenden Elemente, die sich nicht gerade die Ungunst ihres Vorgesetzten zugezogen haben, ist ein Ausrücken in den Schaffnerrang, der freilich bezüglich

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Das Fachblatt "Der Eisenbahnfahrbeamte" (Juli 1900) schätt die Zahl der Hilfsbremser, die bereits ihre Examina abgelegt haben, auf rund 5000 gegenüber 20 000 Augführers, Backmeisters, Schaffners und Bremserstellen.

² Die Ausbildung für die nur im Wege der Beförderung zugänglichen Stellen kann kein Beamter als ein Recht beanspruchen. Ausschluß oder verspätete Zulafsung eines Beamten zum Ausbildungsdienste ist gestattet (Eisenbahnverordnungsblatt 1896 (S. 300). Sbensowenig hat ein Anwärter einen Anspruch auf etatsmäßige Anstellung oder auf Berücksichtigung nach dem Anwärterdienstalter. Die Behörde allein entsicheibet hier wie im Falle der Zulassung zur weiteren Ausbildung und Prüfung.

Baß indes nicht alle Militäranwärter so schnell vorwärts kommen, beweisen die Klagen von älteren, aus dem Militärverhältnis hervorgegangenen Schaffnern über ihre ungünftigen Beförderungsverhältnisse.

bes Gehalts nicht reicher botiert ift, etwa 5 Jahre nach der Bremferanstellung zu erwarten. Für die meisten schneidet hiermit die Laufbahn ab. Denn den 12 725 Schaffner= und Bremserstellen stehen (im Jahre 1900) nur 2832 Packmeister= und 3567 Jugführerstellen, d. h. nur die halbe Anzahl gegenüber, während, wie oben gezeigt, beim Lokomotivpersonal gleichviel Führerz und Heizerstellen im Etat vorhanden sind. Auch hat in den letzten Jahren die Aussicht für die Schaffner, in stärkerer Anzahl aufzusteigen, sich nicht gebessert; denn die Zahl der oberen Stellen ist keineswegs schneller gewachsen als die der untersten.

Während so die Hälfte der Bremser und Schaffner auf ihrer Stuse stehen bleibt, um mit etwa 50 Jahren das Höchstgehalt darin zu erreichen, steigen die übrigen, die inzwischen längst die Packmeister- und Zugführer- Ausdildung durchgemacht und die entsprechenden Examina abgelegt haben, in sehr ungleichmäßigem, gewöhnlich aber recht langsamem Tempo zu den höheren etatsmäßigen Nangstellungen auf. Auch hier macht wieder die Hälfte beim Packmeisterposten für immer halt, die anderen kommen im reissten Mannesalter endlich auf der Höhe an. Wiewohl es natürlich an jüngeren Vertretern dieser Klasse nicht fehlt und, wie oben schon einmal nebendei erwähnt wurde, auch kaum vierzigjährige Zugführer, die nicht den regulären Gang auf der Stufenleiter zurückgelegt haben, sondern mitunter sogleich aus der Bremserstellung in die Führerstellung avanciert sind, angetrossen werden, liegt doch das durchschnittliche Alter der Anwärter dieses Postens beim Eintritt in die etatsmäßige Stellung in der Mitte der vierziger Jahre.

Der Zugführer genießt seit ber Mitte ber achtziger Jahre, wo seine Petitionen um Gleichstellung mit den Lokomotivführern endlich von Erfolg gekrönt wurden, den Rang eines Eubalternbeamten mit entsprechendem Wohnungsgeldzuschusse und steht so wenigkens formell, wenn auch nicht im Gehalte, auf gleicher Stufe mit dem Lokomotivführer, als dessen "Borsgester" er während der Fahrt gilt. Faktisch hat dieser Borgesetzenscharakter natürlich keine Bedeutung; denn der Lokomotivsührer deutet die Sache mit juristischer Präcision zu seinen Gunsten: "während der Fahrt" sied der Zugführer fest in seinem Packwagen eingeschlossen und müsse also "dem Loksührer folgen"; halte aber der Zug, dann sei von Fahrt, also auch von keinem Borgesetzentum des Zugführers mehr die Rede! Diese Anekdote ist hier angesührt, weil sie ganz leise etwas von der eisersüchtigen Rangeskonkurrenz verrät, die zwischen den beiden höchsten Beamten-Klassen des Fahrbetriebes in bald necksischer, bald unangenehmer Form sich zeigt.

Es ist das große Leidwesen des Zugführers, der in seiner schneidigen

Uniform dem Publikum durchaus mehr imponiert als der schwarze Mann auf der Maschine, daß er dem Lokomotivkollegen im Gehalt noch nicht gleichsteht. Er bezieht heut erst dasselbe, was der Lokomotivkührer bereits vor 10 Jahren zu beanspruchen hatte, 1200 bis 1800 Mark, und dies dazu innerhalb einer Aufsteigefrist von 18 Jahren, während den allerdings frühseitiger dienstunfähigen Loksührern das Höchstgehalt bereits nach 15 Jahren zusteht. Eine genaue Schilderung der Gehaltverhältnisse bringt der Schluß dieses Kapitels.

Ein Aufsteigen über ben Zugführerposten hinaus ist nur ausnahms= weise einzelnen Beamten vergönnt, die für die Funktionen eines Zugrevisors ausersehen oder als Stationsassistenten weiter ausgebildet werden.

Barallel mit diesem Fahrpersonal, ursprünglich aus seinem Schoft heraus, hat sich die Wagenwärterschaft entwickelt, die hier mit drei Worten geschilbert werden muß, weil fie ebenfalls zum Zugbegleitungsperfonal gehört. Früher mit ben Bremfern nahezu identisch, bilben seit 1899 die Wagenwärter, benen die technische Aufsicht und Instandhaltung bes rollenden Materials obliegt, eine eigene Kaste. Nach mindestens fünsmonatigem Brobebienste als Werkstättenarbeiter und weiterer fünfwöchiger Beschäftigung im Rangier= und Bremferdienst unterzieht sich ber Anwärter, der von Haus aus gelernter Schloffer ober Stellmacher fein foll, einer formlofen Brufung zum Nachweiß seiner Schulfenntniffe und Betriebseinsicht, tritt in ben Fahrdienst und rudt nach einer nicht zu furz bemessenen, je nach ben Berhältnissen schwankenden Wartezeit in eine frei werdende etatsmäßige Stellung ein. Als weiteres Ziel bietet fich ihm die Stellung eines Wagenmeifters, ber, obwohl auch Unterbeamter, boch einen nicht unwichtigen, ziemlich selbständigen Posten auf jedem größeren Bahnhofe einnimmt. Er hat den gefamten Wagenpark auf seine technische Betriebstüchtigkeit zu überwachen; er birigiert die Wagenwärter und legt felber energisch in mühfamem Berumfriechen zwischen und unter den Wagen beim Brüfen des Betriebsstandes und beim Ermitteln von Defekten Sand an. Nach mindestens sechsmonatiger Ausbilbung in diefem Dienste fann fich ber etatsmäßige Wagenwärter ber Brüfung zum Wagenmeister unterziehen 1.

Die wichtigste Frage bei der Betrachtung der Dienstverhältnisse des Fahrpersonals ist indes, und zwar in fast noch stärkerem Grade als beim Lokomotivpersonal, bei dem die Beschäftigungsart an sich schon eine Haupt-rolle spielt, die Frage nach der Dienst- und Ruhebemessung. Für das Zug-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis ganz vor kurzem stand es ben Wagenwärtern auch frei, in ben Zugsschaffner- und Packmeisterdienst überzutreten. Diese Übergangsmöglichkeit ist indes zu Ansang 1900 durch ministeriellen Erlaß aufgehoben worden.

personal gelten nun im allgemeinen dieselben Borschriften wie für das Lokomotivpersonal, doch mit einem wesentlichen Unterschied: die Ausnahmes bestimmung, welche für die letztere Beamtenschaft im allgemeinen nur eine täglich 10 stündige Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt zuläßt, besteht für das Zugpersonal nicht; der Grundtenor der Diensteinteilungsvorschriften dieser Gruppe lautet heut wie früher: "Die tägliche Dienstdauer soll im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden betragen."

Es sind diesen Vorschriften gegenüber alle dieselben Momente wie oben beim Lokomotivpersonal im Auge zu behalten, wenn man ein richtiges Bild von der Dienstausdehnung gewinnen will. Für den Borbereitungs- und Schlußdienst wird auch bei diesem Personal von amtlicher Seite nur eine der Wirklichkeit gegenüber nicht zureichende Frist angerechnet, so im Personenzug nur insgesamt eine halbe Stunde, während die Dienstanweisungen allein für die Vorbereitung mindestenst eine halbe Stunde vorschreiben und im Güterzugdienst vielsach nur ebensoviel, wiewohl hier von den Dienstanweisungen eine "mindestenst einstündige" Bereitschaft vor der plansmäßigen Absahrtszeit gesordert wird. Sehr häusig wird überhaupt keine Vorbereitungs- und Schlußdienstzeit angerechnet. Wie das mit der Wirklichkeit zu vereinen ist, ist nicht ohne weiteres klar; denn auch bei den durchsahrenden Zügen muß das Versonal sich eine genügende Frist vor der planmäßigen Zeit einsinden, damit der Zugsührer sich der Dienstbereitschaft seines Versonals vergewissen und nötigensalls noch Ersat schaffen kann.

Dienstverlängerungen infolge von Zugverspätungen werben zubem nur, wenn sie mehr als 4 Stunden betragen, angerechnet. Umgekehrt kommt es vor, daß Bausen im Dienst trotz Punkt 3. der Schlußbestimmungen, der erklärt: Pausen von geringerer als 6 stündiger Dauer seien in die planmäßige Dienstschicht einzurechnen — von der Dienststundenzahl abgezogen werden. Ich vermag indes nicht zu beurteilen, in welchem Umfange dieses Versahren, das so wenig mit den Vorschriften vereindar ist, geübt wird, vielleicht handelt es sich nur um Ausnahmeerscheinungen, denen ich begegnet bin; an sich wären sie allerdings bedenklich genug.

Aus dem Gesagten erhellt zur Genüge, daß die amtlichen Dienstdauersaufzeichnungen nur Mindestzahlen geben, denen die Wirklichkeit oft wesentlich höhere Ziffern gegenüberstellt. Ein Zahlendild der Dienstdemessung des Wagenpersonals aus der Praxis, das 237 Köpfe zusammenfaßt, mag statt aller weiteren Worte sprechen: siehe Tabellen S. 119 und 120.

Der dreizehn= und mehrstündige "Normalarbeitstag" (tägliche Durch= schnittsstundenzahl bei Unnahme von 5 vollen Ruhetagen von je 36 Stunden im Monat) tritt in dieser Diensteinteilung in recht ausgebehntem Maße

## Dienstbemeffung für Wagenpersonal.

Personale. Kopfzahl.	Durchschittl. Nors malarbeitstag (ohne Berilcschitgung der Kuhetage) pro Kopf	Davon Nachtbienst pro Kopf	Ruhetage (im Dienstplan aus- brücklich angelett) im Wonat für bas gesamte Personal.	Ruhefristen beim Übergang aus einem Dienst in ben anbern (Kirzung bes Dienstes um ½ Schickt). Unzahl Dauer	Außerbem Dienstunterbrechungen Unzahl Dauer (ohne Dienstbauer- vertürzung).	Antliche Angaben über die tägliche Dienstdauer im Wonatsdurchschitt.
6	1053	445	$36 \times \frac{36^{00} + 38^{00}}{2}$	$12 \times 26^{45}$ $12 \times 23$		831
8	919		$8 \times \frac{35^{30} + 41^{00}}{2}$	i	$16 \times 23^{15}$	900
9	1359	400	$90 \times 28^{30}$		4 <sup>1/2</sup> stbg. Pause im Dienste an jedem britten Tage.	919
3	14 <sup>35</sup>	200	$30 \times 24^{00}$		7 <sup>1</sup> /2fibg. Pause im Dienste an jebem britten Tage.	944
2	10 <sup>53</sup>	130	$3 \times \frac{41 + 33}{2}$			950
4	13 <sup>20</sup>	500	$30 \times 28^{00}$		71/2stbg. Pause im Dienste an jedem vierten Tage. — vom Arbeitstag indes bereits abgerechnet —.	951
3	14 <sup>49</sup>	$3^{50}$	$30 \times 30^{00}$		21/2stbg. Pause im Dienste an jedem britten Tage.	953
6	1200	$5^{00}$	$30 \times 32^{30}$	į		1001
51	11 <sup>50</sup>	440	$\left\{ \begin{array}{l} 87 \times 29^{00} \\ 93 \times 29^{40} \end{array} \right\}$			1007
39	1209	400	$     \begin{cases}       93 \times 31^{30} \\       93 \times 29^{30}     \end{cases} $			1017
12	1387	640	$90 \times 32^{30}$	N.	l	10 <sup>13</sup>
15	$12^{59}$	740	$90 \times 30^{00}$		4ftbg. Paufe an jebem fünften Tage.	1023
11	$11^{30}$	500	$33 \times 35^{00}$		$30 \times 21^{15}$	$10^{27}$
2	$11^{25}$	415	$4 \times 23^{00}$			1038
6	11 <sup>26</sup>	425	$ \begin{bmatrix} 12 \times 21^{00} \\ 12 \times 27^{15} \end{bmatrix} $			1039
18	12 <sup>49</sup>	612	$90 \times 27^{30}$		7ftbg. Paufe im Dienste an jedem sechsten Tage — vom Arbeitstag indes	1041
30	$12^{06}$	400	$90 \times 28^{30}$		bereits abgerechnet —.	1045
3	1241	320	$8 \times \frac{33 + 32}{2}$			1058
6		350	$2 \times 36$			1056
1 2		339	2 × 50		mehrere Pausen im	
2	1 14	Ĭ			Dienfte.	· ·
237	1					

Bufammenfaffung.

Bei diesen 237 Zugführern, Packmeistern, Schaffnern, Bremsern, Wagenwärtern betrug der durchschiftiche "Normalarbeitstag" (ohne

Berücksichtigung der Ruhetage):

	Min.		: :	: :	: :	: :	: :	: :	
	8	1	30	I	30	- 1	30	49	
	Sts.		: :	: :	: :		: 2	: 2	
	11	12	12	13	13	14	14	14	
	1	j	İ	1	İ	-		1	
	Min.		: =	: =	: =	. =	=		
	_	31	-	31	_	31	_	31	
Stb.	=			2		2			
11	Ξ	Ξ	12	12	13	13	14	14	
% unter									= 100 %
· %	<b>0</b> /0	<b>0</b> / <sub>0</sub>	%	%	%	%	%	%	%
6,6	8,1	24,2	29,6	14,8	1,7	8,9		3,4	100
ober	=	2	=	2	=	=	=	=	
<b>Fäller</b>	=	=	2	=	=	=		2	l II
22	19	57	2	36	4	21	1	∞ •	237
. <b>E</b>	2	2	=	=	=	2	2	=	
$\hat{\mathbf{a}}$	<b>Q</b>	ં	ď)	<b>e</b>	<del>(</del>	<u>ත</u>	P)	<b>i</b> )	
									l

Auf diese 9 Eruppen verschiedener Dienstbauer entfallen nun entsprechend Ruhefristen:

	Gefamt= ruhetage pro Kopf im Nonat.	22.83.83.25.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.7.
عديده وتعباد الداد	Etwaige längere Ruhefristen zwischen den einzelnen Arbeitstagen (gerechnet gleich 1/2 Ruhetag).	16 × 2316 30 × 2116 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1
314 1W3 WBW WSWB SWS	Rubeiristen, die den Ausfall eines halden Arbeitstages bewirten (gerechnet gleich 1/2 Rubetag).	24 × 2466 24 × 2406 — — — — — — — — — — — — — — — — — — —
ייין אינישליים פומאר וווייין אינישליים פומאר ווויייי	Ruhetage, die den Ausfall eines vollen Arbeitstages bewirfen.	$36 \times 3700$ $37 \times 3440$ $210 \times 3440$ $278 \times 3000$ $188 \times 2900$ $30 \times 2900$ $108 \times 3000$ $60 \times 2700$
	Davon Nachtbienst. Prozent bes Stb. Win. Arbeits- tages.	$\begin{array}{rcl} 2^{28} & = & 24 \\ 4^{07} & = & 36 \\ 4^{42} & = & 37^{1/2} \\ 4^{00} & = & 33 \\ 6^{34} & = & 51 \\ 5^{00} & = & 37^{1/2} \\ 5^{00} & = & 36^{1/2} \\ 3 & = & 20^{1/2} \end{array}$
	Durhschnitti. "Normals arbeitstag".	1020 1128 1151 1208 1251 1320 1347 1440
	Gruppe.	ಇರಂದಿ ಕ್ಲಿಗ್ಟ್

auf. Die besonders reich mit Dienst belasteten Gruppen sind zwar durch entsprechend häufigere Einschiebung von Rubetagen entschädigt; aber ba diese Ruheschichten keine vollen freien Tage, sondern nur auf 27 bis 28 Stunden bezw. auf 29 bis 301/2 Stunden bemeffen find, wird man fie kaum höher als 5 volle Ruhetage bewerten dürfen. Berücksichtigt man ferner, daß die Dienstgruppe mit bem 1208 stündigen Arbeitstage nur knapp 4 beschränkte Ruhetage monatlich enthält, so macht sich ber 12 bis 13= Stundentag in dieser Diensteinteilung, zumal ihn 58,5 % aller Fälle aufweisen, in recht schroffer Form breit und kann banach auch als für ben Fahrdienst typisch angesprochen werden. Ein Vergleich der hier aus ber Braris mahllos herausgeariffenen Angaben mit den amtlichen Dienststundennotierungen, die sich oben als Mindestnotierungen charakterisiert hatten, er= härtet diese Behauptung und verleiht ihr generelle Bedeutung. In dem letten "Berichte über bie Betriebsergebniffe" wird folgende Busammenstellung ber Diensteinteilung für bas Zugbegleitungspersonal im Berbste 1900 mitgeteilt:

Durchschnittliche tägliche Dienstdauer.	Anzahl der Bediensteten, die eine derartig bemessene Dienstschicht regelmäßig ableisten.
bis $8 \text{ Std.}$ einschließlich mehr als $8$ bis $8^{1/2}$ Std. $^{''}$ $^{''$	153 368 821 2 320 4 341 8 290 14 950
zusammen	31 243

Nun entspricht eine tägliche Dienstbauer von durchschnittlich 11 Stb. einem Arbeitsmonat von 330 Stunden, oder bei Annahme von monatlich 5 Ruhetagen (300 Arbeitstage im Jahr) dem Normalarbeitstag von 13 Std. Rach jener amtlichen Zusammenstellung haben also von 31 243 Beamten 14 950 oder 47 % einen  $12^{1/2}$  dis 13 stündigen, 14 950 + 8290 oder 73 % einen 12-13 stündigen Normalarbeitstag zu leisten; 1899 leisteten von 30 230 Zugbegleitungsbeamten nur 40 % den längsten und 65 % den 12-13 stündigen Normalarbeitstag. Für 1898 sind leider keine derartigen Zusammenstellungen gemacht. Aber aus der gesamten Zahlensgruppierung, die die Gesamtdienstverteilung auf kürzere und längere Dienstsschichen zum Ausdruck bringt, erhellt deutlich, daß damals die Verhältnisse noch günstiger oder weniger ungünstig lagen als heut. Das Bedenkliche an

ber gegenwärtigen Dienstbemessung ist, abgesehen von ber absoluten Dauer, gerade die bereits oben beim Lokomotivdienst festgestellte Thatsache, daß sie gegenüber den Borjahren, namentlich gegenüber der nach dem Unglücksjahre 1897 energisch durchgeführten Dienstdauerverkürzung, wieder einen Rückschritt darstellt.

Nach den amtlicherseits mitgeteilten Ziffern setzte sich die tägliche Durchsschnittssumme der Dienstschichten in den Jahren 1898, 1899 und 1900 aus folgender Anzahl von 8, 9, 10, 11 . . . . bis 16 stündigen Schichten zusammen:

	Gefamtzahl	Ungahl ber geleisteten Dienstichichten von								
Jahr.	ber Beamten bezw. ber täglich zu leistenben Schichten.	0=—8stbg. Dauer.	mehr als 8=—9fibg. Dauer.	mehr als 9=—10stbg. Dauer.	mehr als 10=—11stbg. Dauer.	mehr als 11=—12stbg. Dauer.	mehr als 12=—13stbg. Dauer.	mehr als 18:—14ftbg. Dauer.	mehr als 14=—15stdg. Dauer.	mehr als 15=—16stbg. Dauer.
1898	29849	3843	2279	4896	8146	4195	2151	1858	1335	1146
1899	30 230	3115	1769	3407	8487	4803	3342	2312	1608	1387
1900	31 243	2508	1783	4835	9636	4087	3043	2209	1646	1496
					Ì					

Schon ein flüchtiger Blick auf diese Zahlenreihen läßt das Zurückebben ber kurzfristigen Dienstschichten und das Anschwellen des Dienstes in der Richtung auf die vielstündigen Schichten hin erkennen. Jedoch verleiht eine genaue prozentuale Gliederung den Zahlen erst eine deutliche Sprache:

Es wurden also geleistet:

Zahr.	Jnsgefamt Dienft= fhichten	mit 8ftbg. Dauer 1.	mit 9ftbg. Dauer.	mit 10stbg. Dauer.	mit 11stbg. Dauer.	mit 12stbg. Dauer.	mtt 13ftbg. Dauer.	mit 14ftbg. Baner.	mit 15ftbg. Dauer.	mit lestbg. Dauer.
1898	100,00	12,88	7,64	16,40	27,27	14,05	7,21	6,23	<b>4,4</b> 8	3,84
			36,9					21	.8	
1899	100,00	10,30		11,28	28,05	15,89	11,06	7,65	5,33	4,59
			27,4					28	.6	
1900	100,00	8,03		15,46	30,82	13,09	9,75	7,08	5,27	4,79
			29,2					26	,9	
						İ				

<sup>1</sup> Ich fete wie früher die Söchstgrenze ber verschiedenen Dienftbauerfriften, ba fie am ehesten ber Birklichkeit entspricht.

Das Jahr 1899 stellt sich auch beim Zugpersonal wieder als ein solches außerordentlich strammer Beanspruchung dar, so daß die Diensteinteilung 1900 immerhin schon eine gewisse Milderung dem gegenüber bedeutet. Bergleicht man aber 1899 und 1900 mit 1898 oder auch 1900 mit dem Durchschnitt 1898/99, so springt die Tendenz, das Personal trot der oben dargethanen Intensitätssteigerung der Arbeitsleistung immer länger zum Dienst heranzuziehen, scharf hervor. Fast ebenso start wie auf der einen Seite die kurzen Dienstschen seit 1898 abgenommen haben, haben auf der anderen Seite die langen Dienstschichten zugenommen. Diese Dienstwerteilung läßt auch kaum vermuten, daß durch eine reichlichere Besmessung größerer Ruhefristen die Mehrbeanspruchung des Personals wieder ausgeglichen worden wäre. Und die entsprechenden amtlichen Zahlen liefern benn auch auf diesem Felde ein wenig günstiges Entwicklungsbild.

Es verteilen sich die Ruhefristen im Kalendermonat also:

G8 entfielen			und zwar						
Zahr.	auf ein Gejamt= Perfonal von Köpfen	insgefamt Dienft= befreiungen von mehr als 18ftbg. Dauer	auf bie Sonntage insgesamt Dienst= befreiungen	11 Ruhetag auf Beamte	11/2 Ruhetage auf Beamte	2 Ruhetage auf Beamte	mehr als 2 Ruhetage auf Beamte		
1898	29 849	140 219	55 006	349	754	5162	23 584		
1899	30 230	124 874	$50\ 754$	245	533	4675	24 777		
1900	31 243	121 672	$52\ 505$	414	603	7318	22 908		

und in Prozentzahlen:

	Auf ben Kopf bes	von 100	Es hatten unter 100 Beamten im Monat					
Jahr.	Beamten entfielen insgesamt im Monat Dienstbefreiungen von mehr als 18stbg. Dauer	Dienft= befreiungen entfielen auf die Sonntage	1 Ruhetag	1 <sup>1/2</sup> Ruhetage	2 Ruhetage	mehr als 2 Ruhetage		
1898	4,71	39	1,2	2,5	17,3	79.0		
1899	4,12	41	0,8	1,8	15,5	81,9		
1900	3,89	43	1,3	1,9	23,4	73,4		

In den drei Jahren 1898—1900 ist die Anzahl der größeren Ruhesfristen, die dem Zugbegleitungsbeamten im Durchschnitt monatlich zu teil

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bas die amtliche Statistik unter 1 und 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> ober 2 Ruhetagen begreift, ist auf S. 53 auseinandergesett.

geworben ist, von 4,71 auf 3,89 b. i. um ein Sechstel zurückgegangen. Von ben Beamten war 1900 ein weit geringerer Prozentsat mit mehr als 2 Ruhetagen bedacht als in den Vorjahren. Auch hinsichtlich der Kategorien mit der geringsten Ruhe kann man von einer Verbesserung mit Sicherheit nicht sprechen; nur die Gruppe mit 2 Ruhetagen ist auf Kosten der Besserbedachten bereichert worden. Aber mit dieser Ausgleichung ist doch die durchschnittliche Verkürzung der Ruhe des Gesamtpersonals keineswegs zu rechtsertigen. Die Zahlensäte für die Sonntagsruhe allein scheinen ein günstiges Entwicklungsmoment in der Ruhefrage darzustellen. Nach dem aber, was früher über die Sonntagsruhe, über ihre Gestaltung in der Praxis ausgesührt worden, muß die Zunahme der auf dem Papier berechneten Sonntagsdienste Befreiungen eher bedenklich stimmen, denn ein um so größerer Bruchteil aller Ruhefristen wird damit auf die Betriebseinschränkung im Sonntagsverkehr, also auf einen sehr ungewissen Faktor abgestellt.

Es hält nach allebem beim Wagenpersonal ebenso schwer wie beim Lokomotivpersonal, ber Diensteinteilung günstige Seiten abzugewinnen. All die seinerzeit erörterten Folgewirkungen dieser ungünstigen Dienste und Ruhebemessung treffen aber beim Zugbegleitungspersonal in sast demselben Umfange zu wie bei der Zugförderungsmannschaft, wenn auch die Betriebssicherheit in diesem Falle weniger gefährdet wird als durch eine Dienstübersbürdung der Lokomotivbeamten.

Die Besolbungsfrage beim Wagenpersonal unterscheidet sich von berjenigen bes Maschinenpersonals kaum der Urt, nur der äußeren Erscheinungssorm und dem Wirkungsgrade nach: neben dem festen Grundlohn bzw. Gehalt die beweglichen Nebeneinnahmen mit ihren starken örtlichen und von der Dienstfunktion abhängenden Differenzierungen; nur die "Ersparnisprämie" kennt das Fahrpersonal mit Ausnahme des Wagenschmierers nicht.

Was nun die festen Grundlöhne der Hilfsbremser und Hilfsmagenswärter betrifft, so stehen diese gewöhnlich, da es sich ja hier nicht um qualifizierte, in einem Handwerk regelrecht fortgebildete Arbeiter handelt, noch um einige Groschen hinter denen der gleichaltrigen Hilfsheizer des Ortes, mithin entsprechend dem früher Ausgeführten, meist auch hinter den ortsüblichen Tagelöhnen zurück.

Die Durchschnittslöhne der Hilfsheizer schwankten in den letzten 5 Jahren, wie oben mitgeteilt, zwischen 2,35 und 2,46 Mk., die der Hilfsbremser und Hilfswagenwärter zwischen 1,92 und 2,14 Mk.; sie halten sich auf einem etwa 15 % niedrigeren Niveau. Dieser Grundlohn ist übershaupt der niedrigste, der im Bahnbetriede an männliche Arbeiter gezahlt wird, und nur zu verstehen, wenn man die Nebeneinnahmen aus dem Fahrs

bienst, die zwischen 40 Pf. und 1 Mf. pro Arbeitstag variieren und wohl selten darüber hinausgehen, berücksichtigt. Die größere Mehrzahl bezieht monatlich kaum 25 Mk. Nebengelder. Die Gesamt-Jahreseinnahmen schwanken mithin zwischen 900 und 1200 Mk.

Die Entlohnung für die Arbeitsstunde des Hilfsbeamten beträgt darnach, unter Berücksichtigung der zahlreichen Überstunden, die er ohne besondere Bergütung zu leisten hat, etwa 25 Pf. Dabei ist der erhöhte Lebensaufwand, den der Dienst im Fahrbetrieb mit sich bringt, zu bedenken. Es ist garnichts außergewöhnliches, daß vier Fünstel der Nebengelder wieder im Fahrdienst von dem Beamten verbraucht werden.

Treten nach 10 ober auch mehrjähriger Hilfsbeamtenzeit Bremser und Wagenwärter schließlich in die etatsmäßigen Stellen ein, so beziehen sie ein Anfangsgehalt von 900 Mk., das bei den ersteren alle drei Jahre zunächst um je 50 Mk., später um je 40 Mk. bis zum Endbetrage von 1200 Mk. in insgesamt 21 Jahren steigt, dei den letztern zunächst um je 80 Mk., später um je 60 Mk., innerhalb einer 18 jährigen Aufsteigefrist dis zum Höchstbetrage von 1400 Mk. anwächst.

Dazu kommt der Wohnungsgeldzuschuß von 60—180 bzw. 240 Mk. Im Bezug der Kilometergelder treten mit dem zunehmenden Dienstalter und der festen Anstellung keine principiellen Änderungen ein, nur durch die Beschäftigung in einträglicheren Fahrtenreihen kann eine Ausbesserung der Nebeneinnahmen erfolgen; so erhalten z. B. einzelne Schnellzugsschaffner in den D-Zügen zwischen Berlin und Süddeutschland Fahrgelder von mehr als 50 Mk. monatlich, wofür sie allerdings auch 15 000 Kilometer zu sahren haben. Als pensionssähiger NebengeldersBetrag gilt für Schaffner und Bremser eine Summe von 200 Mk. Sine gewisse Gehaltseinschränkung bedeutet der auf etwa 45 Mk. sich belausende Beitrag zur Kleiderkasse, den der angestellte Beamte alljährlich zu leisten hat, während andererseits durch Wegsall der früher gezahlten Krankenkassen= und Versicherungsbeiträge auch das Ausgabensoll des Beamten ein wenig entlastet wird.

Mit dem Aufrücken des Fahrbeamten in die Packmeister= und Zug= führerstellung erhöht sich, wie oben angedeutet, das Anfangsgehalt auf 1200 Mt., und zwar steigt es bei dem ersteren alle drei Jahre um 80 Mt.

¹ Benn man bebenkt, daß die Fahrkartenausgeberinnen in 18 Jahren von 900 auf 1400 Mk. aufsteigen, so kann dieser Gehaltssatz 30—50 jähriger Männer demgegenüber kaum als ausreichend bezeichnet werden. Ihn aber als ein Durchsgangsgehalt zu betrachten und damit seine knappe Bemessung zu rechtsertigen, ist nicht gut angängig, da 13 316 Schaffners und Bremserstellen nur knapp halb soviel (6542) Lackmeisters und Zugführerstellen gegenüberstehen.

bis zum Betrage von 1600 Mk.; das des Zugführers steigt von 1200 Mk. innerhalb 18 Jahren auf 1800 Mk. Für den Zugführer als einen Subalternbeamten erhöht sich dabei der Wohnungsgeld-Zuschuß auf 180 dis 432 (bzw. 540) Mk. Dagegen fallen auf der anderen Seite die etwaigen, bisher gezahlten Teurungszulagen, die meist 60 dis 80 Mk. ausmachen, sür den nunmehrigen Packmeister und Zugführer, da sie bereits 1200 Mk. Gehalt beziehen, fort, oder es wird zum mindesten die Gehaltserhöhung gegen den Betrag der Zulage aufgerechnet und von dieser nur der übersschießende Kest ausgezahlt.

Die Nebeneinnahmen, von benen 300 Mt. als penfionsfähig gelten, schwanken in Wirklichkeit zwischen 300 und 500 Mt.; doch kommen auch noch vereinzelt Abweichungen nach unten wie nach oben, hier namentlich, wie oben erwähnt, im D-Zugdienste, der bis 100 Mk. an Nebengeldern monatlich abwirft, vor. Im Schnellzug Berlin-Köln (600 km Fahrt) verstient der Zugführer in einem Tage 3,60 Mk. an Nebengeld, während die mühsame Begleitung von einem halb Dutzend und mehr schweren Güterzügen im Pendelverkehr oft kaum mehr als 1 Mk. abwirft. Selbstverständlich sind die Unkosten, die der einträglichere Dienst mit sich bringt, auch entsprechend höhere als bei kürzerer Dienstadwesenheit von Hausgaben für den in diesem Dienste erforderlichen Unisormaufswand hierbei ins Gewicht.

Gine furze Übersicht über die Entwicklung der Gehaltsfrage bei dem Wagenpersonal sei zum Schluß gegeben.

	1890/91.			1891/92.			1899/1900.		
Rang.	Etatsmäßige Stellen.	Minbest= gehalt.	Höchft≠ gehalt.	Ctatsmäßige Stellen.	Minbest= gehalt.	Şödıft≠ gehalt.	Ctatsmäßige Stellen.	Mindeft≤ gehalt.	Söchst= gehalt.
Zugführer	2036	1050	1350	2251	1100	1500	3510	1200	1800
Packmeister	1987	1000	1300	2100	15 S 1100	3ahre   1500	<b>27</b> 88	18 3 1100	ahre 1500
Wagenmeister	?	1050	1350	?	1200	1600	1527	15 3	sahre 1800
Wagenwärter	?	_	_	?	_	_	1362	900	1400
Bahnsteig= \ schaffner (	55	810	1050	?	800	1200	2103	900	1200
Schaffner Bremfer	2899 5085	810 <b>69</b> 0	1050 1050	3215) 5889)	800	1200	11992	900	1200 sahre

	1901.								
Rang.	Ctatsmäßige Stellen.	1	2	3	4	5	6	7	8
	tatsm Stell		+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre
	<u>၂</u> မ			l			<u> </u>		
Zugführer	3 710	1200	1300	1400	1500	1600	1700	1800	_
Packmeister	2832	1200	1280	1360	1440	1520	1600	_	_
Wagenmeister	1 663	1200	1350	1500	1650	1800	- <del>-</del>		_
Wagenwärter	1 514	900	1000	1080	1160	1240	1320	1 <b>4</b> 0 <b>0</b>	_
Bahnsteig= schaffner 1.	<b>2 2</b> 88	900	960	1020	1080	1140	1200	_	
Schaffner }	13 316	900	950	1000	1040	1080	1120	1160	1200

Überall begegnen wir, im Gegensatzu den Berhältnissen beim Lokomotivpersonal, einer mehr oder weniger starken Ausbesserung der Anfangsegehälter neben derjenigen der Endgehälter. Hier hat also die Gehaltsausbesserung die gesamte Masse der Beamten ergriffen. Allerdings paßte auch das frühere Ansangsgehalt von 700 oder 800 Mk. in die heutigen Berhältnisse unmöglich mehr hinein. Freilich will die lange Aufsteigefrist von 21 Jahren die Schaffner und Bremser nicht als zweckmäßig bedünken. Demgegenüber wären die Nebeneinnahmen zu berücksichtigen. Nun aber stehen wir hier abermals, wenn man die mir zu Ohren gekommenen Klagen der Fahrbeamten allgemein gelten lassen will, vor der Thatsache, daß insolge der Fahrtenverkürzung, der Dienstdauereinschränkung, insbesondere infolge der Neuregelung der Übernachtungen eine ganz bedeutende Verringerung der Nebeneinnahmen eingetreten ist, die die Gehaltserhöhung zum mindesten wieder aussehe.

Die Begründung dieser Thatsache verlangt noch ein näheres Ginsgehen auf die ganze Gestaltung des Nebengelderwesens bei den Fahrsbeamten. In der Hauptsache gelten für die Nebenbezüge beim Zugdienst solgende Sätze: Für  $10~\rm km$  Fahrt im Personenzugdienste erhalten Schaffner und Bremser je  $4~\rm Kf.$ , Packmeister und Zugführer je  $6~\rm Kf.$  Fahrgelder,

<sup>1</sup> Der in dieser Übersicht der Bollftändigkeit halber mit aufgeführte Bahnsteigsschaffner, abgesehen von vereinzelten älteren Posten auf Borortsdahnsteigen eine im Bahnbetrieb noch recht junge Beamtenerscheinung, macht eine eigentliche Karriere nicht durch. Zumeist aus den Reihen der durch die Bahnsteigsperre überslüssig geswordenen Fahrschaffner entnommen, bezieht er auf dem Bahnsteigsposten bei einem Dienst dis zu 13 Std. (auf der Berliner Stadtbahn durchschnittlich 10 Std.) daßselbe Gehalt wie früher, auch wird ihm zur Entschädigung für den Begfall der Rebeneinahmen aus Fahrgeldern eine pensionsfähige Zulage von 200 Mk. gewährt. Uber die Möglichkeit, in eine höhere Stellung aufzusteigen, besteht für ihn nicht, wiewohl seine Ausbildung ihn dazu befähigte.

für entsprechende Streden im Güterzugdienste 6 bzw. 9 Pfg. Indessen erwies fich biefe einheitliche Berechnungsweife in vielen Fällen als völlig unthunlich, wenn nämlich trot langgebehnten Dienstes, infolge zahlreicher Aufenthalte auf Stationen und Güterbahnhöfen feine entsprechenden Rilometerleistungen erzielt werden können. Wenn 3. B. in 15 ftundigem Dienste noch keine 60 Kilometer gefahren werden, weil das Bersonal eben einen Bendelzug zwischen nah gelegenen Stationen mit fortwährenden Fahrtunterbrechungen oder einen Schleppzug bedient, so suchte man die Ungerechtigkeit, die in einer Bergütung nach dem Maßstabe der Fahrleistung hier liegen murbe, durch die Einrichtung der Stundengelber zu beseitigen. Diese Stundengelber wurden nach verschiedenen Saten gezahlt; gewöhnlich erhielten Bugführer und Badmeifter 9 Pf.; Schaffner, Bremfer und Wagenwärter 6 Pf. für die Stunde, doch wurden auch geringere Sätze, namentlich bei fehr langgedehnter Dienstdauer, 3. B. in bem oben erwähnten Falle der 15 ftündigen Dienstdauer nur 7 Bf. bam. 4 Bf. gezahlt, mahrend bei fehr kurzer Dienstdauer die Fahrbeamten höhere Nebengelder, z. B. die Zugführer auf der Berliner Stadtbahn 14 Af., andere auf gewiffen Gütertouren 11 Bfg. erhielten.

Neuerdings aber scheint dieses Vergütungsspstem der Verwaltung leid geworden zu sein, wenngleich die Beamten damit ziemlich zufrieden waren. Der Verwaltung mag es wohl zu verschwenderisch vorgekommen sein. Schon früher hatte sie ja aus diesem Gefühle heraus hie und da Abstriche zu machen versucht. Im Eisenbahnverwaltungsblatt 1896 S. 83 liest man z. B. in einem Erlaß bezüglich der Stundengelder des Fahrbeamten folgendes:

"Kommen im Heimatsort in einzelnen Fällen so lange Ruhepausen vor, daß die Einnahme der Fahrbeamten an Stundengeld im Verhältnis zum Mehrauswand für den Lebensunterhalt, für den die Nebenbezüge in erster Linie bestimmt sind, zu hoch (!) erscheint, so ist es den Kgl. Gisenbahndirektionen überlassen, in analoger Anwendung des § 2 Abs. 4 des bezeichneten Reglements für diese Fälle geringere Einheitssätze als Stundengelder sestzusen."

Auf diesem Wege ist nun die Sisenbahnverwaltung weitergegangen; ja, sie hat die alte Berechnungsweise vom Jahre 1896 ganz aufgegeben und vom 1. Okt. 1899 ab begonnen, die Stundengelder durch Kilometergelder zu ersetzen. Seitdem aber regt sich lebhafte Unzufriedenheit unter einem großen Teile der von dieser Reglung betroffenen Fahrbeamten. Die unangenehme direkte Wirkung einer derartigen Berechnungsmethode liegt in vielen Fällen nach dem oben ausgeführten auf der Hand. Dazu treten indirekte Nebenwirkungen. Es fallen bei Zugrundelegung von Kilometersähen die

Vergütungen für Überstunden infolge Zugverspätung, sowie für den Bahn= hof&=Reservedienst, für die Aushilfsleistungen beim Rangier= und Personen= zugdienst innerhalb des Bahnhof& fort.

Und die Mißstimmung steigerte sich noch, als ein Jahr darauf, am 5. Nov. 1900, ein minifterieller Erlaß die Rilometergelbfate für Güterzüge mit mehr als 40 km Grundgeschwindigkeit 1 benen für Personenzugfahrt gleichzustellen befahl, mahrend früher für Güterzüge mit diefer Geschwindigkeit eben die höheren Güterzugfäte in der Mehrzahl der Fälle zur Auszahlung gelangten. Empfindliche Ausfälle in ben Nebenbezügen ftellen fich bei ber Durchführung dieser Bestimmungen ein. Und doch war schon durch die Reorganisation bes Übernachtungswesens, bas bie Auszahlung von Nachtgelbern (für Führer und Backmeister 1,50 bzw. 1,00 Mf.; Schaffner, Bremfer, Bagenwärter 1,00 bzw. 0,67 Mf., je nachdem Übernachtungs= lokale mit Betten zur Berfügung stehen ober nicht) auf ein Minimum reduzierte, mährend die Fahrbeamten früher 10, 20 und mehr Mf. "im Schlafe verdienten", das Nebeneinkommen der Fahrer gang empfindlich ge= fürzt worden. Gewiß mar die letztgenannte Reorganisation heilfam, indem fie ben unvernünftig langen Nachtbienst einschränkte; gewiß mar bie oben berührte Neuregelung der Fahrgeldfate nicht von dem Streben diftiert, Ersparnisse zu machen, sondern sie wollte die Ungleichheit in den Nebenbezügen ber Beamten etwas ausgleichen; ber Verwaltung lag bie Absicht durchaus fern, die Beamten in ihrem Ginkommen zu verfürzen und ihre Einnahmeüberschüffe dadurch zu erhöhen: es widerspräche ja dem nobile officium einer Staatsbehörde, beren Betriebe nach einem königlichen Worte "Mufterbetriebe" fein follen. -

Trot alledem aber weist ein erheblicher Teil der Fahrbeamten in Wort und Schrift und Jahlen-Zusammenstellungen auf einen beträchtlichen Rückgang ihrer Nebenbezüge hin; die oben im Kapitel über das Lokomotivpersonal beigebrachten statistischen Nachweise über die Nebengelder erhärten
die Wahrscheinlichkeit dieser Behauptungen. — Und es kehrt die eigentümliche Erscheinung, die sich auch beim Lokomotivpersonale teilweise andeutete, wieder,
daß sich in einem derartig modernen, in seinen technischen Einrichtungen
immer mehr vervollkommneten, lebendig fortschreitenden Betriebe, dem unsere
Zeit Kultursegnungen und wirtschaftliche Fortschritte ohne gleichen verdankt,

¹ Grundgeschwindigkeit unterscheibet sich von der durchschnittlichen Fahrsgeschwindigkeit durch Nichtberücksichung der Ausenthalte und der Langsamfahrt beim Aussund Sinsauf in Bahnhöfen. (Mit einer Grundgeschwindigkeit von 40 km sahren die meisten Güterzüge.)

daß gerade in diesem vorwärts gewandten Betriebe von den Beamten soviel von der guten, alten Zeit erzählt wird — wenn es sich um die Gelbfrage handelt. —

## Die Weichensteller.

Einen durchaus anders gearteten, doch in seiner Bedeutung für ben Betrieb ebenso michtigen und verantwortlichen Dienst, wie die Fahrer, einen Dienst, ohne den der Gifenbahnverkehr gar nicht gedacht werden kann, leiften die Weichensteller. Die Möglichkeit, weite Betriebsgefilde einheitlich zu bewirtschaften und ben Betrieb andrerseits wieder in Specialarbeitsfelder zu gliebern, das Knäuel ber fich freuzenden Bewegungelinien ohne Stockung. ohne Gefährdung des Betriebs zu entwirren, hangt von der egaften Pflicht= erfüllung und Umficht des Weichenstellers ab. Der Weichensteller eines Bezirks muß im letten Grunde jeden Schritt der Maschinen, jede Rangier= bewegung, die in seinem Bereiche im Laufe des Tages sich vollzieht, auf die Minute genau kennen und ihr mit seinen Weichenhebeln den Weg Nur durch langjährige Übung geht der Rhythmus bes Betriebes bem Mann an der Weiche in Fleisch und Blut über. Schlieklich aber wurzelt die Gewohnheit, die Hebel in einer beftimmten Reihenfolge gu ziehen, bei ihm so tief ein wie bei einem Klavierspieler, dessen Finger ein vertrautes Stud mechanisch auf den Tasten greifen. Jede Abweichung von der alten Melodie beunruhigt ihn, jede Fahrtenneuerung ftort feine Dienst= sicherheit, jede unvorhergesehene Rangierbewegung erregt ihn um so mehr, je inniger er sich in die alte Zugfolge hineingelebt hat. Ein Teil der Betriebs= unfälle, der Wagenkarambolagen ist dadurch zu erklären, daß etwas Außer= ordentliches, etwas in der alten Norm nicht Vorgesehenes sein Weichenfeld freuzt.

Es gehört eine ausgezeichnete Schärfe der Sinne, der Augen, des Gehörs und eine unermübliche Umsicht dazu, ein größeres belebtes Weichensfeld zu beherrschen. Dem Strategen vergleichbar, der von hoher Warte aus das Spiel des Gesechts überwacht und durch seine Ordonnanzen die Kolonnen dirigiert, so stellt der Stellwerkswärter von seinem Plaze aus, gemäß den Rusen und Zeichen, den telegraphischen und telephonischen Besehlen von den Blocks und Bahnhofsstationen her, die Weichen und die Signale ein, die den DurchgangssVerkehr oder den Übergang aus einer Geleisflucht in die andere regeln und gegen Störungen decken sollen. Stellwerke von 20, 50 bis 100 Hebeln, deren senkrechte Aufs und Abbewegung durch gespannte Drahtzüge und Rollenführungen in horizontale, auf 100 bis 200 Meter weite Strecken wirkende Bewegungen übersetzt wird, unterstehen der Bedienung

von ein, zwei bis vier Beamten. Roch größere Stellwerke find Seltenheiten. Der Dienst teilt sich gewöhnlich, wenn mindestens zwei Beamte auf bem Stellwerf thatig find, in den höher qualifizierten telegraphischen Bermittelungs= bienft und den eigentlichen Beichenftelldienft. Während der eine Beamte. ber Weichensteller erfter Rlaffe, ber die Unwartschaft zum Saltestellenaufseher besitt oder unmittelbar anstrebt, in der Hauptsache das Telephon, den Telegraph, den Verkehr mit der Bahnhofsstation oder den auf der freien Strede vorgeschobenen Blockstationen bedient und fich über die Bewegung ber burchgehenden Büge unterrichtet, stellt ber zweite teils nach ben Weifungen bes anderen, teils nach eigenem Ermeffen, ben Anforderungen des Berkehrs und Rangiergeschäfts innerhalb seines Weichenbezirks entsprechend, die Bebel. Bebenkt man, daß oft 100 und mehr Büge im Laufe eines Tages einen Beichenbezirk paffieren, für die eine freie, absolut gesicherte, vom Berkehr ber Nebengeleise isolierte Strecke jedesmal bereit zu stellen ift, mas schließlich nur mit Unterstützung fombinierter Geleisverriegelungen durchzuführen ift, daß aber zwischendurch und nebenher ungezählte Rangierbewegungen Weichen= verstellung erfordern, so wird man verstehen, welches Mag peinlichster Aufmerksamfeit und Berantwortung bas Stellwerksaeschäft von feinen Beamten verlanat.

Der Stellwerksdienst stellt durchweg den schwersten Bosten für den Weichensteller dar. Während des Dienstes darf hier der Beamte kaum von der Stelle weichen. Ist das Stellwerk nur mit einem Mann besetzt, so kommt es vor, daß dem Beamten nicht einmal ein Augenblick zum Austreten gegeben ist. Ferner findet sich nicht selten eine besonders unangenehme Beigabe zum Stellwerksdienste, die Bewachung eines nahegelegenen Straßensüberganges. Das Öffnen und Schließen der Schranken unter möglichst geringer Behinderung des Straßenverkehrs ist wahrlich eine wenig danks bare Nebenbeschäftigung.

Ein mobernes Stellwerf ist nun zwar ganz wohnlich eingerichtet, mit Heizanlagen ausgestattet, aber die großenteils noch allgemein übliche Art des mündlichen oder akustischen Signalgebens beim Rangiergeschäft, andernsalls auch das Beschlagen der allerseits angebrachten Glassenster, das die optischen Signale und die ausgesteckten Geleisnummern zu erkennen unmöglich macht, zwingt die Stellwerksbeamten zwecks sicherer Verständigung bei gesöffneten Fenstern zu arbeiten. Die Vorteile des geschützten Arbeitens in geschlossenen Räumen, die sonst wenigen Sisenbahnbeamten zu teil werden, werden dadurch erheblich beeinträchtigt; das notwendige Offenhalten der Fenster giebt Anlaß zu zahlreichen Erkältungskrankheiten und rheumatischen Leiden.

Immerhin ift die Arbeit des Stellwerksbeamten bezüglich des Witterungs= schutes eine geradezu beneidenswerte gegenüber der des handweichenstellers, ber zu ebener Erde im Freien seinen Dienst verrichtet. Dieser Bosten, Die Anfangsstellung bes gewöhnlichen Weichenstellers, vielfach mit Silfsweichenstellern, felten mit Weichenstellern I. Al. besetzt, erfordert eine besonders tüchtige Körperkonstitution, sobald das zugehörige Arbeitsseld nur einige Ausdehnung befitt. Dem Beamten ift eine Bude als Bufluchtsstätte gegen bie Unbilden des Wetters zugewiesen, für Heizzwecke mahrend des Winters stehen ihm ferner 20 Centner Kohle zur Verfügung; allein zu längerem Aufenthalt unter diesem Schutzbach giebt höchstens der Betrieb auf stillen Bahnhofsfelbern, und auch hier meist nur ber Nachtrangierdienst Gelegenheit. So unvergeglich mir ber Weichenwärterposten ift, auf bem ein alter weiß= föpfiger Kollege bes Nachts beim Mondenschein die Rosen um seine Bude herum pflegte und begoß, so fehr bedaure ich es, diesem Idna nur dies eine Mal begegnet zu fein. Des Alten Kompagnon im Tagesdienste hatte wahrlich anderes zu thun, als Rosenblüten-Poefie zu schlürfen. Das war ein Rennen und Laufen auf bem weiten Schienenfelbe, mo 20 Weichen gu bedienen und ebensoviele Laternen in Ordnung zu halten, mährend ber Ruhepausen anzugunden, zu puten und auszulöschen waren. Und nun erft gar zur Winterszeit, wenn die Geleise wieder und wieder verwehen und die Weichen einfrieren, die Laternen schneeig überlaufen. Dann trottet ber Weichensteller in feiner biden Dienstjoppe mit bem militärisch hohen, engen Salsfragen 1, trot aller Rälte schwitzend, burch ben Schnee, von einer Weiche zur andern, um fie frei zu legen.

Dann schaut manch einer zum Stellwerk hinauf: "Die oben haben es besser, die brauchen nicht halb soviel Schuhwerk und Lumpen wie wir, die mit ihrem vielen Gelde." — Der Stellwerkswärter freilich qualt sich oben, die Signale zu verstehen und acht zu geben, ob seine Weichen überhaupt dem Hebeldruck folgen; aber die verschneiten Weichensignalköpfe lassen nichts mehr erkennen, und die Last der Berantwortung drückt den Mann dort oben mehr als den Wärter unten bei den Handweichen, der wenigstens die Wirkung seiner Handlungen noch kontrollieren kann.

Im allgemeinen sind wohl hinsichtlich der Verantwortlicheit die Posten zu ebener Erde günstiger dran als die Stellwerksbeamten. Auch giebt es einzelne kleine, geschlossene Stellwerke, zu benen nur wenige in der Nähe gelegene, im Freien mit der Hand zu bedienende Weichen gehören, die so

<sup>1</sup> Durch eine kurzlich veröffentlichte Kabinettsordre find Erleichterungen bezügslich bes ftrengen Zuschnitts der Dienstkleidung zugestanden worden.

angenehmen Dienst gewähren, daß ältere Weichensteller erster Klasse, die jahrelang ein großes Stellwerk bedient haben, denen aber der Dienst dort oben trot seiner nur größtenteils achtstündigen Dauer zu schwer geworden ist, bisweilen freiwillig zu dem unteren Posten wieder herabsteigen, wo sie zwar 12 Stunden Dienst thun müssen, aber ein ruhigeres Leben führen können als bei 25 bis 50 Hebeln im ersten Stock. Eine Kombination des Stellswerks- und Handweichendienstes, wobei ersterer allerdings die Hauptsache, letzterer nur eine Ergänzung bildet, wird neuerdings auf Verordnung des Ministers eingeführt.

Als Nebenbeschäftigung für den Beichensteller ift, abgesehen von den oben erwähnten Funktionen, die Pflege des Oberbaus, die Kontrolle der Geleisverbindungen und sbefestigungen zu nennen. Mit Hammer und Schraubenschlüssel muß er in den Pausen, die der Weichendienst ihm läßt, überall, wo es not thut, nachhelfen, um Unordnung und Schäden an den Schienen zu beseitigen. Eine Prämie, die auf Entdeckung von Geleisschäden und Schienenbruchstellen ausgesetzt ist, ermuntert ihn zur sorglichen Ersfüllung dieser Nebenpslichten.

Dies der Kern des Weichenstellerdienstes. Um ihn herum gruppieren sich andere Dienstleistungen, die von dem Weichensteller teils vor seiner Unstellung absolviert werden mussen, teils eine höhere Dienststuse in seiner Laufbahn darstellen. Der Weichenstellerthätigkeit vorauf geht die Ausbildung und Prüfung als Bahnwärter, Schranken-, Blockstations- oder Brücken-wärter, deren Inhalt hier nicht besonders geschildert werden soll. Hingegen ist der Dienstslasse, in die besonders tüchtige Weichensteller unter günstigen Umständen aufrücken können, ein Wort zu widmen.

Die Weichensteller erster Klasse, die über den Betriebsdienst und Zugverkehr eines Bahnhofs eine eingehende Übersicht erlangt und das Telegraphieren praktisch zur Genüge kennen gelernt haben, können als Weichensteller des Stations= und Absertigungsdienstes zu den inneren Stations=
geschäften zugezogen werden, wenn auch ihre nunmehrige Thätigkeit mit dem
alten beibehaltenen Weichenstellertitel nicht das geringste mehr zu thun hat. Sie sind in Wirklichkeit Stations=Assistenten wie die übrigen Herren, die
meist Sinjährigen=Vildung besitzen; nur im Namen und Gehalt stehen sie
ihnen nicht gleich. Neuerdings ist diese Möglichkeit der Übernahme in den
Stationsdienst durch die plandewußte Übertragung des Telegraphendienstes
an weibliche Hilfsbeamte etwas eingeschränkt worden.

Auf dem Stationsposten werden dem Weichensteller alle Zweige des Stationsdienstes, Aufsichts-, Zugabfertigungs-, Telegraphen-, Schalter- und Gepäkabfertigungsdienstes vertraut; hier wird seine selbständige Stellung

als Haltestellen-Aufseher, b. h. als oberster und einziger Beamter einer kleinen Station, die sich erst zum Bahnhof mittleren Ranges auswachsen soll, vorbereitet.

Die Thätigkeit eines Haltestellen-Aufsehers entspricht an Ausbehnung und Bielgliedrigkeit dem umfangreichen Titel des Beamten. Er ist der Universalsbeamte katezochen. Wenn nicht für die allergröbste Thätigkeit ein Hilfsbeamter ihm zur Seite gestellt wird, dann ist solch ein Haltestellenaufseher Stationssvorsteher, Rangierarbeiter, Fahrkartenverkäuser und Weichensteller, Telegraphist und Bahnsteigschaffner, Lademeister, Kassenrendant, Rechnungsführer, alles in einer Person; die "rote Mütze" freilich, die er trägt, verleiht allen seinen Funktionen einen besondern Rimbus. Wie sich diese im gegebenen Augenblick immer zu präciser Gesamtwirkung vereinen lassen, erscheint oft als ein Rätsel; jedenfalls rusen diese Beamtenerscheinungen den Eindruck hervorragender Berufstüchtigkeit und Arbeitstreue hervor.

Der Lebensgang des Weichenstellers spielt fich nach bem Gefagten nun in folgender Beise ab:

Aus der Masse der Arbeiterschaft heraus, ohne ben Nachweis besonderer handwerksmäßiger Schulung, wird ber Unwarter bes Weichenstellerberufs gur Ausbildung von der Betriebsverwaltung übernommen. Indes erst nach mehrjähriger vielseitiger Beschäftigung im Dberbau-, Weichen- und Signalbienst wird er als Hilfsbeamter vereidigt. Im Lauf der nächsten Jahre wird ihm endlich Gelegenheit zur Ablegung der Weichenstellerprüfung gegeben, und weitere 3-4 Jahre darauf, d. h. nach 8-12=, ja 14jähriger Hilf& beamtenzeit, etwa mit 35 bis 37 Lebensjahren, barf er auf etatsmäßige Unstellung als Bahnwärter, wieder 2 bis 3 Jahre, bisweilen aber auch 5 bis 6 Sahre später auf einen etatsmäßigen Weichenstellerposten rechnen. wofern nicht ein starker Zustrom von Militäranwärtern bas Aufsteigen übermäkia verlanasamt. Diese haben nur die 6 bis 9 Monate des Borbereitungsbienstes für bie Prüfungen abzuleisten und werden bann zumeist in erfter Linie bei ber Besetzung freiwerdender Stellen berücksichtigt. Weichensteller I. Rl., ber von diesem Eindringen ber Militäranwärter gar nicht mehr berührt murbe und unbefangen urteilen konnte, gab mir gegenüber einmal ben Rlagen ber nicht anstellungsberechtigten Beamten betreffs biefes Punttes lebhaften Ausdrudt: "Da laufen Leute herum, Die 14, 15 Jahre bei der Bahn beschäftigt sind, alle Brufungen gemacht haben, tüchtig find und die doch nicht vorwärts zur Anstellung kommen, weil die Stellen mit Militäranwärtern besett find, von benen ja bie Gisenbahn gesetlich fo und so viele übernehmen muß. Und dann, wenn die Leute schließlich so lange gewartet und gewartet haben, werden fie wegen zu hohen Alters nicht mehr an= gestellt, ober sie fallen beim Arzte durch." Diese letzte, vielleicht wichtigste Bemerkung bezieht sich auf die ziemlich scharf gehandhabte Untersuchung ber Augen und der übrigen Sinnesorgane, die für manchen Hilfsbeamten, der fast ein halbes Menschenalter bereits dem aufreibenden Bahndienst gewidmet hat, in der That nicht mehr befriedigend ausfällt 1.

Nach vielen Jahren der Thätigkeit im unteren Weichenstellerdienst wird infolge der Konkurrenz der Militäranwärter auch nur einem Bruchteil das Glück zu teil, in den höheren Rang des Weichenstellers I. Kl. und des Haltestellen-Aufsehers aufzusteigen, zumal da den 17 450 etatsmäßigen Weichenwärterstellen nur 4444 Stellen für die höheren Funktionen (Etat 1901) gegenüber stehen. Der Übergang wird zwar durch eine ziemlich schwierige Brüfung, die derjenigen zum Stationsassischen kaum an Umfang nachsteht, noch möglichst erschwert<sup>2</sup>, allein die Zahl der Bewerber ist viel

Prüfung jum Beichenfteller I. Rlaffe.

(Haltestellen-Aufseher und Weichenfteller I. Klaffe für den Telegraphen- und Abfertigungsdienft.)

- I. Der Prüfung muß eine halbjährige Beschäftigung im Stations- und Telegraphendienst, bei der Fahrkarten-Ausgabe, bei der Gepäck- und Güterabsertigung und im Güterkaffendienst nach abgelegter Prüfung zum Weichensteller voraufgehen.
- II. In der Brufung find nachzuweisen:
  - 1. (fummarifch miebergegeben) Fähigfeit , fcbriftliche Dienftberichte zu erftatten, beutsche Telegramme zu schreiben, mit Decimalbrüchen zu rechnen.
  - 2. Renntnis ber Gifenbahn= und Telegraphenlinien bes Bezirks, ber Unichluffe, ber Karten und Berzeichniffe.
  - 3. Kenntnis ber Bebienung und Regulierung ber elektrischen Apparate und Elemente.
  - 4. Renntnis aller Beftimmungen für den halteftellen-Berkehr, der Stationsund Kahrbienst-Borichriften.
  - 5. Kenntnis ber Signalordnung nebst Ausführungsbestimmungen, wie ber Borschriften über bie zollsichere Sinrichtung ber Gisenbahnwagen im Ausslandsverkehr.
- 6 bis 9. Kenntnis aller Dienstanweisungen für Telegraphenbeamte,
  - ber Beftimmungen über die Saltestellenvermaltung,
  - ber sonstigen diesbezüglichen Dienstvorschriften,
  - der Borfchriften über die Beförderung der Dienftichriften und bienftlichen Gelbiendungen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Begen des zu hohen Lebensalters allein follen zwar nach neuesten Bestimmungen die etwa über 40 Jahre alten hilfsbeamten nicht mehr von der etatsmäßigen Anstellung ausgeschlossen sein.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bur Beurteilung der höhe der dienftlichen Anforderungen, sowie auch zur Junftration der Thätigkeit eines haltestellen-Aufsehers seien hier einmal die hauptzüge der umfangreichen Prüfungsbeftimmungen mitgeteilt:

größer als das Stellenangebot. Menn auch die Stellenanwärter längst und ständig schon die Funktionen der höheren Rangklasse unter voller eigener Berantwortung erfüllen, das Streben, in diese Stellen als etatsmäßige Besanten einzurücken, bleibt infolge der knappen Fixierung dieser Stellen im Etat für die meisten bitter lange unerfüllt.

Andererseits ift allerdings in jüngster Zeit auf Grund eines ministeriellen Erlasses vom 19. Dezember 1898 den Beichenstellern I. Al. eine bedeutsame Bersgünstigung zu teil geworden; es ist ihnen die Möglichkeit eröffnet, aus dem Unterbeamtenverhältnis zur Anstellung im mittleren Stationsdienst, die bissher den Bewerbern nur unter Nachweis höherer Schulbildung oder bessonderer Anwartschaftsrechte zugänglich war, sich emporzuarbeiten. Wenn auch nur dis 200 Beamten jährlich Gelegenheit gegeben ist, diesen großen Schritt zu thun, und die Einstellung im Gnadenwege verliehen wird, so ist doch eine Schranke gefallen, die in einer altgefügten Beamtenhierarchie disslang für unübersteigdar gelten mußte.

Die Vergünstigung soll nicht einmal ausschließlich auf die Weichensteller beschränkt sein, sondern allen mindestens 3 Jahre lang in etatsmäßiger Stellung befindlichen Unterbeamten offen stehn. So gering vielleicht auch die materiellen Wirkungen dieser Neuerung in der Beamtenlausdahn für das Groß des Unterbeamtentums sein werden, dieser Erlaß hat in weiten Kreisen der Bahner den leuchtenden Sindruck einer socialen That hinterlassen. Es ist das eine psychologisch interessante Konstatierung, die bezüglich der geistigen Struktur und des Berufssinnes der unteren Bahnbeamten einen charafteristischen Schluß zuläßt und anzeigt, wie leicht diese Arbeiterschaft im allgemeinen zufrieden gestimmt werden kann. Wie tief freilich diese zufriedene Stimmung greift, von welcher Dauer diese Wirfung sein kann, das wird man nur im Zusammenhang mit einer Betrachtung der Dienstenteilungs- und Besoldungsverhältnisse richtig ermessen können, denn den innigen Konner zwischen Berufsfreudigkeit und günstigen Arbeitsbedingungen wird auch der Gegner der materialisstischen Anschauung kaum bestreiten.

Die Diensteilung bes Bahnüberwachungs- und Weichenstellspersonals ist im Gegensatz zu berjenigen der bisher behandelten Beamtenstategorien eine geregelte zu nennen, wenn sie auch mit den normalen Arbeitsverhältnissen der gewerblichen Bevölkerung sich keineswegs deckt. Die regelsmäßige Wiederkehr von 8, 10, 12stündigen Dienstpflichten ist das einzig Gemeinsame zwischen der Dienstreglung des Beichenstellpersonals und der allgemein außerhalb des Bahnbetrieds geltenden Arbeitseinteilung. In der Art des Schichtenwechsels, des Übergangs aus dem Tag- in den Nachtdienst indes bietet die Brivatindustrie nur vereinzelt Barallelen.

Charakteristisch für die Diensteinteilung des Weichenstellpersonals ist das zu Grunde liegende, durch die Arbeitsverhältnisse gebotene Princip, den Beamten Tag aus, Tag ein oder Nacht für Nacht mindestens eine Woche lang zu möglichst denselben Stunden, in denen stets das gleiche Betriebsbild sich abwickelt, zu beschäftigen, um ihm die wünschenswerte, auf regelmäßige Gewöhnung gegründete Sicherheit in der Ausübung seiner Funktionen zu verleihen.

Wie der Dienst gewöhnlich auf der Grundlage eines 12stündigen Arbeitstages geregelt wird, ist aus dem in der Praxis vielsach üblichen Schema (s. Tasel S. 138) zu erkennen. Typisch ist der wöchentliche Wechsel von 7 Nachtschichten und 7 Tagschichten und die Art der Ablösung an den Tagen der wirklichen oder angeblichen Sonntagsruhe, die den garantierten Ruhetag an jedem dritten Sonntage dem Beamten ermöglichen soll. Man verteilt die Arbeit des ledigen Bezirkes auf die Bediensteten der besetzen Nachdarbezirke. Außerordentlich kunstvoll sind auch unter Vermeidung jedes Dienstaussfalles und jeder Ablösung die Übergänge aus dem Tag- in den Nachtbienst und umgekehrt, durch die Anwendung von drei verkürzten an Stelle zweier langer Schichten konstruiert.

Diese auf Handweichenposten vielfach verbreitete Diensteinteilung und Dienstdauerbemessung kann an sich, abgesehen von der Bestimmung sieben auseinandersolgender Nachtschichten nicht als günstig oder ungünstig bezeichnet werden. Der Arbeitsgehalt, der in diesem Rahmen steckt, ist das Entscheidende. Nach dieser Richtung ergeben sich gewaltige Unterschiede. Selbstschon innerhalb eines und desselben Bahnhofs, je nach dem Charakter des Beichenbezirks! um wieviel mehr nun erst an den verschiedenen Verkehrsplähen, an denen ungeheure Abweichungen hinsichtlich der Zugsolge, des Umfangs des Rangiergeschäfts bestehen und doch in den häufigsten Fällen an der 12-Stundenschicht festgehalten wird.

¹ Es beftanden im Jahre 1900 im Tagesdurchschnitt nur etwa 6000 Dienstsschichten mit kürzerer als 12stündiger Dauer und darunter nur 2205 8ftündige Schichten. Wenn man berücksichtigt, daß bereits 1899 2400, also im Jahre 1900 etwa 2450 Bahnhöfe erster dis dritter Klaffe, d. h. Stationen mit bedeutenderem Berfehr, die sämtlich mit mindestens einem, dei größerem Betriebsumfange aber mit 5 und mehr Stellwerken außgerüstet sind, existierten, und daß die Uchtstundensschicht in erster Linie auf den Stellwerken eingeführt ist, auf jedes solcher Stellswerke mithin täglich 2 bezw. 3 achtstündige Dienstschichten entsallen, so ist klar, daß die oben außgezählten 2200 Uchtstundenschichten vom Stellwerksdienst absorbiert werden. Bon allen 6000 unter 12stündiger Dauer sich haltenden Schichten übershaupt dürste nicht viel auf die Handweichenstellerposten entsallen.

<sup>1899</sup> gahlte bie Reichseisenbahn-Statistik 3861 Signalhäuser für Weichen-

Diensteinteilung für die Beichensteller.

ا ا	2	6 12						=
Sonnabend.		21			1			
@ ou		12 6						
	Na At							
Freitag.	Lag	15.						
# # # # # # # # # # # # # # # # # # #		9	<u>l</u>		<b> </b>   <b> </b>		<b>I</b>	<b> </b>
	Na Ht							
erstag	6	12 6		=				
Donnerstag.	Lag	6 1		<u> </u>				
I	Na cht	7						
·	Жa	. 1						
Mittwoch.	<b>E</b> a <b>g</b>	12 6						
æ tt	H	9	<b>I</b>	<u> </u>			<u> </u>	<u>                                     </u>
	Na Ht	1 2						
	જ્	. 9						
Dienstag.	Lag	12		ļ <b>]</b>				
Ä	G4	9	I		<u>                                     </u>	<u> </u>		<u> </u>
	Na c	1 5						
	ĸ	9						
Montag.	Lag	15						
i ii		9			<u> </u>			† <b>-</b>
	Na ht	10 1 2	_ = :::::::::::::::::::::::::::::::::::			- E		
- gr			<b>∷</b>			event. frei frei		
Sonnlag.	Lag	9 12 2 6	ever			23		
	Nacht	9			- <u> </u>		Ī	
, y		1 2	<del></del>	<del></del>	dalsįdsau s	l <b>is</b> ar <b>ns</b> &oar	<del></del>	
e e	thuender Beamter.		Wethen≠ fteller 1. 2.	1. %	25.	ri ei	નં જાં	F: 5i
.9	Mod		I	п	III	IV	>	VI

Weichensteller bes Regirts 2 übernehmen Sonntags abwechleind bie Vertrettung in ben Revieren 1 und 3, jo daß die Weichensteller dieser Reviere ohne besondere Ber- tretung an jedem 3. Sonntag diensstrei find. Erläuierungen. Rei Conntageruge bleibt Regirt 2 unbefest, es wird ber Dienst von ben Deichenstellern ber Begirte 1 und 3 mit verfegen. Die beiben

Hier verkehren kaum 50 Züge, bort 70 bis 100 innerhalb 24 Stunden; auf diesem Bahnhof sind kaum 5000, auf jenem über 10 000 Achsen täglich zu rangieren und mit den erforderlichen Beichenverstellungen zu begleiten. Hier sind 10 eng bei einander liegende Handweichen, dort 15 bis 20 über ein 150 m weites Feld verteilt. Hier konzentriert sich das Verkehrsgeschäft mehr auf einzelne Stunden und gewährt im übrigen reichliche Pausen, dort klappert das Werk den ganzen Tag, ohne auch nur den Beamten die nötigsten zusammenhängenden Pausen zu den Mahlzeiten zu lassen. So sind denn auch die Urteile der Beamten über diese schematisch angewandte Diensteinteilung sehr verschieden. Der eine sindet noch Zeit, Rosen zu züchten, der andere kaum so viel, "sich einmal herzhaft satt zu fluchen über den elenden Dienst", wie es wohl der sehnlichste Bunsch eines meiner Bahnerkollegen war.

Als hart wird diese Diensteinteilung jedenfalls überall da empfunden, wo die Sonntageruhe nur auf dem Papier steht und die größeren Ruhespausen dem Beamten einzig und allein nur aus dem für solche Fälle etwas modifizierten Schichtenwechsel erwachsen.

Die Norm für die Dienst= und Ruhebemessung des Weichenstellpersonals ist wie für alle Betriebsbeamten in den "Allgemeinen Bestimmungen" über die planmäßige Inanspruchnahme gegeben. Es heißt da für die Weichensteller wie für das gesamte Stationspersonal überhaupt:

- 1. Wenn der Dienst eine ununterbrochene angestrengte Thätigkeit erfordert, soll die durchschnittliche tägliche Dienstdauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stunden nicht überschreiten.
- 2. Im übrigen kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 12 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht bis zu 14 Stunden betragen.
- 3. Ausnahmsweise kann bei einfachen Betriebsverhältniffen, bei benen in die Dienstichicht längere Paufen fallen, wie namentlich auf Nebenbahnen, die Dauer ber Dienstichicht bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden.

Daß diese Bestimmungen auf die oben angedeuteten Fälle harter Beanspruchung sich anwenden lassen, d. h. derartige Dienstgestaltungen nicht von vornherein ausschließen, muß man sich aus dem inneren Wesen

und Signalstellwerke bezw. Verrieglungswerke auf, die mit 41 996 Hebeln für die erstere Funktion und mit 10 034 Hebeln für die letztere ausgestattet waren. Da jedes Werk durchschnittlich mehr als einen Beamten erfordert und die Stellwerkse beamten bei der Vergebung der kürzeren Dienstschichten zuerst zu berücksichtigen sind, so bleiben für die Handweichensteller nur die 12s und mehrstündigen Schichten übrig.

<sup>1 1898</sup> lautete es: eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 4 Std.

dieser Borschriften heraus erklären. Sie haben eine bemerkenswerte Gesichichte.

Im Jahre 1898 lauteten sie nicht nur wesentlich prägnanter, sondern auch in ihren Grundzügen weit günstiger. Damals war vorgeschrieben:

- 1. Die planmäßige (nicht bloß die im Normalburchschnitt fich ergebende) Dauer des täglichen Dienstes der nicht in Stellwerken beschäftigten Beichenssteller soll, wenn ihre Weichenbezirke fortgesetzt derartig durch den Betrieb in Anspruch genommen werden, daß nennenswerte Unterbrechungen der dienstellichen Thätigkeit nicht eintreten, nicht mehr als 8 Stunden betragen;
  - 2. im übrigen 12, 14 bis 16 Stunden.
- 3. Die tägliche Dienstzeit der im Stellwerksdienste beschäftigten Weichenssteller soll bei Anlagen, deren Bedienung eine ununterbrochene, angespannte Thätigkeit erfordert, 8 Stunden nicht überschreiten.

Die Bestimmungen sprachen sich 1898 also schärfer zu Gunsten einer kürzeren Diensteinteilung aus als 1900. Es ist angesichts einer solchen direkten Abschwächung des Gehalts der Borschriften keineswegs verwunderslich, wenn auch ihre restriktive Wirksamkeit sich nicht gesteigert hat, sondern, wie die Angaben des amtlichen Berichts darthun, nur immer kleinere Kreise des Personals der fürsorglichen Reglung des Dienstes nach Maßgabe der Ausnahmebestimmungen teilhaftig werden. Nach den Berichten über die Betriedsergebnisse entsielen

				D	ienstschich	ten mit e	iner Da1	ter		
Zahr.		bis zu 8 Stb.	von mehr als 8 bis 9 Stb.	von mehr als 9 bis 10 Stb.	von mehr als 10 bis 11 Stb.	von mehr als 11 bis 12 Stb.	von mehr als 12 bis 13 Stb.	von mehr als 13 bis 14 Stb.	von mehr als 14 bis 15 Stb.	von mehr als 15 bis 16 Stb.
1898	Auf 24 132 Weichen= fteller	2840	784	1065	1891	15 111	1450	734	139	118
1899	Auf 24 955 Weichen= fteller	2194	819	1242	1819	15 989	1762	896	140	94
1900	Auf 25 355 Weichen= fteller	2209	652	1160	<b>196</b> 8	16 486	1826	739	193	122

im Betriebsquerschnitt an einem Tage

Daraus erhellt, daß im Jahre 1900, obwohl 1200 Beamte mehr als 1898 beschäftigt waren, doch die absolute Zahl der achtstündigen Dienstschichten noch um über 600 zurückgegangen ist, desgleichen ist die Zahl der neunstündigen gesunken. Noch ungünstiger verschiebt sich das Bild, wenn man hierin die relative Verteilung der langen und kurzen Dienstschichten auf das Weichenstellerpersonal ins Auge faßt:

			Von	100 Dienst	dichten bo	nuerten			
im	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis
Jahre	8 Etd.	9 Std.	10 Stb.	11 Etb.	12 Etd.	13 Stb.	14 Std.	15 Std.	16 Stb.
1898	11,76	3,25	4,40	7,85	62,6	6,02	3,05	0,58	0,49
1899	8,79	3,28	4,97	7,28	64,10	7,06	3,59	0,56	0,37
1900	8,71	2,57	4,57	7,75	65,72	7,20	2,96	0,76	0,48

Während 1898 19,4 % aller Dienstschichten eine 10ftündige Dauer nicht überschritten, war dies 1899 nur bei 17 % und 1900 nur knapp 16 % der Fall; und umgekehrt nach der entgegengesetzten Richtung: 1898 dauerten 72³/4 % aller Dienstschichten gegen 12 Stunden und darüber, 1899 75²/s und 1900 über 77 % d. Da ferner die Gewährung größerer Ruhefristen keineswegs rege Fortschritte gemacht hat (1898 entsielen auf den Kopf des ständigen Weichenstellerpersonals: 2,52, 1899: 2,39, 1900: 2,49 mehr als 18stündige Dienstebesreiungen), so haben sich die Diensteinteilungsverhältnisse, die in so manchen Fällen längst als hart empfunden wurden, im Lauf der letzten Jahre noch sichtlich verschlechtert bezw. sind bewußt verschärft worden.

Folgende Verfügung des Eisenbahnministers aus dem Jahre 1899 giebt ja eine anschauliche Erklärung für die Zunahme der langfristigen Dienstschichten auf Kosten der kürzeren 8= und 10stündigen:

"Die Hilfskräfte werden nicht felten badurch erspart werden können, daß die Stellwerkswärter nach Beendigung oder vor Beginn des eigentlichen Dienstes eine dis zwei Stunden zur Weichenunterhaltung herangezogen werden. Es wird dies insbesondere zu geschehen haben, wenn ein 10= dis 12stündiger, ganz im Stellwerk abgeleisteter Dienst als zu anstrengend ersachtet werden müßte, dagegen ein 10stündiger Stellwerksdienst mit hier ansschließendem oder ihm vorauszuleistendem zweistündigem Weichenunterhaltungssienst wohl angängig erscheint."

Bon seiten bes behördlichen Vertreters ist zwar im Abgeordnetenhause diese Dienstreglung, diese ein- bis zweistündige Nebenbeschäftigung der Besanten mit Weichenprüfung und ereinigung als eine Erleichterung des körperlich anstrengenden Stellwerkdienstes bezeichnet worden; praktisch aber stellt sich diese Verwendung im Handweichendienst, durch die ja die biss

herigen Hilfskräfte überflüffig gemacht werden sollen, als eine entsprechende Berlängerung der dienstlichen Beanspruchung des Personals dar und trägt mit zu der in den Zahlentafeln dargestellten Verschlechterung der Diensteinteilungsverhältnisse bei. Diese Verschlechterung wirkt um so ungünstiger, als eine Abnahme des auf die einzelnen Dienstschichten entsallenden Arbeitsequantums angesichts des wachsenden Versehrs nicht anzunehmen ist; vielmehr scheint die Thatsache, daß sich das Weichenstellerpersonal in den letzten drei Jahren 1898—1900 nur in dem Tempo 100: 103,4: 105 vermehrt hat, während die Zahl der Signalhäuser von 1897 dis 1899 prozentual von 100 auf 158,4 und die der zu bedienenden Stelle und Signalwerkschebel in den beiden Jahren 1898 und 1899 von 100 auf 111,5 zusgenommen hat, Grund zur entgegengesetzten Annahme einer anßerordentlichen Intensivierung des Weichenstellerdeinstellerdienstellerdienstellerdien

Werfen wir daneben noch einen flüchtigen Blick auf die Diensteinteilungsverhältnisse bei den Bahn- und Blockwärtern, die ja mit dem unteren Weichenwärterpersonal eine gewisse Verwandtschaft haben und die An- wärter für die etatsmäßigen Weichenstellerposten liesern, so sinden wir auch hier seit der Reduktion der Dienstdauer, die nach den Unglücksjahren 1896 und 1897 vorgenommen worden ist, wieder eine Zunahme der langen Dienstschichten. Der im allgemeinen einsache Dienst der Bahnwärter ist ja an sich schon nicht kurz bemessen, wie die Bestimmungen über ihre diensteliche Inanspruchnahme deutlich genug aussprechen:

Da heißt es:

- 1. Die Dauer der täglichen Dienstschicht soll 14 Stunden nicht über- schreiten.
- 2. Bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, kann die Dienstschicht bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden.
- 3. Wenn die Bahnwärter nur in größerer Entfernung von ihrem Posten Wohnung finden können, ist die auf den Weg zum und vom Dienst entfallende Zeit angemessen zu berücksichtigen.

Die 1898 bestehende Vorschrift: "Auf Bahnstrecken mit vollem Tagund Nachtdienst darf die planmäßige Dauer des täglichen Dienstes der Bahnwärter nicht mehr als 13 Stunden betragen, nur an den Tagen des Dienstwechsels kann die tägliche Dienstdauer ausnahmsweise bis auf 14 Stunden erstreckt werden" — ist weggefallen. Mir persönlich sind Fälle einer Schichtverlängerung bei vollem Tag= und Nachtdienst nicht bekannt geworden. Ob die aus dem amtlichen Zahlenbericht ersichtliche Zu-

<sup>1</sup> Nur diefe Bergleichsdaten bietet die Reichseisenbahnstatiftif.

nahme der Dienstschichten von 13- bis 14stündiger Dauer von 1748 im Jahre 1898 auf 3002 im Jahre 1900 trotz einer Verminderung des ständig beschäftigten Personals um etwa 600 Köpfe, auf die in der Sonder-bestimmung des Jahres 1898 berührten Verhältnisse oder auf die Ausedehnung des Betriebes auf den Nebenbahnen zu beziehen ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Die typische Diensteinteilung für den Betrieb mit vollem Tag= und Nachtdienst und zugleich für drei Viertel des Bahnwärterpersonals ist die in dem untenstehenden Schema stizzierte; sie gilt indes in der Brazis nur mit der Einschränkung, daß die zwei freien Tage im Monat nicht so regel= mäßig allen Beamten zukommen, wie es aus dem Plan hervorzugehen scheint.

Diensteinteilung ber Wärterposten.

Tag.	12 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
Sonntag	
Montag	
Dienstag	
Mittwoch	
Donnerstag	
Freitag	
Sonnabend	
Sonntag	
Montag	
Dienstag	
Mittwoch	
Donnerstag	
Freitag	
Sonnabend	
(1111111111	

Sonntags Bertreter. Jeben zweiten Sonntag frei, wenn die Wärter aus dem Nachtbienst kommen. Reichen die Stellvertreter nicht zu, so machen die Wärter Sonntags Dienst und sollen dafür in der Woche mit einem freien Tage entschädigt werden.

Man braucht nur einmal die amtlichen Angaben über die Zahl der Ruheschichten zu betrachten, um den Umfang dieser Ginschränkung deutlich zu erkennen.

Im Jahre 1900 entfielen auf 25 042 Bahnwärter 59 145 mehr als 18 stündige Dienstbefreiungen, d. h. pro Kopf 2,36 Ruheschichten. Da nun bekanntlich der volle freie Tag von 36 Stunden gleich 1,5 Ruheschichten,

2 freie Tage als 3 Ruheschichten angerechnet werden, so ergiebt sich deutlich, daß die Dienstbefreiungen in natura um reichlich ein Fünftel knapper als auf dem Papier bemessen sind, wobei noch garnicht berücksichtigt ist, daß außer den 17 700 12stündigen Dienstschichten 5300 mehr als 12—16stündige Dienstschichten geleistet werden, die doch wohl am ehesten mit den versügsbaren Ruheschichten zu bedenken wären, so daß auf die übrigen kürzeren Dienstschichten noch nicht einmal volle 2,36 Ruheschichten durchschnittlich entfallen dürften.

Immerhin muß diese 12stündige Diensteinteilung für die Bahnwärter als eine unter gewöhnlichen Verkehrsverhältnissen für die Beamten durchaus erträgliche bezeichnet werden, da die reichlich im Dienst auftretenden Pausen ihnen Ruhe und Lebensgenuß in genügendem Maß gewähren. Ferner ist der Dienst auch nicht so ausgedehnt, daß der Bahnwärter seine Nebensbeschäftigung, auf die er bei ungenügender Besoldung vielsach angewiesen ist, in vollem Umfange ausschließlich während der Dienstpausen zu besorgen gezwungen ist, sondern noch nach Feierabend etwas Zeit dafür sindet.

Die Durchsetzung bes Dienstes mit Nebenbeschäftigung hat, weniger zwar für den Beamten, um fo mehr aber für das Bublikum und den Stragenverkehr an den Übergängen ihre Bedenklichkeiten, da ein in seine Nebenarbeit: Schufterei, Korbflechterei, Holzschnitzerei, Garten- und Aderwirtschaft u. bergl. vertiefter Bahn= und Schrankenwärter fehr leicht bie rechtzeitige Bedienung der Schranken und die sorgfältige Bewachung der Strecke ver-Die Glockensignale, die vor Durchgang eines Zuges ertonen sollen, erfolgen einerseits nicht so peinlich erakt, daß sie den Beamten stets soaleich aufschreckten und auf seinen Bosten trieben, anderseits oft auch nicht früh genug, um bem Beamten noch die Möglichkeit zur Erledigung aller Funktionen vor Ankunft bes Zuges zu gewähren. Es sind besonders die langfriftigen Dienstichichten, für die diese mit der Nebenbeschäftigung des Beamten verknüpften Bedenken am ersten zutreffen. Dben murde nun bereits ermähnt, daß 5315 unter ben Bahnwärterdienstichten bes Betriebs= querschnittes über 12 bis 16 Stunden sich ausbehnen. Es bedeutet dies eine relative Zunahme gegenüber ben Borjahren. Waren 1900 211/2 % lange Dienstschichten verzeichnet, so waren es 1898 nur 17½ %; 1899 zwar noch etwas mehr -23% o - indes steht 1900 mit  $21^{1/2}\%$  jeden= falls über dem Durchschnitt der Vorjahre, und zwar erfolgte auch hier, wie überall, diefe Bunahme ber langfriftigen Schichten auf Roften ber furzbemeffenen. 1898 dauerten noch 91/2 0/0 ber Dienstschichten nur bis zu 11 Stunden, 1899: 61/2 0/0, 1900: 81/2 0/0. — Dies alles angesichts einer erheblichen Berfehrefteigerung!

Das hier für den Bahnwärterdienst nach den amtlichen Zahlen gegebene Entwicklungsdild kann nicht in allen Einzelheiten wirklichkeitsgetreu sein. — Es steht nämlich angesichts der Thatache, daß 1898: 600, 1899: gar 900 Köpfe mehr im Bahnüberwachungsdienst in den amtlichen Übersichten registriert werden als im Jahre 1900, zu vermuten, daß die Aushilfskräfte, namentlich die weiblichen Schrankenhilfswärter, die in immer stärkerem Umsfange zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden, in dieser Zussammenstellung nicht berücksichtigt werden, denn an eine absolute Abnahme des Bahnwärterpersonals ist doch, zumal da sich das Bahnnet in den letzten Jahren 1896—1899 im jährlichen Durchschnitt um 3 % erweiterte, nicht zu benken.

Das Gesamtresultat bezüglich der Diensteinteilung mürde durch das Hereinziehen der Dienstwerhältnisse jener Aushilfselemente indes keineswegs günftiger gestaltet werden.

Die Frauen und Mädchen auf dem Bahnwärterposten haben einen 12stündigen Tagesdienst, oder auch so lange Dienst, als es überhaupt hell ist; die männlichen Aushilfsfräfte, die ausdrücklich nur im "Rebenamte" als Bahnwärter beschäftigt werden, während sie im übrigen auf ihren Hauptsberuf, ein Handwerf oder auf Rentengenuß aus der Invalidenversicherung angewiesen sind, thun so lange Dienst, als Züge auf der Strecke verkehren.

Die Diensteinteilung beim Bahnüberwachungspersonal scheint nach allem ebenso wenig wie die des Weichenstellers geeignet, die oben charakterisierte Zufriedenheitsstimmung dieser Beamtenschicht besonders zu nähren. Es fragt sich schließlich, ob etwa durch reichliche Besoldung ein fruchtbarer Boden für das Wachstum der Berufsfreudigkeit geschaffen ist.

Der Hilfsweichensteller, ber seine 10 Jahr im Tagearbeiterverhältnis auf dem Bahnhof zubringt, steht im allgemeinen auf demselben, oben fkizzierten Lohnniveau wie der Lokomotivhilfsheizer. Die Tagelöhnerfäte des Bahnbetriebs eines Ortes bilben allenthalben die Grundlage für die Besoldung. auf die eine geringe "Stellenzulage" je nach der Funktion des Tagearbeiters aufgesett wird. Beim Silfsweichensteller beträgt fie im allgemeinen 20 Bf. Erst mit den zunehmenden Dienstjahren treten weitere Bulagen von je 10 bis 20 Bf. hinzu. Der Durchschnittslohn ber Silfsweichensteller im gefamten Staatsbahnbetriebe wird für 1899 auf 2,43 Mf., Die Aufbefferung seit 1895 auf 28 Pf. angegeben. Wenn man berücksichtigt, wie viel über 30 Sahre alte Arbeiter mit fast 10jähriger Beschäftigungsbauer in biefer Gruppe enthalten find, wird man ben richtigen Beurteilungsmaßstab für biefe Durchschnittsfäte, Die durch feinerlei Rebengelberbezuge erhöht werben, Rubem werden biefe Löhne auch nicht ausnahmslos über Sonntag haben. 10 Schriften XCIX. - Stragentransportgem.

gezahlt, sondern bei Dienstffreiheit, im Falle der Ablösung durch einen Bahnunterhaltungsarbeiter, einbehalten. An jenem früher erwähnten Berkehrsplaze, wo die Hilfsheizer einen Anfangsgrundlohn von 1,80 Mt. und der eben eintretende Bahnhofsarbeiter 1,40 Mt. empfangen, bezogen 30jährige Männer auf Hilfsweichenstellerposten 2 Mt. den Tag und stiegen im günstigsten Falle, wenn sie auf ihrem Bosten alt und grau wurden, bis 2,30 Mt. auf. In größeren Städten bezieht der Hilfsweichensteller einen Anfangslohn von 2,30 bis 2,50 Mt. und nach 10jähriger Dienstzeit einen Höchstlohn von 2,70, 2,80 und 3 Mt.

Erfolgt die Ernennung des Hilfsbeamten zum etatsmäßigen Bahnmarter, beffen Funktionen er indeffen keineswegs immer auszuüben braucht, fo bezieht er fortan ein festes Jahresgehalt von 700 Mf. und einen Wohnungsgeldzuschuß von 60 bis 180 (bezw. 240) Mf. Bei Berwaltung eines qualifizierten Boftens, einer Blodwärterstelle oder eines haltepunktes mit Fahrkartenausgabe, erhält er gewöhnlich eine Stellenzulage von 60 bis 80 Mf. In ben größeren Städten, wo ber Mann bisher in seiner Hilfsbeamtenstellung vielfach schon 3 Dit. Tagelohn bezw. nach Abzug der Kassenbeiträge ein Jahreseinkommen bis zu fast 1000 Mk, bezogen hatte, bedarf es einer hinreichenden Teuerungszulage, die indes zusammen mit der höchsten Stellenzulage 200 Mf. nicht überschreitet, um ben frisch bestallten Beamten, der überdies größere Aufwendungen für die neue Uniform und die Kleiderkasse zu machen hat, nicht auf ein geringeres Einkommensniveau als das bisher bezogene herabsteigen zu laffen. Erft nach drei Sahren, bismeilen auch noch fpater, wenn bie Beförderung zum etatsmäßigen Beichensteller erfolgt ift, tritt er in den Genug bes seinen Funktionen entsprechenden Gehalts im Anfangsbetrage von 900 Mf. ein. Angesichts des äußerst ftarken Berfchleißes von Rleidung und Schuhzeug, den diefe Arbeit mit fich bringt, erscheint der Anfangssatz von 900 Mf. + etwa durchschnittlich 144 Mf. Wohnungegeldzuschuß (zweite Servisklaffe) + vielleicht 100 Mf. Teuerungsund Stellenzulage, von insgesamt 1150 Mf. ober pro 12ftundigen Arbeitstag rund 3,50 Mf. für einen Mann von 40 Jahren, ber fast 15 Jahre feines Lebens in diesem verantwortungsreichen Dienste bereits zugebracht hat, an einem Orte von 30-40~000 Einwohnern nicht eben hoch. Rlagen bezüg= lich dieses Punktes fehlen natürlich hier so wenig wie bei anderen Bahnerfateaorien. Indessen beziehen sich die Klagen der Weichensteller nicht allein, wie sonst wohl bei den Unterbeamten, auf die Riedrigkeit des Un= fangsgehalts, fondern ebenfo fehr auf die Bemessung des Höchstgehalts und die Aufsteigefrift.

Bon 3 zu 3 Sahren steigt der nunmehrige etatsmäßige Weichensteller

erst um 100 Mf., dann immer um je 80 Mf. im Gehalt, bis er nach 18 Jahren endlich bei 1400 Mf. Halt macht. Die Wünsche der Weichensteller gehen etwas weiter; sie möchten womöglich schon binnen 15 Jahren ein Höchstehalt von 1500 Mf. erreichen. Ich werde unten zur Beurteilung dieses Strebens die Entwickelungsstala des Weichenstellergehalts während des letzten Jahrzehnts wie früher vorführen. Man darf diesen auf das Gehalt bezüglichen Wünschen gegenüber freilich nicht vergessen, daß einem größeren Teil der Weichensteller in günstigen Fällen die Möglichseit offen steht, nach Ablegung des höheren Examens in die Rang= und Gehaltsstufe eines Weichenstellers I. Kl. aufzurücken, der ein Anfangsgehalt von 1200 Mf. bezieht und innerhalb 18 Jahren dis auf 1600 Mf. steigt; ja, für einige, allerdings zu zählende Glückstinder, denen der Übergang zum mittleren Dienst gelingt, winken schließlich die Gehaltssätze des Stations= assistenten in der Höhe von 1500 bis 2700 Mf.

Die Gehaltsverhältnisse ber hier in Frage kommenden Beamtenschichten haben sich allgemein nach dem Rechnungsschema des Etats im letten Jahrzehnt folgendermaßen gestaltet:

Beamten. flasse.	Etatsmäßige Stellen.	Mindeft gehalt 1890/91.	Etatsmäßige Stellen.	Minbeste gehalt	ē Hödhft≠ 15 gehalt	1897	Etats	mäßige ©	5tellen.	1901
Bahn= } wärter }	13033	21 Jahre	13 423	700	900 ahre	15 452	16 274	17 010	18 136	18 256
Weichen=} fteller	9677	Muffteigefris 810 1050 18 Jahre	10 739	800		13 798	15 221	15 868	16 885	17 450
Weichen= fteller Rl. u. Halte= ftellen= aufseher	1897	990 1200 18 Jahre	2 208	_	1500 ah <b>r</b> e	3 <b>544</b>	4 011	4 011	4 252	4 444

			Geh	altsstufen	feit 1899	9/1900.	
Beamtenflasse.	1	2	3	4	5	6	7
	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 J <b>ahr</b> e	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre	+ 3 Jahre
Bahnwärter	700	750	800	850	900	950	1000
Weichenfteller	900	1000	1080	1160	1240	1320	1400
Weichensteller I. Kl. u.) Haltestellenaufseher	1200	1280	1360	1420	1480	1540	1600
	l	!			İ	10	*

Der von je am dürftigsten gestellte Beamte, ber Bahnwarter, ift bei ber Gehaltsaufbefferung auch am dürftigsten bedacht worden; wenngleich "feine Geburt ihn zu Bescheibenheit verpflichtet" und ber "Bahnwärter in Sinterpommern" sich unter ben Bauern "mit seinem Gehalte wie ein Pring porfommt", wie im Landtag gelegentlich erklärt wurde, so erscheint die Anfangs= besoldung eines Staatsbeamten mit 2 Mf. pro Tag - viel höher stellt sie fich ja nach ber Gehaltsaufbefferung bes letten Jahrzehnts nicht — im allgemeinen als unzureichend, namentlich sobald fich die Wohnungsfrage, wie ich es bei Bahnwärtern nicht nur in ber Nähe einer Stadt und in ben weftlichen Industriebezirken hie und da, sondern auch in ländlichen Gegenden mit Dorfcharafter zu beobachten Gelegenheit hatte, schwierig gestaltet und die Teuerungszulagen nicht ben Verhältnissen entsprechen. Die Nebenerträge aus Garten= und Ackerwirtschaft, die einem Bahnwarter im Often in verkehrsärmeren Begenden zu erzielen möglich ift, fallen an ben verkehrereichen Linien bes Westens und angesichts ber für bie Quadratrute hier zu gablenben hohen Bachtpreise meistens fort; daß es ausnahmsweise ein Bahnwärter einmal zu einem kleinen Blumen- und Gemufehandel bringt, kann nichts gegen die allgemeine Thatfache beweisen.

Und dann die zahlreichen Kinder, die bei unseren unteren Bahnbeamten, einem in den jüngeren Jahren körperlich so überaus kräftigen und frischen Menschenschlage, eine typische Massenrscheinung sind! Glücklicherweise scheint der Bahnwärter des üppiger lebenden und bereits etwas von französischer Sitte beeinflußten Westens mit Nachwuchs gewöhnlich nicht so reich bedacht zu sein wie der Kollege im Often, — es dürfte sich der Segen mit seinen Einnahmen nicht gut vertragen.

Der Einblick in das Budget eines jüngeren, kinderreichen Bahnwärters im Westen gewährt keine sociale Erbauung. Erst wenn die Kinder der Schule längst entwachsen sind, tritt der Mann in den Genuß eines Gehaltes von 900 bis 1000 Mk. ein; 18 Jahre beträgt ja die Aufsteigefrist. Solange die Kinder am meisten kosten, verdient der Bater weniger als 900 Mk. Der Bohnungsgeldzuschuß auf der freien Strecke draußen in Höhe von 72 Mk., eine Teuerungszulage etwa von 90 Mk., weil der Beamte in einem nahegelegenen Orte der ersten Servisklasse seinen Lebensbedarf zu decken genötigt ist, treten hinzu. Über 1000 Mk. Gesamteinnahme kommt der Bahnwärter die ersten Jahre nach seiner etatsmäßigen Anstellung, selbst in dem teuren Westen, im großen Durchschnitt nicht hinaus. Die ortsüblichen Tagelöhne für den eben eintretenden, ungelernten Arbeiter halten sich hier zumeist auf 2,40 Mk.; der geprüfte, meist zehn und mehr Jahre in seinen Funktionen ausgebildete Bahnwärter, der einen eigentlich freien Tag viels

fach in seinem Dienst nicht kennt, sondern dessen Ruhepausen aus dem Übergang vom Tag= zum Nachtdienst erwachsen, erhält für jede seiner 340 12stündigen Arbeitöschichten nach 10jähriger Beamtenthätigkeit kaum 3 Mk. Daß sich aus diesem Tiefstand der Besoldung Unzuträglichkeiten ergeben können, liegt auf der Hand. Ich versage es mir, hier Leidensgeschichten von konskreten Einzelfällen aus der Praxis zu erzählen.

Die Entwickelung des Gehaltes des eigentlichen etatsmäßigen Weichenstellers gewährt, ohne Rücksicht darauf, daß es sich hier um viel höher qualifizierte Arbeiter handelt, ein fast günstiges Bild, weil es von vornsherein um 200 Mf. höher einsetzt, weil serner diesen Beamten, da sie meist innerhalb der teuren Wohnplätze der hohen Servisklassen selbst wohnen, die vollen Servisbeträge dis zu 180 Mf. und 240 Mf. und die kombinierten Teuerungss und Stellenzulagen dis zum Höchstbetrage von 200 Mf. zusstehen. Diese Summe der Nebenbezüge bedeutet für sie einen weiteren Vorssprung von etwa 100 Mf. vor den außerhalb der Stadt wohnenden Bahnswärtern.

Den Weichenstellern steht zubem die Möglichkeit eines Avancements in höhere Rangklassen, wie die des besser bezahlten Weichenstellers I. Kl., heute in etwas reicherem Mage offen als vor einem Sahrzehnt, mahrend ber eigent= liche Bahnwärter auf ber Strecke braußen nur äußerst geringe Aussichten auf irgend welches Avancement hat. Nur der zur Streckenbewachung ober dem Schrankendienst als Bahnwärter abkommandierte bisherige Silfsweichenfteller mird zu feinem ursprünglichen Beruf ben Weg wieder zurudfinden. Die Eramensvorbereitung und die Erlangung ber Genehmigung gur Examens= melbung ist für außerhalb bes Bahnhofs Beschäftigte schwierig. Da nun auch die Gehaltsfätze der oberen im Avancement zu erreichenden Rlaffen um namhafte Beträge von der erften Stufe an aufgebeffert find, fo konnte bei bem Uneingeweihten, der bloß diese Zahlenentwicklung betrachtet und nicht Die faktischen Arbeitsverhältnisse Dieser Beamten kennt, leicht Die Bermutung entstehen, es mußte hier eine recht zufriedene Beamtenklaffe geschaffen sein. Allein, "ber Bufriedene hat nie genug", pflegte ber weißköpfige Philosoph, ben ich zwischen Weichen und Wagen entdeckt habe, — ich weiß nicht, ob aus Tieffinn ober Pronie - ju fagen; und fo erklären die Beichensteller sich auch heute für ihren schweren Dienst noch nicht genügend entlohnt.

Wie oben bereits angebeutet, liegen dem Landtag alljährlich Betitionen von Weichenstellern vor, ihnen das Gehalt zu erhöhen, und zwecks Bezugs eines höheren Wohnungsgeldzuschusses die obere Klasse ihrer Gruppe in den Subalternbeamtenrang zu erheben, — von all den harmlosen Wünschen, die sich auf Uniform und Abzeichen beziehen, zu schweigen.

Diese Unterbeamtenkategorien nun waren es gerade, in deren Kreisen, wie oben erzählt, durch den Erlaß des Ministers, der den Übertritt in den mittleren Dienst gestattete, seinerzeit eine helle Freude erweckt wurde.

Indes der durch Diensteinteilung und Besoldung geschaffene Stimmungsnährboden scheint noch nicht stark und fruchtbar genug zu sein, um das Kräutlein "Zufriedenheit", das damals gesät wurde, zur vollen Blüte gelangen zu lassen.

## Das Rangierpersonal.

Ift der Lokomotivdienst der Seele und Lebenskraft des Gisenbahnorganismus, der Weichenstellerdienst aber den Funktionen der Gelenke in dem Körper vergleichbar, fo wird man die Rangierarbeit als das Geschäft ber Stoffassimilation und everteilung charafterifieren fonnen. Wie ohne biefe ein Organismus nicht leben und gedeihen kann, ebenso wenig ist der Gifenbahngroßbetrieb ohne Rangierer benkbar. Sie leiten erst die tausenbfach bifferenzierten Berkehrsintereffen zur einheitlichen Bewältigung, zur Betriebs= integration zusammen, wie fie umgekehrt die einheitliche Transportleiftung nach der Vollendung bifferenzieren, Die Massenresultante in Die durch Ort und Güterart diktierten hundertfältigen Romponenten wieder auflosen. Die gerftreuten Bielheiten bes Berkehrsbedarfs addieren fie zu einem Biel, bas in einer Leistung mit einmaligem Kraft- und Unkostenaufwand zu bearbeiten Lokomotive gleich Massenkraft und Rangiergeschäft gleich Massenanlieferung zwecks Massenverarbeitung konstituieren ben Großbetriebs= charafter der Gisenbahn, wie endlich auch die Berteilung der "Massenförderung" Cache bes Rangiergeschäfts ift.

Die ungeheure Bervielfältigung des Leistungseffekts einer Transportsoperation durch die Bariation der Einzelelemente, wie sie das Rangiersgeschäft bietet, kennzeichnet dessen Bedeutung für den Eisenbahnbetrieb. Und es nimmt in der That von Jahr zu Jahr einen immer gewaltiger wachsensden Raum in diesem Transportsystem ein.

Aber merkwürdig, so michtig diese Funktionen für den Milliardenbetrieb sind, eine ebenso bescheidene Stellung nehmen die entsprechenden Funktionäre innerhalb der gesamten Beamtengruppe ein. Es erklärt sich das freilich wie fast überall in der heutigen Arbeitswelt, wo wir ähnlichen Erscheinungen begegnen, darauß, daß es das Rangiergeschäft mit harter, grober Arbeit zu thun hat. Wenn es weiter an die Frische und Regsamkeit der Sinne und an die Geistesgegenwart der außübenden Organe außerordentliche Ansorderungen stellt, so sind das wiederum Sigenschaften, die durch kein sormusliertes Examen zu erweisen und zu erproben und überdies bei der Proletariers

masse, die ihre Arbeitskraft anbietet, mindestens in derselben Güte und demselben Reichtum anzutreffen sind, wie in den bessergebildeten Bevölkerungssichichten, die nur ein geringes Kräfteangebot liefern und somit einen gezgesteigerten Gehaltssatz nötig machen würden.

Die große Konkurrenz zweckentsprechender Arbeitskräfte aber hält den Preis ihrer Arbeit auf dem Arbeitsmarkt niedrig, und so gesellt sich die Mäßigseit in der Besoldung als ein weiterer typischer Charakterzug zu den genannten Eigenschaften des Rangierberufs: schwere, umsichtheischende Arbeit, hohes Risiko und ernste Berantwortung.

Bie wickelt sich die Berufsarbeit selbst nun ab? Das Rangiergeschäft, dessen Aufgabe im Zusammensetzen und Auseinandernehmen (Zerpflücken) der Züge, im Besetzen und Räumen der Ladestränge an Güterhallen, Vieh-rampen und Privatanlagen zwecks Entleerens und Beladens der Wagen besteht, wird von Rangierkolonnen, d. h. Gruppen von vier und mehr, von einem vereidigten Vorrangierer oder "Hilfsrangierermeister" geleiteten Arsbeitern ausgeführt. Vielfach besteht noch eine Oberleitung, die in den Händen eines etatsmäßigen Rangiermeisters oder eines Stationsassischen liegt.

Beim Dienstantritt meldet sich der Rangiermeister oder Hilfsmeister beim "Diensthabenden" (Stationsbeamten du jour) und ninmt die Tagessbesehle, vor allem die auf die Wagendispositionen bezüglichen, entgegen. Der Rangierleiter mustert daraufhin die auf den Sammelsträngen vorhandenen versügdaren Wagen, bezeichnet die angesorderten mit Kreide, prüft ihre Bestriebssicherheit, unterrichtet sich bei seinem Dienstvorgänger über das bereits abgewickelte Geschäft und übersieht selbst den gesamten Stand der Arbeiten, den ihm die vorausgehende Schichtsolonne hinterläßt. Da beim Rangiersgeschäft viel beschädigt wird, viel "Stücke gemacht" werden, wie es im Jargon heißt, die durch Strafgelber oder Schadensersatzahlungen wieder gutgemacht werden müssen, so heißt es genau zusehen, daß der Vorgänger nicht stillschweigend die Berantwortung für sein "Malheur" auf den Abslöfer überwälzt.

Der Rangiermeister sontrolliert darauf seine Mannschaft, ob sie mit den nötigen Arbeitsmitteln, Mundpfeise, Laterne, Bremsknüppeln, Radschuhen u. s. w. versehen ist, und verteilt die Einzelbesehle an die Rottenleiter, die sich nun mit den Lokomotivführern der Rangiermaschinen ins Einvernehmen sepen.

Die Arbeitsstimmung hängt, abgesehen natürlich vom Wetter, ganz von der Masse der zu bewältigenden Arbeit und — von dem Charakter des Lokomotivssührers ab. Wie die Rangierarbeit für das Lokomotivpersonal, falls sie von einem ungeschickten oder ungeübten Vorrangierer geleitet wird, zur Qual werden kann, so vermag umgekehrt ein übellauniger oder untüchtiger

Lokomotivführer die Rangierarbeiter feines Feldes zur hellen Berzweiflung zu bringen. Der eine ist zu ängstlich und vorsichtig in dem "Abstoken" der Bagen, dem "Buruddruden", weil schon einmal, mahrend er die Maschine bediente, ein Rangierer zerquetscht worden ist, der andere ist verärgert durch die Rangierarbeiter und hält sich nun ftrikt an feine "Dienstanweisungen für das Rangiergeschäft", die ein flottes Erledigen der Rangieraufgaben gang unmöglich machen; er wartet peinlich erft ein Signal auch für die geringste Maschinenbewegung ab, fährt sehr vorsichtig und niemals eher, als bis ber Rangierbeamte, ber bas "Un= und Abhängen" ber Wagen mittelft ber Kupplungen zu bewirken hatte und zwischen den Gleisen steckte, deutlich wieder von ihm gesehen wird; er bewegt keinen Rangierzug, der über 16 Achsen zählt, ohne Bremfenbesetzung, und berlei Gemiffenhaftigkeiten Bei solcher Art Personal giebt es keine Ruhepausen in der Arbeit; es ist ein ewiges Rennen und Laufen, ein Wiederheranfahren, "Vorziehen und Zuruddruden", das von einem flotten, ficheren Führer vermieden werben kann. Solch einem forschen gahrer kommt es nicht barauf an, auch ein paarmal "gegenzufrachen": "er riefiert mas"; die Hauptsache ift, mit ber Zusammenstellung bes Zuges fertig zu werben und womöglich noch einige Minuten Rube bis zum Gintreffen bes nächsten Guterzuges, ber neue Arbeit bringt, herauszuschlagen.

Daß die Arbeitsstimmung der Rangierarbeiter demnach von der Geschäftsführung des Lokomotivbeamten, von eben dieser Gewißheit, eine Pause im Dienst zu haben oder nicht zu haben, abhängen muß, versteht sich von selbst. Wie sehr bedarf doch der Rangierer eines Augenblicks Ruhe bei seinem tollen Arbeitstreiben! Das Pfeisen und Laternenschwingen und Schreien geht in einem fort; nur auf wenigen großen Bahnhöfen sind ja erst die Nummerntrommeln oder die elektrischen Fernmelder als Signalgeber für den Weichensteller eingeführt, und wie oft läßt die Bahnhöfsbeleuchtung zu wünschen übrig. So ist man fast überall auf mündlichen Zuruf ansgewiesen. Die persönliche Verständigung mit dem Lokomotivsührer läßt sich überhaupt vorläusig nicht anders als auf dem Wege des Pfeisens und Rufens, des Arms und Laternenschwenkens benken.

Und dazu nun das Kennen und Aufspringen und Kriechen zwischen den Wagen! Auf die Signale hin kommen die losgehängten und abgestoßenen Wagen gelaufen. Der Abkuppler fährt mit und sucht mit der Handbremse die Geschwindigkeit des Wagens zu regulieren. Andere Rangierarbeiter fangen ihn mit Bremsknüppeln, die sie zwischen Untergestell und Rad einzwängen, oder durch Vorlegen von Bremsschuhen im flotten Entgegenrennen und Mitlaufen ab; wieder ein anderer oder auch einer der Mitläuser springt

kurz vor dem Aufprallen des laufenden Wagens gegen die stehenden, dazwischen, um die langgeschraubte Kupplung einzuhaken, ehe der Wagen zurücksedert. Reicht aber die durch den Stoß erteilte Eigenbewegung des Wagens nicht zu, wie dies bei Schneewetter regelmäßig der Fall ist, so muß dieser von den Arbeitern mit eingestemmten Schultern an seinen Platz geschoben werden.

Beim Rangieren über einen "Efelsrücken" ober Ablaufberg gestaltet sich das Geschäft für die Rangierer vielleicht noch intensiver, wenn es auch schneller sich abwickelt. Ungezählte Wagen sind hier umzustellen. Da diese Rangiermethode in erster Linie auf ben großen Berteilungsgüterbahnhöfen für das Zerpflücken der Züge angewendet wird, so handelt es sich hier gewöhnlich um Taufende von Achsen, die binnen weniger Stunden umgeftellt fein muffen. Der vom Rangiermeister auf Grund ber Begleitpapiere nach Rangiergliebern bezeichnete Bug wird von einem geschickten Rangierarbeiter "lang gemacht", d. h. die Rupplungen lose geschraubt, so daß sie hernach leicht ohne Berzug ausgehaft werden können. Die Rangiermaschine zieht ben Bug vor bis über die Beichenmundungen, in die die einzelnen Wagen verteilt werden follen, hinaus auf den Ablaufberg, der Rangierer friecht unter den Buffern Wagen für Wagen zur Rupplung und "hängt los": mahrend die Magen auf ebenem Schienengelande erst abgestoken werden muffen, laufen fie hier vermöge ihrer eigenen Schwere ben Berg hinunter ihrem Bestimmungsgeleise zu, wo fie, meift in fraftigem Schwunge einfahrend, von den Rangierern aufgefangen und "festgemacht" werden.

So bezw. in umgekehrter Reihenfolge stellt sich in den Hauptzügen das normale Bild der Rangierarbeit dar, das sich unaufhörlich mit geringen Pausen wiederholt. Die Schwierigkeiten der Wagenbehandlung im einzelnen sind hierbei noch garnicht gekennzeichnet. Da giebt es einmal dutenderlei Specialwagen, Kessel-, Vieh-, Petroleum-, Dynamit-, Langholz-, Schemel-, Bahnpostwagen, feuergefährliche, die sämtlich nicht abgestoßen werden dürfen, sondern eine besonders behutsame Umstellung erfordern.

Vor allem aber ist die Betriebsordnung mit ihren strengen Fahrvorschriften zur Vermeidung von Transportgefährdungen zu beachten. Die Hauptgeleise sollen nach Möglichkeit vom Rangierbetrieb nicht berührt werden, das Aussetzen von Wagen auf tote Geleise, Werkstatts= und Ladegeleise, Drehscheben, Schiebebühnen, Centesimalwagen, darf nur unter besonderen Vorsichtsmaßregeln geschehen. Schließlich — und hier hat sich ein eins bringliches Verständnis für die Zugbildungsprincipien jedesmal neu zu besthätigen — ist bei der Bildung des Zugstammes immer die richtige Ausswahl und Verteilung der Wagen, nicht nur selbstwerständlich nach ihrer

örtlichen Bestimmung, sondern insbesondere auch nach ihren technischen Sigenschaften zu beobachten. Die Bremsausrüftung der beladenen Güterwagen, das Aussetzen von "Heißläufern", Radstand und Ladeprofil, die Vorschriften über Luftdruckbrems= und Heizvorrichtungen, über Schutzwageneinstellung, das Übereinkommen der gegenseitigen Wagenbenutzung, dies und anderes muß dem Rangierer schier unbewußt durch den Kopf gehen, wenn er die Züge "Zusammenwirft". Der Rangiermeister allein kann das alles nicht übersehen und durchführen; seine Arbeiter müssen mit denken.

Es erhellt deutlich, was unter diesen Umständen ein Leutewechsel, die Neueinstellung von ahnungslofen Elementen an Stelle ber bienftvertrauten, aber arbeits= und dienftuntauglich gewordenen Arbeiter zu besagen hat. Das Rangiergeschäft will von altgeschulten, umfichtigen, arbeitszähen Männern besorgt sein. Wie sehr es selbst diese oft mitnimmt, verrät vielleicht der treuherzige Ausruf, ben ich einmal von einem älteren Rangierer vernahm: "Man ist doch mahrhaftig kein Demokrat, aber hierbei könnt's einer werden!" Bon Nebel und Nacht, vom Regen, ber bas Laufen in bem Geleiskies, bas Aufspringen auf die schlüpfrig gewordenen Trittbretter noch schwieriger macht, vom Wind, der die Wagen bald zum eigenmächtigen Laufen veranlaßt, bald fie infolge feines Gegendrucks nicht von der Stelle tommen läßt und - last not least - von ben Tuden bes schneereichen Winters ift bei alledem noch garnicht die Rede gewesen. Kaum ist es nötig, über den bedeutsamen Einfluß dieser elementaren Mächte auf den Rangierbetrieb ein Wort zu verlieren; doch ist es nicht uninteressant, einmal einen reinen Fachmann darüber fprechen zu hören.

In einer von seiten höchster Eisenbahnbeamten geprüften, preisgekrönten Schrift<sup>1</sup> bes herrn Lokomotivführer Pfennig=Berlin findet sich ein Kabinett= stück der Schilderung solches Winterbetriebes; es heißt da:

"Bei Nebelwetter und bes Nachts ift ber Nangierdienst für das gesamte Personal ein schwererer. Da die Fernsicht beschränkt ist, mussen die Sinne schärfer angespannt werden. Die ganzen Hantierungen erfordern eine erhöhte Aufmerksamkeit, und in noch verschärfter Weise in einer Winternacht mit Schneefall und Wind.

In jeder Weiche befindet sich ein Mann zum Reinigen, und da es Leute vom Bahnmeister sind, die mit dem Betrieb des Bahnhofs weniger

<sup>1</sup> Bier Preisarbeiten über "Rangierdienst im allgemeinen", herausgegeben vom "Ausschuß für die idealen Bestrebungen", einer Unterabteilung des "Bereins deutscher Lokomotivführer". Hannover, Bereins-Buchdruckerei 1898. Diese Schrift ist ein hervorragendes Zeugnis der geistigen Tüchtigkeit dieser Beamtenklasse.

Bescheid wissen, so muffen Vorrangierer und Lokomotivführer doppelt aufspassen, damit niemand überfahren wird.

Rein Wagen will laufen, überall muß hingefahren werden. Die Rangierer stampfen balb bis an die Kniee im Schnee, kein Zug geht richtig ab; der diensthabende Stationsbeamte treibt, immer vorwärts heißt es, kaum bleibt den Leuten Zeit, einen Bissen Brot, einen Schluck warmen Kaffee zu nehmen; ein andermal holen wir die Ruhe wieder nach, heißt es, was irgend möglich ist, müssen wir doch schaffen. — Es geht! Jeder thut seine Schuldigkeit doppelt, sich damit tröstend, daß bessere Tage und Nächte solgen; zwar geht die Arbeit langsam, aber als der Nachtdienst seinem Ende naht, ist auch nichts liegen geblieben.

"Wir werden jetzt den Ladestrang zusammendrücken,' sagt der Rangiermeister zum Lokomotivführer, sich werde mit nach hinten gehen.' Der Rangiermeister geht den Ladestrang entlang, bei jeder "Lücke', die er trifft, das Signal zum Zurücksahren gebend. Langsam wird zusammengedrückt. Da auf einmal ein heftiges "Halt'-winken. Biele Laternen beleuchten einen Fleck. Jetzt kommt der Rangiermeister atemlos zur Maschine gerannt. "Wir haben den Berbinder Schulze überfahren, — tot — er muß gestolpert sein.' — Schweigend wird der Dienst zu Ende geführt, still und ernst geht ein jeder seiner Wohnung zu. Sie haben die Fittige des Todesengels rauschen hören."

Die letzten Sätze find mehr als ein rhetorischer Schlußaccord. Die schwarzen Schatten bes Unglücks sind unzertrennliche Begleiter bes Rangiersbetriebes. Über ein Drittel aller Unfälle, von benen Bedienstete ber preußischen Staatsbahnen in den letzten drei Jahren getroffen wurden, entsielen auf das Nangiergeschäft, obwohl Rangiermeister, Bahnhofsarbeiter und Weichensteller zusammen noch kein Fünftel des im gesamten äußeren Bahnbetriebe beschäftigten Personals ausmachen 1.

<sup>1</sup> In anderen Ländern liegen die Verhältnisse zum Teil günstiger, zumal in Amerika, seitdem dort die Privatbahngesellschaften die automatischen Kupplungen mit gewaltigem Kostenauswand in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 7½ Jahren bei einer Willion Güterwagen eingeführt haben.

Die lett erschienene Ausgabe ber Statistical Reports of Interstate Commerce Commission giebt eine intereffante Entwickelungsreihe.

Es waren mit automatischen Aupplungen verseben:

<sup>1889: 80 510; 1890: 115 319; 1891: 169 035</sup> Wagen. 1897: 678 725; 1898: 909 574; 1899: 1 137 719 "

Um 1. Januar 1900 sollen von <sup>5</sup>/4 Millionen insgesamt vorhandenen Wagen 91 % mit automatischen Kupplungen — und zwar nach mehr als 100 verschiedenen Systemen — versehen gewesen sein.

Wer im Betriebe gestanden hat, weiß den psychologischen Einfluß dieser Thatsache auf die Arbeit und die Arbeiter zu würdigen. Der Unfall eines Kollegen, der sich in seinen Schmerzen windet, ohne immer sofortige ärztliche Hilfe zu erhalten, deprimiert die Arbeiterschaft und raubt ihr damit die Sicherheit und den Wagemut, mit dem sie sonst ihren Diensteiser bethätigt. Die Zwangsvorstellung: "ein Unglück kommt nie allein" — übt eine unheimliche Wirkung. Nur die harte Notwendigkeit der Bewältigung immer neuer Arbeit, die die Gedanken ablenkt, schwächt die lähmenden Wirkungen dieser psychischen Depression.

In der Beurteilung des Wesens der Nangierthätigkeit ist dieses Moment nicht bebeutungslos. In jene Schilderung des Nachtbetriebes ist es mit sicherem Takt hineingewoben, um dem harten Bild dieser Arbeit jene sentimentale Nüance zu verleihen, die sie für das Empfinden des Bahners in der Wirklichkeit hat.

\* \*

Im Eingang des Abschnittes war bereits kurz die Frage gestreift worden, aus welchem Menschenmaterial diese Rangierer gewonnen werden. Der gewöhnliche Tagarbeiter, der von der Verwaltung zum Bahnunterhaltungs- wie zum allgemeinen Bahnhofsdienst überhaupt herangezogen wird, stellt den Rekruten für die Rangierkolonnen. Natürlich können nur die tüchtigsten, entschließungsfähigsten und rüstigsten ausgewählt werden. Ist ein solcher Rottenarbeiter längere Zeit geschult und hat sich besonders bewährt, vereidigt man ihn und verwendet ihn als Vorarbeiter einer Rangier-

Die Ziffern der Unfälle mit töblichem Ausgange beim Rangieren betrugen Anfang der neunziger Jahre durchschnittlich 1 auf 308 Beamte, Ende der neunziger Jahre dagegen 1 auf 451 Beamte.

In Deutschland schweben die Erwägungen über diese Frage noch. Man hat aus der Unzahl patentierter automatischer Kupplungen anscheinend noch nicht die geeignetste herausgefunden, die sich bequem mit der bei uns herrschenden, aus zwei Buffern bestehenden Stoffangeinrichtung der Wagen vereinigen lassen würde.

Reuerdings soll nun die Anbringung automatischer Kupplungen bei 570 000 Güterwagen binnen eines Zeitraums von 12 Jahren geplant sein. Die Kosten der Aussrüftung eines Wagens mit automatischer Kupplung werden etwa 500 Mk. betragen.

Ob die ebenfalls in Aussicht genommene Installierung der Güterwagen mit durchgehenden Luftdruckbremsen zwecks Steigerung der Betriebsseistungsfähigkeit und Berminderung des Bremserpersonals das Aupplungsprojekt hinderlich oder förderlich beeinflussen wird, entzieht sich der Beurteilung der Außenstehenden. Daß aber auf zehn Jahre hinaus noch mit der unseligen Unsallszisser beim Rangiersgeschäft gerechnet werden muß, ist leider nicht zu bezweiseln.

folonne. Er erhält das rote Band um die Mütze, zum Zeichen, daß er zu selbständigen Rangieroperationen ermächtigt ist. Bon dieser Bertrauenstellung aus rückt er in günstigen Fällen, wenn er das Examen zum Rangiermeister bestanden, in die Stellung eines Hilfsrangiermeisters und, wenn die Berkehrskonjunkturen weiter es ersordern, oder wenn Unglück und Krankheit unter seinen Bordermännern stark aufräumen, zum Rangiermeister d. h. in eine etatsmäßige Unterbeamtenstelle auf.

Es ergeben sich große Verschiebenheiten in den Anstellungsverhältnissen, die im Durchschnitt immerhin für die Oberstuse als günstig bezeichnet werden dürfen. Von den 3629 im Jahre 1900 beschäftigten Rangiermeistern und Hilfsrangiermeistern standen 2403 in etatsmäßiger Stellung.

Auf der Unterstufe allerdings sieht es weniger erfreulich aus; benn auf einen Rangiermeister kommen, wie oben berichtet, eine Mehrzahl Kolonnenführer, und auf jeden dieser Borrangierer häusig wieder 4 bis 5 Köpfe Rangierarbeiterpersonal. Allerdings gehen von den Rangierarbeitern außerordentlich viele auch in den Bremser- und Weichenstellerdienst über. Für einen befähigten Rangierer wird von den beteiligten Kreisen eine Zeit von mindestens 10 Jahren als die gewöhnliche Wartesrift bis zur festen Unstellung angenommen. Mir ist freilich auch ein Ausnahmefall bekannt, wo es von dem ebenernannten, äußerst tüchtigen Rangiermeister neidvoll hieß: "Der hat vor einem Jahr noch Senkgruben ausgeräumt."

Da wir es hier beim Rangierdienst im wesentlichen mit Lohnarbeitern zu thun haben, so sind die Grundsätze, die für ihre Besoldung gelten, zum Teil dieselben wie bei den bisher behandelten Hilfsbeamten. In dem Kapitel "Arbeiterverhältnis" sollen sie eine zusammenfassende Erörterung erfahren. Hier mag nur die Specialisierung der Lohnbeträge für diese Berufsgruppe mit ein paar Strichen stizziert werden.

Ich gehe wieder von den Durchschnittslöhnen der amtlichen Statistif aus. Die Rangierarbeiter fungieren in der Lohnklasse der "Bahnhofsarbeiter", auf einer Stufe mit den Kohlenladern, Wasserpumpern, Wagenpuţern, Magazinarbeitern, Scheuerfrauen, also in einer etwas bunten, nicht gerade gleichwertig qualisizierten Gesellschaft. Viel Wert kann man den daraus sentnehmen, daß die Rangierarbeiter zu den niedrigst entlohnten Betriebs=angestellten gehören. Unter ihnen stehen nur noch nach Maßgabe der Durchschnittssätze die Hilfsnachtwärter, die Hilfsbahn=, \*krahn= und \*schranken= wärter und \*wärterinnen, die Hilfsbemser und \*wagenwärter und die Streckenarbeiter. Wenn man von den mit 60 bis 75 Pf. pro Tag bezahlten Hülfsbahnwärterinnen absieht, steht der Durchschnittslohnsat für

Rangierarbeiter 26 Bf. über dem Niveau der niedrigsten Lohnklasse des Eisenbahnbetriebes, die mit 2,18 Mf. angesett ift. Die Durchschnittslohnfate der Klasse, in welcher die Rangierarbeiter notiert wurden, bewegten sich in den letten fünf Jahren um die mittlere Linie von 2,35 Mf. 1895: 2,32 Mf.; 1896: 2.25 Mf.; 1897: 2.31 Mf.; 1898: 2.38 Mf.; 1899: 2.44 Mf. Für die Rangierarbeiter im besonderen ift bei diesen Sagen indes zu berücksichtigen, daß sie, weil ältere Personen verhältnismäßig wenig im Rangierdienst beschäftigt werden können, zu einem großen Teil für jüngere Ungestellte gelten. Da Stellenzulagen nur ungleichmäßig gezahlt werben, fo bezeichnen im allgemeinen die ortsüblichen Tagelöhne das Anfangsniveau bes Rangiererlohnes; in ben Orten ber niedrigsten Lohnfätze stehen fie natürlich um 30 bis 50 Pf. barüber, in ben höchstgahlenden um einiges barunter. Immerhin ergeben fich auf diese Weise noch Schwankungen in den Anfangs= löhnen zwischen 1,50 Mf. an öftlichen und 2,50 bis 2,60 Mf. an west= lichen Pläten. In mittelbeutschen Industriepläten werden 2,30 gezahlt, innerhalb Berling und feiner Vororte bifferieren die Unfangelöhne zwischen 2,50 und 2,80 Mf. 1; hier und im Westen bleiben sie also zum Teil noch um 20 Bf. hinter ben ortsüblichen Säten zurud. Die Bochstlöhne weichen entsprechend voneinander ab. In Berlin stellen sie fich auf 3 Mt. bis 3,20 Mf. Söhere Sate als biefe find mir nicht begegnet.

Ob diese Besoldungssätze als günstig angesprochen werden dürfen, erscheint angesichts der geschilberten harten, langen Arbeit fraglich. Gewiß steht den tüchtigsten unter diesen Rangierarbeitern, abgesehen von dem Übersgang in andere Bahnkarrieren, das Aufrücken in die besserbezahlten Silfstrangiermeisterstellungen offen. Allein es sind doch noch keine anderthalb Tausend solcher Plätze im ganzen Betriebe vorhanden. Die Lohnsätze für den Silfstrangiermeister sind um 40 bis 60 Pf. höher als diesenigen für den gewöhnlichen Rangierer.

Bur Beurteilung des Verhältniffes von Arbeitsleiftung und Arbeitse vergütung ist schließlich noch ein Blick auf die Diensteinteilung zu werfen. Gleichmäßig einfach und ziemlich lange ausgedehnt, das sind die Kennzeichen, die sie mit der früher mitgeteilten der Bahnbewachungsbeamten gemein hat. Für Rangiermeister gilt, bei ununterbrochener angestrengter Thätigkeit, der Achtstundentag, zu dem gewöhnlich noch eine Viertels oder halbe Stunde vor und nach dem Dienst hinzutritt, in der sich die Rangierer der auseinandersolgenden Schichten über den Stand der Geschäfte zu verständigen haben. Bei "nicht ununterbrochen angestrengter" Thätigkeit ist

<sup>1</sup> Über die neuesten Lohnverbesserungen konnte ich nichts Genaueres in Er-fahrung bringen.

eine durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis 12 Stunden zulässig, ja die Dauer einer einzelnen Dienstschicht darf bis zu 14 Stunden betragen. "Bei einfachen Betriebsverhältnissen" kann die Dauer der von Pausen unterbrochnen Dienstschicht dis zu 16 Stunden ausgedehnt werden. Für die gewöhnlichen Rangierarbeiter ist keine Höchstdauer festgesetzt; sie werden als Bahnhofsarbeiter eben eine volle Tagesschicht oder eine volle Nachtschicht beschäftigt. Während gerade die eigentlich grobe, physisch ermüdende Arbeit, das Rennen und Bücken und Schieben ihnen zusommt und der Rangiermeister, zumal wenn er in die Jahre kommt, zu einem großen Teile nur den Aussichtschienst und die Arbeitsverteilung besorgt, ist die Dienstdauersbemessung in der Praxis doch in den meisten Fällen die, daß jene noch drei Stunden länger beschäftigt werden als der Rangiermeister. Freilich ist auch für die letzteren die Dienstdauer in den letzten Jahren erheblich verlängert werden. 1898 hatten noch 35 % aller Rangiermeister Dienstschichten unter 8 Stunden, 1899: nur noch 17,7 und 1900 keine 14 % mehr.

Selbst da, wo Pausen im Rangiergeschäft zu den Ausnahmen gehören, für welchen Fall Beschränkungen der Dienstdauer des einzelnen Personals angeordnet sind, erfährt die Rangiermannschaft diese Bergünstigung nicht immer. Wie auf den Rangierbahnhösen mittlerer Berkehrsbezirke, so herrscht auf denen der dichtbelebten Industriebezirke, wo 100 und mehr Züge täglich verkehren und ein großartiges Ladegeschäft sich abwickelt, ja auch in Berlin, d. h. also an Orten, wo für das Lokomotivpersonal der Rangierbienst zum Teil auf 8 Stunden eingeschränkt worden ist, der zwölfstündige Arbeitstag für den Rangierer; und zwar folgen allenthalben gleichmäßig 4 Tagesschichten und 4 Rachtschichten auseinander.

Diese Beanspruchung des Personals wird überdies nicht einmal durch entsprechende Gewährung freier Tage ausgeglichen. Ruhefristen kommen in der Hauptsache bloß beim Schichtwechsel vor. Nur für die Rangiermeister mit dem 8= bis 9stündigen Arbeitstage findet eine andere Dienst= und Ruhereglung statt.

Ein häufiger vorkommendes Einteilungsschema bietet die Tafel auf S. 160.

Diesen aufsichtsführenden Rangierern ist also ein freier Tag für je drei Wochen im Plane zugesichert. Das gewöhnliche Rangierpersonal darf nur bei voller Sonntagsruhe im Güterverkehr mit Bestimmtheit auf Dienstebefreiung rechnen. Bei eingeschränktem Sonntagsgüterverkehr genießt es nur die Borteile größerer Paufen im Dienste, die indes vereinzelt, dank dem Übereifer der Vorgesetzen, auch wieder mit Räumungsarbeiten auf dem Bahnhof ausgefüllt werden.

Mocks		₩ ₩	Rangiermeister und Hilfsrangiermeister.	und Hilfst	angiermeist	e r.		
-afnoar		© no	Sonntags.	Montags.	.ឧព្ធនិ.	Dienstag 1	Dienstag bis Sonnabend.	
	1. Rangiermeister	na.j	frei.		6 W. bis 6 N.		1 Mittag bis 10 Nachts.	Nachts.
,		a l	frei.   6 W. bis 6 N.		6 V. bis 6 N.	6 N. bis 6 B.	1 Wittag bis 10 Nachts.   9 bis 12 N.	Nachts. is 12 N.
<del></del>		12 N. bis 6 B.	6 V. bis 6 N.	6 N. bis 6 V.		6 N. bis 6 V.	6 <b>3.</b> bis 3 92.	bis 12 N.
	o. Dillsrängiermeister . bezw. Rangiermeister .	12 N. bis 6 B.		6 N. bis 6 V.			6 V. bis 3 N.	
	1. Rangiermeister		6 V. bis 6 N.			6 N. bis 6 B.	9 5	bis 12 N.
		12 N. bis 6 B.	6 V. bis 6 N.	6 N. bis 6 N.		6 N. bis 6 V.	6 V. bis 3 N.	bis 12 N.
	2. Dilistangtermeister. bezw. Kangiermeister. 3. Kangiermeister.	12 %. bis 6 %.	frei.	6 N. bis 6 V.	6 V. bis 6 N.		6 W. bis 3 N.   1 M. bis 10 N.	<b>3</b> 8.
			frei.		6 V. bis 6 N.		1 M. bis 10 N.	ж.
_	1. Rangiermeister	12 N. bis 6 B.		6 N. bis 6 B.			6 W. bis 3 N.	
111		12 N. 6is 6 N.	frei.	6 N. bis 6 V.	6 V. bis 6 N.		6 W. bis 3 N.   1 M. bis 10 N.	<b>%</b> .
i			frei. 6 V. bis 6 N.	- And	6 V. bis 6 N.	6 N. 6is 6 V.	1 M. bis 10 91.	10 N. 9 bis 12 N.
	s. Hitsrangiermeister bezw. Kangiermeister.		6 W. bis 6 N.	Androde - millione		6 N. bis 6 V.	9 51	9 bis 12 N.

Solche ein wenig nach Chikane schmeckenben, wenn auch nur gelegentlich auftretenben Nebenarbeiten, die die geringe Ruhe noch verkürzen, verderben die Arbeitsstimmung der Rangierer mehr, als wenn sie etwa tagelang die Arbeit eines erkrankten oder verunglückten Kollegen mit übernehmen müssen, dessen Stelle offen gehalten werden soll, oder für den sich überhaupt nicht sofort eine geeignete Ersatkraft sindet; da trägt das Solidaritätsgeiühl über die Schwierigkeiten hinweg.

Stimmung aber gehört zu ber schweren Arbeit des Rangierers, wenn sie flott und sicher vor sich gehen und den Mann nicht vor der Zeit arbeits= müde machen soll.

## Das Arbeiterverhältnis im preußischen Staatsbahn= betriebe.

Das Dienstverhältnis der verschiedenen Gruppen des unteren Sisenbahnspersonals ist seinem rechtlichen Charakter nach ein außerordentlich vielsgestaltiges, je nachdem es durch privatrechtlichen Dienstvertrag oder durch öffentlich rechtliche Verfügungen bezw. durch Statsgesetz geregelt ist.

Man kann in erster Linie als Hauptkategorien Beamte und außerhalb bes Beamtenverhältnisses beschäftigte Hilfsarbeiter unterscheiden. Die Beamteneigenschaft charakterisiert sich durch die Art der Berufung und Aufnahme des Angestellten in das staatliche Dienstverhältnis auf dem Wege formeller urfundlicher Verfügung mittelst des Bestallungsdekrets, das die Berufungsthatsache mit oder ohne Vorbehalt des Widerrufs (Kündigung) enthält. Die Ableistung des Amtseides ist kein besonderes Charakteristikum für die Beamtenqualität, da dieser in fast gleicher Form auch von Nichtsbeamten geleistet werden muß.

Die Beamten gliedern sich nach Maßgabe des Besoldungsetats in etatsmäßige und außeretatsmäßige. Die ersteren haben Anspruch auf Pension ohne Beitragsleistung, auf bestimmte vierteljährliche, im voraus zu beziehende Gehaltsbeträge, auf Wohnungsgeldzuschuß, Umzugsvergütung und Tagegelder für besondere Kommissionen. Die außeretatsmäßigen Beamten beziehen aus einem besonderen Titel des Stats diätarische Remunerationen bezw. diätarische Besoldungen. Sie umfassen die sogenannten Aspiranten, die in der Ausbildung begriffenen Dienstansänger und Civilsupernumerare, welche die Vorbedingung für eine selbständige, verantwortliche Amtsausübung noch nicht erfüllt und das Examen noch nicht abgelegt haben, und die Diätarien, diejenigen diätarisch beschäftigten Unterbeamten und Assistenten, welche alle Bedingungen zur Anstellung erfüllt haben und nun nach Maßgabe ihres Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

Dienstalters bezw. ihrer vom Vorgesetzten zu beurteilenden dienstlichen Befähigung auf Berleihung frei werdender Stellen rechnen.

Hinsichtlich der Kündigung walten zwischen den etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Beamten weitere Verschiedenheiten ob. Während letztere sämtlich auf Kündigung angestellt sind, haben die etatsmäßig Angestellten nach einer mindestens fünfjährigen befriedigenden Staatseisenbahndienstzeit Aussicht auf "feste", "besinitive", "unwiderrufliche", "unkündbare Anstellung auf Lebenszeit", wonach sie fortan gegen ihren Willen nur noch im sormellen Disciplinarversahren aus dem Beamtenverhältnis ohne Pension entlassen werden können, während den kündbar angestellten Beamten unter sormloser Wahrznehmung des Kündigungsvorbehalts die Stellung aufgesagt werden kann. Hür das kündbare Dienstverhältnis von Beamten und Anwärtern ergeben sich nach Maßgabe der Dienstzeit wieder Abstufungen, indem die Anstellung auf sosortigen Widerruf, "auf Probe" oder aber auf langfristige Kündigung abgestellt sein kann; letzteres Verhältnis tritt gewöhnlich nach Ablegung der Brüfung oder auf Grund einer besonderen Genehmigung ein.

Diesen Beamtenkategorien mit verwaltungsrechtlich geregeltem Diensteverhältnis stehen ungleich größere Gruppen von Subalterne und Unterpersonal gegenüber, die durch privatrechtlichen Kontrakt der Eisenbahne verwaltung verpflichtet sind:

- a) nicht versorgungsberechtigte, überwiegend im niederen Dienste ständig beschäftigte Hissarbeiter mit Beamtenfunktion, die zum Teil, bei Fehlen von Bersorgungsberechtigten oder bei günstiger Betriebskonjunktur, Aussicht auf Aufnahme ins Beamtenverhältnis haben (Militäranwärter dieser Dienstgruppe werden soson diensteintritt ins Beamtenverhältnis zunächst auf Widerruf, dann auf Kündigung übernommen): Stationse, Kanzleie und technische Gehilsen, Trajektaufseher, Lokomotivheizer, Maschinenwärter, Trajektheizer, Telegraphisten, Telegraphenaufseher, Telegraphenhandwerker, Wagenmeister, Lademeister, Magazinaufseher, Kangiermeister, Portiers, Bahnsteigschaffner, Weichensteller, Krahnmeister, Bahnwärter, Nachtwärter, Bremser, Schaffner in Hilfsbeamtenstellen kommen hier in Betracht;
  - b) die weiblichen Hilfsbeamten und
  - c) als ein besonderes Kontingent, die Eisenbahnarbeiter.

Die voraufgegangenen Kapitel waren den für den äußeren Bahnbetrieb bedeutsamsten Hauptvertretern des Subaltern- und Unterpersonals, soweit sie im Beamtenverhältnis standen oder wenigstens greifbare Aussicht auf Übernahme ins Beamtenverhältnis befaßen, gewidmet.

Es verbleibt mir die Aufgabe, das Arbeiterverhältnis, d. h. die durch

Dienstvertrag außerhalb des Beamtenverhältnisses geregelte Stellung ber Eisenbahnhilfsarbeiter und Handwerker einer Betrachtung zu unterziehen.

Hier handelt es sich um das Gros der Arbeitsfräfte, die zu dem einheitlichen Betriebseffette im Gifenbahnbereiche zusammenwirken. Sie stellen die Basis der Pyramide dar, von der die Mehrzahl der Unterbeamten nach langer Schulung als qualifizierte Arbeiter emporfteigen. Aber nicht etwa nur die Burudgebliebenen, denen durch Mangel an Fähigkeiten oder Ungunft bes Borgesetten das Auffteigen in Beamtenstellungen abgeschnitten mard, bilden den Kern der Arbeiterschaft, sondern vielmehr die Behntausende von Arbeitern in den vielerlei Funktionen des Betriebes, welche überhaupt nicht die Möglichkeit einer fortschreitenden Laufbahn gewähren, also sowohl die ftetigen Elemente, die fich feit langen Jahren an biefelbe Thätigkeit (3. B. im Bahn- und Telegraphenunterhaltungsbienft, Guterboden-, Bahnhofs-, Werkstätten= und Gasanstaltsarbeit) gebunden haben, wie die problematischen Naturen, die nur einmal in vorübergehender Beschäftigung durch den Betrieb hindurchgehen und durch die Arbeitsverhältniffe hier zum längeren Berbleiben fich nicht gefeffelt fühlen.

Ich beabsichtige natürlich nicht im entferntesten, auf die vielsach gegliederten Arbeitermassen und ihre Arbeitsverhältnisse im einzelnen einzugehen. Es handelt sich hier, ausschließlich der Hilfsarbeiter in den oben geschilderten Berufsgruppen, um mehr als 150 000 Personen, die auf etwa 30 bis 40 verschiedenen Arbeitsseldern beschäftigt sind. Mit Detailsschilderungen auf Grund von Sinzelbeobachtungen ist hier nichts gethan; nur das Allgemeingültige darzustellen ist möglich; die summarischen Ergebnisse der amtlichen Berichterstattung sind für die generelle Kennzeichnung der Arbeiterdienstverhältnisse zu erschließen.

Das Arbeitsverhältnis wird bestimmt durch die Arbeitsordnung und — ihre Handhabung seitens der Borgesetzten. So verschieden deren Charafter und sociales Interesse, so verschieden können sich auch unter der Herrschaft derselben Vorschriften die Verhältnisse je nach der Art der Ausstührung gestalten.

Immerhin bietet die Arbeitsordnung einen Rahmen, dem sich das örtliche Einzelbild trot aller Besonderheiten einzupassen hat.

Die wichtigsten Bestimmungen ber für ben gesamten Betrieb geltenben Arbeitsordnung, ber alle Arbeiter vom einfachsten Bahnarbeiter bis zum Silfsbeamten unterworfen find, lauten:

§ 1. Lebensführung. Die einzustellenden Arbeiter muffen sich in ihren bisherigen Lebensverhältnissen achtbar und unbescholten geführt und an ordnungsfeindlichen Vereinen und Bestrebungen nicht beteiligt haben

11\*

und aus ihrem letten Dienstwerhältnis ohne Verletzung der etwa eingegangener vertraglichen Verpflichtungen ausgeschieden sein.

Auch außerhalb bes Dienstes hat der Arbeiter sich achtbar und ehren haft zu führen und sich von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Bereinen fernzuhalten.

Kein Arbeiter darf ohne schriftliche Erlaubnis des vorgesetzten Inspektionsvorstandes Gast- oder Schankwirtschaft oder, wenn er als hand- werker beschäftigt ist, sein Handwerk gewerbsmäßig für sich betreiben oder durch seine Hausangehörigen betreiben lassen.

- § 3. Allgemeine Dienstpflichten. 1. Jeder Arbeiter hat sich in der vorgeschriebenen Beise pünktlich zum Dienstantritt wie bei Beendigung zu melden, die ihm übertragene Arbeit jeglicher Art, und zwar auch solche, für die er nicht ausdrücklich angenommen ist, ordnungsgemäß, nach erhaltener Anweisung auszuführen und darf während der vorgeschriebenen Arbeitszeit ohne Erlaubnis weder die Arbeitsstelle verlassen, noch Räume, in denen er keine Arbeiten zu verrichten hat, oder Wirtschaften betreten.
- 2. Ohne eine besondere Genehmigung ift auch verboten die Vornahme gemeinschaftlicher Besprechungen, sowie das Verlesen, Ausbieten, der Verkauf und die sonstige Verbreitung von Drucksachen und Schriftstücken während der Arbeitszeit, in den Arbeitsräumen, Höfen oder sonstigen Plätzen der Verwaltung.

Bei außerordentlichen Bedürfnissen ist jeder Arbeiter verpflichtet, auch über die ein= für allemal bestimmte Arbeitszeit hinaus, sowie auch zur unsgewöhnlichen Zeit zu arbeiten. In besonderen Fällen können außerordentliche Belohnungen gewährt werden.

- § 9. Löhnungen. Jedem Arbeiter werden bei der Annahme die Art und Höhe des ihm zu gewährenden Lohnes und die sonst etwa zusgebilligten Vergütungen (Fahr= und Nachtgelder) mitgeteilt, ebenso die Zeitspunkte und die Form, in welcher die Zahlung erfolgt.
- § 11. Arbeitsver fäumnis und Überftunden. 1. Der Tageslohn wird nur für diejenige Zeit gewährt, in welcher der Arbeiter dienstlich thätig gewesen ist. Inwiefern in Fällen vorübergehender, unverschuldeter Dienstsverhinderung die Fortzahlung des Lohnes erfolgt, bestimmt sich allein nach ben hierüber von der Staatseisenbahn erlassen besonderen Borschriften.
- 2. Den mit den Dienstverrichtungen der Unterbeamten dauernd betrauten Arbeitern wird für die Ablöserruhetage und den Arbeitern, welche an Sonnsund Festtagen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebes regelmäßig zur Dienstleistung herangezogen werden, für die ihnen bewilligten Ruhezeiten und Zeiten zur Teilnahme am Sonntagsgottesdienste der Tageslohn fortgewährt.

- 3. Die hierunter fallenden Arbeiter haben keinen Anfpruch auf Bersgütung geleisteter Überstunden; inwieweit ihnen eine solche ausnahmsweise gewährt werden kann, und in welcher Weise den übrigen Arbeitern die Leistung der Überstunden zu entgelten ist, bestimmt die Eisenbahndirektion.
- 4. Bei Kürzung bes Lohnes infolge schuldhafter Arbeitsverfäumnis können Arbeitsstunden, welche nicht voll eingehalten sind, unberechnet bleiben.
- § 12. Ersappflicht. 1. Jeber Arbeiter hat für den Schaden aufzukommen, den er durch sein Berschulden der Eisenbahnverwaltung an Werkzeugen und anderen Gegenständen durch mangelhafte Arbeit ober Arbeitszeinstellung u. s. werursacht.
- 2. Hat ein Arbeiter rechtswidrig die Arbeit verlassen und dergestalt das Arbeitsverhältnis aufgelöst, so kann ihm an Stelle des Schadenersaßes der rückständige Lohn dis zum Betrage des durchschnittlichen Wochenlohnes, soweit dieser den sechskachen ortsüblichen Tagelohn (§ 8 des Krankenserscherungsgesesses vom 15. Juni 1883 in der Fassung vom 10. April 1892) nicht übersteigt, sonst dis zum Betrage dieses letzteren zu Gunsten der Abteilung B der Pensionskasse süsendahnverwaltung einbehalten werden.
  - § 13. Strafen.
- 1. Zu Gunsten der Eisenbahnkrankenkasse können von der Dienststelle, welche den Arbeiter angenommen hat oder beschäftigt, als Strafen für Berletzung übernommener Pflichten Abzüge vom Lohn gemacht werden.
- 5. Die Gelbstrafen (auch die von höherer Stelle festzusetzenden) muffen ohne Berzug festgesetzt und dem Arbeiter zur Kenntnis gebracht werden. Sie werden bei der nächsten Lohnzahlung einbehalten.
  - § 14. Lohnabzüge.
- I. Vom Lohn können außer in den vorbezeichneten Fällen (§ 11 Abs. 4) schulbhafte Arbeitsversäumnis, (§ 12, 2) Schädigung der Verwaltung seitens des Arbeiters durch schlechte Arbeit oder Kontraktbruch, (§ 13) Strafen einbehalten werden:
- 1. die statutenmäßigen Beträge zu ben Bensions=, Kranken= und sonstigen Hilfskassen ber Eisenbahnverwaltung;
- 2. die Arzneis und sonstigen Kosten, welche ber Krankenkasse für Familienangehörige zu erstatten sind:

ferner fönnen

- 3. die Löhne wegen rückständiger Steuern nach Maßgabe des Lohn= beschlagnahmegesetzes vom 21. Juni 1869 mit Beschlag belegt werden.
- II. Anderweitige Abzüge sind nur mit besonderer Einwilligung des Arbeiters zulässig.

§ 18. Beendigung bes Dienstverhältniffes.

Das Dienstverhältnis kann, sofern im einzelnen Falle nichts anderes vereinbart ist, während der ersten vier Wochen von beiden Teilen jederzeit sofort, nach dieser Zeit, unbeschadet der früheren Lösung im Falle beiderseitigen Einverständnisses durch eine jedem Teile frei stehende, 14 Tage vorher erklärte Aufkündigung gelöst werden.

§ 19. Sofortige Entlassung.

Die sofortige Entlassung bes Arbeiters, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne vorhergegangene Aufkündigung ist zulässig bei Vorbringen falscher Zeugnisse und Versprechungen, bei Diebstahl, Betrug u. s. ober wenn er die Arbeit unbefugt verlassen hat oder sonst den ihm nach dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpslichtungen nachzukommen beharrlich verweigert.

§ 20. Sofortiger Austritt.

Sofortiger Austritt des Arbeiters aus dem Dienste ist zulässign, wenn der Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird, 2. bei Beleidigung seiner Person oder seiner Familie durch den Vorgesetzten, bei Vergehen oder Verbrechen von Vorgesetzten oder deren Familienangehörigen gegen ihn oder seine Familienangehörigen, oder 3. bei Verleitung zu verbrecherischen Handelungen, 4. wenn der schuldige Lohn nicht in der bedungenen Weise ausgezahlt oder bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung gesorgt wird, oder wenn der Dienstvorgesetzte sich widerrechtlicher Übervorteilungen gegen ihn schuldig macht, 5. wenn bei Fortsetzung der Arbeit sein Leben oder seine Gesundheit einer erweislichen Gesahr ausgesetzt sein würde, welche bei Eingehung des Dienstverhältnissen nicht zu erkennen war.

§ 21. Entschäbigung wegen ungerechtfertigter Ent= laffung.

Eine Entschädigung für unbegründete sofortige Entlassung findet nur, soweit ein Schaden nachgewiesen ift, und auch nur bis zur Söhe bes bem Entlassenen für die Dauer bes Kündigungsverhältnisses entgangenen Lohnes statt.

Bur Erläuterung dieser "Gemeinsamen Bestimmungen" mögen einige Bemerkungen dienen, die die konkreten Anwendungsformen dieser Borschriften betreffen.

Berbot ber Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bereinen und Bestrebungen, dazu die Abweisung Arbeitssuchender 1, wegen Ber-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> B. B. Kontraktbrüchige Arbeiter bürfen von den Eisenbahnverwaltungen wie von den Eisenbahnunternehmern nicht in Dienst gestellt werden, um der Landwirtsschaft in ihrem Arbeitermangel nach Möglichkeit entgegenzukommen (1898, Eisensbahnverordnungsblatt 95).

letzung kontraktlicher Verpflichtungen bei Ausscheiben aus bem vorigen Diensteverhältnis, ferner sofortige Entlassung bei Arbeitsverweigerung ober Verslassen ber Arbeit, und Verbot gemeinschaftlicher Besprechungen: — in diesen Bestimmungen wird die Stellung des Bahnarbeiters zur Gewerkschaftsebewegung, zum Streit und zur Socialdemokratie umschrieben.

Die widersprechende juristische Interpretation des Titel I § 6 der Gewerbeordnung läßt es ungewiß, ob die im Gewerbebetriebe der Eisenbahnsunternehmungen beschäftigten Personen der Bergünstigungen und Rechte, die dieses Reichsgeset gewährt, teilhaftig seien, ob ihnen somit die durch Artikel 30 der preußischen Berfassung gewährte und durch § 152 der Geswerbeordnung in ihren Ausübungsformen besonders geschützte Koalitionsfreiheit nicht in dem Sinne wie jedem andern gewerblichen Arbeiter zusteht.

In den gemeinsamen Bestimmungen ist deshalb die Frage der Arbeitersorganisation, die mit Besprechungen, Druckschriftenverteilung und anderen Außerungen des Berständigungss und Solidaritätsstrebens verquickt ist, einer besonders detaillierten, scharsen Regelung unterzogen. Auch die Werkstättensarbeiter, auf die dank ihrer Sigenschaft als Fabrikarbeiter Titel VII der Gewerbeordnung und damit deren Gesamtvorschriften volle Unwendung sinden, die ferner in Übereinstimmung damit, saut Ministerialerlaß vom 21. November 1891 und vom 23. November 1892, ihre Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis vor die Gewerbegerichte bringen können<sup>3</sup>,

¹ Jedenfalls kann sich die rechtliche Ausnahmestellung, die § 6 G.D. vorschreibt, höchstens nur auf die Personen beziehen, die im Sisenbahnbetriebe als solchem bei Besorgung der direkten Verkehrs- und Transportsunktionen thätig sind, nicht auf die Arbeiter in den Nebenbetrieben, Werksitten, Pumpstationen, Maschinenanlagen u. s. w., zu welchen Dienstgruppen auch die Bahnunterhaltungsarbeiter analog den Neparaturhandwerkern zu rechnen sind; allein es ist im Gisenbahnbetriebe anscheinend hier und dort Gewohnheitsrecht geworden, alle diese Kategorien ebenfalls, wie die eigentlichen Verkersssunstionäre von den Nechtswohlthaten der G.D. auszuschließen. Freilich läßt sich auch schwer eine Grenze ziehen, da die Werkstatt- und Streckenarbeiter vielsach zur eigentlichen Verkehrsarbeit herangezogen werden, ja die Verkehrsfunktionäre sich stettig aus jenem Personale rekrutieren und eine schwankende Rechtsherrschaft für diese die Folge wäre.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Neuerdings ift diese Zuständigkeit des Gewerbegerichts für die Betriebswerfsstättenarbeiter von der Eisenbahnverwaltung in einem Falle zu Breslau bestritten worden. Das steht mit der früheren Auffassung in Widerspruch, reimt sich auch keineswegs mit der Haltung der sächsischen Bahnbehörde, die nicht nur die Zuständigkeit des Gewerbegerichts anerkennt, sondern auch ihre Werkstätten der Gewerbeinspektion unterstellt hat. — Die eigentlichen Verkehrsarbeiter des Bahnbetriebs wurden bisher allgemein in Sachsen wie in Preußen, weil sie § 6 G.D. angeblich ausschließen soll, auch von der Wohlthat der gewerbegerichtlichen Rechts-

find ohne Anstand in den Bannkreis der "gemeinsamen Bestimmungen" miteingeschlossen worden. Die Vorschriften haben den Zweck, jeder nur denksbaren Streikeventualität im Eisenbahnbetriebe vorzubeugen. Wie das heute üblich, erblickt man die Möglichkeit einer solchen Gefahr ausschließlich in der Berührung der Arbeiterschaft mit socialbemokratischen Iden oder aber, zumal sich die Gesinnung des Menschen nicht genau kontrollieren läßt, auch schon in der Berührung der Arbeiter mit der Gewerkschaftsbewegung, die ja durch die schmückenden Epitheta "rote Gewerkschaften" und "Streikvereine" hinlänglich gekennzeichnet ist.

Die Vorschrift des § 3 der "Bestimmungen" setzt an der Wurzel dieser mißliebigen Organisationstendenzen vorbeugend an, indem sie die gemeinsamen Besprechungen der Arbeiter und die Verbreitung von Druckschriften ohne besondere Genehmigung verbietet.

Der Wortlaut des § 3 bezieht sich anscheinend zwar nur auf den engeren Betriedsbereich der Verwaltung, ist aber in dieser beschränkten Form, angesichts der unregelmäßigen Arbeitszeit der Arbeiter und Hilfsbeamten, die sie vielsach am Verkehr mit den Kollegen außerhalb des Dienstes hindert, schon wirksam genug, um jeden der Verwaltung nicht genehmen, lebendigen Zusammenschluß der Angestellten zu unterbinden. In der Praxis greift zudem die Fürsorge der Verwaltung für die Erhaltung des disciplinierten Geistes ihrer Bediensteten über den eigentlichen Betriedsbereich hinaus. Das Halten gewisser Fachblätter und politischen Schriften, sowie die Teilnahme an kritischen Besprechungen von Arbeiterfragen des Betriedes auch außerhalb der Plätze der Verwaltung verbietet die Behörde als "ordnungsfeindlich". Die Aufsforderung an die Bediensteten, sich gegenseitig zu überwachen, sowie unter Umständen der Succurs der Kriminalpolizei genügen, diesen Maßnahmen der Verwaltung Nachdruck zu verleihen. Der "Verband der Eisenbahner

sprechung ausgeschlossen. Bielleicht aber dürfte sich diese juristische Auffassung noch einmal wandeln. Aus den oben angedeuteten Gründen des vielfältigen hin- und herüberslutens der Arbeiter in den verschiedenen Funktionsseldern des Bahnbetriebs ist die Ansicht praktisch kaum noch haltbar. Einzelne Juristen, die mit der Bahnprazis vertraut sind, so besonders hilfe (handbuch der Straßenbahnkunde Bd. l. S. 365) weichen denn auch von der Ansicht der Majorität ab und fordern für die "Werkhätigen im Straßenbahnbetriebe" ebenfalls die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Auch sindet sich in den "Gesammelten Entscheidungen des Gewerbegerichts Berlin" (Unger, Ar. 165—167) ein Fall, in dem das Gewerbegericht den Rechtsstreit eines echten "Bahners" (Maschinisten) entscheidet. Und in jüngst erschienenen Aufsähen führt der Direktor des Gewerbegerichts Berlin, herrv. Schulz, den Nachsweis für die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für die Streitigkeiten aller Bahner, die im Nichtbeamtenverhältnis stehen. (Soc. Praxis 1901/02 Nr. 5/6.)

Deutschlands" wäre längst von der Berwaltung vernichtet, wenn er nicht in Hamburg, sondern in Preußen seinen Borstandssitz hätte und somit nach preußischem Bereinsgesetz § 21 als ein "politischer Berein" ein Berzeichnis seiner Mitglieder der Ortspolizei zur Kenntnisnahme einzureichen angehalten worden wäre.

Bie ernst es die Verwaltung mit dieser Bekämpfung der ordnungsfeindlichen Regungen innerhalb ihrer Arbeiterschaft nimmt, zeigt der im Sommer 1900 an die Eisenbahner in Cottbus erlassene Befehl, aus dem daselbst bestehnden Arbeiterkonsumvereine auszutreten i, weil die Gefahr nahe lag, die Sisenbahner könnten dort durch die übrigen Mitglieder der zwar an sich, gemäß dem Gesehe, unpolitischen Genossenschaft socialdemokratisch beeinflußt werden. Selbst das augenscheinlich Gute, das den Arbeitern aus einer Organisation, und zwar einer passiven Konsumentenorganisation ersblühen kann, verkümmert so bisweilen unter dem Drucke des Argwohns, mit dem die Eisenbahnverwaltung jede nicht völlig kontrollierbare Besthätigung ihrer Angestellten verfolgt.

In der Negierung der Diskufsionsfreiheit und der Ausschließung gewerkschaftlicher oder gar socialdemokratischer Tendenzen erschöpft sich indes die Bekämpfung der Streikidee im Eisenbahnbereiche nicht. Die Bestimmung, keinen Arbeiter anzustellen, der aus Gründen eines Streikes in der früheren Stellung die Arbeit niedergelegt hat, sowie die Haftdarmachung des Arbeiters für Schaden, den er durch etwaige rechtswidrige Arbeitseinstellung der Berwaltung verursacht, sind weitere Mittel, jeden Keim einer kritischen Regung von den Arbeitermassen fernzuhalten.

In Bezug auf den im Eisenbahnbetriebe höchst bedenklichen Streif hat sich diese eiserne Disciplin auch erfolgreich erwiesen; denn seit den Streifsbewegungen der Rangierer in Halle im Jahre 1889, die binnen fünf Stunden den ganzen mitteldeutschen Berkehr ins Stocken geraten ließen, und der Rangierer in Bremen im Jahre 1890 ist, abgesehen von der erfolgslosen Arbeitseinstellung der Eisenbahnarbeiter in Erfurt im Jahre 1899 und einiger Rachmittagsstreiß, in Preußen meines Wissens kein Ausstand im Eisenbahnbetriebe mehr vorgekommen?

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Es ist sogar eine allgemeine kritische Rundfrage vom Ministerium aus an die einzelnen Direktorien ergangen, um sestzustellen, in welchem Umfange und welcher Form das Konsumvereinswesen unter den Bahnern Verbreitung gesunden hat und "ob berechtigte Klagen über diese Vereine laut geworden" seien.

<sup>2 3</sup>m Auslande, 3. B. Frankreich, England, Danemark, Ungarn, Spanien, ift ein Gifenbahnftreit nichts Unerhörtes.

Den Streik der Bahnärzte in Dresden (Anfang 1900) möchte ich bei dieser Gelegenheit als merkwürdiges Bergleichsobjekt registrieren.

Ob indes die Disciplinierung der Gesinnung mit diesen Mitteln peinlicher Bevormundung gelungen ist, wird der, der im Betriebe unter den Beamten und Arbeitern die ungeschminkten Meinungsäußerungen vernommen hat, bezweifeln. Wo nicht die Denunzianten wuchern und die Eisenbahner ihre kritische Überzeugung nicht zu verleugnen gezwungen sind, da sindet man nicht durchweg jene Harmoniestimmung, wie sie auf den durch die Gegenwart der Vorgesetzen verschönten Vereinssessen zu Hause ist.

In der Fachpresse, auch in der nicht gewerkschaftlichen, klingt es ja zum Teil schon anders, so vorsichtig die Redaktionen sich auch bewegen müssen, um sich und ihr Blatt nicht unmöglich zu machen. Die Zahl der jährlich dem Landtag zugehenden Petitionen ist schließlich auch ein Barometer für den Grad des Mißvergnügens unter der Beamtenschaft wie der Arbeiterschaft, das sich durch dieses Bentil in verhältnismäßig harmloser Weise Luft macht.

Nachbenklich aber stimmt es, wenn man erfährt, wie tüchtige Eisenbahner, gut königstreue Männer, heimlich socialbemokratische Versammlungen besuchen: — "denn ganz so unrecht haben die Leute schließlich doch nicht" -, ober beobachten muß, wie Bahner, die der Socialdemokratie durchaus fern ftehen, ihre Beschwerben beim "Bormarts" und ähnlichen Organen anbringen, in der Überzeugung, daß ihre Klagen auf diese Weise eher Berudfichtigung finden, als wenn fie fie bem Borgefetten vortragen. Beut laffen geweckte Arbeiter - und tüchtige, intelligente Glemente verlangt gerade bas moderne, komplizierte Berkehrsgewerbe - nicht mehr bie Borgefetten allein für fie benken. Während fich rings in ber gewerblichen Arbeitswelt die Bande des patriarchalischen Systems löfen, durfte es fehr schwer halten, ein über bas ganze Land verteiltes heer von mehr als 200 000 Arbeitern gegen biefe Ginfluffe ber neuzeitlichen Arbeiterbewegung zu immunisieren. Die Gesinnungspolizei — den Eindruck habe ich durch meine Bahnererfahrung allenthalben empfangen — erreicht auf diesem Kelde ihren Zwed nur äußerlich.

Ob nicht früher ober später die Entwickelung der Eisenbahnerbewegung, die in England, Italien, Dänemark, Frankreich längst zu großen gewerksichaftlichen Roalitionen geführt und in letzterem Lande durch Millerand soeben ihre ausdrückliche staatliche Anerkennung erlangt hat, in Deutschland den gleichen Weg gehen wird, ist eine Frage, die den Socialpolitiker gegenüber dem heutigen Stande des Verbindungswesens unter der preußischen Eisensahnerschaft, die sich in immer wachsendem Umfange aus dem Reservoir bezw. dem Nachwuchse des organisierten Arbeitertums rekrutieren muß, bereits lebhaft beschäftigen sollte.

Die Bereinsbildung ist eine recht ausgedehnte, also ein Feld wie ge= schaffen für eine planbewußte Berufsorganisation. heute haben diefe Bereine — einige 60 an der Zahl — zwar noch alles andere als einen gewerkschaftlichen Charafter. Zum großen Teil nach dem Mufter ber im Direktionsbezirk Kaffel unter Protektion bes Gifenbahnpräsidenten Ulrich begründeten Bereine gebildet, setzen sie sich aus Arbeitern und Beamten, also aus Elementen zusammen, die zu einem Teile ihrem Umtscharafter nach jeder gewerkschaftlichen Bewegung burchaus widerstreben. Zudem wird die Kraft. Die einem solchen Zusammenschlusse von Angestellten immerhin innewohnen fönnte, baburch völlig in ihren Wirkungen unterbunden, daß höhere und höchste Beamte burch Bereinsbeteiligung ober Chrenmitgliedschaft einen beftimmenden Ginfluß auf die Bereinsleitung auszuüben in ber Lage find. Die Eisenbahnervereine find baher ihrem eigentlichen Wesen nach Unterftutungs= und Gefelligkeitsvereine, die Spar= und Darlebenskaffen, Biblio= theken u. a. einrichten, die Sangeskunft pflegen, patriotische Feste feiern und Musflüge mit unentgeltlicher Gifenbahnbenutzung veranftalten. Gine focial= politisch ins Gewicht fallende Bertretung wirtschaftlicher Berufsinteressen ber Bereinsangehörigen liegt ihrem Programm fern: vorkommenden Falles ist ihre höchste Leiftung bie Busammenfassung ber Bunfche ber Berufsgenoffen zu einer Betition an den Landtag in den Formen, die das Berbot gemein= famer Eingaben mehrerer Beamten zuläßt. Und doch ist angesichts ber Erfahrungen, die man g. B. in der driftlichen Arbeitervereinsbewegung gegenüber ber Gewerkschaftsfrage gemacht hat, ber Gebanke nicht von ber hand zu weisen, daß die Zeit auch die Gisenbahnervereine vor dieses Problem ftellen wird.

Die Entwickelung möchte sich wohl am ersten in gesunden Bahnen vollziehen, wenn die davon betroffenen Arbeiterschichten vorbereitet, in beswußter, durch eigenes Urteil gefestigter Stellungnahme an den Strom der Dinge herantreten. Die in den "gemeinsamen Bestimmungen" niedergelegte Arbeitsordnung geht jedoch von dem Grundsaße auß, die Arbeiter dem Strome durchauß fernzuhalten, um sie auf diese Weise seinen treibenden Gewalten zu entziehen.

Der Gebanke an eine socialpolitische Erziehung bes Arbeiters von seiten ber Berwaltung aus hat in bem Gisenbahnbetriebe noch keine Stätte gefunden.

Das Institut der Arbeiterausschüsse, das den Versuch einer derartigen Erziehungsmethode bedeuten könnte, wird diesem Zwecke nicht gerecht.

Diese zur Vertretung der Arbeiterinteressen in den Gisenbahnwerks stätten von amtswegen, durch Erlaß vom 7. Februar 1892 gebildeten Aus-

schüffe stehen nämlich an Bedeutung und Ginfluß, soweit meine Kenntnis reicht, etwa auf derfelben Sohe wie die meisten der in Privatindustriebetrieben eingesetzten Ausschüffe. Wie sie hier oft zur blogen Dekoration herabfinken und dem Betriebsleiter nur als ein geeigneter Resonanzboden zur Bekanntgebung von Willensentschlüffen dienen, fo erfüllen auch diejenigen in den Gifenbahnbetrieben ihre Bestimmung, "Die Verwaltung über die Interessen und Bunfche ber ihr unterstellten Arbeiter zu unterrichten und, foweit dieselben mit den eigenen Auffassungen der Verwaltung nicht übereinftimmen, auf dem Wege geordneter und friedlicher Berhandlungen mit den Bertrauensmännern eine Berftandigung herbeiführen", nur bann in vollem Mage, wenn bas sociale Interesse bes leitenden Beamten — ein höherer Inspektions= beamter beruft die Ausschußversammlungen und führt den Borfit - befonders fein entwickelt ift. Man befragt die schließlich einberufenen Arbeitervertreter gewöhnlich nur über Arbeitseinrichtungen, über Lehrlingswesen, im gunftigsten Falle auch über die Arbeitszeit. Über die Lohnverhältnisse mitzureden, steht den Arbeitern nicht zu. Man muß gestehen, daß dies auch bedenklich an die Lohnverhandlungen organisierter Arbeiter mit den Unternehmern und beren Berbanden erinnern und einen Schritt auf bem Bege zum fonstitutionellen Fabrifspftem bedeuten wurde. Db damit die Ginrichtung ber Arbeiterausschuffe wirklich "bie Disciplin und das Ansehen ber vorgefetten Behörde" fchadigen murbe, wovor in den Ginfetungsbeftimmungen ausdrücklich gewarnt ift, ober aber zur Förderung des socialen Friedens bienen murbe, ahnlich wie wir es in der Brivatindustrie in den durch Lohntarifvertrage geregelten Arbeitsverhaltniffen beobachten konnen, bleibt freilich eine offene Frage. Jedenfalls scheint die Entlohnung des Eisenbahnarbeiters in ihrer heutigen Gestalt noch nicht über jeden Berbesserungsversuch erhaben.

Diesem zweiten Hauptpunkte bes Arbeitsverhältnisses, ber Löhnung, feien bie solgenden Bemerkungen gewidmet.

Die Arbeitsordnung bestimmt die Besoldungsmethode. Der Tagelohn wird, wie allgemein üblich, nur für die Arbeitstage, nicht auch über die Sonntage, die Feiertage und patriotischen Festtage gezahlt, soweit eben nicht der Dienst auch über diese fortläuft oder der Arbeiter in das Verhältnis eines Hilfsbeamten eingetreten ist. Wie er als solcher nicht für Überstunden und Vertretungsdienste besonders entlohnt wird, so werden ihm auch für die Ruhetage keine Lohnabzüge gemacht, während Dienstversäumnis mit Strasabzügen bedacht wird.

Strafgelber und Schabensersatzleiftungen spielen in bem Lohnetat bes Eisenbahners eine nicht ganz zu vernachlässigende Rolle, ähnlich wie auf ber anderen Seite die Gratifikationen, Remunerationen und Brämien.

Ist der Lohnsatz natürlich auch von der Art der Beschäftigung abhängig, so wird er doch nicht selten für den einzelnen Arbeiter vorläusig auf derselben niederen Stufe auch dann verbleiben, wenn der Mann zu höher bewerteten Funktionen aushilfsweise herangezogen wird, weil jeder Arbeiter verpslichtet ist, auch andere als die ihm ursprünglich übertragene Arbeit zu verrichten. So werden Bahnhofsarbeiter vertretungs= oder aus= hilfsweise zum Rangieren, Puper und Reparaturschlosser aus der Werkstatt als Heizer oder Wagenwärter beschäftigt, ohne immer eine Lohnänderung zu ersahren. Wie unstet die Beschäftigungsart variieren kann, ohne den Lohn zu berühren, lernte ich an dem Beispiel eines jungen Arbeiters kennen, der binnen fünf Wochen fünf verschiedene Posten im Betriebe inne hatte und gleichmäßig seine 2,20 Mf. Tagelohn bezog.

Über die Lohnzahlungsperioden verlautet in der Arbeitsordnung nichts. immerhin bilden sie in den Bahnerkreisen gelegentlich den Gegenstand von Erörterungen und Beschwerben. Die Lohnzahlung erfolgte für die Betriebs= arbeiter früher zweimal im Monat: am 15. und am letten. Die auß= gezahlten Lohnbeträge umfaßten die Arbeitsleiftung vom 25. des vorigen Monats bis zum 9. bezw. vom 9. bis zum 25. des laufenden Monats. Seit bem 1. Mai 1900 findet nur einmalige Löhnung am Ende bes Ralendermonats statt. Die Ausfertigung der Nebengelder aus Fahr-, Stunden=, Übernachtungs=, Erfparnisprämien erfolgt 14 Tage nach Abschluß bes Kalendermonats. Eine besondere Auszahlungsart besteht für die Werkstättenarbeiter, die vielfach Stücklohnbeträge beziehen. An Accordarbeiter wird am 15. des Monats eine den Betrag des Grundlohnes um 30 % übersteigende Summe ausgezahlt, die einerseits einen Abzug der Raffenbeiträge, andererseits eine Abschlagszahlung auf den noch unberechneten Stückarbeitmehrverdienst enthält und um vielleicht 10 % hinter dem mahren Verdienst zuruchbleibt. Um Monatsschlusse wird ber für die Zeit vom 25. vorigen Monats bis 25. dieses Monats ermittelte wirkliche Accordverdienst, unter Abzug des am 15. Ausgezahlten, dem Arbeiter ausgehändigt.

Auf Seite ber Arbeiter waren schon bem alten 14tägigen Modus gegenüber balb vereinzelt, balb allgemeiner Klagen über allzulange Dauer ber Zahlungsperioden, die den wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterhausshalts nicht entspräche, laut geworden. Der Bunsch nach wöchentlichen Lohnszahlungen ist, wenn auch nicht in geradezu dringlicher Form, bei vielen Arbeitern verbreitet. Es entspringt das, wie mich dünkt, einem etwas unsklaren Empfinden über die Arsachen des chronischen Geldmangels, der in der Arbeiterkasse vielsach herrscht. Der an sich unzureichende Lohn und das

geringe Wirtschaftstalent sind es, die es dem Arbeiter unmöglich machen, mit dem Arbeitsverdienste vierzehn Tage lang auszukommen, und ihn zwingen, Schulden zu machen. Die Hoffnung, bei wöchentlicher Lohnzahlung weniger tief in die Borgwirtschaft hinein zu geraten, und der entsprechende Wunsch nach Sinführung achttägiger Löhnungsperioden schichten mir auch gerade den wenigst entwickelten und schlechtest gelohnten Schichten eigen zu sein. Freilich habe ich auch in den bestbezahlten Gruppen, wie vor allem bei den festangestellten Beamten, die einen langfristigen Kredit genießen, da, wo mir ein Sinblick gewährt wurde, ein bedenkliches Ankreidespstem ans getroffen. Während es bei den Beamten aber die Leichtigkeit der Kreditzgewährung, vielsach auch die Sucht ist, es dem andern im äußeren Auftreten mindestens gleich zu thun, in der das Borgspstem seine Wurzeln hat, ist es beim Arbeiter, wie gesagt, vielsach nichts anderes als die mittellose Besürftigkeit, die in diesem auf die Dauer immer gefährlicheren, kostspieligeren Wirtschaftsmodus einen Ausweg sucht.

Ob fürzere Zahlungsperioben in biesem Falle etwas nützen würden, diese Frage ist hier nicht zu entscheiden. Zu erwähnen habe ich nur der Bollständigkeit halber die Unannehmlichkeit, die dem Arbeiter aus der längeren Zahlungsschwebe gerade zu den Fest- und Feiertagen erwächst.

Auf seiten ber Berwaltung begegnen bie Bunsche auf Abkurzung ber Lohnzahlungsperiobe keinem geneigten Gehör; bie Steigerung ber Berrechnungslaft und ber Berwaltungskoften genügt, biese Haltung zu erklären.

Bor 25 Jahren bachten die oberften Eisenbahnbehörden freilich anders in derlei Fragen. Der in der "Elberfelder Sammlung" unter 1000 (b) mitgeteilte Ministerialerlaß vom 30. April 1878 ist in dieser Hinsicht ganz interessant; da heißt es:

"Wenngleich in den seiner Zeit von den königlichen Direktionen ersstatteten Berichten ausnahmslos auf die wesentliche Arbeitsverminderung hingewiesen worden ist, welche für die Verwaltungen aus der generellen Einführung vierwöchentlicher Lohnzahlungsperioden für alle Arbeiterkategorien entstehen würde, so hat von derselben dennoch mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und Kreditverhältnisse der Arbeiter, die eine Verlängerung der bis dahin bestandenen Löhnungsperiode gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders schwer empfunden haben würden, Abstand genommen werden müssen. (Es wird alsdann das im Vergdau übliche Löhnungsversahren mit nur einmaliger monatlicher Verechnung und Verrechnung, aber einer alle 14 Tage erfolgenden Abschlagszahlung, das dis Ansang 1900, vor Übersgang zur monatlichen Auslohnung gebräuchliche Versahren zur Einführung empfohlen.)"

Haben sich die wirtschaftlichen und Kreditverhältnisse des Arbeiters so viel günstiger gestaltet oder die socialpolitische Beurteilung der Dinge in den leitenden Kreisen so entschieden verändert, daß man die damals schwebensden Bedenken heute beiseite schob und die Dauer der Lohnperioden versdoppelte? — In den Arbeiterkreisen hört man die Antwort: nicht eine Prosperität ihrer wirtschaftlichen Berhältnisse, sondern einzig das Sparprincip der Berwaltung könne Beranlassung zu einer derartigen Maßnahme gegeben haben. Bei den früheren Erörterungen über die Besoldungsfrage bemerkte ich bereits, daß unter den niederen Angestellten sich der Aberglaube, "Ersparnisse zu machen sei die Hauptsache beim Eisenbahnbetriebe" einsgenistet habe. Aus Vorgängen wie den eben mitgeteilten saugt solche Ansschaung neue Nahrung.

Die weiter hier zu beleuchtende, für die Lohnfrage ziemlich wichtige juristische Behandlung des Arbeitsvertrages seitens der Verwaltung legt auch dem Unbefangenen den Gedanken nahe, daß in der geschilderten Ansnahme ein aut Teil Berechtiaung steckt.

Bekanntlich ist durch das Bürgerliche Gesetzbuch eine Regelung des Arbeitsvertrages im Geiste fortgeschrittener Socialpolitik angestrebt und sind demzufolge die vor dem 1. Januar 1901 festgestellten Arbeitsordnungen hie und da einer Abänderung zu Gunsten der Arbeiter namentlich bezüglich der Lohneinbehaltung und Lohnabzüge bedürftig geworden.

Durch eine Reihe von Erlassen sind jedoch für die Eisenbahnarbeiter biese gesetzlich zugesicherten Begünstigungen zu einem Teil außer Kraft gesetzt, zum andern Teile zum Gegenstand kritischer Erwägungen gemacht worden.

Im Eisenbahnverordnungsblatt 1899 S. 332 wird principiell erklärt, daß den auf die Lohnzahlung bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes §§ 394, 411, 616 keine zwingende Bedeutung beizumessen sei, und dabei im einszelnen folgendes ausgeführt:

"Diese Vorschriften schließen im allgemeinen eine abändernde oder ergänzende vertragliche Regelung des Dienstverhältnisses nicht aus, so daß die gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der preußischen Staatseisenbahnverwaltung neben diesen in Kraft bleiben. Zur gleiche mäßigen Ausführung des neuen Rechts sind die genannten "gemeinsamen Bestimmungen" fortan nicht nur von den Hilfsbeamten und dauernd beschäftigten Arbeitern, sondern auch von allen nur vorübergehend ansgenommenen Arbeitern, sowie den Neubauarbeitern der Verwaltung durch Unterschrift als für die Regelung ihres Dienstverhältnisses verbindlich anszuerkennen.

Mit Rücksicht auf § 616 B.G.B. hat der § 11 der Bestimmungen

eine neue Fassung erhalten. Bis nach Erlaß der vorgesehenen Ausstührungsanweisungen bleiben in Bezug auf Fortzahlung des Lohnes in Fällen zeitweiliger unverschulbeter Dienstverhinderung die bisherigen Verwaltungsvorschriften in Geltung.

Eine Abmachung, welche bem § 11 Nr. 1 ber "Gemeinsamen Beftimmungen" in der neuen Fassung entspricht, ist fortan auch in alle Bersträge aufzunehmen, die mit Hilfsbeamten im mittleren Dienste abgeschlossen werden.

Bon ben Bestimmungen bes B.G.B. kommt außer benjenigen über ben Dienstwertrag für die Rechtsverhältnisse der Hilfsbeamten und Arbeiter insbesondere noch der § 394 (Aufrechnung gegen Lohnforderungen) in Betracht, neben welchem der § 14 der "Gemeinsamen Bestimmungen" gültig bleibt.

Im übrigen hat eine Kürzung bes Lohnes — abgesehen von § 14 ber "Gemeinsamen Bestimmungen", z. B. wegen Materialbeschäbigung burch einen Arbeiter — wider bessen Willen auch künftig zu unterbleiben 1."

Ergänzend zu dieser Verfügung treten der Ministerialerlaß vom 31. Januar 1900, der noch einmal ausbrücklich den § 394 B.G.B. für eine nicht zwingende Norm und damit eine andere als die vom Gesetze gewollte Ordnung ber Lohnforderungsverhältniffe burch freie Bereinbarung ber Beteiligten, burch abweichende Bestimmungen im Arbeitsvertrage als zuläffig erklärt, und ber Ausführungserlaß vom November 1900, ber nicht gang im Ginklang mit bem Geifte bes § 616 B.G.B. für ben Gifenbahn= betrieb ben Grundsat proflamiert, daß nur für wirklich geleistete Arbeit Lohn bewilligt wird, also nur biejenigen Stunden bezahlt merben, in welchen die Arbeiter thatfächlich bienstlich thätig gewesen sind, mahrend un= verschuldete, auch die in öffentlich=rechtlichen Verpflichtungen begründeten Arbeitsunterbrechungen vom Arbeiter zu tragen sind. Die an den letten Bunkt angeknüpften Ausführungen schwächen zwar etwas ben Grundton bes Erlaffes ab, laffen aber zur Genüge ben Widerfpruch ber verfügenden Behörde aegen § 616 erkennen. Wenn erst erwogen werden soll, inwieweit ber Absicht bes § 616 entsprechend in einzelnen genauer festzustellenden Fällen unverschuldeter persönlicher Verhinderung der Lohn fortzugewähren fein wird, wenn erst Ermittlungen über die etwaigen Rosten der Fort-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die an berselben Stelle für die Regelung der Beamtenbesoldungsverhältniffe erlaffene Verfügung: "Es bleibt nach Einführung des B.G.B. auch gegenüber §§ 394 (411) B.G.B. die unbeschränkte Zuläfsigkeit von Aufrechnung gegen Ansprüche auf Besoldung (und die Unübertragbarkeit der Ansprüche auf Besoldung, Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld) bestehen", bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum § 394 B.G.B. besonders deutlich zum Ausdruck.

gewährung des Lohnes an die durch militärische Übungen, Kontrollversamms lungen, Schöffens und Geschworenens, sowie Wahlpflichten, durch besondere Familienereignisse verhinderten Arbeiter angestellt werden sollen, so klingt das nicht wie bedingungslose Zustimmung zu den Forderungen des Gessetzgebers.

Die oben angezogene Verfügung, betreffend die Aufrechterhaltung der "Gemeinsamen Bestimmungen" läßt leider auch keinen Zweisel darüber, daß die socialen Wohlthaten, die das B.G.B. dem Arbeiter gerade bezüglich der Löhnung gesetzlich zusichern wollte, dem Gisenbahner, soweit er sie wie alle übrigen gewerblichen Arbeiter nicht schon bisher genoß, verschlossen bleiben.

Die Stellungnahme des größten gewerblichen, überdies staatlich geleiteten Betriebes in dieser socialrechtlichen Frage ist außerordentlich beachtenswert.

Man möge sich nämlich erinnern, daß auf der Konferenz von Bertretern der Gewerbegerichte im Jahre 1900 eine Bereindarung im Arbeitsvertrage, die die Bestimmungen des § 616 B.G.B. als nicht verbindlich ausschließt, für gegen die guten Sitten verstoßend und daher für nichtig erklärt worden ist. Nun aber hat das Beispiel der Sisenbahnverwaltung sogar vordilblich für eine ganze Reihe privater gewerblicher Unternehmungen gewirft und in allerstärfstem Maße dazu beigetragen, die vom B.G.B. gewollte Ausgestaltung des Arbeiterrechts nicht nur für die Sisenbahner, sondern auch für andere gewerbliche Arbeiterkategorien illusorisch zu machen.

Das Princip, die Verhältnisse im Gisenbahnbetriebe wesentlich vom Standpunkte des Sparenwollens aus zu ordnen, das für den Arbeiter nicht immer die erfreulichsten Wirkungen erzeugt, begegnet uns auf dem Gebiet der Arbeiterlohnfrage noch mehrere Male. Die mir bekannt gewordenen neueren Verfügungen bezüglich der Dienstwerteilung und evergütung atmen sämtlich den Geist der Sparsamkeit.

Ober follten etwa die wiederholten Anordnungen des Ministers, nach Möglichkeit Frauen im Bahndienst an den geeigneten Plätzen zu verwenden, einzig aus einem fürsorglichen Interesse der Eisenbahnverwaltung an der Frauenfrage zu erklären sein?

Man beachte wohl: die Hilfsbahns und Schrankenwärterinnen bestommen nur 60 bis 75 Pf. pro Tag, die Wagenwäscherinnen werden in Berlin um 1 Mk. geringer entlohnt, als die entsprechenden männlichen Bebiensteten; die Damen, welche an Stelle der früheren etatsmäßigen Telegraphisten und der aus dem höheren Weichenstellerpersonal herangezogenen hilfstelegraphisten beschäftigt werden sollen, werden mit 2 Mk. pro Tag entlohnt, indem sie allerdings die Aussicht genießen, später als diätarische Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

Telegraphistinnen in das Staatsbeamtenverhältnis unter Bezug einer diätarischen Jahresbesoldung von 720 Mk. eintreten zu können. Die Fahrskartenausgeberinnen haben den Durchschnittslohnsat dieser Hilfsbeamtengruppe, der 1895 noch weit über 3 Mk. stand, auf unter 2,50 Mk. heradsgedrückt. Die etatsmäßig angestellten Ausgeberinnen beziehen heute nur ein von 900 Mk. auf 1400 Mk. steigendes Gehalt, während sie vor dem 1. April 1899 gleich ihren männlichen Kollegen auf 1200 bis 1600 Mk. standen.

Überdies sprach der Minister in allerjüngster Zeit (Eisenbahn-Berordnungsblatt, 21. Januar 1901) in einem Erlasse an die Direktionen sein Befremden darüber aus, daß mit der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte zu fäumig vorgegangen werde.

Die Ausschreibung von Bahnwärterstellen im Nebenamte an Handswerker ober Rentenempfänger gegen 1 Mk. täglicher Vergütung bewegt sich in derselben Richtung.

Ein Hauch biefes sparsamen Geistes liegt weiter auch über bem Kapitel "Lohnaufbesserung".

Mit dem Aufrücken in höhere Dienstaltersstufen, d. h. parallel mit der Steigerung der Arbeitsleiftung und unter dem Drucke der Lohnkonjunkturen in der Privatindustrie schreiten die Lohnsätze, die die Bahn an ihre Arbeiter zahlt, natürlich ebenfalls fort. Es war bereits früher in einem Einzelfall erwähnt worden, daß der Grundlohn, zu dem sich unter besonderen Diensteverhältnissen eine Stellenzulage gesellt, gewöhnlich nach einem Dienstjahre um 10 oder 20 Pf. und dann in größeren Zeitintervallen um gleiche Besträge weiter erhöht wird.

Diese Aufbesserungsmethobe gilt allgemein. Indessen werben aus besonderen Gründen hier und da Abweichungen verfügt, deren Gestaltung und Begründung immerhin der Beachtung wert ist.

So hieß es in einer Direktionsverfügung:

Die erste Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag soll ben nieberen Bahnarbeitern, um sie bei diesem Dienste festzuhalten, nach Ablauf des ersten halben Jahres der Beschäftigung gegeben werden. Dafür fällt die nach Ablauf des ersten Dienstjahres übliche Erhöhung fort.

Die Beträge ber Löhne erweisen sich eben keineswegs immer als hoch genug, um die Arbeiter an den Bahndienst zu fesseln. Ich werde unten noch genauer feststellen, für einen wie starken Prozentsatz die Beschäftigung bei der Bahn bloß Durchgangsposten ist.

In der Lohnregulierung geht die Eisenbahnverwaltung, ihrer Pflichten als Mufterbetrieb uneingebenk, der Privatindustrie nicht nur nicht mit

generösem Beispiel voran, sondern sie wird auch ihrer bescheidenen Maxime: "sie könne und dürfe nicht mit ihren Löhnen hinter den bezüglichen der Privatindustrie zurückleiben", wie oben dargethan, nicht einmal im vollen Umfange gerecht. Im Bericht 1899 heißt es dazu (S. 78):

"Die Lohnerhöhungen wurden bewilligt, um die Löhne der Eisenbahnsarbeiter den Löhnen berjenigen Arbeiter annähernd gleichzustellen, die in gleichwertiger Beschäftigung bei der Privatindustrie und der Landwirtschaft stehen."

Annähernd auf die Höhe der landwirtschaftlichen Löhne gebrachte Arbeitsvergütungen sind für einen Industriearbeiter, wie es der Eisenbahner ist, wohl kaum immer als ausreichend zu bezeichnen.

Daß sich seitdem dieser Geist, der in der Lohnregulierung waltet, kaum geändert haben dürste, beweist ein Erlaß des Ministers vom 6. Juli 1900 (E.B.B. 6726); danach soll die Einrichtung oder Erweiterung eines Lohnetats nicht dazu führen, Lohnerhöhungen ohne ein zwing endes Bedürsnis vorzunehmen. Ünderungen des Lohnetats bedürsen, sosern durch sie eine Überschreitung der im Etat vorgesehenen Jahresdurchschnittslohnsätze herbeisgeführt wird, der Genehmigung des Ministers. —

Gleichwohl enthält die Gewißheit, im Bahnbetriebe dauernde Beschäftigung zu finden und im Glücksfalle zur Beamtenstellung aufzusteigen, für die große Masse ungelernter Arbeiter trot der niedrigen Entlöhnung Anreiz genug, sich dem Bahndienst zuzuwenden.

Da aber gerade die besseren Arbeitsfräfte, die leicht auch anderswo ihr Fortkommen sinden und mehr verdienen können, in dem seßhaften Stamm nicht immer in wünschenswerter Zahl vertreten sind, muß die Berwaltung zu gelegentlichen besonderen Lohnvergünstigungen greisen, um die Anziehungskraft des Bahndienstes zu erhöhen. In der Erwartung, nun über leistungsfähigere Arbeitselemente verfügen zu können, kalkuliert sie indessen gern wieder auf der andern Seite eine Kostenersparnis durch Berringerung der Arbeiterzahl heraus.

Wenn auch in Ginzelheiten namentlich bezüglich ber Lohnhöhe auf örtliche Berhältnisse zugeschnitten, erscheint mir eine ministerielle Anordnung für Berlin, die die Lohnabstufungen und die Grundsäte für die Gewährung von Dienstalterszulagen erörtert, in ihrem Gesamttenor das Lohnregulierungssystem des Bahnbetriebs in geradezu typischer Weise zur Darstellung zu bringen.

Im "Wedruf ber Gisenbahner" ist folgende Berfügung zum Abdruck gebracht:

"Es wird genehmigt, daß den in Berlin und in den anderen zur Lohnsgruppe I gehörigen Orten beschäftigten Arbeitern vom 1. April d. J. (1900) ab ein Ansangslohn von 2,50 Mf. gewährt wird.

12\*

Die bisherigen Erhöhungen nach einem Biertel= und einem Halbjahr kommen bafür in Wegfall, bafür bleiben alle weiteren, bisher in Geltung gewesenen Lohnstufen weiter bestehen. (Berf. II. 4411 vom 9. August 1897.)

Es würden demnach die in Frage kommenden Arbeiter zu erhalten haben:

bein	n C	Eintritt	2,50	Mŧ.
nach	1	Jahre	2,60	,,
,,	3	Jahren	2,70	"
"	5	"	2,80	,,
"	8	"	2,90	"
,,	<b>1</b> 0	"	3,00	"

Wir bemerken hierbei, daß der Herr Minister die beantragte Lohnserhöhung für Streckenarbeiter nicht für so dringlich erachtet, daß ihretwegen eine Überschreitung des Etats sich rechtsertigen ließe, und daß er daher der Lohnerhöhung nur in der Erwartung zugestimmt hat, daß sie durch eine Beschränkung der Kopfzahl ausgeglichen wird.

Indem wir den Inspektionen hiervon Renntnis geben, sprechen wir die bestimmte Erwartung aus, daß die Betriebsinspektionen mit allen Mitteln bestrebt sein werden, die gewünschte Einschränkung der Kopfzahl eintreten zu lassen.

Es wird dies bei ernstlichem Bemühen auch möglich sein, da sich ohne Zweifel infolge der Erhöhung des Anfangs-lohnes auch bessere Arbeitskräfte melden werden, als dies bisher der Fall gewesen ist. Ferner wird genehmigt, daß vom 1. April d. J. ab gelöhnt werden nach den Säten:

- a) ber Lohngruppe I (2,50 bis 3,00 Mf.) die Arbeiter ber Stationen Pankow—Schönh., Pankow—Agb., Pankow—Heinersdorf, Pankow (Nordsbahn), Schönholz, Reinickendorf—Rosenthal und Dalldorf (Nordbahn), sowie ber 39. Bahnmeisterei (Pankower Kolonne) und ber 33. Bahnmeisterei (Reinickendorfer Kolonne):
  - b) ber Lohngruppe I a (2,30 bis 2,80 Mf.) und zwar

```
beim Eintritt 2,30 Mf.
nach <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahr 2,40 "
" 1 " 2,50 "
" 3 Jahren 2,60 "
" 5 " 2,70 "
" 10 " 2,80 "
```

die Arbeiter der Stationen Waidmannslust und Hermsdorf, sowie der 33. Bahnmeisterei (Hermsdorfer Kolonne).

Die Einteilung ber Stationen u. f. w. in Lohngruppen ist entsprechend zu berichtigen.

Die oben ausgesprochene Erwartung hinsichtliich ber gewünschten Beschränkung ber Kopfzahl trifft in erhöhtem Maße zu auf die durch obige Lohnerhöhung betroffenen Arbeiter (Pankow u. f. w.), insofern als der Lohn dieser Arbeiter in allen Lohnstufen (Anfangslohn von 2,30 Mk. auf 2,50 Mk., d. i. 20 Pf., Höchstlohn von 2,70 Mk. auf 3,00 Mk., d. i. 30 Pf.) erhöht worden ist.

Ferner wird genehmigt, daß die in Königswusterhausen und Zeuthen, sowie bei der 31. Bahnmeisterei beschäftigten Arbeiter, die bisher der Lohnsgruppe IV (2,20 bis 2,50 Mt.) angehörten, vom 1. April d. J. ab nach folgenden Sätzen gelohnt werden:

Lohngruppe II a (2,30 bis 2,60 Mf.):
beim Eintritt 2,30 Mf.
nach 1 Jahr 2,40 "
" 5 Jahren 2,50 "
" 10 " 2,60 "

Die Einteilung ber Stationen u. f. w. in Lohngruppen ist entsprechend zu berichten.

Bufat für die Werkstatt und Maschineninspektion.

Die voraufgeführten Lohnfätze gelten nur für die in der Berfügung G. 404 vom 21. August 1895 aufgeführten Hilfsbureaudiener, Hilfsportiers, Hilfsboten, Hilfsmaschinenwärter, Hilfsdampshammerwärter und Hilfskesselleswärter. Für die in den Werkstätten beschäftigten Handarbeiter (Gruppe c) bleiben ferner die in der angezogenen Berfügung sestigung sestigung sestigung bestehen Lohnsätze in Kraft. Die Bewilligung von Mitteln zur Erhöhung der gegenwärtig 20 bis 50 Bf. betragenden Zulagen zum Grundlohn für die bei den technischen Einrichtungen thätigen Arbeiter (wie Hilfsmaschinenwärter, Hilfskessellewärter) ist von dem Herrn Minister ab gelehnt worden und kann daher den von mehreren Inspektionen gestellten Anträgen auf Erhöhung dieser Zulagen bis auf weiteres nicht entsprochen werden.

Wir werden die für die beabsichtigte Aufbesserung notwendigen Gelds mittel nochmals im Etatentwurf 1901 beantragen."

Der "Beckruf" bemerkt in einer Kritik dieser Verfügung unter anderem: "Für die älteren Arbeiter verwandelt sich die Lohnerhöhung sogar in eine Lohnverkürzung. Während übereinstimmend mit der hier veröffentlichten neuen Lohnsfala früher nach bem ersten Jahre 2,60 Mt., nach bem britten 2,70 Mt. und nach bem fünften 2,80 Mt. gezahlt wurden, trat die Lohnserhöhung auf 2,90 Mt. bisher nach dem siebenten Jahre ein; nach der neuen Sala erfolgt diese Ausbesserung aber erst nach acht Arbeitsjahren."

Diese Kritik scheint mir indessen nur eine theoretische Berechtigung zu haben, da in der Praxis die hier herausgerechneten Differenzen wohl regelsmäßig auf das Gesuch der betroffenen Arbeiter hin von dem Inspektionsschef durch Gewährung "persönlicher Zulagen" ausgeglichen werden dürften, wie ja überhaupt mit "persönlichen Zulagen" so manche Unzuträgslichkeit in der Lohnbehandlung der Arbeiter beseitigt wird. Leider entzieht sich aber diese Specialität des Lohnsplems jeder genaueren Erörterung.

Der allgemeinen Charakteristif bes Lohnspstems lasse ich nun eine Betrachtung ber konkreten Lohnzahlungsverhältnisse folgen.

In erster Linie ist die Frage: wie sich allgemein die Lohnaufbesserung für die Arbeiter in den letzten Jahren gestaltet hat, zu beantworten.

Für die letten fünf Jahre werden folgende Durchschnittslohnfäte für die Gehilfen im mittleren Dienste, die Hilfsfräfte im unteren Dienste, die Handwerker und Arbeiter im Betriebe der Staatseisenbahnverwaltung (Anslage 8 der Berichte über die Betriebsergebnisse) verzeichnet:

```
1895 1896 1897 1898 1899
2,39 Mf. 2,41 Mf. 2,48 Mf. 2,55 Mf. 2,63 Mf.
100 : 100,8 : 103,7 : 106,6 : 110
```

Darunter befinden sich einerseits Höchstfätze als Tagesvergütungen für mittlere Gehilfen im Betrage von:

```
5,29 Mf. 5,78 Mf. 6,17 Mf. 6,60 Mf. 6,61 Mf.
100 : 109,2 : 116,8 : 124,8 : 125
und Höchftlöhne für Arbeiter (Werkstättenhandwerker im Stücksohn) im Betrage von:
```

```
3,95 Mf. 3,99 Mf. 4,05 Mf. 4,10 Mf. 4,14 Mf. 100 : 101 : 102,5 : 103,8 : 104,9
```

Andererseits Mindestfäte für erwachsene männliche Arbeiter (Bahn= unterhaltungs= und Kiesgewinnungsarbeiter) — ohne Nebengeldbezüge:

```
1,97 Mf. 1,99 Mf. 2,06 Mf. 2,12 Mf. 2,18 Mf. 100 : 101 : 104,5 : 107,5 : 110,7 für Hiksbremser und Hiksbremser und Hiksbremser und Kilfswagenwärter, die Nebengelber erhalten:
```

```
1,92 Mf. 1,97 Mf. 2,04 Mf. 2,09 Mf. 2,14 Mf. 100 : 102,5 : 106,2 : 108,9 : 111,4
```

für erwachsene Bahnwärter und -wärterinnen (im amtlichen Berichte un= gesondert):

```
1,61 Mf.
                1,65 Mf.
                             1,75 Mf.
                                           1,84 Mf.
                                                        1,93 Mf.
     100
                  102.5
                               108.5
                                             114.2
                                                         118.8
und folde für Lehrlinge:
   1,06 Mf.
                1.09 Mf.
                             1.11 Mf.
                                           1.09 Mf.
                                                        1,07 Mf.
```

Mehr als die durchschnittliche Aufbesserung von 10 % haben in diesen fünf Jahren von den 40 aufgezählten Lohngruppen nur 18 Kategorien erstahren; für 22 Kategorien ist der Durchschnittsat um weniger als 10 % gestiegen bezw. infolge Einstellung von Frauen oder zahlreicher junger Arsbeitskräfte sogar zurüczgegangen. Lohnausbesserungen über 15 % haben von den genannten 18 Gruppen nur fünf aufzuweisen, und zwar mit Ausnahme der Hilfsbahnwärterkategorie, die es am bedürstigsten war und auch heute noch immer unter 2 Mk. steht, lauter bisher schon hochbezahlte Gehilfengruppen, dei deren Tagessätzen prozentuale Zuschläge von 20 und 25 % einen absoluten Zuwachs von 60 Pf., 1 Mk. und mehr bedeuten, während ein gleicher Prozentzuschlag beim Hilfsbahnwärter etwa 30 Pf. ausmacht.

Betrachtet man die Lohnentwickelung noch genauer, so ergiebt sich, daß von den 27 Lohnkategorien dis zum Höchstbetrage von 3 Mk. nur 11 um mehr als 10 % durchschnittlich aufgebessert worden sind, 16 aber sich mit geringeren Ausbesserungen, darunter mit weniger als 6 % Lohnzuschlag zufrieden geben mußten. Die 10 Lohnkategorien, welche 1899 weniger als 2,50 Mk. im Durchschnitt bezogen, zeigen in zwei Fällen einen Lohnzuschgang während der letzten fünf Jahre, in drei Fällen Lohnsteigerungen von nur 3½ bis 5 % und allein in der anderen Hälfte der Fälle Lohnzausbesserungen von mehr als 10 %, nämlich von 10,7 %, 11,4 %, 12,9 %, 13 % und 18,8 %.

Also: die zehnprozentige Lohnaufbesserung ist nicht einmal allen unter den dürftigst gelohnten Kategorien zu gute gekommen. Der Löwenanteil an der Lohnsteigerung ist den bisher schon höchst bedachten Gruppen zugefallen.

Bon einer ganz anderen Seite her erfährt dieses Resultat der Kritik eine bemerkenswerte Unterstützung.

Die Durchschnittslohnbeträge, die für die Krankenversicherung zur Anrechnung gebracht sind, lassen den Entwickelungsgang der Arbeiterlöhne scharf hervortreten. Nach einem Aufsatze von Niehaus über die Arbeiterpensionsund Betriebskrankenkassen stellen sich die Jahresbeträge, die für ein Kassenmitglied veranlagt wurden, im letzten Jahrfünft wie folgt:

<sup>1</sup> Archiv für Gisenbahnwesen, Jahrgang 1901, Beft I.

٠	Im allgemeinen	Gefor	ıdert
Jahr.	Durchschnitt	für Werkstattarbeiter	für Betriebsarbeiter
1895 1896 1897 1898 1899	827,0 Mf. (=) 100 836,5 " (=) 101 841,1 " (=) 101,6 862,3 " (=) 104,2 888,6 " (=) 107	1059,4 Mf. (=) 100 1077,4 " (=) 101,6 1098,2 " (=) 103,6 1113,0 " (=) 105,0 1127,8 " (=) 106,3	760,0 Mf. (=) 100 766,0 " (=) 100,9 793,9 " (=) 104,4 815,7 " (=) 107,3 839,3 " (=) 110,5

Die Annahme einer allgemeinen zehnprozentigen Lohnaufbesserung ersfährt hiernach eine beutliche Ginschränkung. Halten wir indessen an ihr fest, um unsere Betrachtungen möglichst sicher und gewissenhaft zu basieren.

Wie ist eine auf fünf Jahre sich verteilende zehnprozentige Lohnerhöhung an sich socialpolitisch zu beurteilen? —

Ziehen wir zunächst einmal eine Parallele zwischen der Lohnentwicklung innerhalb und außerhalb des Bahnbetriebs. Da eine allgemeine Lohnstatistik nicht besteht, muß das Surrogat der Aufzeichnungen über die ansrechnungsfähigen Löhne, die das Reichsversicherungsamt alljährlich für den Durchschnitt von 64 bis 65 Berufsgenossenschaften veröffentlicht, zum Berzgleich herangezogen werden. Darnach entwickelten sich die Durchschnittsbeträge der anrechnungsfähigen Löhne:

```
1895: 661 Mf. (=) 100
1896: 684 " (=) 103,4
1897: 704 " (=) 106,4
1898: 735 " (=) 111,1
1899: 752 " (=) 113,8.
```

Die anrechnungsfähigen Löhne becken sich zwar nicht völlig mit den wirklich gezahlten Löhnen. Bei fast allen Berufsgenossenschaften werden bekanntlich die 4 Mk. für den Arbeitstag übersteigenden Lohnbeträge nur mit einem Drittel angesetzt, während anderseits für die jugendlichen und noch nicht ausgebildeten Arbeiter der ortsübliche Tagelohn Erwachsener ansgesetzt wird. Die erstere Art der Anschreibung wirkt reduzierend, die letztere Art greift etwas zu hoch. Läßt sich also auch die absolute Lohnhöhe nicht für alle Arbeitsgruppen genau ablesen, so vermag man doch das Lohnmittel hinreichend zuverlässig festzustellen und die Steigerung desselben beutlich zu versolgen.

Sondert man die eigentlichen gewerblichen Berufsgruppen von den ins Handels= und Verficherungsfach, ins Kunftgewerbe und ins Schant= und Beherbergungswesen schlagenden, sowie von den der Landwirtschaft zu=

gehörenden Erwerbszweigen ab und betrachtet beren Lohnentwickelung für sich, so tritt fast dieselbe Kurve hervor.

1895: 672,68 Mt. (=) 100 1896: 692,62 " (=) 103 1897: 713,22 " (=) 106 1898: 742,52 " (=) 111,3 1899: 755,49 " (=) 112,7.

Es ist die mittlere Entwickelungslinie zwischen den niedrigen Lohnsturen, die die Berufsgenossenschaften des Verkehrsgewerbes aufweisen — kaum 7 % Steigerung dei Privats und Straßenbahnbetrieben —, und den stolz aufsteigenden Kurven der Bergdauarbeiter (nach der Berufsgenossenschaftsstatistik 15,6 %, nach der amtlichen preußischen Bergdaustatistik 26,2 bezw. 29 %), die hinsichtlich der Schwere und Gefährlichkeit des Dienstes, sowie hinsichtlich der Schichtverteilung über Tag und Nacht mit den Bahnern des Fahrbetriebes außerordentlich viel Berwandtschaft haben. Hinter diesen durchschnittlichen Lohnsteigerungen bleiben diezenigen der Eisenbahnerschaft, die beruflich und social bunt zusammengesetzt ist wie jene 15 herausgelesenen Gewerbekategorien, um ein erhebliches zurück.

Wenn auch die Reingewinne im Bahnbetriebe nicht ganz so hoch gewesen sind wie in verschiedenen Privatindustrien, wie z. B. im Bergbau, wo sie in dem wilden Tempo von jährlich 10 % gestiegen sind, so stellten sie sich doch günstig genug, um die den Bahnern bewilligten Lohnaussbesserungen nicht gerade als ein Opfer erscheinen zu lassen.

Die Einnahmeüberschüsse betrugen:

	Die Einn	aŋmeuber	ichnile per	rugen :			
	1895	1896	1897	1898	1899		
	469,5	503,9	531,7	<b>5</b> 3 <b>6</b> ,6	563,4 Mill	ionen Mf.	
	<b>10</b> 0	107,2	113	114	120		
im	Verhältnis	zu dem	im Jahr	esdurchschnitt	verwendeten	Anlagekapital 1	:
	6,75 %	o 7,1	5 º/o	$7,14^{0/0}$	7,07 º/o	7,28 º/o	
	100	10	05,9	105,8	105	108	

¹ Dabei ist zu beachten, daß dieser Dividendenbetrag in Bezug auf das statistische Anlagekapital, das die sämtlichen seit Bestehen des Betriebes gemachten Auswendungen für Betriebeseinrichtungen ohne Rücksicht auf die inzwischen erfolgten Abschreibungen darstellt, berechnet ist. Die früheren Berichte über die Betriebsergebnisse wiesen ausdrücklich darauf hin, daß dieser statistische Betrag nicht geeignet sei, durch eine prozentuale Bergleichung des Betriebsüberschusses mit ihm zur Darsstellung eines zutressend Bildes des sinanziellen Ergebnisses des Betriebes zu dienen. Bei Berechnung der aus dem Überschuß des Berichtsjahres sich ergebenden Rentabilität der preußischen Staatsdahn ist daher von dem Staatsdahnkapital, d. h. dem für die im Berichtsjahre im Betriebe besindlichen Bahnstrecken ausgewandten

Die Aufbesserung der Lohnsätze hat die Eisenbahnüberschüsse, die über- fließende preußische Finanzquelle, in ihrem Bestande kaum berührt.

Die gesteigerten Aufwendungen für Betriebsmittel sind viel schwerer ins Gewicht gefallen, als die erhöhten Ausgaben für Löhne, die das Fundament von mehr als 200 000 Arbeitereristenzen bilden.

Die allgemeine Preissteigerung, die die Ausgaben für die Betriebsmittel und Anlagen so stark anschwellen ließ, hat aber auch die Basis
der Lebenshaltung des Arbeiters, das Arbeitseinkommen, einer beträchtlich
höheren Beanspruchung unterworsen als früher. Die Kaufkraft des Geldes
ist im Verhältnis zur Preisgestaltung aller Waren in letzter Zeit erheblich
gesunken. Legt man die Sauerbeck'schen Indezzahlen für die Preise von
45 Hauptwaren zu Grunde, so ergiebt sich, daß im Jahre 1900 erst für
75 Mk. das zu erhalten war, was man 1895 für 62 Mk. erstand.

Bor allem gilt es einmal die Erhöhung der Lebensmittelpreise und Haushaltskoften, die das Arbeiterbudget im letzten Jahrfünft betroffen hat, der Lohnerhöhung gegenüberzustellen.

In der Tadelle (S. 188) ist eine Übersicht über den Ernährungsaufwand eines Arbeiterhaushalts nach dem jeweiligen Preisstande der Lebensmittel während des letzten Jahrfünfts gegeben. Um die Zufälligkeit der Schwankungen in den Preisen möglichst auszugleichen, sind die Durchschwittspreise von drei Jahren für den Anfang und das Ende der Periode ermittelt. Nach dem Vorbild der Ermittlungen im "Arbeitsmarkt" ist die Ration des deutschen Marinesoldaten zu Grunde gelegt; nicht als ob der gewerbliche Arbeiter gerade dieselbe gute Kost wie der Marinesoldat genösse, sondern aus dem Grunde, weil hier der Maßstab für den Nahrungsbedarf eines stark arbeitenden Mannes gegeben ist, der bei aller möglichen Bariation des Speisezettels kaum auf viel billigere Weise gedeckt werden kann. Für die Wochenration, die, soweit es anging, nach den Durchschnittsnotierungen der preußischen Preisstatistik berechnet ist, ergiebt sich eine Gesamtsumme von 6 bis 6½ Mk., d. h. pro Tag eine Ausgabe von 90 Pf.

Das Verpflegungsgelb bes gemeinen Solbaten (45 Pf.) ober auch bes Unteroffiziers (54 Pf.), bas biesem ziemlich hohen Satze entgegengehalten wird, ist damit natürlich nicht in Parallele zu stellen. Die Lebens= und Bezugsverhältnisse des Sisenbahnerhaushalts gestalten sich viel schwieriger als die Massenverpslegung der Solbaten. Der Sisenbahner, der Fahr=

Anlagekapital unter Berücksichtigung ber inzwischen erfolgten Abschreibungen außz zugehen. Die "Dividende" der Staatsbahnverwaltung dürfte darnach um ein Grzheliches höher als oben anzusetzen sein.

beamte wie der große Teil der Bahnarbeiter, nimmt feine Mahlzeiten getrennt von der Familie ein. Das verteuert den Lebensunterhalt. Zu= bem fann die Arbeiterfüche felbstverftandlich nicht mit ben Großbetriebs= preisen der Armeeküche rechnen, deren Rationen überdies bekanntlich eine nicht zu unterschätzende Ergänzung durch Sendungen aus dem Eltern= hause des Soldaten oder durch Liebesaaben von anderer Seite erfahren. Der Bahner ift nur auf feine Ruche angewiesen. Die Borteile bes Großwarenbezuges und der verbilligenden Barzahlung, die ihm der Konfumverein gemähren könnte, barf ber Bahner angesichts bes socialdemokratischen Beigeschmacks, der diesem organisierten Konsum anhaften soll, nicht un= geftört genießen. In weit zahlreicheren Fällen borgt er vielmehr beim teuren Kleinkrämer. Die Ernährungsration des Bahners muß sich somit in der That beträchtlich teurer als die Massenration bes gemeinen Solbaten, wenn vielleicht auch nicht ganz so hoch wie die des Marinesoldaten stellen. im Anhang ber Tabelle gleichfalls mitgeteilte mit mindeftens 80 Bf. an= gesetzte Einquartierungsration bes beutschen Landsoldaten durfte hinsichtlich Qualität und Preis berjenigen ber Gifenbahnerfamilie am meiften entsprechen. Das Reichsgefundheitsamt berechnet die Rosten der Ernährung für eine Berson täglich auf 90 Bf., für eine Kamilie auf 984 Mf. jährlich.

Schließlich berührt aber die absolute Höhe des Ernährungsbudgets die Ergebnisse jener Preiszusammenstellungen überhaupt nicht erheblich. Die relative Höhe des Budgets in den verschiedenen Jahren ist das Entscheidende, und in dieser Hinsicht besagen jene Zahlen, daß der Arbeiter heute über 5% mehr für das gleiche Nahrungsquantum ausgeben muß, als vor 5 Jahren, ganz abgesehen davon, daß sich der standard of life des deutschen gewerdelichen Arbeiters im letzten Jahrfünft gehoben und somit heute eine reichere Summe von Lebensbedürfnissen nach Befriedigung verlangt als Mitte der neunziger Jahre.

Die Tafel bietet fernerhin durch Sonderdarstellung der Lebensmittels preise im Rheinland und Westpreußen einen Einblick in die Differenzen, die im Haushaltsauswand für die Bahner der verschiedenen Landesteile bestehen. Die Schwierigkeiten und Bedenklichkeiten einer centralisierten Lohns und Gehaltsreglung für das ganze Staatsgebiet treten hier fast ebenso deutlich hervor, wie bei einer Betrachtung der Wohnungsverhältnisse.

So große Preisdifferenzen aber auch zwischen ben verschiedenen Provinzen auftreten, an der Aufwärtsbewegung der Preise der wichtigsten Lebensmittel haben sämtliche Gegenden des deutschen Baterlandes gleichmäßig teilgenommen, und zwar die dichtbevölkerten ebenso wie die dünnbevölkerten, die kleinen Landstädte wie die Großstädte und Niesenverkehrscentren.

Ernährungsaufwand im Arbeiterhaushalt während des letten Jahrfünfts.

							1899		
Ration pro Mann und Woche <sup>1</sup>	1894	1895	1896	1897	1898	im Rheinlande	Durchschnitt in in Weste	tm ganzen	1900
-	28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 28 2	*	*	*	*	*	preußen A	Lande A	*
800 g Rindsteifch	99,2 98,9	100,7	99,2	99,2	100,7	104,6	91,2	100,7	100,7
800 g Hammelfleifth	95 72 95 95 95 95 95 95 95 95 95 95 95 95 95	97,6 97,6	96,8 2,1	96,8 8,8 8,6	99,2 2,66 7,0	106,3	6,18 96,0 8,7	0,001 7.4	101,5
	. L- a 5 4 a	. 8, 4, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1,	0,8	- 17. a i∞c	- <b>r</b> - α	4,0	000	# C- C	# C- 0
	1.00 0.00 0.00	13,0	135,5	1.00 4.00 7.00 7.00	17,0	15,5	6.41 2.01	15,0	15,0
س × ۰	98,7 98,7	15,0 94,3	15,5 95,6	97,3	16,0 97,3	18,7 104,2	13,7 94,2	14,9 99,2	19,3 102,0
105 g Kaffee	$\frac{30,0}{115,5}$	29,5 115,5	29,4 $121.0$	28,7 126,0	27,4	24,7 141,8	28,5 121.0	26,7 131,5	26,7 136,5
J		do			o door		0,121	0,101	0400*
· · · · · ·	584,9	581,6	580,2	595,7	617,8	649,0	570,1	8′809	617,2
		582,2				613,1 (ge	613,1 (gegen 1895: + 5,4 %)	+ 5,4 %	
200 g Badystaumen 340 g Juder (1) G (1) 1 G (1) 1 G (1) 2 1 g Z (1) 2 1 g Z (1) 6 c (1)	45	45	45	45	45	45	45	45	45
Für den dreitöpfigen Hausstand stellte sich hiernach das jährliche Ernährungsbudget: 1895 auf 978,43 Mt.; 1899 auf 1026,64	e fich hierr	iach das jä	hrliche Erı	ຸ ເຕັກະແກຊສຽນ	) dget: 1895	auf 978,49	3 W.F.; 1898	9 auf 1026	,64 mt.

Einen ganz ausgezeichneten Nachweis hierfür liefern die vom Tarifamte ber beutschen Buchdrucker mit Unterstützung von 388 Kommunalsverwaltungen für das ganze Reich veranstalteten Erhebungen über die Entswickelung der Wohnungs und Lebensmittelpreise während des letzten Jahrsfünfts 1896—1900. Aus diesen nach der Einwohnerzahl der Plätze gesonderten Aufzeichnungen geht deutlich hervor, daß der Prozentsatz der

Anmerkungen zu nebenstehender Tabelle.

1 Zu Grunde gelegt ift nach dem Borbilde der Berechnungen im "Arbeitsmarkt" — (Herausgeber Dr. J. Jastrow) I. Bd. S. 49 — die Ration des deutschen Marinessoldaten.

Zum Bergleich sei die tägliche Einquartierungsration des gemeinen Soldaten, wie sie im Jahre 1882 geseţlich (A.G.Bl. 1882 S. 50) festgeseţt worden ist, dargestellt.

750 g Brot — 375 g (Rohgewicht), frisches ober gesalzenes Fleisch ober 250 g geräuchertes Rind- und Hammelsteisch ober 170 g Speck. —

125 g Reis ober Graupe ober Grute bezw.

250 g Sülsenfrüchte oder Mehl bezw.

1500 g Kartoffeln,

25 g Salz,

25 g Kaffee (gebrannt) ober 30 g (ungebrannt).

Nach dem Geset vom 24. Mai 1898 sind für die Naturalverpstegung pro Mann bei voller Tageskost mit Brot täglich 80 Pf. (ohne Brot 65 Pf.) zu zahlen. Bei außergewöhnlicher höhe der Lebensmittelpreise kann der Bundesrat die Bergütungssätz zeitweise für das ganze Bundesgebiet oder für einzelne Teile von 80 Pf. bis zu 1 Mk. als auch über 1 Mk. hinaus erhöhen.

- <sup>2</sup> Berechnet, soweit angängig, nach den Kleinhandelspreisen der preußischen Statistik.
  - 8 Großhandelspreise, da Kleinhandelspreise nicht notiert werden.
- \* Roggenmehlpreise des Kleinhandels liegen zu Grunde, weil einheitliche Brotpreisnotierungen nicht zu gewinnen sind. Da es sich hier nur um Verhältniszahlen,
  nicht um absolute Preiszissern handelt und Brotpreise nach Dr. Hirschbergs Ermittlungen sowie den Untersuchungen von Conrad und Schwerin-Loewit
  in angenäherter Parallele mit den Roggenpreisen sich entwickeln, so ist diese Berechnungsmethode zulässig. Unmittelbar ist das Anwachsen der Brotpreise aus den
  Marktpreisnotierungen der deutschen Großstädte zu erkennen.

Nach bem ftatistischen Jahrbuch beutscher Städte notierten Bressau und Köln im Jahre 1895 für ein Kilogramm Roggenbrot: 19 Pf., im Jahre 1898: 22 Pf.; Stuttgart 1895: 19 Pf., 1898: 24 Pf.; Straßburg 19 und 24; Darmstadt 20 und 26; Mainz 20 und 26; Dresden und Berlin 21 und 25; Mannheim 21 und 28; München 27 und 33. 1899 ist, wie die jüngst veröffentlichten Zahlen zeigen, allerbings ein erf reulicher Preisrückgang eingetreten. Immerhin ist bei einem jährlichen Gesamtverbrauch von 600 kg für die 3- bis 4köpfige Familie eine Preissteigerung um 10 % schon von der allerempfindlichsten Bedeutung.

Preise	Rinb≠ fleifch.	Schweine= fleisch.	Kalb= fleisch.	Hammel= fletsch.	Butter.	Fett.	Weizen= mehl.
Geftiegen	168	247	242	192	232	155	152
Gefallen in	49	16	15	43	24	46	65
Geblieben in	169	123	126	144	129	182	165
Nicht ermittelt	2	2	5	9	3	5	6

Preisänderung der wichtigsten Lebensmittel

Preissteigerung in den Orten mit 10 000 und 20 000 Einwohnern mindestens ebenso hoch gewesen ist, wie in den über 100 000 Bewohner zählenden Städten. Das Facit der Erhebungen ist zur Bestätigung und Ergänzung der oben durchgeführten Untersuchung vorstehend wiedergegeben.

Die ermittelte Lohnaufbesserung von 7 bis 10 % während ber Periode von 1895/99 wird bemnach zum größten Teile bereits durch Verteuerung bes nötigsten Lebensbedarfs aufgewogen.

Zieht man die oben nicht berücksichtigten Nahrungsstoff= und Gebrauchs= mittel in Betracht, so stellt sich das Berhältnis zwischen Lohn und Aussgaben noch ungünstiger. Zucker ist in dem letzten Jahrfünft um 9 bis 10 %0, die Berbrauchsabgabe pro Kopf gar um 15 %0 gestiegen. Heringe sind um 29 %0 teurer geworden. Ausländischer Tabak ist um 50 bis 60 %0 im Preise aufgeschlagen, dem gegenüber der an sich erhebliche Preisrückgang des "Pfälzers" nicht sehr ins Gewicht fällt. Spiritus hat um 14 %0 im Preise angezogen, Petroleum um 12 bis 15 %0, Kohlen um 9 %0. Dazu der schwindelnde Preishochgang dei Wolle (46 %0), dei Eisen und Erzen; Thatsachen, die die allgemeine Preisbildung ebenso lebhaft beeinslussen wie dies durch die Steigerung der Arbeitslöhne geschieht.

Die Belaftung bes Gefamtetats bes Arbeiters ergiebt fich aus folgender Betrachtung:

In Preußen entfallen 4,7 Köpfe auf eine Haushaltung; die weniger bemittelten sind bekanntlich am kinderreichsten, also sind für den Durchschnittshaushalt des Bahners mindestens drei Esser (2 Kinder gleich einem Erwachsenen gerechnet) anzunehmen. Für die vierköpfige Familie setzt man gemeinhin die Kosten der Ernährung auf 55—60 % der Ausgaben bei einem zwischen 800 und 1200 Mt. schwankenden Sinkommen an. Frau und Kinder des Bahners, der weniger als 3 Mt. pro Tag des Jahres verdient und — wie die Arbeiter alle — kein Wohnungsgeld bezieht, müssen also miterwerben, wenn sie sich durchschnittlich so gut nähren sollen wie der Marinesoldat. Die übrigen 40 % entfallen auf a) Wohnung zwischen 15 bis

Roggen= brot.	Reis.	Raffee.	Buder.	Gier.	Rar= toffeln.	Milch.	Lager= bier.	
181	107	40	251	222	155	139	21	) Orten
16	46	192	15	17	101	4	8	
173	230	145	95	141	129	234	343	
18	5	11	27	8	3	11	16	

in 388 Kommunen mährend ber Jahre 1896-1900.

25% ofchwankend; b) Kleidung, Heizung, Beleuchtung: 15%; c) Versicherungs= gelber aller Art, Bereinsbeiträge, Steuern und Ausgaben für Beilzwecke, Bergnügungen, Bilbungsmittel u. f. w. bis 10 %. Die Ernährungskosten, b. h. drei Künftel der Ausgaben haben sich um mindestens 5.4 % erhöht. Die Ausgaben zu b), ein Zehntel der gesamten, haben sich um 10 bis 15 % vermehrt. Die Bohnungsmiete, meist ein Fünftel aller Ausgaben, hat in dem letten Sahrfünft im Durchschnitt in ben preußischen Städten mit größerem Bertehr und dort sist die Hauptmasse der Bahner — eine Steigerung von 20 % erfahren. Die Gesamtausgaben bes unteren Angestellten haben bemnach im letten Jahrfünft sich gewiß um 10 % vergrößert. Da die durchschnittliche Lohnaufbesserung 10 % jedenfalls nicht überschreitet, so ist die Lebenshaltung bes Eisenbahners nicht günftiger geworden; an der vielfach behaupteten Aufwärtsbewegung ber Arbeiterklaffe mahrend ber letten wirtschaftlichen hochkonjunktur hat das heer ber Gisenbahner keinen bemerkbaren Anteil gehabt. Die günstige Gestaltung der Lohnverhältnisse für einzelne Kategorien von Arbeitern und Silfsbediensteten, die oberhalb bes Durchschnitts fteben. ist natürlich nicht ausgeschlossen. Nur setzt das angesichts des Durchschnitts= niveaus eine um fo bedenklichere Entwickelung auf der anderen Seite voraus.

> \* \* \*

Um die socialpolitische Würdigung der Lohnverhältnisse zu vertiefen, muß der Versuch gemacht werden, die Pauschalnachweise der Lohnzahlung durch Heranziehung der allenthalben im Betriebsbericht, teils im Text, teils in den Anhangstabellen, oder in den Aufstellungen und den Erläuterungen des Stats zerstreuten Angaben zu zergliedern und durch Sonderung der ungleichartigen Kategorien bestimmtere Lohnbilder für die einzelnen Arbeitersgruppen zu gewinnen. Auch die zeitliche Arbeitsleistung, die dem Jahresslohne entspricht, soll nach Möglichkeit sestzustellen versucht werden.

Die Lohnnachweise für die Gehilfen im mittleren Dienste, die Silfs-

kräfte im mittleren Dienste, die Handwerker und Arbeiter umfassen eine Beobachtungsmasse von insgesamt

1899	1898	
50794	52 858	Silfefraften im unteren Dienft,
161 157	$162\ 913$	Arbeitern,
<b>5</b> 8 <b>6</b> 0	5 975	Gehilfen im mittleren Dienst,
217 811	221 746	Arbeitsfräften.

Diese Zahlen bebeuten zum Teil nur rechnungsmäßige Arbeitskräfte. Die Kopfzahl wird nämlich dadurch gewonnen, daß die notierten Tagewerke ber Hilfskräfte im unteren Dienst und der Betriebs (Stations-)arbeiter durch Division mit 365 (Arbeitstagen für das Jahr), die der Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter durch Division mit 300 in die Kopfzahl umgerechnet wird. All die Störungsfoefsizienten, die aus der Arbeitsunt erbrechung des einzelnen Arbeiters oder aus dem Arbeiterwechsel für die Durchschnitts- berechnung, wenn sie auf die Joentität der Arbeitsperson während des ganzen Rechnungsjahres Nachdruck legte, entstehen müßten, sind auf diese Weise ausgeschieden. Die Angabe der Durchschnittskopfzahl nun für die Arbeiter, deren Tagewerke und Lohnsähe summarisch nachgewiesen werden, ermöglicht eine eingehendere Interpretierung der Zahlen.

In dem Lohnbericht wird mitgeteilt, daß im Jahre 1899 insgefamt 72 351 954 Tage mit 190 345693 Mf. Lohn, 1898: 73 828 919 Tage= werke mit 188 577 780 Mf. Lohn vergütet worden find, und daß der Durch= schnittslohnsatz für ein Tagewerk 1899: 2,63 Mk.; 1898: 2,55 Mk. betragen habe. Die Anzahl ber von einem Arbeiter burchschnittlich im Sahre geleisteten Tagewerke ift hiernach in Berbindung mit den genannten Kopf= zahlenangaben auf 333 festzustellen, wobei zu berücksichtigen ist, daß Überftunden in Tagemerfe umgerechnet find. Das burchschnittliche Sahreseinkommen eines Bahngehilfen oder Arbeiters, das aus der einfachen Angabe des Lohnmittels für ein Tagewerk nicht zu ersehen war, beträgt sonach für bas Jahr 1899: 875 Mf.; für das Jahr 1898: 850 Mf. Indessen sind hierin die hohen Tagesfätze für die Gehilfen des mittleren Dienstes ent= halten, die focialpolitisch überhaupt nicht zu den gewerblichen Lohnarbeitern gerechnet werden können. Zieht man die im Etat 1901 1 angegebene Summe ber 1899 und 1898 gezahlten Bergütungen an außerhalb bes Beamtenverhältniffes beschäftigte Gehilfen (1899: 8 105 939 Mf. und 1898: 7 912 856 Mf.) auf der einen Seite und eine entsprechende Bahl

<sup>1</sup> Persönliche Ausgaben im Stat der Gisenbahnverwaltung. Titel 3.

von Köpfen auf ber andern Seite ab, so ergiebt sich für die Masse der eigentlichen Hilfsunterbeamten und Arbeiter aller Kategorien ein Jahreßeinkommen: 1899 von 860 Mk.; 1898 von 837 Mk. oder bei Annahme von 333 Arbeitstagen ein Tagelohn von 2,58 Mk. bezw. 2,51 Mk.

Bill man schließlich die eigentlichen Betriebsangestellten (Stations- und Bahnunterhaltungsarbeiter) und Hilfsbeamten, die in ihrer Existenz an die Eigenart des Betriebes gebunden sind, von denen im regelmäßigen Berkfftättendienst sondern, so bietet die Heranziehung von Angaben aus den Etatsaufstellungen auch hierfür eine Handhabe.

Die Löhne ber Werkstättenarbeiter werden für 45 833 bezw. 45 425 Köpfe (in der Erläuterung zum Titel 9 der persönlichen Ausgaben des Cisenbahnetats) auf 50 534 568 Mk. bezw. 49 241 861 Mk. für die Jahre 1899 bezw. 1898 angegeben 1.

Für die 166 118 Betriebsarbeiter des Jahres 1899 verbleiben also nach Abzug der Zahlungen an die Werkstättenarbeiter 131,7 Millionen Mk. Lohn, was einem Jahreseinkommen von 793 Mk. pro Kopf entspricht. Im Jahre 1898 bezogen die 170 346 Betriebsarbeiter ein Jahreseinkommen von 773 Mk.

Um zu ermitteln, wie hoch bas einzelne Tagewerk vergütet wurde, ist folgende Betrachtung anzustellen. Von den insgesamt 1899 geleisteten 72 351 954 Tagewerken entsallen auf die 5860 Gehilfen des mittleren Dienstes, Büreaus, Kanzleis, Zeichnergehilfen, je 300, insgesamt höchstens 2 Millionen Tageswerke, die mit 8,1 Millionen Mf. vergütet wurden.

Die Werkstättenhandwerker und Handarbeiter leisteten (laut Bericht S. 222) 2582612 Tagewerke im Tagelohn und 10175007 im Stücklohn; die auf 2500 Köpfe zu schährenden Werkstättenvorarbeiter und endlich die 2370 Lehrlinge sind mit etwa ½ Million Tagewerken anzusetzen; sie alle insegesamt bezogen für rund 14 Millionen Tagewerke 50,5 Millionen Mk.

Es verbleiben für die Betriebsarbeiter über  $56^{1/4}$  Millionen Tagewerke, die mit insgesamt 131,7 Millionen Mk. entlohnt wurden. Das einzelne Tagewerk des Betriebsarbeiters wäre demnach durchschnittlich mit 2,34 Mk. vergütet worden. Der entsprechende Betrag für 1898 stellte sich auf 2,27 Mk.

Indeffen find in diefer Aufstellung noch die Bahnunterhaltungsarbeiter,

Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

<sup>1</sup> In der Zahlenzusammenstellung figurieren als wirklich gezahlte Lohnbeträge der Werkstätenarbeiter 47 521 289 Mk. bezw. 46 235 131 Mk. In den oben benutzen Zahlen sind die für die Unterhaltung und Erneuerung der Inventarien und der baulichen Anlagen nach Titel 7 und 8 benötigten Handwerkskräfte, für die im Etat seinerzeit 3 016 000 Mk. bezw. 2 650 000 Mk. ausgeworsen waren, eingerechnet.

bie nur 300 Arbeitstage im Jahre beschäftigt sind, enthalten. Scheibet man sie, die nach den Erläuterungen zu den "persönlichen Ausgaben des Eisenbahnetats" 57 529 Köpfe mit 38 071 008 Mf. Gesantlohn (1898: 58 580 Köpfe mit 37 574 000 Mf.) zählten, mit 17,25 bezw. 17,57 Millionen Tagewerken aus, so ergiebt sich für die eigentlichen Histounters beamten und Bahnhofsarbeiter mit insgesamt 108 589 bezw. 111 766 Köpfen eine Gesantleistung von reichlich 39 bezw. 40½ Millionen Tageswerken gegenüber einer Entschnung im Gesantbetrage von 93,6 bezw. 93,85 Millionen Mf. Der eigentliche Bahnhofsarbeiter und Fahrbetriebsbedienstete empfing 1899 (bezw. 1898) etwa 2,40 (bezw. 2,32 Mf.) für sein Tagewerk.

Diese Zahlengruppierung und Vergleichung kann natürlich keinen Ansfpruch auf volle Genauigkeit erheben. Die bekannt gegebenen amtlichen Zahlen für die Kopfziffern der Arbeitergruppen und die ausgezahlten Lohnsummen widersprechen einander, oder sind doch in der mitgeteilten Gestalt so schwer zu diskutieren, daß von einer exakten Auflösung der Summen in ihre Einzelposten keine Rede sein kann. Daß die oben versuchte Zergliederung der Pauschalbeträge dennoch ihren Wert hat und innerlich zu halten ist, soll die Schlußbetrachtung darthun.

Für die 50 794 Hilfskräfte im untern Dienste und die nach Abzug der Werkstätten= und Bahnunterhaltungsarbeiter verbleibenden 57 795 sonstigen Arbeiter — für diese 108 589 Hilfsunterbeamten und Bahnhofsbediensteten betrug nach den Etatsausweisen der Gesamtsohn im Jahre 1899: 94,6 Millionen Mk., d. h. auf den einzelnen Angestellten entsiel ein Jahreseinkommen von 872 Mk., was dei Annahme von ungefähr 365 Arbeitstagen einem Tagelohn von 2,39 Mk. — oben war 2,40 Mk. ermittelt worden — entspräche. Für das Jahr 1898 ergäbe sich nach derselben Methode ein Tageslohn von 2,30 Mk.; — oben war ein solcher von 2,32 Mk. berechnet worden.

Diese beiden auf verschiedene Weise gewonnenen Resultate stimmen genügend überein, um der ganzen Berechnung einen Grad von Wahrschein- lichkeit zu verleihen.

Aus jener Berechnung geht aber hervor:

Der amtlicherseits angegebene Durchschnittslohnsat für das einzelne Tagewerk in der Höhe von 2,63 Mk. für das Jahr 1899 und 2,55 Mk. für das Jahr 1898 wird auf dieses Niveau in erster Linie durch die 4,20 Mk. bis 4,30 Mk. durchschnittlich betragenden Tagegelber der 6000

 $<sup>^{1}</sup>$  Einschließlich ber an Unternehmer gezahlten, bei Pos.  $^{3}$  ber persönlichen Ausgaben berechneten Löhne.

Die Zahlenzusammenstellung des Stats notiert hier 36 947 782 Mf. bezw. 36 406 641 Mf. Löhne.

Gehilfen bes mittleren Dienstes, bie keineswegs als "Arbeiter" im social= politischen Sinne anzusehen find, emporgehoben.

Für die mehr als hunderttausend Köpfe zählenden Hilfsunterbeamten und Stationsarbeiter allein sinkt der durchschnittliche Lohnsat auf 2,40 Mk. (1899) bezw. 2,30 bis 2,32 Mk. (1898) herunter. Für die 50—60 000 Bahnunterhaltungs= und Streckenarbeiter (einschließlich der um reichlich 50 % höher entlohnten Telegraphenarbeiter) stellt sich das Lohnniveau gar nur auf 2,18 bis 2,21 Mk. bezw. auf 2,12 bis 2,14 Mk. ein. Einzig die 40—50 000 Berkstättenarbeiter, handwerksmäßig geschulte oder auf Stückarbeit einsgerichtete Leute, verdienten im Durchschnitt mehr als 3 Mk., nämlich gegen 3,50 Mk. in den beiden letzten Jahren.

Wenn man schließlich aus diesen einzelnen Gruppen der Durchschnittsfätze die höher entlohnten, weil zum Teil dienstbejahrten Elemente herausschält, dann schrumpft die Lohnpyramide der großen Arbeitermassen noch
mehr zusammen, und das Lohnfundament, auf dem sich das komplizierte,
hochrentable Eisenbahngetriebe aufrichtet, stellt sich in seiner ganzen Bescheidenheit dar.

Überdies drängt sich die Vermutung auf, daß die oben ermittelten Zahlen noch zu hoch gegriffen sind, wenn man nämlich eine Zusammen= stellung der mannigfaltigen, teils in den Etatsübersichten, teils in den Specialerläuterungen des Etats, teils in den Berichten über die Betriebs= ergebnisse im Grundtext und in den Anhangstabellen mitgeteilten Kopf= zahlen der Arbeiterschaft und der entsprechenden Lohnsummen vornimmt und sie diskutiert.

	1898	1899
Zahl der Gehilfen im mittleren Dienste	5975	5 860
Zahl der Hilfskräfte im unteren Dienste	$52 \; 858$	50794
Zahl der Arbeiter	$162\ 913$	161 157

(Die 3431 bezw. 3485 auf Neubaustrecken beschäftigten Arbeiter werden aus extraordinären Fonds bezahlt und sind hier drum nicht zu berückssichtigen.)

Diese Kopfzahlen beden sich in der Gesamtsumme, soweit das festzustellen ist, mit denjenigen in Anlage 9 des Berichts für 1898/99, die die Dienstdauer des Personals in den einzelnen Betriedskategorien zur Darftellung bringt. Wenn man aber auf die einzelnen Gruppen eingeht, treten recht erhebliche Differenzen zwischen Stats und Berichtsangaben zu Tag. Die Zahl der Werkstättenarbeiter ist für 1898 in den Erläuterungen des Stats mit nur 45 425 Kräften verzeichnet; der Bericht zählt bei der Dienste einteilungsübersicht, die nur das ständige Personal berücksichtigt, im Herbst

13\*

1898 46 319 Werkstättenarbeiter (ohne das Werkstättenpersonal) auf. 1899 lauten die entsprechenden Zahlen: 45 833 und 46 841. Noch weiter gehen die Ziffern bei den Bahnunterhaltungsarbeitern auseinander; in den Erstäuterungen zum Etat sigurieren beim Titel 8 [Löhne der Bahnunterhaltungsarbeiter, denen die für die Unterhaltung der Telegraphenleitung (aus Position 3) zugerechnet sind] für 1898: 58 580, sür 1899: 57 529 Personen: in den Diensteinteilungsübersichten für Herbst 1898 und 1899, in denen die zahlreichen Arbeiter für Schneeräumung, die erst der Winter des Betriebsjahres verlangt, noch nicht einmal mitgerechnet sein können, trotz alledem 63 781 bezw. 63 341 Bahnunterhaltungss und Telegraphenarbeiter.

Man fragt sich, wo für diese "überzähligen" Arbeitspersonen die Löhne nachgewiesen sind. Sollten sie in den im Etat als solche ausdrücklich gestennzeichneten Positionen mitenthalten sein, so würden sich die oben ermittelten Durchschnittslohnbeträge pro Kopf in Wahrheit noch niedriger stellen. Nun decken sich die in den Etatspositionen besonders dargestellten Lohnsummen für sämtliche Arbeiters und Gehilsenkategorien in ihrem Gesamtbetrage ziemlich genau mit den in Anlage 8 der Betriedsberichte sür 1898 und 1899 bei der Berechnung der Durchschnittslohnsätze mitgeteilten Gesamtlöhnen; es wurden nämlich hiernach 1898 bezw. 1899 ausgezahlt: 188 577 780 Mt. bezw. 190 345 693 Mt. Lohn.

Nach dem Ctat betrugen bie Löhne "in Wirklichkeit":

	Mf.	1898 abweichend bavon nach ben Etats= erläuterungen Mf.	1 Mf.	899 abweichend davon nach den Etats= erläuterungen Mt.
Für die Hilfsfräfte   im unteren Dienst	42 524 785	_	42 106 475	_
für sonstige Arbeiter	51 114 288	_	52 533 136	-
für Bahnunterhal= { tungsarbeiter }	36 406 641	bezw. $37574000^{1}$	36 <b>974 7</b> 82 £	bezw. 38 071 000 1
für Werkstätten: } arbeiter ferner	46 235 131	bezw. 49 241 861 <sup>2</sup>	47 521 289 £	bezw. 50 534 568 2
Bergütungen an außerhalb des Be- amtenverhältniffes beschäftigte Gehilfen	7 912 856		8 105 939	_
Summa:	184 193 701	bezw. 188 367 800	187 241 621 t	ezw. 191 351 200

<sup>1</sup> Sinschließlich ber an Unternehmer gezahlten bei Position 3 (sonstige Ausgaben) verrechneten Löhne.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Sinschließlich der Werkstättenarbeiterlöhne aus Position 7 u. 8 (Unterhaltung und Ergänzung der Inventarien und der baulichen Anlagen).

Es scheinen in den der früheren Berechnung zugrunde gelegten Summen also wohl sämtliche Lohnbeträge, nicht aber in den Kopfzahlen das gesamte zu entlohnende Arbeiterpersonal einbegriffen zu sein; und die angedeutete Vermutung, daß der für die Lohnunterhaltungs= und Werkstättenarbeiter ermittelte Lohnsatz noch zu hoch angegeben ist, gewinnt unter diesen Umständen ziemlich stark an Wahrscheinlichkeit.

Nur mit ben hieraus sich ergebenben Vorbehalten sind bie amtlichen Angaben über die Gesamtlöhne und die Durchschnittslöhne der letten Jahre zu beurteilen; Schlußfolgerungen aus diesen Angaben werden einer entsprechenden Kritik nicht ermangeln dürfen.

Auch die folgende notwendige Feststellung, wie sich die Arbeitsdauer für den Durchschnittsarbeiter gegenüber der Lohnerhöhung gestaltet hat, ob der Mehrverdienst vielleicht zum Teil durch Überstundenarbeit erzielt worden ist, wird vor diesen kritischen Sinwänden nicht ganz sicher sein.

Der Schlußpassus der Anlage 8, betreffend die Durchschnittslöhne, zählt die im Jahre geleisteten Tagewerke — Überstunden sind in Tagewerke umsgerechnet — neben den dafür insgesamt gezahlten Lohnbeträgen auf. Ich vergleiche die Zahlenentwickelung der letzten fünf Jahre mit der Steigerung der Kopfzahl der Arbeiter und Hilfskräfte im unteren Dienste. Die Geshilsen des mittleren Dienstes, für die vor 1898 keine Kopfzahl angegeben ist, bleiben unberücksichtigt. Der daraus erwachsende Rechnungssehler ist indes durchaus unerheblich; die Gehilsen des mittleren Dienstes dürften sich kaum so schnell wie die Arbeiter vermehrt haben, auch kommen Überstunden bei ihnen seltener vor als bei den gewöhnlichen Arbeitern.

Die Bahl ber Arbeiter ift gewachsen: 1895 1896 1897 1898 1899 auf 188 262 auf 205 025 auf 215 771 auf 211 951 1 von 179 428 120 118 100 112,0 104.8 Die Bahl ber geleisteten Tagemerke: 59 857 748 63 799 517 69 531 742 73 828 819 72 351 954 100 106,7 116,6 123,2 120,9 : Die Summe der Gesamtlöhne: 142 980 091 153694077 172 317 595 188 577 780 190 345 693 133,1 100 107,5 120,6 131,9

<sup>1</sup> Dem Rückgang ber Zahl ber hilfekräfte im unteren Dienste und ber Arbeiter um 3820 Köpfe in dem Jahre 1898/99 steht eine Vermehrung der Stellen von etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Unterbeamten um 3647 gegenüber; das niedere Gesamtpersonal hat also in Wirklickeit um 173 Köpfe abgenommen.

Die zeitlichen Arbeitsleiftungen wären nach biesem Zahlenbilbe etwas schneller angewachsen als die Kopfzahl des Personals; es wäre danach nicht ausgeschlossen, daß ein kleiner Teil der Lohnausbesserungen auf Kosten der Arbeitskraft des Personals erzielt worden ist. Das wesentliche Ergebnis dieser Feststellung ist, daß die Arbeitszeit für den unteren Bahnbediensteten und Bahnarbeiter in diesem Zeitraum troß der lebhaften Steigerung der Betriedsintensität keineswegs eingeschränkt worden ist. In diesem Punkte scheint also die Socialpolitik des Bahnbetriebes seit dem Anlause in den Jahren 1897/98, nicht nur für die Angestellten des äußeren Betriebes, sondern allgemein für das Gesamtpersonal zum Stillstand gesommen zu sein.

Die Specialangaben für ben Werkstättendienst liefern ein konzises Beispiel bieser Tenbenz.

Die Zahl der Werkstättenarbeiter wuchs an (nach den Erläuterungen zum Stat):

	1895	189	6	1897		1898		1899
von	$39\;605$	auf 39 6	91 auf	$42\ 525$	auf	$45\;425$	auf	45 833
	100	: 100	,3 :	107,8	:	114,6	:	115,8
Di	e Gesamt	zahl der r	on ihner	ı geleiftete	en To	igewerke	von:	
10	850 000	109280	00 11	765000	126	64000	127	58000
	100 :	100,6	: 1	108,3 :	11	15,7 :	11	7,6

Berücksichtigt man, daß von den Gesamttagewerken im Jahre 1899 80 % (gegenüber 77 % im Jahre 1895) in Accordarbeit, die an Arbeitssintensität die Tagesohnarbeit meist hinter sich läßt, geleistet wurden, so erscheint die geringe Steigerung der zeitlichen Beanspruchung der Arbeitersschaft beachtenswert genug. Die Zahl der Tagesohnwerke ist seit 1895 troß einzelner Auswärtsschwankungen so gut wie unverändert geblieben, die Zahl der Accordsohnwerke aber ist gestiegen von:

1895		1896		1897		1898		1899
8351717	auf	8260543	auf	9262610	auf	9784795	auf	10175007
100	:	99	:	111	:	117,2	:	121,9

Das durchschnittliche Anwachsen ber Werkstättenarbeiterlöhne trot ber häufigen Reduktionen ber Accordsätze für Stückarbeit ist zum Teil also auf eine Ausbehnung ber Arbeitszeit zurückzuführen.

Den Abschluß dieser Kritik der Lohnziffern möge eine Gruppierung der Arbeiter nach Lohnstufen bilden, wie sie sich auf Grund der Ausweise der Arbeiterpensionskassen über die anrechnungsfähigen Löhne und Beitrags=klassen konstruieren läßt.

Arbeiterper	ı fion s	skaff	e A.	(fämtlid	he versicheri	ungspflichtigen
21	rbeiter	und	Hilfs	Beamten	enthaltend)	).

Jahr.	Gesamtzahl der Mitglieder.	Prozentuale Berteilung der Gesamtarbeiterschaft         auf die einzelnen Lohnklassen.         I.       III.         (bis 1, 16 Mt.)       (1,16-1,83 Mt.)         (1,83-2,83 Mt.)       (2,83 Mt. u. mehr)         0/0       0/0					
1895	184 482	2,85	25,03	50,03	22,09		
1896	187 179	2,86	23,87	50,40	22,87		
1897	196 551	2,61	22,79	50,72	23,88		
1898	218 995	2,49	19,27	53,15	25,09		
1899	292 424	2,22	16,45	52,78	28,55		
1900	222 841	2,39	14,11	51,03	32,47		

Arbeiterpensionskaffe B. (nur die mindestens ein Jahr im Gisenbahndienst thätigen Bersicherungspflichtigen enthaltend).

Jahr.	Gefamtzahl ber Mitglieder.	Prozentuale Verteilung der Gesamtarbeiterschaft auf die einzelnen Lohnkassen.						
		II. (biš 1,83 Mi.) <sub>0/0</sub>	III. (1,83 bis 2,83 Mt.)	IV. (2,83 bis 3,5 Mt.)	IVa. (3,5 bis 4 Mf.)	IV b. (mehr als 4 Mt.)		
1895 1896 1897 1898 1899 1900	131 876 136 798 140 620 149 787 159 051 171 482	16,94 17,10 15,63 15,60 10,12 9,02	57,17 56,35 55,86 56,20 55,83 54,40	14,59 15,10 15,90 15,80 20,51 22,45	5,48 5,49 5,78 6,40 6,22 6,46	5,82 5,96 6,83 6,00 7,32 7,67		

Die Zahlenreihen sprechen für sich. Zwei Drittel aller Eisenbahnarbeiter beziehen heute noch weniger als 2,85 Mf. Tagelohn, ein Sechstel weniger als 1,85 Mf. Noch kein Drittel, b. i. nur ein um 10 % größerer Bruchteil ber Arbeiterschaft als vor 5 Jahren, verdient 3 Mk. und mehr.

Die Lohnentwickelung bes letten Jahrfünfts überhaupt läßt fich etwa folgendermaßen nach jenen Zahlen barstellen:

Die Lohnschichten unter 1,83 Mf. Tagesverdienst sind in der Gesamtlohnpyramide um etwa 10 % (der relativen Mitgliederzahl nach) zusammen= geschrumpft, und die darüber liegenden haben sich um ebensoviel verstärkt.

Schärfer ist das Bild, das sich aus der zweiten Übersicht nach den Ausweisen von Kasse B gewinnen läßt. Hier sind die nur vorübergehend an der Bahn beschäftigten, die doch fast ein Drittel aller Arbeiter aus-machen, ausgeschieden, und die Lohnsätze für den festen Arbeiterstamm, ber der Lohnzulagen nach Maßgabe der Dienstjahre teilhaftig wird, kommen hier in ihren Abstusungen zur Erscheinung.

Fast noch ein Zehntel von den länger als ein Jahr im Bahndienste thätigen Arbeitern, die mindestens bereits im Genuß der ersten Lohnzulage von 20 bezw. 10 Pf. stehen, verdienen heute täglich unter 1,85 Mf. und beinahe zwei Drittel (63½0%) dieser größtenteils ständigen Arbeitskräfte werden mit weniger als 2,85 Mk. entlohnt. Nur 35 % stehen sich besser; höchstens ein Drittel trägt mehr als 3 Mk. täglichen Verdienst heim.

Wenn man nun berücksichtigt, daß über die Hälfte der Mitglieder der Pensionskasse B 6 Jahre und länger (über 20 % o sogar über 11 Jahre) im Bahndienst thätig sind und also zum ganz überwiegenden Teile schon auf der höchsten für sie erreichdaren Lohnstuse stehen, so klingt das mit der Thatsache, daß nur ein knappes Drittel der ständigen Arbeiter über 3 Mk. verdient, wenig harmonisch zusammen; denn es geht daraus hervor, daß sür reichlich (1/2 weniger 1/8 —) ein Sechstel der im Bahndienst ausharrenden, zum Teil darin ergrauenden Arbeiter keine Möglichseit besteht, dis zu einem Tagelohn von 3 Mk. sich emporzuarbeiten.

Wenn auch infolge der Lohnaufbesserungen im letzten Jahrfünft der prozentuale Anteil der mittleren Lohnsätze die niedrigeren um 7 bis 8 % zurückgedrängt hat und auch die höchsten Lohnklassen mit einem 3 % größeren Bruchteil der Arbeiterschaft besetzt sind, so ist doch das eben sizierte Ergebnis im Berein mit der generellen Thatsache überhaupt, daß fast zwei Drittel auch der ständigen Arbeitskräfte im Tagesverdienste unter 3 Mt. bleiben, nicht ein für die Bahnerschaft besonders günstiges zu nennen. In diesem bescheidenen Bilde der Lohnentwickelung offenbart sich eben wieder der Geist der Sparsamkeit, der über dem preußischen Staatsbahnsbetriebe weithin waltet.

Sin Punkt indes, auf den vielfach hingewiesen wird und der hier bisher nur flüchtig berührt worden ist, scheint diese thatsächliche Konstatierung ihrer ganzen Bedeutung zu entkleiden. Man weist auf den hohen Dienstaltersdurchschnitt der im Eisenbahndienst beschäftigten Arbeiter hin; wenn die Leute so lange im Betriebe außhielten, müßten doch Arbeits= und Lohnbedingungen recht zufriedenstellende sein.

Ich habe die psychologischen Gründe, warum der Eisenbahndienst seine Leute zu fesseln vermag, bereits erörtert. Hier ist nur die behauptete Ausshaltedauer der Bahnbediensteten einmal genauer zu untersuchen.

Die im Betriebsbericht und in dem bereits erwähnten Auffate von Niehaus mitgeteilten Daten über die Mitglieder der Arbeiterpenfionssfassen gewähren einen ziemlich klaren Einblick in die Dienstaltersverhältnisse. Die Zahl der unfallversicherungspflichtigen Personen betrug am 1. Januar 1897: 196 551 Personen. Es traten bis zum 1. Januar 1898 in die

Raffen neu als Mitglieder ein: 84 806 Personen, mährend 62 362 aus-Bu ben am 1. Januar 1898 vorhandenen 218 995 Kaffenmit= gliedern gefellten fich im Laufe des Jahres 81 998 neue, benen ein Ab= gang von 68 569 Mann gegenübersteht. 1899 traten zu den am 1. Januar porhandenen 232 424 58 229 neu hingu, mährend 67 812 ausschieden. Als Grunde für bas unfreiwillige Ausscheiben können in Betracht kommen: entschädigungepflichtige Unfälle - im Jahre 1897: 1539: 1898: 1685: 1899: 1744 -; Ableben, zum Teil sich mit den ebenermähnten Fällen bedend - im Jahre 1897: 1440; im Jahre 1898: 1424; im Jahre 1899: 1452 -; Penfionierungen - im Jahre 1897: 854; im Jahre 1898: 891; im Jahre 1899: 967 —; Übernahme in bas Berhältnis von Eisenbahnunterbeamten — im Jahre 1897: 3775; im Jahre 1898: 9570; im Sahre 1899: 4199 -: insgefamt aus besonderen Grunden ausaeschieden: 1897 höchstens 7500: 1898 höchstens 13 500: 1899 höchstens 8300.

Demnach sind im Jahre freiwillig aus der Kasse ausgeschieden und haben dem Eisenbahndienst Balet gesagt: 1897 etwa 55 000; 1898 etwa ebensoviel; 1899: 60 000. Das bedeutet gegenüber der etwas über 220 000 betragenden Gesantzahl der beschäftigten, versicherungspslichtigen Arbeiter und Hilfsdeamten: 1897: 26 %, 1898: 24 %, 1899: 26 1/3 %, d. h. ein Biertel des Arbeiterbestandes wechselt alljährlich im Staatsbahndetriede. Von den freiwillig ausscheidenden waren 1897 nur 5762, 1898: 5965, 1899: 10 261 Mitglieder der Pensionskasse B; es war also nur ein sehr bescheidener Bruchteil länger als ein Jahr im Betriede beschäftigt. Für die ganz überwiegende Masse in dieser Gruppe bedeutete die Arbeit bei der Bahn nur eine vorübergehende Beschäftigung. Der Einsluß der Hochskahlende Privatindustrie tritt in den mitgeteilten Zahlen deutlich hervor.

Richt uninteressant ist es, die Altersschichtung der aus dem Bahnsbetrieb ausscheidenden Elemente zu untersuchen. Wenn auch die mir zusänglichen Zahlen, wie sie Niehaus in seinen Aufsähen mitteilt, keine Aussonderung der aus speciellen Gründen ausscheidenden Arbeiter gestatten und überhaupt nur für die mit Bescheinigung aus der Kasse austretenden 64 321 Personen des Jahres 1899 eine Altersübersicht geben, so sind die Daten als Unterlage für eine Altersgruppierung der ausscheidenden Elemente ausreichend.  $86^{1/2}$  % von ihnen stehen darnach im Alter bis zu 39 Jahren (inkl.),  $64^{1/2}$  % im Alter dis zu 29 Jahren,  $42^{\circ}$ % sind unter 25 Jahren. Dem gegenüber gruppieren sich die Altersklassen bei den Gesamtmitgliedern der Bensionskassen, d. h. beim Groß der regulären Arbeiterschaft im Durch-

schnitt wie folgt: Anfang 1899: 69 % bis 39 Jahre alt,  $39^{1/2}$ % bis 29 Jahre alt,  $17^{1/2}$ % bis 24 Jahre alt. Ende 1899:  $67^{1/2}$ % bezw.  $22^{1/2}$ % bezw. 15%. Unter den vorübergehend Beschäftigten sinden sich bei weitem mehr junge, unternehmungslustige Arbeiter als unter dem Durchschnitt der regelmäßig Beschäftigten. Erst mit zunehmendem Lebensalter tritt eine stärkere Neigung, bei der Bahn dauernde Arbeit anzunehmen, hervor.

Wichtiger noch als diese von vornherein zu vermutende Feststellung der Lebensaltersschichtung des Sisenbahnarbeiterpersonals ist die Beantwortung der Frage nach der Dienstaltersgruppierung. Sine umfassende exakte Überssicht ist zwar auch in diesem Punkte nicht gegeben, immerhin ist aus dem Mitgliedbestande der Pensionskasse B, welche die länger als ein Jahr im Bahndienst Thätigen aufnimmt, einige Aufklärung zu schöpfen.

Der Durchschnitt ber letten fünf Jahre ergiebt, daß regelmäßig rund 70 % aller Bahnarbeiter und Hilfsbeamten biefer Raffe angehören, alfo minbeftens ein Sahr lang in ununterbrochenem Arbeitsverhältnis jum Gifenbahnbetriebe ftanden. Die oben berechnete Bahl von 25 % bis 26 % für die Maffe der vorübergehend Beschäftigten findet hierin ihre Bestätigung. Bon ben länger als ein Jahr im Betrieb thätigen (Ende 1899: 172 482 Röpfe zählenden) Arbeitern und Hilfsbeamten mar im Sahre 1900 fast bie Hälfte (48,55 %) — b. i. 37 % von der gesamten Arbeiterschaft weniger als 5 Jahre Mitglied ber Kaffe B, also noch keine 6 Jahre auf ihrem Arbeitsposten bei ber Bahn, 29,7 % waren 5 bis 10 Jahre, 21,75 % länger als 10 Jahre an ber Kaffe B beteiligt. Diese an sich recht günstigen Beteiligungsfätze für die brei Dienstaltersgruppen haben nur leider in den letten Jahren eine abfallende Tendenz gezeigt. 1897 (bezw. 1898) waren nur 43,75 % (bezw. 42,87 %) B-Kaffenmitglieder oder 31,4 % (bezw. 29,4 %) fämtlicher verficherungspflichtigen Arbeiter ber jungften Dienstaltersgruppe (bis zu 6 Dienstjahren) zuzuzählen und 56,25 % (bezw. 57,13 %) gehörten ben Gruppen mit mehr als 6= und 11jähriger Dienstalterszeit an. So erfreulich die Thatsache ift, daß sich der Prozentsat der über 11 Sahre bei ber Bahn bediensteten Arbeiter in der aleichen Zeit um 51/2 0/0 gehoben hat. daß also die alten, ftändigen Arbeitselemente auch über 10 Sahre, über die Beit hinaus, von ber ab für fie eine Busatrente fällig wird, fest auf ihrem Posten aushalten, so wiegt fie wohl kaum den stetigen prozentualen (und absoluten) Rückgang ber weit zahlreicheren Arbeitergruppe mit 6 bis 11 Eisenbahndienstjahren (um über 10 % Rückgang zwischen 1897 1900) auf.

Der Eisenbahndienst hat — biese Zahlen bestätigen frühere Dar-

legungen — in ber letten industriellen Hochkonjunktur an Anziehungskraft für die Arbeitermassen eingebüßt.

Ungunstig mag — wie ich schließlich noch glaube bemerken zu mussen auf das Berhältnis der Arbeiter gegenüber den Gifenbahnbetriebe auch die bisher geubte unvollfommene Art der Arbeits- und Stellenvermittlung Es fanden bis 1899 ausschließlich und seitdem immer gewirft haben. noch in großem Magitabe bas ichriftliche Angebot und bas Inserat ben Vorzug vor den organisierten Arbeitsnachweisen der Kommunen oder bes Centralvereins für Arbeitsnachweis. Man registriert, wenn zur Zeit bes Angebots keine entsprechende Arbeitsgelegenheit vorhanden ift, die Namen ber Arbeitssuchenden für fpatere Bedarfsfälle und ruft biese Bersonen bann plötlich aus ihren vielleicht inzwischen erft angenommenen Stellungen zur Befchäftigung im Bahnbetriebe. In ber hoffnung, in bem großen Staatsbetriebe besonders gunftige Arbeitschancen zu finden, giebt bann ber also persönlich angeworbene Arbeiter felbst eine gute Stellung oftmals auf. Bei ber Ber= mittlung durch einen organisierten Arbeitsnachweis wurde er kaum in die Bersuchung kommen, einem neuen lockenden Arbeitsangebot Folge zu leisten, ehe er fich nicht ber befonderen Borteile, die ihm diefer Beschäftigungswechsel bieten könnte, eingehend versichert hat. Die häufig balb nach bem Eintritt in ben Bahndienst erfolgende Enttäuschung ist bitter, und bas Berlangen, wieder fortzukommen, stellt sich sehr schnell ein. Die gegenüber ber kühlen Nüchternheit des organisierten Arbeitsnachweises bestehende persönliche Form ber Arbeitsvermittlung bei ber Eisenbahn ift aber nicht nur mit schuld an ber oben geschilderten, für den Gifenbahnbetrieb wie für den Arbeiter fcad= lichen Fluktuation eines großen Bruchteils des Personals, sondern sie schädigt so auch die kleineren Privatbetriebe, denen sie die Arbeiter wegschnappt. Wider ihren Willen wirkt ferner die Gifenbahnverwaltung badurch, daß fie bei der Stellen= besetzung die anspruchslosen Landarbeiter des Oftens und die an Disciplin von vornherein gewöhnten, entlaffenen Rekruten bevorzugt, auf die Arbeiterfrage ungunstig ein, indem ihre Nachfrage wie eine Saugpumpe aus den Minimal= beständen des Oftens immer weitere Arbeitermassen hinüberschöpft in die bereits überfüllten Reservekontingente der westlichen Arbeiterschaft und so die Extreme, hier Überangebot, dort Unterangebot von Arbeitsfräften, verschärfen hilft.

Die neuerdings von den Eisenbahndirektionen versuchte Arbeiterbeschaffung mit Hilfe der organisierten Arbeitsnachweise, die eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Dirigierung des Angebots von Arbeitskräften dis zu einem gewissen Grade ermöglichen, bedeutet dem alten Vermittlungsversahren gegensüber einen gesunden Fortschritt, dessen günstige Wirkungen sich wohl in einszelnen Fällen, namentlich in Berlin bereits leise bemerkbar gemacht haben.

Trot aller im einzelnen angestrebten Verbesserungen auf den verschiedenen Gebieten des Staatsbahnbetriebes, die von der Arbeiterfrage beherrscht werden, bleibt aber der Gesamteindruck bestehen, daß zu einer socialpolitisch vollkommenen Ausgestaltung der Verhältnisse in Jukunft noch viel Arbeit erforderlich sein wird.

## Wohnungs= und Unterftützungswesen.

(Ordentliche und außerordentliche Zulagen, Prämien, Naturalunterstützungen; — Gehaltsabzüge.)

In dem Hauptstück der Abhandlung habe ich versucht, die allgemeinen socialpolitischen Grundfragen: Arbeitsverhältnis, Arbeitszeit und Arbeitszlohn für die wichtigsten Dienststategorien des äußeren Betriebes der preußischen Staatsbahn zu beantworten. Die folgenden Betrachtungen sollen einige weitere Erscheinungen socialer Natur, die zwar nur zum Teil dem Eisenbahndereich ausschließlich eigen sind, aber in diesem weitverzweigten Riesenbetrieb doch einen ganz besonderen Charakter angenommen haben, zum Gegenstand haben.

Die gegenwärtig brennenbste Frage der Socialpolitif, die Wohnungsfrage, muß sich notwendigerweise innerhalb der Arbeiterwelt eines Betriebes, der sich über einen ganzen Staat erstreckt, schwieriger gestalten, als in einem örtlich begrenzten Betriebsdereiche. Die ganze Vielgestaltigkeit der Lebensbedingungen und Teurungsverhältnisse im Osten und Westen, in Stadt und Land, in industriereichen, dichtbevölkerten und landwirtschaftlichen, menschenarmen Bezirken muß in das Wohnungswesen dieser Hunderttausende einheitlich besolbeter, gleichmäßig von einer Centralverwaltung gelenkter Personen hinein spielen und das Problem, dessen Lösung bereits unter gewöhnlichen Verhältnissen den Socialpolitisern Bedenken und Sorgen genug bereitet, in ausnehmendem Maße erschweren. Gleichwohl hat die Staatseisenbahn- und Finanzverwaltung ihrerseits sich damit absinden müssen. Die Art und Weise, in welcher dies geschehen, und der Umsang, in welchem man dem Wohnungsnotstande beizukommen versucht hat, wird näher zu besleuchten sein.

Da ber staatliche Lösungsversuch wesentlich ben Charakter eines Unterstützungsversahrens trägt, so läßt sich das Kapitel des Unterstützungswesens überhaupt mit all seinen Einzelerscheinungen von der Besprechung der Wohnungsfrage nicht trennen und wird daher in diesem Abschnitte ebenfalls seine Darstellung sinden.

Daß ber Eisenbahnbebienstete, zumal ber im Fahrdienst beschäftigte, infolge der Unregelmäßigkeit seines verantwortungsschweren Dienstes und der häusigen Nachtarbeit, besonderen Wert auf eine auskömmliche, gesunde Nuhe gewährende Wohnung legen muß, habe ich bei früherer Gelegenheit betont, daß die Möglichkeit, eine derartige Wohnung zu mäßigem Preise zu bestommen, gerade für den Eisenbahner eine häusig außerordentlich beschränkte ist, steht ebenso sicher sest.

Die Arbeitoftätte ift entweder der Bahnhof oder die freie Strecke. Der Bahnhofsbienst verlangt, daß seine Funftionare in der Nähe mohnen. um nicht durch weite Wege sich die notwendig ungunstige Dienst- und Ruhebemessung noch weiter zu ihrem Nachteile zu verschärfen. Bahnhof benachbarten Biertel bilben nun an sich gewöhnlich schon teure Wohnquartiere; durch die Massennachfrage ber Eisenbahner aber wird die Tendenz zur Mietspreisteuerung in diefen Begirken auf jeden Fall erzeugt. Demgegenüber ift befonders der Gifenbahnhilfsbeamte und Bahnhofsarbeiter schlimm dran, da er keinerlei Wohnungsgeldzuschuß bezieht, aber in seinem Mietszins den von den Sausbesitzern bei Festsetzung der Wohnpreise mit veranschlagten Wohnungsgeldbetrag ber Beamten wie biefe bezahlen muß. Der auf ber Strede ober auf einer in freiem Felbe gelegenen Saltestelle beschäftigte Bahner, bem feine Dienstwohnung zur Verfügung steht, hat vielfach mit noch größenen Schwierigkeiten bezüglich ber Wohnungefrage ju kämpfen, da sich in den zum Teil ziemlich entlegenen Dörfern nur selten geeignete billige Wohnungen ihm zur Auswahl bieten.

Ich stizziere hier zwei krasse, mir bekannt gewordene Fälle, um die Größe des Notstandes anzudeuten, in den bisweilen die Wohnungsfrage ben Bahner versetzen kann.

Ein Haltestellenaufseher mußte seine Familie und seinen Haushalt in dem entfernt gelegenen Dorfe in zwei Häusern geteilt unterbringen, weil eine zusammenhängende, ausreichende Wohnung nicht aufzutreiben war.

Einen Bahnhofsarbeiter wiederum begleitete ich einmal 7 Kilometer weit vom Bahnhof bis zu seiner Behausung. Regelmäßig mußte er diesen Dienstweg zurücklegen, um in dem entlegenen Dorfe ein Quartier von Stube und Küche zu dem niedrigen Preise von 6 Mf. für den Monat bewohnen zu können.

Indes haben biese Fälle mit dem Mietzuschußspstem der Eisenbahnverwaltung direkt nichts zu thun, da der Arbeiter kein besonderes Wohnungsgeld von verwaltungswegen bezieht, sondern von seinem regelmäßigen Tagelohne die Miete erübrigen muß, der Haltestellenaufseher aber selbst mit dem höchsten Wohnungsgeldzuschuß angesichts des thatsächlichen Wohnungsnotstandes zu keiner besseren Behausung gelangen könnte; sie sind nur geeignet, das Wohnungsfürsorgesustem der Eisenbahnverwaltung von der negativen Seite zu beleuchten. Hier sind indes vor allem die positiven Maßnahmen und direkten socialpolitischen Wirkungen zu schildern.

Wir haben es hier mit keinem originellen, dem Sisenbahnbetrieb eigentümlichen System zu thun. Die Frage des Wohnungsgeldzuschusses, der Gewährung von Dienstwohnungen, von Teuerungszulagen u. s. w. ist für die gesamte Beamtenschaft des preußischen Staates in ihren Grundzügen einheitlich geregelt. Nur die Sigenart des Sisenbahnbetriedes, vor allem die Beschäftigung des Bahners auf entlegenen Posten einerseits und in den dichtest besetzten teueren Industrieorten andererseits, beeinflussen den Wert jener Maßnahmen für den Bahnbediensteten in einer vom Durchschnitt absweichenden Weise.

Das geltende Wohnungsgeldzuschuffnstem ift seiner ursprünglichen Beftimmung gemäß auf militärische Berhältniffe zugeschnitten, es ift zwecks Normierung der Quartierleiftungen für die bewaffnete Macht in Friedens= zeiten geschaffen und hernach mit seiner Servisklasseneinteilung ber Ortschaften auch auf die burgerlichen Elemente ber Beamtenschaft übertragen worden. Durch das Gesetz vom 12. Mai 1873, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüffen, ift die Wohnungsgeldunterstützung für die unmittel= baren etatsmäßigen Reichs- und Staatsbeamten seinerzeit nach jenem militärischen Mufter eingeführt worben, weil die von der preußischen Regierung zur Verbesserung der Lage der Beamtenschaft ausgeworfenen 41/2 Millionen Thaler zum Teil durch die allgemeine Preisfteigerung der Gründerzeit aufgesaugt, zum überwiegenden Teile aber gerade wie heute durch die Emporschraubung ber Mieten von den hausbesitzern meggesteuert worden maren. Da ber Beamte noch weniger als ber Privatmann in ber Lage ift, ganz nach freier Wahl an beliebigem Orte fich feine Wohnung zu fuchen, fo follte fortan auf die Preisunterschiede der verschiedenen Orte bei der nunmehrigen Gewährung einer indirekten, als Wohnungsgeldzuschuß normierten Gehaltsaufbefferung Rücksicht genommen werden, um die schlimmsten Särten auszugleichen, die in der Berschiedenheit der Mietsausgaben hervorgetreten maren.

Auf Grund dieser Erwägungen haben im Jahre 1873 die Eisenbahnsbeamten einen Wohnungsgeldzuschuß, abgestuft nach fünf Beamtenklassen einerseits und sechs Ortschafts-Servisklassen andererseits erhalten, der sich für die hier in Betracht kommende vierte und fünfte Stufe, die Subalternsund Unterbeamten, folgendermaßen gestaltet:

Penfionsfähig: 373/5 Thir. (112,8 Mf.)

mit ber weiteren Maßgabe bes § 4:

"Der Wohnungsgelbzuschuß wird nicht gewährt an Beamte, welche Dienst= wohnung innehaben ober anstatt berselben Mietsentschädigung beziehen."

"Die Mietsvergütigungen, welche Beamte für die ihnen überlaffene Dienstwohnung zu entrichten haben, werden von dem im § 1 bestimmten Zeitpunkt ab um den Betrag des Wohnungsgeldzuschusses gekürzt."

"Bei ber Bemessung ber Penfionen wird ber Durchschnittssatz bes Benfionsgeldzuschusses für die Servisklassen I bis V in Unrechnung gebracht."

Die Ausnahmeklasse A umfaßt die Orte Altona, Berlin, Bremen, Dresden (seit 1878), Franksurt a. M., Hamburg, Met, Mülhausen i. E. (seit 1875), München, Stuttgart und Straßburg i. E. Die übrige Einteilung ift ganz schematisch, die Klasse I sollte die Orte über 40 000, II. die über 20 000, III. die über 10 000, IV. die über 5000 Einwohner und V. alle übrigen Orte enthalten. Die Geldzuschußsätze sind seitdem unverändert geblieben. Die Serviseinteilung der Ortschaften, ihre Einweisung in die einzelnen Klassen ist aus Grund des Gesetzes vom 25. Juni 1868 bis 1887 alle 5 Jahre, seitdem, abgesehen von einzelnen kaum erwähnenswerten Abänderungen in der Zwischenzeit, nur noch 1897 einer umfassenden Revision unterzogen worden.

Zwar war 1873 zugleich von seiten der Regierung erklärt worden: "daß sie allen Beamten Wohnungen in natura überweisen würde, wenn sie dazu in der Lage wäre; da dies aber nicht der Fall sei, so müßte den Beamten ein Ersat in Geld gewährt werden, und zwar vor läusig ein Zuschuß." Es ist aber seitdem dei diesem "vorläusigen Zuschuß", was den materiellen Betrag anlangt, geblieben. Nur hat sich inzwischen der Gedanke, als stelle der Zuschuß ein volles Aquivalent für die Wohnungsmiete dar, nebenher eingeschlichen, sowohl dei den Eisenbahnsbediensteten, weil ja deren eigentliches Gehalt sich nicht einmal für die Bestreitung des sonstigen Haushaltauswandes immer als ausreichend erweist, als auch bei der Verwaltung, die dieser Aufsassung dadurch Ausdruck leiht, daß sie an Stelle des Wohnungsgeldschusses gegebenenfalls eine ganze Dienst-

wohnung ohne Gegenleistung gewährt. Damit wird das Wohnungsgeld nicht mehr als "ein Teil der Wohnungskosten", sondern als volles Uqui=valent für den gesamten Wohnungsauswand behandelt.

Man muß diese Auffassungen konstatieren; benn erst auf Grund dieser Voraussetzungen wird man die Rlagen der Beamtenschaft über Unzulänglich= feit bes "Wohnungsgeldes" gegenüber ber thatfächlichen Mietsteuerung ver-In ihrem absoluten Betrage reichen die Säte ber Servisflaffen zur Dedung ber Wohnungspreise in ben meisten Fällen eben nicht aus, der Beamte muß unter Einschränkung anderer wichtiger Ausgaben von feinem Gehalte zur Miete zufteuern. Für die in diefer Abhandlung berückfichtigten Gifenbahner fommt mit einziger Ausnahme ber 14 000 Lokomotiv= und Zugführer, Die als Subalternbeamte Sat IV bes Servistarifes beziehen, Die unterste Servisstufe, Die nur 60 bis 180 Mf. Wohnungsgeldzuschuß ge= mährt und allein in ben 11 Ausnahmefällen bis auf 240 Mf. emporgeht, in Unwendung. Un fich ift die Abftufung zwischen ben Buschuffaten für ben fleinen Subalternbeamten und ben Unterbeamten, ber boch schließlich eine gleichgroße Familie unterzubringen hat und dem bescheibenere Räumlichkeiten, als fie der Subalternbeamte beansprucht, felten zur Wahl geftellt find, pom socialpolitischen Standpunkte aus kaum ganz einwandfrei; berücksichtigt man weiter, daß der Mietsbetrag regelmäßig einen um fo höheren Prozentsat bes Einkommens ausmacht, je niedriger dieses bemessen ist, sowie den Um= ftand, daß die kleinsten Wohnungen, nach dem metrischen Raumgehalt beurteilt, relativ fehr teuer find, fo mird flar, marum die Unzulänglichkeit bes Servisbetrages gegenüber bem mahren Mietspreise gerade unseren Sisenbahnern sich besonders fühlbar machen muß.

Es steht statistisch hinreichend fest, daß mindestens 16 % des Arbeiterseinkommens als Miete für eine aus Zimmer, Kammer und Küche bestehende Wohnung schon in kleinen Städten draufgehen, daß in größeren Städten, wo die Masse der Bahnbeamten ihren Wohnsitz hat, 20 % und mehr an den Hauswirt abzuführen sind, während sich der Prozentsatz in den eigentslichen Großstädten und in vielen Industriestädten, natürlich mit Ausnahmen<sup>1</sup>, auf 25 % bis 30 % fteigert<sup>2</sup>.

Nimmt man den Mietssatz für Gisenbahner, die sich in den allerwenigsten Fällen mit einer nur aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnung

¹ Bgl. die Erhebung der bayrischen Eisenbahnwerkftättenarbeiter. Schwein= furt. Berlag von H. Winkler.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In Hamburg entfielen schon 1891 durchschnittlich 25,5 % des zwischen 600 bis 1200 Mf. betragenden Jahreseinkommens auf die Miete. Die Arbeitsstatistit der hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine weist ähnliches für Berlin nach.

begnügen können, durchschnittlich mit mindestens ein Sechstel des Jahreseinkommens von 1200 Mk., d. h. mit 200 Mk. an, so erhellt zur Genüge, daß die Wohnungsgeldzusätze, wenn sie als volle Mietsentschädigung
ausgesaßt werden, nur in einer bescheidenen Minderzahl von Fällen wirklich
ausreichen; daß dagegen Fälle, in denen der Beamte nur 60 Mk., 108 Mk.
bezw. 144 Mk. Zuschuß erhält, aber 150 Mk. bezw. 200 Mk. bezw.
300 Mk. jährlich für seine Wohnung zahlen muß, durch dieses Wohnungsfürsorgespstem keineswegs ausgeschlossen werden; und in der That weiß
mancher kleine Beamte, Bahnwärter z. B., davon zu erzählen.

Das ist das Bebenklichste an diesem Servisklassenspstem, daß es mit seinen Sätzen dem Subalternbeamten zumeist den Mietsbetrag für eine freundliche, geräumige Wohnung, deren ich manche mit Vergnügen kennen gelernt habe, fast völlig deckt, daß es dem Unterbeamten aber, dem dürftigst Besoldeten, zumutet, von dem geringen Gehalte noch eine beträchtliche Zusbuße zum Wohnungspreise zu leisten.

Bielleicht noch schlimmere Härten aber als durch die Niedrigkeit seiner absoluten Sätze hat dieses System hinsichtlich der örtlichen Berschiedenheit der Zuschußgewährung gezeitigt. Die relative Bemessung der Servissätze in den verschiedenen Ortschaften im Bergleich zu den wirklichen Teuerungs-unterschieden wird von Unterbeamten und Subalternbeamten in weiteren Kreisen geradezu als eine Kalamität empfunden.

Die Anderung der Servisklasseneiteilung der Ortschaften hat mit der Entwickelung der Wohnungspreise seit 1873 nicht recht Schritt gehalten. Die Zahl der der Ausnahmeklasse zugerechneten Plätze ist auf 11 stehen gesblieben, obwohl sich die Zahl der deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern von 8 im Jahre 1871 bezw. 12 im Jahre 1875 auf 28 im Jahre 1895 bezw. 33 im Jahre 1900 gehoben hat. Bekanntlich ist aber der Wohnungsgeldzuschuß in den Großstädten von vornherein immer nur ein Zuschuß gewesen und kommt hier kaum zwei Dritteln des wirklich vom Beamten zu zahlenden Mietsbetrages gleich.

Mit ber Verdreifachung ber Anzahl ber Großstädte hat sich benn auch die Schwierigkeit der Wohnungsfrage für die Beamtenschaft in dem entsprechenden Umfange gesteigert. Diese Behauptung gewinnt an Wahrscheinslickeit, wenn man die Bevölkerungsanhäufung in diesen Großstädten innershalb der Epoche 1871/1875 bis 1895/1900 überblickt. 1871 wohnten 1968 537, 1875 2665 914 Menschen sin den Großstädten (über 100 000 Einwohner) oder 4,8 bezw. 6,24 % des deutschen Bolkes; 1895 aber 7030 530 Menschen oder 13,58 % der Gesamtbevölkerung und 1900 gar 9 108 814 Personen gleich 16,17 %. Das bedeutet eine Verdreie inhalbsschischen XCIX. — Straßentransportgew.

fachung ber Großstadtmassen in 25 Jahren und läßt einen Rückschluß auf bie Steigerung ber Bobenwerte an biesen Plätzen und entsprechend ber Mieten zu.

Für Charlottenburg ist z. B. eine durchschnittliche Verzehnfachung bes Mietswertes der Häuser und eine Verviersachung der Mietsbelastung jedes Einwohners in der Periode 1865 bis 1895 nachgewiesen.

Da einerseits vor den Gründerjahren, also von 1865 bis 1871 die Bodenpreise keinerlei Aufwärtsbewegung zeigten und andrerseits das scharfe Anziehen der Mietspreise von 1895 bis 1900 in diesem Nachweise noch nicht berücksichtigt ist, so dürften sich in Wahrheit die Preisgegensätze zwischen 1873 und 1900 noch schärfer gestalten.

Gemiß ift ber schwindelerregende Grad der Entwickelung im Bereiche der Reichshauptstadt von demjenigen in anderen Großstädten nicht ganz erreicht worden; aber Beispiele wie Hamburg etwa, Dresden, Leipzig, Dortmund, Magdeburg und viele andere große Industrie- und Verkehrspläße, vor allem im Westen Deutschlands, lassen an der Hand der Angaben über die Bevölkerungskonzentration in diesen Städten zur Genüge erkennen, daß hier allenthalben ganz besonders schwierige Wohnungsverhältnisse sich herausegebildet haben müssen, denen kein volles Äquivalent in der Serviszumessung gegenübersteht. Während die alten Großstädte bei dem Serviszamessung vor Ausnahmeklasse stehen blieben, sind die übrigen hinzugekommenen 22, obwohl manche in der Entwickelung einem Teile der älteren weit vorausgeeilt sind, der Klasse I, die alle Ortschaften über 40 000 Einwohner enthalten soll, zugewiesen worden. In dieser Klasse sinden wir somit heute Städte von 40 000 und 450 000 Einwohnern mit gleichem Servis bedacht.

Für die kleineren Städte dieser Gruppe, wo indes die wenigsten Beamten, insonderheit Eisenbahnbeamten, sitzen, ist die Zuweisung in die richtige Servisskasse dasse Mahre 1900) vorhandenen Städten von 40000 bis 100000 Einwohnern standen nach Abzug der 19 ebenfalls aus Klasse I im Jahre 1897 bedachten Großstädte (über 100000 Einwohner) immer noch 76 sonstige der Servisklasse I zugezählte Ortschaften gegenüber. Es müssen also eine ganze Reihe von Ortschaften mit geringer Kopfzahl, abweichend vom Schema, einzig aus Rücksicht auf ihre Teuerungsverhältnisse in Klasse I eingereiht worden sein.

Diese verhältnismäßig gunftige Behandlung ber mittleren Ortschaften

<sup>1</sup> Paul Boigt, Grundrenten- und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Bororten. Jena 1901. I. Teil. S. 194.

fällt nur leiber gegenüber ber ungünstigen Stellung ber Großstädte mit ihrer Bolfsmasse wenig ins Gewicht. Denn diese gesamten 51 Städte repräsentieren mit ihren 2944058 Seelen im Jahre 1895 (61 Städte mit 3614000 Einw. i. J. 1900) bei weitem noch nicht die Hälfte der Besvölkerung jener Großstädte.

Während zu den 11 alten Großstädten der Klasse A, die von 1875 bis 1895 um 1,25 (bis 1900 um 1,83) Millionen Einwohner zugenommen haben, 19 Pläte mit 3,35 Millionen Einwohnern (bis 1895; — 24 mit 4,68 Mill. dis 1900) neu hinzugekommen sind, die ihren Teuerungsverhältnissen nach wohl zu Klasse A gehörten, im Tarif aber der Klasse I zugewiesen sind, haben die Pläte der Klasse I mit weniger als 100 000 Einwohnern in der gleichen Zeit 1875 dis 1895 der Zahl nach von 34 auf 51 (1900: 61) und ihre Bevölkerungszisser nur von 1,98 Mill. auf 2,94 (1900: 3,61) Millionen zugenommen. Also: 3,35 + 1,25 (bezw. 4,68 + 1,83) Millionen Menschen mehr in den Städten mit knappem Wohnungszuschuß gegenüber 1 (bezw.  $1^{1}/_{2}$ ) Millionen Zuwachs in denen mit ausreichendem Zuschuß. Dieses Verhältnis,  $4^{1}/_{2}$ : 1, muß die Entwickelung der Wohnungsstage für die Mehrzahl der in Groß= und Mittel= städten stationierten Eisenbahnerschaft charakteristisch beeinsslußt haben.

Ein günstigeres Bilb begegnet uns, wenn wir zu ben allerdings an Zahl weit zurückstehenden Beamtengruppen in den kleineren Mittelstädten von 20000 bis 40000 Einwohnern, für die die Servisklasse II geschaffen ist, hinuntersteigen. 1875 zählte die Ortseinteilung 151 Ortschaften dieser Klasse zu, obwohl nur 56 Orte im Reiche zwischen 20000 und 40000 Einwohner (insgesamt 1,5 Millionen) hatten.

Fast an 100 Orte waren, abweichend von der Regel mit Rücksicht auf die thatsächliche Preislage des Playes, in die höhere Klasse II aufgenommen worden. Neuerdings ist das Verhältnis noch günstiger. Die Klasse II umfast jest (1897) 218 Ortschaften, obwohl nach der Bevölkerungsstatistik nur 99 (mit insgesamt 243 Millionen Seelen im Jahre 1895; 131 mit 3,4 Millionen im Jahre 1900) der Städtegruppe mit 20 000 mit 40 000 Einwohnern angehörten. Die Rücksichtnahme auf die faktischen Teuerungszustände hat die Grenzen des Unterstützungsbereichs der Klasse II wiederum, wenn auch nur für einen bescheidenen Prozentsat der Beamtenschaft, erweitert.

Dies die Grundgestaltung des behördlichen Wohnungsfürsorgesystems für die Beamtenschaft im allgemeinen: Aufbesserung der Servisdeträge durch Neuklassistizierung bei Ortschaften mittleren Umfanges, wo es sich nur um einen geringen Bruchteil des Personals handelt; dagegen Verzicht auf den Ausdau der Wohnungsfürsorge im Rahmen dieses Servissystems gegenüber dem Massenpersonal der Großstädte.

14\*

Übertragen wir diese allgemeinen Betrachtungen auf das engere Beobachtungsseld des Eisenbahnbereiches! Angesichts der Steigerung der für Wohnungsgeldzuschüsse im Eisenbahnetat aufgewandten Beträge könnte zunächst der Gedanke auftauchen, daß die Dinge hier nicht so gedrückt lägen wie bei anderen Beamtengruppen. Sind doch 1899 21 277 223 Mk. an Servisbeträgen ausgezahlt worden, gegenüber nur 12 080 474 Mk. im Jahre 1889! Das bedeutet eine Zunahme von 76 %. Hält man jedoch die Steigerung der Beamtenziffer in derselben Periode, von 72 896 auf 118 575, um 63 %, und die oben erörterte Thatsache des Konsluierens der beutschen Bevölkerung, sowie entsprechend der Beamtenschaft in die teuren Großstädte und Industriecentren dagegen, so nimmt sich diese Steigerung des Durchschnittszuschussels pro Kopf von 166 Mk. auf 180 Mk., d. i. um 13 %, selbst wenn man das zunehmende Überwiegen des mit geringerem Servis bedachten Unterbeamtenpersonals berücksichtigt, dürftig gegenüber dem Wachsen der Mietspreise aus 1.

Aus den bereits früher berührten Gründen gestaltet sich aber das Wohnungsproblem für die Eisenbahner noch schwieriger als für die übrigen Beamten. Der Charakter des Betriebes zwingt sie, sich gerade dort, wo

<sup>1</sup> Menn wir ferner in den Erläuterungen zum Etat der Sisenbahnverwaltung (1898/99) lesen, daß die im Jahre 1897 vorgenommene Revision der Klassenseinteilung der Ortschaften für den Servistaris der Sisenbahnverwaltung mit ihrem Beamtenheere im ganzen nur 313 000 Mt. Mehrkosten verursachte, und bedenken, daß seit der vorhergehenden größeren Revision im Jahre 1887 noch nicht ein Dußend Ortschaften in höhere Servisstassen aufgerückt waren, so liegt es auf der Hand, daß durch dieses Servissystem die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann. It doch selbst in den Fällen, für die bereits im Jahre 1895 von der Verwaltung selbst eine "besondere Teurung" als bestehend anerkannt wurde, durch die letzte Neureglung keine vollkommene Abhilse geschaffen worden.

Im Eisenbahnverordnungsblatt von 1895 S. 728 heißt es in einem Erlasse: "Als besonders teuer gelten im Sinne der Bestimmungen über die Ortszulagen an außeretatsmäßige Beamte zur Zeit die Orte: (folgen 50 namentlich aufgeführte Ortsschaften und ein summarischer Hinweis auf die Stationen des oberschlessischen und niederschlessischen Kohlenreviers, des Industriegebiets der vormaligen Eisenbahndirektion Magdeburg, Köln [rechtssund linksrheinisch] und Elberseld, soweit letztere Orte discher als teuer bezeichnet sind)." Prüst man die 50 ausgezählten, also schon im Jahre 1895 "besonders teuren" Ortschaften auf ihre Klassissischen, also schon im Jahre 1895 "besonders teuren" Ortschaften auf ihre Klassissischen, also schon werden Servistaris, so ergiebt sich, daß nur 5 von ihnen der Ausnahmeklasse A und 23 der Klasse I zugezählt sind, während für 12 die Servissätze der Klasse II, sür 3 diezenigen der Klasse III und für die übrigen 7 die minimalen Sätze der IV. und V. Klasse in Anwendung kommen. Nur in wenig mehr als der Hälste dieser ausdrücklich als teuer anerkannten Bohnplätze steht dem Bahnbeamten ein Bohnungszuschuß von 432 bis 540 bezw. von 180 bis 240 Mt. zu.

bas gewerbliche Leben am intensivsten sich entfaltet, wo bementsprechend preistreibende Tendenzen, zumal auf dem Gebiete der Wohnungsproduktion, am wirksamsten auftreten, niederzulassen, weil eben hier die größte Verkehrssabeit zu leisten ist.

In den rapid vorangeschrittenen Industriebezirken des Westens, zumal im Ruhrbezirk hat sich die Unzulänglichkeit der Servisklasseneinteilung gegensüber den Wohnungsnotständen den Eisendahnern am empfindlichsten bemerksdar gemacht. Sind doch hier laut Angaben sachverständiger Beurteiler — eine umfassende Mietsstatistik besitzen wir leider nicht — die Mieten allein in den letzten drei Jahren vielkach um 20 bis 30 % gestiegen 1. 2, um wieviel mehr in dem zehnmal so langen Zeitraum von 1870 bis 1900, in dem die Ortseinteilung für den Servistaris wohl viermal revidiert worden ist, aber nicht einmal die an den Ruhrthal-Hauptstrecken gelegenen Bahnplätze sämtlich in die Klasse II aufgerückt sind. Drum kehrt in den Bahnerpetitionen immer die lebhafte Klage wieder, daß durch die Mietssteigerung auch häusig die Lohn= und Gehaltsausbesserung, zumal in den letzten Jahren, fast vollständig weggesteuert worden sei 3-6.

Noch schlimmer tritt vielleicht das Mißverhältnis zwischen der Entswickelung der Mietspreise und der unzureichenden Ausgestaltung des Servissssstems in den Bororten der großen Städte zu Tage. Während bekanntlich in den für den Eisenbahner (Fahrs, Rangiers, Weichenstellerpersonal) in Betracht kommenden näheren Bororten einer Großstadt vielsach gleich hohe Mietspreise wie in der Stadt selbst zu zahlen sind, stehen die Servissätze für diese Ortschaften überwiegend um ein die zwei Klassen, d. i. um 25 bis 40 % dem Gelbbetrage nach hinter den am Hauptort geltenden zurück.

<sup>1</sup> Ich erfuhr von Fällen, in denen ftatt der früheren Miete von 180 Mf. jett für dieselbe Wohnung 300 Mf. gezahlt werden muß.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Beachtenswert ferner ift das Ergebnis der vom Gewerbeinspektor Schwarz für Sachsen-Koburg-Gotha angestellten Erhebung über die Arbeiterwohnungsverhältenisse. Darnach gehören Mietssteigerungen von 50 bis 100 % innerhalb des Zeitzraums 1898/99 keineswegs zu den Ausnahmeerscheinungen.

<sup>3</sup> Der Staatssekretar des Reichsamts des Innern erklärte März 1900 in einer Reichstagskommission, daß die letten Gehaltsaufbesserungen der Beamten zum Teil Mietssteigerungen von 20% im Gefolge gehabt hätten.

<sup>4</sup> In den Petitionen der fächfiichen Staatsbeamten wird für Dresden eine Preissteigerung der Wohnungen um 60 bis 100 % binnen weniger Jahre behauptet.

Bgs. auch ben Beschluß bes babischen Landtages, den Wohnungsgeldzuschuß ber Beamten um durchschnittlich 50 % zu erhöhen.

<sup>6</sup> Die Mietsstatistift der Stadt Hamburg wiederum weist nach, wie die kleinsten Bohnungen unter 250 bezw. 325 Mt. am stärksten von der Mietssteigerung bestroffen wurden.

Die Berhältniffe in und um Berlin, bas g. B. in Bestend, Grunemalb. Schöneberg, Tempelhof, Stralau-Rummelsburg, Bankow, ausgebehnte Betriebsanlagen besitt, in benen hunderte von Beamten beschäftigt merben, find besonders instruktiv, jumal fie durchaus nicht vereinzelt dastehen, sondern an anderen großen Verkehrscentren in ahnlicher Beise sich wiederholen. Während Berlin der Ausnahmeklaffe A angehört, rangieren von feinen näheren Bororten in Rlaffe I nur Charlottenburg, Schöneberg und Rigborf; bagegen in Rlaffe II: Grunemald, Wilmersdorf, Friedenau, Steglit, Tempelhof. Brit, Treptow, Stralau-Rummelsburg, Lichtenberg-Friedrichsberg, Niederschönhausen, Bankow, Schönholz; in Klasse III: Dahlem, Johannisthal-Nieberschönweibe, Friedrichsfelbe, Tegel und in Rlaffe IV: Lankwit, Beigensee, hermsborf und Dalldorf. Daß ber fleine Beamte in den genannten Städten der Klasse I um etwa 100 Mf., in denen der Klasse II um fast 200 Mf. billiger wohnen könnte als in Berlin felbst, diese optimistische Unnahme ift angesichts ber faktischen Lage ber Dinge ausgeschlossen. preußische Statistik zeigt uns, bag bas Wachstum ber Bevölkerung ber Berliner Bororte von 1871 bis 1900 um 1007,32 0%, also noch acht= mal so schnell wie die an sich schon ungeheuerliche Bolkszunahme Berlins (+ 128,01 %) erfolgt ift. Wie folche Entwickelung auf die Wohnungs= preife mirken muß, bedarf feiner Erörterung 1.

Der auf einen Wohnsitz in den Vororten angewiesene Beamte ist, ganz abgesehen davon, daß ihm dort der billige Warenbezug aus den Großzgeschäften der Centralstadt erschwert ist, mit seinem geringeren Servisanspruch sast immer schlechter dran als seine in Berlin selbst wohnenden Kollegen. Wohnt er aber innerhalb der Stadt, obwohl er in einem Vororte Dienst zu thun hat, so steht ihm in der Mehrzahl der Fälle, da die Entserung der Dienststätte von den Grenzen seines Wohnbezirkes (Weichbild Berlins) kaum mehr als 2 km betragen wird, kein Dienstreisegeld und keine Kommandozulage zu. So haben z. B. die in Charlottenburg wohnenden, aber in Grunewald stationierten Sisenbahnbeamten sogar auf die früher bezogene Reisevergütung von Charlottenburg bis Grunewald neuerdings verzichten müssen.

Bezüglich des Dienstes auf Außenposten, der Wahrnehmung eines Kommandos auf benachbarten Stationen und Haltepunkten stellen sich Härten

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Eine Wohnung von 3 bis 4 Zimmern mit Keller und Bobenraum ist in den näheren Berliner Vororten selten unter 850 Mt., mit 2 Zimmern heut kaum unter 400 Mt. — nach der Mietsstatistik von 1890 (Jahrbuch deutscher Städte): durchschnittlich 384 Mt. — zu haben.

in ber Wohnungsfrage für die Beamten befonders gern ein. Der Beamte behält feine Wohnung an bem urfprünglichen Dienstplate, bem teuren Sauptorte, bei, weil er die Beschäftigung auf dem Borort nur fur eine vorübergehende ansieht, ober weil er feine an bas Stadtleben gewöhnte Familie, zumal die daselbst eingeschulten Kinder nicht ohne weiteres auf dem entlegenen Außenposten einquartieren fann. Er gilt aber nun als an bem Vororte stationiert und hat daher nur auf die niedrigen Servissäke bieses Lieat die nunmehrige Dienststätte trot eines mehr= filometrigen Weges noch innerhalb bes weitausgebehnten Ortsbezirkes, fo fteht dem Beamten zwar der ursprüngliche Servis, aber keine Bergutung für den Dienstweg zu, mahrend andere, etwa vertretungsweise an der gleichen Dienststätte beschäftigte, aber einem anderen Ortsbezirke angehörige Beamte, gleichviel, wo sie ihre Privatwohnung haben, bei 2 km Abstand zwischen ihrem eigent= lichen Stationsorte und der Dienststätte Kommandogelder beziehen. Die für ben Beamten meift recht koftspielige Zwiespältigkeit zwischen Wohnsitz und Dienststätte, die aus der Natur des über ein weites Arbeitsfeld verzweigten und doch von einer Centrale aus zu organisierenden Bahndienstes vielfach notgedrungen resultiert, wird bisweilen in großem Magstabe durch die Ber= legung von Betriebseinrichtungen aus bem Centrum eines Berkehrsplates an die Veripherie heraufbeschworen: Güterladestellen, Rangierbahnhöfe, Werkftätten, für die der Raum im Innern der Stadt zu eng geworben ift, finden fortan ihre Stätte in einem weitvorgeschobenen Bezirke außerhalb bes Die Dislozierung eines großen Beamten= und Arbeiter= Weichbildes. fontingents aus dem alten Stadtviertel in den notdürftig angebauten Borort ift die Folge. Dort braußen bezieht der Beamte vielleicht nur die Bälfte, vielleicht nur ein Drittel feines bisherigen Wohnungsgeldzuschuffes. Aber er befinnt sich doch, ehe er das alte, ihm vertraute städtische Milieu mit der Dbe des unentwickelten Vororts vertauscht; freilich muß er nun die hohe städtische Miete fast ganz aus der eigenen Tasche bezahlen, wenn er nicht um eine außerorbentliche Unterstützung einkommen will. besteht aber auch, selbst wenn der Beamte zur Auswanderung in das neue Bahnerdorado wirklich Neigung besitzen sollte, gar nicht die Möglichkeit, bort eine Unterfunft zu einem erschwingbaren Breise zu bekommen. Spekulation bemächtigt fich ber in Frage kommenden Wohnpläte, sobald nur die leifeste Absicht, in dem Borort eine Betriebsanlage ju eröffnen, verlautet, fofort und fordert Preise, die mit dem für den Ort geltenden Servistarif in bitterem Widerspruche fteben, oder die Unzahl der verfügbaren, preiswerten Wohnungen ist bei der Masse der dort hinaus verschlagenen Bahnerkollegen im Sandumdrehen vergriffen, und die Mehr= zahl ber Interessenten ift von ber Nieberlassung am Dienstplate vorläufig ausgeschlossen.

Selbstverständlich ift die Bahnbehörde solchen nicht gar zu selten auftretenden Mißständen gegenüber nicht müßig geblieben. Zunächst such sie durch Gewährung von freier Bahnfahrt in den dazu geeigneten Fällen zu helsen. Mit außerordentlichen Unterstüßungen, Teuerungszulagen thut sie ein weiteres, vor allem aber ist hier das Feld, wo sich die alte, schon 1873 geäußerte, platonische Absicht, die Beamten in staatseigenen Dienstwohnungen vor dem Mietswucher zu schüßen, in größerem Umfange in Thaten umssetzt. Leider aber kann auch diese Bauthätigkeit, selbst in großartigerem Maßstade, als sie bisher von der Berwaltung beliebt wurde, der dringenden Nachfrage stetig wachsender Beamtens und Arbeiterscharen nicht gerecht werden und somit nicht verhindern, daß der allgemeine, durch die gewerbliche Accumulation verursachte Wohnungsmangel sich infolge solcher Betriebsbissolstationen für die betroffenen Sisenbahner geradezu zu einem Notstande gestaltet.

Wenn der Plan der Beschaffung von Dienst= und Arbeiterwohnungen, die der Mietsspekulation entrückt find, bisher nur wenig sichtbare Erfolge bezüglich der Linderung der Wohnungsmißstände aufzuweisen hat, so mögen dafür hauptsächlich zwei Gründe anzuführen sein: einmal der schon berührte bescheidene Umfang, in dem der Plan zur Ausführung gelangt ist, und zum andern die geteilte Stimmung, mit der die Beamtenschaft diesem Wohnungssystem gegenübersteht.

Der Gebanke, staatseigene Dienstwohnungen ben Beamten zur Berfügung zu stellen, ist zwar so alt wie die Staatsbahn selbst, seine Durchsührung jedoch nicht in einem dem raschen Gange der wirtschaftelichen Entwickelung entsprechenden Umfange ersolgt. Erst neuerdings scheint eine zweckbewußte Verwirklichung desselben mit der nötigen Energie unternommen zu werden. Insolge der früheren Zurückhaltung aber und insolge des starken Anschwellens des Beamtenpersonals liegen die Dinge heute so, daß, absolut gerechnet, zwar am 1. April 1900 etwa 5500 Dienstwohnungen mehr an etatsmäßige Beamte vergeben werden konnten, als vor einem Jahrzehnt, prozentual jedoch die Ausstattung der Beamtenschaft mit Dienstwohnungen heute erheblich hinter 1889/90 zurückleibt. Damals wohnten 256 von je 1000 etatsmäßigen Beamten in verwaltungsseitig erbauten Haussern, 1899/1900 nur noch 198 (einschließlich der außeretatsmäßigen Beamten: 1889/90: 211; 1899/1900: 188). Nach dem Voranschlag für 1901 werden gar nur an 196 von je 1000 Beamten Dienstwohnungen

gewährt werben können. Die Anteilsziffer ist ganz stetig mährend bes Jahrzehnts zuruckgegangen.

Das einmal Versäumte ist schwer nachzuholen; man kann nicht so schwell bauen, wie das Beamtenheer wächst, obwohl die Verwaltung sehr gut bei diesem System fährt; die Bau= und Verzinfungskosten für diese Dienstwohngebäude sind erheblich niedriger als die einbehaltenen Wohnungszgeldzuschäusse sind erheblich niedriger als die einbehaltenen Wohnungszgeldzuschäusse sind erheblich niedriger

Die 24 010 Beamtendienstwohnungen, die im April 1900 vorhanden waren, verteilten fich laut amtlichem "Bericht über bie Betriebsergebnisse 1899" unter 7010 Bahnwärter, 6980 Weichensteller und Saltestellenaufseher, 380 Portiers und Bahnfteigschaffner, 330 Schaffner und Bremser, 260 Lokomotivheizer, 280 Rangiermeister, 230 Telegraphisten, 160 Wagenmeister, 160 Lademeister, 160 Maschinenwärter, 100 Bureaudiener, 100 Padmeister und 230 sonstige etatsmäßige untere Beamte, insgesamt unter 16330 Unterbeamte; ferner unter 2720 Stationsaffistenten und =Bermalter, 1560 Bahnmeister, 1330 Stationsvorsteher, 380 Lokomotiv= führer, 220 Werkmeister, 120 Güterexpedienten, 100 Zugführer und 280 fonstige etatsmäßige mittlere Beamte; insgesamt: un ter 6710 mittlere Beamte; folieflich unter 300 höhere und 670 bigtarifche Beamte. Es entfielen also 68 % auf Unterbeamte. 28 % auf mittlere. 1,25 % auf höhere und 2,75 % auf diatarische Beamte. Bezieht man die jeder Beamtenftufe zugewiesene Bahl von Dienstwohnungen auf den Kopf ber biefen Stufen angehörigen Berfonen, fo ftellt fich bas Berhaltnis für bie Unterbeamtenklaffe auf: 21 (Wohnungen) gegenüber 100 (Beamten), für die Kategorie der mittleren Beamten auf 17, für die höheren Beamten auf 29, für die Diätariengruppen auf 7,5 Wohnungen gegenüber 100 außeretatsmäßigen Beamten.

Rur einem Fünftel der Unterbeamten standen hiernach Dien stwohnungen gegen Einbehaltung bes Wohnungsgeldzuschusses zur Verfügung 2.

Die Verwaltung erklärt ihrerseits dieses wachsende Mißverhältnis aus der generösen Reuschaffung von etatsmäßigen Beamtenstellen. Es fragt sich nur, wieviel Vorteil von diesen Neuernennungen für die Beamten übrigbleibt, wenn ihr Gehalt zu einem großen Prozentsate dem Hausbesitzer bezw. dessen Hypothekengläubiger zum Opfer gebracht werden muß.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> 1899 wurden nach der vorläufigen Etatsübersicht für 23 475 zur Verfügung gestellte Diensiwohnungen 3 337 568 Mt. Wohnungsgeldzuschäusse einbehalten, d. i. 13,5% im Verhältnis zur Summe der überhaupt zu gewährenden Wohnungsgeldzuschüssels zuschüssels zuschüssels zuschüssels wir 18 699 Wohnungen 2 855 730 Mt. oder 19,1%. Wenn man berücksichtigt, daß der Wohnungsgeldzuschäuß durchschnittlich weit hinter der wirklich zu zahlenden Wiete zurücksels und eine ausgedehnte Vertretung desselben durch

Dazu kamen allerbings im Jahre 1899/1900 noch 930 staatseigene Wohnungen, die gegen eine den Servisbetrag um einiges übersteigende Mietzinsleistung an Unterbeamte überlassen wurden; wie andererseits 90 höhere und 350 mittlere Beamte in Wohnungen der Verwaltung zur Miete wohnten. Im wesentlichen aber, nämlich in 5150 Fällen, war dies privatzrechtliche Mietsverhältnis zwischen Bahnverwaltung und Angestellten auf Gehilsen, Hilfsunterbeamten und Arbeiter beschränkt.

Getrennt von biefer Wohnungsfürforge für die Beamten bewegt fich Die Bauthätigfeit ber Bermaltung gur Beschaffung von Arbeiterwohnhäusern. Die Anregung und die Mittel zu diesem socialen Werke haben die Gesetze vom 13. August 1895, vom 2. Juli 1898 und vom 23. August 1899 gegeben, durch die jedesmal 5 Millionen zur Erbauung von Arbeiter= wohnungen fluffig gemacht murben. Die Verwendung des größeren Teiles biefer Gelber (13 Millionen Mk.) erfolgte im Bereiche der Gifenbahn= verwaltung. Es hatte ben Erfolg, daß bis April 1900 an 112 Orten etwa 870 Wohnungen fertig gestellt und 1730 im Bau begriffen waren. Und zwar find auf Grund ber beiben ersteren Gesetze an 34 Orten, vornehmlich im Rhein-Ruhrbezirk und in Schlefien, insgesamt 776 Wohnungen: 253 mit je 4, 351 mit je 3, 172 mit je 2 Räumen (einschließlich Rüche), mit einem zwischen 28,5 und 52 qm schwankenben Rlächenraum errichtet Die Bermietung ber bis Ende 1899 gebrauchsfertigen Wohnungen ergab nach Abzug von 1 % zur Deckung der Unterhaltungskoften eine Berzinfung des gesamten Anlagekapitals von 15 Millionen in der Höhe von 3,37 %.

Durch die neueste Gesetzgebung auf diesem Gebiete ist besonders der Osten der Monarchie bedacht worden, in dem der Mangel an gesunden, geräumigen Wohnungen für die Beamten fast zu einer ähnlichen Kalamität gesührt hat wie die Wohnungsteuerung im Westen. Es ist im Etat 1900 die erste Rate von 2 Millionen Mf. zur Durchführung eines größeren Bauprojektes, das an 85 Orten der Direktionsbezirke Posen, Bromberg, Danzig, Kattowiz und Königsberg insgesamt 430 kleine Wohnungen mit Stallund Landbenützung zu schaffen bestimmt ist, ausgeworsen worden. Im Etat 1901 soll eine zweite Rate in derselben Höhe und im Etat 1902 eine weitere Million, in Summa also 5 Millionen für diesen Zweck zur Berstügung gestellt werden.

Naturalgewährung von Dienstwohnung eine entsprechende sociale Bedeutung hat, so besagt der Bergleich der 13,5% und 19,1% auf diese Weise abgelösten Zuschüffe, daß angesichts der Mietösteigerungen die Dienstwohnungsfürsorge im Jahre 1899 an socialpolitischem Gewicht nicht unbeträchtlich hinter derzenigen des Jahres 1889 zurücksteht.

Die oben genannten, durch die Gesetze von 1895, 1898 und 1899 bewilligten Mittel haben neben dem Zwecke der direkten Schaffung von Dienstwohnungen seitens der Verwaltung auch in ansehnlichem Umfange (3,4 Millionen Mk.) der Unterstützung der Baugenossenschaften von staatlich beschäftigten Arbeitern gedient. Mit Hilfe solcher staatsseitig an 11 von den bestehenden 25 Baugenossenschaften der Eisenbahnbediensteten gewährten Grundstücksdarlehen in Höhe von mehr als einer Million Mk. sind bis April 1900 insgesamt 460 Mietswohnungen für Bahner hergestellt worden.

Eine weitere Gruppe von Wohnungen, die der Mietsspekulation entzogen sind, ist schließlich mit Hilfe von Darlehnsgelbern der Arbeiterpensionsfasse der Staatsbahnverwaltung durch die 25 Bahnerbaugenossenschaften errichtet worden. 332 Wohnhäuser waren am 1. April 1900 bereits fertig gestellt, gegen 70 andere gingen ihrer Vollendung entgegen. Diese Häuser werden insgesamt 1970 Wohnungen, und zwar 831 größere mit je 4 Räumen (Küche einbegriffen), 735 mittlere mit je 3 Räumen und 404 kleinere mit je 2 Räumen enthalten.

Zum Grundstückserwerb und der Bauausführung find gegen  $4^{1/2}$  Mill. Mark mit  $3^{1/4}$   $^{0/0}$  durchschnittlich verzinsbare Hypotheken= und Baugelber von der Penfionskasse hergegeben worden.

Eine letzte Gruppe billiger Wohnungen für die Sisenbahnarbeiter bieten die 358 häufer, die neun andere, nur zum Teil aus Bahnern bestehende Baugenoffenschaften, jedoch ebenfalls mit Unterstützung der Pensionskasse (bis April 1900: 1622 900 Mt.) errichtet oder wenigstens in Bau gesnommen haben. Diese Gruppe umfaßt 2065 Wohnungen.

Insgesamt standen Mitte 1900 etwa 37 600 teils staatseigene, teils genossenschaftliche Wohnungen den Staatsbeamten und Arbeitern zur Berstügung oder in Aussicht. Für ungefähr  $11\,^{\rm o}/_{\rm o}$  des gesamten Heeres der Angestellten hat auf diese Weise die Wohnungsfrage ihre Schrecken verloren.

Dieses Ergebnis ist eigentlich nicht so kühn, daß den Wohnungsspekulanten bange zu werden braucht für ihre berechtigten Interessen. Troßbem hielt es der "Reichs- und Staatsanzeiger" am Schluß einer Übersicht über die Durchführung der Arbeiterwohnungsbaugesetze für nötig, besonders zu erklären: "Die Verwaltung will den privaten Wohnungsvermietern keine Konkurrenz machen."

Bergegenwärtigt man sich dem gegenüber, daß es die eigentliche Bestimmung der genossenschaftlichen Bauthätigkeit ist, Bresche in das Monopol der Hausbesitzer auf dem Wohnungsmarkte zu legen, so erscheint die Negierung dieses Zweckes bei den von der Sisenbahnverwaltung betriebenen Maßsnahmen befremdend. Die Frage drängt sich auf, ob nicht durch solche

Burudhaltung die erwunschte Wirkung der behördlichen Wohnungsfürsorge ftark beeinträchtigt wird.

In den Augen der Bahner gilt die Eigenschaft der Dienstwohnungen, die ungeheuerlichen Mietspreise der Nachbarschaft etwas herunterzudrücken, vielsach gerade als deren größter Borzug. Den Dienstwohnungen an sich können sie oft noch gar nicht rechten Geschmack abgewinnen.

Die Gründe für diese teilweise Abneigung der Beamten und Arbeiter gegen Dienstwohnungen unterscheiden sich wesentlich von denen, die seitens der Lohnarbeiter der Privatindustrie gegen Arbeiterwohnungen ins Feld geführt werden. Bon dem hier ausschlaggebenden Gesichtspunkte, derartige Wohnungen mit langfristigen Mietsverträgen könnten den Arbeiter in völlige Abhängigkeit von dem Arbeitgeber, der zugleich sein Hauswirt ist, bringen, — von diesem Gesichtspunkte ist in der Argumentierung der Dienstwohnungsgegner wenig zu spüren. Ich möchte sagen, es sind mehr ästhetische und psychologische Motive, die heute noch einen größeren Teil der Bahner zu ihrer ablehnenden Haltung bestimmen, Motive, die bei wachsendem Berständnis für die sociale Notwendigkeit der Diensts und Genossenschaufgaftswohnung hoffentlich immer mehr zurücktreten werden.

Die Dienstwohnungen haben gewiß — bas ift die afthetische Rlage ber Bahner — in ihrer äußeren Gestalt nichts gerade Unziehendes: erst in neuerer Zeit ift die Bermaltung bem Gedanken, die Dienstwohnungen durch eine geschmackvollere Ausstattung etwas wohnlicher zu gestalten, näher getreten. Bisher mar die nüchterne, hygienische Korrektheit der Gebäude das ausschlaggebende Moment, wiewohl selbst auch in diesem letteren Punkte noch Unvollkommenheiten den Bauten anhaften. Die Anlage der Dienst= wohnungsgebäude in unmittelbarer Nahe bes Bahnhofs, womöglich noch auf den Pläten der Bermaltung, beeinträchtigt bismeilen die häusliche Rube bes Personals recht unliebsam. Am unangenehmsten aber wird ber vielfach verbreitete Kasernencharakter der Dienstwohnungsanlagen von den Beamten empfunden, die isolierte Ansiedelung einer größeren Beamtenschar in einem geschlossenen Gebäudekompleg. Im Westen namentlich hat man einen gelinden Horror vor diesem "System Gleiwit, bemzufolge bis zu sechs Familien in einem Sause beisammen siten und ringsum in den Nachbargebäuden nur immer Beamte und wieder Beamte wohnen.

Man fühlt sich unter biesen Verhältnissen auch zu Hause unter dauernder gegenseitiger Kontrolle; man ist in der Auswahl seines Verskehrs beschränkt, denn man muß mit dem Kollegen, den einem das Schicksal an die Nachbarwand gesetzt hat, kollegialen Umgang pslegen, mag man mit ihm als Menschen harmonieren oder nicht. Vor allem

aber haben die Beamten ihre Bebenken wegen des steten Beisammenseins der lieben Frauen. Da wolle es, so verriet man mir im Vertrauen, die eine der andern in großartigem Auftreten immer zuvor thun, die eine immer mehr von den täglichen Dienstbegebenheiten wissen als die andere, und leicht entstünden unter den allzu eng beisammen hausenden Kollegensfamilien Reibungen, die dann auf das dienstliche Leben lästig zurückwirften.

Bu biesen ästhetischen und psychologischen Bebenken gesellen sich in einzelnen Fällen wichtige wirtschaftliche, wenn nämlich die Dienstwohnungskolonie auf einem vorgeschobenen Außenposten isoliert liegt, kein Kaufmann, kein Schlächter am Plate ist und alle Lebensbedürfnisse nur in der mehr oder weniger entfernten Stadt gedeckt werden müssen. Greisen hier nicht thatkräftige Männer ein und organisieren einen genossenschaftlichen Warensbezug der Beamten, so kostet es eine Beamtensamilie Geldopfer und Selbstüberwindung, auf solch einem Posten längere Zeit auszuhalten.

Der Unbefangene erkennt, daß alle diese Bedenken gegen die Dienstewohnungen nur zu einem geringen Teile in diesem Wohnungssystem an sich wurzeln, sondern ganz überwiegend an die hier und da hervortretenden örtelichen Unzuträglichkeiten und mißlungenen Einzelheiten der Durchführung anknüpfen. Diese Bedenken müssen mit der Zeit verschwinden. Ob die andere, wichtigere Schwäche des Dienstwohnungsbaus, die Unzulänglichkeit gegenüber der rasch wachsenden Zahl der Beamten und Arbeiter, ebenso sicher zu beseitigen sein wird, darüber dürste das Urteil vorläufig nicht so zuversichtlich lauten.

Das ist um so unerfreulicher, je unvollsommener auf die Dauer die heutige Aushilfsmethode, der Wohnungsnot der Beamten zu steuern, das Teuerungs= und Stellenzulagewesen wirkt. Dieses Unterstützungsversahren, das bestimmungsgemäß zwar nicht allein auf die Wohnungs= notstände zugeschnitten ist, dient doch heute in erster Linie zur Linderung der hier vorhandenen Teuerungsverhältnisse. Seine Erörterung an dieser Stelle liegt darin begründet.

Das Zulagespstem ist ebenso wenig wie das Wohnungsfervissystem auf ben Bereich der Sisenbahnverwaltung beschränkt, vielmehr ein einheitliches, für alle Staatsunterbeamten und einzelne Gruppen von mittleren Beamten in Anwendung kommendes Unterstüßungsversahren. Wegen der besonders schwierigen Arbeits= und Lebensverhältnisse, die für die Sisenbahnangestellten gelten, ist es indes gerade in diesen Kreisen eine hervorragende Rolle zu spielen berufen. Als im Stat 1899 eine Reureglung dieses Zulagewesens durchgesührt wurde, ist bei dieser Gelegenheit in einer kurzen, dem Stat des Finanzministeriums beigegebenen Denkschrift Zweck und Bedeutung des Ber-

fahrens, das als vorläufiger Ersat für eine zur Zeit nicht angängige, organische Regelung der ganzen Beamtenwohnungsfrage angesehen wurde, also dargestellt worden:

"Stellenzulagen werden seither zwar vornehmlich als Entgelt für den mit den betreffenden Stellen verbundenen, besonders schwierigen, versantwortungsvollen oder gefährlichen Dienst gewährt. Doch ist schon, als durch den Nachtragsetat für 1890/91 zugleich mit den Besoldungsverbesserungen für die Unterbeamten in weiterem Umfange Mittel zu Stellenzulagen gesordert wurden, zur Begründung ausdrücklich vermerkt, daß zu den außersgewöhnlich ungünstigen örtlichen Verhältnissen, für die durch die Stellenzulagen ein Entgelt gewährt werden sollte, unter Umständen auch besondere Teuerungsverhältnisse zu rechnen seien. Es hat sich als notwendig herausgesestellt, Julagen dieser Art, also Teuerungszulagen, in weiterem Umfange als seither zu gewähren."

In einer späteren Bemerkung der Denkschrift wird besonders auf die Bedeutung der Teuerungszulagen für die Wohnungsfrage hingewiesen, weil ja "durch den verschieden abgefaßten Wohnungsgeldzuschuß der Unterschied der Teuerungsverhältnisse nur unvollkommen ausgeglichen wird".

Der Fonds für Gewährung von Stellen- (ober Funktions-) und Teuerungszulagen wurde diesen Ausführungen entsprechend von 1899 (1. April) ab um  $2^{1/2}$  Millionen Mk. erhöht.

Im Etatsjahre 1899 find bann laut vorläufiger Statsübersicht 4 460 065 Mt. gegen 2 684 603 Mt. im Jahre 1898 an untere und mittlere Bahnbeamte gezahlt worden. Die Etatsvoranschläge der Eisenbahnsverwaltung für 1900 und 1901, die die Beamtenklassen getrennt aufführen, haben für die Unterbeamten speciell (einschließlich der Zugführer und Steuersleute) 3 732 140 Mt. bezw. 4 151 740 Mt., für die mittleren Beamten 970 200 bezw. 974 100 Mt. ausgeworfen; d. h. etwa vier Fünstel der Stellenzulagen werden an Unterbeamte, ein Fünstel an mittlere Beamte versteilt. Im Statsjahr 1899 ist allerdings "infolge zeitweiser Erledigung von Beamtenstellen" der ausgeworfene Stellenzulagesonds nicht in der vollen etatlichen Höhe zur Auszahlung gelangt. (Betriedsbericht für 1899 S. 78.)

Welche Grundsätze gelten nun für die Berteilung der Stellenzulagen? Die Stellenzulagen für besonders schwierigen Dienst werden nur an Beamte des äußeren und exekutiven Dienstes bewilligt, und zwar werden in erster Linie von den für diese Abhandlung in Frage kommenden Bediensteten die Beamten und Diätare des äußeren Stationsdienstes auf den Bahnhöfen mit komplicierten Betriebsverhältnissen und diejenigen Beamten, deren Dienst mit dem Stationsdienst in Wechselwirkung steht, also insbesondere Teles

graphisten=, Rangier= und Wagenmeister, Weichensteller, Bahnsteigschaffner, Portiers, Betriebswerkmeister, Maschinenwärter, sowie Haltestellenaufseher, Brücken= und Bahnwärter auf besonders schwierigen Strecken und auf solchen Posten, deren Bedienung besondere mit der Stellung des Beamten an sich nicht verbundene Dienstverrichtungen erfordert, berücksichtigt.

Die Beamten bes Fahrbienstes, Bremser, Schaffner, Backmeister, Zugführer und das Maschinenpersonal nehst den Maschinenwärtern, die bis
1895 ebenfalls mit Stellenzulagen bedacht waren, gelten fortan als ausgeschlossen. Man verweist sie auf ihre Nebenbezüge, obwohl diese heute
meist erheblich gegen früher reduziert sind und bekanntlich als Üquivalent
für den Mehrauswand, den der Fahrdienst mit sich bringt, dienen sollen.
Nur soweit die einzelnen Beamten dieser Dienstgruppen 1895 Stellenzulagen
bezogen, sind ihnen persönlich die bewilligten Beträge dis zur Gewährung
anderweiter Einkommenszulagen fortgezahlt worden. Im Etat 1898/99
sigurierten noch 218 940 Mk. Stellenzulagen für Beamte des Fahrdienstes,
worin freilich auch reine Teuerungszulagen enthalten waren.

Teuerungszulagen werben ohne Unterschied der dienstlichen Funktion, also auch an Fahrbeamte, einzig in Rücksicht auf die örtlichen Teuerungseverhältnisse verteilt, wobei die Unterbeamten grundsätlich bevorzugt werden sollen. Bei der Erhöhung des Stellenzulagensonds um  $2^{1/2}$  Millionen Mk. im Jahre 1899 hatte man in erster Linie an sie gedacht; und auch weiterhin hat sich die behördliche Fürsorge an ihnen bethätigt. Der zulässige Höchstetrag der an einen Unterbeamten zu gewährenden Stellene und Teuerungszulagen ist von insgesamt 180 Mk. seit 1899 auf 200 Mk. ershöht worden.

Zugführer und Trajektsteuerleute können bis 240 Mk., Lokomotivführer bis zu 400 Mk. Teuerungszulage beziehen; mir find jedoch in der Praxis derartige Fälle nicht begegnet; auch werden für die beiden als teuerst geltenden Orte der Monarchie, Berlin und Frankfurt a. M., seit dem 1. April 1897 an die mittleren Beamten, zu denen Zugführer und Lokomotivführer gehören, lediglich wegen ihrer Stationierung an diesen Orten neue Zulagen überhaupt nicht mehr bewilligt.

Mit diesem Nahmen ist das Allgemeingültige des Systems vollständig gegeben. Bon einer weiteren detaillierten Feststellung einheitlicher Grundstäte für die Verteilung der Zulagen hat die Eisenbahnverwaltung Abstand genommen, "weil es nicht möglich ist, allgemein zutreffend festzustellen, ob ein Ort oder Bezirk als teuer anzuerkennen sei, weil ferner die Teuerungssverhältnisse einem Wechsel unterliegen, und weil Beamte und Verwaltung fortgesetzt sonst auf Erweiterung ihres Teuerungskreises drängen würden."

Während bei dem Wohnungszuschußfystem für das ganze Reich an einer einheitlichen Klassifizierung und Tarifierung sestgehalten wird, ist die Reglung des Zulagesystems vollständig dem diskretionären Ermessen der einzelnen Verwaltungen anheimgestellt.

Ob es theoretisch richtig ist, den Grundsat des freien Schaltens und Waltens für die Gewährung dieser für die sociale Lage der Beamten außersordentlich bedeutungsvollen Gehaltsergänzungen und Mietsbeihilfen aufzuftellen, habe ich nicht zu erörtern. Nur den teilweise ungünstigen Erfolg dieses Systems in der Praxis habe ich auf Grund meiner Beobachtungen festzustellen. Die hauptsächlichen Klagen der Beamten in dieser Frage beziehen sich auf die Unberechenbarkeit und die Unstetigkeit dieser Zulagenserteilung. Der Maßstab, nach welchem diese Zulagen, zumal die Funktionszulagen, gewährt und entzogen werden, erscheint den Beamten oft genug nicht recht verständlich oder gar ungerecht.

Man sucht nach Gründen für die Erscheinung und vermutet schließlich ungleiche Gunstbezeugung der Borgesetzten oder das Walten des Sparsamskeitsprincips dahinter. Der Beamte will nicht immer sogleich einsehen, weshalb seine auf der Nachbarstation beschäftigten Kollegen eine Zulage erhalten, während er leer ausgeht, oder weshalb er bei einer Versetzung auf einen anscheinend nicht günstigeren Posten auf seine bisherige Zulage versächten muß.

Die Disciplin ber Gesinnung und die Kollegialität werden in solchem Falle unter den Beamten, die sich darüber ihre Gedanken machen, niemals gefördert.

Vielfach üblich ift ber Abzug ber Stellenzulagen im Falle von Gehaltserhöhungen, auch wenn bei solcher Aufrechnung der bisherigen Stellenzulage gegen die fällige neue Gehaltszulage, in Wahrheit gar keine ober nur eine ganz minimale Sinkommenserhöhung herauskommt. Bei Erreichung eines Sinkommens von 1200 Mk., manchmal auch schon bei einem niedrigeren Sate, werden die Stellenzulagen entzogen ober zum mindesten gekürzt.

Die ungleiche Behandlung des Fahrpersonals bezüglich der Zulagengewährung macht sich, da Stellen- und Teuerungszulagen nicht immer leicht voneinander zu trennen sind, oft besonders empfindlich bemerkbar. So ershielten z. B. in zwei westlichen Bezirken und im Berliner Kreise Packmeister, die ständigen Zugführerdienst verrichten, keinerlei Zulage, während die etatsmäßigen Zugführer am selben Orte mit Zulagen von 100 Mk. und mehr dotiert waren. Da sind die geprüften Lokomotivheizer, die ständig einen Führerposten versehen, für diesen langjährigen, qualisizierten Dienst aber niemals eine besondere Funktionszulage, sondern nur die höheren Nebengelbsätze

eines Führers beziehen, fast günstiger bran, weil nicht erst unnütze Erswartungen bei ihnen aufkommen. Dem Lokomotivpersonal gegenüber wird ber Grundsatz ber Nichtgewährung von Stellenzulagen exakt durchgeführt.

Was die Teuerungszulagen insbesondere anlangt, so kommt es vor, daß diese an Teuerungsorten den Beamten mit 1200 Mk. Gehalt nicht mehr gewährt werden. Da die Teuerungsverhältnisse den Beamten mit 1200 Mk. nicht weniger empfindlich treffen als den mit 1100 Mk., wird in solchem Falle der Gehaltsunterschied illusorisch.

Eher ift es zu verstehen, wenn im Falle der Gewährung von Dienstwohnung an den Beamten die bisher bewilligte Teuerungszulage um einen
entsprechend größeren oder kleineren Betrag gekürzt wird, obwohl freilich auch
die Beamten in diesem Vorgehen einen Mangel an Liberalität erblicken
wollen. Mit Eifersucht wachen die Beamten, die mit ihrem Gehalt nicht
recht auszukommen glauben, über die Nebenbezüge, die dank ihrer Bargelbnatur nun einmal einen volleren Klang haben als die in ihrem Werte nicht
immer sogleich zu würdigenden Naturalbezüge, zu denen die Gewährung
einer Dienstwohnung wohl als die wichtigste Realleistung zu rechnen ist.

Die Ungleichheiten in ben Bareinfünften find es vor allem, bie biefes Bulagesuftem bem Beamten so wenig sympathisch erscheinen lassen.

Wieviel schließlich biese von der Verwaltung als notwendig empfundene Ergänzung der Gehaltsreglung und Wohnungsunterstützungen zu helfen und zu bessern noch übrig gelassen hat, zeigt ein Blick auf den Ausgabentitel 5 bes Etats der Eisenbahnverwaltung. Es wurden noch im Jahre 1899 ausgegeben:

1000

1000

	1899	<b>18</b> 98
5. zu außerorbentlichen Remunera=		
tionen und Unterstützungen für		
Zeichen=, Kanzlei= und Unterbeamte	<b>1 37</b> 9 894	1229841
(5 a. zu außerorbentlichen Remunerationen		
für höhere und mittlere Beamte)	(676690)	(705741)
5 b. zu außerordentlichen Unter=		
stützungen für höhere und mittlere		
Beamte	1094972	1094696
5 c. zu Unterstützungen für ausgeschie-		
bene Beamte, sowie zu Penfionen und		
Unterstützungen für Hinterbliebene		
von Beamten	534098	<b>512733</b>
5d. zu Unterstützungen für Arbeiter		
und deren Hinterbliebene	691 573	661 784. 15
Schriften Volk Strupentrunsportgem.		10

Leider sind in dieser Zusammenstellung die an die Unterbeamten gewährten Remunerationen nicht wie bei den mittleren und höheren Beamten von den Unterstützungen abgesondert; jene dürsten aber zweisellos nur einen geringen Bruchteil der gesamten Position ausmachen, weil die herbstlichen Remunerationen für außerordentliche Dienstleistungen bei übermäßigem Bereschrsandrange an Unterbeamte in geringerem Umfange gewährt werden, als an mittlere und höhere Beamte, oder aber den Charakter von Gratisikationen haben, die, wie unten noch darzuthun ist, sich häusig genug in ihrer praketischen Wirkung von Unterstützungen wenig unterscheiden.

Es wurden insgefamt an Unterstützungen und Unterbeamtenremunerationen und Ergänzungen zu unzureichenden Pensionsgehältern im Jahre 1899: 3 700 537 Mf. (gegen 1898: 3 499 054 Mf. + 201 483 Mf.) gezahlt, an direkten Unterstützungen für dienstthuende mittlere und untere Beamte und Arbeiter also sicherlich gegen  $2^{1/2}$  Millionen Mf., d. i. mehr als die Hälfte der gesamten zu Stellen- und Teuerungszulagen aufgewandten Summe.

Wer nun in die Bahnverhältnisse einmal einen innigeren Einblick genommen hat, der weiß, wie schwer sich ein Beamter zu einem Unterstützungsgesuche, in dem er zur Darstellung seiner Notlage die Intima seines Familienlebens und seiner Wirtschaft preisgeben muß, entschließt. In jenen Ziffern ist nur die hohe Zahl von Notfällen, in denen Unterstützung gewährt worden, aber keineswegs die ganze Summe der unterstützungsbedürftigen Fälle zum Bewußtsein gebracht.

Es ift der tüchtige, genügsame preußische Unterbeamtengeist, der den Leuten zu dieser Zurüchaltung, dieser tapferen Selbstbescheidung Kraft giebt. Man schlägt sich lieber durch, als daß man zur Behörde betteln geht. Zum andern aber spielt auch die Sorge, dei der Verteilung der Gratisisationen, die möglicherweise diesmal höher als die Unterstützung ausfallen könnten, leer auszugehen. Nicht nur die mit einem dienstlichen Makel Behafteten, sondern auch diejenigen, welche schon in Form einer Unterstützung ihr Teil vorwegdekommen haben, werden in erster Linie von der Gratisisantenliste gestrichen; drum verschweigt der Unterstützungsbedürstige — Krankheit, Bersfetzung und Umzug, Borzwirtschaft sind die drei Hauptanlässe, die zu einer Notlage sühren — lieber jetzt seine Not, um mit den Musterkollegen zu Weihnachten seine 20 oder 30 Mk. — Zugführer, Lokomotivsührer und Stationsbeamte auch wohl 50 Mk. — als Dienstgeschenk zu erhalten.

Aber nicht immer ist folche Kalkulation richtig. Der korrekte, pflichte treue Beamte, der sich eines musterhaften dienstlichen Berhaltens rühmen zu können meinte, hat vielleicht vergessen, daß er mit einer freimütigen Be-

merkung einmal der Empfindlichkeit eines höheren Beamten zu nahe getreten ist, daß andere ihre Ergebenheit gegen die Borgesetzten auffälliger zum Aussbruck zu bringen verstanden haben; oder aber das Schicksal hat den Strom der Gaben rätselvoll gelenkt und bei der Berteilung der Gratisikationen diesen und jenen Stationsort auch wohl ganz und gar übergangen.

Diese Enttäuschung, wenn ber Bater in ben Weihnachtstagen mit leeren Händen nach Hause kommt und alle Hoffnungen, die sich an das Geschenk ber Berwaltung geknüpft hatten, zu schanden werden! nicht nur die Miggunst und der Reid, der gegen die glücklicheren oder ge= schmeidigeren, mit einer Gratifikation bedachten Kollegen bei biefer Gelegen= heit geweckt wird; es ist ein bebenkliches Maß von Bitterkeit, das in mancher alten, treuen Beamtenfeele gegen bas ganze Bermaltungsinftem aufgehäuft wird, wenn etwa nach breißig Jahren tadellosen Dienstes, in benen sich ber Beamte die Dienstprämie regelmäßig mühsam verdient hatte, plöplich aus einem kleinlichen ober ganz unerklärlichen Grunde die Gratifikation ausbleibt. Eines Falles erinnere ich mich gang befonders, in dem die Dinge fo, wie hier eben angedeutet, lagen; ich vermochte den königstreuen Beamten gar= nicht wieder zu erkennen, berart floß ihm die Galle beim Gedanken an "biefe Wirtschaft" über. Und bas alles um eines Geschenkes willen, bas Die Verwaltung aus ihrem Ginnahmeüberschuffe ihren Beamten zu Weihnachten zu machen pfleat! Was ich oben über die Wirkung der Un= berechenbarkeit, Ungleichheit und scheinbaren Ungerechtigkeit ber Zulagengewährung bemerkt habe, wiederholt sich hier, nur in noch heftigerem Grade. Die Migstimmung, Die Dies Gratifikationsverfahren unter einem Teil ber Beamten wedt, wird durch die Freude nicht aufgewogen, die diese Weihnachtsprämien im übrigen bie und da hervorrufen mögen.

Zur Bervollständigung dieses Abschnittes von den ordentlichen und außerordentlichen Zulagen sei schließlich auf die einmaligen Lohnzulagen flüchtig hingewiesen, die nach einer Dienstzeit von 25, 35 und 50 Jahren an Arbeiter und Hilfsbeamte als Belohnung für zufriedenstellende Leistungen und gute Führung, und zwar in der Höhe von 30, 60 und 100 Mf. außegezahlt werden.

Laut Ministerialerlaß vom Jahre 1896 bürfen sogar bei Berechnung bieser Dienstperioden Unterbrechungen des Dienstverhältnisses durch die Militärzeit, wie ferner die Arbeitsunterbrechungen zur Winterszeit wegen Arbeitsmangels und die im Dienste staatsseitig erworbener Privateisenbahnen zugebrachte Beschäftigungszeit mit angesett werden.

1896 wurden 2469, 1899: 3231 Arbeiter biefer "außerordentlichen

Lohnzulagen" teilhaftig. Bon ben letteren hatten 2756 eine 25jährige Dienstzeit, 457 eine 35jährige, 18 eine 50jährige hinter sich. Insgesamt wurden an sie 111 890 Mf. (1898: 116 200 Mf. an 3447) ausgezahlt.

Über die sonstigen an Beamte und Arbeiter gewährten Prämien für die Entdeckung von Schäben an Betriebsmitteln, die eine mehr als gewöhnsliche Aufmerksamkeit erforderte, für Abwendungen von Betriebsgefahren oder andere Beweise hervorragender Umsicht und dienstlicher Tüchtigkeit liegen keine näheren Ausweise vor.

Eine letzte in dieses Kapitel schlagende Gruppe von Leistungen, die die Berwaltung ihren Angestellten gewährt, erinnert in ihrer äußeren Erscheinung an Naturalbezüge; ihrem inneren Wesen nach aber haben sie nichts von dem Lohncharakter der Naturalleistungen an sich, sondern es handelt sich hier um die Gewährung von Ausrüstungsgegenständen zu dienstlichen Zwecken, die nur indirekt dem privaten Vorteil des Angestellten dienen kann.

Bon der Dienstwohnung als der wichtigsten Naturalleistung an das Bersonal war oben die Rede. Hier sind nun die Ausrüstung des Fahrpersonals mit Winterschutztleidern, Belzen, Flauschen und Filzstiefeln, auch Mügen und Handschuhen, die Gewährung von Wasserstiefeln an die Deseinfektionsarbeiter der Güterbahnhöfe und schließlich die Gewährung eines Kohlendeputats an die Dienstbudeninhaber zu erwähnen.

Die Winterschutkkleider, welche meist drei Jahre aushalten muffen und an Annehmlichkeit babei, namentlich auch bei Wechsel ihres Trägers, stark einbüßen, sind infolgedessen wie auch infolge ihrer Schwere nicht bei allen Beamten beliebt; manche ziehen es vor, sich privatim für den Winterbienst auszustatten. Die mit Holzsohlen versehenen Wasserstiesel der Vieh-wagenwäscher sind hier und da neuerdings verschwunden, es werden statt bessen für das jedesmalige Wagenwaschen 20 Pf. dem Arbeiter ausgezahlt.

Das Kohlendeputat beträgt per Dienstbude je nach der härte des Winters 10 bis 20 Ctr. Steinkohle; neuerdings werden an Stelle dieser Stückschle auch Torssteine ausgesolgt, die nur leider nicht immer den gewünschten heizeffekt haben und so die an sich nicht sehr trauliche Dienstbude an schweren Frosttagen zu einem recht ungemütlichen Aufenthalt machen. Solch bose Tage versühren dann das mitleidige Lokomotivpersonal, dem Weichensteller am Bahnhof oder auch dem Bahnwärter auf der Strecke gelegentlich ein größeres Kohlenstück vom Tender zuzuwerfen.

Auch für 10 Pf. Seife steht bem Fahr- und Schuppenpersonal all= monatlich zu, die früher vierteljährlich gelieferte, große Streichhölzerschachtel ist bagegen dem Lokomotivpersonal seit einigen Jahren entzogen worden.

\* \*

Diese Zulagen und Nebenleistungen an die Angestellten haben ihr wichtiges Gegenstück in den Gehaltsabzügen und Beitragsleistungen des Gisenbahnbetriedes von ihrem Einkommen an die Kassen zu entrichtungen des Eisenbahnbetriedes von ihrem Einkommen an die Kassen zu entrichten haben. Obenan stehen hier die Pensionskassenderitäge. Ein Teil der älteren Beamten hat die Mitgliedschaft bei den Pensionskassen der früheren Privatbahnen, die günstigere Ruhegehälter gewähren, als die gesetzliche, von einem Pflichtbeitrage allerdings absehende Beamtenpensionsregulierung, beibehalten. Diese Verhältnisse werden weiter unten genauer auszusühren sein, wo auch von den Berpflichtungen der Arbeiter gegenüber Krankens und Versicherungskassen des näheren die Rede sein wird. Die Beiträge der Eisenbahnbeamten zu ihren privaten Hissassen, den Wohlfahrtsübereinkommen und Privatsversicherungen sind ebenfalls dort zu behandeln.

Da Kautionsleiftungen, zu benen die Beamten durch das Gesetz vom 25. März 1873 verpflichtet waren, seit der am 7. März 1898 erfolgten Aufhebung dieses Gesetzes nicht mehr zu entrichten sind, bleiben an dieser Stelle nur die Beiträge zur Kleiderkasse und die Strafgelder zu erörtern übrig.

Jeber Beamte vom Unterbeamten an hat pro Jahr etwa 60 Mf. in vierteljährlichen Katen an die amtlich eingerichtete und verwaltete Kleiderskasse abzuführen, wofür ihm das Recht zusteht, seine Uniformgegenstände von bestimmten, mit der Eisenbahnbehörde in festem Kontrakt stehenden Firmen zu ermäßigten Preisen zu entnehmen; sein Kassenguthaben wird auf den Preis in Anrechnung gebracht; jedoch muß ein eiserner Bestand von 20 Mk. bei jedem Beamtenkonto in der Kasse stehen bleiben.

Für den neu ernannten, eben beitretenden Beamten, der sich vollständig equipieren muß, sind die Verpflichtungen besonders groß. Der Vetrag einer vollständigen Uniformierung, der sich für einen Unterbeamten auf mindestens 150 Mf. besäuft, ist zuzüglich des eisernen Fonds von 20 Mf. von dem Neuernannten in drei Teilzahlungen zu entrichten.

In vielen Fällen ist das dem jungen Beamten garnicht möglich, ohne Schulden zu machen. Davor bewahrt ihn die Kassenmitgliedschaft also nicht. Da der Beamte ferner nicht absolut gezwungen ist, seinen Bedarf durch Bermittelung der Kasse zu decken, so ziehen es viele, angesichts der Thatsache, daß die Kassenstrmen nicht immer tadellos bedienen und die Absänderung neu bestellter, nicht passender Sachen vielsach Schwierigkeiten begegnet, vor, beim Privatschneider arbeiten zu lassen und am Schluß des Jahres ihre eingezahlten Kassenbeträge immer wieder abzuheben. Dieses Außenstehen eines größeren Gelbbetrages gehört für den kleinen Beamten

nicht zu den Annehmlichkeiten, wenn schließlich auch der Erfolg, daß die Kleiderkasse für ihn als Sparkasse wirkt, trot des Zinsverlustes ein ganz heilfamer ist.

Die Kleiberfrage wird bem Beamten durch die Kaffe also oft mehr erschwert als erleichtert. Die Kleiberkasse bei dem Schwesterbetrieb, der Bost, die nur 9 Mf. Beitrag vom Beamten verlangt und das übrige aus eigenem hergiebt, soll ihren Zwecken besser gerecht werden, als die Bahnerkasse.

Schlieflich die Gehalts= und Lohnabzüge aus Strafgrunden! Sie sind natürlich noch weniger beliebt als alle übrigen Ginkommenskurzungen und haben zuweilen auch einen wenig erquidlichen Charakter. Gelbbugen bis zum Betrage von 9 Mt. können von den Gisenbahnbetriebs-, Maschinen-, Werkstätten=, Telegraphen= und Berkehrsinspektionen und Bauabteilungen über die ihnen unmittelbar dienstunterstellten Beamten verhängt merben. fofern die von jedem Vorgesetzten zu erteilenden Warnungen und Verweise nicht ausreichen. Dienstverfäumnis, Unachtsamkeit im Dienst, die zu Betriebsftörungen führen könnte, Berftöße gegen bie Ordnung ober Achtungs= verletung gegenüber dem Vorgesetten werden mit Lohnabzügen oder Geld= buken von 1 Mf., 3 Mf., 5 Mf. und barüber garnicht felten bestraft. Für einzelne Berfehen giebt es einen regulären Strafrahmen. So merben 3. B. Unterlassungsfünden ber Wagenschmierer, die ein Seiflaufen von Achslagern zur Folge haben, ziemlich durchgängig mit 1,50 Mf. Lohnabzug geftraft. Söhere, ben Betrag von 9 Mf. übersteigende Gelbstrafen durfen nur von den Gifenbahndirektionen, in ernsteren Fällen ausschlieglich vom Bräfidenten oder dem Minister angeordnet werden.

Daß neben empfindlichen Gelbstrafen nach Maßgabe der bestehenden Disciplinargesetze auch Arreststrafen gegen Beamte zulässig sind, sei nur ersgänzend hier bemerkt; praktisch tritt diese Bestimmung glücklicherweise nur in seltenen Ausnahmefällen in Wirksamkeit.

## Gefundheitliche Berhältnisse im Staatsbahnbetriebe.

Galten die im vorstehenden Kapitel gemachten Bemerkungen trotz der principiellen Beschränkung der Abhandlung auf die Angestellten des äußeren Betriedsdienstes, doch mehr oder minder für alle unteren Eisenbahnbeamten, so wendet sich die folgende Betrachtung der Betriedsverhältnisse vom gesundsheitlichen Standpunkte wieder ausschließlich den im Fahr-, Rangier- und Beichenstelldienst beschäftigten Personen, also den specifischen "Bahnern" zu, die in Wind und Wetter, bei Tag und bei Nacht dem Betriebe ihre Arbeits-kraft widmen.

Es ist das furchtbarste Kapitel unter den socialen Erscheinungen des Eisenbahnbetriedes. Kernseste, junge Gesundheitselitemenschen sind es, die nach peinlicher ärztlicher Untersuchung und einer längeren Probedienstzeit zur dauernden Verwendung im Eisenbahndienst zugelassen werden. Sucht man nach wenigen Jahren dieselben Männer wieder auf, so begegnen einem in der Mehrzahl blaßgraue Gesichter, der Elasticität beraubte Gestalten, die zum Teil schon "ihren Knacks weg haben".

Unter ben Angestellten bes Fahrdienstes und vor allem beim Lokomotivpersonal treten diese Wirkungen des Bahnbetriebes am schärfsten hervor. Wind und Regen, Qualm und Staub, unregelmäßige Ernährung und unzulängliche Nachtruhe, bei den Lokomotivern außerdem die Kontrastwirkung von Kesselhiße und Zugwind, die stete Erschütterung des ganzen Organismus und endlich die psychische Anspannung, die jähen Aufregungen in Fällen wirklicher oder auch nur eingebildeter Gesahr, dazu die Fülle der Unfälle sie alle zusammen fordern, zumal bei der langen Dauer des Dienstes, ihre Opfer.

So schreibt auch Dr. Gilbert, sächsischer Bahnarzt, in der Zeitschrift bes Bereins deutscher Eisenbahnverwaltungen (1900 Rr. 12 ff.): "Die Unsegelmäßigkeit des Dienstes, der Ernährung, des Schlafes und bei einzelnem Beamtengruppen das hohe Maß der steten persönlichen Verantwortung sind die wichtigsten schädigenden Momente, teilweise die vielleicht auch jetzt noch zu lange anhaltende Dienstzeit<sup>1</sup>."

"Erst in zweiter Linie stehen die direkten Schädigungen des Betriebes, die stete schnelle Fortbewegung auf starrem Fuhrwerk und die dadurch bes dingte Erschütterung, die Unbilden des Wetters, die Entwickelung von Staub und Ruß, die Erzeugung von Dampf und Hiße. Unter diesen letzten Einsstüffen, vor allem unter der Erschütterung leidet zweisellos am schwersten das Maschinenpersonal, bei dem auch Rigler (ein namhafter Nervenarzt) die häusig eintretende Erkrankung des Nervenspstems zu einem besonderen Krankheitsbilde "traumatische Neurose" zusammensaßt."

"Die Frage der Beköstigung der Leute ist noch nicht in einer bestriedigenden Weise gelöst. Während die einen für eine 12= und 14stündige

¹ Anmerkung der Schriftleitung jener Zeitschrift: "Rach Ausstührung der zwischen den deutschen Regierungen vereindarten Bestimmungen über die planmäßige Dienst: und Ruhezeit der Eisenbahnbetriebsbeamten wird man von einer im allgemeinen zu lange dauernden Dienstzeit nicht mehr sprechen können." Bgl. dagegen das Kapitel "Dienstdauer" in dieser Abhandlung.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In Bahnerkreisen spricht man von der sogen. "Seizerkrankheit", die erst jeder Lokomotivbeamte durchmachen musse, eher er als "eingefahren" gelten könne.

Dienstzeit sich nur Butterbrot mitnehmen ober höchstens noch etwas Kaffee, ben fie auf ber Station in ber Küche sich wärmen, nehmen sich die anderen zubereitete Suppe, Fleisch und Gemuse zur Erwärmung mit.

Nur ein verschwindender Teil ist am Ruheorte frisch gekochtes Essen. Den größten Fehler machen die ersteren, denn ihre Ernährung ist unzwecksmäßig und ganz ungenügend, und sie greisen notgedrungen zum Alsohol als einem irrtümlichen und gefährlichen Ausgleich. Den geringeren Fehler machen die zweiten, denn sie nehmen eine dem Nährwert nach meist gesnügende, aber oft unschmachafte oder unverdaulich gewordene Kost zu sich. Bei den dritten liegt der Fehler nur in der Erleichterung des Geldbeutels des Essers, der die Kost meist zu teuer bezahlen muß."

Diefe Bemerkungen wird jeder in der Bahnerpragis erfahrene Sachkenner unterschreiben. Die Berücksichtigung des letzten Bunktes ist aber für Die Gifenbahnhygiene besonders wichtig, weil es fast der einzige ift, der nicht in seiner ganzen Ausbehnung naturnotwendig mit bem Wesen bes Betriebes verknüpft ist, sondern burch planbewußte Einwirkung der Berwaltungselemente wie der Bahner felbst zum Teil gebeffert werden kann. Aber boch auch nur zum Teil! Man muß allenthalben mit der Thatsache rechnen, daß dem Lokomotivpersonal zu einer regelrechten Mittagspause selten Muße gegeben ift, daß von ihm das Mittagessen zwischen der Arbeit hindurch, häufig sogar mährend der Fahrt eingenommen werden muß, und daß der Aufenthalt auf ber heißen Maschine, namentlich zur Sommerszeit, einen wirklichen Appetit faum auffommen läßt. Der Lokomotivmann bringt feste, faftlose Speisen faum hinunter, sein Drganismus verlangt vor allem nach fluffiger Nahrung. Da ift und bleibt, wenn die Mittel ben Genuß geschlagener, mit Wein ober Cognak verquirlter Gier ober teurer Extraktsuppen nicht gestatten, Kaffee, immer wieder frisch aufgebrüht, das bequemste und anregendste Lebensmittel. Welch eine Rolle der Kaffeegenuß im Bahnerleben überhaupt spielt, mag man daraus ersehen, daß in den lebhaft von Bahnbeamten frequentierten Spezereigeschäften einzelner Plate "Bahnerkaffee" als Specialmarke geführt wird.

Für die Bahnhofsarbeiter wiederum, die fern vom Bahnhof in billigen Quartieren wohnen mussen und nur morgens und abends ihren weiten Weg zu machen geneigt sind, ist der in der Dienstbude leicht zu bereitende, warme Kaffee nebst dem mitgebrachten Brote auch stets das wenigst umständliche und billigste Verpstegungsmittel, selbst in dem Falle, wo einsache Speise-wirtschaften in der Nähe des Bahnhofs für ein mäßiges Geld eine leidliche, frische Kost bieten.

Zwischen dem Lokomotivpersonal und dem Bahnhofspersonal nehmen

die Beamten des Zugbegleitungsdienstes bezüglich der Ernährung bisweilen eine günstigere Stellung ein, da sie die im Koffer, in der "Feldschmiede", mitgebrachten Speisen, wenn sie auch zum Auswärmen nicht allemal Geslegenheit haben, doch mit mehr Appetit verzehren können, als das Lokosmotivpersonal.

Regelmäßig alle Tage einmal in Ruhe warm zu effen, diese hygienische Mindestforderung zu erfüllen, ist nur ein bescheidener Teil des Personals in der Lage.

Ich muß dabei zu bedenken geben, daß die zur Deckung des Mehraufwands beim Fahrdienst bestimmten Nebengelder der Beamten für diesen ihren Zweck, angesichts der übrigen Einkommensverhältnisse des Personals, angesichts der Thatsache, daß bei der Gehaltsregulierung die Nebengelder der Fahrbeamten immer mit in Nechnung gezogen und Stellenzulagen mit Rücksicht auf sie nicht bewilligt werden, selten in beträchtlichem Umfange verwendet werden.

Bas den weiter von Dr. Gilbert beklagten und auch von anderen Bahnärzten bemerkten Alfoholgenuß der Bahnbediensteten belangt, so haben mir die eigenen Beobachtungen beim Lokomotiv= und Fahrpersonal keinen Anhalt zu ähnlicher Konstatierung ergeben, während ich freilich unter den Rotten= und Schuppen= und Kohlenarbeitern die Schnapsflasche schon häusiger kreisen sah. Auf der Lokomotive ist ein Schnapsbold einsach unmöglich; den würde der schwere Dienst alsdald ganz selbstthätig ausmerzen. Zugegeben, daß einzelne stramme Naturen ohne ein erhebliches Quantum Bier nicht auskommen können, so wirkt doch im allgemeinen die gegenseitige Kontrolle des Lokomotivpersonals so schomotivpersonals so schomotivpersonals so schomotivpersonals so schomotivpersonals kapen übermaß in dieser Richtung durchaus zu den Ausnahmen gehört. Wer sich infolge des Genusses geistiger Getränke ein dienstliches Versehen zu schulden kommen läßt, der gilt unter den Beamten ein für allemal als "Ausschuß"

Wenn weiter ein Bahnarzt laut den mir persönlich gewordenen Mitteilungen ein häusigeres Auftreten geschlechtlicher Erkrankungen und deren Nachwirkungen auf die Konstitution der Familienangehörigen beobachtet haben will, so muß ich erklären, daß ich diesen Eindruck, auch mitten unter den liebeslustigen Rheinländern niemals gehabt habe. Die Begründung, die mir jener Kassenarzt gab, die Erklärung solcher Erkrankungen aus dem beweglichen Leben des Personals, das viel auf fremden Stationen, in fremden Wirtschaften verkehre, erscheint mir jedensalls unzutressend.

Das Übernachten findet in der Regel gemeinschaftlich in den von der Berwaltung zur Verfügung gestellten Diensträumen statt, und die vom Standessbewußtsein genährte gegenseitige Kontrolle schränkt die Möglichkeit von Auss

schweifungen auf ein Minimum ein. Das vom Konsens der Verwaltung abhängige, dank dem geringen Gehaltsbezug hinausgeschobene, späte Heiraten mancher Beamten würde schon eine plausiblere Erklärung für die zweifelshafte Erscheinung bieten.

Ein viel wichtigeres Problem auf bem Gebiet der Eisenbahnhygiene stellt sich in der Abnahme der Sinnesschärfe bei den Bahnern, zumal bei den Beamten des Fahrdienstes, dar. An die Augen werden beim Lokomotivpersonal vor allem und dem Weichenstellerpersonal die allergrößten Anforderungen gestellt, und doch ist kein zweiter Dienst so geeignet, die Sehschärfe zu zerstören wie gerade der Lokomotivdienst, der das Auge einem stetigen jähen Wechsel von Kesselhitze und Zugwind, von Feuerweißglut und tiesem Nachtdunkel, sowie dem Staub und Ruß schutzlos aussetzt. Auch das Geshör, das im Bahndienst ebenfalls eine gesteigerte Beanspruchung erfährt, leidet unter den Vitterungseinslüssen.

Nun ift aber nichts für die Beamten gefährlicher, als die Tauglichkeit dieser Sinnesorgane einzubüßen. Die häusig wiederkehrenden ärztlichen Augenprüfungen entscheiden oft über Sein oder Nichtsein des Beamten. "Fällt" ein Bediensteter "beim Arzte durch", so ist es mit seiner eigent= lichen Bahnerkarriere vorbei, und nur auf Nebenposten sindet der Unglücksliche ein Unterkommen.

Gelegentlich auftretende Gesundheitsstörungen schließlich, wie plögliches heftiges Zahnweh, Magenindispositionen, Gemütsdepressionen infolge Trauersfalls, Kopfschmerz, Erscheinungen, die natürlich nicht so gar selten vorkommen, ohne daß der Beamte vom Dienste fern bleiben kann, haben für den Bestrieb wie für den Beamten ihr Bedenkliches, da sie die dienstliche Tauglichsteit vorübergehend völlig lähmen.

So weit meine perfönlichen Feststellungen auf dem mir zugänglichem Beobachtungsfelde. Sie reihen sich ganz natürlich in das allgemeine Krankheits= bilb ein, das die bisher veranstalteten statistischen Erhebungen und die Er= fahrungen der Bahnärzte für den Eisenbahnbetrieb ergeben haben.

Leider ist die Statistik über die Erkrankungsverhältnisse der Beamten von dem Bereine Deutscherseisenbahnverwaltungen vor einem halben Menschensalter eingestellt worden, weil man die aus fünfjährigen Beobachtungen geswonnenen, nicht wesentlich von einander abweichenden Informationen sür genügend erachtete. Die letzten statistischen Nachrichten stammen aus dem Jahre 1887. Daß sich seitdem angesichts der ungeheueren Entwickelung des Betriebes, der Umgestaltung der Betriebsorganisation, der zunehmenden Besanspruchungsintensität keinerlei graduelle Veränderungen in dem durchschnitts

lichen Gesundheitsstande ergeben haben sollten, ist nicht recht wahrscheinlich. Die Ausweise der Arbeiterkrankenkassen sprechen entschieden dagegen.

Gleichwohl wird man bei der übersichtlichen Darstellung der Gesundheits= verhältnisse unter der Beamtenschaft auf jene Angaben zurückgreifen muffen.

Die nachfolgenden Daten und Tabellen stammen im wesentlichen aus einer Abhandlung des Chefarzts der deutschen Bahnkrankenkassen, des Geheimrats Dr. Bremer 1.

Die Tafel auf S. 237 giebt ein anschauliches Bilb von ber versschiedenen häufigkeit und heftigkeit ber Erkrankungen, von benen die vier großen Dienstgruppen ber Bahnerschaft betroffen werben.

Am meisten kränkeln, wenn man die auf jeden Beamten durchschnittlich entfallende Zahl von Krankheitstagen als Maßstab annimmt, die Zugsbeamten, und zwar aus dem Grunde, weil die Erkrankungen der Atmungssorgane bei ihnen eine ganz außerordentlich hohe Ziffer ausweisen.

Der "luftige Bremfersit," und das in den achtziger Jahren noch übsliche Herumturnen der Schaffner auf den Trittbretten des Zuges während sausender Fahrt geben genügende Erklärungsgründe für die Hochslut dersartiger Erkrankungen ab.

Auf den Lokomotivbeamten entfielen 1887 im Durchschnitt nicht ganz ebensoviel Krankheitstage; — 15,3 gegenüber 15,46 bei den Zugbeamten; — wir werden aber aus den übrigen Ziffern ersehen, wie die Gesundheitse gefährlichkeit des Lokomotivderufs die aller übrigen Dienstkategorien weit übertrifft, und wie es nur dem Umstand, daß der eiserne, zähe Lokomotiver einen Erkrankungsfall schneller als der Fahrbeamte überwindet, oder auch sich nicht immer die ausreichende Zeit zur Genesung und Erholung gönnt, zu danken ist, daß er mit einer annähernd nur ebenso hohen Durchschnittszahl von Krankheitstagen belastet erscheint.

Die Mitglieder des Lokomotive und Zugpersonals sind durchschnittlich an fast 50 % mehr Tagen krank als die Bahnüberwachungsbeamten, auf die jährlich Krankheitszeiten von 10,55 Tagen entsielen, und sind an 85 % mehr Tagen krank als die sonstigen Stationsbeamten, die nur an 8,22 Tagen im Jahre krank zu sein befürchten müssen.

Das Durchschnittsergebnis ber 18776 Krankenkassen bes beutschen Reiches stellte 1887 fest, daß auf 1 Mitglied 6,1 Krankheitstage jährlich zu rechnen wären, und diese Zahl der durchschnittlichen Krankheitstage pro Kassenmitglied gilt auch noch heut im Reiche. Den zeitlichen Krankheits-

<sup>1</sup> Benls handbuch der Hygiene. Abteilung 29. Eisenbahnhygiene. 1896. Jena, Gustav Fischer.

koeffizienten bei dem Fahrbeamtenpersonal muß man demnach anderthalbmal so hoch anseten, wie bei dem Durchschnittsmitglied der Krankenkassen.

Die Krankheitsziffern bes Fahr= und vor allem bes Lokomotivpersonals mussen um so furchtbarer erscheinen, je weniger die statistisch festgestellten Zahlen die wirkliche Summe von Krankheit, die dieser Berufsklasse beschieden ist, zum Ausdruck bringen. Meldet sich doch das Fahrpersonal, wenn es sich noch irgend halten kann, nicht krank, um nicht der beim Fahrsbienst abfallenden Nebengelber verlustig zu gehen.

Wichtiger noch ift es, die wirklichen Erkrankungsfälle, die prozentuale Erkrankungsziffer und die Schwere der einzelnen Krankheitsfälle mit einander zu vergleichen.

Da tritt es besonders grell hervor, wie oft das Lokomotivpersonal vor allen anderen Berufsarbeitern von Krankheit heimgesucht wird. 82 von 100 Lokomotivbeamten müssen im Jahre (1887) wegen Krankheit den Dienst aussetzen und zwar durchschnittlich auf je 19 Tage. Als nicht ganz so ansfällig, dafür aber meist von schwererer Erkrankung betroffen, erweist sich das Zugpersonal, bei dem stets 64 von je 100 Beamten eine Erkrankung im Jahre, die sie 24 Tage ihrer Berufsarbeit entzieht, zu befürchten hatten.

Bahnüberwachungs: und Stationspersonal sind mit einer prozentualen Erkrankungsziffer von 38 bezw. 32 um 50 % günstiger dran, wenn auch der einzelne Fall durchschnittlich eine noch längere Schonzeit zum Ausheilen erfordert (28 bezw. 26 Tage) als beim Fahrpersonal.

Stellen wir auch diesem Ergebnis die Durchschnittsziffern der Reichsekrankenversicherung für 1887 gegenüber: — auf 100 Mitglieder 40 Erskrankungsfälle, deren jeder durchschnittlich 14 Tage zur Heilung verlangt —, so zeigt sich die Gesundheitsschädlichkeit des Fahrbetriedes in ihrer doppelt die dreisach so heftig verheerenden Furchtbarkeit.

Die meisten Opfer fordern, wie oben schon betont, die Berdauungsleiden, ferner die rheumatischen Erkrankungen und die der Atmungsorgane, und zwar beim Zug- und Lokomotivpersonal meist doppelt und dreimal soviel wie beim übrigen Bahnpersonal. Nerven- und Hautkrankheiten bilden ebenfalls einen nicht zu unterschätzenden Bestandteil der Erkrankungsursachen.

Eine britte besondere Gruppe von Berufsschädlichkeiten stellen die Berletzungen dar, denen das Fahrpersonal doppelt so häusig ausgesetzt ist wie das Bahnhosspersonal und viermal bis fünsmal so häusig wie das Stationspersonal. Zugunfälle und die beim Hinauslehnen des streckenbeobachtenden Lokomotivbeamten so oft zu beklagenden Zerschmetterungen des Schädels an vorspringenden Signalen und Telegraphenmasten, serner Quetschungen und Berbrühungen treiben die Berletzungsziffern unheimlich hoch.

1887. Beamtengruppen	In Dienst waren 1887	Zahl ber Erkrantungen	Auf je 100 Beamte	Es starben insgesamt	Zahl ber Arantheitstage	Bahl der Kranthetistage, die durchschnitt. auf einen Beamten entfallen	Durchschnitts= bauer ber Erkrantungen.	Allgemi Blutstr imojadg in	darunter Rheuma Rheuma tlsmus tlsmus	Thomas	Diphtheritis
Bugbeförderungs= beamte (Loko= motivpersonal) .	12 702	10 436	82	91	194 309	15,3	19	3441 (27,11%)	2475 (19,34 %)	16	31
Zugbegleitungs: beamte	13 671	8 750	64	198	211 844	15,46	24	2600 (19,03 %)	1639 (11,99 %)	14	18
Bahnbewachungs= beamte	20 053	7 677		217	211 719	10,55	28	2235 (11,15 %)	1409 (7,03 %)	1	33
Stationsbeamte .	17 363	5 588	32	155	142 539	8,22	26	1572 (9,05 %)	928 (5, 34 º/º)	14	3 <b>4</b> 

1887. Beamtengruppen	Kranth Nerven 1dnvhtzagn	Beiftestr w	Erfrank ber Unden	Dhren .	Arantheiten ber Atmungsorgane	Rrantheiten ber Cirtulations, organe	Arantheiten bes Berbauungs= apparates	Hantheiten Kantheiten	im Dienst	außer Dienst	Selbstmorb
Bugbeförderungs= beamte (Lofo= motippersonal).	603	9	234	55	1376	160	2660	607	838	116	2
morroper jonar).	(4,75%)	ľ	(1,84%)			(1,26 %)		(4,78 º/o)			
Zugbegleitungs= beamte	450 (3,29%)	17	170 (1,24%)	50		176 (1,29 %)	2034 (14,88 %)	460 (3,36 %)	915 (6,69 %)	93 (0,68 %)	3
Bahnbewachungs- beamte	462 (2,30%)	7	216 (1,68%)	51	1433 (7,15 %)	190 (0,95 %)	   1643   (8,19 %)	587 (2,93 %)	460	123	8
Stationsbeamte .	472 (2,79%)	13	185	28	967 (5,57 %)	175 (1,81 %)	1343 (7,73 %)	312 (1,80 %)	186	122	4

#### Bum Bergleiche mögen bie Bahlen von 1880 bienen:

	Voi	ı je 100 Beamten erfrankten	Durchschnittsbauer ber Erkrankung
Bugbeförberungsbeamte		90,5	17
Bugbegleitungsbeamte		76	19
Bahnbewachungsbeamte		48	22
Stationsbeamte		45	22

Die Unfallziffern beim Bahnbewachungs= und Stationsbienste erscheinen hier, tropdem sie den verheerenden Rangierdienst mit enthalten, für die Besamtenschaft nicht so groß, weil zu jenen Dienstleistungen überwiegend Hissebeamte und Arbeiter herangezogen werden.

Interessant ist es, die Gesundheitsfestigkeit der Eisenbahnbediensteten auf den verschiedenen Altersstusen auch nur entsernt einmal zu prüsen. Das zur Berfügung stehende Material datiert freilich schon aus dem Jahre 1869, also noch aus der Zeit der Privatbahnen und sindet sich in einer verssicherungstechnischen Studie über "die Sterblichkeitse, Invaliditätse und Krantheitsstatistif bei den Eisenbahnbeamten", bearbeitet von Dr. Aug. Wiegand, technischer Konsulent der Kommission für Sterblichkeitse, Invaliditätse und Krantheitsstatisstatisst bei Eisenbahnbeamten. (Berlin in Kommission bei Weber 1871.)

Die hier gegebenen Tabellen über die Krankheitsverhältnisse bei den "Eisenbahnbeamten überhaupt" umfassen 11 029 "unter einjähriger Besodachtung gestandene Personen". Auf sie entfallen 4173 Krankheitsfälle (auf 101 Personen also 38) und 66 141 Krankheitstage (auf jede besodachtete Person 6 Tage, auf jeden Krankheitsfall 15,8 Tage).

Für die beobachteten Personen, welche im Alter von 25-30 Jahren standen, betrug nach wiederholtem statistischem Ausgleich die Erkrankungszisser etwa  $35\,^{\rm o}/{\rm o}$ , stieg dann ziemlich stetig mit den Lebensalterstusen, bis sie bei 42 Jahren  $39\,^{\rm o}/{\rm o}$  ausmachte. Bom 42. dis zum 50. Jahre schwankte sie zwischen 39,00 und 39,71, um dann für die nächsten 5 Jahresstusen wieder herabzugehen dis auf  $37,46\,^{\rm o}/{\rm o}$  (man wird einen alten zähen Bezamtenstamm hinter dieser Altersgruppe vermuten müssen), und hernach dis zum 63. Jahre unter Schwankungen sich dis zu  $44\,^{\rm o}/{\rm o}$  zu erheben.

Diese immerhin antiquarischen Ziffern gewinnen Bebeutung durch einen Bergleich mit den gleichzeitigen speciellen Erkrankungsziffern des Zugpersonals auf den verschiedenen Altersstufen. Auf die 2650 unter einjähriger Besobachtung gestandenen Zugbeamten entsielen 1704 Erkrankungen (64,5 Fälle auf 100 Personen) und 24292 Krankheitstage (9,15 Tage pro beobachtete Person, 14,25 auf jeden Erkrankungsfall).

Die prozentuale Exfrankungsziffer belief sich bei den jüngeren Zugbeamten zwischen 24 und 30 Jahren auf 96%, siel dann unter Schwankungen, um sich bei den Altersstusen von 37 bis 47 Jahren durchschnittlich nicht über 50% zu erheben; später kletterte sie bei den Zugbeamten zwischen 48 und 52 Jahr bis fast auf 80% hinauf, zeigte wie bei allen übrigen Eisenbahnbeamten für die nächsten paar Jahre einen jähen Abfall, um zuletzt wieder auf durchschnittlich 100% und mehr emporzuschnellen. Die jüngsten und die ältesten Zugbeamten scheinen hiernach die ansfälligsten, wenigst widerstandsfähigen Elemente zu sein. Jene sind die Straspazen des Dienstes noch nicht gewöhnt, diese sind mürbe geworden und aufgerieben. Nur unter den Fünfzigern ragt in ganz auffallender Weise eine gesundheitsseste Kerntruppe von wenig Leuten hervor, die noch ein paar Jahre standhalten, um dann ebenfalls schnell und sicher sich den Rest zu holen, während die anderen Kollegen alle meist schon zu Ende der Vierziger abgefallen sind.

Leider ist das Material nicht weitschichtig und nicht neu genug, um biese Zahleninterpretierung gegen jeden Einwand zu festigen.

Immerhin beckt sich biese Deutung mit den sonst bekannt gewordenen Zahlen, die Dienstunfähigkeit und Lebensalter des Eisenbahnpersonals in vergleichender Darstellung veranschaulichen. Tabellen, die Zillmer im Auftrage der deutschen Siesenbahnverwaltungen im Jahre 1890 versaßte, stellen sest, daß die meisten Zugbeförderungsbeamten im Alter von 46 bis 50 Jahren, und zwar nach einem Dienstalter von 19,7 Jahren pensioniert werden, die meisten Zugbegleitungsbeamten im Alter von 51 bis 55 Jahren nach einem durchschnittlichen Dienstalter von 21 Jahren, die meisten Stationsebeamten im Alter von 56 bis 60 Jahren, nach durchschnittlich 27,3 jährigem Dienste, die Mehrzahl der Bahnbewachungsbeamten im Alter von 61 bis 65 Jahren nach 27,1 Dienstjahren.

über die besonderen greifbaren Ursachen, die den Eintritt der Dienstunfähigkeit herbeiführen, unterrichtet eine ebenfalls von Zillmer für das Jahr 1880 gegenüber 50 508 Zugbeamten (23 140 Zugbeförderungs- und 27 368 Zugbegleitungsbeamten) aufgemachte Statistif, die folgendes besagt:

Gê erfranften	Es wurben bienstunfähig <sup>0/0</sup> aller Beamten	<b>Es starben</b> 0/0 aller Beamten	Insgefamt ausgefchieden <sup>0/0</sup> aller Fälle
An Rheumatismus	$\begin{array}{c} 43 = 0.2 \\ 59 = 0.27 \\ 6 = 0.03 \\ 19 = 0.09 \\ 14 = 0.065 \\ 26 = 0.065 \\ 17 = 0.08 \end{array}$		$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$
	184 = 0,8	115 = 0,5	$\begin{vmatrix} 299 &=& 100 \\ 1,30 &=& \end{vmatrix}$

Bugbeförberung sbeamte.

.0 0 0				
E3 erkrankten	Es wurden dienstunsähig o/o aller Beamten		tarben <sup>0/0</sup> aller Beamten	Insgesamt ausgeschieden % aller Fälle
An Rheumatismus . An Krankheiten des Nervenspstems . Geisteskrankheiten Krankheiten der Lugen Krankheiten der Ohren . Krankheiten der Atmungsorgane . Krankheiten des Berdauungsapparats .		45 =     151 =	= 0,165 = 0,56	9 = 1 $15 = 3$ $15 = 3$ $218 = 46$
-	234 = 0.86	243 =	= 0,89	477 = 100

Bugbegleitungsbeamte.

Lunge, Blut und Magen sind die Organe, bei benen Siechtum und Tod ihre Opfer fassen. Damals wie heute. Denn ein Blick in die neueren Sterbeslisten der Fahrbeamten, die beim Monatsabschluß ihres Wohlsahrtsübereinstommens neben den auszuzahlenden Beträgen, auch die Ursachen des Aussscheidens der ehemaligen Mitglieder, in erster Linie also die Todesursachen registrieren, bestätigen die aus jener Statistik zu ziehenden Ergebnisse.

Es ist in den letzten 10 bis 20 Jahren bezüglich des Gesundheitszustandes der Bahner nicht viel besser geworden. Der schwere Dienst und das hohe Gesahrrisiko gewähren keine Aussicht auf eine günstigere Gestaltung der Krankheitss und Unfallszissen. Die statistischen Zusammenstellungen der privaten Unterstützungsvereine der Lokomotivführer, die zum Teil einen Überblick über die Entwickelung der letzten Jahrzehnte gestatten, bekunden es sehr deutlich in den Angaben über das durchschnittliche Sterbeund Bensionierungsalter.

			piile	talle be	utjager	201	omoti	viunre	er.	
Durchschnitt der Jahre	Rahl ber Gestorbenen	Lebensalter un	Dienstalter Dienstalter	Es starben bieses burc Lebens= alter erreicht	1, bevor fie hjønittlige Dienft= alter hatten	Zahl ber Penfionäre	Lebensalter ng	Dienstalter Bedrift	Es wurden bevor fie b fchnit Lebensalter erreicht	ieses durché tliche   Dienstalter
1885/7 1895/7	56 93	$43^{1/3} \ 44^{2/3}$	17 <sup>1</sup> / <sub>3</sub> 18 <sup>2</sup> / <sub>8</sub>	63 º/o 42 º/o	57 º/o 43 º/o	$\frac{100}{132}$		$25^{1/3}$ $26^{1/3}$	47,5 % 52,5 %	47 º/o 47 º/o
	'	üь	ereint	ommen	deutsch	er E	ofom	otivfül	j r er.	•
1895/7	21	431/8	-	54 º/o	_	41	52	-	46 º/o	-
		V e r	ein be	utscher	Lokomo	tiví	ührer	und H	eizer.	
1895/7	25	$39^{1/8}$	-	56,5 %	-	38	$50^{1/8}$	1 - 1	44 º/o	_

Die beiben letzteren Hilfskassen stellen jüngere Gründungen dar als die erstere und lassen keinen Vergleich mit früheren Jahrgängen zu. Immershin ergänzen sie das Bild des gegenwärtigen Standes, der ersten Hilfskasse, die heut nicht mehr wie früher alle privatversicherten Losomotivbeamten umfaßt. Diese Gegenwartsangaben zusammen lassen, gegenüber dem früheren Befunde, bezüglich der Widerstandsfähigkeit des Personals keinen erheblichen Fortschritt zum Bessern erkennen. Der Rückschluß auf die Entwickelung der Gesundheitsverhältnisse im allgemeinen fällt daher auch nicht günstig aus.

Gleichwohl darf nicht vergeffen werden, daß es in vielen Punkten mit ber Eisenbahnhygiene im letten Jahrzehnt vorangegangen und manche Berbefferung in den Betriebseinrichtungen durchgeführt worden ift. So find in erster Linie die Führerstände auf den Lokomotiven behaglicher ausgestattet. Zunächst hat man die Dächer verlängert, um besseren Schutz gegen Regen und Sonne zu gewähren. Bis zum Jahre 1880 ftraubten fich, wie Brahmer mitteilt, die Bahnärzte überhaupt gegen Überdachung der Führerstände, weil Die Beschäftigung im freien, unabgeschloffenen Raum gefünder fein follte. Beut geht man im Gegensat bazu erfreulicherweise zu immer besserer Verwahrung bes Führerstandes über; Klappmände oder Lebergardinen werden allent= halben angebracht. Durchsteigefenster sollen weiter bazu bienen, eine bequemere, gefahrlose Bedienung der frei gelegenen Maschinenteile am Oberfessel zu ermöglichen. Site mit Leberpolster und Spiralfeberung sind in ben letten Jahren allgemein eingeführt, mährend es vor noch nicht gar fo langer Zeit straffällig mar, wenn berartige reglementswidrige Möbel, aus brei Brettlein notdürftig zusammengefügt, auf einer Maschine angetroffen Die Bequemlichkeiten, glaubte man früher, verleiteten bas Ber= sonal zu läffigerer handhabung bes Dienstes. hat man in Bayern sich boch erst gang por furgem von der Überzeugung der Schädlichkeit folcher Sitgelegenheiten frei machen fonnen.

Für das Zugpersonal sind Verbesserungen in den Diensteinrichtungen dadurch herbeigeführt worden, daß die Verwaltung die luftigen Bremsersitze mehr und mehr abgeschafft und durch geschlossene Bremswärterhäuschen ersetzt hat. Durch die Einführung der Bahnsteigsperre und die Vornahme der Fahrkartenhauptkontrolle auf den Bahnhöfen ist die gesundheitsschädliche und lebensgesährliche Turnerei auf den Trittbrettern längs des fahrenden Zuges größtenteils in Wegfall gekommen.

Die Übernachtungsgelegenheiten sind menschenwürdiger hergerichtet, mehr und mehr specielle Überwachungslokale mit Dienstbetten, für die das Personal die erforderliche, von der Verwaltung gelieserte Bettwäsche in Blechstrommeln mitbringt, hergestellt worden, wenn auch die schmierigen, schwarz Spristen XCIX. — Straßentransportgew.

überzogenen Pritschen noch längst nicht aus der Welt verschwunden sind und die Ruhe bei der Beschränktheit der Überwachungslokale und dem steten Gehen und Kommen von fahrendem Personal noch keine vollkommene ist. Daß neuerdings Lesestoff in den Übernachtungsräumen und Reservestuben ausgelegt werden soll, wird vom Personal dankbar anerkannt werden.

Auch die fürzlich angeordnete Berabreichung von stärkenden Nahrungsmitteln und erwärmenden Getränken an Zugbedienstete und Arbeiter bei Eintritt strenger Kälte (über 12 Grad Celsius) und bei ungewöhnlich langer Ausbehnung der Fahrzeit wird ihr gutes wirken. Die Errichtung von Unterkunftsbuden für die Bahnhofsbediensteten zum Schuße gegen Witterungsundilden,
die Ausstattung zahlreicher dieser Käume mit Kochapparaten, die Anlage von
Kantinen auf einzelnen Bahnhofspläßen und Werkstätten haben ebenfalls dazu
beigetragen, den Dienst des Bahners bezw. der Eisenbahnarbeiter etwas freundlicher zu gestalten. Die Anlage von Badeanstalten (382 an der Zahl mit
395 Brauseapparaten, 673 Wannen und 23 Dampsbädern) hat für die
Bahnerschaft sich als wohlthuend erwiesen, wenngleich ihre Benutzung
durch unentgeltliche Berabreichung der Bäder an alle Arbeiter und Beamten
noch eine wesentliche Steigerung erfahren könnte.

Lungenheilstätten und Genesungsheime, Alters- und Invalidenheime sollen in kurzem ihren Segen den Bahnern erschließen.

Wieviel aber zu thun übrig bleibt, bas zeigen bie obigen Ergebniffe ber Krankheitsstatistif und ein Bergleich ber bestehenden Arbeitsverhältnisse mit den hygienischen Forderungen der Bahnärzte, besonders bezüglich der Ruhe und Urlaubszeiten bes Bahnpersonals. In der Sektion "Verkehrshnaiene" des internationalen Hnaienekongresses zu Budapest wurde erklärt. daß mindeftens alle 10 Tage eine 24 stündige Ruhepause, und jährlich wenigstens ein 14 tägiger Urlaub, bessen Dauer mit bem Dienstalter steigen muffe, bem Bahnpersonal zu gemähren fei. Und Brahmer führt bies weiter aus: "Entsprechend ber Verschiedenheit ber körperlichen Frische in ben einzelnen Lebensaltern, kann auch die Zeit des Urlaubs eine verschiedene Für die ersten 5 Jahre genügen 8 Tage, für die darauf folgenden 5 Dienstjahre 14 Tage, für die Zeit vom 10. bis 20. Dienstjahre 3 Wochen und von da ab 4 Wochen. Der Urlaub foll pflichtmäßig fein; er muß angenommen werden ohne Rücksicht barauf, ob er zu Haufe ober außerhalb verbracht wird." Dben ift bargethan, bag bem Betriebsbediensteten bie Dienstruhe in dem hier geforberten Umfange noch keineswegs allgemein zu teil wird. Auch die heut geltenden Grundfäte für die Urlaubsgemährung werden den hier aufgestellten Mindeftforderungen formell noch nicht gang gerecht; vor allem aber erweckt die praktische Durchführung dieser Grundfäße die Zufriedenheit der Bahnärzte wie der Beamten durchaus nicht. Dr. Gilbert sagt betreffs des Arlaubs: wegen des starken Sommers verkehrsbetriedes könne er leider nur in ungünstiger Jahreszeit gewährt werden, ferner würde er nicht als ein Recht, sondern immer noch als eine Wohlthatsbezeugung angesehen. Dieser Charakter der Arlaubsgewährung macht es möglich, daß sie auch ganz unterbleiben kann.

In bem Schlufpaffus ber amtlich proklamierten Grundfate heißt es fogar: "Ausgeschloffen von der Bewilligung eines Erholungsurlaubes follen werden: a) die Dienstanfänger, b) Beamte, deren Leistungen nicht befriedigend oder deren Führung in und außer Dienst zu Tadel Unlaß ge= geben hat." Die Urlaubsgewährung stellt sich hiernach geradezu als eine Belohnung bar. Um fo leichter fann fie verweigert werden, ohne daß die vorgefette Behörde das Verfehrsübermaß als Ablehnungsgrund zu nennen braucht; — die ungeheuerlich gesteigerte Berkehrsarbeit wäre ja eigentlich nur ein Grund für Berfonalsvermehrung, nicht gegen Urlaubsgemährung. Biele Beamten verzichten überdies, weil der Urlaub nicht zu der ihnen genehmen Zeit oder nur in der Hälfte der gewünschten Dauer gewährt werden fann, auf eine zusammenhängende Erholungspause und suchen ftatt beffen zu verschiedenen Sahreszeiten und zu besonderen Gelegenheiten je zwei bis drei Tage frei zu bekommen. Der eigentliche Zweck des Urlaubs, die Erholung, wird natürlich bei folcher Zersplitterung ber bienftfreien Tage nicht erreicht. Daß andererseits in gunftigen Fällen beffer situierte altere Beamte auch unter ber Herrschaft ber heutigen Urlaubsgrundsätze großartige Erholungs= ober Bergnügungsreisen ausführen, möchte ich keineswegs ver= schweigen.

Freie Fahrt gewährt die Verwaltung dem Beamten nach fünfjähriger Dienstzeit, auf Grund internationalen Übereinkommens auch für die Bahnen der Nachbarländer; die sonstigen Reisekosten freilich wurden in den mir bestannten Fällen fast immer aus privatem Vermögen gedeckt. Trot der geringen praktischen Bedeutung, die den allgemeinen Grundsäßen über die Urlaubsgewährung innewohnt, mögen sie hier zum Schlusse Plat sinden:

Ohne Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses sollen erhalten:

Die Subalternbeamten erster Klasse bis zu 21 Tagen, diejenigen zweiter Klasse (barunter Lokomotivführer und Zugführer) bis zu 14 Tagen, die unteren Beamten höchstens 8 Tage.

Innerhalb ber bezeichneten Grenzen entscheidet bas Lebens= und Dienst=

<sup>1</sup> In Österreich ist ben Staatsbahnbeamten ein jährlicher Erholungsurlaub von 14 Tagen vertragsmäßig zugesichert.

alter ber urlaubnachsuchenden Beamten in der Weise mit, daß Beamte, die das 45. Jahr noch nicht überschritten haben, nicht mehr als 14 Tage Urslaub erhalten, wenn nicht besondere Umstände, wie hervorragende dienstliche Inanspruchnahme über die gewöhnliche Dienstdauer hinaus und die Schwere der Verantwortlichkeit hinsichtlich der einzelnen Beamten obliegenden Dienstsgeschäfte, einen längeren Urlaub rechtfertigen.

Über ben an Hilfsbeamte und Arbeiter zu gewährenden Urlaub verslautet in diesen Ausführungen garnichts; diesen Zweimalhunderttausend wird nur in günstigen Ausnahmefällen Urlaub nach dem diskretionären Ersmeffen der Behörde gewährt; auch genießen sie nicht freie Fahrt.

Ein letzter wichtiger Punkt, der in dieser Rubrik zu erwähnen ist, ist die Frage der ärztlichen Behandlung.

Den Beamten und ihren Angehörigen wird unentgeltliche ärztliche Hilfe gilfe auf Kosten der Berwaltung durch Bahnärzte, die gegen ein jährliches Bauschquantum verpflichtet sind, gewährt. Die Arzneikosten hat der Beamte selbst zu tragen. Ist das schon eine unangenehme Zugabe zu dieser an sich segensreichen Einrichtung, so wird der Wert dieser freien Arzthilse durch die Anzulänglichkeit des Systems gegenüber den faktischen Verhältenissen, nicht selten überhaupt in Frage gestellt.

Die Klagen unter ben Beamten über die Art der Behandlung find, soweit ich es beobachten konnte, recht lebhafte. Biele gehen, wenn sie es erschwingen können, lieber zum Nicht=Bahnarzte, um sich nicht über die ansgeblich nachlässige Behandlung seitens eines Bahnarztes ärgern zu müffen.

Hört man die Bahnärzte dagegen, so pflegen diese wieder über die Anmaßung der Beamten zu klagen, die bei jeder eingebildeten Krankheit ihrer Person oder eines ihrer Angehörigen dauernd den Arzt in ihrem Hause haben möchten und ihn wie einen bezahlten Arbeiter behandeln.

Diese sich widersprechenden Klagen haben ihre gemeinsame Burzel vielleicht in der Institution, die gegenüber den Anforderungen der Wirklichkeit manchmal versagen mag.

Der Betriebsbericht für 1899 gewährt einen ungefähren Einblick in bie Verhältnisse.

Im Berichtsjahre 1899 standen rund 112 390 Beamten, auf deren jeden durchschnittlich wohl eine Frau mit 2 Kindern zu rechnen sein dürfte, also rund 450 000 Personen, die ein Anrecht auf ärztliche Behandlung haben und zum Teil, wie wir oben gesehen, eine außerordentlich hohe Erstrankungsziffer ausweisen, 1997 Bahnärzte gegenüber, deren Bezüge sich auf 812 100 Mk. beliesen, d. h. ein Bahnarzt hatte im Durchschnitt gegen eine jährliche Vergütung von 406 Mk. etwa 225 Personen ärztlichen Beischen

stand zu leisten. Nun find damit aber die Aufaaben des Arztes keineswegs erschöpft, sondern er hat vor allem auch Gesundheitsautachten über die neu einzustellenden Beamten und zwar mit einer gründlichen Ausführlichkeit auszuarbeiten, sowie die prozentuale Erwerbsfähigkeit eines im Bahnbetriebe Berletten behufs Feststellung der Rente abzuschätzen; er hat das Bor- und Sehvermögen ber im Betriebe Bedienfteten häufigeren Untersuchungen ju unterziehen, bei Betriebsunfallen Silfe zu leiften und die Rettungskaften zu kontrollieren. Wenn man zudem bedenkt, daß die Patienten dieser Arzte zu einem Teil nicht an bemfelben Orte, wo ber Arzt feinen Sit hat, fonbern auf Nachbarstationen und in Bahnwärterbuden an der Strecke, eine Meile und weiter entfernt wohnen 1 — im preußisch=hessischen Gisenbahnnen gab es 1899 allein 5335 Stationen gegenüber 1997 Bahnärzten — und daß dem Arzte die Unkoften für diese Wege nicht besonders vergütet werden, fo ift es vielleicht begreiflich, daß die herren bei der niedrigen Sonorierung für alle diese Thätigkeiten nicht übermäßig viel Kraft und Zeit aufwenden können und mancher Batient die peinliche Sorafalt in der Behandlung zu vermissen in die Lage fommt. Die Unzulänglichfeit ber Beamtenkranken= fürsorge kommt ferner indirett in der Thatsache zum Ausdruck, daß sich Beamte in freie Rrankenhilfskaffen einkaufen, zumal die Fahrbeamten, die, einer Erfrantung fehr häufig ausgesett, ben Fortbezug ihrer Nebengelber sich auch für die Krankheitstage sichern wollen.

Das Arbeiterkrankenkassenwesen im Bahnbereiche, das sich auf die Krankenversicherungsgesetze vom 15. Juni 1883 und vom 10. April 1892 stützt, erscheint dem gegenüber als eine Institution mit entschieden günstigerer Wirksamkeit. Allerdings wird hier diese Krankensürsorge nicht kostenlos gestoten, sondern der Arbeiter hat, wie in den übrigen gewerblichen Krankenskssen wöchentlich Beiträge in der Höhe von 2% seines Arbeitsverdienstes zu leisten, deren Gesamtsumme sich im Jahre 1899 durchschnittlich auf 17,77 Mk. belief. Die Eisenbahnverwaltung steuerte einen halb so hohen Betrag für jeden Arbeiter zur Bersicherung bei, so daß pro Kassenmitglied im Jahre 1899: 28,66 Mk. zur Berwendung bereit standen.

Infolge der günstigen Vermögenslage, in denen sich die Arbeiterkrankenskassen der Eisenbahnverwaltung befinden, verbrauchten sie diesen Betrag fast vollständig — 28,10 Mf. pro Mitglied — und gewährten dafür den Kassensmitgliedern und (mit einer Ausnahme) auch deren Angehörigen, freie ärztliche Behandlung, übernahmen dazu die Kosten der den Mitgliedern und ihren

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei Berunglückungen von Betriebsbeamten ergeben sich hieraus bisweilen gerabezu grausame Folgeerscheinungen.

Ungehörigen gelieferten Arzneien und Heilmittel, sowie ber Krankenhauß= pflege ganz ober teilweise, gaben Böchnerinnen Unterstützungen und zahlten endlich beim Ableben von Angehörigen Sterbegelber.

Gehen die Krankenkassen der 21 Eisenbahndirektionen mit dieser Berücksichtigung der Angehörigen in ihren Leistungen über das Ziel der meisten übrigen gewerblichen Kassen hinaus, so bieten sie andererseits auch den Mitzgliedern durch Unterstützungsgewährung über das gesetzliche Mindestmaß von 13 Wochen hinaus und teilweis durch Bewilligung höherer Krankengeldsätze besondere Vorteile vor zahlreichen Kassen der Privatindustrie.

Von den 21 Betriebskrankenkassen bieten (1899) 9 eine Krankenfürsorge für 20 bis 30 Wochen, 8 eine solche von 36 bis 39 Wochen, 4 solche für ein ganzes Jahr. Nur bei 2 Kassen beschränkt sich der Krankengelbsatz auf die Hälfte des Lohnes, bei 19 erhob er sich darüber, ja stieg bei den meisten zu zwei Dritteln des wirklichen Verdienstes auf. Gewünscht wird von den Kassenmitgliedern freilich ein Krankengeld in der vollen Höhe des Tagelohnes.

Der Bergleich mit den übrigen Betriebskrankenkassen des Reichs fällt also erheblich zu Gunften derer der Eisenbahn aus. Bon jenen sorgten nur 32% über die gesetzliche Mindeskrift von 13 Wochen hinaus für ihre Kranken und nur 17% der Kassen zahlten ein Krankengeld, das die Hälfte des wahren Arbeitsdienstes überstieg. Überdies zahlte die Bahnkrankenkasse in Fällen schwerer Verletzung oder langwieriger Krankheit das Krankengeld sogleich vom ersten Tage der Erkrankung ab.

Bon 8 Krankenkassen ist auch die beschränkte freie Arztwahl für die Mitglieder an den Orten eingeführt worden, wo mehrere Kassenärzte bestellt sind. Das Sterbegeld war bei 9 Kassen auf das 30 sache des täglichen Berdienstes, von 6 Kassen auf das 32= bis 36 sache und von den übrigen 6 auf das 40 sache festgesetzt worden.

Ein zahlenmäßiges Bilb, bas zugleich einen ungefähren Bergleich mit bem Stande ber übrigen Betriebstrankenkaffen bes Reiches gestattet und die Entwickelung ber Gesundheitsverhältnisse im Eisenbahnbetriebe erkennen läßt, möge diese Darstellung beschließeu.

Der Mitgliederbestand der Betriedskrankenkassen, benen alle Hilfsbeamten und Bahnarbeiter, mit Ausnahme der bei Neubauten beschäftigten, ansgehören, soweit ihr Jahresverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt, bezisserte sich im Durchschnitt des Jahres 1899 auf 230 861, im Jahre 1898 auf 231 192 versicherungspflichtige Personen, unter denen sich 5512 bezw. 5005 Frauen besanden.

Erfr	anfun	gsfälle.

		Kür je	Davon infolge Unfällen			
Jahr.	Jahr. Überhaupt.	100 Mitglieber.	überhaupt	für je 100 Mitglieber		
1899 1898 1897 1896	83 086 70 069 70 001 58 808	35,76 30,13 32,37 29,86	14 279 12 739 11 661 7 792	6,15 5,47 5,39 3,96		
Durchschnitt= }	66 <b>2</b> 93	31,00	10 731	5,04		
Durchschnitt= }    ich	59 437	31,11	6 171	3,23		

#### Rrankheitstage.

		Kür ein	Kür einen	Davon infolge Unfällen			
Jahr.	Überhaupt.	Mitglied.	Ertrankungsfall.	über= haupt	Für ein Mitglieb	Für einen Erfranfungs= fall	
1899 1898 1897 1896	2 002 209 1 769 827 1 740 706 1 505 843	8,62 7,61 8,05 7,65	24,10 25,26 24,87 25,61	338 967 316 370 286 506 211 908	1,46 1,36 1,32 1,08	23,73 24,83 24,57 27,20	
Durchschnitt= Lich 1898/96	1 672 125	7,83	25,25	271 595	1,30	26,22	
Durchschnitt= } lich 1889/91 }	1 122 937	5,83	18,74	156 250	0,82	26,30	

Das letzte Berichtjahr 1899 ist ein außergewöhnlich ungünstiges gewesen, die prozentuale Erkrankungsziffer von 35,76 ist noch niemals dasgewesen. Sie übertrifft die nächsthöchste des Jahrzehnts, die 34,92% des Jahres 1893, noch um 4/5%.

Dieses ausnahmsweise ungünstige Jahr ist daher bei den Durchschnittssberechnungen ausgeschlossen worden und der Durchschnitt der drei voraufsgegangenen Jahre, die etwa dem Jahrzehntdurchschnitt hinsichtlich der prozentualen Erkrankungsziffer entsprechen, der Betrachtung zu Grunde gelegt, und dem Durchschnitt zu Anfang des Jahrzehnts 1889/98 gegenüber gestellt.

Die Zahl der Erkrankungsfälle bei Eisenbahnarbeitern und Hilfsbeamten beträgt zu Anfang und zu Ende des Jahrzehnts 31 %, stellt sich also etwas günftiger, als die für das Bahnbewachungs= und Stations= beamtentum im Jahre 1887 ermittelten Ziffern. Das ist natürlich, da angestellte Beamte schon eine mehr oder minder lange, vielsach zehnjährige Arbeiter= oder Hilfsbeamtenzeit hinter sich haben und entsprechend ältere, stärker verbrauchte Leute darstellen, während andererseits der Arbeiterdienst zum Teil auch ein geregelterer, als der der Fahr= und Bahnüberwachungs= beamten ist. Aus denselben Gründen stellt sich auch die Zahl der auf ein Mitglied der Arbeiterkrankenkasse entsallenden Krankheitstage bedeutend niedriger als bei den Beamten, während die Dauer des einzelnen Erfrankungs= falles bei beiden Gruppen etwa die gleiche ist.

Die beachtenswertesten Erscheinungen in diesem statistischen Entwicklungs= bilde find einmal die außerordentliche Steigerung der Krankheitsdauer pro Mitglied und im einzelnen Erfrankungsfalle — um ein volles Drittel wie ferner die Anhäufung der Unfallverletzungen. Die Krankheitsfälle find alfo schwerer geworben und erfordern eine langere Seilungsdauer, wenn auch beren Ausdehnung gewiß zu einem fleinen Teile durch die gunftigeren Pflege= bedingungen, die die Raffen heut gegenüber früher gewähren, mit verurfacht Dagegen trifft eine ähnlich gunftige Erklärung für die Verlängerung ber Krankheitsdauer bei ber Zunahme der Unfallverletzungen, jo beliebt fie auch ist, nicht recht zu; benn wenn man darauf hinweist, daß heute die Unfallstatistif die einzelnen Unfälle, felbst die minimalsten Berletungen, die früher gar nicht gemeldet worden feien, peinlich genau erfasse, und daß ja auch die Bahl der entschädigungspflichtigen Unfälle im Bergleich zu ben überhaupt gemelbeten gefunken fei 1, fo berückfichtigt man doch nicht, daß Die durchschnittliche Dauer ber einzelnen Erfrankung heut genau ebenfolange währt, wie zu Anfang ber neunziger Jahre, daß also die statistisch erfaßten

	je 1000 versicherte Personen fommen bei der Bahn: 1890 1897 1898 1899				Berhältnis von allen entschädigungs- pflichtigen zu allen meldepflichtigen Unfällen:				
		1898	1899	1890	1897	1898	1899		
Melbepflichtige 40,88	59,45	61,33	65,03	0,151	0,121	0,121	0,119:1		
Darunter ent= fcabigungs= 6,24	7,17	7,44	7,77						

Melbepflichtig ift nach bem Unfallversicherungsgeset jeder Unfall, der eine Erstrankung von mehr als brei Tagen zur Folge hat.

Bon sämtlichen 1744 im Jahre 1899 gemeldeten Unfällen von Sisenbahnsarbeitern verursachten 377 oder 22 % eine nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, 870 oder 50 % eine dauernde teilweise, 167 oder 10 % eine dauernde völlige Erswerbsunfähigkeit und 330 oder 19 % Fälle den Tod der Betroffenen.

Fälle heut durchschnittlich ebenso schwere sind, wie in jener Zeit. Unter biesen Umftänden stellt die prozentuale Zunahme der Unfälle ein recht bes benkliches Entwickelungssymptom dar.

Es dürfte angebracht sein, hier einen Seitenblick auf die eigentlichen Eisenbahnbetriebsunfälle zu werfen, soweit sie sich innerhalb des Fahrsbetriebes auf den preußischen Vollspurbahnen, also unter Ausschluß der Werkstätten, Gas- und Maschinenanlagen 2c. in denselben Zeitabschnitten absspielten.

Zahl der Unfälle.	1889/91	1896/98	1899
Auf freier Bahn	532 1777	555 1281	586 1365
Im ganzen	2309	1836	1951
Auf 1 km Betriebslänge	0,096 6,7 0,26 2046 10,0 0,24	0,065 4,3 0,16 1629 6,3 0,146	0,065 4,06 0,15 1756 5,8 0,138

Trot der gesteigerten Betriebsintensität eine prozentuale, ja eine abfolute Abnahme der Unfälle.

Trennt man die Ziffern der verunglückten Reisenden von denen der Beamten und Arbeiter, so ergiebt sich:

	1896/98 (auf 1 000 000)		1899 (auf 1 000 000)		
Getötete Berletzte Reisende	49 215	(0,1 ) (0,48)	38 211	(0,069) (0,381)	
Insgesamt verunglückt	264	(0,58)	249	(0,45 )	
Getötete } Beamte und Berlette } Arbeiter	311 719	( 967) (2239)	335 801	( 972) (2322)	
Insgesamt verunglückt	1030	(3206)	1136	(3294)	

Die Promilleziffern von 3,2 bezw. 3,3 beziehen sich, nach dem Borgang der amtlichen "Denkschrift über den Stand der Betriebssicherheit u. s. w. vom 10. Januar 1898", auf die Gesamtzahl sämtlicher Eisenbahnsbeamten von dem Präsidenten herab bis zum letzten Hilfsnachtwächter und

Werkstättenlehrling. Bezöge man richtiger die Unfallzissern ausschließlich auf bas Betriebspersonal, das mit dem rollenden Material dienstlich zu thun hat, und schlösse die Oberbeamten, das Bureaus, Werkstättens, Magazinspersonal aus, so würde sich 1899 der Promillesat der Verunglückten auf 5,83 gestellt haben.

Über die Art der Betriebsunfälle, von benen die Beamten und Arsbeiter betroffen wurden, giebt folgende Übersicht ungefähren Aufschluß:

	Getötet ober innerhalb 24 Stunben verstorben. Unzahl. %		Verleşt.		Gefamtunfälle.	
1. Bei Zugunfällen	14 44 105 130 41	4 13 31,5 39 12,5	117 129 272 112 130	15,5 17 36 14,5 17	131 173 377 242 171	12 16 34,5 22 15,5
	334 (30,5)	100	760 (69,5)	100	1094 (100)	100

 $1897/99^{1}$ .

Die Gefährlichkeit bes Rangiergeschäftes springt aus biesem Zahlensbilde vornehmlich in die Augen, während andererseits die hohe Anzahl ber Todesfälle beim Geleisüberschreiten darthut, wie undarmherzig der Betrieb die Unachtsamen, Lässigen aussondert.

Ein internationaler Vergleich ber Unfallhäufigkeit in den verschiedenen Eisenbahnbetrieben der Kulturwelt, so erwünscht er wäre und so viel Zahlen auch aufgehäuft sind, scheitert an der Inkommensurabilität dieser Ziffern.

Beträchtlicheren Wert hat ein Vergleich der Unfallstatistik des Eisenbahnbetriebs mit der der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Kamen beim preußischen Staatsbahnbetriebe auf je 1000 Versicherte im Jahre 1897 59,45 Verletzungen, darunter 7,17 entschädigungspflichtige Fälle, im Jahre 1898 61,33, darunter 7,44 entschädigungspflichtige Fälle, 1899: 65,03 bezw. 7,77, so bei den 65 gewerblichen Berufsgenossenschaften: 41,8 Vers

<sup>1</sup> Für 1896 nicht specifiziert.

letzungen bezw. 6,9 entschädigungspflichtige Fälle im Jahre 1897, 42,9 bezw. 7,1 im Jahre 1898 und 40,19 bezw. 7,39 im Jahre 1899.

Beachtenswert ist, daß für die Privatbahnberufsgenoffenschaft die entsprechenden Zahlen 1897: 64,5 bezw. 6,2, 1898: 68,8 bezw. 4,8, für die Straßenbahnberufsgenoffenschaft 1897: 72,6 bezw. 5,9, 1898: 80,7 bezw. 6,2, und für die Fuhrwerfsgenoffenschaft 1897: 62,6 bezw. 17,5, 1898: 60,5 bezw. 17,8 lauteten. Dem Eisenbahnbetrieb sind also in der Unfallfrequenz die übrigen Transportgewerbe noch über. In der Schwere der einzelnen Unfälle freilich wird der Eisenbahnbetrieb allerdings nur von dem alten Fuhrwerfsbetriebe übertroffen, dessen Erbe die Eisenbahn einst unter schweren Bedenken des Publikums, das eine kolossale Häufung der Unfälle fürchtete, angetreten hat.

Die finanziellen Leistungen ber Arbeiterkrankenkassen bedürfen zum Schlusse noch eines Wortes. Das Gesamtvermögen ber 21 Kassen stellte sich zu Anfang bes Jahres 1899 auf 8,1 Millionen Mf., zu Ende bes Jahres auf 7,9 Millionen Mf., es scheint einen Sättigungspunkt erreicht zu haben; pro Mitalied betrug ber Bermögensfat 34,99 bezw. 34,20 Mf. (1898: 34,98 Mf., bei ben übrigen Betriebstrankenkaffen bes Reiches 28,33 Mf.). Die laufenden Beiträge feitens ber Mitglieber bezifferten sich im Jahre 1899 auf 4,1 Millionen Mf., seitens ber Gisenbahnverwaltung auf 2,05 Millionen Mf., insgefamt 6,66 Millionen Mf., Die Gefamt= ausgaben auf 6,56 Millionen Mf., wovon etwa 32 000 Mf. auf Berwaltungs- und sonstige Ausgaben entfielen. Der Beitrag pro Mitglied ist allerdings im Durchschnitt bedeutend höher als bei ben übrigen Kassen. Er betrug 1898 pro Kopf: 17,14 Mf. (feitens bes Arbeiters), 8,57 Mf. (seitens der Verwaltung) = 25,71 Mf. (1899: 26,65), bei den anderen Raffen nur 20,29 Mf. Dafür waren aber auch die Leiftungen gang außer= ordentliche. Während die Betriebsfrankenkassen 1898: 19,47 Mk. für Krankheitskoften pro Mitglied ausgaben, leistete bie Gifenbahnkrankenkaffe 1898 pro Mitglied (einschließlich feiner Angehörigen) im Durchschnitt: 22,63 Mf. (1899: 25.69 Mf.) Krankheitsgelder und 2.15 Mf. (1899: 2.41 Mk.) Sterbegelber, insgefamt alfo: 24,78 Mf. (1899: 28,10 Mf.)

Auf einen Erfrankungsfall wurden 1898: 82,26 Mk. (1899: 78,60 Mk.) einschließlich des Sterbegeldes aufgewendet, während die sonstigen Betriebsstassen 1898: 47 Mk. pro Erfrankungsfall ausgaben. Berücksichtigt man auch, daß der Erfrankungsfall eines Eisenbahners etwa  $25^{1/4}$  Tage, der bei den anderen Kassen nur  $16^{1/2}$  Tage zur Heilung erforderte, so war die Leistung pro Tag doch bei der Eisenbahnkasse im Durchschnitt um ein Siebentel höher als anderswo (3,26 Mk.: 2,86 Mk.).

Das eigentliche Krankengelb, das an Stelle des ausfallenden Lohnes trat, betrug hiervon bei der Eisenbahnkasse 1898: 1,44 Mk. (1899: 1,52 Mk.), bei den anderen Kassen: 1,22 Mk., sodaß für die ärztliche Behandlung, Arznei, Krankenhauspflege noch immer ein höherer Sat bleibt als bei den Fabrikkassen.

Das Sterbegelb betrug bei den 2079 Sterbefällen von Kaffenmitgliedern im Jahre 1898 im Durchschnitt 86,25 Mf., 1899 bei 2130 Fällen 91,32 Mf. Bei jedem der 11776 (1899: 12470) Todesfälle unter den Angehörigen wurden durchschnittlich 27,19 Mf. (1899: 29,31 Mf.) außegezahlt.

Dank ihrem gunftigen Bermögensstande konnte die Kasse mehr für die Gesamtunterstützung ihrer kranken Mitglieder nebst Angehörigen ausgeben, als die laufenden Beiträge und Eintrittsgelder einbrachten.

Die Arbeiterfrankenkasse beteiligte sich auch mit Anteilzahlungen (1900: 67047 Mf.) an den Bestrebungen der Arbeiterpensionskassen, den Schwerskranken, zumal den Tuberkulosen, die Segnungen eines vollständigen Heilsverfahrens zu gewähren.

Da dieser Zweig der Fürsorgethätigkeit von erheblicher Bedeutung für die Gesundheitsverhältnisse der Eisenbahner ist, sei hier mit kurzen Worten darauf hingewiesen, wenn auch das eigentliche Berdienst dieses Planes über-wiegend auf das Konto der Arbeiterpensionskassen, die zwei Drittel der Kosten etwa aufbringen (120 121 Mk. im Jahre 1900), zu setzen ist.

Bon ben 759 im Sahre 1900 gestellten Antragen auf Ginleitung eines Heilverfahrens wurden 644, darunter 4 von Frauen, genehmigt und bis zum Sahresschlusse durchgeführt; und zwar bezogen fich zwei Drittel berfelben (429) auf Fälle von Tuberfulofe. Diese letteren erforderten insgefamt 27852 Verpflegung stage und einen Koftenaufwand von 170282 Mf. (inkl. 47214 Mt. Familienunterstützung), von benen 50155 Mt. durch die Rrankenkassen gedeckt murden; 64,9 Verpflegungstage zu 4,31 Mf. entfielen im Durchschnitt auf einen Lungenkranken. Bu ben burchschnittlichen Gefamtkoften für einen Lungenfranken (einschließlich 127,6 Mt. Familienunterstützung) im Betrage von 396,92 Mf. steuerte die Arbeiterkrankenkasse 116.9 Mf. bei. Die übrigen 215 Rrankheitsfälle, die einem Beilverfahren zu unterziehen maren, kofteten bei 9431 Berpflegungstagen 55 583 Mk., von benen die Krankenkasse 16892 Mf. übernahm. Bei 4,02 Mf. Unterftutung pro Berpflegungstag (inkl. Familienunterstützung) stellten sich bie durchschnittlichen Gesamtkosten für jeden dieser 43,1 Tage behandelten Kranken auf 258,52 Mf., an beren Deckung die Krankenkasse mit 78,52 Mf. partizipierte.

Der Erfolg bieser Bestrebungen war im Jahre 1900 ber, daß von den 429 Lungenkranken 383 — 89,28 % als geheilt und gebessert oder als arbeitsfähig entlassen werden konnten. Bon den 383 wurden im Laufe des Jahres 1900 18 Personen dauernd erwerbsunfähig oder starben, sodaß 84,11 % arbeitsfähig in das neue Jahr eintreten konnten. Allerdings dürfte sich dieser Prozentsat im Laufe der nächsten Jahre, nach den dissherigen Ersahrungen zu urteilen, noch stark reduzieren. Von den 1899 gesheilten sind Ende 1900 nur noch 73,16 %, von den 1898 als geheilt Entslassen nur 55,29 % Erwerdssähige übrig.

Unter den 215 anderen Krankheitsfällen wurden  $86,05\,^{0}/_{0}$  mit Erfolg behandelt. Um Ende des Jahres waren indes nur noch  $81,86\,^{0}/_{0}$  von ihnen erwerbsfähig.

Dieser Ausschnitt aus dem Leben der am schwersten heimgesuchten Eisenbahner zeigt, daß mit menschlichen Mitteln doch bis zu einem besträchtlich hohen Grade gegen die vernichtenden Mächte, die im Eisenbahns betriebe als harte Notwendigkeit wirken, anzukämpfen ist; und unter diesem Gesichtspunkte sind denn auch die energisch gesteigerten Leistungen der Arbeiterskrankenkassen als ein vortreffliches Stück ernster Socialhygiene im Eisenbahnsbereiche zu betrachten.

Die hier und da auftretenden Klagen über fabrikmäßige Behandlung der Kassenmitglieder seitens der fest bestallten Arzte vermögen den gunftigen Eindruck, den diese Institution im ganzen erweckt, nicht abzuschwächen.

## Das Penfionswefen.

Die Art und Beise, wie die Eisenbahnverwaltung für ihre Beamten und Arbeiter über die Beendigung des Dienstverhältnisses und über den Tod hinaus für deren Angehörige sorgt, ist zum überwiegenden Teil durch Gesetze in Übereinstimmung mit den Pensionsverhältnissen in den anderen Staatsverwaltungen und privaten gewerblichen Betrieben geregelt. Doch ersfordert die specifische Ausgestaltung und Modulation dieser gesetzlichen Regelung der Ruhegehälter im Rahmen des eigenartigen, mit schwierigen Bershältnissen rechnenden Eisenbahnbetriebes, ein besonderes Eingehen auf diese Frage.

Für die überwiegende Mehrheit der etatsmäßigen Staatsdahnbeamten gilt das Beamtenpensionsgesetz vom 27. März 1872 mit verschiedenen Ersgänzungsgesetzen aus den Jahren 1881, 1884, 1888, 1890 und 1897, die dem Beamten nach einer mindestens zehnjährigen Dienstzeit, im Falle des Sintritts der Dienstunfähigseit, oder nach überschreitung des 65. Lebenss

jahres, einen Anspruch auf Benfion, sowie Witwen- und Waisenversorgung Die Pension beträgt bekanntlich nach bem zehnten Dienstjahre1 15/60 des Diensteinkommens, worauf sie alljährlich um 1/60 bis zu höchstens 45/60, also bis zu drei Vierteln des Diensteinkommens steigt2. Bom Wohnungegeldzuschuffe gelten bei Lokomotivführern und Zugführern (Beamtenflaffe IV bes Servistarifs) 297,8 Mf., bei ben übrigen bier in Frage fommenden Gifenbahnunterbeamten 112,8 Mf. neben dem eigentlichen, qulett bezogenen Gehaltsfate als penfionsfähig. Seit 1884 ift ferner ben Lokomotivführern mit Rudficht auf die in Dienstzeiten bezogenen Nebengelber eine weitere penfionsfähige Zulage von 350 Mt., ben Zugführern und Badmeistern eine folche von 300 Mf., den Lokomotivheizern eine folche von 250 Mk. und ben Schaffnern, Bremfern, Wagenwärtern, sowie ben bem Bahnsteigs= bienst übermiesenen Schaffnern eine pensionsfähige Rulage von 200 Mf. querkannt worden. Witmen und Nachkommen — unter besonderer Genehmigung auch andere vom Verstorbenen unterhaltene Anverwandte — empfangen beim Tode des Beamten oder bes Benfionars deffen Gehalt im Sterbemonat und während eines Enabenquartals bezw. die Penfion noch während eines Gnadenmonats. Bor allem aber erhalten die Witwen 40 % der ihrem Manne bei Lebzeiten zukommenden Benfion, jedoch niemals unter 216 Mk., und Halbwaifen weiter je ein Waifengeld in der Höhe von einem Fünftel, Ganzwaisen in der Sohe von einem Biertel des Witmengeldes.

Im Anschluß an das Reichsunfall-Versicherungsgesetz von 1885 ist im Jahre 1887 (18. Juni) ferner das Beamtenfürsorgegesetz in Wirksamkeit getreten, das im Betriebe verunglückten Beamten zwei Drittel ihres Dienste einkommens bei Totalinvalidität, bezw. kleinere Teilbeträge bei nur teils weiser Dienstunfähigkeit als Entschädigung zuspricht; ein Gesetz, das gerade für die Beamten des gesahrenreichen Eisenbahnbetriebes von großer socialer Bebeutung ist, wenn auch die Ausführungsbestimmung, daß zwischen Unfall und Pensionierung dem verunglückten Fahrbeamten keine Nebengelder gezahlt werden, hier und da eine empfindsame Wirkungsbeschränkung des Gesetzes darstellt.

In der Gleichheit der allgemeinen Benfionsregelung, die den Eisenbahnsbeamten genau nach derfelben Anzahl von Jahren zu den gleichen Teilsfätzen des Gehaltes penfionsfähig werden läßt, liegt ein wenig günstiges

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei fürzerer als 10jähriger Dienstzeit wird eine Pension nur im Enadenswege bis zum Höchstbetrage von einem Biertel des Gehalts gewährt; nur durch freiwillige Mitgliedschaft bei der Arbeiterpensionskasse kann sich der Beamte einen Pensionsan spruch sichern.

<sup>2</sup> In Bayern und Sachsen steigen die Pensionsfate auf 90 bezw. 80 % bes Gehalts.

fociales Moment, das in den Kreisen der Bahner der Gegenstand lebshafter Diskussionen, Klagen und Wünsche geworden ist. Jeder weiß es, daß die Arbeitss und Lebensbedingungen der im Bahnbetriebe Beschäftigten wesentlich andere, wesentlich schwerere sind, als die etwa eines Kanzleis, eines Inspektionsbeamten, der mit den Eisenbahnern äußerlich auf gleicher amtlicher Stufe steht.

Gewiß nimmt ber Bahnbetrieb nur Kernmenfchen an, Die Die Strapagen, por benen ber Schreibstubenbeamte gurudfchreden murbe, als etwas Alltagliches hinnehmen; aber es burfte aus ben voraufgeschickten Betrachtungen mit genügender Rlarheit hervorgegangen fein, daß diefe stetige Strapazierung schließlich boch auf Rosten der Gesundheit und der Lebensdauer der Beteiligten erfolgt; daß diese Betriebsbeamten mithin viel frühzeitiger dienst= unfähig werden, oder infolge eines Unfalle frühzeitiger ihr Leben laffen muffen als die übrigen Beamten gemeinhin. Borzeitige Dienstunfähigkeit berechtigt aber nur zu einer minimalen Penfion; nach 15 Dienstjahren beträgt ber Benfionsanspruch erft ein Drittel, nach 20 Dienstjahren erft fünf Zwölftel bes Gehaltes. Gewiß ist in der Gehaltsreaulierung auf dieses raschere Sintreten der Bensionsbedürftiakeit der Gisenbahnbeamten, bei Fest= setzung der Aufsteigefrist zum Höchstgehalte, hier und da Rücksicht genommen worden, aber in den Kreifen der Beamten felbst wird die bisherige Requlierung zumeist noch als unzureichend empfunden, zumal sie ja auch die ganze lange, zehn Sahr und mehr betragende Hilfsbeamtenzeit völlig außer acht läßt 1. Nur den vor dem 1. April 1884 angenommenen, ständig be= schäftigten Hilfsbeamten wird auf Grund von Erlassen vom 21. September und 31. Dezember 1888, die die schlimmsten Ungerechtigkeiten des Benfions= verfahrens gegenüber ben von den Privatbahnen übernommenen Beamten auszugleichen bestimmt maren, die Hilfsbeamtendienstzeit bei ber Pensionsbemeffung voll angerechnet. Die seitdem aber angenommenen hilfsbeamten genießen bis zu ihrer Übernahme in bas etatsmäßige Beamtenverhältnis nur die Benfionsansprüche auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

Infolge des langen Verweilens der Beamten in der Hilfsbeamten=
ftellung, in der ihre besten Kräfte schon vielfach aufgebraucht werden, halten
die Beamten in der etatsmäßigen Stellung ausnahmsweise noch ein volles
Menschenalter aus, d. h. sie verdienen sich grad nur etwa einen Pensions=
anspruch auf die Hälfte ihres bisherigen Einkommens, und dieses Ein-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei der Penfionierung der technisch geschulten Angestellten wird zwar die technische Borbereitungszeit, welche die Prüfungsordnung festsetzt, als pensionsfähig anerkannt; das macht aber z. B. beim hilfsheizer, der das heizerexamen bestanden hat, nur drei Monate aus.

fommen ist noch nicht einmal immer das Höchstgehalt ihrer letzten Stellung, weil sie meist mehrere auseinanderfolgende Stusen in derselben Beamtenslaufbahn teilweise oder ganz zu durchlaufen haben, der Lokomotivsührer zuvor die Heizerstuse; der Zugführer die Bremsers, Schaffners, Packmeistersstuse; der Weichensteller I. Kl. die Bahnwärters und die untere Weichenstellerstuse. Demgemäß können sie auf der Oberstuse das Höchstgehalt bei den ausgebehnten Aufsteigefristen selten erreichen.

Es ist fehr wichtig, die im vorigen Kapitel statistisch festgestellten burch= schnittlichen Lebens- und Dienstalterftufen, auf denen die Beamten penfioniert werben, sich gegenwärtig zu halten, um die für die Beamten außerordentlich empfindliche Inkongruenz zwischen den in der Luft schwebenden Ruhegehalts= möglichkeiten und ben auf ber harten Schienenerde thatfächlich erreichbaren Penfionsansprüchen zu ermessen. Die Lokomotivbeamten werden zumeist im Alter von 46-50 Jahren nach 19,7 Dienstjahren pensioniert. Die Statistik der privaten Hilfskassen der deutschen Lokomotivführer specifiziert das noch genauer dahin, daß das Sterbealter der durch Tod aus dem Dienst Abberufenen, beren Familie eine Penfion zusteht, 43 Jahre, ihr Dienstalter 17 Sahre beträgt; das Lebensalter der bereits Penfionierten sich im Durch= schnitt auf 53, das Dienstalter sich auf 25 Jahre stellt, und daß etwa 50 % aller Beamten diese Durchschnittsalterstufen von etwa 48 Lebens= jahren nicht einmal erreichen. Auf welcher Gehaltsstufe steht aber ber Lokomotivbeamte durchschnittlich in diesen Jahren? Mit 25 Jahren etats= mäßiger Heizer, mit 35—36 Jahren etatsmäßiger Führer, hat er im Alter von 48 Jahren ober nach 20 jähriger Dienstzeit etwa bie vierte, gunftigen= falls die fünfte Gehaltsstufe erreicht. Das Höchstgehalt erreicht er aber erst auf ber sechsten Stufe nach 15 jähriger etatsmäßiger Führerzeit. Er wird im besten Falle durchschnittlich mit einem Ruhegehalt von  $\left(\frac{1600.25}{60}=\right)$ 667 Mf. + 297,80 Mf. + 350 Mf. = 1315 Mf. entlassen, mährend ber

667 Mf. + 297,80 Mf. + 350 Mf. = 1315 Mf. entlassen, während der höchste denkbare Pensionsbetrag nach 45 jähriger Dienstzeit mit 70 Lebenssjahren auf 1650 Mf. + 297,80 + 350 Mf. = 2300 Mf. rund sich stellen würde. Gewiß kann auch in anderen Berusen nicht ein jeder das höchste Ruhegehalt sich erdienen, es fragt sich aber, ob die Klagen des Lokomotivspersonals über die Unzulänglichkeit des heutigen Pensionssystems nicht einen berechtigten Kern haben, wenn mehr als die Hälfte des Personals mit einem Ruhegehalte, das um 1000 Mf. hinter dem höchsterreichbaren zurückbleibt, aus dem Dienste scheiden müssen, und es fragt sich weiter, ob dem Wunsche der Beamten, ihre Dienstziahre anderthalbsach dei der Pensionsberechnung anzusehen, — ein Wunsch, der hinter der Forderung des Bahnarztes

Dr. Brähmer, die Lokomotivdienstjahre wie vor der Verstaatlichung der Privatbahnen als Kriegsjahre doppelt zu zählen, noch weit zurückleibt —, Beachtung versagt werden darf. Die Opfer dieser Beamten für ihren Bezuf, ihr Verdienst um den Milliardenbetrieb sind des höchsten Lohnes wert.

Dieses Beispiel ber Penfionierung bes Lokomotivpersonals, bas kraffeste in diesem Kreise von Erscheinungen, illustriert die ungünstige Lagerung des Benfionsproblems genügend. Beim Zugpersonal, das in brei Stufen aufrückt und manchen Zugführer aufweist, der erst hoch in den Vierzigern zur Oberstufe gelangt ist, beträgt die Aufsteigefrist auf der untersten Stufe 21, auf der mittleren, die in der Praxis des Dienstes, jedoch nicht im Gehalte der obersten meist gleichsteht, zwar nur 15, auf der letzten aber wieder 18 Die Penfionierung hingegen erfolgt burchschnittlich Anfang ber Fünfziger nach 21 Dienstjahren, d. h. ber Schaffner, ber auf feiner Rang= stufe dauernd verblieben ist, hat etwa gerade sein Höchstgehalt von 1200 Mk. erreicht und auf ein Ruhegehalt von 520 + 112,8 + 200 Mf. = 833 Mf. Unspruch. Der Zugführer steht vielleicht auf der vierten von seinen sieben Gehaltsstufen und dürfte 650 + 297.8 + 300 Mf. = 1248 Mf. Pension zu beanspruchen haben, während die höchste überhaupt erreichbare diesen Be= trag um 700 Mf., den des Schaffners um 1100 Mf. übersteigt. hier also Migverhältnissel, die denen beim Lokomotivpersonal sehr nahe fommen.

Beim fahrenden Personal tritt es eben am schärfsten in die Erscheinung, was für den Kreis der Eisenbahnbeamten des äußeren Betriebes allgemein gilt. Das allgemeine Pensionsschema für die preußischen Staatsbeamten wird den Unforderungen des Eisenbahnbetriebs und den Lebensbedingungen seiner Beamten nur ungenügend gerecht.

Für einen Teil ber älteren Bahnbeamten gewinnt diese alle Tage neu sich aufdrängende Erkenntnis dadurch einen bitteren Beigeschmack, daß sie Zeiten erlebt haben, wo die Dinge günstiger für sie lagen. Diejenigen Besamten, welche früher vor der Berstaatlichung bei einer Privatbahn beschäftigt waren, erfreuten sich, freilich gegen gewisse geringe Beitragsleistungen, zusmeist höherer Pensionsansprüche, als sie ihnen heut nach den allgemeinen Gesetzen zustehen. Durch eine besondere Regelung, die diesen Widerspruch zwischen Einst und Jetzt für die ehemaligen Privatbeamten aus der Welt schaffen wollte, ist ihnen allerdings seinerzeit freigestellt worden, unter Fortssetzung ihrer früheren Beitragsleistungen sich die Vorteile des alten Bensionierungssystems auch in Zukunft zu sichern.

Die auf diese Weise in die Pensionsgestaltung der Eisenbahnbeamten hineingetragene Duplizität der Ruhegehaltsfätze ist der zweite Hauptpunkt, Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

der bei einer Betrachtung des Eisenbahnpensionswesens Berücksichtigung fordert.

Die Mitglieber ber 40 früheren Benfionskassen bei ben Brivatbahnen hatten por der Verstaatlichung gegen eine jährliche Beitragsleiftung 1 von 2/3, 1, 3, 5, 7 % ihres Einkommens, und außerdem teilweise gegen einmaligen Abzug eines Zwölftels von jeder neuen Gehaltszulage, einen Benfionsanspruch auf die Hälfte bes Diensteinkommens nach Ablauf einer 20 jährigen, nur ausnahmsweise erst nach einer 25 jährigen Dienstzeit, wobei noch einmal zu betonen ist, daß die auf der Lokomotive abgeleisteten Dienstjahre vielfach boppelt angerechnet murben. Die Witmen= und Waisenversorgung mar im Anschluß daran geregelt. Den bei ber Berftaatlichung diefer Bahnen übernommenen Beamten wurde die Alternative gestellt, entweder die staatlichen Beamtenpenfionsbedingungen zu acceptieren und auf die früheren, höher= gehenden Benfionsansprüche zu verzichten, oder, wie oben bereits angedeutet, unter Fortsetzung ihrer Beitragszahlungen ben Fortgenuß der alten Benfionsbedingungen sich zu sichern. Angesichts der hohen Beitragssummen, die viele der Privatbeamten zu Gunsten der bisherigen Vorzugsrechte entrichtet hatten, und angesichts der Thatsache, daß diese zum Teil schon bejahrten Beamten bei ber Staatsbahn im Benfionserwerb wieder von vorn hatten anfangen muffen und wie alle anderen Beamten erft nach 10 jähriger Staatsbienstzeit eines Anspruchs teilhaftig werben können, zogen es die meisten vor, beim alten Beitragsverfahren zu verbleiben. Das erfte Sahrzehnt bes Staatsdienstwerhältnisses brachte für diese Beamten hinsichtlich der Benfionsgestaltung keine Anderung und ließ die Benachteiligung dieser Leute gegenüber den anderen Staatsbahnbeamten nicht besonders scharf hervortreten, wenn auch die Ungleichheit der Beitragspflichten der Mitglieder der verschiedenen Benfionskassen untereinander bei meist gleichen Kassenleistungen von den übernommenen Brivatbahnern bitter empfunden wurde und die 1884 verfügte. an sich warm zu begrüßende Anrechnung der Hilfsbeamtenzeit als Benfions= dienstalter eine Ungerechtigkeit gegenüber den übernommenen Beamten, deren Privatbahndienstzeit als nicht anrechnungsfähig galt, bedeutete.

Klar zum Bewußtsein kam ben übernommenen, beitragleistenden Beamten die ungünstige Situation sihrer Pensionsverhältnisse nach Ablauf der ersten zehn Dienstjahre, als diejenigen Kollegen, die seinerzeit auf die alten Kassenansprüche verzichtet und die Beitragszahlung eingestellt hatten, nun einen, wenn auch zunächst geringen staatlichen Pensionsanspruch unentgeltlich

<sup>1</sup> Bei ber Berlin-Hamburger und Altona-Rieler Bahn fiel jeder Beitrag weg. Der Penfionsanspruch wurde statt einer Gehaltszulage gemährt.

sich erdient hatten, mährend für die anderen die Aussicht bestand, die alten jährlichen Beiträge dauernd bis zur Pensionierung weiter zu zahlen und schließlich doch nur den Überschuß ihres Privatpensionsbetrages über den eventuellen Staatspensionsbetrag als eigentliche Frucht ihrer fortgesetzten beträchtlichen Geldopfer einzuheimsen. Die Aushebung der kostspieligen getrennten Bermögensverwaltung durch die im Jahre 1889 ersolgende Berschmelzung der 40 verschiedenen, disher durch die Eisenbahnverwaltung unter Beistand von Mitgliederausschüssen unentgeltlich geleiteten Kassen, das in dieser einheitlichen Organisation nun doppelt grelle Zutagetreten der Gegensätze und Widersprüche in der alten Pensionsgebahrung weckte das Gefühlfür die Ungerechtigkeit dieses Systems bei den beitragspflichtigen 69 000 Beamten aufs neue und ließ es seitdem nimmer zur Ruhe kommen.

Der Unterschied zwischen ber ohne Beiträge erworbenen gesetlichen Pension und ber statutenmäßigen ber Privatkassen wird, zumal nach ben alten Satzungen die 200 bis 350 Mf. Fahrnebengelber nicht als penfionsfähig gelten, immer geringer, mahrend die Beitrage in der ursprünglichen Sohe gezahlt werden muffen. Gewiß ist ja auch noch nach der Berstagt= lichung wiederholt den Beamten, wenn ihnen die statutenmäßige Bension nicht mehr im rechten Verhältnis zu ber Böhe ber Beitrage zu stehen schiene. die Einstellung der Beitragsleiftungen nahegelegt worden, aber immer unter ber Bedingung völligen Verzichtes auf die statutmäßigen Penfionsansprüche für die Privatdienstzeit und ohne jegliche Entschädigung ober teilweise Rückgemähr ber gezahlten Beiträge. Die Unannehmbarkeit biefer Bedingungen. bazu die in Bermanenz erklärte Ungleichmäßigkeit der Beiträge bei gleich= hohen Ansprüchen trot der einheitlichen Verschmelzung der Kassen —, das find ernste Klagen der immerhin noch recht ansehnlichen Rahl von früheren Brivatbahnbeamten, Rlagen, um die fich die entsprechenden Eventualforde= rungen auf Berabsettung, Ausgleichung ober Wegfall ber Beitrage, Er= höhung ber Raffenleiftungen, Gemährung von Zuschufpensionen, Entschädigung für die bisherigen Beitrage u. f. w. fristallisieren.

Diesen Forderungen wird jedoch von seiten der Verwaltung entgegengehalten, daß sie angesichts der Struktur der ehemaligen Pensionskassen durchaus nicht gerechtsertigt wären. Jene Klassen hätten leider viel mehr versprochen, als sie ihrer versicherungstechnischen Anlage nach hätten halten können; bei ihrer Übernahme durch die Sisenbahnverwaltung hätten sich Unterbilanzen dis zu 100 Millionen insgesamt ergeben, und heute seien ihre Vermögensbestände fast aufgebraucht. In dem Jahrzehnt 1889/99 hätten sich die Dinge so entwickelt, daß heute Zahlungen an frühere Mitzglieder dieser Kassen oder deren Hinterbliedene im Gesamtbetrage von 12,28

17\*

Millionen Mf. Mitglieberbeiträge nur in der Höhe von 2,2 Millionen Mf. gegenüberständen. Zur Deckung der Ausgabenüberschüsse sein Zuschuß von 2 Millionen Mf. aus dem Betriebssonds und weitere Mittel vor allem aus dem Pensions-Garantiesond zu entnehmen gewesen, der demgemäß in den Jahren 1898/1900 von 7,83 auf 1,05 Millionen Mf. zusammensgeschrumpft sei.

Diese Entwicklung ist indes, so erklärt die Aritik, bei Kassen, deren Mitgliederzahl geschlossen ist, die an Stelle des bei anderen Kassen üblichen wachsenden Zuganges eine stetige Lichtung des Mitgliederbestandes und stärkere Inanspruchnahme durch die steigende Zahl der zu Pensionierenden erfahren, ganz naturgemäß. Zudem ist zu beachten, daß seit 1889 die lausenden Kassendeiträge der Mitglieder nicht mehr dem Pensions-Garantiessond zugeführt, sondern mit den übrigen Beiträgen aus diesen Fonds bei den Betriedseinnahmen des Eisendahnetats (1899 standen hier 10,26 Milslionen Mk. statutmäßige Pensionseinnahmen verzeichnet) verrechnet und anderseits die statutmäßig vorgeschriedenen Zuschüsse zu den Pensionskassen, die für die Privatdahnverwaltungen früher Leistungen von einem Fünstel bis zu einem Drittel der Mitgliedsbeiträge bedeuteten, seit dem Jahre 1889 von der Staatsbahnverwaltung unterlassen worden sind, weil es eben in ihrem Plane lag, den Garantiesond aufzuzehren.

Während für die Eisenbahnverwaltung eine Neuregelung des Pensionsswesens der ehemaligen Privatbahnbeamten nicht mehr als diskufssonsfähig erscheint, quälen sich die beteiligten Beamtenkreise noch unablässig in Wort und Schrift und Petitionen mit dieser socialpolitischen Monstrosität herum, die merkwürdigerweise in den Berichten der Staatsbahnverwaltung unter den "Wohlsahrtseinrichtungen" aufmarschiert.

Für den Grad der Wirksamkeit, den die behördlicherseits dargebotenen Bensionseinrichtungen zu entfalten geeignet erscheinen, liefert die Thatsache der mannigfachen privaten Versicherungsbestrebungen der Eisenbahnsbeamten, zumal des Lokomotivs und des Zugpersonals einen indirekten Beurteilungsmaßstab. Diese Nebenversicherung und Ergänzung des amtlichen Pensionsversahrens wird zum großen Teil deshalb mit lebhafter Energie von den Beamten gepflegt, weil die gesetzliche Pension und Hinterbliebenensunterstützung eine gelegentliche Notlage des Pensionierten nicht zu vershindern vermag.

Es wirken z. B. drei große Hilfskassen Unterstützungsvereine unter den Lokomotivbeamten, von denen der älteste mit etwa 13 700 Mitsgliedern in den ersten 34 Jahren seines Bestehens 11/4 Million Mk. an

bie Hinterbliebenen von 1971 verstorbenen Mitgliedern (Beträge von 700 Mk. <sup>1</sup> im Einzelfalle) auszahlte und 3054 pensionierten Mitgliedern die gezahlten Beiträge (Gesamtsumme: über 1 Million Mk.) zurückerstattete, die allzährlich in vier Raten (bis zum Alter von 60 Jahren) von den Einzelnen in der Höhe von 11 bis 26 Mk., je nach dem Lebensalter, statutenmäßig zu leisten sind.

Das seit 1891 bestehende Wohlfahrtsübereinkommen der Fahrbeamten wiederum, das große Gruppen des Zugpersonals einschließlich der Bahnsteigschaffner umfaßt, und auch Hilfsbremser, die das Bremsergamen bestanden haben, aufnimmt, zahlt 600 Mk. Sterbegeld im Todesfalle und außerdem im Falle der Pensionierung oder des unfreiwilligen, jedoch ehrenshaften Ausscheidens aus dem Eisenbahndienste vom dritten Jahre der Mitgliedschaft an einen einmaligen Betrag von je 25 Mk. für jedes Beitragssjahr dis zum Höchstetrage von 300 Mk. aus. Die Kasseneinnahmen stützen sich auf Umlagen, die sich jährlich pro Mitglied auf mindestens 10 Mk. bezissern.

Die Gesanteinnahmen betrugen im Jahre 1899/1900 bei einem Mitzgliederbestand von über 15000 Personen 225327 Mk., die Ausgaben 126075 Mk. Seit seinem Bestehen zahlte das "Übereinkommen" an die Hinterbliedenen 1023 verstorbener Mitglieder Sterbegelber in Höhe von über 600000 Mk. und an 433 durch Pensionierung ausgeschiedene Fahrsbeamten 36400 Mk. aus.

In berselben Weise sind andere Pensionsgenossenschaften wie z. B. ber "Berein deutscher Lokomotivführer und Heizer", der Hannoversche Besamtenverein thätig. Auch der Anschluß an private Versicherungsgesellschaften spielt in den Bahnerkreisen eine lebhafte Rolle.

Aus den einzelnen Rechenschaftsberichten dieser Privatpensionskassen ist angesichts der Ungleichmäßigkeit und Zersplittertheit dieses Bersorgungs-wesens kein einheitliches Bild für das gesamte Betriebsbeamten personal zu gewinnen. Die wichtigken allgemeinen Angaben sind oben in der Darstellung der Gesundheitsverhältnisse zu verwerten gesucht worden.

Über die Wirksamkeit des staatlichen Pensionswesens unter den Sisensbahnbeamten liegen gar keine Beröffentlichungen vor. Der Betriebsbericht stellt nur die Sinrichtungen und Leistungen des Arbeiterpensionswesens im Staatsbahnbereiche dar. Dieses hebt sich in verschiedenen Studen über ben Durchschnitt der gewöhnlichen gewerblichen Arbeiterpensionskaffen empor.

¹ Sie sollen neuerdings, vorbehaltlich einer technischen Begutachtung, auf 800 Mk. erhöht werden.

Die Staatsbahnpenfionstaffe fennt nämlich neben ber allgemeinen Abteilung A, welche alle Arbeiter= und Hilfsbeamten (1899: 222841) umfaßt und alle Aufgaben einer nach bem Invaliden= und Altersversicherungsgesetz errichteten Berficherungsanstalt zu erfüllen bestimmt ift, eine besondere Borzugskaffe B., die über die reichsgesetliche Fürsorge hinausgehende Bersicherungsleiftungen allen mindestens ein Jahr bei der Gisenbahn beschäftigten Arbeitern (1899: 171482 = 72%) gewährt und überdies ihre Kürsorge auf die Hinterbliebenen der Mitglieder ausbehnt, indem fie namentlich Renten= zuschüsse und Unterstützungen gewährt. Die Gelder der beiden Raffen= abteilungen werden burch gleichmäßige Beitragszahlungen der Arbeiter und ber Berwaltung aufgebracht. Die Ginnahmen ber Kaffe A aus diefen regel= mäßigen Beiträgen beliefen sich auf je 1457 000 Mark, die ber Kasse B auf 1938 000 Mt., die Gesamteinnahmen einschließlich der Zinsen bei A auf 3,6, bei B auf 5,56 Millionen Mt. Die Wochenbeiträge ber Arbeiter in der Abteilung A stellen sich bei den 4 Lohnstufen wie gesetzlich (§ 96 bes Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes) vorgeschrieben, auf 14, 20, 24 und 34 Pfa., bei B für die Lohnstufen II bis IV b auf 28, 42, 56, 66 und 76 Pfg., für freiwillige Mitglieber 1 auf 10, 16, 20, 24 und 28 Pfg. Die Beiträge werden nicht geklebt, fondern bei der Lohnauszahlung abgezogen. Wie sich die Gefamtsummen der Beitragsleiftungen auf die einzelnen Lohnstufen verteilen, ift bei ber Schilberung ber Lohnverhält= nisse bargethan worden. Pro Kopf der Bersicherten betrugen 1899 die jähr= lichen vom Arbeiter allein geleisteten Beiträge in Kasse A: 6,4 Mf., in Kasse B: 11,78 Mf. Die Aufwendungen der Kassen betrugen im Jahre 1899:

bei Kasse A.	bei Kasse B.
Altersrenten 0,32 Millionen Mf. Invalidenrenten . 0,42 " "	Rentenzuschüffe und die O,35 Millionen Mf.
Krankenfürsorge . 0,12 " " " " " " " " " "	Ruhelohn (Benfion) . 0,10 " " " " " " " " " " " "
Beiträge an die 0,06 " " " Sinterbliebenen	Waisengeld 0,15 " "
hurerpuspenen	Sterbegelb 0,03 " "  Burückgezahlte Beisträge an ausgeschiestene Kassenmitsteller" " "  glieber " " "
Gesamtausgaben einschließlich der Berwaltungs- kosten 0,93 Millionen Mk.	Gesamtausgaben einschließlich der Berwaltungs= fosten

<sup>1</sup> Bu ben freiwilligen Mitgliebern geboren bie jungeren etatsmäßigen Beamten,

Um Schlusse bes Beitragsjahres bezogen 3140 Bersonen Altergrenten im Durchschnittsbetrage von 163 Mt. und 6573 Versonen Invalidenrenten zu etwa 157 Mk. Nach dem Schema beträgt die Pension jährlich bei einer Dauer der Mitgliedschaft von 10 Jahren 15 % des Lohnsages und steigt von da mit jedem Jahre um 1 % des Lohnsatzes bis zum Höchstbetrage von 40 %; bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit werden Teilpensionen berechnet. Der Teilinvalide ist verpflichtet, eine seinem körperlichen Bustande angemessene Beschäftigung (fo z. B. als Nachtwächter, Zuträger u. a.) zu übernehmen, foll er nicht feines Benfionsanspruches verluftig geben. ber Kaffe B speciell erhielten im Jahre 1899 16 226 Bersonen laufende Bezüge; 3628 bezogen Penfionen, Rentenzuschüffe und Ausnahmerenten, 5936 Witwengelber und 6662 Waisengelber. Der Durchschnittsbetrag ber Rentenzuschüffe betrug 126 Mf., die Zusatrente, die nach 35 Beitragsjahren zu erreichen ist, stellt sich in der niedrigsten Lohnklasse auf 80,4 Mf., in ber höchsten auf 336 Mf.; barüber hinaus kann sie trot Fortbauer ber Beitragszahlungen nicht gesteigert werden. Das Witwengeld beträgt zwei Fünftel der Penfion, das Waisengeld gewöhnlich ein Drittel des Witwengeldes für jede Halbwaise und die Hälfte für jede Vollmaise, jedoch nur bis jum Höchstbetrage von 72 Mt. jährlich. Das Sterbegeld beim Tobe bes Penfionars ober feiner Frau ist neuerdings auf 75 Mt. festgesett worben. Außerordentliche Unterstützungen gewährt die Kasse bis zum Böchst= betrage von 30 Mf.

Die Verwaltungsüberschüsse, die bei diesem Kassengebahren erzielt wurden, betrugen im Jahre 1899 bei A 2,67, bei B 4,11 Millionen Mf. und ließen das Gesamtvermögen auf 21,75 bezw. 43,56 Millionen Mf. anschwellen, so daß am Ende des Jahres 1899 bei A pro Mitglied 97,61 Mf., bei B 254,2 Mf. Vermögen vorhanden war.

Fügt man zu diesen Daten schließlich diejenigen, betreffend die Leistungen der Unfallversicherung für die Arbeiterschaft des Sisenbahnbereiches, die eine Jahresausgabe von 3,54 Millionen Mf. an Unfallentschädigungsberechtigte in Gestalt von Unfallrenten, Krankengeldbeträgen, Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung, sowie Ascendentenrenten u. s. w. zu leisten hatte (an jeden Verletzen durchschnittlich etwa 257 Mf. Rente, an jede Witwe

bie noch nicht durch 10jährige Beamtendienstzeit einen gesetzlichen Pensionsanspruch erworben haben. Sie sind auf die freiwillige Versicherung bei Kasse B angewiesen, ziehen es jedoch vielsach vor, die Versicherungsbeiträge zu sparen und 10 Jahre lang im Vertrauen auf ein gütiges Schicksal, das sie vor Schaden bewahren wird, unsversichert zu leben. Hier klasst in der Pensionsgesetzgebung eine für die Eisenbahnsbeamten außerordentlich empfindliche Lück (s. S. 254).

eines Verunglückten 153 Mk. und für jede Waise 106 Mk.), so ist das Zahlenbild der Fürsorge und Versicherungsthätigkeit der Eisenbahnverwaltung für ihre dienstunfähigen Arbeiter und Hilfsbeamten vollständig.

Brüft man nun die an sich großartigen Zahlen dieses vielgestaltigen Bersicherungssystems auf ihre relativen Proportionen, so zeigt das Bild nicht allenthalben eine einwandfreie Berspektive. Die Benfionskaffen= mitglieder denken auch nicht alle so gunftig über die Wirksamkeit dieses großen Apparates wie die verwaltende Behörde. Zwar haben ja die Arbeiter nach den Kaffenstatuten ein Mitbestimmungerecht bei der Sandhabung der Kassenverwaltung, aber gegenüber der Autorität und der Stimmenzahl, die ber Bertreter bes Minifters auf ben Generalversammlungen in sich verkörpert und zur Geltung bringt, steht bieses Stuck Selbstverwaltungsrecht ber Kaffenmitglieder großenteils nur auf bem Papier. Wenn die Arbeiter darauf hinweisen, daß die Leistungen der Kasse B in einem bedenklichen Migverhältnis zu der Höhe der Beiträge, zumal im Vergleich mit anderen Benfionskaffen ständen, daß die Erhöhung der Raffenleiftungen um 15 % im Sahre 1895 eine allzu geringfügige gewesen sei und die Einnahmeüberschüffe burchaus nicht geschmälert, sondern das Raffenvermögen von 28,9 auf 43,6 Millionen Mt., pro Kopf von 211 auf 254 Mt. innerhalb vier Sahren habe anmachsen laffen, so verweift der behördliche Vertreter auf das versicherungstechnische Gutachten, das einer Erhöhung der Leistungen widerspräche, und ift in der Lage, den darauf bafierenden Willen ber Verwaltung bei ben Generalversammlungsbeschlüffen zum Durchbruch zu bringen. Die Raffenmitglieder aber leben zu einem großen Teil in bem Gefühle, daß das versicherungstechnische Gutachten ihren berechtigten Intereffen zuwiderlaufe, und erblicken in dieser Kassengestaltung nicht gerade ben glücklichsten Ausbruck bes Wohlfahrtsbestrebens, das die Gifenbahnverwaltung gewiß auch bei biefem Vorgeben einzig und allein befeelen mag.

Es giebt eben, wie in dieser Abhandlung mehrsach dargethan ist, eine Reihe von Punkten, die auf seiten der Berwaltung und der Beamten und der Arbeiter eine wesentlich verschiedene socialpolitische Beurteilung erfahren.

# Schlußbetrachtung.

Die vorstehende Abhandlung versuchte ein Bild davon zu geben, wie sich die Arbeitsfrage im preußischen Staatsbahnbetriebe in den Hauptzügen gestaltet: Arbeitsart, Arbeitsdauer, Arbeitslohn und die Einwirfung dieser Elemente auf Lebenshaltung, Gesundheit und Zufriedenheit des Bahners,

habe ich für eine Reihe von Bedienstetengruppen des äußeren Betriebes gezeichnet — so, wie ich es gesehen habe und wie es sich meiner Überzeugung nach der Mehrzahl meiner Betriebskollegen von ihrem Standpunkte aus darstellt. Ich glaube zugleich hinreichend dargethan zu haben, daß meine Bezobachtungsergebnisse sich mit den thatsächlichen Feststellungen, die die amtsliche Verwaltung über die Arbeitszund Arbeiterverhältnisse ihres Betriebes veröffentlicht, im wesentlichen durchaus decken, also trotz der natürlichen Bezgrenztheit meines Untersuchungsfeldes dem Gesamtthatbestande objektiv gezrecht werden.

Warum klingt nun die Schilberung und Beurteilung der Dinge, die in diesen Blättern vom Arbeiterstandpunkt aus gegeben ist, durchaus anders als jene in den amtlichen Berichten der Verwaltung und in den Zeitschriften der Eisenbahnbehörden?

Verwunderlich ift diese Dissonanz der Auffassungen wohl kaum. In seiner Arbeit und seinen Leistungen, in seiner äußeren Thätigkeit wirkt der gewaltige Betriebsapparat in erstaunenswerter Weise harmonisch zu großartigen Erfolgen zusammen; an der inneren Verständigung aber zwischen den verschiedenen Betriebselementen, den höheren und geringeren, fehlt es in den wichtigsten Punkten.

Die Arbeitsverhältnisse gestalten sich ohne nennenswerte Mitwirkung ber Arbeiter.

Für die weitherzige Auffassung, daß der Arbeiter und Beamte über seine Lebensfragen, die Arbeits= und Lohnbedingungen, unbeschadet der Dis=ciplin und ohne Beeinträchtigung der Betriebsleistungen, mitzureden berufen sei, ift noch wenig Raum in den Kreisen der Eisenbahnverwaltung.

Und doch erscheint mir als Voraussetzung jeder Verständigung, daß einer die Stimme des andern deutlich höre, daß sich auch der Angestellte offen und in der verantwortungsvollen Überzeugung, daß sein Wort und Urteil die verdiente Würdigung erfahren werde, über die ihn betreffenden Betriebsfragen äußere.

Die Form, in der dies heut geschieht, ist ganz unzulänglich. Nur sehr starke Naturen oder aber Krakehler wissen sich jetzt Gehör zu verschaffen. Die große Masse schweigt, obwohl sie die Verhältnisse durchaus nicht kalt und gleichgültig lassen und unter den Kollegen eine eifrige, kritische Disstyssion über jede Neuerung, die ihre Arbeit und Lebensführung berühren könnte, stattsindet.

Wie aber soll unter diesen Umständen die Verwaltung erfahren, ob ihre Beschlüsse und Maßnahmen günstig oder ungünstig von den betroffenen aufgenommen werden, wie sie in der Praxis schließlich wirken? Wie soll die

Centralstelle auf dem weiten Instanzenwege mit seinen reichlichen Reibungswiderständen Fühlung gewinnen mit dem letzen der Bahner, der doch auch ein unentbehrliches Glied in dem großen Organismus bildet?

Das Abfassen von Gesuchen und Betitionen ist ein Surrogat der Berständigung, dessen Gebrauch eine so gewandte Routine voraussetzt, daß es in Wirklichkeit dem kleinen Beamten und Arbeiter fast völlig versagt ist. So bleibt dem Unterpersonal oft nichts übrig, als seine Wünsche und Beschwerden geschickten parteipolitischen Agitatoren, wohl auch hier und da einem nationalsocialen Pastor oder Lehrer zur schriftlichen Fixierung und zur Ausschlachtung in der Presse zu übermitteln. Sünstig erscheint mir dieser Ausweg, diese Flucht in die Öffentlichkeit nicht; schließlich aber ist es neben der seltenen parlamentarischen Erörterung die einzige Form, in welcher der große Betrieb die sociale Kritik, die er wie jedes Unternehmen braucht, um das Ungesunde abzustoßen, ersahren kann.

Die beste und gesündeste Form der Kritik, die wirksame sociale Selbst fritik ist für diese Betriebswelt in der heutigen Organisationsform unmöglich. Müßten doch, da die unteren Instanzen die Ordnung ihrer Bershältnisse schweigend über sich ergehen lassen, schließlich die oberen Instanzen das, was sie angeordnet und geschaffen haben, selbst kritisieren.

Der preußische Eisenbahnbetrieb besitzt keine selbständige, unabhängige Revisionsinstanz für sociale Dinge. Kontrolleure und Revisoren für tech=nische und Berkehrsangelegenheiten weist seine Beamtenliste in großer Zahlauf. Ein Organ, das dem Fabrik- und Gewerbeinspektorate, dessen Aufsichtsbereich der Eisenbahnbetrieb entzogen ist, entspräche, fehlt diesem über 200 000 Arbeiter umfassenden Unternehmen vollständig.

Es kann aber dieser Riesenbetrieb einer Nachprüfung der die Arbeitsverhältnisse regelnden Maßnahmen und Institutionen, einer Überwachung der Durchführung von Wohlfahrtsbestimmungen weniger als ein anderer entbehren. Wie oft habe ich bei Besprechung der Arbeitsregelung darauf hinweisen müssen, daß dieser und jener Punkt dem diskretionären Ermessen des betressenden Vorgesetzten überlassen ist! Ja, der Erlaß des Ministers über die Ruhebemessung vom 5. Januar 1900 stellt, nach den beigegebenen Erläuterungen zu urteilen, so gut wie alles auf den socialen Takt der hundert mittleren Instanzen, der Inspektionen, ab; es wird bei der Gelegenheit die Unmöglichseit einer centralen Regelung der Dienstverhältnisse, wegen der daraus erwachsenden Ungerechtigkeiten, offen ausgesprochen:

"Wie einerseits auf Strecken und bei Dienststellen mit geringem Betriebe ber Dienst bes einen ober andern Bediensteten oder einer ganzen Dienstklasse gleichwohl schwierig sein kann, so ist andererseits auf Strecken und bei Dienststellen mit verwickelten Betriebsverhältnissen der Dienst einzelner Bebiensteter oder der Bediensteten einzelner Dienstslassen zum Teil so leicht, daß eine Erstreckung der Dienstdauer bis zur höchstzulässigen Grenze feine Bedenken hat. Es ist daher wie bisher erforderlich, daß die Inspektionsvorstände die Berhältnisse jeder einzelnen Stelle prüfen und darnach die Inanspruchnahme desjenigen Beamten, der die Stelle wahrzunehmen hat, bemeffen.

Reste Grundsätze lassen sich für die Beurteilung der einzelnen Betriebsstellen bei der Eigenart des Eisenbahn= bienstes nicht aufstellen, ohne auf ber einen Seite Beamte zu begunstigen, auf ber anderen zu benachteiligen. Für die Entscheibung, inwiefern einfache ober schwierigere Betriebsverhältniffe vorliegen, bedarf es ber Teftftellung an Ort und Stelle, ob und inwieweit ber Dienft häufigere ober längere Ruhepaufen gestattet, ob er ständig ober boch mit einer gewissen Regelmäßigkeit in dieselben Tagesstunden fällt ober häufiger Wechsel zwischen Tag- und Nachtdienst, Früh- und Spätdienst u. f. w. stattfindet, ob eine regelmäßige Mittagspause gewährt werden kann, ob viel Nachtdienst zu leiften ift, ob die mahrzu= nehmenden Dienstverrichtungen mehr mechanischer Art find, ober ob sie an die Umsicht und Entschlußfähigkeit der Beamten besondere Anforderungen ftellen, ob mit dem Dienst erhöhte Berantwortlichkeit ober Gefahr vorhanden ift, ob der Dienst ununterbrochen anstrengend ober zeitweise schwächer ift, ob er überwiegend im Freien oder im geschloffenen Raum ftattfindet, ob er besondere körperliche Kraftanstrengung erfordert, ob weite oder schwer gangbare Wege zu und von der Betriebsstelle zurückzulegen sind" u. s. w.

Wenn die Invidualität eines Betriebes derart viele örtliche Verschiedensheiten zeitigt, da versagt jede amtlich geübte Oberrevision, da hat nur eine ins einzelne gehende persönliche Kontrolle Bedeutung. Am ersten und am besten berufen, solche zu üben, wären die von der Gestaltung der Verhältsnisse aetrossenen Beamten und Arbeiter.

In England hat man mit einer Selbstkritik bes Betriebes durch die Arbeiter, wie sie die Railway Regulation Act von 1893 — an act to amend the laws with respect to the hours of labour of railway servants — begründete, keine ungünstigen Erfahrungen gemacht. G. Cohn schilbert in seinen Beiträgen "zur Geschichte und Politik des Verkehrswesens" in überzeugender Weise den Segen solcher Kontrollsunktion. Das Handelseamt prüft die vertraulich eingereichten Beschwerden der Angestellten, zieht Erkundigung bei den Eisenbahngesellschaften über die fraglichen Verhältnisse ein und verlangt schließlich eine seinem Ermessen billig erscheinende Reglung

ber Berhältnisse. "Das Gesetz hat die übermäßigen Arbeitsstunden auf ben Sisenbahnen getötet."

In Frankreich sollen die neuerdings vom Minister der öffentlichen Arsbeiten Baudin errichteten Comités du travail ähnliche Funktionen ersfüllen. Doch liegt für ihre Bewährung noch kein Material vor.

Die ähnlich betitelten "Arbeiterausschüffe", wie sie in Deutschland übslich und so auch im Eisenbahnbetriebe eingeführt sind, haben sich untaugslich zur Erfüllung der an sie geknüpften socialen Erwartungen erwiesen. Für die eigentlichen Eisenbahnbetriebsbeamten haben sie überdies niemals bestanden.

So fehlt dem preußischen Staatsbahnbetrieb das Organ zur direkten unbeeinflußten Verständigung zwischen Behörde und Angestellten. Die vielerlei leisen und lauten Wünsche und Beschwerden der unteren Beamten gelangen nicht auf freiem, gradem Weg an die maßgebenden Stellen. Kann unter solchen Umständen die schwere, verantwortungsreiche, volksewirtschaftlich so ungemein bedeutungsvolle Arbeit der Eisenbahner ihren billigen und berechtigten Forderungen entsprechend, wie sie es für ihre opferfreudige Pflichttreue verdienen und wie es der Geist der allenthalben in den Betriebsräumen durch Anschlag kundgethanen socialen Botschaften gesbietet, in musterhafter Weise geregelt werden?

## Nachwort.

Ein Jahr ist ins Land gegangen, seitbem die vorstehenden Betrachtungen niedergeschrieben sind. Sine Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, damals eben erst leise und vereinzelt sich andeutend, ist inzwischen mit voller Bucht über das deutsche Gewerdsleben hereingebrochen. Allerorten stockt der Warenumsatz und die Arbeit. Sinschränfungen der Arbeitszeit und des Arbeitszelohnes haben fast allenthalben stattgefunden; in vielen Unternehmungen wurden sogar Teile des Betriebes infolge Arbeitsmangels ganz stillgelegt und Massen von Arbeitern entlassen.

Es ist natürlich, daß auch der Riesenbereich der Eisenbahn, die vor allem vom Verkehr der Produktionsstoffe und der Verbrauchsgüter lebt, deren Transportarbeit durch das Anschwellen und Riederebben von Handel und Wandel im Lande bestimmt wird, die Einflüsse des wirtschaftlich-socialen Notstandes widerspiegelt. Der von der Presse gemeldete Rückgang der Verskehrseinnahmen, die in den ersten 9 Monaten des Jahres 1901 ein Minus von fast 15 Millionen gegenüber denen des Vorjahres aufweisen sollen, giebt eine ungefähre Vorstellung von der Ungunst und Schwierigkeit der Verhält=nisse, mit denen auch dieser Betrieb zu kämpfen hat.

Bom Standpunkt der vorliegenden Untersuchung drängt sich da die ernste Frage auf: "Welche Rückwirkungen auf die Arbeitsverhältnisse und die sociale Lage der im Eisenbahnbetriebe angestellten Bediensteten hat dieser wirtschaftliche Umschlag gezeitigt, in welcher Weise hat die Socialpolitik der Eisenbahnverwaltung zu diesem neuen und schweren Problem Stellung genommen?" Hat doch gerade ein Staatsbetrieb von solcher Mächtigkeit wie das Eisenbahnunternehmen in dieser Not der Zeiten eine sociale Mission zu erfüllen und vorbildlich für die kapitalkräftigen Betriebe der Privatzindustrie zu wirken.

Exakte Feststellungen zur Beantwortung der bezeichneten Fragen liegen nicht vor. Die durch die Arbeiterpresse gegangenen Mitteilungen und

Schilberungen aus dem Eisenbahnbereich sind nur mit großer Vorsicht zu benützen. Immerhin lassen sich aus ihnen, bank ihrem häusigen, in ähnelicher Form sich wiederholenden Auftreten, bei genügender Kritik Symptome herausschälen, die für die socialpolitischen Maßnahmen der Betriebsverwaltung charakteristisch sind. So wurden in ziemlich bestimmter Form gleichmäßig aus einer Reihe von Direktionsbezirken Lohnreduktionen, Umwandlung disseheriger Zeitlöhne in knapper bemessene Stücklöhne, Sinschränkungen der Arbeitszeit bezw. Sinschieden von Feierschichten gemeldet; Mitteilungen über umfangreichere Arbeiterentlassungen hingegen, die auf chronischen Arbeitsmangel zurückzusühren seien, verlauteten erheblich seltener und zumeist in wenig präciser Fassung.

Mit Sicherheit geht aus diesen Nachrichten hervor, daß die Arbeiterschaft des Eisenbahnbetriebs von der herrschenden Krifis jedenfalls in erheblichem Maße berührt und ein Teil bes wirtschaftlichen Druckes, ber bas Staatsunternehmen getroffen hat, auf die schwachen Schultern der im Lohnverhältnis Angestellten abgewälzt worden ift. Mag die Beschränkung der Arbeitszeit trot Bornahme von Notstandsarbeiten nicht zu umgehen sein, die Reduktion der Löhne deckt sich wohl kaum mit den Anschauungen einer weitsichtigen Socialpolitik, und sie widerspricht vor allem den Grundsätzen ber Lohnpolitik, die die Berwaltung proklamiert. Als Rechtfertigungs= grund für die minimale Sohe ber von den Gifenbahnbehorden gezahlten Lohnfate mar bisher allgemein bas Princip ber Lohnstetigkeit angegeben worden: die Eisenbahnverwaltung könne die von der Privatindustrie in Zeiten guter Konjunktur gezahlten Lohnfate nicht in gleichem Umfange bewilligen, ba ihr socialer Pflichtenkreis es ihr verbote, in den Zeiten wirtschaftlichen Rückganges ben weichenden Lohntendenzen zu folgen. bie Anerkennung bieses Princips, bas für bie Zukunft sichere Gemähr zu bieten schien, hat vielfach, soweit meine Erfahrungen unter ben Bahnern reichen, diese Arbeiterkreise bewogen, sich mit den geringen Lohnsätzen qu= frieden zu geben.

Der Vordersat des Princips wurde strikt durchgeführt. Sollte jetzt der Nachsatz, da die Zeit seiner Erfüllung gekommen, nichts gelten? Nicht nur die erwähnten Mitteilungen der Bahnerpresse, auch direkte amtliche Kundsgebungen lassen starke Bedenken in dieser Richtung aufkommen.

In einem vom 4. September 1901 datierten, aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten stammenden Erlasse, den das Berliner Tageblatt veröffentlichte, heißt es nämlich in Bezug auf diese Frage:

"Die Eisenbahnverwaltung kann nicht umhin, wie fie dem Steigen ber Arbeitslöhne gefolgt ift, auch beim Sinken ber Löhne fich ber

allgemeinen Geschäftslage anzuschließen. Es sind die in dieser Beziehung erforderlichen Maßnahmen alsbald zu treffen. Namentlich aber ist den neu eintretenden Arbeitern entsprechend dem Andrange von Arbeitskräften nur ein angemessen ermäßigter Lohn ans zubieten."

In demfelben Erlaß ift auch von der Einführung des Stücklohnes oder bes Prämienverfahrens zwecks Verminderung des Lohnaufwandes die Rede. —

Gewiß ist die Eisenbahnverwaltung mit ihren Löhnen dem allgemeinen Anziehen der Lohnsätze in gewissem Grade gefolgt, sie mußte es, um überhaupt genügend leistungsfähige Arbeitskräfte zu bekommen, wie bei dem Abschnitt "Löhnung" (S. 172 ff.) im Kapitel "Das Arbeiterverhältnis im preußischen Staatsbahnbetriebe" auseinandergesetzt worden. Aber der im Vergleich zu privatindustriellen Verhältnissen bescheidene Grad der Lohnsteigerung und die geringe absolute Höhe der Lohnsätze, die an derselben Stelle nachgewiesen wurde, rechtsertigt die im Erlasse proklamierte Analogie und drum auch die Vornahme von Lohnreduktionen nicht, zumal nicht bei einem Staatsbetrieb, der gerade in diesen schweren Zeiten noch ernstere sociale Verpflichtungen hat als sonst.

Nicht nur bezüglich der Lohnpolitik, auch hinsichtlich der Fragen der Arbeitszeitbeschränkung und Personalreduktion gewährt der angezogene amt= liche Erlaß bemerkenswerte Aufschlüsse.

Seine offen ausgesprochene Tendenz ist "eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben", und der Geist der Sparsamkeit, der in den voraufgegangenen Blättern so vielsach citiert werden mußte, und der auch die jetzige Notstandspolitik der Eisenbahnverwaltung einzig zu beherrschen scheint, nimmt strengere Formen als je zuvor an; er fordert:

Der Betriebsaufwand sei den seit einem Halbjahr beträchtlich gesunkenen Betriebseinnahmen aus dem Güterverkehr anzupassen: durch Bersminderung der Bremsbesetzungen, der Rangierkolonnen, des Güterbodenspersonals bezw. Ergänzung desselben aus der Stationsarbeiterschaft und schließlich durch intensivere Ausnutzung der bisherigen Arbeitskräfte, in dem einen Falle mittelst eines Stücklohns oder Prämiensystems, in dem andern durch thunkichst einsache Besetzung der Lokomotiven. Die Personalverminderung solle weiter in der Weise bewirkt werden, "daß beim natürlichen Abgang von Personal kein Ersatz eingestellt wird, daß nötigensalls die Beamten zu anderen Diensten entsprechender Art verwendet werden, das freiwerdende Hilfspersonal aber zu den Bahnunterhaltungss oder Werkstättenarbeitern zurücktritt".

Die hier furz angedeuteten Bestimmungen bes Erlasses bedürfen be=

züglich ihrer Tenbenz keines weiteren Kommentars. Erwünscht wäre es nur, über ihre faktische Ausführung und den Umfang ihrer Wirksamkeit einige Aufklärung zu gewinnen, zumal da der Erlaß teilweise für apokryph erklärt worden und seine Bedeutung also nur an der Hand von Thatsachen sicher zu prüsen ist.

Der soeben erschienene Bericht bes Ministers über die Betriebsergebnisse ber vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsziahre 1900 liesert für die Beurteilung der neuesten Lohnpolitik leider noch keine Unterlagen, indes für die Diskussion der Frage der Arbeitszeit und der Personalzisser gewährt er in den Anlagen 9 und 10, die "die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes und der planmäßigen Ruhetage des Personals" nach dem Stande vom Herbst 1901 verzeichnen, einiges Material.

Ein Bergleich der Gesamtkopfzahl der Betriebsbeamten- und Arbeiterschaft im Berbst ber Sahre 1901 und 1900 ergiebt junächst keine Berminderung ber in Frage kommenden Personalziffern, sondern eine Bermehrung derselben von 329 958 auf 333 129, d. h. um etwa 1 %. Es haben von den ein= zelnen Kategorien zugenommen vor allem die Werkstättenarbeiter (von 48 577 auf 50 095), die Bahn- und Telegraphenunterhaltungsarbeiter (von 63 781 auf 64 885), die Weichensteller (von 25 355 auf 26 029) und das Werkstätten= und Magazinpersonal (von 3776 auf 3968) sowie einige andere Gruppen in gang unbedeutendem Mage. Dagegen zeigen einen Rückgang in der Kopfzahl, allen voran, das Zugbegleitungspersonal (von 31 243 auf 30 777), ferner die Güterbobenarbeiter (von 15 916 auf 15 770), das Büreaupersonal (von 12 272 auf 12 114) und die Telegraphisten (von 3249 auf 3127). Nahezu auf bem gleichen Stande wie 1900, hier und ba wohl um einige Röpfe vermindert, stellen fich die Bahnwärter, Wagen= meister, bas Lokomotivpersonal, die Bortiers und Bahnsteigschaffner und bie Bahnhoffarbeiter dar. Die schroffe Durchführung eines allgemeinen Brincips ber Personalverminderung ift aus diesen Ziffern keineswegs zu erkennen. Die Reduzierung des Büreau= und Telegraphenpersonals mag eine bewußt burchgeführte sein, der Rudgang der Ropfzahl bei den Zugbegleitungs= bediensteten und Güterbodenarbeitern ift fast restloß aus dem natürlichen Abaanae und ber Berfetung einzelner überzählig gewordener Bediensteter in andere Arbeitszweige oder bem Rückschub in die Strecken- und Werkstattarbeitergruppen, aus benen fie zur Aushilfe übernommen waren, zu erklären. Die Reduktion der Bremsbesetzungen braucht man noch gar nicht einmal heranzuziehen. Gewiß ist zu beachten, daß diese Zahlenangaben fich auf ben unbestimmten Termin "Berbst 1901" beziehen, seitdem also unter dem Ginflusse der anhaltenden wirtschaftlichen Notlage eine Berschlechterung erfahren haben

tönnen. Diese Besürchtungen dürften jedoch hinfällig werden angesichts der jüngsten Erslärungen der Eisenbahnverwaltung, durch die sie jenen Erlaß vom 4. September in wünschenswerter Weise dahin ergänzt, daß Aushilfsbebeienstete und Arbeiter, sosern sie nicht ausdrücklich nur zu vorübergehender Beschäftigung eingestellt worden, "unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst zu entlassen, vielmehr anderweit in geeigneter Weise zu beschäftigen und überall da zu verwenden seien, wo infolge des natürlichen Absganges von Arbeitskräften Bedarf eintritt". Ja, es wird besondere Rückssichtnahme auf die Wohnungslage der Arbeiter bei den Überweisungen an andere Dienststellen angeordnet; und für ihren besonderen Bezirk verfügt die Eisenbahndirektion Berlin, die Deckung des Neubedarfs von Arbeitssfräften einheitlich bei der hiesigen "Arbeitsnachweisstelle" vorzunehmen und solche Arbeiter, die bereits einmal bei der Eisenbahn beschäftigt waren, aber wegen Arbeitsmangel entlassen werden mußten, bei der Einstellung zu besvorzugen.

Nach dieser Richtung scheint also wenigstens die Lage der Eisenbahnbediensteten eine gesicherte: die Berwaltung lehnt es, wenngleich sie Lohnherabsetzungen nicht verschmäht, doch ab, ähnlich wie die meisten Brivatbetriebe, ihre Arbeiter in der Zeit der Krisis auf das Pflaster zu setzen.

Es bleibt noch die dritte Frage, die nach der Beschäftigungsdauer des Personals, auf Grund der zahlenmäßigen Zusammenstellungen des Jahresberichts 1900/1 zu erörtern. Sie hängt mit der letztberührten insofern eng
zusammen, als eine Aufrechterhaltng des Kopfzahlbestandes dei der allenthalben betonten Verminderung der Arbeit und Beschäftigungsgelegenheit nur
durch Sinschränkung der Arbeitszeit bezw. Ausdehnung der Ruhepausen und
Feierschichten sich ermöglichen lassen kann. Es liegt also Grund zu der erfreulichen Annahme vor, daß das in der vorstehenden Abhandlung noch
vielsach betonte Übermaß der Beschäftigungsdauer bei einzelnen Bedienstetenkategorien auf ein Minimum zusammengeschrumpft sein müßte.

Eine eingehende Betrachtung der amtlich mitgeteilten Zahlen für die tägliche Dienstdauer und die planmäßigen Ruhetage des Personals — Zahlen, welche nach der auf S. 61 ff. der Abhandlung erörterten kritischen Methode zu interpretieren sind — fördert jedoch nur teilweis befriedigende Resultate, teilweis sogar eine merkwürdig ungünstige Verschiedung in den Diensteund Ruheschichten zu Tage.

Was zunächst die Dauer der Dienstschichten, nach dem Betriebsquer= schnitt betrachtet, anlangt, so ist gewiß eine nicht unbeträchtliche Ber=

<sup>1</sup> Gisenbahnnachrichtenblatt Rr. 76 vom 25. Oktober 1901. Schriften XCIX. — ⊗ traßentransportgew.

minderung der 13= bis 16stündigen Schichten zu konstatieren, die namentlich beim Fahrpersonal sich erfreulich bemerkbar macht. Jedoch schließt diese Schichtverkürzung eine Vermehrung der 13= und der 14stündigen Schichten beim Weichenstellerpersonal und bei den Bahn= und Telegraphenarbeitern, sowie der 12—13stündigen Schichten bei den Güterbodenarbeitern nicht aus, und sie wird überdies durch die außerordentliche Vermehrung der 12stündigen oder doch annähernd so langen Schichten sast völlig wett gemacht.

Bor allem aber steht ber Verkürzung ber übermäßig langen Dienstsschichten eine fast ebenso starke Verminderung der kurzfristigen Dienstschichten von 8 und 9 Stunden gegenüber. Die Verschiedung in den verschieden bemessenen Dienstdauerschichten stellt sich ziffernmäßig folgendermaßen dar:

Es hatten durchschnittlich Schichten:

	8—10= stündige	mehr als 10 bis 12= ftündige	mehrals 12 bis 14= ftündige	mehrals 14 bis 16= ftündige
Heamte:	4021	18 454	2565	315
Heamte:	3750	19 285	2745	249
In Verhö	iltniszahle	en:		
Herbst 1900	15,9	72,7	10,15	1,25
Herbst 1901	14,4	74,1	10,55	0,95

Man kann hier füglich nur von einer eigenartigen Ausgleichung der Dienstdauerextreme, keineswegs aber von einer Einschränkung der Arbeitszeit und der Arbeitsmöglichkeit, was die geringfügige Kopfzahlenvermehrung des Personals zunächst vermuten ließ, reden.

Diese eigentümliche Art ber Ausgleichung der Dienstschichten, die notwendig zu einer starken Konzentration annähernd gleichlanger Schichten um eine gewisse Kormalfrist führt, verdient eine etwas aussührlichere Erörterung im Zusammenhange mit der Beränderung der Kopfzahlen der verschiedenen Arbeitskategorien. Bei den Bahn= und Telegraphenunterhaltungsarbeitern, welche, wie erwähnt, eine ziemlich starke Bermehrung um 1104 Köpfe ersfahren haben, konnte dieser Zuwachs doch eine Ausdehnung des langsfristigen, mehr als 11= dis 14stündigen Dienstes und eine Umwandlung eines großen Teiles der 8—10stündigen Schichten in 11= und 12=Stunden= dienst nicht verhindern. Während im Herbst 1900 32 839 8—10stündige und nur 30 442 mehr als 10 bis 13stündige Schichten durchschnittlich geleistet wurden, standen 1901 umgekehrt 31 203 kurzen Schichten 33 669 lange, mehr als 10 bis 14stündige Schichten gegenüber, so daß bei dieser Gruppe wohl von mangelnder Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung keine Rede sein

kann und die Zahl der Neueingestellten dem Leistungsbedarf gegenüber eher eine zu kleine als eine überflüssig große genannt werden muß.

Bei einer anderen Bedienstetengruppe, und zwar einer Betriebs be amten = kategorie, dem Rangiermeisterpersonal, welches ebenfalls eine relativ nicht unbedeutende Bermehrung der Ropfzahl erfahren hat, wiederholen fich gang ähnliche Berhältniffe. Trot ber Versonalvermehrung eine Verschiebung ber Dienstschichten von der Gruppe mit furzer Dauer in der Richtung steigender Langfristigkeit: statt 1291 8-10stündiger Schichten im Berbst 1900 nur 1140 im Herbste 1901; hingegen nur 2338 mehr als 10= bis 14stündige Schichten (1900) gegenüber 2640 (1901). Und fast immer bieselben Berhältniffe mit mehr ober minder ungunftiger Berfchiebung bei den übrigen Beamten= und Arbeiterkategorien, mag nun beren Berfonalziffer eine geringe Bermehrung ober einen absoluten Stillstand aufzuweisen haben, so 3. B. bei ben Bahnwärtern, ben Wagenmeiftern, Mafchiniften, Maschinenputern u. a. Selbst bei bem Lokomotivpersonal ist neben ber erfreulichen Ginschränkung ber langfriftigen Dienstschichten boch auch eine Berminderung ber kurzen, 8-10ftundigen Schichten bezw. beren Umwandlung in längere Schichten erfolgt. Die in dem Erlaß vom 4. September angeordnete Reduktion der Doppelbesetzungen der Maschinen, denen die fürzeren Dienstschichten bes Lokomotivpersonals entsprechen, kommt vielleicht in diesen Veränderungen ber Dienstverteilung bereits jum Ausbrud.

Besonders bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Entwickelung der Dienstedauerverhältnisse bei den Bahnhofsarbeitern. Es handelt sich hier nicht um eine qualifizierte Bedienstetengruppe mit begrenztem Arbeitsgebiet, sondern um Leute, die gewohnheitsmäßig zu allen möglichen Dienstleistungen verwendet werden. Ihre Zahl ist im letzten Jahre stehen geblieben: 27538 (1900) — 27532 (1901). Das ihnen zufallende Arbeitsmaß scheint das gegen alles eher als kleiner geworden zu sein. Es betrug nämlich die Zahl der Bediensteten, welche eine Dienstdauer aufzuweisen hatten von

	bis 8 Stb.	mehr als 8 bis 9 Std. 1	mehr als 9 bis 10 Stb.	mehr als 10 bis 11 Std.	mehr als 11 bis 12 Std.	mehr als 12 bis 13 Stb.	mehr als 13 bis 14 Std.	mehr als 14 bis 15 Std.	mehr als 15 bis 16 Std.
Herbst	1069	614	4719	7653	11850	1147	368	55	63
1900	1	6402			20 650			486	
Herbst	911	477	4582	7769	$12\ 220$	1182	317	54	20
1901	į —	5970			21 171			391	
oder in	Verhältr	iiszahlen	:						
	8 b	is 10 St	. <b>b.</b>	über 10	bis 13	Std.	über 13	bis 16	Std.
herbst 19	900:	23,3			75,0			1,7	
herbst 1	901:	21,7			76,9			1,4	

<sup>1</sup> Es ift früher dargethan worden, daß gewöhnlich die Höchstziffer der amtlich verszeichneten Dienstbemessung der Wirklichkeit entspricht.

Herbst 1900

Beamte 1

bezw. Arbeiter Herbft 1901

Die Zahl ber übermäßig langen Dienstschichten ist zwar um 0,3 % Dafür aber sind die kurzen Dienstschichten um 1,6 % zurückaegangen. zurückgebrängt und die fast 11 bis 13stündigen Schichten dafür noch mehr in ben Borbergrund getreten als bisber. Auf Arbeitsmangel kann die Stockung bes Personalbestandes bei der Bahnhofsarbeiterschaft hiernach kaum zuruck-Noch weniger befriedigende Erklärungen laffen fich für die geführt werben. Beobachtungen finden, die die Arbeitszeiten bei benjenigen Bedienstetengruppen, beren Kopfzahl im letten Sahre in nennenswertem Mage reduziert worden ift, jum Gegenstand haben. Beim Zugbegleitungspersonal ift bie Personal= ziffer um 466 Köpfe gekürzt worden. Es sind nun aber nicht nur die übermäßig langen, mehr als 12ftundigen Schichten, vielmehr auch die 8= und 9ftundigen Schichten vermindert worden, so daß 1901 fast 600 Beamte weniger im Genuß biefer furzfristigen Dienstbemessung stehen als 1900.

Macht man schließlich einen Überschlag über die Gesamtveränderungen ber Dienstverteilung in den verschiedenen Schichten, so ergiebt fich folgen= des Facit:

Es hatten Dienstichichten

Stb.	8 bis 9 Stb.	9 bis 10 Stb.	10 bis 11 Stb.	11 bis 12 Stb.	12 bis 13 Etb.	13 bis 14 Stb.	14 bis 15 Etd.	15 bis 16 Std.
28 578	28 235	100 <b>70</b> 3	73 466	<b>70 2</b> 88	14 222	8149	3647	2670
1								

bis ju mehr als mehr als mehr als mehr als mehr als mehr als mehr als mehr als

Beamte ) 27 484 27 934 101 209 77 649 72 306 13 287 3358 7438 2464 bezw. Arbeiter

In Berhältniszahlen: Berbft 1 30,55 22,25 21,3 8.65 8,55 4,3 2,45 1,15 0,80 1900 Berbft 1 8,25 8,4 30,4 23,3 21,7 4,0 2,2 1,0 0,75 1901

Der Anteil ber übermäßig langen Schichten von fast 13= bis zu 16= ftündiger Dauer an der Bewältigung des Gisenbahndienstes ift von 8,7 % auf 7,95 %, um 3/4 % also eingeschränkt worden. Diese langen Schichten find meist in 10= bis 12stündige umgewandelt worden. Dafür ist aber auf der anderen Seite auch die Zahl ber furzen, bis ju 10 Stunden bemeffenen Schichten um fast ebensoviel - 0,7 0/0 - beschnitten worden, und die mit folden gunstigen Schichten bisher bedachten Beamten haben statt deffen jetzt eben= falls gegen 10= und 11stündigen Dienst zu leisten. Diese Dienstdauer scheint mehr und mehr bei allen Beränderungen in der Diensthemeffung als Normalschicht zu gelten. So erfreulich folche Ausgleichung bezüglich ber übermäßig langen Schichten ift, fo bebenklich erscheint eine berartige Abrundung nach oben bei den bisher furzbemessenen Schichten, zumal wenn sich dabei eine durchschnittliche Gesamtvermehrung der Dienstdauer des Personals ergiebt.

Ermittelt man nämlich die durchschnittlich auf den Kopf der Bediensteten entfallende Schichtbauer, indem man für jede Stundengruppe die Höchtsgrenze als wirkliche Schichtbauer zu Grunde legt, so ergiebt sich für 1901 eine um reichlich eine halbe Stunde längere Durchschnittsschicht als 1900. So roh solche Berechnung natürlich auch ist, eine charakteristische Bedeutung ist ihren Resultaten nicht abzusprechen: und es bestätigt sich hiernach die schon bei der Betrachtung der Einzelgruppen sich aufdrängende Bermutung: die Arbeitszeit des Personals hat keine Berkürzung, sondern eher noch hier und da eine Berlängerung ersahren. Der Stillstand in der Bermehrung bezw. die Einschränkung des Personalbedarfs ist weniger wegen verminderter Beschäftigungsmöglichkeit, als aus Ersparnisrücksichten ersolgt, die von der Anschauung ausgehen, daß durch intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft der Bediensteten das wachsende Maß der Leistungen bei gleichem, ja selbst gekürztem Personalbestande erzielt werden könne und müsse.

Daß eine solche intensivere Ausnutzung, wie sie in dem oben angezogenen Erlasse ausdrücklich gefordert wird, erfolgt, beweisen vielleicht noch deutlicher als die bisher erörterten Zahlen für die Dienstdauer, die Angaben über die Ruhebemessung, die Dienstbefreiungen des Personals. Die Zahlen in Anlage 10 des Betriebsberichts von 1900 und 1901 ermöglichen folgenden Vergleich:

Dienstelassen		Gesamtzahl ber Beamten und Arbeiter	Gejamtzahl ber Dienstbefreiungen von minbestens 18stündiger Dauer im Lause eines Kalendermonats	pro Kopf
Zugbegleitungspersonal	1900: 1901:	31 243 30 777	$121672\\119595$	3,9 3,9
Lokomotivpersonal	1900:	26 284	170 896	6,5
	1901:	26 365	156 896	5,95
Güterbodenarbeiter	1900:	15 916	38 874	2,44
	1901:	15 770	36 282	2,3
Gesamtpersonal	1900:	217 600	709 816	3,26
	1901:	218 149	695 619	3,18

Das dem Personal gewährte Maß von größeren Ruhepausen und Dienstbefreiungen ist also im Laufe des letzten Jahres verkürzt worden, am schärfsten bei den Güterbodenarbeitern und beim Lokomotivpersonal. Während beim Zugbegleitungspersonal die Verlängerung der bisher 8- und 9stündigen Dienstschichten, wohl infolge der nicht unbeträchtlichen Reduktion

<sup>1</sup> Bgl. zur Erläuterung bie Ausführungen auf S. 53.

ber Kopfzahl, keinerlei Äquivalent in einer günstigeren Ruhebemessung erhielt, ist bei den Güterbodenarbeitern sogar trotz der anscheinenden Arbeitsabnahme, auf die die Verminderung des Personals hinweist, eine schärfere Beanspruchung der im Dienst verbliebenen Mannschaften erfolgt. Dem Lokomotivpersonal aber ist die monatliche Ruhedauer gar um eine halbe Feierschicht beschnitten worden, was angesichts der oben bereits berührten Einschränkung der Doppelsbesetzungen von Maschinen und dementsprechend ausgedehnter Heranziehung der Einzelmannschaft leicht verständlich ist.

Die Frage nach der Notwendigkeit folcher Einschränkungen und der intensiveren Beanspruchung der Arbeitskräfte des Personals ist damit freilich noch keineswegs in einem befriedigenden Sinne beantwortet: Ersparniserücksichten sind kein zureichender Grund für den Socialpolitiker.

Ich habe in der voraufgehenden Abhandlung dargethan, in welch beschenklicher Weise das Sparprincip der Verwaltung einzelne Momente der socialen Frage des Eisenbahnbetriedes bereits unter normalen Verhältnissen bei günstigen Wirtschaftskonjunkturen zu beeinslussen geeignet ist: bei der Behebung der Schwierigkeiten aber, die ein wirtschaftlicher Notstand über die Arbeiterschaft verhängt, sollte es doch ganz aus dem Spiele bleiben. Intensivere Ausnutzung der Arbeitskräfte heißt die drohende Beschäftigungslosigskeit verschärfen und muß zu Arbeiterentlassungen großen Stiles treiben. Das aber disher vermieden zu haben gilt ja als ein sociales Verdienst des staatlichen Eisenbahnbetriedes, und er hat allen Grund, mit derartigen Ruhmestiteln haushälterisch umzugehen.

Januar 1902.

#### Die

Urbeits= und Cohnverhältnisse der Ungestellten der Düsseldorfer Straßenbahn.

Von

Paul Mombert.

Die Düsselborfer Trambahnlinien gehörten bis 1892 ber Düsselborfer Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft, wurden dann von der Stadt angekauft und an einen privaten Unternehmer verpachtet. Am 1. Juli 1899 übernahm die Elektricitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. Rürnberg, welche mit Umwandlung des Pferdebahnbetriebs in elektrischen Betrieb beauftragt worden war, den Betrieb während der Umwandlungszeit.
Seit dem 1. Juli 1900 werden die Bahnen von der Stadt Düsseldorf in
eigener Regie betrieben; fämtliche Linien gehören der Stadt, mit Ausnahme
einiger Kleinbahnen, die in die Stadt münden.

Im folgenden werden nur die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei den Linien behandelt, welche die Stadt in eigener Regie betreibt.

Die Darstellung selbst beruht nicht auf eigener Anschauung, sondern auf Materialien, die dem Berf. von der Stadtverwaltung in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurden. Dem Verf. lagen dabei vor: schriftsliche Mitteilungen von seiten der Stadtverwaltung, eine im Druck vorliegende Erhebung, welche die Stadt Düsseldorf im April 1900 über die Lage der von ihr beschäftigten Arbeiter vorgenommen hatte, in der auch die Arbeitsverhältnisse der Trambahnangestellten eine eingehende Behandlung sanden; serner das Statut der Betriebskrankenkasse der Straßenbahnen, die "Arbeitsordnung für die in den Reparaturs und Bauwerkstätten der Straßensbahn" beschäftigten Arbeiter, die "Bestimmungen für die Einstellung und Beschäftigung des Betriebsarbeiterpersonals dei den Straßenbahnen", die Anstellungsbedingungen und Dienstvorschriften für das Fahrpersonal, die Dienstordnung für die Signalwärter und Weichensteller, und die Grundsäte für die Invaliden und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Angestellten und Arbeiter.

Die Erhebung vom April 1900, auf die wir zunächst eingehen, beshandelt die Angestellten der Linien, deren Übergang in den Regiebetrieb der Stadt für 1. Juli 1900 projektiert war, sie spiegelt also die Bershältnisse wieber, wie sie herrschten, solange sie noch als Privatunternehmen

betrieben wurden, während alle jene Arbeitsordnungen und Dienstvorschriften, die oben erwähnt sind, bereits unter der Verwaltung der Stadt erlassen wurden. Die Erhebung, bei der leider die einzelnen Arbeiterkategorien nicht getrennt behandelt wurden, erstreckte sich über 356 Angestellte; voll arbeitsfähig von ihnen waren noch 355. Es standen in einem Alter von

20 Jahrer	und	n	oer	iig	er			19	Arbeiter,
20-25 3	ahren							71	"
25 - 30	#							117	"
30-35	"							72	,
35-40								32	"
<b>40—4</b> 5	,,							17	"
45 - 50	"							11	"
50-55	,,							6	,,
55-60	"							6	,
6065	"							4	"
65—70	"							1	"
							•	356	Arbeiter.

An	Lohn	bezogen

Mŧ.	1,25—1,50		1	Arbeiter	M¥.	3,70			24	Arbeiter
"	2,00-2,25		1	"	"	3,80			10	,,
,,	2,25-2,50		5	"	"	3,90			2	"
"	3,00		69	"	"	4,00			11	"
*	3,10		21	"	"	4,25			2	"
"	3,20		27	"	"	4,50			7	"
,,	3,30		19	"	"	5,00		•	4	"
"	3,40		36	"	,,	5,50			1	"
"	3,50		86	"	,,	6,00			1	"
"	3,60		27	"	"	$6,\!50$	•		1	"
					"	9,40			1	,,

In diese Erhebung sind, wie die hohen Löhne gegen Schluß der Tabelle zeigen, anscheinend auch Beamte einbezogen worden; hierdurch ist auch der hohe Durchschnittslohn von täglich 3,44 Mf. bei einer täglich gezahlten Gesamtlohnsumme von 1224,05 Mf. erklärlich, zu dem jene Erhebung kommt. Ein klareres Bild der Lohnverhältnisse, wenigstens von dem Groß der Ansgestellten, den Führern und Schaffnern giebt die neue Dienstordnung vom 1. Januar 1901. Sie bestimmt in ihrem § 13:

Während der ersten 3 Tage der Lehrzeit ("sie dauert in der Regel 14 Tage") erhalten die Unwärter keinen Lohn, vom 4. Tage an die zur Besendigung der Lehrzeit erhalten die Unwärter auf einem Schaffnerposten täglich 3,— Mk., diejenigen auf einem Führerposten täglich 3,50 Mk.

Bon dem Tage ab, an welchem sie felbständig fahren, erhalten die

Schaffner einen Anfangslohn von 3,— Mk., die Führer einen solchen von 3,50 Mk.

Dieser Tagelohn steigt im zweiten Dienstjahre bei ben Schaffnern auf 3,30 Mf. und bei ben Führern auf 3,80 Mf. und alsbann von Jahr zu Jahr um je 10 Pfg. bis zum Höchsttagelohne von 4,— Mf. bei ben Schaffnern und 4,50 \(^1\) Mf. bei ben Führern."

Jener Erhebung können wir noch eine Reihe von Daten entnehmen, burch welche die wirtschaftlichen Berhältnisse der Angestellten noch etwas besser beseuchtet werden. 200 der Angestellten waren verheiratet, von deren 200 Ehefrauen waren 3 erwerbsthätig; diese 200 Berheirateten hatten 416 Kinder, darunter 239 unter 14 Jahren; ein grelles Licht auf ihre wirtschaftliche Lage wirst die Thatsache, daß diese 356 Angestellten, abgesehen von ihren Frauen und Kindern, noch 155 sonstige Angehörige zu ernähren hatten. Als im Besitze eines Privatvermögens hatten sich 9 angegeben, 2 besanden sich in einer Lebensversicherung, 5 hatten Anspruch auf Rentensbezug. Auch über die gezahlten Mietpreise erhält die Erhebung Angaben; zu bedauern ist auch hier wieder das dabei eingeschlagene summarische Bersahren, das in keiner Weise einen Unterschied zwischen Berheirateten und ledigen Arbeitern macht. Es zahlen an Miete monatlich:

10-15	Mf.		175	Ungeftellte
16-20	"		73	"
21-25	"		47	"
26 - 30	"		31	"
31-35	,,	•	12	,,
36 - 40	"	•	11	"
über 40	,,		7	,,

Dem Fahrpersonal wird für die freien Tage voller Tagelohn gewährt, während die Reservetage entsprechend der Arbeitsleistung bezahlt werden; der Fahrbedienstete kann für solche Zeit keinen Lohn beanspruchen, in der er durch einen in seiner Person liegenden Grund an dem Dienste gehindert worden ist, auch wenn die Versäumnis entschuldbar und von kurzer Dauer war. Die Löhnung sindet 14 tägig am 4. und 19. eines jeden Monats statt; fallen diese Tage auf Sonn= oder Feiertage, dann an dem vorhersgehenden Tage.

Den Fahrbediensteten steht für jeden Tag des Monats, an welchem sie den Tagelohn, ein Bielfaches oder einen Bruchteil desselben erhalten,

<sup>1</sup> In der Dienstordnung steht 5,50 Mt., doch durfte dies ein Druckseller sein; benn es ist nicht anzunehmen, daß die anfängliche Lohndifferenz von 50 Pf. sich mit zunehmender Dienstzeit auf 1,50 Mt. auswachsen sollte.

17 Pfg. Kleibergelb zu; diese Kleibergelber werden nicht bar ausbezahlt, sondern gutgeschrieben und gegen die Anschaffung der Unisormstücke, die den Angestellten von der Direktion zum Selbstkostenpreise geliefert werden, aufgerechnet. Die etwaigen Überschüffe an Kleidergelbern werden jährlich auf den Namen des betreffenden Schaffners oder Führers zinsbar bei der städtischen Sparkasse angelegt.

Angestellt werben nur Personen, die über 20 Jahre alt sind und sich durch Borlage einer Bescheinigung eines Arztes der Betriedskrankenkasse als vollständig gesund ausweisen; auf beiden Seiten besteht eine 14 tägige Kündigungsfrist; sie fällt fort aus einer Neihe von ausdrücklich angeführten Gründen: während der Lehrzeit (14 Tage) kann von beiden Seiten das Dienstverhältnis ohne Kündigungsfrist gelöst werden. Bei Beschwerden oder Wünschen der Angestellten ist die oberste Instanz der Oberbürgermeister, aber nur durch Vermittlung der Direktion. Auch Ansähe, wenn auch noch recht schwache, zu einem Arbeiterausschuß finden sich; § 5 der Dienste vorschriften enthält nämlich folgende Bestimmung:

"Um periodisch, jedoch höchstens halbjährlich dienstliche Angelegenheiten, Beschwerden und Bunsche der Direktion vorzutragen, wird eine Kommission, bestehend aus 3 Schaffnern und 3 Führern, welche vom Personal selbst zu wählen sind, gebildet."

Die Zahl der täglichen Dienststunden, den Beginn und das Ende der täglichen Dienstzeit bestimmt die Direktion nach ihrem Ermessen mit der Maßgabe, daß das Personal in der Regel monatlich auf den verschiedenen Linien zu wechseln hat. Die Dienstzeit soll jedoch täglich höchstens 11 Arsbeitsstunden betragen, einschließlich des Aufenthalts an den Endstationen, aber ausschließlich der Pausen. In der Regel erhalten die Schaffner und Führer im Monat je drei Tage frei und zwar derart, daß ihnen der Reihe nach innerhalb der freien Tage ein freier Sonntag gewährt wird.

Zuspätsommen zum Dienst wird nach Ermessen der Direktion mit einer Ordnungsstrafe belegt; bei mehr als 1/4 stündiger Verspätung kann der Bebienstete für den betreffenden Arbeitstag überhaupt zurückgewiesen werden; wer in einer Woche 3 mal zu spät kommt, kann sofort entlassen werden; ebenso kann dies stattsinden, wenn mehrere Wochen hintereinander an dem Sonn-, Feiertagen und anderen freien Tagen solgenden Arbeitstage wiedersholt Dienstversäumnis stattsindet.

Als Garantie für ihre "gute und ehrenhafte Führung" haben bie Schaffner eine Dienstaution von 75 Mk., die Führer eine folche von 50 Mk. in Form eines Sparkassenbuchs der Direktion zu hinterlegen.

Bei einer Reihe von ausdrücklich namhaft gemachten Fällen kann bie

Dienstfaution von der Direktion als Bertragsstrafe nach ihrem Ermessen ganz oder zum Teil eingezogen werden, "wenn der Schaffner oder Führer sich einer Beruntreuung oder des Bersuchs einer solchen schuldig macht, uns bekümmert um die Höhe des Betrages". Bei Berstößen gegen die Anstellungsbestimmungen tritt eine Geldstrase dis zur Hälfte des durchschnittslichen Tagesarbeitsverdienstes ein, dei Thätlichkeiten gegen Mitbedienstete, Berstößen gegen die guten Sitten und gegen die zur Sicherung eines gefahrslosen Betriebes getroffenen Borschriften kann eine Geldstrase dis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes und sofortige Ertlassung stattsinden. Ein Anspruch auf Urlaub besteht nicht; seine Gewährung liegt im Ermessen der Direktion.

Die Bestimmungen für die Einstellung und Beschäftigung des Betriebs= arbeiterpersonals sind ähnliche: von abweichenden Bestimmungen sind zu erwähnen:

Die Tagesarbeitszeit beträgt hier 12 Stunden mit 2 stündiger Arbeitspause, und zwar Vormittags  $^{1/2}$  Stunde von  $8-8^{1/2}$ , Mittags  $1^{1/2}$  Std. von 12 bis  $1^{1/2}$  Uhr.

Bei Nachtschichten barf die Arbeitszeit höchstens 10 Stunden mit 1 stündiger Pause betragen; zuspätkommen bis zu 15 Minuten wird mit 10 Pfg., bis zu 30 Minnten mit 20 Pfg. Ordnungsstrafe belegt; bei größeren und häusiger vorkommenden Verspätungen gelten dieselben Vorschriften wie beim Fahrpersonal; Überstunden werden mit ½10 des Tageslohnes vergütet, außergewöhnliche Nachtarbeiten jedoch mit dem 1½4 fachen des Tagelohnes.

Alle bei den Straßenbahnen beschäftigten Personen gehören der Betriebskrankenkasse der Straßenbahnen der Stadt Düsseldorf an, soweit das Krankenkasseges nicht Ausnahmen zuläßt. "Die Krankenkasse gewährt u. a. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Kalendertag, einschließlich der Sonn= und Festage, ein Krankengeld in der Höhe der Hälfte des wirklichen Arbeitsverdienstes des Versicherten, soweit derselbe 4 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt." "Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt; sie endet spätestens mit dem Ablauf eines Jahres nach Beginn der Krankheit."

In den ersten 6 Monaten der Mitgliedschaft endet die Krankenuntersstützung spätestens mit der 13. Woche. Krankenunterstützung an Familiensangehörige werden nicht gewährt. Für den Todesfall eines Mitglieds geswährt die Kasse ein Sterbegeld im 40 sachen Betrage des für die Bemessung des Krankengeldes maßgebenden wirklichen Arbeitsverdienstes; beim Tode der Chefrau eines Mitglieds wird, falls diese nicht selbst dem Bersicherungs-

zwang unterliegt, <sup>2</sup>/8 bes für das Mitglied festgesetzten Sterbegeldes gezahlt. Beim Tode eines Kindes unter 4 Jahren wird <sup>1</sup>/10, bei einem Kinde unter 14 Jahren <sup>1</sup>/5 des für das Mitglied festgesetzten Sterbegeldes bezahlt.

Um 10. Juli 1900 wurde in Duffelborf für die städtischen Angestellten und Arbeiter eine Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung beschlossen, von der auch die Trambahnbediensteten betroffen werden.

Boraussetzung ist eine mindestens 10 jährige Dienstzeit und die Ansnahme als ständiger Arbeiter; nach 10 jähriger Dienstzeit beträgt das Insvalidengeld  $25^{\circ}$  /o des letzten Diensteinkommens, und steigt mit jährlich  $1^{\circ}$ /o dis zum Höchstbetrage von  $65^{\circ}$ /o. Der Mindestbetrag ist 300 Mk. jährlich.

Das Witwengelb beträgt  $50\,^{\rm o}/_{\rm o}$  bes Invalidengelbes bes Mannes, bas Waisengelb (für Boll= oder Halbwaisen)  $15\,^{\rm o}/_{\rm o}$  bes Invalidengelbes zahlbar bis zum vollendeten 14. Lebensjahre; das Waisengeld für mehrere Kinder darf  $50\,^{\rm o}/_{\rm o}$  des Invalidengelbes nicht übersteigen.

Über die Zubilligung von Invaliden-, Witwen- und Waisengelb beschließt in jedem einzelnen Falle die Finanzkommission. Die Bewilligung ist widerruflich, eine Beitragspflicht der Angestellten besteht nicht. "Auf die zu gewährenden Kenten kommen die auf Grund der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, sowie etwaige andere aus Mitteln des Keichs oder anderer Verbände verfallenden Kenten, in Anrechnung und Abzug."

Das Droschkenwesen zu Frankfurt a. M.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Sammlung des Materials, welches diefer Arbeit zu Grunde liegt, hat Herr Polizeikommissar Ewald zu Franksurt a. M. besorgt. Die Bearbeitung desseselben stammt von Herrn Handwerkskammersekretär Dietrich in Reutlingen.

#### 1. Entwidlung.

Im Jahre 1849 verlieh die Stadt dem Lohnkutscher Keßler das Recht, Droschken zu halten, und zwar wurde er verpflichtet, 50 ordnungs= mäßige Wagen in Betrieb zu setzen. Ende 1863 wurde dieses Monopol ausgehoben und Keßler mit 25 000 Gulden entschädigt. Die Konzession sollte nun jedem erteilt werden, der in der Lage war, drei Droschken zu stellen und 50 Gulden Kaution zu leisten. Übrigens wurden die neuen Droschsenhalter zur Deckung jener Entschädigungssumme herangezogen, in der Weise, daß eine sogen. Konzessionsgebühr als Jahresabgabe an das Polizeiamt zu zahlen war, die ansangs 20 Gulden betrug, 1864 auf 10 Gulden, 1882 auf 10 Mk. und später auf 5 Mk. herabgesetzt wurde. Bei diesem Betrag ist es dis heute geblieben, trotz der Bemühungen der Droschsenbesitzer um Aussehung, die um so mehr gerechtsertigt erscheint, als eine Gebühr dieser Art von keiner andern deutschen Stadt erhoben wird.

Die genaue Regelung des Droschkenwesens — durch polizeiliche Borschriften über Wagen, Pferde, Geschirre, Unisorm der Führer, über die Pflichten der Besitzer u. s. w. — ersolgte zuerst im Jahre 1859; die heute noch gültige Verordnung stammt vom 6. Juni 1890 (diejenige für die Taxameterwagen vom 3. Juni 1899).

#### In Betrieb ftanden:

1849	53	numerierte	Droschken	gewöhnlicher	Art,
1859	150	"	"	"	"
1869	300	"	"	"	"
1879	410	,,	"	"	"
1889	359		"	"	"
1899/1900	359	"	"		"
	1859 1869 1879 1889	1859     150       1869     300       1879     410       1889     359	1859 150 " 1869 300 " 1879 410 " 1889 359 "	1859     150     "     "       1869     300     "     "       1879     410     "     "       1889     359     "     "	1859 150 " " " 1869 300 " " " 1879 410 " " " 1889 359 " " " " 1899/1900 359

Bis Ende der siebziger Jahre gab es außerdem eine Anzahl nummer= loser, sogen. Thor= oder wilder Droschken (1849: 50, 1879: 23). Sie hatten ihre Warteplätze nur an den Thoren, waren keinem Reglement unter= worsen, ihre Führer trugen keine Uniform.

Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

Besonders lehrreich erscheint eine Übersicht über die Verteilung des Droschkenbesitzes in den Jahren 1889 und 1899. Es hielten:

jе	9	Droschken	1889:	1,	1899:		Konzeffionär,
"	7	"	"	1,	"	1	"
"	6		"	5,	"	1	<b>"</b>
"	5	"	"	6,	"	4	"
"	4	"	"	3,	"	3	"
"	3	"	"	13,	"	12	"
#	<b>2</b>	"	"	13,	"	14	"
"	1	"	"	206,	"	250	,,

Aus ben beiben kleinen Tabellen geht zunächst hervor, daß sich die Zahl der Droschken dis Ende der siedziger Jahre stetig vermehrt hat, z. B. im Jahre 1879 — die Thordroschken mit gerechnet — dis auf 433 gestiegen ist. Nun aber, mit dem Aufsommen der Straßendahnen, nimmt die Zahl ab; sie sinkt z. B. 1889 bis auf 359. Heute zwar (1899/1900) ist der Bestand etwas größer; er ist es jedoch nur dadurch geworden, daß 35 Taxameter-Droschken hinzugekommen sind (Frühjahr 1898). Sieht man von letzteren ab, so weisen also die beiden Jahre 1889 und 1899 den gleichen Bestand auf. Aber er ist verschieden verteilt: dort mehr größere oder mittlere, hier bedeutend, um nahezu 25 % wehr kleinste Betriebe. Die höchste Zahl der von einem Unternehmer gestellten Wagen war 1889 noch 9, 1899 nur noch 7; 6 Wagen fanden sich 1889 bei 5 Unternehmern, 1899 nur noch bei einem. Dagegen ist die Zahl derjenigen, welche nicht mehr als eine Droschke besitzen, von 206 auf 250 1 gestiegen.

Welches sind die Ursachen dieser Entwickelung, dieser Abnahme der mittleren und Zunahme der kleinsten Betriebe? 2 — Pferde und Wagen können nach Ableben des Betriebsinhabers unter mehrere Söhne oder andere Erben verteilt worden sein. Oder der eine und andere hat sein Geschäft aus irgendwelchen persönlichen Gründen verkauft, und zwar wieder teilweise, etwa an seine Kutscher. Manchen mag auch die rasch fortschreitende Ausschnung des Straßenbahnnetzes zum Verkauf (an mehrere kleinste Untersnehmer) bewogen haben. Im ganzen erscheint die Entwicklung sehr des

<sup>1 1899</sup> fuhren im ganzen nur 223 Besitzer ihre Droschken selbst; es scheinen also von den kleinsten Betrieben verhältnismäßig viele Nebenbetriebe zu sein (vor= ausgesett, daß die Inhaber nicht Frauen sind).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Wir können leiber nur Bermutungen aussprechen, da uns Erhebungen ober Berichte über die früheren Berhältniffe, z. B. vor 10 ober 20 Jahren, gänzlich fehlen. So läßt sich auch nicht ohne weiteres behaupten, daß der bedeutende Rückgang in dem Jahrzehnt 1879/89 (von 433 auf 359 Droschken) einzig mit der Aussbreitung des Straßenbahnnetes zu erklären sei.

greiflich. Denn offenbar ist im Droschkenwesen der kleinste Betrieb — bei welchem Besitzer und Führer eins sind — der vorteilhafteste; man könnte fast sagen: der eigentlich naturgemäße. Andernfalls hängt der Besitzer ganz vom guten Willen und Redlichkeitssinn seines Kutschers ab. Dieser ist ja der Einnehmer, und niemand als er selbst weiß, wieviel er den Tag über eingenommen. Er kann — wenn er eine Droschke gewöhnlicher (alter) Art fährt — seinen Arbeitgeber täuschen, soviel er will; selten läuft er Gesahr, wegen Unterschlagung gesaßt zu werden.

Allerdings könnte man auch vermuten: die mittleren Betriebe nehmen ab, weil sie sich nicht lohnen. Oder nicht mehr lohnen? Früher hätten sie sich gelohnt? Man mag das zugeben, obwohl genügende Beweise fehlen.

Und Großbetriebe mit gewöhnlichen Droschken giebt es überhaupt nicht, dagegen folche mit Taxameterwagen. Zu letzteren dürfen — laut Berordnung — "nur Mylords und Koupees in eleganter Ausstattung verswendet werden", also Wagen, wie sie sich die kleinen Droschkenhalter, die selbst fahren, schon gar nicht anschaffen könnten oder möchten; jene 35 werden denn auch von nur zwei Unternehmern gestellt. —

Es mögen hier noch einige Angaben über den heutigen Gesamtbestand an Pferden und Wagen folgen. "Für jede Droschke müssen — verlangt die Berordnung — zwei kräftige, zum Dienst geschickte, von schädlichen Fehlern freie Pferde vorhanden sein, welche ein lebhaftes Gangwerk haben und gut eingesahren sind." Demnach würden rund 790 Droschkenpferde vorhanden sein. Die Gesamtzahl der Wagen wird auf 720 angegeben; darunter sinden sich wohl viele ältere, die garnicht oder nur aushilfsweise benutzt, ferner solche, die nicht im öffentlichen Droschkendienst verwendet werden (s. S. 296). Letzterer beansprucht nur rund 400. Das z. 3. in Pferden, Wagen, Geschirren und Dienstkleidungen festgesegte Kapital wird auf 1,1 Million Mk. geschäpt.

## 2. Die beschäftigten Personen.

Genaue Angaben über die Zahl der Personen, welche gegenwärtig im Frankfurter Droschkenwesen thätig sind, liegen nicht vor. Für den geswöhnlichen Tagesdienst sind (nach dem Nummernbestand) 394 Fahrer erssorberlich; Roßwärter giebt es 24. Dazu kommen die Betriebsinhaber, welche nicht selbst fahren, und wohl einige wenige Schreiber oder Buchhalter und Hausknechte. Ferner sind zu rechnen die "Reservemänner": für die Tag und Nacht in Dienst gestellten Wagen, oder als Vertreter der selbst fahrenden Besiger oder der ständigen Kutscher. Die Gesamtzahl der beschäftigten Berssonen dürste demnach auf 600 zu schäpen sein. —

19\*

Die Droschkenbesitzer, die zugleich Fahrer sind — sie bilden, wie bereits im vorigen Abschnitt gezeigt worden, die große Mehrzahl — unterscheiden sich kaum von den angestellten Kutschern, stehen mit diesen in wirtschaftlicher und socialer Hinsicht ungefähr auf der gleichen Stufe. Auch ihre Herfunft ist dieselbe; haben sie das Gewerbe nicht vom Vater ererbt oder erlernt — was meistens der Fall ist — so stammen sie entweder vom Lande, oder es sind ehemalige Handwerker, auch kleine Kausleute. —

Die Behörde stellt an die Droschsenführer ziemlich große Ansprüche. Das Recht zur Führung einer Droschse, d. h. der Fahrschein wird nur Personen erteilt, welche 1. "körperlich tüchtig sind", 2. nachgewiesen haben, daß sie "ausreichende Kenntnis im Fahren und in der Pslege der Pferde" besitzen, mit den Bestimmungen der Polizeiverordnung und den "sonstigen Bestimmungen über den Fahrverkehr" vertraut, sowie ortskundig sind, 3. "vermöge ihrer disherigen Führung die Gewähr eines ordnungsmäßigen Berhaltens im Droschsensiehrt bieten". Weiterhin fällt besonders ins Gewicht, daß die Droschsensührer verpslichtet sind, eine im einzelnen genau vorgeschriebene Unisorm zu tragen und eine gute ("richtig gehende") Taschenzuhr zu besitzen. Der Droschsensührer (oder zbesitzer) ist also genötigt, für gewisse Bedarfsgegenstände erheblich mehr aufzuwenden, als mancher andere mit demselben oder weniger niedrigem Einkommen.

Doch muß sich ber angestellte Droschkenführer die Dienstkleidung (außer Hosen und Stiefel) nicht selbst beschaffen; er erhält sie von seinem Arbeitzgeber, obwohl das Dienstverhältnis ein lockeres ist, Kündigungsfrist in der Regel nicht besteht. Aber es wird wenig gewechselt, weil Dienstzeit und Einkommen in allen Droschkenbetrieben gleich sind.

## 3. Dienstzeit und Berdienst.

Der gewöhnliche Tagesbienst einer Oroschke erstreckt sich auf 13 Stunden. Nach § 18 der Berordnung müssen die ungeraden Nummern von 7—1 oder 3—10 Uhr, die geraden von 8—3 und 5—11 Uhr zur Berfügung stehen, und zwar zunächst auf den bestimmten Halteplätzen. Jeder Oroschkenführer empfängt, als Anhang zu seinem Fahrschein, ein Verzeichnis dieser Halteplätze, in welchem auch angegeben ist, wie die Oroschken auf die einzelnen Plätze verteilt sind, und wie sie sich aufzustellen haben. Die freien, nicht weiter belegten Droschken müssen an den nächstgelegenen, nicht voll besetzten Halteplätzen auffahren. In den Straßen umherzusahren in der Absicht, Fahrgäste zu erlangen, ist nicht gestattet. Ferner bestimmt die Berordnung, daß die Oroschkenbesitzer verpslichtet sind, ihre Wagen je am

zweiten Tage 12 Stunden nacheinander — entweder von nachts 1 bis mittaas 1 Uhr ober umgekehrt - jum Gifenbahnbienft zu ftellen. Thatfächlich jedoch wird diese Bestimmung ihrem Wortlaut nach nicht burchaeführt, sondern das "Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen" komman= biert die Droschken wöchentlich in bestimmtem Wechsel zum Bahnhofsdienst: Bertretung einer dieser Droschken burch eine andere berselben Gattung ift In welchem Mage eine Gifenbahndroschke in Unspruch genommen werben kann, erhellt aus einer uns vorliegenden Lifte über vierwöchige Dienstzeit (29. Juli bis 25. August). Darnach mar die Droschke an 20 (von 28) Tagen 16—18<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und nur an 2 Tagen 13—13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden in Am 29. Juli 3. B. begann ber Dienst früh 540 und endete abends 1050; am 30. endete er um diefelbe Zeit, begann aber erft 945 vormittags. Am 10. und 11. August dauerte er von früh 5 Uhr bis abends 849, am 5. August von 5-1126 nachts, am 14. von 945 vormittags bis 388 nachts. In einer Woche, am Oftbahnhof, erstreckte fich ber Dienst für alle Tage gleichmäßig auf die  $\beta$ eit von  $5^{37}$  früh dis  $12^{08}$  nachts. Allerdings ist nicht an ununterbrochenen Dienst zu benken; es ergaben sich Paufen zum Ginnehmen bes Frühftucks, Mittag= und Abendeffens (gegen 7, 10, 12,  $2^{1/2}$ ,  $6^{1/2}$ ,  $7^{1/2}$  Uhr).

Für die Nachtfahrten von den Warteplätzen aus hält sich eine genügende Anzahl Droschken freiwillig bereit; solche Wagen bedürfen selbsteverständlich zweier Führer, von denen der eine den Tagese, der andere den Nachtdienst versieht. Es muß sich also ein Betriedsinhaber, der nur über eine Droschke versügt, aber doch Tag und Nacht sahren will, einen Kutscher oder den früher erwähnten Ersatzmann halten.

Der Verdienst nun hängt zunächst von der Höhe der amtlich seste gesetzten Taxen ab. In der Regel werden (in Franksurt) die Fahrten als "Tourenfahrten" behandelt, für die je nach der Entsernung die Taxen bestimmt sind. Unter einer solchen Toursahrt versteht die Verordnung "eine direkte, ununterbrochene Fahrt auf kürzestem Wege zwischen zwei im Taris bezeichneten Punkten". Es ist z. B. zu bezahlen: für eine Fahrt zwischen zwei Kunkten der Franksurter Zonengrenze oder Bockenheims 0,60 (0,80) 1 Mk., von einem Punkte innerhalb der Zonengrenze nach den nördlichen Friedhösen 0,80 (1,—), nach dem außerhalb der Zonengrenze liegenden alten Teile Bornheims 1,— (1,20), nach dem Forsthaus 2,— (2,40), nach Offenbach 2,20 bis 2,60 (2,80 bis 3,40), nach Bonames, Höchst, Riederursel, Schwanheim 4,30 (5,—) Mk. Die kürzeste Toursahrt scheint einer Zeitsahrt

<sup>1</sup> Der erste Sat gilt für 1—2, der zweite für 3—4 Personen.

von 15 Min. Dauer zu entsprechen. Wünscht es nämlich ber Fahrgast ausbrücklich, so tritt Berechnung nach Zeit ein, und zwar ist z. B. zu zahlen: für 15 Min. Fahrtbauer 0,60 (0,80), für 30 Min. 1,— (1,20), für 60 Min. 1,80 (2,—), 2 Stb. 3,30 (3,80), 3 Stb. 4,80 (5,60) Mk. Für Fahrten zwischen 11 Uhr abends und 6 Uhr morgens gelten die boppelten Beträge.

Auch die leere Rückfahrt der Droschken ist in gewissen Fällen zu bezahlen: nämlich die Hälfte der gültigen Tourtaxe dann, wenn die Fahrt nach einem Punkte außerhalb der Frankfurter Zonengrenze geht und die Hinfahrt nach der Zeit berechnet wird. Dagegen bleiben von der Anfahrt= und Wartezeit 5 Min. unberechnet. — Erhöht werden die Taxen durch die Zuschläge, welche der Führer zu fordern berechtigt ist: für eine Fahrt vom Bahnhof, eine vorausdestellte Fahrt, einen Koffer u. dgl., einen Hund; der Zuschlag beträgt in allen diesen Fällen 20 Pf.

Für die Taxameterdroschken sind über doppelt so hohe (Zeit= oder Weg=) Sätze eingeführt worden. 1 oder 2 Personen z. B. zahlen: innerhalb der Zonengrenze sür 800 m Fahrstrecke 50 Pf., sür je 400 m mehr 10 Pf.; außerhalb der Zonengrenze werden dieselben Sätze schon sür 600 und 300 und nachts sür 400 und 200 m gesordert. Die Wartezeit ist voll zu bezahlen (4 Min. = 10 Pf., 1 Stde. = 1,50 Mf.); die Zuschlagtaxe beträgt 25 Pf. —

Bemerkenswert ist noch, daß die Führer gewöhnlicher Droschken ihren Fahrgästen auf Verlangen Fahrmarken im Betrage der empfangenen Zahlung auszuhändigen haben. Nur "auf Verlangen". Aber auch wenn die Führer in jedem Falle gehalten wären, die Markenquitttung zu verabsolgen, so würden die Fahrgäste diese Vorschrift doch häusig nicht beachten. Würde sich aber das fahrende Publikum an die Entgegennahme der Marken wie an etwas Selbstverständliches gewöhnen, so wäre damit zweierlei zu gewinnen: 1. wären Unterschlagungen auf seiten der Kutscher so gut wie ausgeschlossen, — 2. könnten die wirklichen Einnahmen der Droschkenbetriebe ermittelt werden<sup>3</sup>. Bis jett muß man sich mit unsicheren Berechnungen und Schätzungen begnügen.

Die Beglänge wäre, da der Droschkenführer "in einem Trabtempo von durchschnittlich 160 m in der Minute" fahren soll, 2,4 km.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> D. h. 1—15 Min. — Die Zeitabschnitte find im Tarif folgendermaßen begrenzt: 1—15, 16—20, 21—30, 31—40, 41—50, 51—60 Min. — Je 10 Min. über 1, 2, 3 Stb. hinaus kosten 25 (30) Pf.

<sup>3</sup> Der Fahrgast hätte die — mit der Rummer der betreffenden Droschste versschenen — Marken an den nächsten Schutzmann abzugeben oder in bequem ans

Wir haben hier zunächst auf Grund der Taxen zu berechnen versucht, wie hoch der Rohertrag einer gewöhnlichen Droschke sein würde, wenn die vorgeschriedene Tagesdienstzeit voll, d. h. so gut als möglich ausgenutzt werden könnte. Als der günstigste Fall wäre wohl der anzunehmen, daß ungefähr die halbe Dienstzeit bezahlt wird; mehr wäre kaum möglich; ja schon bei dieser Ausnutzung ließe sich wahrscheinlich nicht immer eine genügende Mittagspause gewinnen. Der Rohertrag einer solchen Droschke wäre, auß Jahr berechnet, rund 5460 Mk. Und 3640 Mk. etwa wären zu erwarten, wenn nur 1/8 der regelmäßigen 13stündigen Dienstzeit bezahlt würde.

Wie verhalten sich nun zu diesen Berechnungen und Schätzungen die wirklichen Einnahmen der Droschsenbesitzer? — Eine Droschse soll (nach unseren Erkundigungen) "im Sommer" 8-12, "im Winter" 5-7 Mk. täglich einnehmen. Darnach wäre die höchste Tageseinnahme 12 Mk., d. h. die Dienstbereitschaft würde noch nicht halb bezahlt. (Die volle Hälfte besträgt nach unserer Berechnung 14,95 Mk.) Wir setzen nun diese höchste Tageseinnahme für die ohne Zweisel günstigsten Monate Juli und August; sür Mai, Juni und September nehmen wir 10 Mk. an, sür Oktober 8, und sür die übrigen Monate gleichmäßig 6 Mk. So erhalten wir sast genau 3000 Mk. als Jahreseinnahme. Dies wäre die gesamte Roheinnahme — in mehr als 2/3 seiner langen Dienstzeit hätte der Droschsenbesitzer keinen Verdienst $^2$ .

gebrachte Kästen zu wersen, sofort ober gelegentlich. Die Kästen würden von Polizeibeamten oder Vertrauensmännern geleert, die Zählungen und Berechnungen monatlich oder viertelsährlich vorgenommen (etwa von einem Beamten des Instituts für Gemeinwohl) und alsdann die Marken an ihre Eigentümer zurückgegeben.

 $<sup>^1</sup>$  Dieses Rechnungsergebnis macht auf Genauigkeit keinen Anspruch. Es soll nur ungefähr zeigen, wie hoch die Sinnahme einer Droschke steigen könnte, wenn das äußerst Mögliche erreichbar wäre. — Die Ziffer erhält man einsach dadurch, daß man aus den Taxen für die Viertele, halbe und ganze Stunde den Halbstundendurchschitt berechnet und diesen dann mit  $13\times356$  multipliziert. Zuschläge u. das, sind dabei nicht berücksichtigt.

<sup>2</sup> Man kann dazu bemerken: das gehe nicht bloß den Droschkenbesitzern oder Kutschern so, sondern auch z. B. den Dienstmännern. Diese befinden sich allerdings insosern in einer ähnlichen Lage, als sie auch oft lange ohne Beschäftigung und Berdienst auf ihrem Plate stehen und ihnen ebensalls die Dienstzeit von Polizei wegen vorgeschrieben ist. — Dann könnte man auf die Inhaber kleiner Läden mit geringer Kundschaft verweisen. Die haben freilich auch eine 12—14stündige "Dienstzeit" — nur übt hier nicht die Polizei, sondern die Konkurrenz den Zwang aus —, und manche Stunde läßt sich kein Kunde sehen. Aber doch ist dieser zweite Vergleich versehlt. Denn 1. kann der Mann in der stillen Zeit etwas nebenbei treiben und

Selbst als reine Einnahme würden die 3000 Mk. einen sehr geringen Berdienst darstellen, da der Arbeitstag eines kleinen Droschkenbesitzers (ober Kutschers) 13 Std. hat und alle Sonn= und Feiertage für ihn Werktage sind. Aber es ist, wie gesagt, die rohe Einnahme, von der als Betriebs= kosten mindestens abgehen (nach unseren Ermittelungen):

Die reine Einnahme, der Verdienst, Arbeitslohn des kleinen Droschkenbesitzers, der selbst fährt, beliefe sich also auf nicht mehr als rund 1100 Mk. im Jahre.

Wir halten jedoch dieses Ergebnis nicht für ganz richtig. Es ift uns nämlich auch mitgeteilt worden, ein angestellter Kutscher verdiene monatlich 100—120 Mf., also jährlich mindestens 1200 Mf.; dazu erhält er Dienstekleidung, für die in der Betriebsunkostenrechnung des Jahres "40—50 Mf." vorgesehen sind. Nun will doch der Betriebsinhaber auch noch etwas verbienen; zum mindesten will er nichts zusehen. Folglich wird die Rohe einnahme etwas höher, die Summe der Betriebsunkosten niedriger und der Berdienst des selbständigen Droschkenführers weniger gering sein, als vorhin berechnet worden. Aber auch wenn man dies annimmt: soviel scheint immer noch sestzustehen, daß das Arbeitseinkommen des kleinen Droschkenbesitzers in die Klasse der niedrigsten Einkommen gehört. — Etwa 80 Droschkensbesitzer erzielen zwar dadurch eine (teilweise feste) Nebeneinnahme, daß sie besondere Wagen für Ärzte, zu Ausslügen, Jagdsahrten u. s. w. stellen. Aber natürlich steigen damit auch ihre Betriedsunkosten, und sie gehören dann eigentlich schon in die Klasse der Lohnsuhrwerker.

verdienen; 2. kann er sich, wenn er verheiratet ist, im Laden durch seine Frau oder erwachsene Kinder vertreten lassen, was ihm je nach Wunsch oder Bedarf eine nicht zu unterschätzende Bewegungsfreiheit oder Zeit zu Nebenerwerd auch außerhalb seines Hauses gewährt; 3. ist er zum mindesten an den Sonn- und Feiertagen größtenteils frei; 4. macht überhaupt in der Regel nur der untüchtige und unsleißige kleine Kauf-mann keine oder schlechte Geschäfte.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Dauer der Diensttauglichkeit der für 3—600 Mk. gekauften Pferde ist verschieden: 4—5, 10—12, auch 15 Jahre werden angegeben. Wir haben 7 Jahre gerechnet und dementsprechend den jährlichen Abnutungsbetrag eingesetzt. (Für das ausgeschiedene Pferd zahlt der Roßschlächter 50—80 Mk.) — Anschaffungswert des Wagens und Geschiers rund 1000 Mk.; jährliche Abnutung 10 %.

Die Lohnfuhrwerkerei — um auf diese hier vergleichsweise mit einigen Worten einzugehen — ift in Frankfurt burch 16 Groß betriebe vertreten. Solche fonnen 3. B. die Futtermittel und anderen Betriebsbedarf im großen und gegen Barzahlung einkaufen, also zu weit weniger hohen Breisen als der kleine Droschkenbesitzer. Undererseits werden an fie sowohl hinsichtlich des Fuhr= werks wie der Rutscher höhere Ansprüche gestellt, mas sie zur Forderung höherer Kahrpreise berechtiat. Diese nun werden an fie felbst (nicht an die Rutscher) gezahlt, oder sie sind doch über alle einzelnen Fahrten genau unterrichtet, so daß ihnen jederzeit die volle Taxe zufließen muß, und sie vom guten Willen ber Rutscher in keiner Beise abhängig find. — Auf die Rechnung setzt ber Unternehmer zwei Posten: ben Fahrpreis und bas "Trinkgeld" des Kutschers. Letzteres ist so hoch bemessen, daß es ohne Zweifel einen großen Teil seines Lohnes bildet: es beträgt z. B. bei einstündiger Fahrt in der Stadt und näheren Umgebung 1 Mf., bei dreiftundiger Fahrt 2 Mf. Die Preise sind für Zweispänner berechnet; Einspänner kosten 20 % weniger, Wagen mit Gummirädern 3 Mf. mehr; besondere "Dekorationen" sind natürlich auch befonders zu bezahlen, und für Sonn- und Feiertage gelten überhaupt erhöhte Preife. Bum Schluß mogen einige Gefamttaren (Fahrund Rutschergelber) aus der Breisliste eines der größten Lohnfuhrunternehmer mit den entsprechenden Taren einer gewöhnlichen Droschke (für 4 Bersonen) verglichen werden. Es betragen 3. B. die Preise:

	in zweispännigem Landauer u. s. w.	in der Droschke
für einstündige Fahrt	5,50 Mf.	2,— Mf.
für zweistündige Fahrt	8,— "	3,80 "
für die Fahrt nach Bergen ober ber	<b>:</b>	
untern Schweinestiege	11,50 "	5,— "

Daß die Lohnsuhrwerkerei mit den Droschkenbetrieben in Wettbewerb trete, wird wohl nicht behauptet. Dagegen liegt eine andere Frage nahe: ob und in welchem Grade die Konkurrenz der Straßenbahnen den Verdienst der Droschkenhalter geschmälert habe. — Eine (wohl nicht sehr bedeutende) Schädigung haben die neuen städtischen Verkehrsmittel den alten allerdings zugefügt; aber es ist nicht eine Wirkung ihrer größeren Fahrgeschwindigkeit oder ihrer niedrigen Preise, sondern ihrer Anlage: durch das regelmäßige Fahren über die Geleise werden sowohl Wagen als Pferde rascher abgenutzt und dadurch die Betriebsunkosten etwas erhöht. Und natürlich bevorzugen jett manche die Straßendahn, die früher eine Droschke benutzten (z. B. zur Fahrt nach dem Bahnhof oder nach dem Stadtwald). Es sind also einige Droschken überstüssig geworden (baher die Abnahme des Bestandes in den

achtziger Jahren). Aber ob auch die noch vorhandenen jett eine geringere Einnahme haben als vor ber Zeit ber Stragenbahnen? Das ift nicht erwiesen. Wie wir an anderer Stelle gezeigt, mar ber Bestand an gewöhnlichen Droschken 1899 genau berselbe wie zehn Jahre zuvor. In diesem Zeitraum hat aber die Bevölkerung bedeutend zugenommen, und auch ber Verkehr ift stetig und stark gewachsen; man barf beshalb kaum annehmen. daß (bei gleichem Gesamtbestand!) die einzelne Droschke jett weniger besett ist als früher. Dagegen wäre ohne Zweifel manche neue Droschke hinzugekommen, also die Konkurrenz im eigenen Lager verschärft worden, wenn sich die Straßenbahnen nicht ausgedehnt hätten. Nun sind ja thatsäcklich neue Droschken erschienen, aber als eine neue, beffere (und teurere!) Art; und wenn bie etwa ben alten Fahrgäfte wegnehmen, ober fie zu Droschken II. Klasse herabdrücken, oder bewirken, daß ihrer etliche eingehen: so ist bas sicher nicht auf Rechnung der Straßenbahnen zu setzen. Und ebensowenia wohl die früher besprochene Thatsache: daß die mittleren Betriebe abnehmen ober sich auflösen. Sie find eben unvorteilhaft. Die einzig praktischen Betriebe haben ja ftark zugenommen. Und felbst wenn diese fich vermindern würden, so folgt baraus zunächst nur 1: es ist wieder eine Anzahl Droschfen überflüffig geworden - nicht ohne weiteres auch: die noch übrig bleibenden werden weniger benutt, haben geringere Einnahme. Die Bahl der Fahr= gafte fann allerdings gefunken fein; nun aber, nachdem einige Berufs= genoffen gezwungen ober freiwillig abgetreten, steigt sie wieber.

Die Konkurrenz der Straßenbahnen besteht also recht besehen nicht darin, daß sie den Verdienst des einzelnen kleinen Droschkenbesitzers auf die Dauer und fortgesetzt schmälert — sondern darin, daß sie eine Beschränkung oder Verengerung des Gewerbes im ganzen bewirkt<sup>2</sup> — bis zu einer freilich ungewissen Grenze. Ganz verschwinden werden die Droschken sicher nicht. Höchstens werden die gewöhnlichen alten durch die neuen Tagameters oder durch Motorwagen verdrängt. Damit aber hat — wie bereits betont — die Straßenbahn nichts zu schaffen. —

Es ift bis jest fast nur vom Verdienst ber Droschken besitzer die Rebe gewesen. Aber die große Mehrzahl der Besitzer ist ja zugleich Führer, und die Gesamtzahl der unselbständigen Kutscher macht nicht mehr als

<sup>1</sup> Durchaus nicht mit Notwendigkeit! Die Betriebe können aus rein personlichen, privaten Gründen eingegangen sein.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das scheint noch schlimmer als das andere, verläuft aber wohl zumeift auf einfach-natürlichem Bege, in günstigster Beise: die ältesten Droschkenbesitzer sterben nach und nach ab: ihre Betriebe lösen sich auf, an die Stelle der eingegangenen treten keine neuen.

3/5 ber felbstfahrenden Besitzer aus. Auch wurde schon einmal gesagt, daß fich beibe ungefähr gleich stehen. Bemerkenswert erscheint nur noch, baß Unstellung und Lohnbezug des Droschkenkutschers (alterer Art) gang eigen= tümlich ober vielmehr garnicht geordnet sind. Der Mann ift weber auf Monat-, noch Wochen-, noch Taglohn angestellt. Sein Lohn ist überhaupt von vornherein nicht bestimmt, sondern hängt von der Tageseinnahme ab: je höher diefe, desto höher fein Lohnbetrag. Er zieht ihn von jener felb= ständig ab und zahlt den Rest dem Besitzer aus. Ein solcher Kutscher foll. wie wir ebenfalls schon einmal angeführt, monatlich auf 100-120 Mk. kommen. — Der Berdienst des Taxameterführers ist im ganzen nicht höher, aber einigermaßen geordnet und gefichert. Er hat einen festen Tage= lohn (2 Mf.), darf die Trinkgelder behalten (durchschnittlich 30-50 Pf.) und bezieht 10 % von der Monatseinnahme. Allerdings kann auch er feinen Dienstherrn über die wirkliche Bobe ber Tageseinnahme täuschen; er braucht nur dann und wann den Megapparat nicht zu richten. Doch muß er darauf gefaßt fein, daß ihn der Fahrgast oder ein Polizeibeamter an die Berfäumnis erinnert.

Endlich haben wir noch der Roßwärter zu gedenken. Ihre Zahl beläuft sich z. Z. auf 24; 6 davon sind in den beiden Taxameterdroschken=Betrieben angestellt. Sie haben in der Regel von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends Dienst und erhalten entweder Wohnung und Kost oder nur Wohnung im Hause; im ersten Falle beträgt der Lohn 5—10, im andern 15—18 Mt. wöchentlich.

## 4. Die Lage der kleinen Unternehmer und der Angestellten.

(Zusammenfassung.)

Wir versuchen jest eine übersichtliche Zusammenstellung der Thatsachen, welche die wirtschaftliche und sociale Lage der kleinen Droschkenbesitzer und der (diesen ungefähr gleichstehenden) Betriebsangestellten bestimmen.

Ihr Sinkommen ist, wie wir gesehen, gering. Aber daraus folgt noch nicht, daß ihre Lage im ganzen übel sei. Es fragt sich zunächst, in welchem Alter die Leute stehen, und ob sie für sich allein oder für zwei oder noch mehr Personen zu sorgen haben.

über die fraglichen Altersverhältnisse — nach dem Stande bes Jahres 1899 — unterrichtet die folgende Tabelle. Es standen

im Alter von	Besitzer	Kutscher	Roßwärter
weniger als 20 Jahren	_	3	6
20—30 Jahren	<b>1</b> 9	48	10

im Alter von	Besitzer	Kutscher	Roßwärter
30—40 Jahren	76	49	3
40-50 "	65	27	3
50-60 "	80	${\bf 22}$	1
60-65	20	12	1
65—70 "	6	7	
über 70 "	1	3	

Also von den 267 männlichen Droschkenbesitzern (18 sind Witwen) zählten 1899 die meisten (221) 30—60 und 26 60—70 Jahre. Von den 171 angestellten Kutschern hatte ebenfalls die Mehrzahl das 30. Jahr hinter sich. Nur dei den Roswärtern verhält es sich umgekehrt. Von diesen war auch nur einer verheiratet — von den Kutschern dagegen die Mehrzahl und von den Besitzern fast alle; auf eine Ehe kamen im Durchschnitt 2—3 Kinder.

Beiter ist zu erwägen, ob bas Einkommen bem Aufwand an Kraft und Zeit entspricht. — Nun hat zwar der Droschkensührer keine schwere körperliche oder geistige Arbeit zu verrichten; zudem wird sie häusig unterbrochen. Und wenn der Führer auch allen Bettern ausgesetzt ist, so kann man sein Gewerbe doch (im beschränkt physischen Sinne) als ein gesundes bezeichnen; Krankheiten kommen wenig vor. Aber die Dienstzeit ist beispiels los lang, nimmt alle Tage, auch die Sonn- und Feiertage gleichmäßig in Anspruch. Will der Kutscher — oder der Besitzer, der selbst fährt — ein paar freie Stunden haben, so muß er sie sich durch Einnahmeverluste erstaufen. Seine Familie bekommt er höchstens in der Mittagspause zu sehen, wenn er zum Essen und Umspannen heimkehrt (früh und abends schläft alles noch oder schon); an der Erziehung seiner Kinder kann er kaum mitwirken. Bohl hat er, wie schon betont, oft kürzere oder längere Zeit "nichts zu thun"; aber diese Unterbrechungen des Fahrdienstes können ihm meistens nicht lieb sein, und freie Zeit bedeuten sie für ihn doch nie. —

Drittens ist zu beachten, in welchem Verhältnis der Verdienst zu den Kosten des Lebensunterhalts steht. Nun ist das Droschkensahrgewerbe ein mittel= und großstädtisches Gewerbe, und das Leben in der Großstadt, sagt man allgemein, ist teuer. Das bedeutet vor allem, wenigstens für die Leute mit niedrigstem Sinkommen: die Wohnung ist teuer. Wohl schaffen die gemeinnützigen Bauvereine billige Wohnungen; aber was sie zu dieten vermögen, verschwindet gegen die Größe des Bedarfs. So muß sich auch die Mehrzahl unserer Droschkensbesitzer oder Kutscher an den allgemeinen Wohnungsmarkt wenden und am Rande der Stadt noch 30—35 Mk. monatlich zahlen. — Anders verhält es sich mit der Deckung des Bedarfs an Nahrungs= und Bekleidungsmitteln und an Gegenständen der Wohnungsausstattung u. dgl. Da gilt: je größer

bie Stadt, besto größer, reicher, vielseitiger ber Markt, besto schärfer bie Konkurrenz, bie Unterbietung. Der Nahrungs- und Bekleidungsmittelmarkt ber Großstadt hat sich allen Einkommenstusen angepaßt. Es kommt nur darauf an, daß man aus diesen Marktverhältnissen ben größtmöglichen Vorteil zieht, daß man einen wohl ausgebildeten wirtschaftlichen Spürsinn besitzt und bethätigt.

Aber mag auch ber großstädtische Droschkenbesitzer und Kutscher für seine und seiner Angehörigen Nahrung und Kleidung nicht mehr ober teils weise sogar noch weniger auszugeben haben als der Kleinstädter: das Einstommen dieser Leute bleibt doch ein ungenügendes, fümmerliches und steht in unleidlichem Gegensat zur Länge der Dienstzeit. Und noch mehr: der Beruf überhaupt erscheint deshalb als einer der übelsten, weil er die persönliche Hingabe in ethisch unerlaubtem Maße, ja beinahe den völligen Berzicht auf persönliche Freiheit, auf körperliche und geistige Erfrischung, auf höhere Genüsse, edle Anregung fordert.

#### 5. Mittel zur Sebung der Lage.

Als zwei der wirksamsten Mittel zur Besserung ihrer Lage werden den Kleingewerbetreibenden aller Art der berufliche und der wirtschaftliche Zusammenschluß empsohlen.

Nun besteht bereits seit 20 Jahren eine "Vereinigung der Franksurter Droschstenbesitzer", welcher im Jahre 1900 189 Mitglieder angehörten. Diese zahlen 1 Mk. Eintrittsgeld, 3 Mk. Jahresbeitrag an den Verein und außerdem 25 Kf. an den Verdand deutscher Lohnsuhrunternehmer<sup>2</sup>. — Der Verein hat sich die Aufgabe gesetzt, die gemeinsamen (berustlichen) Angelegensheiten zu ordnen, im besondern dafür zu sorgen, daß die Fuhrwerke den Ansprüchen des Publikums wie den Vorschriften der Aufsichtsbehörde immer genügen. Der Vorstand ist mit gewissen richterlichen Besugnissen auszgestattet: er hat gegen jederlei Vorsommnisse — auf der Fahrt, an den Halteplätzen —, welche das Ansehen des Gewerbes schädigen, einzuschreiten<sup>8</sup>;

Diesenigen, deren Berdienst an der oberen Grenze der kleinen Sinkommen steht, werden dann finden, daß daß Schlagwort vom teuren Leben in der Großstadt eigentlich in jeder Beziehung stalsch ist. (Unsere Droschkenführer gehören selbsteverständlich zu dieser Gruppe nicht.)

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hier scheint die Bemerkung erlaubt: würden sich die Leute zu solchen Leistungen verstehen, wenn ihr Jahres-Einkommen nur 1100 Mk. oder nicht viel höher wäre? (Aber vielleicht wird die Frage mit dem einsachen Hinweis auf die Lohnopfer der socialbemokratischen Arbeiter beautwortet.)

<sup>3</sup> Mittelft "Berwarnung, Berweis und Geldstrafe (1—5 Mf.)". — Der 12gliedrige

nur bann, wenn ihm die Erledigung eines Falles nicht gelingt, wendet er sich ans Bolizeipräfidium. Letzteres zieht Mitglieder des Bereins als Sacheverständige heran: bei Festsetzung neuer Tarife, Einführung neuer Borsschriften, Brüfung neu einzustellender Wagen, Pferde oder Kutscher, bei den Frühjahrse und Herbstrevisionen des gesamten Betriedswesens.

Erzieherische Zwecke verfolgt auch ber 1895 gegründete "Neue Frankfurter Dienstdroschkenkutscher-Berein". Hauptsächlich aber bemüht er sich — als Sparverein — um die wirtschaftliche Förderung seiner Mitzglieder (deren er z. Z. erst 27 zählt). Der Besitzerverein scheint sich damit nicht zu befassen. Und doch liegt die Nötigung dazu nahe genug. Unser Gewährsmann berechnet die Futterkosten einer kleinen Droschkenhalterei (für zwei Pferde) auf 1311, diejenigen einer größeren Lohnsuhrwerkerei auf 1054 Mk. Sind diese Berechnungen richtig, so wäre damit sehr anschaulich dargelegt: wieviel die kleinen Droschkenbesitzer an Betriedskosten sparen könnten, wenn sie sich einen gemeinschaftlichen Bezug der Futterstoffe einzichteten. Aber auch für anderen Bedarf ließen sich auf diesem Wege günstige Abschlüsse erzielen. Und wäre wirklich nicht zu erwarten, daß jene wackern Leute, die in der Vertretung ihrer Berussinteressen so Bedeutendes leisten, sich zur Gründung einer Erwerbs= und Wirtschaftsgenossenschaftentschließen? —

Man dürfte weiter etwa daran denken, gemeinsame Stallungen und Wagenschuppen zu errichten — was zu erwägen freilich mehr Sache gemeinsnütziger Bauvereine und der Stadtverwaltung, als der unbemittelten kleinen Droschkenbesitzer wäre. Oder man könnte diese für den Plan einer Betriebsgenossenschaft zu gewinnen suchen. Der genossenschaftliche Betrieb des Droschkendienstes wäre einem staatlichen oder gemeindlichen Verkehrsbetriebe ähnlich. Und wie es hier durchführbar war und ist, den niederen Angestellten ohne Lohnabzug freie Stunden, Tage, ja Wochen (Urlaub) zu geswähren, so ließe es sich in bescheidenem Maße auch dort einrichten, ohne daß die Genossenschaftskasse zu starke Einbußen erlitte. Damit aber wäre das ärgste Übel im Droschkenwesen beseitigt. —

Von diesen Gebanken oder Vorschlägen wird jedoch wohl nur der erste — gemeinschaftlicher Bezug der Futtermittel und anderer Bedarfsgegenstände — als ausführbar anerkannt werden.

Im übrigen fänden sich noch einige kleine Mittel, die nicht bloß ben Droschkenkutscherfamilien, sondern ben unteren Schichten der großstädtischen

Borftand wird dabei durch 6 weitere Mitglieder unterftütt. Außerdem find als Beisitzer 3 "dienstthuende Droschkenkutscher" heranzuziehen, wenn der Angeklagte biesem Kreise angehört.

Bevölkerung insgesamt zu gute kämen und hauptsächlich von den gemeinnützigen Gesellschaften ins Werk zu setzen wären. Wir nennen nur zwei. Erstens die wirtschaftliche Erziehung beider Geschlechter im allgemeinen es geschieht da schon manches, doch lange noch nicht genug —, im besonderen die Weckung und Pflege des vorhin erwähnten wirtschaftlichen Spürsinns 1. Und eine unmittelbare Einwirkung auf den Wohnungs= und Nahrungsmittel= markt sollte dort und dann versucht werden, wo und wann es zu Gunsten der kleinsten Leute notwendig erscheint.

<sup>1</sup> Ober sollte sich ein gemeinnütziger Berein selbst die Aufgabe stellen, die billigen Bezugsquellen aufzuspüren und benen, die sie kennen sollten, in Flugsblättern regelmäßig anzuzeigen? Ober weiter noch: solche Bezugsstellen zu errichten?

# Die Verhältnisse der Ungestellten und Urbeiter der Straßenverkehrsgewerbe in Posen.

Von

Dr. Hampke.

In Posen giebt es 123 Droschken, die Zahl der Droschkenkutscher ist jedoch größer zur Bersorgung des Nachtdienstes. Die meisten Droschken sind noch ohne Fahrtmesser. Da solche aber nicht mehr konzessioniert werden und die Zahl der sogenannten "Weißlackierten" schon eine ziemlich große, sind nur die Berhältnisse letztere ermittelt worden.

Das Alter der Kutscher schwankt zwischen 25 und 50 Jahren. Außer ihrem Straßendienst haben sie nur noch die Droschke zu reinigen, und zwar morgens 6 Uhr, bevor sie absahren. Sie erhalten 1,50 Mt. Tageslohn und  $10~^{\circ}/_{\circ}$  Tantidme der Tageseinnahme, sie können ohne Kündigungsfrist entlassen werden. Weitere Bedingungen sind bei ihrer Anstellung nicht ausgemacht. Außer durch die staatliche Versicherung ist sür sie nicht gesorgt; im besonderen haben die Unternehmer keine Pensionskassen sür die Kutscher eingerichtet oder ihr Leben bei einer Gesellschaft versichert.

Der Kutscher hat jeden Tag von morgens 6 bis abends 8 Uhr Dienst, also 14 Stunden. Der Rachtkutscher fährt von abends 8 bis morgens 6 Uhr und hat dann nach Hilseleistung bei Reinigung seines Wagens den Tag über frei.

Im übrigen giebt es keine steine Tage, solche werden den Kutschern nur auf ausdrückliches Berlangen gewährt; da die Kutscher durch die Tantidme an den Einnahmen interessiert sind und auch wegen der zu erwartenden Trinkgelder wird ein derartiges Berlangen nur selten gestellt. Will der Kutscher in die Kirche gehen, so sagt er dies am Sonnabend vorher dem Unternehmer und tritt am Sonntag entsprechend später an. Hinschlich des Besuchs des Gottesdienstes werden den Kutschern von den Unternehmern keine Schwierigkeiten gemacht, da am Sonntag Vormittag im allgemeinen dis gegen 12 Uhr die Nachfrage nach Droschen gering ist. Zeder Kutscher dürste durchschnittlich einmal im Monat in die Kirche gehen, am Sonntag Nachmittag ist stets Dienst.

Das feste Diensteinkommen des Kutschers dürste sich pro Tag durch= schnittlich auf 2,50—3 Mk. belaufen.

Aus Nebendiensten sließende Bezüge, Prämien, Kilometer-, Stundenund Nachtgelber giebt es nicht. Jedoch erhalten die Kutscher Dienstkleidung im Werte von 90 Mk. jährlich.

Auf eine Einnahme aus Trinkgelbern des Publikums wird gerechnet und dürfte diese sich jährlich auf rund 300 Mk. belaufen, so daß sich die Kutscher insgesamt auf ca. 1300—1500 Mk. stehen.

Nebenstunden kommen nur bei den Nachtkutschern vor, die am Tage die Equipagen des Unternehmers bei Hochzeiten, Tausen und ähnlichen Gelegenheiten zu fahren haben, und zwar trifft dies durchschnittlich wöchentlich einmal jeden Nachtkutscher. Sie erhalten dasür eine besondere Entschädigung, abgesehen von den Trinkgeldern. Regelmäßige Ruhepausen sinden während der Beschäftigungszeit nicht statt, die Mittagsmahlzeit nehmen die Kutscher auf dem Stande ein. Die Zeit, die die Droschkenkutscher brauchen, um von ihren Wohnungen zum Ort des Dienstantritts zu gelangen, ist verschieden und beträgt 5 Minuten bis 1/2 Stunde.

#### II.

Die Posener Paketsahrt Hansa, welche seit vier Jahren besteht und mit der vor Aushebung der Privatposten eine solche verbunden war, beschäftigt 3 Kutscher, 3 Schaffner und 3 Expedienten. Sie besördert das Gepäck der Reisenden nach dem Bahnhos und von dem Bahnhos in die Wohnungen, übernimmt Umzüge in der Stadt und die Besörderung einzelner Gegenstände von einem Ort zum andern innerhalb der Stadt. Zu den Umzügen stellt sie noch Hilfspersonal ein.

Die Anstellungsverhältnisse ber Kutscher und Schaffner sind gleiche, biejenigen der Expedienten, welche das Gepäck der Reisenden auf dem Bahn= hof in Empfang nehmen und ausgeben bezw. expedieren, davon wenig versischeden.

Das Personal befindet sich ausschließlich im besten Alter, und ist dies wegen der Lasten, die teilweise 'mehrere Stockwerke hoch zu tragen sind, notwendig. Die augenblicklich beschäftigten Leute sind 27—34 Jahre alt. Sie sind im Lause des vorigen und dieses Jahres mit 14tägiger Kündigungssirist angestellt und das ganze Jahr über beschäftigt. Das seste Diensteinkommen betrug bisher bei den Kutschern und Schaffnern 50 Mk., bei den Expedienten 60 Mk. pro Monat, das Rebeneinkommen ca. 10 Mk. bei den ersteren, ca. 10—15 Mk. monatlich bei den letzteren; das seste samteinkommen demnach 720 und 840—900 Mk. Doch beabsichtigt der

Unternehmer die Gehälter zu steigern, so daß sich das monatliche Einstommen der Kutscher auf durchschnittlich 75 Mt., das der Expedienten auf 90 Mt. stellt.

Das Nebeneinkommen stammt aus der Aussührung unterwegs übernommener Austräge, aus der Leistung von Überstunden und des Dienstes an sreien Tagen her. An Tagen mit Überstunden arbeiten die Leute manchmal bis 11 Uhr nachts von  $^{1/2}6$  Uhr morgens ab, also  $15^{1/2}$  Stunden, die Mittagspause abgerechnet, meistens aber nur bis 9 Uhr oder  $13^{1/2}$  Stunden, und zwar kommt dies durchschnittlich an 8 Tagen im Monat vor. Die regelmäßige Dienstzeit beträgt von  $5^{1/2}$  Uhr morgens bis  $11^{1/2}$  mittags und von  $1^{1/2}$  Uhr bis 8 Uhr abends oder 12 Stunden, bei den Expedienten, die Nachtdienst haben, von 8 Uhr abends bis  $5^{1/2}$  Uhr morgens und von  $1^{1/2}$  Uhr bis  $^{1/2}2$  Uhr mittags, also  $11^{1/2}$  Stunden.

Die verkehrsreichste Zeit ist zu Beginn und am Ende der Ferien und an den Umzugsterminen. In dieser Zeit müssen die Leute auch oft auf ihre dienstfreien Tage verzichten; in der übrigen Zeit haben die Kutscher im Monat 2 halbe Sonntage und 2 ganze Wochentage, die Expedienten 4 halbe Sonntage und 2 halbe Wochentage frei. Prämien, Kilometer-, Stunden- und Nachtgelder werden nicht gezahlt, die Leute erhalten jedoch Dienststleidung im Werte von 60 Mt. jährlich.

Auf Einnahmen aus Trinkgelbern des Publikums wird nicht gerechnet, aber die Kutscher und Schaffner erhalten durchschnittlich täglich eine Mark Trinkgelb, so daß sie sich im ganzen z. Zt. auf rund 1100 Mk. stehen, während die Expedienten nur ca. 900-1100 Mk. Einnahme haben.

Außer der Mittagspaufe von 2 Stunden giebt es nur für die Expedienten Ruhepaufen in der Zeit zwischen der Ankunft und dem Abgang der Züge.

Den Leuten ist an jedem zweiten Sonntag, an dem sie dienstfrei haben, der Besuch des Hauptgottesdienstes möglich. Sie brauchen 5—20 Minuten Zeit, um von der Wohnung zum Ort des Dienstantritts zu gelangen.

Wohlfahrtseinrichtungen bestehen für die Ungestellten nicht.

#### III.

### Posener Straßenbahn.

Die Posener Straßenbahn, seit  $1^{1/2}$  Jahr mit elektrischem Betriebe eingerichtet, beschäftigt 5 Kontrolleure, 56 Schaffner, 42 Fahrer. Davon haben durchschnittlich täglich 4 Kontrolleure, 33 Fahrer und 50 Schaffner Dienst. Es verkehren durchschnittlich täglich 24 Hauptwagen und 10 Beis

wagen. Der Betrieb beginnt um 6 Uhr morgens und hört für einen Teil der Wagen um  $10^{1/2}$  Uhr, für den anderen um  $12^{1/2}$  Uhr nachts auf.

Die beschäftigten Leute find alle im besten Mannegalter, zwischen 25 und 46 Jahren alt, fie haben keine Nebendienste zu verrichten. Gin Teil des Versonals stammt noch aus der Zeit her, in der die Bahn mit Vierden betrieben wurde, so ein 41jähriger Kahrer, welcher am 18. Juni 1895 mit 63 Mf. Monatslohn und einer Kaution von 50 Mf., ein 46jähriger Schaffner, welcher am 1. April 1890 mit 2,25 Mt. pro Tag, 75 Mf. Raution, beide mit 14 Tagen Kündigungsfrift angestellt wurden. ersterem ist das Gehalt inzwischen staffelweise auf 95 Mt., also in 5 Jahren um 32 Mt. oder gut 50 %, bei letterem in 10 Jahren auf 85 Mt., alfo um 17,50 Mt. oder gut 25 % gestiegen. Die in den letten Jahren angestellten Schaffner und Fahrer find nur mit Stägiger Ründigung angestellt. Das Gehalt eines solchen 25jährigen Fahrers beträgt 85 Mt. monatlich, früher 67 Mt., eines 26jährigen Schaffners 75 Mt., früher 67,50 Mt. Die Gehälter erfuhren die hauptfächlichste Steigerung im Frühjahr 1900. als infolge der Ausftande in Berlin u. f. w. auch in Pofen der Ausbruch eines folchen zu befürchten ftand.

Die Gehälter ber Kontrolleure variieren zwischen 120 und 150 Mf. Das Gehalt eines 32jährigen Kontrolleurs beträgt 120 Mf. pro Monat, nachbem er vorher als Schaffner bis 12. Juli 1899 67,50 Mf., dann in seiner jezigen Stellung erft 90, dann 105 Mf. pro Monat erhalten hatte. Das Kontrolleurgehalt ist also innerhalb eines Jahres um 30 Mf. oder  $33^{1/2}$  % gestiegen. Die Kontrolleure haben ebenfalls 14tägige Kündigung.

Das Personal ist seitens der Gesellschaft nicht versichert; die Gin= richtung einer Pensionskasse ist in Aussicht genommen.

Prämien, Kilometergelber, Stunden- und Nachtgelber werden nicht gezahlt, jedoch werden Dienstleistungen, die über die sahrplanmäßige Zeit hinausgehen oder an planmäßig dienstsreien Tagen verlangt werden, mit dem anteiligen Betrage des Tagelohnsaßes bezahlt. Diese Gelder betrugen bei dem betr. Kontrolleur 21,75 Mt., Fahrer 49,60 Mt., Schaffner 32,55 Mt. jährlich, waren also geringswigg.

Das Personal bekommt Dienstkleidung im Nutungswerte von 30 Mk. bei den Fahrern und Schaffnern, 40 Mk. jährlich bei den Kontrolleuren. Außerdem erhalten erstere ein Weihnachtsgeschenk von 20 Mk., letztere von 40 Mk.

Die Kontrolleure erhalten kein Trinkgeld vom Publikum, sie stehen sich also insgesamt auf ca. 1540—1900 Mk. jährlich. Die Fahrer können auch nicht auf Einnahmen aus Trinkgelbern rechnen, erhalten solche immer-

hin im Betrage von ca. 75 Mt. jährlich, so daß sie sich z. 3t. auf rund 1200-1350 Mt. jährlich stehen. Die Trinkgelber der Schaffner sind auf 200 Mt. jährlich zu schäßen; diese haben demnach z. 3t. auch ein Einskommen von rund 1200-1350 Mt. Der tägliche normale Dienst und die normale Dienstbereitschaft beträgt 15, 13, 12, 10 und weniger Stunden, je nach der betreffenden Schicht. So hatte ein Fahrer wöchentlich solgenden Dienst:

```
Montag von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts mit 2 Stunden Mittagepaufe,
          , 11
                                11
                                               ohne Mittagspause,
Dienstag
                                        nachmittags ohne Mittagspaufe,
Mittwoch
             6
                                 3
                                11
                                        nachts ohne Mittagspaufe,
Donnerstag, 11
Freitag frei,
Sonnabend ..
                               10
                                        abends mit Mittagspaufe.
                                 8
Sonntag
   Ein Schaffner:
Montag frei,
Dienstag von 10 Uhr morgens bis 12 Uhr abends ohne Mittagspaufe,
Mittwoch
                                          nachts mit 2 Stb. Mittagspause
                                                            Abendpause,
                                                 und 2
                6
                                    2
Donnerstag "
                                           mittaas.
Freitaa
               7
                                   10
                                          abends mit 2
                                                            Mittagspaufe,
                                                  , 2
               6
                                   10
Sonnabend
                                "
                                    3
                                          mittags ohne Mittagspaufe,
Sonntag
                6
   Der Kontrolleur:
Montag von 61/2 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts mit 11/2 Stb. Mittagspause
                                               und 1
                                                            Abendpause,
Dienstag " 61/2 "
                                 12^{1/2} "
                                                mit 11/2
                                                            Mittagspause
                                                und 1
                                                            Abendpause,
                               , 11 ,
Mittwoch " 12
                  " mittags
                                                mit 1
                                                            Abendpaufe,
Donnerstag wie Montag,
Freitag wie Dienstag,
Sonnabend frei.
Sonntag von 11 Uhr vormittag bis 11 Uhr nachts ohne Paufen.
```

Demnach umfaßt der Dienst bei den Schaffnern und Fahrern wöchentlich 70 Stunden und etwas mehr oder durchschnittlich täglich 10 Stunden, bei den Kontrolleuren ca. 80 Stunden wöchentlich oder durchschnittlich täglich 11 Stunden, da die Kontrolle im Winter erst um  $7^{1/2}$  Uhr beginnt. Die Kontrolleure sind jedoch nicht derart an die Strecke gesesselt, daß sie sich nicht außerhalb der Pausen auf fürzere Zeit davon entsernen können.

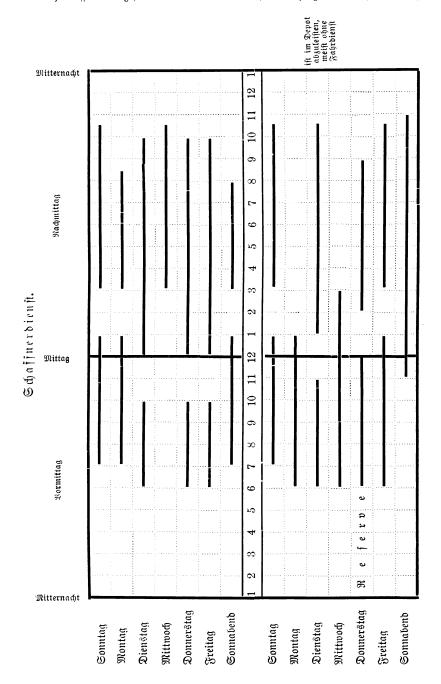
Rebenstunden kommen ziemlich selten vor. Der betr. Kontrolleur ift in einem Jahre mit 2 vollen und 7 halben freien Tagen zu Dienstleiftungen und einmal zu einer Leiftung in der Nacht (ca. 3 Stunden) herangezogen worden. Nur durch diese letztere ist die Dienstdauer verlängert, sonst nicht. Der Fahrer ist in einem Jahre an dienstspreien Tagen 29 mal, und zwar 6 mal mit voller Tagesleistung, einmal mit  $^3/_4$ , 19 mal mit  $^{1}/_2$ , 3 mal mit  $^{1}/_4$  Tagesleistung herangezogen worden. Hiervon entsielen 8 aus den Monat Juni, in welchem wegen der landwirtschaftlichen Ausstellung ersheblich mehr Nebenschichten geleistet werden mußten, als gewöhnlich. Im Durchschnitt hat er 2—3 mal monatlich Nebenschichten geleistet. Die Zeitdauer der Schicht wird durch die Nebenschicht nicht verlängert; eine Verlängerung der Schicht über die planmäßige Zeit hinaus kommt sehr selten vor. Dasselbe trifft für die Schaffner zu. Der betr. Schaffner ist an Tagen, an denen er planmäßig frei haben sollte, im letzten Jahre 24 mal, und zwar einmal mit einem ganzen, 4 mal mit  $^3/_4$ , 9 mal mit einem halben und 10 mal mit  $^{1}/_4$  Tag herangezogen worden.

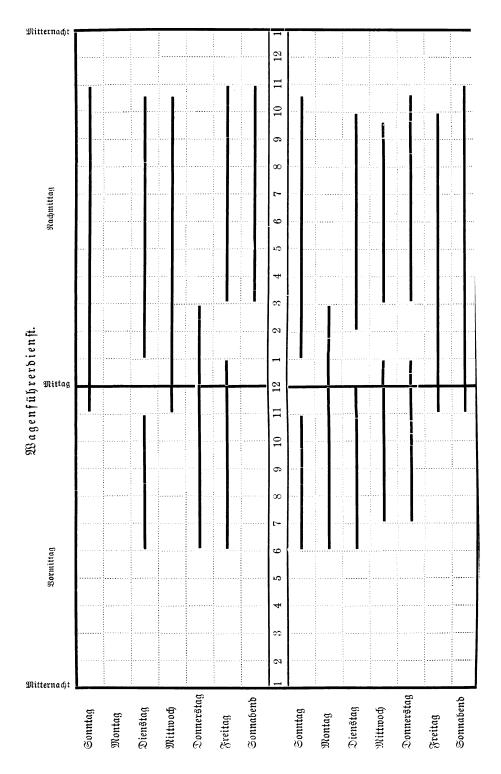
Die Fahrer und Schaffner haben, wie dies schon aus den vorhergehenden Zusammenstellungen hervorgeht, bei voller Tagesschicht 2 Stunden Mittagspause und außerdem die Ruhepausen an den Endstationen, welche zwischen 3 und 20 Minuten schwanken, sich zuweilen aber vermindern. Sie haben ohne Nebenschichten mindestens monatlich 3 ganze und 6 halbe Tage frei. (Der ganze Tag dauert von 12 Uhr nachts dis 6 Uhr bezw. im Winter 7 Uhr morgens, also 30 oder 31 Stunden. Der halbe Tag vormittags von 11 Uhr nachts dis 11 bezw. 2 Uhr mittags, also 13 oder 15 Stunden, nachmittags von 1 oder 3 Uhr bis 6 oder 7 Uhr früh, also 17 oder 15, bezw. 18 oder 16 Stunden.)

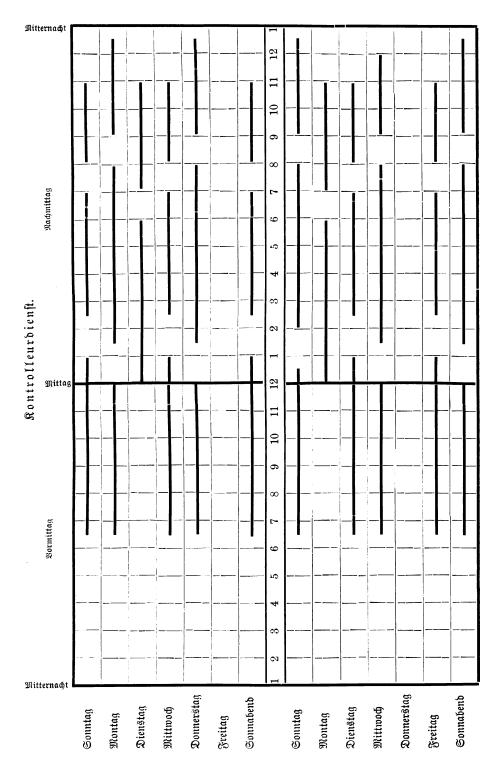
Die Kontrolleure haben mittags  $1^{1/2}$ , abends 1 Stunde Pause und in jeder Woche  $1^{1/2}$  Tag srei. Von diesen siel im letzten Jahre keiner auf den Sonntag. Der Besuch des Hauptgottesdienstes war demnach garnicht möglich. Bei dem Fahrer sielen auf den Sonntag 2 volle diensteiteriet Tage, 1 Tag mit 3 Stunden Leistung, 15 halbe sreie Tage vormittags, 12 halbe nachmittags, so daß er den Hauptgottesdienst an 17 Tagen besuchen konnte.

Ühnlich liegen die Verhältnisse bei dem Schaffner, der einen vollen und 25 halbe Sonntage frei hatte und 15 mal den Hauptgottesdienst bessuchen konnte. Die Mehrzahl des Personals ist übrigens katholisch und diesen häufig auch an Wochentagen Gelegenheit zum Besuch des Gottessbienstes gegeben.

Die durch thatsächlichen Dienst und Dienstbereitschaft während zweier Wochen in der verkehrsreichsten Zeit besetzten Stunden sind für Schaffner, Fahrer und Kontrolleur auf den 3 solgenden Schemata durchstrichen.







Wie schon erwähnt, trat eine erheblich verkehrsreichere Zeit als gewöhnlich im letzten Jahre nur in der Zeit der landwirtschaftlichen Außestellung (7 Tage) ein. Regelmäßige Betriebsverstärkungen kommen im Sommer Mittwochs, Sonnabends, Sonntags von  $8-10^{1/2}$  Uhr abends, im Winter Mittwochs und Sonntags von 3-9 Uhr vor; zu denselben werden meist die sreihabenden Leute herangezogen.

Das befragte Personal brauchte 5—12 Minuten, um von der Wohnung zum Ort des Dienstantritts zu gelangen. Nur die Schaffner haben Aussicht, in bessere Stellungen — des Kontrolleurs — aufzurücken.

Für die zukunftige Regelung der Gehaltsverhältnisse der Fahrer und Schaffner find solgende Skalen vorgesehen:

					Fa	threr.	Schaffner.
Bein	n Eintri	tt .			75	Mt.	70 Mf.
Bei	Beginn	des	7.	Monats	<b>8</b> 5	"	75 "
,,	"	,,	4.	Jahres .	95	"	85 "
,,	"	,,	7.	" .	<b>1</b> 05	,,	90 "

# Zur Lage des im Münchener Straßenverkehrsgewerbe beschäftigten Personals.

Von

K. H. Döscher.

(München.)

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bon der Darstellung der Berhältnisse der Privatpostbediensteten wurde Abstand genommen, da die Privatpost "Courier" am 1. April 1900 einging. Sin großer Teil der Angestellten wurde in den Staatsdienst übernommen.

### Einleitung.

Das der Enquete zu Grunde liegende Material wurde beschafft durch Befragung sowohl der Unternehmer wie der Angestellten. Es wurden Ertundigungen eingezogen bei der Direktion der Trambahn, der Tramcar, bei Droschken- und Taxameterunternehmern und deren Bereinigungen. Aus seiten des Personals wurden sowohl Einzelpersonen wie die Bereinsvorstände um Auskünste angegangen. Fernere Mitteilungen ersolgten durch die kgl. Polizeidirektion, durch Kassenärzte u. s. w. Dem Unsuchen um Austunsterteilung wurde allerseits stattgegeben. Nur der Magistratsreserent sür das Trambahnwesen erklärte, aus Konsequenzrücksichten allein Ansragen von Behörden beantworten zu können. Um die Berbreitung und Aussiülung der mit Subvention des "Socialwissenschaftlichen Bereins" gedruckten Fragebogen machten sich Herr F. Cörper, H. Levy und insbesondere Herr P. Mombert verdient. — Die Arbeit wurde im August 1900 abgeschlossen; wichtige, bis zum Mai 1902 ersolgte Änderungen werden in Anmerkungen erwähnt.

Bei der Einschätzung der realen Kauftraft der Löhne find die hohen Wohnungs=, sowie die Lebensmittelpreise, die in München noch durch städtische Ausschläge gesteigert werden, in Berücksichtigung zu ziehen. Zudem ist das Konsumbereinswesen wenig entwickelt. Zum Zwecke einer Verzgleichung mit anderen Städten geben die von Jastrow im "Arbeitsmarkt" veröffentlichten Tabellen nütliche Handhaben.

## I. Die Trambahn.

Der gesamte Trambahnbetrieb ist konzentriert in den Händen der "Münchener Trambahn-Aktien-Gesellschaft", die ursprünglich als Einzelunternehmung begründet, dann sür eine kurze Zeit mit belgischem und zum Schluß mit deutschem Kapital in der heutigen Form sundiert wurde. Die

auf 25 Rahre bemeffene Konzession der Gesellschaft erlischt 1907 und wird weder erneuert noch verlängert werden. Bon 1892 an geschah die Erweiterung der Anlagen auf Roften der Stadt, der Betrieb blieb jedoch auch für die Neuanlagen bei ber Gesellschaft. Nach bem neueren Bertrage bom 25. Oftober 1897 wird das Trambahnunternehmen infofern für Rechnung der Stadtgemeinde betrieben, als die Gefellschaft von dem nach Deckung der Betriebsausgaben verbleibenden Bruttobetriebsgewinne bis jum Ablauf der ihr erteilten Rongeffion einen jährlichen, ein= für allemal feststehenden Gewinnanteil von 923 219,05 Mt. erhält, mahrend ber hiernach verbleibende Rest des Bruttobetriebsgewinnes ohne Rucksicht auf deffen Bobe ber Stadtgemeinde München für das von ihr in das Unternehmen inveftierte Anlage= ` fapital zufällt. Bon dem für die Gemeinde fich allenfalls ergebenden Rein= gewinne erhält die Gesellschaft sodann einen 25prozentigen Anteil. Leitung des Betriebes, sowie die hiermit verbundene Verwaltung des Unternehmens ruht wie bisher bis jum Ablaufe bes Bertrages in den Sanden der "Münchener Trambahn-Aftien-Gesellschaft": während nach §§ 22 und 28 des Betriebsvertrages der Stadtgemeinde zur Wahrung ihrer Intereffen das Recht der unbeschränkten Kontrolle des ganzen Unternehmens zusteht 1. Bisher hat indes die Stadt in die Regelung der Lohn= und Arbeitsverhalt= niffe weder positiv noch negativ eingegriffen, vielmehr sich darauf beschränkt, die Borschläge der Direktion, die ihr unterbreitet werden, zu genehmigen. Die Angestellten haben bisher auch keine Gingaben bei der Gemeindevertretung eingereicht.

Der Betrieb ist, nachdem die früher bestehende Dampslosomotivlinie abgeschafft und die Pserdeverwendung eingestellt ist, seit August 1900 außsschließlich elektrisch und zwar mit Oberleitung, jedoch besteht für eine Teilstrecke — sogenannte Kangierbahnhöse inmitten der Stadt — Accumuslatorenbetrieb. Im Betriebsjahre 1898/99 hatte die Stadt einen Keinzewinn von 470 181,25 Mt., wovon vertragsgemäß \(^{1}\_{4}\) der Gesellschaft zusiel, die nach reicher Dotierung der Gewinnreserve eine Dividende von  $10^{1/2}$   $^{0}$ /0 verteilte (sür 1899/1900 sind 11  $^{0}$ /0 in Borschlag gebracht). Berausgabt wurden im Betriebsjahre 1898/99:

<sup>1</sup> VII. Gefdäftsbericht über das gemeindliche Trambahnunternehmen in München für das Betriebsjahr 1898/99.

an	Gratifitationen an Beamte	15 390,— Mf.
"	" " Bedienstete	10 315,— "
,,	Beiträgen zur Penfionskaffe	. 11 575,— "
,,	gezahlten Belohnungen für Führer für Ber-	
	hütung von Unfällen	540,— "

Da die pflichtmäßigen und freiwilligen Leiftungen nicht ausgeschieden sind, ist ein genauer Nachweis der von der Unternehmung gemachten freiwilligen Auswendungen in toto oder pro Kopf des zu Schluß des Betriebszjahres auf 927 Bedienstete sich bezissernden Personals nicht angängig. Für Schuhvorkehrungen, die in erster Linie dem Fahrpersonal zu gute kommen, waren gleichzeitig 2698,44 Mk. verwendet (zum Wetterschutz an offenen Wagen).

Zu Ende des Betriebsjahres 1899/1900 — am 29. Juni — wurden 1059 Personen von der Trambahn beschäftigt. Davon gehörten dem niederen Personal i solgende Kategorien an:

Ş	Bur	e a	u p	eri	o n	al.			
			•						Personen
Raufmännisches	3 Pe	rjoi	nal						11
Technisches Pe	rjond	ıĺ							<b>4</b>
Bureaudiener .									2
Ausgeher							•		1
Putfrauen .									6
	Fak	rþ	er	o n	ı a Î				
Oberfontrolleu-	r.						•.		1
Kontrolleure .									9
Bahnmeister .									1
Fahrmeister .						. •			1
Stationsmeister	r.								21
Schaffner									332
Ruticher und !	Wag	enții	ihre	r					270
Accumulatoren	jühre	r							11
ෙ	tre	ct e 1	n p e	rj	o n	a L.			•
Schienenputeri	nnen			•					44
Bahnwärter ut									7
Ankuppler									7
Streckenarbeiter									22
Arbeiter für di				-					7
10000000									

<sup>1</sup> Die Grenze zwischen nieberem und mittlerem Bersonal ift keine scharfe. Schriften XCIX. — Stragentransportgem. 21

#### Depotpersonal.

					Personen
Depotarbeiter .					<b>1</b> 0
Lampenpuger .					3
Nachtwächter .					. 5
Wagenwascher					<b>51</b>

#### Wertstättenpersonal.

											Personen	
Werkmeister											. 1	
Werkführer											. 4	
Werkstättena	rbei	iter	(0	Sch	loff	er,	(	őchr	niet	e,	,	
ෙ	pän	gler	٤, ٤	Eisd	hler	).	•	•	•	•	. 75	
Magazinier	•		•	•		•	•	•	•		. 1	
Sattler .											. 5   fogenannte Accordanter bie nicht von der Direktion	
Lactierer .	•		•	•	•	•	•			•	• 35   ble lingt bon det Strettis	
Schmiede .		•	•	•			•		•		· 7 Unternehmern für die G	
Schreiner .			•		•						. 7 ) sellschaft beschäftigt werde	n.

Die letzten Bestände des Pserdebetriebspersonals sind hierbei nicht mehr berücksichtigt, da sie seit August 1900 nicht mehr junktionieren.

Das Bureaupersonal zerjällt in kausmännisches und technisches. Beides hat eine 8ftundige Bureauzeit, an Sonn= und Feiertagen wird am Vormittag gearbeitet und jedesmal von 2 Bersonen auch am Nachmittag; jeder vierte Sonn= und Feiertag ift im Wechsel gang frei. Alle Rabre wird ein Urlaub von 8 Tagen gewährt, während dem das Gehalt weiter bezogen wird. Das Gehalt variiert bei der kaufmannischen Abteilung von 140 bis 375 Mt., bei der technischen von 140 bis 350 Mt. pro Monat. die jährlichen Gratifikationen und Zulagen betragen 250 refp. 150 bis 3000 und mehr Mt. Das Aufruden geht nicht nach einem feststehenden Schema, fondern nach dem Ermeffen des Direktors vor fich. 4 altere Beamte haben Dienstwohnung, sowie freies Holz und Licht. Die Wohnung wird gegenüber der Unfallversicherung mit 200 Mf. berechnet, was ficherlich zu niedrig ift. Die Bureaudiener und der Ausgeher haben durchschnittlich 10 Stunden Arbeitszeit. Sie beziehen an Gehalt 130 Mf. pro Monat, refp. der Ausgeher 3 Mt. pro Tag, haben außerdem freie Wohnung und und einen jährlichen Urlaub von 8 Tagen. Die Butfrauen find täglich nur einige Stunden beschäftigt, fie beziehen je nach Lange der Beschäftigung 10, 20, 30 und 50 Mf. pro Monat.

#### Das Fahrpersonal.

Das zahlreichste Kontingent unter dem Gesamtpersonal stellt das Fahrpersonal. An ihm und seinen Annexen: dem Depot= u. Strecken=personal kommen zugleich die Eigentümlichkeiten des Trambahndienstes am charakteristischsten zum Ausdruck, während das Bureau= und Werkstätten=personal specieller Beruszzüge in seinen Arbeits= und Lohnbedingungen mehr oder weniger entbehrt. Es ist darum das Hauptgewicht in der Deskription auf das Fahrpersonal und die ihm nahestehenden Gruppen gelegt.

Die Fahrordnung unterliegt ortspolizeilichen Vorschriften, und auch das Kahrpersonal im engeren Sinne (Schaffner und Führer) kann nur im Ginvernehmen mit der Polizei angestellt werden, die es in Bezug auf seine moralische und technische Qualifikation prüft. Zugelassen werden nur Leute mit gefundem Gesichts= und Gehörvermögen, die zuverläffig, gut beleumundet und nicht wegen ehrenrühriger Reate (Diebstahl, Betrug u. f. w.) vorbeftraft find, nachdem fie, für den Fall, daß fie Führerdienste leiften wollen, ihre Befähigung vor der "Prufungs= und Revisionsanstalt des Polytechnischen Bereins" dargethan haben. Bu Vorbereitungszwecken läßt die Direktion Führeraspiranten acht Tage Probe fahren. Dafür wird keine Bergütung auch bei nachfolgender Anstellung bezahlt 1. Sind die Borbedingungen erfüllt, so verpflichtet die Polizei die Neuanzustellenden durch Sandgelübde zum Dienft und übergiebt ihnen die Legitimationskarte mit dem Vorbehalt, ihnen die Kahrerlaubnis wieder zu entziehen, falls fie wegen ehrenrühriger Sandlungen beftraft werden oder durch grobe Pflichtverfäum= niffe (Trunkenheit mahrend des Dienstes, ungebührliches Benehmen, Tarij= überschreitung, Unterlaffung der Ablieferung von gefundenen Gegenständen, wiederholte Übertretung anderer Bestimmungen) sich disqualifizieren oder fahrläffigermeife Leben und Gefundheit bedrohen. Go murde bor einigen Jahren ein Kührer geftrichen, der seinem Schaffner den Jug abjuhr. Das Kahrpersonal rekrutiert sich aus allen Berusen und Schichten. Man findet alle möglichen Klaffen darunter vertreten; es giebt Leute, die fich in auffteigender Linie bewegen, bom Dienstknecht oder Tagelöhner her, und andere, die früher andere Beruje und Stellungen innehatten: Landwirte, Sand= werter, Brauburichen, Sausmeister, Gendarmen, Diener u. f. w. und auch wohl solche, die deklaffiert find. Solange der Betrieb mit Pferden arbeitete, wurden die Neueintretenden zumeist anfänglich im Stall (als Pferdewärter u. f. w.) beschäftigt und rudten bann nach Bedarf auf zum Rutscher. Die Schaffner wurden zumeist neu eingestellt, aus ihnen rekrutierten sich die

<sup>1</sup> Inzwischen abgeändert.

Kontrolleure. Protektion spielte bei der Anstellung eine Kolle. Bei der Clektrisierung wurde das frühere Stallpersonal auf den neuen Linien untergebracht. Bon nun ab gilt als seste Regel, neueintretendes Personal, das zum Fahrdienst will, zuerst als Wagenwascher zu beschäftigen. Nach einem Jahre kann der Wagenwascher Führer werden, der Führer bei guter Oualisikation nach 4 bis 5 Jahren Schaffner. Aus den Schaffnern rekrutieren sich die Kontrolleure u. s. w. Altes und teilweise invalides Fahrpersonal wird als Stationsmeister oder Weichensteller beschäftigt.

Wagenführer und Schaffner gehen bei ihrer Anstellung mit der Direktion einen gedruckt vorliegenden Vertrag ein, der ihnen vorzgelesen aber nicht in einem zweiten Exemplare ausgehändigt wird. Sie werden darin zum Gehorsam verpslichtet, insbesondere gegen die Vorschriften der Dienstesinstruktion und die Anweisungen der Vorgesetzen. Nach § 2 "ift die Direktion berechtigt, den Angestellten während der Dauer des ersten Jahres, welche Zeit als Probezeit gilt, täglich und zwar auch ohne Anzgabe oder Vorhandensein eines in seiner Person liegenden Grundes srei nach ihrem Belieben zu entlassen; der Angestellte darf jedoch nur nach vorzängiger zehntägiger Kündigung aus dem Dienste treten". Die Direktion macht indes von diesem Rechte allem Anschein nach keinen Gebrauch<sup>1</sup>. (Der

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Diese Abmachung würde dem § 122 der G.D. zuwider sein, wenn die Tramsbahnangestellten (abgesehen vom Werkstättenpersonal) der G.D. unterständen. Das hiesige Gewer begericht vertritt (1900) die Anschauung, daß auf Grund der bestannten Auslegung des § 6 der G.D., wonach Pferdebahnen mit Schienenbetrieben als Sisenbahnen angesehen werden, dies nicht der Fall ist, und würde sich für unzuständig erklären, salls Trambahnangestellte i. e. S. bei ihm Klage einreichten.

Doch ift dies bisher nicht vorgekommen. Die gange Frage ift kontrovers, vorzüglich hinsichtlich der Trambahnen, die nur innerhalb eines Ortes verkehren. Die Einbeziehung ber Trambahnangeftellten unter bie G.D. erscheint burchaus munichenswert. Es ift Formalismus, zwei so ähnliche Betriebe wie Trambahn und Tramcar verschieben zu behandeln, nur weil die erstere ceteris paribus auch Schienen verwendet. — Die Erläuterungen jum Gewerbegerichtsgeset — in ber Faffung vom 29. September 1901 - von Dr. 2. Menzinger, Referent für bas Münchener Bewerbegericht, und Dr. J. B. Prenner, Borfipender des Gewerbegerichts, nehmen auf Grund eines Urteils bes Landgerichts München vom 16. September 1899 nur noch die Wagenführer elektrischer Bahnen von der Gewerbeordnung aus. Das zeigt um fo mehr die Unhaltbarkeit des bestehenden Gesetzes, da zwischen Schaffnern und Wagenführern nur geringe Unterschiede ber Ausbilbung u. f. m. bestehen und die ersteren auch mit Rübrung ber Wagen vertraut sein muffen. Die Munchener Trambahner fordern daher die Unterstellung aller Trambahnangestellten unter die Gewerbeordnung. Die II. Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport: und Berkehrsarbeiter Deutschlands zu Nürnberg 1901 hatte biefelbe Forderung erhoben (cf. "Courier" vom 14. April 1901).

Dienstvertrag ist von altersher im Gebrauch und unverändert immer wieder abgedrudt worden.) Rach Ablauf des erften Jahres erfolgt Entlaffung oder Dienstaustritt nach vorhergehender vierzehntägiger, jeden Tag zuläffiger Ründigung. Rach § 3 ist die Direktion zu sojortiger Dienstentlassung berechtigt bei Dienstwidrigkeiten im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung, ferner in den allgemein gesetlich bestimmten Källen, bei Zuwiderhandlungen gegen die von den Behörden und der Direktion erlaffenen Dienftesvorschriften, bei Berweigerung von Gehorsam gegenüber der Direktion und den famtlichen Auffichtsorganen. Sinfictlich der Dienstzeit ist ausgemacht, daß fie von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends, je nach Anordnung der Direktion, dauert: follte die Direktion mehr Arbeitsstunden anordnen, so ist der Angeftellte ju beren Ginhaltung unbedingt, jedoch nur gegen eine besondere Bergütung verpflichtet. Die Dienstzeit erstreckt sich ununterbrochen auf Sonn= und Feiertage. Freie Tage ift die Direktion nach freiem Ermeffen, ohne Einwand feitens des Bedienfteten, zu beftimmen befugt. Das Refervehalten, deffen Dauer die Direktion nach ihrem Belieben bestimmt, wird bezahlt.

Im Winter kann die Direktion die Bediensteten zum Schneeschauseln und Bahnräumen verwenden 1. Für die pünktliche und gewissenhafte Erstüllung der übernommenen Verpflichtungen und zur Sicherheit für die gegen ihn allenfalls erwachsenden Ansprüche hat der Angestellte eine Kaution von 100 Mk. in einem guten Wertpapiere zu hinterlegen, dessen Zinstage verabsolgt werden. "Die Kaution kann von der Direktion nach ihrer Entscheidung ganz oder teilweise eingezogen werden:

- 1. wenn der Angestellte ohne vorherige Kündigung oder vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist den Dienst verläßt oder die ihm obliegen= den Dienstleistungen verweigert;
- 2. wenn durch Verschulden des Angestellten die ihm anvertrauten elektrischen Motorwagen bezw. deren elektrische Ausrüftung oder sonstiges Eigentum der Gesellschaft beschädigt wurde, und zwar auch wenn der der Gesellschaft zugehende Schaden ein geringerer als der Kautionswert ist;
- 3. wenn durch Verschulden des Angestellten Fahrgäste, Passanten oder Besitgegenstände derselben verlett bezw. beschädigt werden."

Diese Bestimmungen hinsichtlich der Kaution kamen thatsächlich seit vielen Jahren nicht zur Anwendung. Bei Zuwiderhandlungen gegen die übernommenen Verpflichtungen, sowie gegen die geltenden Dienstes= und behördlichen Vorschriften, dann in Fällen eines nicht musterhaften Ver-

<sup>1</sup> Doch nicht mehr an freien Tagen.

haltens ist die Direktion berechtigt, Geldstrafen bis zur Höhe von 5 Mt. sür den einzelnen Fall aufzuerlegen oder bis zu einer Dauer von 14 Tagen vom Dienste zu suspendieren, für welche Zeit der Lohn nicht weiter bezahlt wird, und sich hierfür, sowie auch für jene Schäden und Kosten, welche der Gesellschaft aus der Aufstührung der Angestellten gerichtlich und außergerichtlich erwachsen, ohne weiteres aus dem sälligen Dienstlohn und der Kaution bezahlt zu machen.

Sosortige Entlassung kann versügt werden, wenn der Angestellte zu rasch und lässig, überhaupt mit Gesahr sür Publikum, sremdes Fuhrwerk u. s. w. sährt und im Dienste betrunken ist. Die Strasen und Entslassungen können mittels öffentlichen Anschlages dem Personal bekannt gemacht werden. "Der Angestellte verzichtet auf jede Einrede gegen die von der Direktion sestgesten Gelostrasen und jene Versügungen, welche sie nach den ihr eingeräumten Befugnissen trifft, und begiebt sich vorkommenden Falles des Rechtes gerichtlicher Austragung." Der Angestellte ist ververpslichtet, jederzeit — namentlich auch in der Zeit zwischen seiner Kündigung und dem Dienstaustritt — bei gleichem Gehalte eine anderweitige, seinen Fähigkeiten und seiner bisherigen Stellung im allgemeinen entsprechende Beschäftigung gewissenhast auszuüben, widrigensals er sosort entlassen wird. Im Dienst ist die vorgeschriebene Unisorm zu tragen.

Der normale tägliche Dien st der Wagensührer und Schaffner beträgt 10 Stunden, inkl. Pausen  $11^{1/4}$  bis 14 Stunden. Die Mittagspause sält in die Zeit von  $^{1/2}11$  bis  $^{1/2}3$  Uhr und umsaßt 1 Std. 12 Min., 1 Std. 24 Min. bis 2 Std.

Erstreckt sich der Dienst über den größeren Teil des Tages, so findet in der Zeit zwischen \$^{1}/25\$ bis \$^{1}/28\$ eine zweite Ablösung von gleicher Zeitdauer statt. Die älteren Angestellten haben regelmäßig den gleichen Dienst, im Umwechsel unterbrochen durch den Ablösungsdienst, der alle 3—4 Monate für die Dauer eines Monats eintritt.

Einige Beispiele zur Erläuterung: normaler Dienst: 7—12, 1—6, 7—9, Ablösungsdienst: 5—9, 11—2, 5—7; oder von 8½ bis 9½ mit zwei Pausen oder von 7 bis 10 mit zwei Pausen u. s. w. Während es nach Möglichkeit vermieden wird, das ältere Personal die Linien wechseln zu lassen — wodurch der Dienst verlängert und die Ausgaben vermehrt werden, da es nicht immer möglich ist, zum Essen nach Hause zu kommen —, werden die jüngeren Angestellten, die sogen. Reservesahrer dazu verwendet, dem wechselnden Verkehrs- und Personalbedars zu dienen. Wenn sie die Linie wechseln, haben sie verlängerte Wege und eine um 80 Ps. dis 1 Mt. vermehrte Ausgabe sür den Fall, daß sie sonst zu Hause essen würden. Auf

20 Führer werden 3 Reserveschaffner und auf 20 Schaffner 5 Reserveschaffner gerechnet; es sind mehr Reserveschaffner ersorderlich, weil die Anhängewagen feines eigenen Führers bedürsen. Überstunden sind seit der Elektrisierung zahlreicher geworden, häusiger kommen sie auf den verkehrs-intensiveren Linien und an verkehrsreicheren Tagen vor (Sonn= und Festtage). Ihre Jahl schwankt zwischen 0 und 10 und mehr im Monat. Die Führer haben weniger Überstunden wie die Schaffner (aus dem gleichen Grunde wie oben). Unter Umständen kann es zutressen, daß nach einem längeren Überstundendienst bis ca. 12 Uhr am andern Morgen schon srüh wieder auszurücken ist.

Freie Tage kommen auf den Monat etwa 3 im Sommer und 4 bis 5 im Winter. Die Rührer haben regelmäßiger 1 frei als die Schaffner, da man die letteren für die Anhängewagen, sei es jum Ersate oder für den intensiveren Berkehr, häufiger heranzieht. Die freien Tage find häufiger oder seltener, je nachdem die betr. Linie mit mehr oder weniger Personal befett ift, der Berkehr stärker oder schmächer wird und viel oder wenig Angestellte erkrankt find. Weil der Sonntag ein Tag mit verdichtetem Berkehr ift, wird an ihm fehr felten, höchstens im Winter einmal, frei= gegeben. Der freie Tag wird um 2 bis 4 Stunden Refervedienst vermindert, während welcher Zeit (zwischen 5 und 9 Uhr früh) ein kleinerer Teil zum eventuellen Ersat für ausbleibendes Personal sich auf seinem ent= sprechenden Depot aufzuhalten hat. Bleiben Leute aus, so haben die Refervehalter fie zu vertreten und je nach Umftanden mehrere Stunden oder den ganzen Tag Dienst zu leisten. Ein so mehr oder weniger durch Dienst ausgefüllter Tag wird indes im Turnus als freier gerechnet, außer der Dienst hat ben ganzen Tag gedauert.

Wünscht das Personal Urlaub, so wird er ihm auf Ansuchen, soweit der Dienst es ersaubt, aber ohne Weiterzahlung des Lohnes, gewährt. Die ersten 2—3 Urlaubstage werden dabei als eine Zusammenlegung der sür einen halben Monat sälligen sreien Tage gerechnet und eutsprechend bezahlt. Dafür wird dann in dem nächsten halben Monat kein sreier Tag gegeben. Einer Eingabe des Fahrpersonals, die um einen bezahlten jährelichen Urlaub nachsuchte, wurde nicht stattgegeben. Dasür wurde aber die Gratissitation erhöht und schon nach bjähriger Dienstzeit statt wie bisher nach 10jähriger gewährt.

Die Löhne sind seit kurzem erhöht und neu geregelt und stellen sich nunmehr folgendermaßen:

<sup>1</sup> Ingwischen ausgeglichen.

Löhne per Arbeitstag:

der Schaffner	:	der Wagenführer
	Mf.	Mł.
bei Eintritt	3,	3,—
nach einem Jahr	3,25	3,25
" 11/2 Jahren	3,50	3,50
,, 3 ,,	3,65	3,65
" 5 "	3,75	3,85
,, 7 ,,	3 <b>,85</b>	4,—
" 10 "	4,—	4,25
" 12 "	<b>4,1</b> 5	4,50
" 15 <b>"</b>	4,25	4,70
" 17 "	4,35	4,85
, 20 ,	4,50	5,

Die Überstunden werden mit 50 % Aufschlag bezahlt, also pro Stunde  $\frac{\mathbf{T}$ agelohn  $\times$   $\frac{3}{10}$ . Daneben wird bei den Schaffnern auf eine regelmäßige

Trinkgeldereinnahme gerechnet, die je nach Geschicklichkeit und Linie pro Tag (das Jahr zu 300 Tagen gerechnet) 80 Pf., 1 Mf., 1,50 Mk. und 2 Mk. (auf der besten Linie: der grünen) ausmacht. Durch die Einssührung des Einheitstarises von 10 Pf. und des beschleunigten elektrischen Betriebes wird neuerdings die Trinkgeldereinnahme vermindert. Davon wird an den Führer üblicherweise 20—40 Pf. täglich abgegeben. Die turnusmäßigen sreien Tage werden mit 1,50 resp. 2 Mk. bezahlt, je nachsdem der Tagelohn bis 3,50 Mk. einschließlich oder mehr beträgt. Die an den sreien Tagen geleisteten Stunden (Reservehalten ev. Dienst) werden pro Stunde mit Tageslohn — 1,50 resp. 2 Mk. bezahlt. Außerdem bespro Stunde mit

zieht das Fahrpersonal nach fünstähriger Dienstzeit Gratisikationen, die für die Schaffner 20—30 Mk., für die Führer 20—50 Mk., die Konstrolleure bis 500 Mk. und die Stationsmeister 100—150 Mk. jährlich ausmachen. Das niedere Depots und verwandtes Personal erhält nach 10 Jahren 20—40 Mk. jährliche Gratisistation.

Die Führer erhalten, wenn sie durch ihre Umsicht und Energie Unsglücksfälle (z. B. Zusammenstöße mit Fuhrwerken) verhüten, für jeden einszelnen Fall 10 Mt. Prämie.

Für den Dienst find sowohl von der Polizei wie von der Direktion eine Reihe von Borschriften erlassen, die jedem Mitgliede des Fahrpersonals gedruckt übergeben werden. Die polizeilichen Vorschriften unter-

fagen 3. B. das Rauchen und ftellen Normen auf über das Reinhalten und die Beleuchtung der Wagen, die Aufnahme trunkener Berfonen, die Mitnahme von Tieren und Gepäckftuden, die Fahrgeschwindigkeit, die Aufnahme weiterer Fahrgafte, falls ber Wagen besetzt ift. Berjehlungen gegen diese Borichriften werden von Bolizei und Direktion mit Strafe bedroht. Buwiderhandlungen werden nach Art. 152 Abf. 1 des Polizeistrafgesethuches mit Geld bis ju 45 Mt. ober mit haft bis ju 8 Tagen bestraft. Die Zuwiderhandlungen betreffen meistens zu schnelles Fahren, die Benutung anderer als vorgeschriebener Geleise ("gegen den Wechsel Fahren") und Überfüllung des Wagens. Die Strafe beträgt erstmalig 4,30 Mt. Doch wird dagegen fast immer Berujung beim Amtsgericht eingereicht, das das Personal freizusprechen pflegt, da es für die Überfüllung meist nicht verantwortlich zu machen ift. Die von der Direktion erlaffene Dienstinstruktion von 1883 wird gegenwärtig mit Anpassung an die inzwischen erfolgte Clektrifierung umgearbeitet. Auf Rapport des Aufsichts= beamten hin verhängt die Direktion nach Anhörung des zu Strafenden je nach Bedarf folgende Strafen: Berweis, Gelbstrafen von 1 bis 5 Mt., Strafurlaub bis zu 14 Tagen und in schweren Fällen sofortige Entlaffung. Das ganze Strafenspftem wird im Gegensatz zu früheren Rahren ohne Barte 3m Nahre 1899 murden insgesamt 384 Mt. Gelbstrafen berhängt, mahrend fie in früheren Jahren bis zu 2000 Mt. betragen hatten.

Die häufigeren Bersehlungen sind: Zuspätkommen, Weglassen der Schutvorrichtung, Unterlassung der Billetverabreichung, Unterhaltung mit dem Kutscher, salsche Eintragung der Korrespondenz bei Umsteigebilleten, unvorschriftsmäßige Stellung, Schlasen während der Fahrt, schlechtes oder leichtsinniges Fahren, verzögerte Absahrt auf den Endstationen (im Jargon: "Hängen") u. s. w. In all diesen Fällen wird meist mit 1 Mt. bestrast. Strasurlaub wird versügt bei verschuldeten Zusammenstößen, Betrunkenheit und groben Nachlässigteiten. Wiederholter Verkauf derselben Villets (sogen. "Wildern") zieht 14tägigen Strasurlaub, das zweite Mal oder auch sogleich Entlassung nach sich. Im übrigen erfolgt sosortige Entlassung bei wieders holten Fahrlässigsteiten und Leichtsertigkeiten und außerdem, wenn die Polizei die Fahrerlaubnis entzieht.

haftung besteht bei den Schaffnern für die Ablieferung der auf Grund der Kontrolleintragungen sich ergebenden Ginnahme und für die restierenden Billete.

Die Kontrolleure haben einen Tagesgehalt von 5 Mf. bis zu 5,75 Mf. steigend nach Besinden der Direktion; der Oberkontrolleur bezieht 5,75 Mf. pro Tag und 30 Mf. Wohnungszuschuß pro Monat. Der täg=

liche Dienst dauert im Wechsel von 8 bis 9 Uhr (mit zwei Pausen von je 1 Stunde) und von  $6^{30}$  bis 12 Uhr nachts (mit 4 Pausen von  $8^{30}$  bis  $9^{30}$ , 12 bis 2, 5 bis 6 und 8 bis  $9^{30}$  Uhr). Aue 14 Tage ist  $^{1/2}$  Tag sei, der aber voll bezahlt wird. Nachdem die Löhne der Führer und Schaffner erhöht sind, dürste auch eine entsprechende Lohnausbesserung  $^{1}$ , sowie eine vermehrte Gewährung von sreien Tagen sür die Kontrolleure bald zu erwarten sein.

Der Fahrmeister bezieht täglich 4,75 Mt., neuerdings 5,50 Mt. und hat den Tag über Dienst mit Pausen nach Bedarf (ähnlich wie die Kontrolleure). Alle 14 Tage ist  $^{1/2}$  Tag bei voller Bezahlung frei.

Der Bahnmeister hat einen täglichen Dienst bis 12 Stunden, der sich mit den Pausen über den ganzen Tag verteilt. Der tägliche Gehalt beträgt 5,50 Mt. Außerdem wird eine Dienstwohnung zur Verzügung gestellt. Freie Tage nimmt er sich, soweit seine Arbeitseinteilung es erlaubt, jedensalls nicht häusig.

Stationsmeister sind meistens srühere Führer (Kutscher), die zum Fahrdienst wegen Alter oder teilweiser Invalidität nicht mehr geeignet sind. Sie haben die gleiche Lohnstala wie die Führer und die gleiche Bezahlung für die beiden sreien Tage, die sie im Monat haben. Der Dienst war bisher am "langen" Tage von 6<sup>80</sup> dis 12 Uhr nachts, am "kurzen" Tage von 7 dis 8 Uhr im Bechsel mit 2 Stunden Pause. Für den Nachtdienst wurde 50 Ps. Julage bezahlt. Neuerdings wird der Dienst, der in der Kevision der Couponbücher und Kontrollkarten der Schaffner und der Ausseichnung der von jedem Wagen vollsührten Fahrten besteht, von zwei Abteilungen ausgeübt, die von <sup>1</sup>/27 dis 11 und von 2 dis 6 Uhr, sowie von 11 dis 2 und 6 dis 12 Uhr im Wechsel thätig sind. Die beiden Abteilungen wechseln einmal im Monat ab. Indes ist diese Reuerung nicht für alle Stationsmeister ersolgt<sup>2</sup>.

Bahn= und Fahrmeister, Stationsmeister, Kontrolleure, Schaffner, Führer haben im Dienste eine von der Polizei vorgeschriebene Uniform zu tragen, die in Rock, Hose, Müge und Mantel besteht. Jeder hat deren zwei zu besitzen, die bei der jährlichen "Frühjahrsparade" vorzuzeigen sind.

Für den Sommer ist in diesem Jahre aus eine Eingabe der Ansgestellten hin das Tragen von leichteren Blousen gestattet, aber nicht vorsgeschrieben worden. Die Anschaffungskosten einer Uniform machen 50 bis 60 Mt. aus, sie ist in 1 bis 2 Jahren zu erneuern, Hosen häufiger.

<sup>1</sup> Ingwischen eingetreten.

<sup>2</sup> Überftunden werden jest bezahlt.

Der Mantel wird alle zwei Jahre von der Gesellschaft gratis geliesert. Außerdem erhält der Führer im Winter einen Pelzkoller zur Benützung. Nach einer bjährigen Dienstzeit wird jährlich ein Unisormzuschuß von 25 Mt., nach einer 10jährigen ein solcher von 50 Mt. gewährt.

Für die Führer ist im Sommer das Tragen von weißen Handschuhen seitens der Direktion vorgeschrieben. Diese Vorschrift ist in mancherlei hinsicht lästig, weil die Handschuhe in heißen Tagen unbequem sind, außerdem eine Extraausgabe ausmachen — Anschaffung und häusiges Waschen — und gelegentlich zu Strasen Anlaß geben können. Die Führer wünschen daher die Abschaffung dieser Vorschrift, die in der That weder hygienischen noch ästhetischen Wert hat 1.

Das Fahrpersonal hat seine Wohnungen möglichst in der Rähe besienigen Depots, ju bem es gehört. Die Depots (5 an ber Bahl) liegen in den fruberen, jest einverleibten Bororten. Die Stationsmeifter fuchen in der Rähe ihrer Stationierung Wohnung zu erhalten. Die Entfernung bis zum Depot wird mit 2, 3, 5, 6, 10 und mehr Minuten bis zu einer halben Stunde angegeben. Die Beschaffung billiger, kleiner Wohnungen wird auch in den Vororten von Jahr zu Jahr schwieriger. schwanken für 1 Zimmer und Küche zwischen 20 und 30 Mk. pro Monat, für 2 Zimmer ca. 25 Mt., und für 2 Zimmer und Küche beträgt der Mietpreis 30 Mt. und mehr. Manche Angestellte nehmen größere Wohnungen und vermieten 1 bis 2 Zimmer ab zu je 10 bis 15 Mf. Wohnungen in den neuen Säufern find relativ geräumiger und beffer, wenn sie auch den Übelstand haben, daß verschiedene Parteien auf demselben Korridor wohnen. Häufig steht das Chebett in der Rüche. Die Ledigen mieten ein möbliertes Zimmer jum Preise von 8 bis 12 Mt. im Monat. Der größte Teil der Führer und Schaffner ift übrigens verheiratet.

Die älteren Angestellten, die ihre seste Linie haben, essen zu Hause, außer wenn sie auf einer anderen Linie außhelsen müssen. Bei Bersetzung von einer Linie auf eine andere hat der Angestellte entweder längere Wege oder die Kosten eines Umzugs. Für solche Fälle wird eine gewisse Entsichädigung gewünscht. Die jüngeren Leute, die die Linien wechseln, essen meist nicht zu Hause. Morgens rücken sie in der Regel von den gleichen Depots aus; an den Abenden der Sonn= und Feiertage werden sie mit Sammelwagen dahin zurückbefördert.

<sup>1</sup> Auf die Singaben des Verbandes hin werden jett vier Paar Handschuhe jährlich geliefert.

#### Stredenperional.

Die Münchener Trambahn beschäftigt für Dienste, die wohl in allen anderen deutschen Großstädten von männlichen Arbeitern besorgt werden, nämlich für das Schienenreinigen  $^1$ , weibliches Personal, wie denn in München Frauen überhaupt häufiger zu sonst den Männern vorbehaltenen Arbeiten verwendet werden, z. B. bei Bauten. Die Schienenputzerinnen haben 12 stündige Arbeitszeit, von der  $1^{1/2}$  Stunden Pausen abgehen. Die Arbeit ist überwiegend Nachtarbeit, nämlich von 4 resp. 5 Uhr nachmittags bis 4 resp. 5 Uhr morgens.

Der Lohn beträgt 2 Mt., nach einem halben Jahre 2,20 Mt. Übersftunden werden ohne Aufschlag bezahlt. 3—4 Tage find im Monat von morgens 8 Uhr ab frei, werden aber nicht bezahlt.

Die Weichensteller und Ankuppler, zumeist teilweise invalide Leute, die stüher in anderen Stellungen bei der Trambahn beschäftigt waren, haben die gleichen Lohnbedingungen wie die betr. Kategorien, aus denen sie hervorgegangen sind. Der tägliche Dienst erstreckt sich von  $5^{80}-11$  und 2-6 Uhr oder von 11-2 und 6-3/412 Uhr. Freie Tage werden nach Meldung 1-2 mal im Monat gegeben, aber nicht bezahlt. Die Dienstunisorm (Kock und Hose) wird nach Bedarf geliesert, außerdem alle Lahre ein Mantel.

Die Streckenarbeiter unterliegen in ihrer Anzahl stärkerem Wechsel. Die normale tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden, abzüglich 2 Stunden Pausen. Indes wechselt sie stark; Racht= und Überstunden kommen bei dieser Kategorie sehr häusig vor. Der Lohn beträgt 30—35 Ps. pro Stunde; Racht= und Überstunden werden  $1^{1/2}$  sach bezahlt. Das durchsschnittliche Monatseinkommen beträgt 90-130 Mt., doch kann es geslegentlich bei vieler Überstunden= und Rachtarbeit bis 150 Mk. und mehr steigen. Freie Tage werden nach Bedarf gegeben, meistens Sonntags, aber nicht bezahlt.

Die Arbeiter für die Oberleitung haben Dienst von 6 bis 6 Uhr mit den üblichen 2 Stunden Pause. Ihre Arbeits= und Lohnver= hältnisse sind im übrigen die gleichen wie die der Werkstättenarbeiter (siehe unten).

#### Depotpersonal.

Unter diese Sammelrubrik sind hier alle Arbeiter zusammengesaßt, die irgendwie auf den Depots beschäftigt sind, ohne zu dem Werkstättenpersonal zu gehören. Die Depotarbeiter im engeren Sinne haben Dienst von

<sup>1</sup> Neuerdings auch großenteils für bas Beichenftellen.

6 bis 6 Uhr mit 2 Stunden Paufe. Der Lohn beträgt 3 Mf. beim Einstritt, 3,25 Mf. nach einem Jahre, 3,50 Mf. nach 3 Jahren, 3,75 Mf. nach 6 Jahren, und 4,50 Mf. nach 15 Jahren.

Freie Tage werden auf Verlangen, soweit Personal abkömmlich ist, erteilt, aber nicht bezahlt.

Die Lampenpuger haben die gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen, wie die Depotarbeiter.

Die Nachtwächter haben die Depots zu bewachen im Sommer von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, im Winter von 8 bis 8 Uhr, mit  $1^{1/2}$  Stunden Pausen. Die Entlöhnung ist dieselbe wie bei den Depotarbeitern. Dienstfrei wird nur auf Meldung hin gegeben, kommt indes nicht häufig vor, und der Lohn wird dann nicht weiter gezahlt.

Die Wagenwascher haben dieselben Lohnbedingungen wie die Depotarbeiter, auch hinsichtlich der sreien Tage. Der Dienst wird in 2 Abteislungen von 4 Uhr srüh bis 4 Uhr nachmittags (mit  $^{1}/_{2}$  Stunden Frühstücks- und  $1^{1}/_{2}$  Stunden Mittagspausen) und von  $^{1}/_{2}$ 9 Uhr abends bis 7 Uhr srüh (mit einer Pause von  $^{1}/_{2}$ 1 bis  $^{1}/_{2}$ 2 Uhr) geseistet. Die Reuseintretenden haben den Nachtdienst.

#### Das Werkitättenpersonal

umfaßt die Werkmeister, Werksührer, Handwerker und ungelernten Arbeiter, die in den Reparaturwerkstätten der einzelnen Depots Verwendung sinden. Die tägliche Arbeitszeit umfaßt 12 Stunden, abzüglich 2 Stunden Pausen. Der Werkmeister bezieht 5 Mt. pro Tag, die Werksührer 4,25—4,75 Mt. 4 Werksührer haben zudem Dienstwohnung im Depot, die bei den Versicherungen zu 200 Mt. angerechnet wird. Die Hand werker erhalten zu Beginn einen Tagelohn von 3,50 Mt., nach ½ Jahre 3,75 Mt., nach einem Jahre 4 Mt., von da ab steigt er in Raten weiter und erreicht nach 10 Jahren das Maximum von 5 Mt., Qualitätsarbeiter bekommen 25 Ps. mehr. Gelegentlich kommen in den Werkstätten Accordlöhne vor.

Die Helfer (nichtgelernte Arbeiter) bekommen zu Beginn pro Tag 3 Mk., nach 1/2 Jahre 3,25 Mk., nach 1 Jahre 3,50 Mk. u. j. w., bis nach 10 Jahren das Maximum von 4,50 Mk. erreicht ist. Der Sonntag ist zumeist seei. Überstundenarbeit wird mit 50% Ausschlag, Nachtarbeit doppelt bezahlt.

Der Magazinierposten ist eine Art Ruheposten. Der tägliche Dienst beträgt 10 Stunden (von 6 bis 6 mit 2 Stunden Pausen), der Lohn 3,75 Mf.

<sup>1</sup> Der Arbeitstag ift jest auf 9 Stunden reduziert.

#### Wohlfahrtseinrichtungen, Berficherungsfaffen, Bereine.

Seit dem 1. April 1900 erhalten sämtliche Angestellten der Trandbahn, die als Reservisten oder Landwehrmänner zu militärischen Übungen einberusen werden, für die 14 Tage Übungszeit den vollen Betrag außbezahlt.

Das Personal hat Freisahrt, die Angehörigen empsangen sehr billige Abonnements (statt zu 15 Mk. zu 2 Mk.).

Für das gesamte Betriebs= und Kontorpersonal, sofern ihre Beschäftigung nicht durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch Vertrag auf einen Zeitraum von drei oder weniger Tage beschränkt ist und soweit der Lohn nicht 6<sup>2</sup>/s Mt. pro Tag oder 2000 Mt. pro Jahr übersteigt, besteht eine obligatorische Betriebskrankenkasse.

Nach dem Statut können auch nicht versicherungspflichtige Personen, welche beim Trambahnbetrieb beschäftigt find, Mitglieder der Kasse werden, soweit ihr jährliches Gesamteinkommen 2000 Mt. nicht übersteigt, unter der Boraussehung, daß eine arztliche Untersuchung teine bereits bestehende Erkrankung ergiebt. Bei Befund eines "nicht normalen Gefundheitszuftandes" erhalten diefe freiwilligen Mitglieder erft 6 Wochen nach der Anmeldung den Anspruch auf Krankenunterstützung. Bon dem obligatorischen Beitritt sind diejenigen versicherungspflichtigen Personen befreit, die nachweislich Mitglieder einer den Anforderungen des § 75 des Rrankenversicherungsge= setzes genügenden Hilfskaffe sind. Solche Hilfskaffenmitglieder, welche in ihrer bisherigen Raffe weniger als die Balfte des für den jegigen Beschäftigungsort jestgesetten ortsüblichen Tagelohns als Krankengeld zu beanfpruchen haben, bleiben nur noch zwei Wochen nach dem Gintritt in die Beschäftigung bom obligatorischen Gintritt befreit. Raffenmitglieber, die aus dem Trambahnbetriebe ausscheiden und nicht auf Grund ihrer neuen Beschäftigung Mitglieder einer anderen Betriebs=, Orts= u. f. w. Kasse werden, können freiwillige Mitglieder bleiben, solange sie sich im Gebiete des Deutschen Reiches aufhalten. Eintrittsgeld im Betrage des für 6 Wochen zu leistenden vollen Kassenbeitrages wird nur von denienigen freiwillig bei= tretenden Mitgliedern erhoben, welche das 45. Lebensjahr gurudgelegt haben oder deren Gefundheit nach der bei ihrer Anmeldung vorgenommenen Unterfuchung keine normale ift, außer wenn fie innerhalb der ihrer Anmeldung vorhergehenden 13 Wochen einer anderen Rrankenkaffe angehört oder Beitrage jur Gemeindekrankenversicherung geleistet haben. Als Rrankenunter= stützung wird gewährt: 1. freie ärztliche Behandlung (freie Arztwahl!), freie Arznei, sowie Brillen und ähnliche Vorrichtungen oder Heilmittel,

welche zur Beilung bes Erkrankten oder zur Berftellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit nach beendigtem Beilverfahren erforderlich find. Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach der Erkrankung ab für jeden Ralendertag einschließlich der Sonn= und Festtage als Rranten= geld die Sälfte des wirklichen Arbeitsverdienstes, soweit derselbe 4 Mt. pro Tag nicht übersteigt. Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbs= unfähigfeit spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach dem Beginn des Rrankengeldbezuges. (Bei Unfällen werden von der 5. Woche an ftatt 3/6 des Tagesverdienstes unter 4 Mt. 4/6 bezahlt; das lette 1/6 zahlt die Unfallverficherung.) Der Borftand tann an Stelle der angeführten Rrantenunterstützung freie Rur und Verpflegung im Rrantenhause gewähren: 1. für Mitglieder, die in eigener ober ber Saushaltung ihrer Familie leben, mit beren Zustimmung; unabhängig dabon, wenn die Art der Rrankheit Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, welchen in der Familie des Erfrankten nicht genügt werden kann, oder wenn die Rrankheit eine ansteckende ift, oder wenn der Zustand oder das Berhalten des Erfrankten eine jortgesette Beobachtung erjordert; 2. für fonftige Erfrankte unbedingt. Sat der in einem Krantenhause untergebrachte Angehörige, die er bisher aus feinem Arbeitsverdienste unterhalten hat, fo ift für diese die Balfte des feftgefegten Rrantengeldes zu zahlen. Gin im Rrantenhaufe untergebrachter ohne folche Angehörige erhält 1/8 des zur Anrechnung ge= langenden Arbeitsverdienftes als Rrankengeld bar ausbezahlt. Mitglieber, die den ihnen im Rrantheitsfall auferlegten Borichriften (Beobachtung der ärztlichen Vorschriften, Arbeiten nur mit besonderer Genehmigung, Besuch öffentlicher Lokale nur mit Erlaubnis des Vorstandes u. f. w.) zuwider= handeln. können bom Borftand in eine Strafe bis zu 5 Mt. genommen Gleichzeitig anderweitig versicherten Mitgliedern wird das Rrankengeld soweit gefürzt, als es zusammen mit bem anderweitig bezogenen Rankengelde den vollen Betrag des wirklichen durchschnittlichen Arbeits= verdienstes, nicht des bloß jur Unrechnung gelangenden, überschreitet. Mitglieder find bei Bermeidung einer Ordnungsftrafe bis ju 20 Mt. verpflichtet, folche anderweitigen Berficherungsverhältniffe dem Borftande anguzeigen. Mitglieder, die die Raffe durch eine mit dem Berluft der burger= lichen Chrenrechte bedrohte strafbare Sandlung geschädigt haben, wird jur die Dauer von 12 Monaten, folchen, die fich eine Krantheit vorfätzlich oder durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien, durch Trunkfälligkeit ober geschlechtliche Ausschweifungen 1 zugezogen haben, für die Dauer diefer Rrant=

<sup>1</sup> Bom mediginischen Standpunkte aus nicht ratfam.

heit Krankengelb nicht gewährt. Weiblichen Mitgliedern, die mindestens 6 Monate einer Krankenversicherungskaffe angehört haben, wird im Falle der Entbindung auf die Dauer von 4 Wochen eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes gewährt. Bei der Entbindung oder später eintretende Erkrankungen begründen denselben Anspruch auf Unterstützung wie andere Erkrankungen.

Im Todessall eines Mitgliedes wird ein Sterbegeld im zwanzigsachen Betrage des zur Anrechnung gelangenden Arbeitsverdienstes gewährt (also bis zu 80 Mf.). Borsitzender der Betriebskrankenkasse ist der Direktor, Kassensührer der 1. Buchhalter der Trambahn. Die übrigen 5 Mitglieder des Borstandes wählt die Generalversammlung ohne Mitwirkung der Bertreter der Firma. Auf der Generalversammlung hat der Bertreter der Firma höchstens ein Drittel sämtlicher Stimmen. Sämtliche Beiträge zahlt die Firma, ebenso wie sie die Beiträge zur Invaliditäts= und Altersversicherung allein trägt, solange beide zusammengenommen den Betrag von 5 Mf. im Monat nicht übersteigen.

3m Jahre 1899 murden berausgabt:

	· ·	M 18
II. III. IV. V. VI. VII. VIII.	Für ärztliche Behanblung  " Arznei und sonstige Heilmittel  " Arankengelber an Mitglieber.  " " " " " Ungehörige der Mitglieber .  " Unterstügungen an Wöchnerinnen .  " Kur= und Berpslegskosten an Arankenanstalten .  " Sterbegelber .  " Aapitalanlage .  " Sonstige Ausgaben .	5675 65 4665 15 10647 41 56 98 102 76 576 576 360 90 598 74 6 60 22690 29

Die Kasse zählt 908 männliche und 52 weibliche Mitglieder, auf die 382 bezw. 31 Krankheitssälle mit 5881 bezw. 747 Krankheitstagen und 5 männliche Sterbesälle entsielen. Da der vorgeschriebene Reservesonds erreicht ist, so dürste die Gewährung des Krankengeldes schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunsähigkeit an statthast sein (vergl. unter Tramcar die betr. Bestimmung der Ortskrankenkasse IX, die indes nur in Krankeitsfällen von mehr als einer Woche Dauer auch für die ersten 3 Tage das Krankenzgeld zahlt).

Das wechselnde Personal der Trambahn, wie die Streckenarbeiter, ist in der Ortskrankenkasse IX versichert, solange es weniger als 1 Jahr im Dienste ist. Für dieses zahlt das Unternehmen nur die gesetzlich vorgesschriebenen Beiträge.

Die zur Anmeldung gelangenden Krankheitsfälle werden statistisch nur mit Bezug auf die Gesamtdauer und die Zahl der Fälle bearbeitet, die einzelnen Krankheitsarten aber nicht notiert und ausgeschieden. Insolgedessen sind die häufiger vorkommenden und die als Berusktrankheiten zu bezeichnenden Erkrankungen statistisch nicht saßbar. Nach den Mitteilungen eines Arztes, der eine große Praxis unter dem Trambahnpersonal hat, geshören zu den häufigen Krankheitssormen:

- 1. Tuberkulosen meist geringen Grades, dar. Lungenspisenkatarrhe und chronische Bronchialkatarrhe. Einige Fälle wurden an die Bolksheilstätte in Planegg überwiesen. Das neuerdings vermehrte Austreten dieser Erkrankungen wird von dem betreffenden Arzte mit dem schnelleren elektrischen Betriebe, der den Staub stärker auswirble, in Verbindung gebracht. Häusiger sind die Schaffner von diesen Krankheiten besallen. Doch ist Material und Besobachtungszeit noch zu gering, als daß sichere Schlüsse daraus gezogen werden könnten.
  - 2. Rheumatismen (nicht fehr häufig).
  - 3. Bronchitiden aller Art.

Im ganzen ist das Personal gesund und kräftig und auch im besten Alter (Anfangs 20 bis 45 Jahre); bei geringeren Erfrankungen pflegt es weder die Arbeit auszuseken noch zum Arzte zu gehen. Bon den Angeftellten felbit (d. h. dem Fahrperfonal) werden als häufigere Erkrankungen angegeben: Berftopfungen, Blasen= und Steinleiden (auf zu wenig Bewegung und eine zu geringe Anzahl von Bedürfnisanftalten gurudaeführt), Fußleiden, Krampfadern, Unterschenkelgeschwüre, Leberleiden infolge von Blutstauungen (alle auf das Stehen zurückgeführt) und Rheumatismen und Erkältungen. Reurafthenien und fogen. "railway pines", die bei Gifenbahn= bediensteten vorfommen und nicht felten gur vollen Geiftegerfrantung führen, find weder vom Personal noch von den befragten Arzten beobachtet worden. Bu gefundheitlichen Störungen, die man als Berufskrankheiten im engeren Sinne bezeichnen mußte, giebt die Bedienung der Accumulatorenwagen Beranlaffung durch die Ausdunftungen ber Säuren. Das babei beschäftigte Berfonal ift deshalb um häufigere Ablöfung in diefem Dienft eingekommen die bereits bewilligt ift.

Die Beantwortung mehrerer an die Direktion des städtischen Krankenshauses gerichteten Ansragen hinsichtlich Berusskrankheiten u. s. w. wurde mit Rücksicht auf die Menge des Stoffes und das Amtsgeheimnis für unsthunlich erklärt. Es scheint danach, daß auch die öffentlichen Krankenhäuser die Ausbeutung des bei ihnen angesammelten Materials für diese berusliche

Schriften XCIX. — Strafentransportgem.

Krankenstatistik durch Anlage von Einzelbogen, die nach Berusen zusammen= gesaßt werden, weder ermöglichen, noch vorbereiten. —

Rach ärztlicher Ansicht wäre es wünschenswert, daß die vorderen und hinteren Plattsormen, die dem Fahrpersonal zum Ausenthalt dienen, möglichst dicht nach außen hin abgeschlossen wären, um die Unbilden der Witterung, den Staub u. s. w. abzuhalten, eine Forderung, der die neuen Wagen soviel wie möglich nachkommen. Ferner wird die Einrichtung von Unterkunftshäuschen und Bedürsnisanstalten an den Endstationen, soweit sie noch nicht vorhanden sind, für wünschenswert erklärt. Dazu müßte, nach Meinung der Angestellten, der Ausenthalt auf den Endstationen auf 5 bis 10 Minuten verlängert werden. Die Beschaffung von Siggelegenheit sür den Führer wird dagegen sür problematisch und kaum durchsührbar erklärt.

Die Münchener Trambahn gehört der Straßenbahnberufsgenoffenschaft an. Die Unfälle hatten, solange der Pferdebetrieb bestand, einen anderen Charakter als jest bei dem elektrischen Betrieb. Es kamen da vor Bersletzungen durch Pferdeausschlagen, durch das Jurückschnellen der Bremse, durch Einklemmungen, Zusammenstöße, Ausgleiten u. s. w. Vor allem war seit 17 Jahren kein töblicher Fall und nur ein Fall völliger Invalizdität ersolgt (durch Absahren eines Fußes). Eine Analyse der im Jahre 1900 bis Mitte August eingetretenen Unfälle ergiebt solgendes Bild:

Durch den elektrischen Strom veranlagte Unfälle find nicht eingetreten. Ein Stredenarbeiter erlitt eine Fraktur des Mittelfußknochens, badurch baß ihm eine Schiene auf den Fuß fiel. Wagenwascher erlitten Kontusion des Rückens und Schlüffelbeinbruch (beim Kuppeln), ein Schloffer zog sich Quetschungen zu, ebenso eine Schienenputgerin, die von einem Gefährt umgeriffen wurde. Gin Wagenführer trug bei einem Bufammenftog Rontufionen davon. Um häufigsten werden die Schaffner verlett. Berzeichnet find Prellungen (bei einem Fall vom Wagen), Quetschungen (bei Bufammenftog), Bruch der beiden Unterschentellnochen (Bufammenftog beim Ankuppeln), Leistenbruch beim Ginheben, Kontusionen und Distorsion des Kniegelenks (durch Fehltritt und Ausgleiten). Nicht weniger wie 6 Unfälle trafen die Schaffner beim Dienft auf den offenen Anhängewagen, mährend fie auf den ringsherumführenden Trittbrettern die Billette abgaben, darunter war ein tödlicher Fall, eine fehr schwere Berletzung, die zu dauernder Invalidität führen wird (mehrere Rippenbrüche und Lungenverletzung), fowie mehrere Quetschungen und Prellungen. In all' diesen Fällen wurden die Schaffner von vorbeisahrenden Wagen erfaßt und heruntergeriffen. durch vermehrte Vorsicht des Versonals diese Unfälle taum vermieden werden können, ist in den hiesigen Zeitungen mit Recht die baldige Abschaffung dieser Wagen mit herumlausenden Trittbrettern, resp. deren Umbau in solche mit einem durch die Mitte sührenden Gange verlangt worden 1.

Hur das Fahrperfonal besteht seit dem 1. Januar 1893 eine Benfions. taffe, deren Beitereriftens vom Magistrat und Gemeindekollegium der Stadt München auch nach dem Übergange der Trambahn in das städtische Eigentum rejp. Verwaltung garantiert ift. Alle Mitglieder des Fahrpersonals (Kontrolleure, Stationsmeifter, Schaffner, Rutscher, Führer), Lokomotivheizer, Beizer, welche nach dem 1. Januar 1893 in den Dienst aufgenommen wurden, find verpflichtet, der Raffe beizutreten, die früher eingestellten Bediensteten waren berechtigt, durch schriftliche Bereiterklärung Mitglied zu werden. Freigestellt ift ber Beitritt dem Bureaupersonal und dem (ehemaligen) Stall= und Futtermeifter. Über die Aufnahme weiterer Bedienfteter ent= scheibet die Generalversammlung 2. Bei der Gründung der Raffe wurden zwei Beitragsklaffen von 3 und 5 Mk. pro Monat eingerichtet, jest werden nur noch Mitglieder in die 5 Mt.-Rlaffe aufgenommen, und viele von der 3 Mt.=Rlaffe find durch Nachzahlung des verficherungstechnisch berechneten Unterschiedes in die 5 Mt.-Rlaffe übergetreten. Jedes Mitglied hat beim Eintritt 30 Mt zu gablen, die vor dem 1. Januar 1893 Angestellten hatten für jedes zurudgelegte Dienstjahr (bis zum Maximum von 15) 20 Mt. nachzugahlen. Sett herrscht folgender Modus. Das neueintretende Mitglied zahlt die vorgeschriebene Dienst=Raution von 100 Mt. in die Penfionskasse ein und entrichtet 5 Jahre hindurch statt 5 Mt. monatlich 3 Mt. Die Kaution wird inzwischen mit 31/2 0/0 verzinst, so daß das Mitglied nach 5 Jahren nach Draufgahlung von etwa 14 Mf. all' feinen Berpflichtungen nachgekommen ist (Gintrittsgelb ist babei eingeschloffen). Nach 5 Jahren, welche zugleich als Karenzzeit für den Penfionsbezug gelten, gahlt das Unternehmen 3 Mt. vom Monatsbeitrage (feit 1. Januar 1898), jo daß die alten Mitglieder der 3 Mt.=Klaffe nichts mehr, die der 5 Mt.=Rlaffe dagegen nur noch 2 Mt. im Monat zu zahlen haben. Außer Schenkungen hat die Benfionskaffe den Bezug der wegen Überschreitung der dienstlichen Vorschriften verhängten Strafgelder. Stirbt ein Mitglied, fo werden Monatsbeiträge und Eintrittsgelber nicht zurückgezahlt. nur im Fall es vor Ablauf der Wartezeit ftirbt, wird das Gintrittsgeld (und der nicht verbrauchte Teil der Raution) jurudgezahlt. Bei freiwilligem oder unfreiwilligem Austritt aus dem Dienste der Trambahn findet statutarisch nur eine Rudvergutung der von jedem Mitglied felbst geleisteten Beitrage

<sup>1</sup> Der Umbau ift nunmehr vom Magistrat beschloffen worden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Pensionskasse, die einer gründlichen Resorm unterzogen wird, ist ins zwischen auch den Depots und Werkstättenarbeitern zugänglich gemacht worden.

nebst Beitrittsgelb mit 75 % ohne Zinsgewährung statt. Der nicht verbrauchte Teil der Kaution wird samt Berzinsung zu 3½ % zurückgezahlt. Thatsächlich werden auch die übrigen Einzahlungen — bei dem günstigen Kassenstande — völlig zurückgezahlt.

Nach Ablauf der Wartezeit findet eine Penfionierung nur dann statt, wenn das Mitglied infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht mehr im stande ist, durch eine seinen Krästen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit mindestens einen Betrag zu verdienen, der der Hälfte des zuletzt verdienten Lohnes gleichkommt. Solange das Mitglied Zahlungen aus der Krankenkasse erhält, ruht in der Regel der Pensionsanspruch. Die Zahlung der Pension ruht serner, wenn das Mitglied, abgesehen von der staatlichen Invaliden= und Alterspension, eine auf gesetzlicher Vorschrift beruhende Unterstützung bezieht, welche höher ist als die Leistung der Pensionskasse; ist sie niedriger, so wird sie von der Kasse auf das von ihr gewährleistete Maß erhöht. Die Pension beträgt in der 5 Mk.=Klasse:

In der 3 Mk.=Klasse sind die analogen Sätze für die Wagenführer 10 Mk. und 0,60, 1,20 und 1,35 Mk. Zulage, für die übrigen Mitglieder 10 Mk. und 0,60 und 1,20 Mk. Zulage pro Monat.

In der 5 Mk.-Klaffe erhalten die Führer demnach nach 30jähriger Dienstzeit eine Pension von 57,50 Mk., die übrigen Mitglieder eine solche von 50 Mk. pro Monat, in der 3 Mk.-Klasse die Führer 35,50, die übrigen Mitglieder 31 Mk. pro Monat. Für die Mitglieder der Kasse, welche am 1. Januar 1893 länger als 6 Jahre im Dienst waren, treten Kürzungen ein.

Wird das pensionierte Kassenmitglied wieder erwerdssähig, so hört der Pensionsbezug auf. Wenn die Kassenmitglieder sich die Arbeitsunsähigkeit vorsählich oder durch schulbhaste Beteiligung an Schlägereien oder durch geschlichtliche Ausschweisungen zuziehen, so wird nur in besonders berücksichtligungswerten Fällen ein Teil der Pension vorübergehend oder dauernd gewährt. Bei sreiwilligem Austritt aus dem Dienste oder Entlassung, bei

Erschleichung einer Pension und bei Berluft der bürgerlichen Ehrenrechte geben die Rechte eines Kassenmitgliedes und damit der Pensionsanspruch verloren.

Eine Witwen = und Waisenkasse eist bisher nicht mit der Pensionstässe dasse berbunden, doch hat der Borstand das Recht, Hinterbliebene von Kassenmitgliedern zu unterstühen, salls die zu Unterstühungszwecken versügsdaren Mittel es gestatten. Die Trambahnunternehmung bestellt unter eigener Verantwortung den Kassenstührer, außerdem ernennt sie den Borssigenden. Die übrigen 5 Vorstandsmitglieder (Beisiher) werden von den stimmberechtigten Kassenmitgliedern jeweils sür zwei Jahre gewählt. Die Generalversammlung, die als ordentliche zweimal jährlich statzusinden hat, seht sich zusammen aus einem Vertreter des Vetriebsunternehmers, der höchstens 1/s sämtlicher Stimmen inne hat, und den von jedem Depot sür je 20 Mitglieder gewählten Vertretern. Zede Statutenänderung bedarf der sormellen Zustimmung des Vetriebsunternehmers und bei Übernahme materieller Leistungen auch des Einverständnisses des Stadtmagistrates München. Die Pensionskasse hat Korporationsrechte.

Am 31. Dezember 1899 hatte die Penfionskaffe 369 Mitglieder mit Monatsbeiträgen zu 5 Mk. und 265 Mitglieder mit Monatsbeiträgen zu 3 Mk., zusammen 634 aktive und außerdem 4 passive Mitglieder. Gezahlt wurden im Jahre 1899: 689,60 Mk. Pensionen. Der Bermögensstand der Kasse betrug am 31. Dezember 1899: 281 588,09 Mk.

Unter dem gesamten Trambahnpersonal hat sich eine Sterbekasse gebildet, die 3. It. ca. 730 <sup>1</sup> Mitglieder zählt. Mitglied kann jeder Ansgestellte werden, der 3 Jahre im Dienst ist, das Fahrpersonal aber sogleich beim Diensteintritt. Die Kassenstührung besorgt ein Direktionsbeamter. Die Kasse erhebt durch Umlageversahren sür jedes verstorbene männliche Mitglied 1 Mt., sür jedes verstorbene weibliche Mitglied (etwa <sup>2</sup>/2 der Kassenangehörigen haben ihre Frau versichert) 50 Ps. Der Beitritt ist nicht obligatorisch, wird aber von der Direktion nahegelegt.

Für die einzelnen Depots bestehen sogenannte Depotsparkassen, deren freiwillige Mitglieder sich aus dem Fahrpersonal des betreffenden Depotsrekrutieren. Es giebt zwei Arten dieser Kassen. Die eine zahlt um Beihnachten die Zinsen des beliebig eingezahlten Geldes, das bei der städtischen Sparkasse hinterlegt wird, samt Kapital zurück und verteilt die aus der Beranstaltung von Festen stammenden Überschüsse (200—300 Mt.) gleichzeitig unter die Mitglieder. Die zweite, jüngere Art verwendet ihre Einnahmen (Zinsen und Überschüsse) zu Krankenunterstützungszwecken und

<sup>1 1902 818</sup> Mitglieder.

erhebt auch Eintrittsgelder (1 Mt.) und monatliche Beiträge (50 Bf.). Eine diefer Raffen hatte im Jahre 1899 ca. 500 Mf. Ginnahme aus veranstalteten Festen und 48 Mt. Binseinnahme. Sie gewährt eine Rranten= unterstützung von 1 Mt. pro Tag (früher 50 Pf.). 3m Jahre 1899 wurden 100 Mf., vom 1. Januar bis 1. Juli 1900 bereits 200 Mf. dafür verausgabt. Das Bereinsvermögen betrug am 1. Juli ca. 1600 Mf. Diefe verschiedenen Raffen mit oder ohne Unterstützungszweck werden fich vermutlich bald unter fich und mit dem Verband der Münchener Trambahner vereinigen. Es wurde dann ein einziger Unterftugungsverein gu ftande kommen 1. Jest gehört noch ein größerer Teil des Berfonals anderen Bereinen mit Unterftugungszweden an, 3. B. bem Beteranenverein, ber in Erkrankungsfällen bei 1,30 Mt. Monatsbeitrag im zweiten Jahr ber Mitgliedschaft 1 Mt., im dritten 1,50, nach 5 Jahren 2 Mt. pro Tag Unterftukung gahlt und außerdem eine Sterbekaffe mit 1 Mt. Umlage bei jedem Todesfall bildet und eine Musit jum Begrabnis ftellt.

Ein aus dem Trambahnpersonal gebildeter Gefangverein mit ca. 24 aktiven und 120 passiven Mitgliedern, die beide 20 Pf. Monats=beitrag leisten, versolgt gleichfalls Unterstühungszwecke. Der Verein hat seit seinem Bestehen (7 Jahre) bereits 1300 Mf. verausgabt an Trambahner, die über 13 Wochen krank waren oder sich sonst in schwierigen Verhältnissen besanden.

Die Gründung einer Organisation der Trambahner ging aus von dem (katholischen) "Arbeiterschuß". Derselbe hatte in mehreren Sektionen andere Arbeitergruppen organisiert. Aus den 26. Juli 1899 abends berief der Sekretär des "Arbeiterschußes" eine Trambahnerversammlung, die gut besucht war. Nach einem aussührlichen Reserat des Sekretärs, worin die mannigsachen Beschwerden und Wünsche der Trambahnangestellten zussammengesaßt waren, wurde die Gründung einer Trambahnersektion des Arbeitsschußes beschlossen. Unter den Mißständen, die besonders hervorgehoben wurden, spielten ungerechte Strasen, überlange Dienstzeit besonders der Stationsmeister, ungleiche Turnuseinteilung, zu geringe Löhnung des niederen Depotpersonals eine Hauptrolle.

Es wurde angesührt, daß Schaffner bestraft wären, wenn Fahrgäste aus Versehen über die bezahlte Sektion hinausgesahren seien. Die Organissation kam zu stande trot aller hemmenden Faktoren, als welche der Reserent ausgezählt hatte: geringer Zusammenhang des auf 7 Depots

<sup>1</sup> Hat sich 1901 gebildet. Die "Allgemeine Krankenzuschußkasse" hat z. Z. (Mai 1902) ca. 400 Mitglieder u. 6000 Mk. Vermögen. Die Beiträge sind auf 30 Pf. pro Boche und die Leistungen auf 1 bis 2 Mk. — je nach Dauer der Mitgliedsschaft — pro Tag erhöht worden.

(heute 5) verteilten Personals, das, aus allen Branchen rekrutiert, keine Fühlung untereinander habe und sich nach verkrachter Existenz zum Teil steue, nur untergebracht zu sein, weit voneinander entsernte Wohnungen und Arbeitsstätten und Beschäftigung zu verschiedenen Zeiten (Früh= und Spätwagen), Angst vor Maßregelung. Im August wurden die Statuten angenommen, die als Zweck der Sektion bezeichnete Pflege des kameradsichaftlichen Geistes, Beseitigung unhaltbarer Zustände, Entsernung ungerechter Strasbestimmungen durch Eingaben und Beschwerden an Direktion und Magistrat, die Einrichtung socialer und wohlthätiger Institutionen (Konsum= verein), Unterstützung Gemaßregelter, Berunglückter und in Not Geratener, die Bildung einer gemeinsamen Straskasse, um die Mitglieder vor willkürslichen Strasen zu schüßen, unentgeltliche Katerteilung in Rechtsfragen durch das "Volksbureau" des Arbeiterschußes. Der Beitrag wurde auf 20 Pf. pro Monat sestgeset, wovon pro Quartal 10 Pf. an den "Arbeiterschuß" abgegeben werden mußte, die Ausnahmegebühr auf 30 Pf.

Zu der ersten Versammlung war die Direktion eingeladen worden, hatte es jedoch abgelehnt, sich vertreten zu lassen, da ersüllbare Wünsche des Trambahnpersonals dis jetzt stets berücksichtigt worden seinen und durch Deputationen und Eingaben jeweils vorgebracht werden könnten und daher Mittelspersonen nicht vonnöten wären. Der "Arbeiterschutz" reichte im Namen des neugegründeten Verbandes im September 1899 eine aussührliche Eingabe bei der Direktion ein, worin sür verschiedene Arbeiterkategorien um Lohnerhöhungen, Abschaffung von Mißständen (Strasurlaub, Sprechverbot, Tragen von weißen Handschuhen, Reserve= oder Frühdienst nach Nachtdienst am vorhergehenden Tage), volle Bezahlung der alle 10 Tage zu gewährenden steien Tage, Gewährung eines dreitägigen, vollbezahlten Urlaubs im Jahre und Erhöhung der Monturgelder nachgesucht wird. Zum Schluß wird die vereinte und gemeinsame Vorlegung dieser Vitten damit entschuldigt, daß bei ähnlichen Versuchen vereinzelter Bediensteter Maßregelungen weitzgehendster Art zu erwarten wären.

Der "Arbeiterschut versuchte später, den Trambahnerverband auszubauen zu einem Berband des baherischen Straßenverkehrspersonals, um die Organisation sester und auf umsassenderer Grundlage zu gestalten, und um sich sür den Strikesall den Rücken zu decken. Dazu hätten dann auch das Tramcarpersonal und die Droschkenkutscher herangezogen werden sollen. Damit war das Trambahnpersonal nicht einverstanden. Es hoffte zudem die Abneigung der Direktion bei einer Abtrennung vom Arbeiterschutz zu überwinden. Ferner wurde geltend gemacht: der Arbeiterschutz schwimme im Centrumsplanwasser, während man eine unabhängige Organisation wollte, um allen

Parteiangehörigen den Beitritt zu ermöglichen. Auch hielt man die an die Raffe des "Arbeiterschutzes" abzuführenden Beiträge für eine unrentable Gelbausgabe. So trennte fich benn Ende Juni 1900 aus mannigfaltigen Motiven der Trambahnerverband vom "Arbeiterschut," und beauftragte eine Rommiffion mit einer neuen Statutenbearbeitung. Eine neuere Eingabe war zuvor von einer Trambahnerkommission persönlich überreicht. Schlufpaffus lautete: "Sollten alle diese Bitten einfach ignoriert werden, fo konnte die Vorstandschaft für eine gewisse Migstimmung und die damit nachwirkenden Folgen bei dem Bersonal nicht mehr haften." wurde vom Direktor die Rommission berusen und ihr mitgeteilt, daß ein großer Teil ihrer Buniche erfullt wurde. In der That erfolgte eine generelle Lohnerhöhung und auch anderweitige Regelung der Arbeitszeiten. Nur wird das Lohnmaximum für das Fahrpersonal ftatt nach 15 Jahren, wie das Personal es gewünscht hätte, erst nach 20 Jahren erreicht. Statt des Urlaubs wurde eine früher eintretende und erhöhte Gratifikation gewährt (vgl. oben). Im übrigen erklärte die Direktion das Bestreben des Personals, seine Lage zu verbeffern, für durchaus berechtigt und verhielt fich besonders seit der Trennung des Berbandes bom "Arbeiterschut" ihm gegenüber wohlwollend.

Die neuen Berbandsstatuten weisen an bemerkenswerten Ünderungen solgende Bestimmungen auf: Einrichtung einer Krankenzuschußkasse und die Ausschließung politischer und konsessioneller Erörterungen. Die Ausnahmegebühr beträgt jest 50 Ps. und der Quartalsbeitrag 1 Mk. Zeden Monat sindet eine Mitgliederversammlung statt. Der Berband zählt bereits 600 Mitglieder. Mitglied des Berbandes kann jeder Trambahnbedienstete werden, welcher nicht im Kange eines Beamten steht, das 18. Lebensjahr erreicht hat und in der Betriedskrankenkasse ist. Die Schienenputzerinnen sind dissher von der Mitgliedschast ausgeschlossen?. Pensionierte Mitglieder können weiter im Berbande bleiben, während aus dem Dienst der Trambahn ausstretende Angestellte zugleich ihre Mitgliedschast verlieren.

Der Verein unterstützt seine kranken und hilfsbedürstigen Mitglieder, über die Höhe der Unterstützung entscheidet jedesmal der Verbandsvorstand. Außerdem gewährt der Verband beim Todessall eines Mitgliedes sreie Musik und Kranzspende, welch' letztere bisher durch Sammlungen aufgebracht wurde. Außer der Gründung einer einheitlichen Krankenzuschußkasse dürste zu den späteren Verbandsaufgaben gehören: die Anstrebung eines Arbeiteraussschusses, einer Versicherung der Angehörigen gegen Krankeit, einer

<sup>1</sup> Ende 1901 717. Die bereits früher organissierten Werkstätten en Depots und Streckenarbeiter traten in corpore bei, bilben aber eine eigene Sektion.

<sup>2</sup> Ingwischen zugelaffen.

Hinterbliebenenverforgung, der vollen Bezahlung der freien Tage und eines bezahlten Urlaubs. Bu den Bunfchen, die allgemein geäußert werden, gehören: die Abschaffung refp. der Umbau der offenen Wagen mit den herumlaufenden Trittbrettern, die Errichtung von Wohnungen und die Aushändigung eines Eremplares des Vertrages, der zudem umzuarbeiten wäre1.

Die verhältnismäßig günftige Lage des Bersonals ist bereits jest zum Teil dem im ganzen ruhigen und geschickten Vorgehen der Organisation zuzuschreiben.

## II. Die Tramcar.

(Seit 1901 eingegangen.)

Die Münchener Tramcar besteht seit bem Berbst 1897. Sie ist eine 3meigniederlaffung der Bruffeler Aftiengefellichaft "Mutuel Tram," die in mehreren deutschen Städten ähnliche Betriebe unterhält. Die Anteil= scheine der Münchener Tramcargesellschaft (G. m. beschr. Hitg.) find nicht auf dem Markte, da der Betrieb bisher mit erheblichem Deficit arbeitet. Die Geschäftsleitung in Bruffel bestellt die Direktionsbeamten. Die übrigen Angestellten werden von dem Münchener Direktor resp. deffen Stellvertreter engagiert. Ende Juli 1900 waren beschäftigt:

- 4 Kangleibeamte } Bureaupersonal
- 2 Stallmeister
- 43 Pferdewärter \ Stallpersonal
- 3 Futterarbeiter
- 9 diverse Arbeiter, dar. 1 Maschinist, 2 Nachtwächter Depotpersonal fowie Tagelöhner für Reinigungsarbeiten
- 4 Kontrolleure
- 48 Kondukteure \ Fahrpersonal.
- 48 Ruticher

Die Reparaturarbeiten werden an Meifter in Accord gegeben, die in den Werkstätten der Gesellschaft 4 Schmiede, 3 Wagner, 3 Maler

<sup>1</sup> Der Berband hat inzwischen eine rege Thätigkeit in Bersammlungen, Gingaben, Borträgen entwickelt und bereits manches erreicht. Er hat eine eigene Rechtsschutkommission gebildet und giebt seit Oktober 1901 ein monatlich erscheinendes "Korrespondenzblatt" heraus (Abonnementspreis 60 Bf. pro Sahr). Bon "Arbeiter= fcut", ber neuerdings - bereits jum zweiten Male - eine "driftliche" Gegen= organisation "freie Bereinigung" begründete, sagte er fich - nach wiederholten Berftändigungsversuchen - neuerdings wieder los und überwies ben ihm bisber bezahlten Beitrag an die "freien Gewerkschaften" (vierteljährlich 20 Mk.). Der Berband durfte in Bukunft Anschluß suchen an eine Centralorganisation beutscher Trambahner, an beren Buftanbekommen inzwischen gearbeitet wird.

und 2 Sattler beschäftigen. Diese Gehilsen haben bei einem täglichen Lohn von 3 Mf. und mehr eine Arbeitszeit von 11 Stunden mit den üblichen zwei Brotzeiten von je 15 Minuten und außerdem eine Mittagspause von 1 Stunde. In gleicher Weise ist das Wagenwaschen, das zuvor östers schlecht besorgt wurde, an einen ehemaligen Angestellten in Accord vergeben; von ihm werden 3—4 Leute beschäftigt, die bei einer Arbeitszeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr srüh täglich durchschnittlich 3 Mf. verdienen.

Das Bureaupersonal hat regelmäßig Dienst von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr; an Sonntagen haben zwei Leute von 10 bis 12 Uhr Dienst und einer auch nachmittags, sodaß jeder den dritten Sonntag ganz frei hat. Alle Jahre wird ein Urlaub von 8 Tagen gegeben. Die Gehälter variieren zwischen 120 und 200 Mt. pro Monat.

Kür das Stallpersonal ift keine besondere Vorbildung ersorderlich. Es rekrutiert fich aus Leuten, die mit den Bierden umgehen konnen, zumeist aus gedienten Ravalleriften, ehemaligen Dienftknechten u. f. w. Die Pferdewärter haben Dienst von 1/25 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit zwei Brot= zeiten von je 15 bis 20 Minuten und einer Mittagspaufe von 1 Stunde. Außerdem haben im Wechsel täglich zwei Mann Rachtdienst von 7 bis 11 Uhr. Der Lohn beträgt pro Tag 2,50 Mf. bis 3 Mf., abgestuft nach Dienstzeit und Qualifitation. Die Überftunden werden mit 50 Bf. insgesamt bezahlt. Freie Tage nach einem regelmäßigen Turnus find nicht vorgesehen, doch können die Pferdewärter zweimal im Monat solche auf ihren Antrag hin bekommen. Da die dienstireien Tage indes nicht bezahlt werden, wird taum Gebrauch davon gemacht. Die Futterarbeiter haben - abaesehen vom Abenddienst, der bei ihnen fortfällt - die gleichen Lohn= und Arbeitsbedingungen. Die Stallmeifter teilen fich in den Stall= und den äußeren Dienft. Sie find mit den üblichen Unterbrechungen von 5 bis 11 Uhr thätig, wobei einer den andern nach Bedarf ablösen fann. Gehalt beträgt 175 refp. 200 Mt. pro Monat; außerdem hat der eine im Depot freie Dienstwohnung. Regelmäßige freie Tage find nicht üblich, doch werden fie auf Ansuchen gewährt, in welchem Falle ein Rutscher den Stall= meifter ablöft.

Depotpersonal. Die Tagelöhner erhalten bei 11 bis 12 stüns diger Arbeitszeit einen Tagelohn von 2,50 Mf. Die Nachtwächter haben Dienst von eintretender Dunkelheit an bis 5 Uhr früh bei einem Lohne von 2,75 bis 3 Mf.

## Das Fahrpersonal.

In gleicher Weise wie bei der Trambahn bedürsen Autscher und Kondukteure der Tramcar polizeilicher Fahrerlaubnis, die unter den

gleichen Bedingungen gewährt und entzogen wird. Auch sie werden von der Polizei verpflichtet und mit einem stets präsent zu haltenden Fahrschein versehen, auf dem ihre speciellen Pflichten verzeichnet sind. Die Kutscher haben die übliche Probesahrt zu bestehen. Mit der Direktion schließen Kutscher und Kondukteure einen schriftlichen Vertrag, dessen gedruckte Formulare den bei der Trambahn üblichen analog sind. Auch hier sindet sich die Bestimmung, daß die Direktion berechtigt ist, den Angestellten "während der Dauer des ersten Jahres, welche Zeit als Probezeit gilt, täglich und zwar auch ohne Angabe des Vorhandenseins eines in seiner Person liegenden Grundes stei nach ihrem Belieben zu entlassen".

Rach Ablauf des ersten Jahres ersolgt Entlassung wie Dienstaustritt nach vorgängiger 14 tägiger jeden Tag zulässiger Kündigung. "Zu sosor tiger Dienstentlassung ist die Direktion berechtigt bei Dienstwidrigkeiten im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung, dann in den allgemein gesetzlich bestimmten Fällen, sowie bei Zuwiderhandlungen gegen die von den Behörden und der Direktion erlassenen Dienstesvorschristen, bei Berweigerung des Geshorsams gegenüber der Direktion und den sämtlichen Aufsichtsorganen." Die Bestimmungen des H. G. B. in Art. 61 [sechswöchentliche Kündigung] sinden auf das Dienstwerhältnis auf Grund dieser Abmachung keine Anwendung. Der Dienst wird auf 10 bis  $13^{1/2}$  Arbeitsstunden sestgesyt. Darüber hinausgehende Arbeitsstunden, zu deren Einhaltung der Angestellte unbedingt verpflichtet ist, sollen eine der normalen Dienstzeit entsprechende besondere Bergütung sinden. "Die Dienstzeit erstreckt sich ununterbrochen auf Sonn» und Feiertage."

"Freie Tage, für welche keine Zahlung geleiftet wird, sowie andererseits die bezahlten Arbeitstage ist die Direktion nach freiem Ermessen, ohne Einwand seitens des Bediensteten, zu bestimmen besugt." "Das Reservehalten wird nicht bezahlt. Die Dauer des Reservehaltens bestimmt die Direktion nach ihrem Belieben." Der Kutscher hat eine Kaution von 50 und der Kondukteur eine solche von 100 Mk. zu stellen.

- "Die Kaution kann von der Direktion nach ihrer Entscheidung ganz oder teilweise eingezogen werden:
- 1. wenn der Angestellte ohne vorherige Kündigung oder vor Ablauf der vereinbarten Kündigungsfrist den Dienst verläßt oder die ihm obliegenden Dienstleistungen verweigert;
  - 2. wenn durch Verschulden des Angestellten die ihm anvertrauten

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Falls die Kaution in einem zinstragenden Wertpapiere oder in Form eines Sparkassenückes hinterlegt ift, bezieht der Angestellte die Zinsen, in anderen Fällen nicht.

Pferde, Wagen, Geschirre oder sonstiges Eigentum der Tramcargesellschaft beschädigt, beziehungsweise verletzt worden sind und zwar auch, wenn der der Tramcargesellschaft zugehende Schaden ein geringerer als der Kautionswert ist;

3. wenn durch Berschulden des Angestellten Fahrgäfte, Passanten oder Besitzgegenstände derselben verletzt, beziehungsweise beschädigt werden.

Im Falle von Zuwiderhandlungen gegen die übernommenen Verpflichtungen, sowie gegen die geltenden Dienstest und behördlichen Vorschriften, dann in Fällen eines nicht musterhaften Verhaltens, ist die Direktion berechtigt, Geldstrasen bis zu einer höhe von 5 Mk. sür den einzelnen Fall auszuerlegen und sich hiersür, sowie auch für jene Schäden und Kosten, welche der Gesellschaft aus der Ausstührung des Angestellten gerichtlich und außergerichtlich erwachsen, ohne weiteres aus dem fälligen Dienstlohne und aus der Kaution bezahlt zu machen.

Ferner ist die Direktion auch berechtigt, in Kontraventionssällen den Angestellten bis zu einer Dauer von 14 Tagen für den einzelnen Fall vom Dienste zu suspendieren, während welcher Zeit derselbe keinen Lohn erhält.

Die Direktion ist berechtigt, den Kutscher sosort zu entlassen, ohne an eine Kündigung gebunden zu sein, wenn derselbe Pferde mißhandelt, zu rasch und lässig, überhaupt mit Gesahr sür Publikum, lebendes und totes Fahrmaterial sährt und im Dienste betrunken ist. Die Direktion ist weiters berechtigt, die Strasen und Entlassungen mittelst öffentlichen Anschlages dem Personal bekannt zu geben.

Der Angestellte verzichtet auf jede Einrede gegen die von der Direktion sestigesetzen Geldstrasen und jene Bersügungen, welche sie nach den ihr eingeräumten Besugnissen trifft, und begiebt sich vorkommenden Falls des Rechtes gerichtlicher Austragung."

Nach den Angaben der Direktion wird von dem Rechte der Kautionseinbehaltung kein Gebrauch gemacht. Doch find Abzüge vom Gehalt für kleinere, vom Autscher verschuldete Materialbeschädigungen (z. B. Deichselbruch) vorgekommen.

Der Angestellte ist — namentlich auch in der Zeit zwischen seiner Kündigung und dem Dienstaustritt — verpflichtet, bei gleichem Gehalt eine anderweitige, seinen Fähigkeiten und seiner disherigen Stellung im allgemeinen entsprechende Beschäftigung bei Vermeidung sofortiger Dienstentlassung gewissenhaft auszusühren. Im Dienst ist eine vorgeschriebene Unisorm zu tragen. — Soweit der Kontrakt.

Die Kutscher haben vor der Anstellung 1 bis 3 Tage Probe zu sahren, wofür keine Bezahlung erfolgt. Die Entlassung pflegt außer in dem vom Bertrag vorgesehenen Fällen zu ersolgen bei Unehrlichkeit, Unbotmäßigkeit

und beim begründeten Verdachte, daß der Angestellte dieselben Billette wiederholt verkauft. Von der Kündigung wird unter Umständen Abstand genommen, salls der Angestellte sich eine bessere Stellung verschaffen kann.

Die normale tägliche Dienstzeit beträgt sür Kutscher wie Kondukteure 10 bis 14 Stunden, im Durchschnitte 11 Stunden. Der erste Wagen rückt um  $5^{15}$  morgens aus und sährt mit zwei Unterbrechungen ron je 2 Stunden bis  $^{1}/_{2}$ 8 Uhr (rote Linie); auf der grünen Linie beginnt der erste Wagen um  $5^{80}$  und rückt ein zwischen 8 und 9 Uhr mit je zwei Pausen bon  $1^{1}/_{2}$  Stunden. Andere Wagen rücken später aus (bis 10 Uhr) und hören später auf (bis  $^{1}/_{2}12$  Uhr abends). So beträgt die thatsächliche Dienstbereitschaft 16 bis 17 Stunden. Fällt die Nachmittagspause aus, so hört der Dienst dasür  $1^{1}/_{2}$  resp. 2 Stunden eher auf. Der tägliche Dienst ist außerordentlich wechselnd; von Tag zu Tag wird Wagen und Dienst nach dem Alphabet des Personals gewechselt. Insolgedessen fällt die zum Mittagessen geeignete Pause saft täglich anders und zwar innerhalb der weiten Grenzen von 9 bis 3 Uhr (also 9 bis  $^{1}/_{2}11$  resp. 11 im frühesten Fall und 3 bis  $^{1}/_{2}5$  resp. 5 im spätesten Fall). Etwa alle 4 Tage ist Ablösungsdienst. Über st und en kommen selten vor, in manchen Monaten 1 bis 3 mal, in anderen gar nicht.

Freie Tage bekommen Kutscher wie Kondukteure 4 bis 5 mal im Monat, am Sonntag sast nie, oder doch nur im Winter, wenn weniger Wagen sahren. Im Sommer ist aller 8 bis 10 Tage einer srei, im Winter bei schlechtem Wetter, bei verringertem oder insolge Schneesales teilweise eingestelltem Verkehr, bisweilen alle 3 oder 4 Tage. Da die sreien Tage nicht gezahlt werden, wünschen manche Angestellte sie weniger häusig, besonders im Winter. Der sreie Tag umsast 20 bis 24 Stunden, davon sind aber  $2^{1/2}$  bis 3 Stunden in Abzug zu bringen sür diesenigen, die — ohne weitere Vergütung — Reserve halten müssen (von 5 bis 8 Uhr), resp. 1 bis 2 Stunden sür denjenigen, der zur Kontrolle bei der Auszählung des abgelieserten Geldes zugegen sein muß. Diese Extradienste wechseln ab. Falls der Reservehalter sür einen Erkrankten oder sonst Versinderten einspringen muß, wird ihm der volle Tag bezahlt.

Ein Kondufteur, der über die freien Tage Buch geführt hat, vermerkte für 1898: 331 Arbeitstage, für 1899: 314 und für Januar dis Juni 1900: 157. Doch dürften die freien Tage durchschnittlich zahlreicher sein, da der betr. Kondufteur möglichst viel Vertretungsdienst zu erlangen strebte. Urlaub wird so gut wie unbeschränkt gewährt, jedoch ohne Weiterzahlung des Tagelohnes. Insolgedessen wird wenig Gebrauch davon gemacht.

Das Arbeits ein kommen der Rutscher und Kondukteure fetzt sich zu= sammen aus den Taggeldern und den Trinkgeldern. Die Rutscher sollen

erhalten im 1. Jahre pro Tag 2,75 Mt., nach einem Jahre 3 Mt. und nach 2 Jahren 3,25 Mt., die Kondukteure in gleichen Zeitbeständen 2,25, 2,50, 2,75 Mk. Doch ist diese Steigerung der Löhne nicht streng durchgesührt.

Die Trinkgeldereinnahme beträgt auf der roten Linie pro Tag 80 Pf. bis 1 Mt., auf der grünen 1,20 Mk. und mehr. Da täglicher Linienswechsel erfolgt, ist keiner bevorzugt. Bor Einführung des Einheitstarises von 10 Pfg. war die Trinkgeldereinnahme erheblicher (bis zu 2 Mt). Der Kondukteur giebt an den Kutscher üblicherweise täglich 30 Pf. ab. Extrassahrten, die in die Nachtzeit sallen, werden extra bezahlt mit 1 Mk. bis zu 1,50 Mk. Sie kommen nicht häusig vor. Die daraus sließenden Nebenseinnahmen machen im Jahre einige Tagelöhne aus.

Die Angestellten, die zum Theater oder Cirkus u. s. w. sahren, erhalten keine besondere Vergütung, auch wenn ihr normaler Dienst dadurch verslängert werden sollte. Vis zum 1. Januar 1900 wurden die eingelausenen Strasegelder zu Prämien an die "besser qualisizierten" Kutscher und Kondukteure verwendet. Seitdem werden die Strasgelder dem Krankenunterstützungssverein überwiesen, womit manche Angestellte, die nicht Mitglieder geworden sind, sich nicht einverstanden erklären.

Das von der Direktion gehandhabte Strafenshstem umfaßt Berwarnungen, Geldstrafen, Strasurlaub, Entlassung. Übertretungen der Dienstworschriften und Anordnungen werden in leichten Fällen das erste Mal mit 50 Pf., dann mit 1 Mt., 2 und 3 Mt. geahndet (z. B. zu spät kommen, salsch kupieren, zu schnell sahren). Da durch den Einheitstaris die Billette vereinsacht sind, ist das unrichtige Kupieren seltener geworden. Ein Kondukteur, der das kleine Kind eines Tramcarkutscherz gratis mitsahren ließ, in der Meinung, daß es zur Gratisfahrt berechtigt sei, wurde mit 5 Mt. bestraft. Strasurlaub im Ausmaße von 2, 3, 5 Tagen wird erteilt bei schwereren Bersehlungen, Grobheiten u. s. w.

So wurde ein Angestellter in Strasurlaub geschickt, der vor Absolvierung der vorgeschriebenen Route umkehrte. Im Berichtsjahre 1899 machten die Geldstrasen 160 Mk. aus. Manche Angestellte trifft gar keine Strase, andere 1 bis 2 Mk. bis hinauf zu 10 und 12 Mk. im Jahr. Wieweit die Strasen jeweils berechtigt sind, ist ohne objektive Anhaltspunkte nicht zu entschen. Der Sat von 160 Mk. ist immerhin, besonders im Bergleich zur Trambahn, ein hoher. Auch sind Klagen über nicht gerechtsertigte Strasen dem Kesernten zugekommen. Sin Arbeiterausschuß, an den in solchen Fällen appelliert werden könnte, existiert nicht.

Die Kontrolleure haben einen Tagesgehalt von 3,75, 4, 4,25 und 4,50 Mt., je nach dem Dienstalter; einer bezieht das Maximum. Hür

Nachtdienst wird eine Zulage gewährt, doch kommt er selten vor. Ihre effektive Dienstzeit beträgt täglich 13 Stunden (zwischen <sup>1</sup>/26 und 11 Uhr mit mehreren Pausen). Freie Tage haben sie im Monat etwa zwei, nur ein Kontrolleur bekommt sie bezahlt. Mit dem Urlaub wird es in gleicher Weise wie bei dem übrigen Fahrpersonal gehalten.

Zu Beginn des Unternehmens wurden sogleich eine Anzahl Personen, die aus verschiedenen Berusen stammten, z. B. ehemals Bäckermeister, Müller, Kammerdiener, Sattler u. s. w. waren, sogleich als Kutscher und Kondukteure eingestellt. Bon da ab gilt aber als leitender Grundsatz, neueeintretendes Personal, soweit es zum Stalls und Fahrdienst gehört, zunächst als Pserdewärter, dann als Kutscher und hierauf als Kondukteur und eventuell als Kontrolleur zu beschäftigen. Der Kontrolleurposten schaltsausbessert zu werden. Die mit der Dienstzeit wachsenden Gehaltsausbessert zu werden. Die mit der Dienstzeit wachsenden Gehaltsausbessert zu werden. Sie mit der Dienstzeit wachsenden Gehaltsaufbessert zu werden. Die mit der Dienstzeit wachsenden Gehaltsaufbessert zu wond 2,50 zu 2,75 Mt. vorzurücken.

Für das gesamte Fahrpersonal ist im Dienst das Tragen einer Unisorm vorgeschrieben. Um dem Personal die erste Anschaffung zu er-leichtern, wurde bei der Eröffnung des Unternehmens die Montur von der Direktion geliesert, die dafür 4 Mk. monatlich vom Gehalt abzog und einen Zuschuß von 20 Mk. leistete. Später wurde die Beschaffung dem Einzelnen überlassen. Der Anschaffungspreis der Unisorm beträgt (Rock, Hose, Mantel, Mütze) 94 bis 96 Mk. Sie ist in etwa 2 bis 3 Jahren zu erneuern, Hosen häusiger.

Seit Herbst 1899 zahlt die Direktion ein monatliches Mantelgeld von 1,50 Mt., solange bis der vom Angestellten neubeschaffte Mantel dadurch bezahlt ist.

Es ist nur ein Depot vorhanden, in dessen Aähe sich die Wohnungen (5 bis 12 Minuten Entsernung) sast aller Angestellten besinden. Insolge der seit der Gründung der Tramcar ersolgten gesteigerten Nachstrage sind in dem neuerbauten Quartier die Mietpreise sehr hoch. Eine Familienwohnung — meist sind nur die Kondukteure und die sast alle verheiratet — kostet 20 bis 30 Mt., im Durchschnitte 26 bis 30 Mt., also ½ bis zu ½ des gesamten Einkommens. Einige nehmen eine größere Wohnung und vermieten an Einzährige, Studenten u. s. w., doch kommt nicht viel dabei heraus, da einen großen Teil des Jahres die Wohnung leer bleibt. Da das ganze Quartier neugebaut ist, sind die Wohnungen geräumig, hell und lustig. Die Nichtverheirateten pslegen sür das Zimmer pro Woche 2,50 Mt. zu bezahlen. Die Wohnungen sind in der Rähe des Depots teurer, als sonst in gleicher Lage.

Bei Übertretung der ortspolizeilichen Borschriften werden Kutscher und Kondukteure mit Geldstrasen bis zu 45 Mk. oder mit Hast bis zu 8 Tagen bestrast. Die Kutscher trifft hauptsächlich Strase, wenn sie der Trambahn nicht rechtzeitig ausweichen (3, 6 und 10 Mk.).

Die Angehörigen der Angestellten haben 50% Ermäßigung, salls sie sich ein Abonnement lösen.

#### Raffen und Bereine.

Das krankenversicherungspflichtige Personal der Tramcar ift in der Ortstrankenkaffe IX ber Stadt München für das niebere (nicht kausmännische) Personal in Handels= und Transportgewerben versichert. Soweit es einer der Anforderungen bes § 75 des Rrankenverficherungs= gesetzes entsprechenden Silfekaffe angehört, ift es bom Beitritt befreit, wenn diefe die Sälfte des in München üblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tage= Die Raffe bietet ihren Mitgliedern löhner als **A**rankengeld gewährt. Rrankenunterstützung, Sterbegeld und Fürsorge im Falle der Rekonvaleszenz. Die Rrankenunterstützung besteht in freier arztlicher Behandlung und Arznei, in Lieferung von Vorrichtungen und Seilmitteln, welche zur Seilung resp. zur herstellung und Erhaltung der Erwerbsfähigkeit erforderlich sind, sowie für den Fall der Erwerbsunfähigkeit in der Gewährung des halben durch= schnittlichen Tagelohns für jeden Kalendertag einschließlich der Sonn= und Festtage, vom dritten Tage nach der Erkrankung ab gerechnet. Dauert die Erwerbsunfähigkeit länger als eine Woche, so wird auch für die ersten drei Tage das Krankengeld nachbezahlt. Der durchschnittliche Tagelohn ift für erwachsene mannliche Mitglieder auf 2,50 Mf. festgesetzt, wird aber demnächst auf 3 Mt. erhöht, da der ordentliche Tagelohn nunmehr mit 3 Mt. normiert wird. Die Rrankenunterstützung endet im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn des Rrankengelbbezuges. Un die Stelle der angeführten Unterstützungen tritt auf Antrag des Kaffenarztes sowie auch ohne dessen Antrag auf Berfügung des Vorftandes bin freie Rur und Verpflegung in einem Krankenhaufe. Kür Kaffenmitglieder mit eigenem Haushalt kann die Unterbringung in einem Krankenhause nur dann angeordnet werden, wenn die Krankheit Anforderungen an die Behandlung und Verpflegung stellt, welchen in der Familie nicht genügt werden tann, oder wenn die Rrantheit eine ansteckende ist, oder wenn der Kranke den in der Generalversammlung erlaffenen Vorschriften über Verhalten mahrend der Krankheit wiederholt zuwider gehandelt hat, oder wenn fein Zustand fortgesetzte Beobachtung ersordert. Hat der im Krankenhause Untergebrachte Angehörige zu unterhalten, so bezieht er

außerdem das halbe Krankengeld. Wenn nach taffenarztlichem Gutachten ein Aufenthalt auf dem Lande zweckentsprechender erscheint, so wird das dobbelte Krantengeld unter Wegfall der freien Behandlung und Arznei gewährt, eventuell erjolgt Überweifung in eine Rekonvaleszentengustalt. Mitalieder, die fich eine Rrankheit vorfätzlich oder durch schuldhafte Beteiligung an Schlägereien ober durch Trunkfälligkeit zugezogen haben, wird Rrankengeld nicht gewährt. Ift die Erkrankung die Folge geschlechtlicher Ausschweifungen, so wird das Krankengeld entzogen, wenn innerhalb 2 Jahren aus der gleichen Urfache die Raffe wiederholt in Anspruch ge= nommen wird. Rurzung des Krankengelds wegen anderweitiger Bersicherung findet nicht statt. Für den Todesfall wird für männliche er= machsene Mitglieder ein Sterbegeld im Betrage von 50 Mf. gewährt. Buwiderhandlungen gegen die von der Generalversammlung erlaffenen Vorschriften über Krankenmeldung, Verhalten des Kranken und Krankenaufficht ziehen seitens der Vorstandschaft Strafen bis zu 20 Mt. nach fich. wöchentliche Kaffenbeitrag beträgt 42 Pf., die Tramcarangestellten haben ihre 2/3 selbst zu entrichten, also 28 Bf.

Nach den Angaben desjenigen Arztes, der jast alle Trambahnanges stellten behandelt — freie Arztwahl besteht nicht -— find die am häufigsten vorkommenden Erkrankungen:

- 1. Magen= und Darmkrankheiten, als Folge des unregelmäßigen Mittagessens (akute und chronische Magenkatarrhe, Darmskörungen).
- 2. Rheumatismen (Gelent- und Muskelrheumatismus, rheumatische Zahnschmerzen), bedingt durch den Dienst im Freien, besonders durch die offenen Sommerwagen.
- 3. Bronchitiben (vorzüglich im Frühjahr und Herbst). Außerdem ruft der Luftzug bei manchen Kopfschmerzen und die starke Staubent= wicklung Bindehautkatarrhe hervor. Da das Personal meist jung und kräftig ist und zudem noch nicht lange im Dienste sich befindet, sind dauernde Schädigungen insolge eigentlicher Berufskrankheiten bisher nicht beobachtet.

Die am häufigsten eintretenden Unfälle sind bei den Pjerdewärtern Quetschungen der Finger, Kontusionen der Extremitäten, Berletzungen durch Ausschlagen der Pserde, bei den Futterarbeitern Schnitt= und Hiebmunden (beim Futterschneiden), bei den Wagenwaschern Quetschungen und Prellungen, Brandwunden bei den Schmieden u. s. w. Die Kondukteure verletzen sich durch Ausrutschen (an Arm und Tuß, Berstauchungen), Ginklemmen; die Kutscher ziehen sich Quetschungen zu bei Jusammenstößen. Tödliche Unfälle sind bisher nicht vorgekommen; nur ein Unsall dauerte 6 Wochen (Pserdeschlag).

Aus hygienischen Gründen wäre die Einführung von Schutdächern Sariften XCIX. — Strafentransportgew.

gegen den Regen für Kondukteure wie Kutscher wünschenswert, serner die generelle und kostenlose Gewährung von Sitgelegenheit sür die Kutscher, die bisher nur auf eigene Kosten sich ein Sitgestell anschaffen konnten. Außerdem wäre größere Regelmäßigkeit und Gleichmäßigkeit des Dienstes der Gesundheit wie der Häuslichkeit dienstlich, vor allem würden dadurch regelmäßigere Mahlzeiten ermöglicht.

Unter dem Versonal der Tramcar hat sich ein Krankenunter= ftükungsberein "Albenrofe" gebildet, der aber bisher nur ca. 40 Mitalieder gablt, darunter auch ehemalige Bedienstete der Tramcar. Es werden nur aut beleumundete und bom Bereinsarzt für gefund erklärte Berfonen aufgenommen, beren Namen im Bereinslotale zuvor 4 Wochen auszuhängen find. Die Mitglieder haben außer einer Aufnahmegebühr von 1 Mf. und 60 Bf. für ein Bereinszeichen einen monatlichen Beitrag von 1 Mf. ju leisten, außerdem die etwa von einer Generalversammlung beschloffene be-Die bom Berein gewährte Unterstützung beträgt nach fondere Umlage. einer 6monatlichen Karenzzeit 50 Pf. und nach einem Jahr Mitgliedschaft 1 Mt. pro Tag. Dauert die Krankheit über 3 Tage, so wird die Unterftukung vom erften Tage an ausbezahlt. Die Unterstützung wird auf die Dauer von 97 Tagen in jedem Ralenderjahre gegeben, ift die Benefung bis dahin nicht erfolgt, so wird für 30 weitere Tage noch pro Tag 50 Bf. geleiftet. Wird das Mitglied nach Berlauf von 97 Tagen in einer öffent= lichen Berforgungs= oder Frrenanstalt untergebracht, fo wird feinen Reliften eine einmalige Abfindungssumme von 25 Mf. gegeben, wenn voraussichtlich keine Genesung zu erwarten ift. Die Beiträge sind von den Mitgliedern am 16. jeden Monats im Bereinslokale persönlich zu entrichten. "Nur dringende Gründe oder dienstliche Berhinderungen können als Entschuldigungsgründe betrachtet werden." Es ist dies eine Bestimmung, die bei vielen derartigen Bereinen , z. B. auch beim Berein der Fiaker= und Lohnkutschergehilfen, wiederkehrt und keinen andern Zweck hat, als dem Bereinswirt Ginnahmen au fichern. Außer den Mitgliederbeitragen bezieht der Berein Ginnahmen burch Beranstaltung von Festen (ca. 200 Mt. im Rahr) und burch ben Bezug der bei der Direktion einlaufenden Strafgelber.

Es scheint, daß infolge einer gewissen "G'schaftlhuberei", wie sie bei derartigen Bereinen in München nicht ungewöhnlich ist, eine Anzahl Bebiensteter vom Eintritt abgehalten wird. Zudem sind manche Angestellte Mitglieder von anderen Bereinen mit Unterstühungszwecken, z. B. von Beteranenvereinen u. s. w. Seit dem 1. Mai ist der Berein Alpenrose dem "Sanitätsverbande" beigetreten, der gegen einen monatsichen Beitrag die Familienangehörigen gegen Krankheit versichert.

Außer der "Alpenrose" besteht unter den Angestellten der Tramcar ein sogen. Sparverein, der indes nur 28 Mitglieder zählt. Er hat die gleiche Organisation wie die unter dem Personal der Trambahn bestehenden Sparvereine. Jedes Mitglied leistet 10 Ps. Monatsbeitrag und legt im übrigen nach Belieben Geld ein, das zu 4 % verzinst wird. Kurz vor Weihnachten wird das meiste Geld wieder herausgenommen. Die aus Cigarrenverkauf und unbeträchtlichen Überschüssen von veranstalteten Festen herrührenden Einnahmen werden um die gleiche Zeit pro Kopf verteilt. Der Verein ist mehr ein geselliger Unterhaltungsklub. Die hohe Verzinsung der Einlagen gewährt die Brauerei, deren Bier in der Vereinswirtschaft ausgeschenkt wird. Der Verein Alpenrose gedenkt sein Geld auf die gleiche Weise bei einer anderen Brauerei anzulegen. Die Abhängigkeit von dem betr. Wirtshaus wird natürlich dadurch erhöht.

Der auf die Angestellten entfallende Beitrag zur Invaliditäts= versich erung beträgt wöchentlich 14 Pj.

Eine Pensionskasse besteht bisher nicht und dürste auch nicht begründet werden, solange der hiesige Tramcarbetrieb nicht rentiert. Mehrere der bestragten Angestellten waren in einer Lebensversicherung zu 2000 Mt. versichert und hatten jährlich 65—67 Mt. zu zahlen (Prämie minus Gewinnanteil).

Eine Organisation der Angestellten der Tramcar besteht bisher nicht und dürfte sich auch nicht so bald bilden. Als Grund dafür wird angegeben, das Personal sei zu indifferent und nicht reif genug, auch gebächten viele, den Dienst wieder zu verlassen. Andererseits wird auch betont, daß eine vereinzelte Organisation wenig nühen könne, solange die übrigen nichtgewerblichen Arbeiter unorganisert blieben. 1899 versuchten die Kutscher einen Strike; da sie aber ohne Zusammenhang unter sich und mit den Pserdewärtern waren, wurde nichts erreicht. Nach kurzer Zeit traten die meisten zu den alten Bedingungen wieder in Dienst, einige wurden indes nicht wieder angestellt.

## III. Das öffentliche Fuhrwerk.

Das Münchener öffentliche Fuhrwerf ist überwiegend Kleinbetrieb. Es giebt 319 Besitzer, die 480 (die Droschken, die in Winter= und Sommer= wagen bestehen, nur einmal gezählt) polizeilich zugelassene Fuhrwerke sahren lassen (404 Droschken und 76 Fiaker). 239 Besitzer haben nur ein Fuhr= werk, und 200 davon sahren es selbst. 47 haben 2 Fuhrwerke, 28 besitzen 3—5 und nur 5 mehr wie 5 Fuhrwerke. Der größte Betrieb um=

jaßt 13 Fuhrwerfe. Kutscher giebt es einschließlich der sahrenden Söhne ca. 250, von denen ca. 2/8 verheiratet sind. Davon sahren 150 Taxameter, 30 Fiaker und 70 gewöhnliche Droschken. Taxameter kommen sowohl in den größeren wie in den kleineren Betrieben vor. Nur die größeren Betriebe beschäftigen Stalknechte, die auf 25 veranschlagt werden. Außer zum öffentlichen Fuhrdienst wird eine Anzahl Wagen nebenher sür Lohnstutscherei verwendet, namentlich die Fiaker, die sonst nicht rentieren würden. Außer den öffentlichen Fuhrwerksbetrieben giebt es einige wenige Mietzequipagengeschäfte (nur größere), die ca. 50 Kutscher beschäftigen. Diese Kutscher haben unregelmäßigeren Dienst als die im öffentlichen Fuhrwert beschäftigten und entweder sesten Lohn (70—80 Mt. im Monat) und Trinkgelder oder Accordlöhne pro geleistete Fahrt (Hochzeit, Begräbnis u. s. w.) und Trinkgeld. Im solgenden werden nur die Bediensteten des öffentlichen Fuhrwerts behandelt werden.

Das Droschkengewerbe ist ein beschränktes Gewerbe, das polizeilicher Ron= zeffionierung und Beauffichtigung unterliegt (§ 37 der Gewerbeordnung). In München untersteht es nach § 18 der Bollzugsordnung vom 29. März 1892 der königl. Polizeidirektion. Der kleinbetriebliche Charakter des Gewerbes wird aufrecht erhalten durch die Art, wie die Bolizei von ihrem Konzessionsrechte Gebrauch macht nach Anhörung der beiben Unternehmervereinigungen, des alten "Bereins von Lohntutschern und Taxameterbesitzern" und einer jüngeren Seceffion desfelben: des "Bereins von Tagameterbesitzern". Seit 20 Jahren waren keine neuen Rummern ausgegeben worden, erft in den letten 2 Jahren tamen 74 neue zur Berteilung, zum Teil unter den bisherigen Inhabern (davon 4 für eingehende Zweispänner), und von da ab dürfte Jahre hinaus feine neue Konzeffionierung erfolgen. Berwendet werden Zweispanner und Einspänner. Erstere rentieren ichlechter, durfen jedoch nicht in Ginspänner umgewandelt werden. Die Ginspänner find jum größeren Teil mit Tarameterbetrieb verfehen; die Tendeng jum Erfage der gewöhnlichen Ginfpanner durch Tarameter besteht weiter.

Jede Anstellung eines Kutschers bedarf der polizeilichen Zustimmung. Sie prüft seine Fertigkeit im Fahren durch eine Probefahrt; serner muß er in der Ortskunde unterrichtet und gut beseumundet sein. Sind diese Borbedingungen erfüllt, und ist der sich Bewerbende zudem über 17 Jahre alt, so bekommt er einen auf seinen Namen und auf eine bestimmte Nummer ausgestellten Fahrschein gegen Entrichtung von 3 Mk. Dieser Fahrschein gilt für die ganze Dauer der Thätigkeit eines Droschkenführers; im Falle, daß er versoren geht, ist ein Duplikat gegen Entrichtung von 10 Pf. zu beziehen.

Die Fahrerlaubnis, die nur für die im Fahrschein bezeichnete Wagennummer gilt, ist stets widerruslich. Sie wird entzogen wegen ehrenrühriger Reate (Diebstahl, Betrug, Unterschlagung), wegen wiederholter Betrunkenheit und im Falle sortgesetzt unangemessenn Betragens des Inhabers. War die Bersehlung nicht allzu gravierend, so kann sich der Ausgeschlossen um die Zurückerhaltung der Fahrerlaubnis bemühen, und zwar meist mit Ersolg. Definitive Entziehungen sind in den letzten Jahren überhaupt nicht vorgekommen.

Mit den Lohnherren pflegen die Droschkenführer keinen sörmlichen Kontrakt zu schließen. Nur wird in der Regel schriftlich ausgemacht, daß von beiden Seiten auf die gesetlich zustehende Kündigungsfrist verzichtet wird. Beide Parteien sind dann täglich frei. Nur wenige Besitzer haben 8= bis 14tägige Kündigung. So ist denn der Dienstwechsel ein häusiger. Entlassen zu werden pflegt der Kutscher, wenn er wiederholt zu spät kommt, sich unbotmäßig verhält oder die Pserde mißhandelt, oder auch wenn er zu wenig Geld abliesert, ein Punkt, der bei allen Nichttazametern eine große Rolle spielt.

Der Dienft gestaltet fich bei den verschiedenen Rategorien fehr ver-Die größeren Besitzer laffen meist nur bei Tag fahren. Sommer kommt der Kutscher um 5 Uhr in den Stall, putt die Pferde, wäscht den Wagen und erledigt die übrigen Geschäfte, die mit feinem Beruf verbunden sind. Um 7 Uhr ruckt er aus, zwischen 12 und 1 Uhr tommt er heim, um die Pjerde zu wechseln und zu effen, wofür ihm etwa eine halbe Stunde bleibt, bann fahrt er bis jum Abend und rudt zwischen 1/28 und 1/29 Uhr ein. Sonstige reguläre und irreguläre Pausen finden nicht statt. Doch bleibt zwischen den einzelnen Fahrten und auf den Warteplägen genügend Zeit, um Frühftud und Raffee einzunehmen. Außerdem find die Blakmarter zur Sand, um für das obligate Fünferl eine Dag und fonftigen Bedarf herbeizuholen. Im Winter beginnt der Dienft eine halbe bis eine Stunde später. Die größeren Unternehmer laffen nachts nicht fahren. Nur im Karneval, der in München 1-2 Monate dauert, befaffen fie fich auch mit Nachtsahrten, manche jedoch erft in der zweiten Balfte des Fasching und nur an Redoutentagen. Dann wird je nach der Dauer der Nachtarbeit am nächsten Tage später begonnen, um 9 oder um 11 u. f. w. Die kleineren Befiger, die mit einem oder zwei Rutschern fahren, pflegen in ber Regel das gange Jahr in Anpaffung an Wetter, Fremdenvertehr und besondere Anlässe bis in die Nacht zu fahren. Je nachdem fich der Nachtdienst aus= behnt, beginnt der Rutscher am folgenden Tage zwischen 9 und 10 Uhr, fährt zwischen 11 und 12 Uhr ab, wechselt um 6 Uhr die Vierde und kehrt bis 1 und 2 Uhr nachts heim. Das geht bei den "Nachtsahrern" das

ganze Jahr hindurch; in der Karnevalszeit dehnt auch bei ihnen sich der Dienst bis an den frühen Morgen aus, besonders an den Balltagen. Freislich kommt Nachtdienst auch bei manchen anderen Fuhrwerken gelegentlich in allen Jahreszeiten vor: bei vorausbestellten Touren, namentlich in solchen Betrieben, die zugleich nebenbei Lohnkutscherei haben.

Freie Tage sind nicht üblich. Bei manchen Besitzern kann der Kutscher, "wenn er mag", am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag morgens aussetzen. Andere geben ihren protestantischen Kutschern auf Wunsch hin auch den Karsreitag teilweise srei. Aber die meisten Kutscher fahren das ganze Jahr hindurch, da an den sreien Tagen nichts verdient wird und die Herren es nicht gern sehen. Will indes jemand aus irgendwelchen dringenden Gründen (Begrähnis u. s. w.) einen Tag frei haben oder sür mehrere Tage verreisen, so bekommt er auf sein Gesuch hin Urlaub. Bei längerer Abswesenheit pslegt er dann einen Aushilskutscher zu stellen. Die Besitzer können derartige Gesuche nicht ausschlagen, weil der Angestellte sonst seinen Dienst — es besteht ja meist keine Kündigung — einsach quittiert. Und übersluß an Kutschern besteht gerade nicht.

Die Ausübung des Dienftes wird durch eine Reihe von der Polizei in der "Fiaker = und Drofchkenordnung" aufgestellter Bor-Die Wartepläte und die Art ihrer Benukung find schriften geregelt. bestimmt, die Rleidung der Rutscher ist vorgeschrieben. Es ist vorgesehen, daß er folgende Begenstände mahrend des Dienstes mit fich führt: 1. ein Exemplar der Fiater= und Drofchtenordnung, 2. den Fahrichein, 3. eine richtig gebende Uhr, 4. die Fahrmarken, 5. die Bahnhofbestellmarken, 6. ein Exemplar der Standplagliften. Gegenüber dem Bublitum foll er ein anftändiges, höfliches Benehmen beobachten. Es ift ihm verboten, Personen zuzuwinken oder anzusprechen, um sie zur Fahrt oder zur Wahl des Wagens zu bestimmen. Ferner hat der Rutscher fortgesett bei feinem Wagen zu verbleiben, darf fich jedoch nicht in demfelben aufhalten. Das Bechen auf und neben dem Warteplate ift verboten. Die Wagenführer haben auf den Wartepläten ruhiges und anständiges Benehmen zu beobachten und insbesondere gegenseitige Neckereien und gruppenweises Ausammenstehen auf den Trottoirs zu unterlaffen. Während der Fahrt ift auch das Rauchen berboten. Dazu kommen eine Menge von technischen Vorschriften über bas Berhalten auf und außer den Wartepläten, über die Übernahme und Ablehnung von Fahrten, über die Bahl der aufzunehmenden Bersonen, das Berhalten mahrend der Fahrt, über Fahrmarten, die dem Fahrgafte auf Berlangen und bei Vorausbestellungen und Tarifdifferenzen unaufgefordert zu verabfolgen find, ferner über gefundene Sachen und die Benützung der

Centralbahnhoswarteplätze, auf benen die Abwickelung des Verkehrs mit Hilse von Bestellmarken vor sich geht. Alle 5—6 Tage im Sommer und alle 7—8 Tage im Winter hat jeder Wagen einen Warteplatze und Eisen = bahnturnus. Die Turnustabelle bestimmt genau, zu welchen Zeiten jeweils auf den angewiesenen Warteplätzen, resp. zu welchen Zügen am Bahnshof die Wagen zur Fahrt bereit zu halten sind. Der Tagesturnus erstreckt sich von 8 bis 7 Uhr mit 2stündiger Mittagspause, sür die ungeraden Nummern von 11 bis 1 Uhr, sür die geraden Nummern von 1 bis 3 Uhr. Der Nachtturnus umsaßt die Stunden von 7 bis 12 Uhr und der Morgenturnus im Sommer die Zeit von 5 bis  $7^{1/2}$  und im Winter von 6 bis 8 Uhr. In jedem einzelnen Fall ist nur ein Turnusdienst (sei es Tages-, Morgen- oder Nachtturnus) zu leisten.

Buwiderhandlungen gegen die Beftimmungen der Fiaker= und Droschken= ordnung sowie die in den Warteplatlisten enthaltenen Vorschriften werden nach Art. 152 Abf. 1 des Polizeistrafgesethuches mit Geld bis zu 45 Mt. oder mit Saft bis 8 Tagen, Zuwiderhandlungen gegen die Tarifbeftim= mungen nach § 148 Biff. 8 der Gewerbeordnung mit Geld bis ju 150 Mt. und im Unvermögensfalle mit haft bis zu 4 Wochen bestraft. Rach Um= ftanden tritt außerdem die Entziehung der Fahrerlaubnis ein. Die mannigfachen Anlässe zu Übertretungen können zu einer erheblichen Strassumme im Jahr führen, wenn die Bestimmungen allzu bureaukratisch und rigoros gehandhabt würden. Doch scheint das nicht der Fall zu fein. So zahlen benn viele Ruticher bas Jahr über gar teine Strafen, mahrend andere es bis zu 20 und 30 Mt. und mehr im Jahre bringen. Manche laffen fich auch einsperren, statt die Gelbstrafe zu gahlen. Die ersten Male pflegt der Polizeiinspektor, dem das Droschkenwesen untersteht, zu verwarnen. Wiederholungen werden die Strafen allmählich erhöht. Zuspätkommen im Turnusdienft, Rauchen mahrend der Fahrt, im Wagen figen, gehören zu den häufigeren Übertretungen. Das bloke Trinken auf den Wartepläken scheint noch nicht als Zechen zu gelten, wenigstens fieht man bort überall die Makfruge. Bu Migftanden durfte dagegen der § 22 führen mit feiner Bestimmung: jeder Bagenführer hat fortgesett bei feinem Bagen zu berbleiben. Denn diejenigen Ruticher, die nicht bei ihrem Dienstgeber oder in ihrer in der Rabe wohnenden Familie mahrend des Umspannens effen, und das find die wenigsten, find auf das Wirtshaus angewiesen. bas Unterstellen von Pferd und Wagen mit Umftandlichkeiten und Zeit= verluft verbunden ift, pflegen fie, wenn genügend Rutscher vor ihnen aufgestellt find, oder indem fie einen Dienstmann ober Plagmarter neben ben Wagen stellen, in einem dem Warteplat benachbarten Wirtshaufe zu effen und

bie Bestimmung zu übertreten. Das gilt besonders für den Mittag, für die Rachtsahrer trifft es gegen 6 Uhr zu, kommt aber auch zu andern Zeiten vor, besonders auf weniger verkehrsreichen Warteplätzen. In Fällen, in denen die Kutscher, um ein Bedürsnis zu bestriedigen, den Wagen verließen, sprach sie das Gericht frei.

Die Ginkommensverhältniffe gestalten sich verschieden, je nach= dem der Rutscher Tagameter fährt oder nicht. Die Tagametersahrer erhalten 1 Mf. festen Lohn und 15 bis 20% ber täglichen Einnahme. Raffee und Brot erhalten fast alle Rutscher am Morgen beim Unternehmer; haben fie außerdem Schlafftellen und Mittagessen bei ihm, fo erhalten fie nur 15%, im übrigen 18% bis 20% (in der Regel nach einem Jahr). Die Berufs= genoffenschaft berechnet die tägliche Gesamteinnahme eines Taxametersahrers auf Grund der Lohnliften auf 3 Mt. bis 4,20 Mt., wobei die Schlafftelle (je 20 Pf.) und der tägliche Trinkgelderbezug, der von den Kutschern mit 0 bis 70 Pf. angegeben wird, eingerechnet find. Das jährliche Durchschnitts= einkommen, auf den Tag berechnet, beträgt 3,20 bis 3,50 Mk. Die täg= lichen Einnahmen wechseln stark, sie sind am höchsten in den Sommer= monaten, wenn der Fremdenzustrom sich über die Stadt mit ihren mannigfachen Sammlungen und Ausstellungen ergießt. In der flauen Winterzeit bilden die Karnevalsmonate (Januar bis März) eine Beriode vermehrten Berkehrs und erhöhter Trinkgelber. Infofern der Taxameterkuticher zwischen 10 Uhr nachts und 6 Uhr morgens fährt, hat er seinen entsprechenden Anteil an dem für diefe Zeit verdoppelten Tarif.

Alle Führer von Wagen ohne Taxameter haben keinen sesten Lohn. Sie pflegen von der täglichen Einnahme ihrer Angabe nach etwa 2,50—3 Mk. für sich abzuziehen. Der Rest wird an den Unternehmer abgegeben. Da keine Kontrolle möglich ist, geschieht die Abgabe auf guten Glauben hin. An guten Tagen behält der Kutscher viel sür sich, an schlechten wenig; es kommen auch Tage vor — im Winter — an denen er nicht auf seine Unkosten kommt. Liesert er nach Meinung des Besitzers — besonders im Berhältnis zu seinen Kollegen — zu wenig ab, so wird er entlassen. Die Berussgenossenssenssenst einen Tagelohn von 3 Mk. sür den Droschkensührer und von 2,50 Mk. für den Fiaker (Zweispänner)= sührer \(^1\). Trinkgelder sind dabei mit eingerechnet, soweit solche angegeben sind; aber die meisten Kutscher geben an, gar kein oder so gut wie

<sup>1</sup> Vom 1. Januar 1901 ab wird der Sat von 3 Mf. zur Anrechnung kommen, da inzwischen der ortsübliche Tagelohn auf 3 Mk. erhöht ist und die Berufsgenossenschaft unter dieses Minimum nicht hinabgeben darf.

gar kein Trinkgeld zu erhalten. Thatfächlich durfte ber von der Ginnahme Burudbehaltene Teil höher fein als 2,50-3 Mf., da manche Drofchkentutscher dem Übergang zum Taxameterbetrieb abgeneigt find, mas sonst nicht gut erklärlich wäre. Thatfächlich wird auch täglich Trinkgeld vereinnahmt; die hierüber gemachten Angaben schwanken zwischen 20 Bf. und Im Sommer dürfte es fich der oberen Brenge nabern, 1 Mf. pro Tag. im Winter mehr nach der untern hin sich bewegen. Dasselbe gilt von den Taxameterjahrern. Manche Kutscher geben von dem Trinkgelde an die Stallfnechte täglich 20 Bi. ab, in den größeren Betrieben und besonders bei den Taxametern kommt diese Gewohnheit aber ab. Zu den täglich wiederkehrenden Ausgaben, die durch den Dienst veranlagt werden, find die Fünferl (5 Pf.) zu rechnen, die der Rutscher an die Platwärter für etwaige Beforgungen (Wafferbringen, Getrante und Speife holen, Beauffichtigung bes Wagens) zahlt. Um beften fteben fich im ganzen bie gewöhnlichen Drojchkenkutscher bei ihrem ungeregelten Entlöhnungsspftem, das ihnen erlaubt, von der Einnahme, die im Sommer zwischen 8 und 15 Mt. und im Winter zwischen 6 bis 12 Mt. schwantt, bas "Rötige" zurudzubehalten. Durch Nachtsahrten suchen fie ihre Ginnahme zu fteigern. Die schlechtere Position haben die Fiakersahrer, die nicht soviel in Anspruch genommen werden, wenn nicht nebenber Lohnkutscherei betrieben wird.

Die frühere Sitte, beim Dienstherrn zu wohnen, kommt mehr und mehr außer Gebrauch. Die Salfte der Rutscher durfte noch beim Unternehmer wohnen und zwar nur Unverheiratete. Es fehlt den größeren Betrieben meift an Ptag bagu. So hat g. B. einer ber größten Unternehmer, der 12 Rutscher beschäftigt, nur 3 bis 4 davon bei sich wohnen. Rost (außer Abendbrot) und Wohnung wird den Taxameterfahrern mit 5% der täglichen Einnahme berechnet (ftatt 20% -15%). Die Berufsgenoffenschaft rechnet für die Schlafstelle 20 Pf. pro Tag, ein Sat, der zu niedrig gegriffen ift, da ein Arbeiter für ein gleiches Quartier 1,50 bis 2 Mt. pro Woche zu gahlen pflegt. Die nicht beim Unternehmer Wohnenden fuchen möglichft in der Rabe Wohnung zu nehmen. Wenn fie den Blat gewechselt haben oder auch wenn fie eine alte billige Wohnung innehaben, die fie nicht aufgeben wollen, wohnen fie öfters doch bis 30 Minuten von der Stallung entfernt. Die Drofchkenbesitzer und ihre Angestellten wohnen zumeist in den jest ein= verleibten Vororten: Schwabing, Giefing, Baidhaufen, Ahmphenburger= und Blutenburgerftraße. Gin verheirateter Ruticher pflegt 18 bis 28 Mt. für die Wohnung im Monat zu bezahlen; der durchschnittliche Preis wird mit 20 bis 25 Mt. angegeben.

Die Strapagen seines Berufes, der ihn Wind und Wetter aussetzt, und

bie ausgedehnte Dienstzeit (16—18 Stunden) nötigen den Kutscher "gut zu leben". Außer dem Kaffee in der Früh wird ein Frühstück mit Bier eingenommen. Rur wenige effen Mittags beim Herrn (etwa 30), und auch in der Familie effen nicht viele, weil sie zu weit wohnen, oder die Frau außer dem Hause beschäftigt ist, oder doch nicht kocht (ungesähr 50). Die große Menge (etwa 170) ißt im Wirtshaus (mittags und abends). Zur Besperzeit wird wieder Bier getrunken. Abends wird von vielen gekneipt. Ob der Biergenuß, der in München durchgängig in allen Klassen ein hoher ist, bei den Kutschern zum Alkoholismus ausartet, ist schwer zu erwieren. Manche äußere Zeichen sprechen dasür. Man trinkt, sagen die Unternehmer, aber Leute, die dem Schnaps zusprechen, giebt es im ganzen Gewerbe nur ein paar. Etliche Liter täglichen Biergenusses gelten aber in München sür nichts besonderes. Mehr oder weniger exakte Auskunst könnte eine berussliche Krankenstatistik geben, — wenn sie existieren würde.

Die von der Polizei vorgeschriebene Dienstkleidung haben die Kutscher auf eigene Kosten anzuschaffen und zu unterhalten. Sie besteht aus Filzhut (Chlinder) mit Silberborde, hellblauem (für die Fiakerkutscher: dunkelblauem) Tuchrock und dunklem Mantel mit weißmetallnen Knöpsen. Sine solche Ausrüstung kostet neu 100-150 Mk. Doch werden viele Sachen alt gekauft (Livreestücke u. s. w.) und sind dann erheblich billiger (Fahrrock zu 7 bis 12 statt zu 36 und 40 Mk.), Kaputrock (Winterüberrock) zu 15 bis 25 statt zu 70 bis 100 Mk.). Außerdem haben die meisten Kutscher Kegenröcke und Winterpelze, letztere alt gekaust zu 40 bis 60 Mk. Alle paar Jahre ist das eine oder andere Stück zu erneuern. Für Reparaturen werden etwa 2 Mk. im Monat gerechnet.

Wie alles niedere (nicht kausmännische) Personal in Handels= und Transportgewerben gehören die Kutscher der Ortskrankenkasse IX der Stadt München an. Da für alle Angehörigen der Ortskrankenkasse die gleichen Bestimmungen gelten, wird auf den betr. Abschnitt unter Tramcar verwiesen. Der Beitrag beträgt für die Angestellten pro Woche 28 Pf., doch wird in vielen Fällen das ganze Krankengeld von den Besitzern gezahlt.

Inwieweit Berusskrankheiten bei den Kutschern vorkommen, war nicht sestzustellen. Die Ortskrankenkasse beutet die bei ihr einlausenden Meldungen überhaupt nicht statistisch aus oder unterscheidet nicht die Bezussarten. Da serner die verhältnismäßig geringe Anzahl von Kutschern sich über die ganze Stadt verteilt, so kommen auf jeden der zahlreichen Ürzte der Ortskrankenkasse IX zu wenig Patienten, als daß er genügendes Thatsachenmaterial hierüber zur Versügung hätte. Es bleiben also nur die

Eine größere Angahl der Rutscher ift Mitglied der "Rrankenunter= ftugungs = und Sterbekaffe" des Bereins "ber Fiaker- und Lohnfutschergehilfen in München". Diefer Berein entfaltet weiter keine Thatigteit als die mit der Raffenführung verbundene. Er ift keineswegs eine Organisation gur hebung der Lage. Er hat gar keinen Rlaffencharakter, denn unter feinen Mitgliedern befinden fich ebenfogut Befiger, Die früher Rutscher waren, wie alle möglichen anderen Berufsangehörigen, die, als fie noch auf bem Bock fagen, dem Berein beitraten. Rach den Satungen tann die Aufnahme Leuten verweigert werden, die bereits das 45. Lebens= jahr erreicht haben ober franklich, gebrechlich ober arbeitsunfähig find. Die Aufnahmgebühr beträgt 2 Mt. Der ordentliche Beitrag ist auf 2 Mt. pro Quartal festgesett, doch tann er bei außerordentlicher Inanspruchnahme ber Raffe erhöht werden. Der Anspruch auf Unterstützung beginnt erst nach jechsmonatlicher Ginzahlung. Die Unterstützung beträgt vom Tage ber Unmelbung an täglich 1,50 Mf. für die Dauer von drei Monaten, von da ab für weitere 3 Monate pro Tag 1 Mf. Dem frank Gemeldeten ist jebe Beichäftigung verboten. Salt er die vom Urzte jum Ausgehen beftimmte Zeit nicht inne, so wird er fürs erste Mal mit 5 Mt. bestraft und im Wiederholungefall wird ihm die Unterftugung entzogen. Geschlechtliche und selbstverschuldete Rrantheiten begründen feinen, ftandige Leiden nur ein= Im letten Falle kann jedoch nach maligen Unterstützungsanspruch. dem Gutachten des Ausschuffes freiwillige Unterftützung gewährt werden.

Jedes Mitglied der Krankenkasse ist zugleich Mitglied der Sterbekasse und hat für jeden Sterbesall 50 Pf. zu entrichten. Aus diesen Beiträgen werden im Sterbesalle bewilligt:

- 1. 50 Mt. bei einer Mitgliedschaft von weniger als 5 Jahren.
  75 " " " " " 5 bis 10 "
  100 " " " " " von 10 Jahren und mehr.
- 2. die Roften für drei Meffen,
- 3. die Rosten für das "altherkömmliche Stephaniamt",
- 4. die Todesanzeige,
- 5. die Roften für einen Rrang,
- 6. die Roften für die Flambeaugträger.

Bur Beerdigung eines jeden Mitgliedes stellt der Berein eine Ehrenbegleitung, bestehend aus dem 1. oder 2. Borstandsmitgliede, 2 Ausschußund 20 ordentlichen Mitgliedern, von welch' letzteren 6 den Sarg mit Flambeaux begleiten. Mitglieder, an die die Reihe kommt, werden durch Postkarte hierzu "kommandiert". Stellvertretung ist nur durch die Mitglieder zulässig. Ohne genügende Entschuldigung wegbleibende kommandierte Mitglieder versallen in eine Ordnungsstrase von 5 Mk. und werden außerbem beim nächsten Sterbesalle wieder kommandiert. Jedes Mitglied ist weiter verpflichtet, wenigstens alle Halbjahr einmal im Vereine zu erscheinen und seine Beiträge persönlich zu entrichten. Dieses charakteristische Statut stellt die ganze Wirksamkeit des Vereins in volles Licht.

Der auf den Kutscher sallende Beitrag zur Invaliditätsversicherung beträgt pro Woche 12 Pf.; häufig wird der ganze Beitrag vom Besiger gezahlt.

Gegen Unfall sind die Rutscher versichert bei der Sektion 25 der Fuhrwerksberufsgenoffenschaft (für Ober- und Niederbabern). Jahresbericht (für 1899) erwähnt, daß es immer noch häufig vorkommt, daß Unfälle nicht rechtzeitig ober gar nicht angemelbet werben. Geklagt wird weiter darüber, daß in den Lohnnachweisungen die Naturalverpflegung viel zu niedrig eingeschätzt wird und das Trinkgeld entweder gar nicht veranschlagt ober als unbefannt angegeben wird. Tritt bann ein Unfall ein. fo wird in den Speciallohnnachweisungen für Raturallöhne und Trinkgeld viel mehr angesett. Säufig werden die Lohnnachweisungen nicht eingeschickt und die vorgeschriebenen Lohnbücher überhaupt nicht oder unrichtig geführt. Die genaue Bahl und die Art der auf die Munchener Droschkenkutscher fallenden Unfälle war nicht zu ermitteln, ba für die einzelnen Orte und Specialfälle bes Gesamtberufes das Material nicht ausgeschieden ift. Soweit Anmeldungen beim Magistrat erfolgt sind, die an die Gewerbeinspektion abschriftlich weitergegeben werden, kamen in den letten 11/2 Jahren (1899 und 1900 bis August) nur wenige Unfälle vor: darunter einer mit tod= lichem Ausgange (durch Ausschlagen eines Pferdes), einmal Kopiwunde und

Handgelenkbruch (durch Umfallen eines Wagens), außerdem Prellungen bei Zusammenstößen, Verletzungen durch ausschlagende Pserde (beim Beschlagen-lassen und beim Futtern), Leistenbruch bei Überheben. Doch sind die Anmeldungen kaum vollzählig, wenn sie auch immerhin ein Bild der vorstommenden Unfallsarten geben. Nach den Ersahrungen der Berufsgenossenschaft kommen unter den in der Fuhrwerksgenossenschaft vertretenen Berussearten bei den Droschkenkutscher relativ am wenigsten Unfälle vor.

Gine Penfionskaffe ober Wohlsahrtseinrichtung irgend welcher Art besteht nicht. Gelbstrafen, die in solche Kasse zu fließen pflegen, werden von den Besigern nicht auserlegt. Dagegen haftet der Kutscher nominell sürkleinere Beschädigungen, die durch seine Schuld an Fuhrwerk und Gespann vorkommen.

Die beiden Besi hervereinigungen, die in München existieren, haben in ihren Satzungen einige Bestimmungen, die fich mit ben Berhältniffen der Angestellten besaffen. So zählt das Statut des "Bereins der Taxa= meterbefiger" (gegründet 1899) ju ben Bereinszweden u. a. "zwischen ben Mitgliedern und ihren Gehilfen geordnete Berhältniffe zu ichaffen bezw. aufrecht zu erhalten und für Bermehrung und Ausbildnng des Rutscherpersonals Sorge zu tragen; ein Bereinsbureau mit Arbeitsnachweis au unterhalten; treudienende Gehilfen zu belohnen und unehrliches und unzuverläffiges Versonal ferne zu halten". Ebenso rechnet das Statut des "Bereins von Lohnkutschern und Taxameterbesigern" zu den Bereinsaufgaben die "Sorge für geordnete Zustände zwischen den Dienstherren und ihren Rutschern und Aufrechterhaltung guter Ordnung mit den Gehilfen". Indes find die Bestimmungen ohne Bedeutung, wie es bei dem Jehlen einer forrespondierenden Gehilsenorganisaiton natürlich ist. Realisiert sind sie nur insofern, als der "Berein der Taxameterbesitzer" Neuanzustellende in der Handhabung des Taxameterapparats unterrichtet und auf die Ortskunde= prüjung vorbereitet. Der ftädtische Arbeitsnachweis wird von den Rutschern gar nicht in Anspruch genommen und der ebenfalls kostenlose des Bereins nur wenig. Aussichten auf Bildung einer gewerkschaftlichen Organisation ber Rutscher scheinen vor der Sand keinerlei vorhanden zu fein. Es herrscht in diefer Sinficht eine erkleckliche Indifferenz und Indolenz. Auch find die Interessen der verschiedenen Kategorien (Taxameter und Nicht= taxameter) noch zu ungleichartig und manche von den heutigen Kutschern werden einmal felbst Befiger. Das dürfte noch länger so weiter dauern, da bei der Politif der beiden Besitzervereine und der Sandhabung des Ronzeffionierungsfuftems feitens der Polizei die Bildung von größeren Betrieben nicht wahrscheinlich ift.

Die Laufbahn des Rutschers beginnt bisweilen als Stallfnecht. Nur die größeren Betriebe beschäftigen indes Stallfnechte, deren es etwa 25 giebt. Ihr Dienst dauert von 5 Uhr im Sommer (im Winter 3/46) bis zum Einrücken der Kutscher (1/28 bis 1/29). Um 10 Uhr müffen fie den Bierden noch Waffer geben. Der Wochenlohn beträgt bei freier Roft und Wohnung 8 bis 12 Mt. Aukerdem participieren einige an den Trintgeldern der Rutscher und bekommen felbst . Trinkgelder, wenn sie bestellte Ruhren in der bom Berrn gelieferten Libree verrichten. Den quafi öffent= lichen Dienst der Rutscher durfen fie nicht leisten, da fie keinen Fahrschein Die meisten Rutscher, mögen fie nun anfangs Stallknechte gewesen fein oder nicht, ftammen bom Lande. Sie find Butlersföhne, ehemalige Dienstknechte, oder als Rutscher in anderen Betrieben, manche auch zuvor in anderen Berufen thatig gewefen. In der Regel geben fie zu ihrem neuen Berufe über, nachdem fie in München ihre Dienftzeit bei der Ravallerie absolviert haben: viele waren Offiziersburschen. felbst Befiger eines Fuhrwerkes zu werden, haben fie nur dann, wenn fie von Haus aus Geld haben oder bekommen, fei es durch Erbichaft, gunftige Beirat oder auf dem Wege des Kredits. Für einen großen Teil treffen diefe Vorbedingungen zu. Rach einer Reihe von Jahren taufen folche Autscher ein konzessioniertes Kuhrwerk, das sie weit über den Kostenwert (25--2800 Mt.) mit 3000 bis 5000 Mt. bezahlen müffen. So geben dann die meisten konzessionierten Suhrwerke im Falle des Berkaufs in die Hände von ehemaligen Autschern über. Diejenigen Autscher, welche sich tein eigenes Fuhrwerk taufen können, bleiben Rutscher ihr Leben lang, wenn sie nicht noch den Beruf wechseln wollen. Falls sie alt und invalide werden, eröffnet sich ihnen - ebenso wie verarmten und erwerbsbeschränkten Mitgliedern des "Bereins von Lohnkutschern und Taxameterbesitzern" die Aussicht, Platmarter zu werden. Diese haben die Warteplate rein zu halten gegen eine monatliche Bergütung von 7 bis 10 Mt. giebt ihrer 10 bis 11, die vom "Berein von Lohnkutschern und Tarameter= besitzern" angestellt werden. Nebenverdienste beziehen sie durch Butragen von Waffer für die Bierde, von Speifen und Getränken für die Ruticher. durch Beaufsichtigung der Wagen und besonders durch den Verkauf von Pferdebrot, der manchem täglich einige Mark abwerfen foll.

Bergleicht man die Lage der Kutscher in den größeren und kleineren Betrieben, so ergiebt sich, daß in den größeren eine kürzere Arbeitszeit herrscht, während in den kleineren insolge verlängerter Arbeitszeit etwas mehr verdient wird.

# Erhebungen über die Verhältnisse der unteren Bediensteten und Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berlins<sup>1</sup>.

Von

Dr. Frit Deichen, Graudenz.

¹ Die nachstehenden Erhebungen sind im Sommer des Jahres 1899 begonnen und im Laufe des daraufsolgenden Winters fertiggestellt worden. Bevor die Abshandlung jedoch zum endgültigen Abschluß gebracht wurde, kam im Mai 1900 der große Ausstand der Straßenbahner zum Ausdruch. Wir haben daher die Ergebsnisse dieser interessanten Lohnbewegung in den Abschnitt über die Straßenbahnsbediensteten eingeslochten. Ob die durch den Streik geschaffenen Berhältnisse dauernden Bestand haben werden, wird uns erst die Zukunst lehren können. Auch die übrigen Abschnitte sind inzwischen nach Möglichkeit mit neuerem Material ausgestattet worden.

## I. Einleitung.

## Die Entwicklung der öffentlichen Berfehrsunternehmungen.

Obgleich Berlin in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts eine Stadt von rund 150000 Einwohnern, also auch nach heutigen Begriffen schon längst eine Großstadt war, hatte es eigentlich noch kein öffenteliches Berkehrsmittel.

Zwar wurde im Jahre 1739 — abgesehen von dem früheren Institut der Sänften — der eigens hiersür gebildeten Fiakerzunst vom Könige das Privilegium verliehen, "Fiaker" zu unterhalten; jedoch haben dieselben kaum eine Bedeutung für den öffentlichen Verkehr erlangt. Ihre Zahl betrug im Jahre 1769 36, tropdem sie der König auf dem Markt an diesenigen Kutscher verschenkte, welche gerade zuerst erschienen waren. Im Jahre 1795 wurde ihr Betrieb ganz eingestellt.

Auch die im Jahre 1814 dem Pferdehändler Mortier fonzesssinierten "Warschauer-Droschken" (unsere heutigen Droschken II. Klasse) waren für den öffentlichen Berkehr nicht von Bedeutung, wenngleich die Urteile über ihren Zustand und ihre Leistungen nicht ungünstig lauteten. Auch ihre Jahl war ansangs nur gering; sie betrug im Jahre 1824 89. Nach Aussehung des Mortierschen Privilegiums und Einführung eines sreieren Konzessionssihsstens änderten sich allerdings die Berhältnisse. Die Jahl der Droschken stieg von 236 im Jahre 1837 auf 440 im Jahre 1839, auf 1000 im Jahre 1846, auf 1200 im Jahre 1860, auf 2260 im Jahre 1865, auf 3588 im Jahre 1870.

Man muß dabei noch in Betracht ziehen, daß inzwischen auch andere öffentliche Berkehrsmittel entstanden waren.

Denken wir zunächst an die Thorwagen (Kremser), welche ursprünglich nur den Berkehr zwischen Berlin und Charlottenburg vermittelten. Ihre Zahl hatte sich beständig vermehrt; sie erreichte sogar im Jahre 1861 ihren Höhepunkt mit 523 Stück.

Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

Auch die Omnibuffe hatten inzwischen einige Ausdehnung gewonnen. Solange das Mortiersche Droschkenprivilegium bestanden hatte, waren Omnibusunternehmungen nicht konzessioniert worden. Nachher aber machte es anjänglich Schwierigkeiten, einen fapitalfräftigen Unternehmer dafür ju finden. Erft im Jahre 1846 fuchten und erhielten die Kaufleute Becficher und Dr. Freiberg ein Privilegium für regelmäßige Omnibusjahrten auf 5 festgesetten Linien. Das Unternehmen reuffierte. Die Bahl ber Omnibuffe ftieg von 19 auf 66 im Jahre 1860. Infolge der Ginführung der Gewerbefreiheit im Jahre 1861 erhielten auch andere Bewerber eine Rongeffion. Die Betriebe vermehrten fich fogar bald fo rapide, daß ein formlicher Bernichtungefrieg unter den Inhabern entstand. Die Bahl der Omnibusse ftieg daher schon im Jahre 1863 auf 393. Bei diefer zügellofen Konkurreng wurden die Ginnahmen bald fo gering, daß fie die Ausgaben nicht mehr beden konnten. Die täglichen Unterhaltungekoften eines Omnibusge= spannes sollen fich durchschnittlich auf 7 Thlr. 22 Sgr. belaufen haben, während die Einnahmen z. B. im Jahre 1865 im Durchschnitt von 8 verschiedenen Linien nur 3 Thir. 26 Sgr. betrugen 1. Die allmählich ein= tretenden, unwirtschaftlichen Buftande veranlagten die Unternehmer im Jahre 1865, fich zu einer Attiengesellschaft zusammenzuschließen und bie Bahl ber Wagen junächst auf 192 ju beschränken. So entstand die "Allgemeine Berliner Omnibus=Aftiengesellschaft," welche heute noch eriftiert. Im Jahre 1870 hatte fie 130 Wagen im Betriebe.

Wir sehen jedensalls, daß sich die öffentlichen Verkehrsmittel seit Ansfang der vierziger Jahre nicht unbedeutend vermehrt hatten. Im Jahre 1862 war daher auch beim Königlichen Polizeipräsidium ein besonderer Kommissar sür daß gesamte öffentliche Fuhrwesen ernannt worden. Das demselben unterstellte Personal bestand im Jahre 1870 aus 2 Leutnants, 3 Wacht-meistern und 16 Schuhmännern<sup>2</sup>.

Trozdem vermochten die Droschken und Omnibusse — von den Thorwagen wollen wir absehen — dem seit der Gründung des Deutschen Reiches zu immer größerer Intensität ansteigenden Verkehrsbedürfnis nicht zu genügen. Wohl pulsierte schon in den vierziger Jahren — so heißt es in dem Verwaltungsbericht des Magistrats — in den gebildeten Kreisen der Gesellschaft ein reges, geistiges Leben; aber daneben bewegte sich noch

¹ Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, 1899, IV. Viertels jahrsheft, S. 287.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zur Zeit besteht es außer einem Hauptmann als Kommissar aus 6 Leutsnants, 9 Wachtmeistern und 53 Schutleuten; hiervon sind nur im äußeren Dienste 3 Wachtmeister und 30 Schutleute thätig.

"ein in engeren Bahnen des Erwerbes und geistigen Lebens befangenes Bürgertum".

Nachdem aber Berlin durch ein ausgedehntes Ret von Eisenbahnen mit allen Teilen Deutschlands verbunden und Handel und Industrie zu kraftvoller Blüte gelangt war, wurde ein srischer Hauch in das bisher stille Leben der Residenzstadt hineingetragen. Berlin wurde Fabrik- und Handelsstadt, aus dem "besangenen Bürgertum" erwuchs eine regsame Handelsund Industriebevölkerung. Der Webstuhl im eigenen Hause verslassen und mit dem Hammer in der Fabrik vertauscht.

Aber erst mit der Erhebung Berlins zur Weltstadt und mit dem Emporkommen des "vierten Standes" beginnt der innere Stadtverkehr eine größere Ausdehnung zu erlangen. Der Wohnungsmangel innerhalb des Weichbildes wird immer größer und die Zahl der Arbeiter, welche deshalb in den Vororten eine Wohnung nehmen müssen, gewinnt immer mehr an Ausdehnung, ebenso natürlich das zur Stadt gehörige Wirtschaftsgebiet, welches Berlin und seine Vororte umsaßt. Die Wohnungspolitik wurde eine schwer zu lösende Ausgabe der städtischen Gemeindepolitik.

Man dars bei Beurteilung der Verkehrsverhältnisse der Hauptstadt nicht vergessen, daß der Verkehr schon an sich insolge der steten Steigerung der Intensität des gesamten Wirtschaftslebens einen immer größeren Grad von Dichtigkeit erlangte. Denn heute hat eine Stadt von vielleicht 20 000 Einwohnern einen viel intensiveren Verkehr aufzuweisen, als es eine Stadt von gleicher Einwohnerzahl im vorigen Jahrhundert thun konnte. In das Getriebe des heutigen Innenverkehrs im Wirtsschaftsgebiete "Berlin" dürsten uns nachsolgende Zahlen einen interessanten Einblick verschaffen.

Die Stadt selbst hatte am Ende des Jahres 1898 rund  $1\,805\,000$  Einwohner. In dem Gesamtwirtschaftsgebiete Berlins wird man die Bevöleterung auf rund  $2^{1/2}$  Millionen schähen können. Die Zahl der auf den Fernbahnen in Berlin angekommenen resp. von Berlin fortgesahrenen Reisenden betrug bereits im Jahre  $18^{94/95}$  rund  $8^{1/2}$  Millionen. Hieraus kann man schon einen Schluß auf das Menschengetriebe im Innern Berlins

i über die Einzelheiten der Entwicklungsgeschichte des Berliner Verkehrslebens dis zum Jahre 1895 giebt das im Ministerium der öffentlichen Arbeiten heraussgegebene Werk "Berlin und seine Eisenbahnen" vortrefsliche Auskunft. Kurz vor Abschluß unserer Abhandlung erschien ein Aufsat von Dr. von Wüstenhoff in der Zeitschrift des Königl. Preuß. Stat. Bureaus "Verkehr und Verkehrsmittel in Berlin während der Jahre 1865 bis 1895"; von derselben sind einzelne Daten hierher übersnommen.

ziehen. An einem Zähltage im Mai des Jahres 1892 passierten nach den Beobachtungen von Polizeibeamten von 6 Uhr srüh dis 10 Uhr abends ca. 141 000 Personen die Brücke unterm Bahnhof Alexanderplag. Über den Potsdamer Plat bewegten sich an einem Tage des Jahres 1895 während derselben Zeit 4412 Lastwagen, 7352 Droschsten, 1272 Handwagen, 1698 Omnibusse, 985 Privatsuhrwerke, 3512 Pserdebahnwagen, 454 Postwagen, also in der Stunde rund 1200 resp. in der Minute 20 Wagen. In der Hauptgeschäftszeit verkehrte dort alle 22 Sekunden, an der Ecke der Leipziger= und Charlottenstraße alle 17 Sekunden ein Pserdebahnwagen. Heute ist die Auseinandersolge der Wagen noch eine viel schnellere.

Über die Benutzung des öffentlichen Berkehrsmittel seitens des Publikums geben solgende Zahlen Aufschluß. Im Jahre 1898 wurden besördert durch

Omnibusse .											53817422	Personen,
Straßenbahnen											216985824	,,
die Stadt= und	Ri	ngb	ahn,	e	inſch	ĩ.	Gr	une	wal	Ъ	$\boldsymbol{91791640}$	"

zusammen 362594886 Personen.

Durch Dampfichiffe dürften ca. 1 Million, durch die Borortbahnen ca. 50 Millionen Menschen befördert worden sein.

Über die Zahl der Fahrgäste bei den Droschken sehlt bis jett jede Angabe. Man wird unter Berücksichtigung der Winter- und Sommer-wagen annehmen können, daß an einem Tage durchschnittlich 5 Personen von einer Droschke befördert werden; es würden sich dann rund 14 782 500 Kahrgäste ergeben.

Alles in allem dürften die öffentlichen Berkehrsmittel hiernach im Jahre 1898 428 Millionen mal vom Publikum benutzt worden sein.

Allein an den beiden Pfingstfeiertagen des Jahres 1897 wurden

bie Omnibusse von 238 791 Personen, bie Straßenbahnen von 1413 303 " bie Stadt= und Ringbahn von 790 519 "

also alle 3 Verkehrsmittel zusammen von 2 442 613 Personen benutzt. Um aber einem so dringenden Verkehrsbedürsnis, wie es sich seit der Gründung des Deutschen Reiches entwickelte, zu begegnen, bedurste es eines billigeren und schnelleren Transportmittels, als es Droschken und Omnibusse waren, nämlich eines Massentransportmittels.

Waren es doch meist dem vierten Stande angehörige Personen, welche aus den verschiedensten Gründen in der Peripherie oder in den Vororten eine Wohnung nehmen mußten. Droschken und Omnibusse waren zu teuer, als daß sie zur täglichen Fahrt nach dem Innern der Stadt vom Arbeiter benutt werden konnten. Beim Omnibus kam das unangenehme Gerassel auf dem in den siebziger Jahren noch nicht auf dem heutigen Höhepunkt stehenden Straßenpslaster hinzu. Ühnliche Gründe machten auch im inneren Stadtverkehr die Einführung eines billigeren und schnelleren Berkehrsmittels ersorderlich. Der Ausbau von Pserdebahnen sollte daher von der größten Bedeutung sür das Berliner Berkehrsleben werden. Da die Schienen die Reibung der Käder bei der nach heutigen Begriffen schlechten Beschienen die Keibung der Käder bei der nach heutigen Begriffen schlechten Beschaffenheit des Straßenpslasters ganz wesentlich herabminderten, war es möglich, eine viel größere Anzahl von Personen mit demselben Gesährt zu besördern und andererseits mit größerer Geschwindigkeit zu sahren. Hieraus resultierte wieder eine Berbilligung des Fahrpreises.

Wie sehr die Pserdebahnen, und in neuerer Zeit die jene Vorzüge in noch reichlicherem Maße ausweisenden elektrischen Straßenbahnen dem vorhandenen Verkehrsbedürsnis nachzukommen im stande waren, zeigt ein Blic auf ihre schnelle Entwicklung.

Die erste Straßenbahn im Wirtschaftsgebiete Berlins war die im Jahre 1865 eröffnete "Berliner Pferdes Eisenbahnsuftienges fellschaft", welche vom Brandenburger Thor nach Charlottenburg führte und den auf dieser Strecke reichlich verkehrenden Thorwagen den Lebenssaden abschnitt. Ihre Bedeutung für den Verkehr ist bis vor wenigen Jahren nur eine geringe gewesen, namentlich nach der Eröffnung der Stadts und Ringbahn. Im Jahre 1890 wurde nur noch 1%, in den Jahren 1891—1893 gar keine Dividende verteilt. Seitdem ist wieder eine Besserung einsgetreten, namentlich scheint neuerdings die Einsührung des elektrischen Bestriebes günstig auf das Unternehmen zu wirken, weshalb auch eine bedeutende Erhöhung des bisherigen Aktienkapitals von 2016 000 Mk. beschlossen worden ist. Im Jahre 1898 wurden 58/4% Dividende verteilt; die Aktien stehen im Kurse von rund 140. Die Gesellschaft hat jest den Ramen "Berlinscharlottenburger Straßenbahn" angenommen.

Gine viel günstigere Entwicklung hat die im Jahre 1873 eröffnete Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft, die jetige "Große Berliner Straßenbahn" aufzuweisen. Sie bedeckte bald ganz Berlin mit einem weit verzweigten Netze von Linien und stellte Berbindungen mit sast allen wichtigeren Bororten her.

Das ursprüngliche Aktienkapital von 9 Millionen Mark ist jetzt auf  $67\,125\,000$  Mt. angewachsen. Die Aktien standen lange Zeit weit über  $300^{\rm o}/{\rm o}$ , allmählich sind sie insolge des Sinkens der Dividende auf  $10^{\rm 1/2}{\rm o}/{\rm o}$  im Jahre 1899 um rund  $100^{\rm o}/{\rm o}$  gesunken. Jedoch dürste dies nur ein

vorübergehender Zustand sein, da der Reinertrag des Unternehmens nach vollständiger Einsührung des elektrischen Betriebes wieder in die Höhe gehen wird. Betrug doch die Dividende im Jahre 1895  $12^{1/20}/_{0}$ , 1896  $15^{0}/_{0}$ , 1897  $16^{0}/_{0}$ , 1898  $18^{0}/_{0}$ .

Die Große Berliner Straßenbahn ist das größte Straßenbahn-Unternehmen des Deutschen Reiches. Bei dem monopolartigen Charakter des großstädtischen Straßenbahnwesens würde dieser Riesenbetrieb zweisellos einmal alle kleineren Unternehmungen gleicher Art in sich aufzaugen, wenn nicht von seiten der maßgebenden Behörden bei Zeiten dagegen Maßregeln ergriffen werden würden. Es ist daher mit Freude zu begrüßen, daß die Berliner Stadtverwaltung beschlossen hat, ein ausgedehntes Netz neuer Straßenbahnen selbst zur Aussührung zu bringen.

Die Anfänge zur Monopolisierung der Straßenbahnen sind ja bereits gemacht worden. Denn mit dem 1. Januar 1900 ist eine Berschmelzung der Großen Berliner Straßenbahn mit der im Jahre 1876 gegründeten Reuen Berliner Pferdebahn mit der im Jahre 1876 gegründeten Weise sind im Jahre 1899 die Aktien des seit Ansang der achtziger Jahre existierenden Dampsstraßenbahnkonsortiums (der jetigen Westlichen Berliner Borortbahn) sowie die Aktien der im Jahre 1898 gegründeten "Südlichen Berliner Borortbahn" von den Aktionären der Großen Berliner Straßenbahn erworden worden. Beide Bahnen sind unter die Verwaltung der Direktion letztgenannten Unternehmens gestellt. Auch neuerdings erst sind die Aktien der Charlottenburger Straßenbahn von den Aktionären der Großen Berliner Straßenbahn ausgekaust worden; wegen der Übernahme der elektrischen Straßenbahn der Gesellschaft für Untergrundbahnen sollen Vershandlungen im Gange sein.

Wir sehen also dann schon den Betrieb von 6 Unternehmungen in der Hand eines Direktoriums vereinigt. Dieselben werden natürlich nach gleichen Principien verwaltet <sup>2</sup>.

Außer den bisher genannten Bahnen existieren noch in Berlin seit einigen Jahren die von der Firma Siemens und Halske betriebenen, im Eigentum der "Berliner elektrischen Straßenbahnen-Aktiengesellschaft" stehenden 3 elektrischen Straßenbahnlinien: a) Gesundbrunnen—Pankow, b) Gesundbrunnen—Mittelstraße, c) Behrenstraße—Treptow.

<sup>1</sup> Bergl. die Schrift von Dr. Frit Deichen, "Die Kommunalisierung der Straßenbahnen in Deutschland", abgedruckt in der Tübinger Zeitschrift für Staatse wissenschaften, Jahrgang 1899, Bb. III.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Es soll daher, wenn wir von den Bediensteten der Großen Berliner Straßensbahn sprechen, im allgemeinen das gesamte, der Direktion dieser Gesellschaft unterstellte Personal gemeint sein.

Zu ihnen gesellte sich im Jahre 1899 die elektrische Bahn der "Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg" von der Waßmannstraße in Berlin nach Hohen-Schönhausen, sowie die der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen gehörige elektrische Bahn vom Schlesischen Bahnhof nach Treptow. Ferner steht in einigen Jahren die Eröffnung der elektrischen Hochbahn Warschauerbrücke—Zoologischer Garten und im Anschluß daran diesenige der elektrischen Straßenbahn Warschauerbrücke—Gentral-Viehhof zu erwarten. Beide Linien gehören der Gesellschaft für den Bau elektrischer Hoch- und Untergrundbahnen.

Der Ausbau eines umsangreichen, einheitlichen Neges neuer Straßenbahnen seitens der Stadtgemeinde auf eigene Rechnung, sowie die unaußbleibliche Anlage von Untergrund- und Unterpflasterbahnen dürste die Bedeutung der Schnellverkehrß- resp. Massentransportmittel in um so grellerem Lichte erscheinen lassen.

Auch einige Bororte Berlins, wie Köpenick, Friedrichshagen, Groß-Lichterselbe, Potsbam und Spandau besitzen besondere Straßenbahnen, die jedoch das Berliner Weichbild nicht überschreiten.

Das wichtigste Schnellverkehrsmittel ist natürlich für Berlin die am 7. Februar 1882 eröffnete Stadt= und Ringbahn geworden, der sich ein umfangreiches Netz von Vorortbahnen zugesellte. Da diese jedoch bereits zu den Voll-Bahnen gerechnet werden, so dürsten sie der vorliegenden Besprechung der Straßen verkehrsmittel erst in zweiter Linie interessieren. Es steht allerdings heute schon sest, daß die Stadt= und Ringbahn in ein neues Stadium der Entwicklung treten wird, salls die geplante Einsührung des elektrischen Betriebes sich verwirklicht.

Die vorstehende Schilderung der Entwicklung der Berkiner Berkehrs= unternehmungen würde nicht vollständig erscheinen, wenn wir dabei nicht die Frage der Konkurrenz, welche sich die einzelnen öffentlichen Berkehrs= mittel gegenseitig verursachten, erörtern würden.

Für die Droschken wurde, wie wir gesehen haben, im Jahre 1837 ein freies Konzessionsspstem eingesührt. Das Bestreben der Polizei ging damals dahin, recht viele Droschken in Betrieb sehen zu lassen und außerzbem recht niedrige Tarise einzusühren. Indessen sollte sich bald zeigen, daß das Droschkenwesen dabei nicht bestehen konnte. Die Einnahmen der Fuhrzherren und Kutscher gingen immer mehr zurück, mit ihnen aber auch der Justand des Pierdez und Wagenmaterials, so daß die Droschken den Ansprücken des Publikums nicht mehr zu genügen verwochten und zu lebhaften Klagen Anlaß gaben. Bei 10 Droschken sank die durchschnittliche Tageszeinnahme einer Droschke von 6,90 Mk. im Jahre 1843 allmählich auf

3,28 Mt. im Jahre 1850. Ühnlich fiel dieselbe bei der Droschke "26" von 6,18 Mt. im Jahre 1856 auf 3,23 Mt. im Jahre 1864.

Namentlich hatte sich die Zahl der kleineren Fuhrherren mit 1-3. Droschken vermehrt, die häusig aus dem Kutscherstande hervorgegangen waren und ihr Betriedsmaterial auf Abzahlung gekaust hatten. Diese hatten aber gerade am meisten unter dem Sinken der Einnahmen zu leiden. Auch das Kutscherpersonal wurde immer schlechter. Weder ein im Jahre 1862 er- lassense, strenge Vorschristen über die Betriedssührung enthaltendes Polizeis Reglement, noch eine im Jahre 1866 vorgenommene geringe Ausbesseung des Tarises vermochten den Mitständen Einhalt zu thun. Man darf dabei nicht vergessen, daß neben der schnellen Vermehrung der Droschken auch die Omnibusse zur Entsaltung gekommen waren.

Im Jahre 1866 find die Droschken 10 mal polizeilich revidiert worden. Bei einer Revision wurden allein 534 wegen ihres schlechten Zustandes besanstandet. Polizeihauptmann Dennstedt bezeichnete etliche Droschken als solche, gegen deren Benutung sich jeder anständige Fahrgast sträube.

Eine Änderung zum Besseren trat ein, als durch eine Polizeiverordnung vom 25. Juli 1868 die Droschken I. Klasse eingesührt und die alten "Warschauer Droschken" als II. Klasse erklärt wurden. Erstere hatten eine modernere, bessere Ausstattung; auch wurde ein besseres Pserdematerial gesordert. Auf der anderen Seite aber wurde ihnen als Entschädigung ein wesentlich höherer Taris zugestanden. Der Zustand der Droschken II. Klasse blieb indessen nach wie vor derselbe; er verschlimmerte sich eher insolge der durch die Droschken I. Klasse hervorgerusenen Konkurrenz.

Im Jahre 1871 wurde wiederum ein höherer Tarif bewilligt, nach= dem die Kutscher kurz vorher in einen Streit eingetreten waren.

Jedoch sollte erst der Erlaß des Droschkenreglements vom 20. I. 1873 in den bisherigen Zuständen dauernden Wandel schaffen. Unter Andro-hung erhöhter Strasen wurden vor allen Dingen eingehende Bestimmungen über die Instandhaltung des Materials erlassen; auf der andern Seite aber entschädigte die Fuhrherren eine weitere Tariferhöhung für die größeren Leistungen. Zur leichteren Berechnung des Fahrgeldes wurde eine Wegemeßkarte eingesührt; man wollte dadurch verhüten, daß die Kutscher durch zu

<sup>1</sup> Intereffant find die Auslassungen eines Fremdenblatts über das langsame Fahren. Siehe "Berlin und seine Entwicklung", 1868 S. 209 und 1870 S. 293. Rähere Mitteilungen über den Stand des Droschkenwesens in damaliger Zeit liesert Regierungsassesson Dr. Dieterici in der Zeitschrift des Königl. Preuß. Statistischen Bureaus, Jahrgang 1865 S. 155—164, 179—189, 241—254, "Geschichtliche und statistische Mitteilungen über das öffentliche Fuhrwesen in Berlin".

langsames Fahren einen höheren Tarif erzielten. Die Droschkenbesitzer sträubten sich zwar ansänglich gegen den Erlaß des Reglements, indem sie unter anderem ihre Wagen mehrere Tage lang nicht sahren ließen. Inbessen mußten sie sich bald davon überzeugen, daß das Reglement thatsächlich ein Segen sürdie weitere Entwicklung des Droschkenwesens gewesen ist. Denn
es hat sich seit dieser Zeit nicht nur der Zustand der Droschken wesentlich gebessert,
sondern es hat sich auch als durchaus notwendig erwiesen, daß das Droschkenwesen im eigensten Interesse der Fuhrherren einer ständigen, strengen polizzeilichen Kontrolle und Beobachtung, namentlich auch bezüglich der Tarise
und der Begrenzung der Zahl der zu konzessionierenden Droschken bedars.
Die Tarise haben seit jener Zeit mehrsach eine Ausbesserung ersahren.

Durch das schnelle Emporkommen der Straßenbahnen erwuchs den Droschken allerdings allmählich ein viel gefährlicherer Konkurrent, als sie es selbst unter sich sein konnten. Im Jahre 1880 waren bereits 469 Pferdebahnwagen im Gange. Es ist klar, daß die Droschken manche Fahrt, die ihnen vorher ohne weiteres zusiel, jeht einbüßen mußten.

Um übelsten waren natürlich die Droschken II. Klasse daran. Diese sind wohl namentlich auch in dem Berichte des Königlichen Polizeipräsidiums gemeint, wo es heißt: Der Berdienst aus dem Droschkengewerbe ist jetzt (d. h. 1880) kaum so hoch, als zur Unterhaltung von Kutscher, Pserd und Wagen ersorderlich ist und kann den Droschkenbesitzer nicht mehr in den Stand setzen, Kleidung, Pserd und Wagen rechtzeitig zu verbesser und zu ergänzen und selbst mit Lust und Freudigkeit den Pflichten seines Gewerbes obzuliegen.

Aus nachfolgender Tabelle ersehen wir die Zunahme der Droschken I. und die Abnahme derjenigen II. Klasse 1:

Am Ende des	Zahl ber	Gefamtzahl der	
Jahres	II. Klaffe	I. Klaffe	Droschken
1870	3396	192	3588
1875	3168	1031	4199
1880	3156	1577	4733
1885	2607	1857	4464
1890	2581	2907	5488
1895	2535	4655	7190
1898	1999	6097	8096

<sup>1</sup> Für ben Betrieb von 400 Drofchten I. Klaffe hatte fich im Sahre 1874 fo- gar eine "Aktiengesellschaft für öffentliches Fuhrwesen" gebilbet.

Während hiernach eine beständige Abnahme der Droschken II. Klasse stattgesunden hat, ist im ganzen doch eine Vermehrung der Droschken insolge der starken Zunahme derzenigen I. Klasse eingetreten.

Tropdem aber hat die Entwicklung des Droschkenwesens mit derjenigen des gesamten Berliner Berkehrs nicht immer Schritt gehalten.

Im Wirtschaftsgebiete von Berlin (die Stadt und die im ehemaligen weiteren Polizeibezirke belegenen Vororte) kommen auf 1000 Einwohner im Jahre

1858	2,04	Droschken.
1871	4,20	"
1875	3,92	"
1880	3,80	"
1885	3,02	"
1890	2,97	"
1895	3,40	"

Hiernach hat sich die Jahl der Droschken seit dem Anfang der siebziger Jahre — dem Beginne der Entwicklung der Pserdebahnen — im Berhältnis zur Einwohnerzahl beständig vermindert; seit Ende der achtziger Jahre ist sie wieder, vermutlich insolge der Vermehrung der Fremdenzusuhr, im Steigen begriffen. Erst heute hat sie wieder den Stand vom Jahre 1871 erreicht, trozdem der Verkehr ein viel intensiverer geworden ist.

Ahnlich wie den Droschken erging es den Omnibussen. Sie konnten wegen des schlechten Straßenpflasters den Pserdebahnen gegenüber nicht stand halten. Wir hatten gesehen, wie ihre Zahl von 393 im Jahre 1863 auf 130 im Jahre 1870 gesallen war. Zu einiger Bedeutung konnten sie erst wieder seit dem Jahre 1875 kommen, als das Berliner Straßenpflaster allmählich verbessert wurde. Das lästige Gerassel des Wagens verminderte sich, und es konnte wegen der geringeren Reibung der Räder schneller gesahren, oder der Wagen stärker belastet werden. Auf dem Asphaltpflaster schwindet ja beinahe jeder Borzug der Straßenbahn vor dem Omnibusse. Im verkehrspolizeilichen Interesse könnte man unter Umständen sogar den Omnibus vorziehen, da er nicht an die Schiene gebunden, folglich sür andere Fuhrwerke nicht so hinderlich ist, wie eine Straßenbahn. Um 1. April 1897 gab es bereits in Berlin

Die am Anfang der achtziger Jahre eingetretene Berminberung der Gesamtzahl der Droschken hat lediglich ihren Grund in der Auflösung der Aktiengeseuschaft für öffentliches Fuhrwesen.

1 338 000 qm Asphaltpflaster, 71 000 " Holzpflaster, 464 000 " Steinpflaster I. Klasse.

zusammen 1873 000 gm beften Materials,

was ein Drittel des Gesamtpflasters der Stadt ausmachte. Es kommt noch hinzu, daß das Asphaltpflaster gerade im Stadtinnern das vorherrschende ist, so daß sich einzelne Omnibuslinien beinahe ausschließlich auf solchem bewegen. Dieser großartigen Berbesserung des Straßenpflasters haben die Omnibusse hauptsächlich ihre Ersolge in den letzten beiden Decennien, bessonders seit dem Jahre 1885 zu verdanken. Seit dieser Zeit entsalten sie auch eine rege Thätigkeit durch immer weiteren Ausbau ihrer Linien, durch Einsührung von 5 Pf.-Teilstrecken und Einstellung von Ginspännerwagen, sowie durch bequemeren und komfortableren Ausbau ihres Betriebsmaterials. Die einzelnen Unternehmer haben in den letzten Jahren ihren Betrieb besständig erweitern können.

Die im Jahre 1865 gegründete Allgemeine Berliner Omnibus= aktiengefellschaft ift heute noch das größte Omnibusunternehmen Berlins. Sie hat jest über 300 Omnibusse im Betriebe. Ihr Aftienkapital betrug ursprünglich 3 Millionen Mark; im Jahre 1877 wurde es auf 2 700 000 Mt. herabgefest. Jest foll es um 600000 Mf. erhöht werden. Die Rentabilität des Unternehmens ist seit dem Aufschwunge des Omnibuswesens in der zweiten Sälfte der achtziger Jahre eine zufriedenftellende gemesen. Die Dividende jur 1899 beträgt 13%. Jenes Aufblühen des Omnibuswefens hat außerdem mehrere Unternehmungen gezeitigt. 3m Jahre 1885 wurde die Große Berliner Omnibus-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 200 000 Mt. gegründet. Sie wurde jedoch im Jahre 1896, ebenfo wie vorher das Thiemesche Omnibus-Unternehmen von der am 30. Rovember 1895 gegründeten "Reuen Berliner Omnibus-Attiengefellschaft" aufgekauft. Diese Gesellschaft hat jest ein Aktienkapital von 2 200 000 Mk. Die Rentabilität ist naturgemäß noch eine geringe; die Dividende betrug für das Jahr 1898 3%, für 1899 6%. Außer den genannten beiden großen Unternehmungen bestehen noch folgende kleinere Omnibusbetriebe:

- 1. Die beiden Linien der "Berliner Spediteurverein-Attiengesellschaft" seit dem Jahre 1897.
- 2. Die Nachtomnibus = Linie der "Berliner Omnibus = Gesellschaft Gebr. Pseil" (Fennstraße 43).
- 3. Die Neue Berliner Nacht=Omnibus-Linie (Bogenftr. 6).
- 4. Die (Nacht=)Omnibus=Linien der Omnibus=Compagnie Berlin (Leipzigerstr. 130).

Auch diese vier Unternehmungen haben günstige Ersolge bezüglich ihrer Rentabilität.

Im übrigen läßt sich vermuten, daß den Omnibussen vielleicht einmal eine ebenso wichtige Rolle im öffentlichen Verkehrsleben zusallen wird wie in Paris. Mit der beständig fortschreitenden Verbesserung des Berliner Straßenpflasters dürsten sie zum mindesten an Beliebtheit beim Publikum immer mehr gewinnen. Hat es sich doch erst im letzten Winter gezeigt, wie wichtig ihre Stellung unter den übrigen Verkehrsmitteln ist. Während bei größerem Schneesall der gesamte Straßenbahnbetrieb im Verkehrscentrum gestört war, sunktionierten die Omnibusse zur Zusriedenheit. Es könnte daher fraglich sein, ob es nicht einmal sür die Verliner Verkehrsverhältnisse von Vorteil werden wird, die Straßenbahnen, ähnlich wie es in London geschehen ist, aus dem Verkehrscentrum der Stadt zu verbannen und die Omnibusse resp. Untergrundbahnen an ihre Stelle treten zu lassen.

Bielleicht treten auch die Omnibusse mit der Ginführung motorischer Rraft in ein neues Stadium der Entwicklung. Die Allgemeine Berliner Omnibus=Aftiengesellschaft hat bereits im Jahre 1899 mährend der Motorwagen-Ausstellung 4 Accumulatorenwagen zwischen dem Anhalter Bahnhof und der Ausstellung vertebren laffen. Bur Beit verkehren auf der Linie Anhalter Bahnhof-Stettiner Bahnhof einige Motorwagen. achtenswert erscheint auch der bon der Firma Siemens und Halske bereits probeweise in Betrieb gesette elektrische Stragenbahn-Omnibus. hat bor ben gewöhnlichen Vorderrädern ein zweitest jederzeit in die Sohe zu nehmendes Räderpaar, welches jeden Augenblick in die Geleife gelaffen und wieder herausgenommen werden kann. Derartige Stragenbahn=Omni= buffe find auch schon in hamburg in Betrieb gesetzt worden. Das Neue an dem Siemensichen Wagen ift, daß fich an feinem Ded der Siemensiche Rontaktbügel befindet, durch welchen dem Wagen aus den Leitungsdrähten ber Stragenbahn die zur Fortbewegung nötige Rraft zugeführt wird; Diefelbe wied außerdem in den unter den Sigbanken angebrachten Accumula= toren aufgespeichert. Auf diese Weise kann der Wagen sowohl auf den Beleifen, als auch auf Steinen und Asphalt gesahren und beliebig von den Schienen jum Pflafter refp. umgekehrt dirigiert werben.

Selbstverständlich haben die Omnibusse immer noch unter der Konkurrenz der Straßenbahnen, ähnlich wie die Droschken, zu leiden. Entschieden benutzt mancher Fahrgast, der sich früher eines Omnibusses bediente, heute lieber die Straßenbahn. Man kann aber nicht leugnen, daß diese Konkurrenz seit etwa 15 Jahren die Neigung zeigt, sich abzuschwächen, und daß die Omnibusse im inneren Stadtverkehr ihre Stellung behaupten können.

Es existierten z. B. am Ende des Jahres 1885 769 Straßenbahnwagen und 138 Omnibusse, 1898 dagegen 1842 Straßenbahnwagen und 551 Omnibusse. Während sich also die Straßenbahnen um rund 140% vermehrt haben, beträgt die Steigerung bei den Omnibussen rund 300%.

Wenn auch das Omnibuswesen weniger unter der Konkurrenz der Straßenbahnen zu leiden hat als die Droschken, so tragen sie andererseits dazu bei, den letzteren im Verein mit den Straßenbahnen eine erhöhte Konkurrenz zu schaffen.

Innerhalb des Berliner Weichbildes kamen auf 1000 Einwohner im Jahre

1871	0,2	Straßenbahnen	und	Omnibuffe,
1875	0,4	"	,,	"
1880	0,6	,,	,,	",
1890	0,9	,,	,,	"
1895	1,0	"	,,	"
1898	1,32	,,	,,	"

Die Steigerung erscheint noch deutlicher und wohl auch statistisch richtiger, wenn man die Zahl der in den einzelnen Gesährten zur Versügung des Publikums stehenden Plätze der Aufstellung zu Grunde legt. Nehmen wir an, daß durchschnittlich ein Straßenbahnwagen 35, ein Omnibus 20 und eine Droschke 4 Plätze hat, so kommen auf 1000 Einwohner

				nnibuffen Benbahnen	in D1	coschken
im	Jahre	1871	3,9	Pläte	17,9	Pläțe
,,	,,	1875	11,4	,,	17,3	"
,,	"	1880	17,6	"	16,8	"
"	,,	<b>1</b> 890	28,5	"	13,9	"
"	"	1895	32,6	"	17,1	,,
,,	"	1898	<b>41,</b> 8	"	17,9	"

Die Zahl der verfügbaren Plätze hat also bei den Droschken erst am Ende des Jahres 1898 wieder die Höhe vom Jahre 1871 erreicht, während die der anderen beiden Verkehrsmittel in steter Steigerung begriffen ist. Hierbei ist noch in Betracht zu ziehen, daß der Straßenbahnwagen — namentlich beim elektrischen Betriebe — viel mehr Fahrten an einem Tage zu leisten im stande ist als eine Droschke.

Interessant ist ein Vergleich der bei den drei genannten Verkehrsmitteln zur Verwendung gelangten Pserde, also gewissermaßen der verbrauchten Pserdekräste. Nachsolgende Tabelle giebt darüber Ausschluß. Man sieht hieraus mit ziemlicher Klarheit die Vorteile der Straßenbahn= und Omnibusunternehmer vor den Droschkensuhrherren. Während sich nach obigem die Zahl der Droschken seit dem Jahre 1890 in weit geringerem Maße als diejenige der Straßenbahnwagen und Omnibusse steigerte, bemerken wir umgekehrt bezüglich der Zahl der verwendeten Pferde bei den Droschken eine schnellere Vermehrung als bei den anderen beiden Verkehrsmitteln. Es kamen besörderte Personen pro Tag auf ein Vered bei den

		Omnibuffen		mnibuffen	Straßenbahnen (ohne Dampfbahnen)	Straßenbahnen u. Omnibussen im Durchschnitt		
im	Jahre	1880	rund	9,1	67,6	38,3		
,,	,,	1885	,,	36,6	65,3	50,9		
,,	,,	1890	,,	38,00	62,3	50,1		
11	"	1895	,,	34,9	61,2	48,0		
,,	"	1898	"	40,2	_			

Wenn auch hiernach die Ausnutzung der Pferde bei Straßenbahnen und Omnibussen zusammen seit dem Jahre 1885 durchschnittlich unmerklich zurückgegangen ist, so ist dieselbe bei beiden Verkehrsunternehmungen immer noch eine viel günstigere als bei den Droschken. Während andererseits bei den Omnibussen im ganzen eine Steigerung der Zahl der durch ein Pserd besörderten Personen eingetreten ist, sehen wir bei den Straßenbahnen eine Abnahme, die vielleicht auch auf die Konkurrenz seitens der Stadt= und Kingbahn zurückzusühren ist. Denn durch diese allein wurden besördert

im Jahre	Personen	im Jahre	Personen
1882	9347850	1895	<b>65</b> 008 <b>1</b> 58
<b>18</b> 85	<b>1</b> 3290 <b>124</b>	<b>18</b> 98	91791640
1890	33 191 549		

Es läßt sich auch nicht leugnen, daß den Droschken und Omnibussen durch den weiteren Ausbau von Massentransportmitteln, wie Untergrund-, Unterpstafter- und Hochbahnen, eine immer größere Konfurrenz erwachsen wird, von der auch die Straßenbahnen nicht verschont bleiben dürsten. Dagegen können wir die naheliegende und schon mehrsach zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die Droschken infolge der weiteren Entwicklung der Massentransportmittel sogar dem Untergange geweiht seien, nicht teilen, solange die Festsehung der Tarise und der zulässigen Zahl von Droschken von seiten der Polizei in

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Abnahme der Straßenbahnpferde seit dem Jahre 1896 hat ihren Grund in der Einführung des elektrischen Betriebes.

geschickter Beife erfolgt. Diefer polizeilichen Überwachung ift es hauptfächlich zu verdanken, daß die Droschken die Konkurreng der Strakenbahnen und Omnibuffe bisher überstanden haben. Gewiß hatte fich das Drofchkenwefen ohne das Hinzutreten der anderen Verkehrsmittel weit mehr entwickeln können. Es würden ihm aber auch nicht alle Fahrten, welche von Omnibussen und Stragenbahnen oder von der Stadt- und Ringbahn geleiftet werden, zu gute gekommen sein. Einem in Pankow wohnenden Arbeiter würde es niemals einfallen, an jedem Tage die Droschke zu benuken, um zur Arbeitsstätte zu gelangen. Alle jene Maffentransporte von Arbeitern, welche fich morgens, mittags und abends zwischen Beripherie und Centrum der Stadt bewegen, würden also für die Droschken wenig oder gar nicht in Betracht kommen. Aber auch viele andere Personen würden die Droschken auf kurzen Strecken des hohen Preises wegen nicht benuten, sondern lieber zu Fuß gehen. Denn viele Fahrgäste jahren eben nur deshalb so häufig mit den Omnibussen, den Straßen= bahnen oder der Stadtbahn, weil ihnen Gelegenheit zu einer so billigen Kahrt geboten wird. Gerade hierbei kann man erkennen, wie reproduktiv der Verkehr ift. Er steigt zwar mit wachsender wirtschaftlicher Produktion; ebenso wirkt aber wiederum die Vermehrung der Verkehrsgelegenheit belebend auf dieselbe Ferner murde das Bublikum zweifellog, falls es nur auf die Droschken angewiesen ware, auf eine Berbilligung ber Tarife bringen. dabei die Kentabilität der Droschkenbetriebe nicht in Frage gestellt werden würde, ift jum mindeften zweifelhaft.

Auf der anderen Seite scheint uns die Lebenssächigkeit der Droschken, trot der Weiterentwicklung der anderen Transportmittel, darin verbürgt zu sein, daß ihnen ganz bestimmte Funktionen im öffentlichen Verkehr zugewiesen sind, in den ihnen von seiten jener der Rang nicht streitig gemacht werden kann.

Zunächst wird die moderne Droschke I. Klasse steine gewisse Vesährt bleiben, für welches die höheren Gesellschaftskreise stets eine gewisse Vorliebe behalten werden, während der Omnibus z. B. heute noch — allerdings ohne Grund — vielsach bohkottiert wird. Zu Spaziersahrten durch den Tiergarten, den Grunewald u. s. w. werden die Droschken stets ein beliebtes Verkehrsmittel bleiben. Bei Regenwetter ist die Droschke häusig unentbehrlich, da sie den Fahrgast von seiner Hausthür direkt bis an das Ziel seines Weges bringen kann.

Reisende, Notare, Gerichtsvollzieher u. f. w. sind bei ihren geschäftlichen oder dienstlichen Fahrten auf die Benutzung der Droschke angewiesen, da sie nicht Zeit haben, erst zur nächsten Haltelle der passenden Straßenbahnlinie oder bis zum nächsten Stadtbahnhof zu laufen.

In der Nachtzeit, namentlich wenn die anderen Berkehrsmittel ihren Betrieb eingestellt haben, ist die Droschke für manchen ein Ketter in der Not, wenn es gilt, das heim schnell zu erreichen.

Eine wichtige Funktion jällt den Droschken an den Bahnhöfen zu, wo sie für das Zubringen und Fortsahren der Reisenden und ihres Gepäckes Sorge tragen. Die Zahl der Droschken, welche auf Bahnhöfen Fuhren ershielten, betrug z. B. im Jahre 1896 593 659.

In allen diesen Funktionen wird sich schwerlich ein Ersatz für die Droschken finden lassen.

Wir mussen nochmals betonen, daß das Droschstenwesen trozdem nur dann bestehen kann, wenn ihre Zahl, sowie es bisher geschehen ist, polizeilich je nach dem vorhandenen Bedürfnis beschränkt wird, und wenn die Tarise polizeilich sestgeset werden. Daraus aber, daß die Droschsten z. Z. ihre Lebensfähigkeit behaupten, möchten wir den Schluß ziehen, daß der jest gültige Taris im allgemeinen die Kentabilität der Droschsenbetriebe verbürgt.

Es ift zwar in den Kreisen der Droschkensuhrherren selbst der Wunsch laut geworden, die niedrigste Grundtage sür eine Fahrt bei den Droschken mit Fahrpreisanzeigern von 50 auf 30 Ps. heradzusezen, in der Annahme, daß dann eine häufigere Jnanspruchnahme der Fuhrwerke stattsinden würde. Nach obigem dürste dies nicht zu empsehlen sein. Denn es steht sest, daß die Droschke hauptsächlich nur in den oben aufgesührten Fällen benutt wird, wenn eben die anderen Verkehrsmittel keinen Ersat für sie bieten können. Sonst würde das Publikum entschieden lieber die immer noch billigere Fahrt auf diesen vorziehen.

Wohl aber möchten wir zugeben, daß durch eine Herabsetung der Taxe für weitere Fahrten, namentlich während der Nacht, eine häufigere Benuthung der Droschten und dadurch wieder eine größere Mehreinnahme erzielt werden wird.

Gine nicht unintereffaute Illustration zur Entwicklung des Berliner Berkehrs bietet ein Blick auf die Decentralisation des heutigeu Fuhrwesens. Man könnte die Berkchrs-Anstalten Berlins solgendermaßen klassissieren:

### A) Für den Personentransport.

- 1. Droschken.
- 2. Stragenbahnen.
- 3. Omnibusse.
- 4. Thorwagen (Kremser).
- 5. Luxussuhrwerk (Chaisen, Brautwagen u. f. w.).
- 6. Leichenfuhrwesen.
- 7. Dampsichiffahrt.

Berhältniffe der Bediensteten u. Arbeiter im Straßen verkehrsgewerbe Berlins. 385

- 8. Stadt= und Ringbahn.
- 9. Vorortbahnen.
  - B) Für ben Gütertransport.
- 1. Privat= und Bahnfpediteure.
- 2. Möbeltransport.
- 3. Abfuhr von Mull und Strafenkehricht.
- 4. Sprengwagen und Strafenreinigungsmaschinen.
- 5. Aftenwagen.
- 6. Frachtbampfer.
- 7. Sonftiges Laftfuhrwerk (Sand, Schnee, Steine, Rohlen u. f. w.).
- 8. Vorortbahnen.
- C) Für die Beförderung von kleinen Paketen und Nach = richten.
  - 1. Die Reichspost.
  - 2. Die Brivatposten.
  - 3. Dienstmänner.

Ginzelne Berkehrsmittel dienen verschiedenen Zwecken; z. B. befördert die Berliner Paketsahrt=Aktiengesellschaft zugleich Güter und Nachrichten. Droschken werden auch zur Gepäckbesörderung benutzt.

Undererseits giebt es noch zahlreiche Berkehrsunternehmungen, welche ihr Gewerbe auf verschiedene Berkehrsmittel ausdehnen. Z. B. findet man jetzt oft Leichensuhrwerk und Brautwagen, Droschken, Thorwagen und Last-juhrwerk vereinigt. Bezweckt wird eine bessere Ausnutzung der Pferde und des Kutscherpersonals.

Mit dem Anwachsen des Verkehrs hat sich natürlich auch beständig die Zahl der im Verkehrsgewerbe thätigen Personen vermehrt. Wie aus den zahlreichen, in der Industrie thätigen Arbeitermassen ein besonderer vierter Stand hervorgegangen ist, so mußte auch die Zahl der Personen, welche zur Fortbewegung derselben notwendig waren, gewaltig anwachsen und selbst wieder zur Vermehrung des vierten Standes beitragen.

Nachfolgende Übersicht giebt Auskunft über die Zahl derzenigen Personen, deren Beruf nach der Berufsstatistik des Deutschen Reiches vom 14. Juni 1895 der Bewältigung des inneren Massenverkehrs im Wirtschaftsgebiete Berlins gewidmet war 1.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die im Post= und Telegraphenbetriebe beschäftigten Personen sind zwar teil= weise für den Berkehr im ganzen Deutschen Reiche thätig; andererseits aber fehlen in obigen Zahlen die im Stadtbahn=, Ringbahn= und Vorortverkehr thätigen Sisen= bahnbediensteten. Die Reichsstatistik spricht nämlich nur von Sisenbahnbediensteten, also auch von denjenigen, welche auf Fernbahnen thätig sind.

	Gesamtzahl ber ben betr. Beruf haupt= ober nebenberusilich ausälbenben Personen (a, b, c) im								
Berufßarten	Weichbilb <b>e</b> von Berlin	Rreife Nieber= Barnim	Areise Teltow	Stadtfreis Charlotten= burg	im Gesamt= wirtschafts= gebiet von Berlin				
Post= u. Telegraphenbetrieb Posthalterei u. Personenfuhr=	11 167	433	1008	456	13 064				
wert	7 396	1208	568	191	9 363				
Straßenbahnbetrieb	2834	278	829	451	4 392				
Fracht=(auch Roll=)Fuhrwerk,									
Güterbestatter	4 404	603	804	423	$6\ 234$				
Binnenschiffahrt	1 335	_	_	!	1 335				
Dienstmanns-Institut, Dienstmänner, Lohndiener	1 464	42	64	43	1 613				
Leichenbestattung einschließ= lich Totengräber	335	111	118	17	581				
Zusammen	<b>2</b> 8 935	2675	3391	1581	36 582				

Die Zahl der Verkehrsangestellten dürfte jedenfalls einen nicht unerheblichen Bruchteil der arbeitenden Bevölkerung Berlins ausmachen.

Wenn es im solgenden unsere Ausgabe sein soll, die wirtschaftliche Lage der Angestellten im Berkehrsgewerbe Berlins zu schildern, so beanspruchen die in den großen öffentlichen Berkehrsunternehmungen thätigen Personen ein erhöhtes Interesse. Denn bei ihnen hat nicht nur der Socialspolitiker, sondern zugleich der Verkehrs= und Wirtschaftspolitiker ein Interesse an ihrer auskömmlichen, wirtschaftlichen Existenz. Hat uns doch gerade die neueste Zeit Beispiele genug darüber geliesert, welche Schädigungen das gesamte Wirtschaftsleben erleiden muß, wenn die Angestellten gezwungen werden, eine Besserung ihrer Existenz durch Arbeitseinstellungen zu erwirken. Die Reichs= und Staatsbetriebe sollen außerdem überhaupt von unserer Betrachtung ausgeschlossen sein.

## II. Das Droschkenwesen.

Anzahl, Größe und Rentabilität der Betriebe, Lohnsufteme.

Die Zahl und Größe der Droschkenbetriebe geht aus nachsolgender Tabelle hervor 1.

<sup>1</sup> Aufgeftellt auf Grund von Auszügen aus den statistischen Jahrbüchern der Stadt Berlin.

Die Zahl der Betriebe hat sich hiernach bis zum Jahre 1879 beständig vermehrt, um dann bis zum Jahre 1885 wieder abzunehmen. Die Ab= nahme ersolgte hauptsächlich auf Kosten der Betriebe mit einer Droschke, der sogenannten "Eigenspänner", bei denen der Fuhrherr zugleich der Kutscher ist. Die seit dem Jahre 1886 wieder eingetretene Vermehrung der Betriebe hat bis zum heutigen Tage angedauert.

Die meisten Betriebe find immer noch solche mit einer Droschke, trothem die Zahl der Eigenspänner sich von Jahr zu Jahr verhältnismäßig vermindert. Dieselbe war im Jahre 1898 nicht größer als im Jahre 1879, wenngleich es in jenem 486 Betriebe mehr gab als in letzterem. Sie betrug im Jahre 1898 60% aller Betriebe gegen 73% im Jahre 1879. Die meisten Eigenspänner haben jetzt Droschken I. Klasse; und zwar sahren viele lieber ohne Fahrpreisanzeiger, da sie dann als "Fuhrherren" mit dem Publikum Vereinsbarungen über den Fahrpreis treffen können.

Die Zahl der Betriebe mit 2—5 Droschken hat seit dem Jahre 1873 unaushörlich zugenommen; sie umsaßte im Jahre 1880 21%, 1898 29% aller Betriebe. Die Inhaber dieser kleinen Unternehmungen müssen auch noch selbst als Kutscher thätig sein, da die Einnahmen aus 5 Droschken noch nicht genügen, um den Eigentümer nur als Betriebseiter thätig sein zu lassen. Auch bei Betrieben mit 6—10 Droschken nuß der Unternehmer als Kutscher, zum mindesten aber als Stallmann nitarbeiten.

Eigentlich gestattet erst der Besitz von mehr als 16 Droschsten ihrem figentümer, nur vom Unternehmergewinn zu leben. Erst diese Betriebe vird man daher zu den Großbetrieben des Droschkenwesens rechnen dürsen. deren Zahl betrug im Jahre

1873	0,7º/o
1880	1,00/0
1890	$2,0^{ m 0/o}$
1895	$3,0^{0}/o$
1898	3.80/0

aller Betriebe. Hiernach ist unverkennbar eine starke Tendenz zur Bilbung von Großbetrieben vorhanden. Bei den Betrieben von mehr als 50 Droschken macht sich allerdings wieder ein Rückgang im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Betriebe bemerkbar. Der größte Betrieb hat jetzt 80 Droschken.

Die Vermehrung der Zahl der größeren Betriebe hat ihren Grund in jolgenden Thatsachen:

- 1. Es wird in den Ausgaben, namentlich an der Stallmiete und den Futterkosten erheblich gespart. In den großen Betrieben sahren nämlich meist Tag= und Nachtdroschken, so daß immer nur die Hälfte der Pferde im Stall untergebracht zu werden braucht. Kommen die Nachtdroschken des Morgens auf den Hof, so haben die Tagespserde bereits den Stall verlassen. Es kann also die Hälste der Stallmiete gespart werden, was bei einer Miete von rund 75 Mk. für den Stand etwas ausmacht.
- 2. Die größeren Unternehmungen zeichnen sich im allgemeinen durch ein besseres Betriebsmaterial aus, während den kleineren Fuhrherren häufig das Betriebskapital für Verbesserungen sehlt. Die Bruttoeinnahmen sind daher bei jenen meist höher.
- 3. Ungünftige Zeiten überstehen die größeren Betriebe besser als die kleineren. Selbst ein kleiner Reingewinn bei der einzelnen Droschke erscheint noch als rentabel, da die größere Anzahl der Droschken doch eine Existenz ermöglicht.

Die Betriebe mit 2—10 Droschken, welche sich prozentual am meisten vermehrt haben, nehmen im allgemeinen auch an diesen Vorteilen Anteil. Sie bringen insosern noch mehr ein, als ihr Fuhrherrzugleich als Kutscher thätigist, in weniger günstigen Zeiten kann er durch Einsehung seiner persönlichen Kraft und Tüchtigseit die geringeren Einnahmen wieder gut machen. Gewöhnlich ist überhaupt die Einnahme eines selbstsahrenden Fuhrherrn besser als die seiner Kutscher. Nicht selten kommt es vor, daß solch ein kleiner Fuhrherr, salls ihm ein Kutscher sehlt, sowohl sein eigenes als auch das durch das Fehlen des Kutschers disponibel gewordene Pserd in Thätigkeit hält, indem er von morgens 6 bis nachts um 12 Uhr in Bewegung bleibt. Er spannt dann nachmittags um 3 Uhr um. Ein längeres Verweilen auf den Halteplätzen verschmäht er schon deshalb, weil die Pserde bei dieser kurzen Arbeitszeit nicht geschont zu werden brauchen. Er verdient dann doch mehr, als wenn

er nur mit einem Pferde etwa 12—13 Stunden lang unterwegs ift. Denn ein einziges Pferd würde ein fortwährendes Umhersahren, ohne ein längeres Berweilen an den Halteplätzen, nicht aushalten.

Es kommt noch hinzu, daß so wenige gute Kutscher disponibel sind; diese werden meist Jahre hindurch von ihrem alten Fuhrherrn sestgehalten, während die schlechten Kutscher bald einmal ihren Dienst wechseln. Unter "guten Kutschern" dürsen wir nicht schon diezenigen verstehen, welche dem Publikum angenehm und gesällig erscheinen, sondern erst solche, welche auch ihrem Fuhrherrn in die Hände arbeiten.

Beim Droschkenbetriebe kommt es ganz besonders auf die Tüchtigkeit des Führers an, da dieselben sich während ihrer Arbeit vollkommen der Be-aufsichtigung seitens ihres Arbeitgebers entziehen. Ein tüchtiger Kutscher wird stets eine genügende Tageseinnahme mit nach Hause bringen; er weiß alle Kon-junkturen wahrzunehmen, wenn irgendwie eine Fuhre in Aussicht stehen könnte.

Ein schlechter Kutscher dagegen sist sortwährend im Gasthause und verdirbt außerdem noch die Pserde. Was nütt dem Fuhrherrn dann eine bessere Tageseinnahme, wenn die Pserde dabei insolge übermäßigen Absiagens u. s. w. zu Schanden gesahren werden. Da die Versicherungsgesellschaften die Droschkenpserde nicht, oder nur zu sehr hohen Prämien versichern, so bedeutet der Tod eines Pserdes einen bitteren Verlust, ähnlich wie bei Unthätigkeit desselben bei längerer Krankheit. Vom Roßschlächter werden durchschnittlich nur 50—60 Mk. sür ein Pserd gezahlt.

Ein kleinerer Fuhrherr weiß sich nun viel eher gute Rutscher zu ber= schaffen als ein großer. Jener ist felbst als Rutscher unterwegs und trifft mit seinen Rollegen auf den Standpläten zusammen. hier hört er bald einmal, wann ein guter Rutscher seinen Dienst wo anders aufgeben will. Der Kutscher wiederum arbeitet lieber für einen solchen selbst als Rutscher thätigen Besitzer. Er steht ihm gleichberechtigt zur Seite; ein gewisses Kameradichaftsgefühl flökt ihm Treue zu dem ihm social nicht viel überlegenen herrn ein. Ift es doch g. B. Mode, daß fich die kleineren Fuhr= herren mit ihren Rutschern dugen. Größere Befiger dagegen halten fich in gewiffer Reserve. Die kleineren Juhrherren haben häufig schon früher dem Rutscherstande angehört und sich dann auf erspartem oder geliehenem Gelbe etabliert. Bielleicht ift auf alle biefe Umftande bie Thatfache gurudguführen, daß bei den bisherigen Streiks der Drofchken= kutscher fast nur die größeren Betriebe in Mitleidenschaft gezogen worden Bei starker Berschuldung besteht allerdings wieder die Gefahr, daß die Einnahmen durch die Zinsen sast ganz verschluckt werden und somit die Aufrechterhaltung des Betriebes unmöglich wird.

Den Vorteil billiger Stallungen wissen sich die kleinen Besitzer insosern zu verschaffen, als sie ihren Betrieb nach den Vororten verlegen. Da der Polizei ansänglich bei der Bestellung von Strasmandaten, sowie bei der Vorladung von außerhalb wohnenden Kutschern und Fuhrherren zu viel Schwierigsteiten erwuchsen, wurde durch eine Polizeiverordnung vom 31. Juli 1880 angeordnet, daß das Fahrmaterial der in Berlin ihr Gewerbe ausübenden Droschsenbesitzer auch hier untergebracht sein muß. Diese Verordnung ist jedoch am 21. April 1891 wieder ausgehoben — wohl zum Segen der kleineren Fuhrherren. Denn der Unterschied in den Stalls oder Wohsnungsmieten ist zwischen Berlin und den Vororten ein ganz bedeutender, wenn auch das Wohnen außerhalb des städtischen Weichbildes den Nachteil hat, daß das Fuhrwert erst einen langen Weg dis zur verkehrsreicheren Innensstadt zurücklegen muß. Das Pserdes und Wagenmaterial hat dabei ebenso wie der Kutscher, dessen Arbeitszeit unter Umständen  $1^{1/2}$  Stunden länger ist als diesenige seiner in der Stadt wohnenden Kollegen, zu leiden.

Trozdem ist die Zahl der außerhalb Berlins wohnenden Droschkenbesitzer im Steigen begriffen. Sie betrug im Jahre 1885 280, 1895 661, 1896 774, d. h. über ein Biertel aller Betriebe. Diejenigen Vororte, in denen sich Droschkenbesitzer niederlassen dürsen, werden seit dem Jahre 1891 polizzeilich vorgeschrieben. Im Jahre 1885 verteilten sich die Betriebe über solgende Vororte:

Im Often: Boxhagen 1, Friedrichsberg 58, Lichtenberg 1, Hohen= schönhausen 1, Treptow 2, zusammen 63.

Im Westen: Charlottenburg 18, Friedenau 1, Schöneberg 31, Wilmersdorf 2, zusammen 52.

Im Süden Rixdorf 80, Tempelhof 1, zusammen 81.

Im Norden: Pankow 4, Reinidendorf 30, Niederschönhausen 1, Beifensee 49, zusammen 84.

Hiernach sind vorzugsweise die Gegenden mit billigeren Mieten auf= gesucht worden.

Wir sehen auch hier wieder, was wir schon bei Gelegenheit der Bessprechung des Tarifs= und Konzessionswesens beobachtet haben, daß die Kentabilität des Droschkenwesens nicht unerheblich von dem jeweiligen Eingreifen der polizeilichen Organe beeinflußt wird.

Dieselbe hat bisher im Lause der Jahrzehnte manchen Wandlungen unterlegen. In den sechziger Jahren war die Rentabilität, wie wir erwähnt haben, infolge der allzu schnellen Vermehrung der Droschken so sehr gefunken, daß das Droschkenwesen immer mehr in Versall geriet und zu den lebhastesten Klagen im Publikum Anlaß gab.

Erft nach dem Erlag des Polizeireglements vom Jahre 1873 und nach der darauf erfolgten Erhöhung der Tarife traten in jeder Hinsicht gunftige Verhältnisse ein. Roch heute erinnern fich Rutscher wie Fuhrherren mit Freuden an jene Beiten um die Mitte der fiebenziger Jahre, die im Berhältnis zu den heutigen golben gewesen waren. Namentlich die Fahrten nach den Vororten maren damals fehr einträglich. So mar ein beliebter Standplat derjenige am Zoologischen Garten, von wo aus Touren nach dem Brunemald u. f. w. unternommen wurden. Nicht felten tehrten die Ruticher mit einer Einnahme von 20-30 Mt. heim. In dem Berwaltungsbericht des Königlichen Polizeipräfidiums für die Jahre 1881-1890 wird hervoraehoben, daß nach beftimmten Erklärungen erfahrener und geübter Gigenspanner berjenige, welcher feinen Beruf gewissenhaft erfullte und nicht zu unfolide Ausgaben machte, fehr wohl im ftande war, fich und feine Familie aut zu ernähren, sofern ihn nicht ganz besondere Unfälle trafen. Dasfelbe ift auch heute noch bei den Gigenspännern I. Klaffe der Kall. Dagegen murde der Befitz einer Drofchte feine genügende Erifteng fichern, wenn dieselbe einem Rutscher übergeben wurde. Nur dadurch, daß die Ginnahmen des Rutichers und des Unternehmers einer Berion zu aute kommen, erscheint die Rentabilität eines Betriebes mit einer Drofchke fo aünītia.

Es ist nicht leicht, die Bruttoeinnahme einer Droschke zu ermitteln, da sich die Fuhrherren meist nichts notieren. Außerdem bleiben manche Droschken verschiedene Tage im Jahre unbenutt, teils wegen Krankheit der Pferde, teils wegen Ausbleibens des Kutschers. Einstimmig find sowohl Rutscher wie Fuhrherren darin, daß die Einnahmen jett nicht mehr so aut find wie in den fiebenziger Jahren. Bei einigen Fuhrherren ift es uns gelungen, ihre ordnungsmäßig geführten Bücher einzusehen. Nach diesen Aufzeichnungen sowohl wie nach den sonstigen Umfragen, scheint es uns nicht zu hoch gegriffen zu fein, wenn wir die durchschnittliche Bruttoeinnahme 1 mit Ausschluß der Trinkgelder bei einer Droschke I. Rlaffe, gleichviel ob mit ober ohne Fahrpreisanzeiger, auf mindeftens 3600 Mt., bei einer Drofchte II. Rlaffe auf mindestens 2300 Mt. angeben. droschken haben meist eine etwas höhere Einnahme, ebenso wie zweispannige Raleichen und Landauer. Manche bringen es auf über 4000 Mt. Das zu einer Droschke nötige Anlagekapital setzt sich aus folgenden Bositionen zusammen:

<sup>1</sup> Ohne Rücfsicht darauf, ob sie ber Besitzer ober ein Rutscher fährt.

•	Bei der Droschke I. Klasse	Bei der Droschke II. Klasse.
1. 2 Pferde <sup>1</sup>	800 Mf.	400 Mf.
2. 1 Wagen <sup>2</sup>	1000 "	500 "
3. Geschirr	100 "	60 "
4. Pferdedecke, Futterfübel u. s. w.	9 ".	9 "
zusammen rund	1900 Mf.	950 Mf.
Hierzu die Ausrüstung des Rutschers:	100 "	100 "

Ergiebt ein Anlagekapital von

2000 Mf. rejp. 1050 Mf.

Die laufenden Betriebsausgaben find verschieden je nach der Größe der Betriebe. Bei einem Eigenspänner setzen sich dieselben folgendermaßen zusammen:

Art der Ausgabe.	I. Klasse M	II. Klasse
Stallmiete für 2 Pferde Lackieren des Wagens einschließlich Reparatur Sattler einschließlich Erneuerung Hafe und Wagenschmied einschließlich Erneuerung Stellmacher einschließlich Erneuerung Glaser, Plattierer, Schlosser Futtergeld für 2 Pferde pro Tag 3 bezw. 2,50 Mt. Tierarzt Gewerbesteuer Venscheuer Versicherungsbeiträge. Stallmann Amortisationsquote für 2 Pferde	140 40 50 100 50 12 1095 10 6 — 120	140 36 40 100 40 12 912 10 4 — 50

Rechnet man hierzu noch für Abnutzung der Dienstunisorm 25 Mt., sowie bei Taxameterbroschken 60 Mt. Pacht für den von der Taxameter=

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zu einer Droschke gehören 2 Pferbe, ba jedes Pferd an jedem zweiten Tage einen Ruhetag haben muß. Der Preis der Pferde von Droschken II. Klaffe schwankt zwischen 100 und 300 Mk. In einem größeren Betriebe von 60 Pferden I. Klaffe bewegten sich die Preise zwischen 150 und 825 Mk. fürs Pferd.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kaleschen koften 1450 Mk.; da dieselben 2spännig gesahren werden, so sind 3 Pferde zum Betriebe nötig. Die Droschken II. Klasse werden jetzt nur noch alt für rund 500 Mk. gekauft; neu koften sie 900 Mk.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unter ber Annahme, daß ein Pferd nach Sjährigem Gebrauche noch einen Wert hat von 100 Mf. bei der I. Klaffe, von 75 Mf. bei der II. Klaffe. In einem Großbetriebe find z. Z. vorhanden: 1 Pferd feit 1885, 1 seit 1886, 2 seit 1890, 4 seit 1891, 3 seit 1892, 7 seit 1893, 7 seit 1894, 9 seit 1895, 9 seit 1896, 5 seit 1897, 7 seit 1898, 5 seit 1899.

gefellschaft entliehenen Fahrpreisanzeiger, so kommt man zu solgenden Beträgen

Drofchten II. Klaffe	rund	1375	Mf.
Droschken I. Klaffe mit Fahrpreisanziger	,,	1700	"
,, ,, ,, ohne ,,	"	<b>16</b> 50	"
hiernach beträgt der Reingewinn eines Eigenf	pänn	ers be	i der
Drojchte II. Klaffe		925	Mf.
Droschke I. Klasse mit Fahrpreisanzeiger		1900	,,
,, ,, ohne ,,		1950	"

Die Unterschiede bei den beiden Arten von Droschken I. Klasse verwischen sich natürlich; jedenfalls beträgt die Reineinnahme eines Eigenspänners II. Klasse nur die Hälfte derjenigen eines Eigenspänners I. Klasse.

Anders gestalten sich die Einnahmen aus einer Droschke für denjenigen Fuhrherrn, welcher sie einem Kutscher anvertraut, da dann auch der Lohn des Kutschers von der Einnahme abgeht. Hier spielt das Lohnshstem eine große Rolle.

Bis zur Einführung der Taxameter wußte der Fuhrherr niemals, was sein Kutscher eingenommen hatte. Dieser konnte ihm vorrechnen, was er wollte. Das Dienstverhältnis war daher noch mehr als heute ein reiner Bertrauensposten. Dem Kutscher einen sesten Lohn zu zahlen, war zwecklos, da er sich denselben von seiner Einnahme beliebig vergrößern konnte. Es hatte sich daher allmählich eine Art stillschweigenden Pachtverhältnisses herausgebildet. Es wurde garnicht mehr vorausgesetzt, daß der Kutscher die ganze Einnahme an den Herrn ablieserte und dieser dann jenem seinen Lohn gab. Sondern der Kutscher behielt vielmehr die ganze Einnahme, während er dem Fuhrherrn einen bestimmten, sesten Sag entrichtete. Geslöhnt wurde also eigentlich hierbei der Fuhrherr. Der seste Sag, den dersselbe nach beendeter Tagessahrt vom Kutscher erhielt, betrug gewöhnlich bei den Droschsen II. Klasse 4,50 Mt., bei denen I. Klasse 6 Mt.

Aus dem stillschweigenden Pachtverhältnis bildete sich in einigen größeren Fuhrbetrieben bei Droschken I. Klasse ein sesteres aus, indem von vornherein ein meist mündlicher Pachtvertrag geschlossen wurde; die Pacht betrug dann 7 Mt. pro Tag. Dieses Pachtverhältnis hat sich bis auf den heutigen Tag vereinzelt erhalten. Jest zahlen solche Kutscher 6 Mt.; natürlich übernehmen sie dabei das Kisito des Einnahmeaussalles. Sie stehen sich aber übrigens sehr gut dabei. Sie erhalten stets die besten Pferde und ein bessers Wagenmaterial.

Jenes ftillschweigende Pachtverhaltnis fonnte bestehen, folange die Gin-

nahmen der Droschkensührer so gute waren, daß dieselben ihrem Herrn die oben angegebenen Sätze abgeben konnten. Als jedoch die Einnahmen am Ansange der achtziger Jahre zurückzugehen begannen, bürdeten die Kutscher den Fuhrherren allein den Aussall auf. Es wurde immer weniger abgegeben. Der Fuhrherr erhielt schließlich nur noch 2,50—4 Mk. sür Droschken II. und 4,50—6 Mk. sür Droschken I. Klasse.

Von den Fuhrwerksbesitzern mußte dies um so mehr als ein arger Mißstand empfunden werden, als sie in allen Fällen der Polizei gegenüber sür die gute Instandhaltung des Betriebsmaterials verantwortlich blieben. Ihr Pserdematerial wurde ruiniert, während die Einnahmen in die Tasche des Kutschers flossen.

Mit großer Freude wurde es daher in dem Kreise der Fuhrherren begrüßt, als es nach jahrzehntelangen Versuchen gelungen war, wirklich brauchbare Kontrollapparate, welche die Einnahmen des Rutschers anzeigen, in den Dienst des öffentlichen Fuhrbetriebes zu stellen. Mit dem Anfange der neunziger Jahre begann man die Ginführung der Taxameter mit Ernft zu betreiben. Im Jahre 1895 waren bereits 2490 Droschken mit folchen versehen; ihre Bahl fteigerte fich auf 5111 im Jahre 1898 und beträgt gegenwärtig 5345. Die Zahl der Droschken I. Klaffe ohne Fahrpreisan= zeiger ging dagegen von 2165 auf 986 im Jahre 1898 zurück. Die voll= tommene Aufhebung der letteren durfte ebenfo wie diejenige der Drofchten II. Klaffe nur noch eine Frage der Zeit sein. Berschiedene ältere Fuhrherren und Rutscher, denen wohl das Ablesen des Kontrollapparates Schwierigkeiten bereitet, konnen teine Borliebe für benfelben gewinnen. Noch jest besteht ein Betrieb von 30 Droschken I. Rlaffe ohne Fahrpreisanzeiger. Andere Fuhrherren, namentlich Eigenspänner, fahren deshalb lieber ohne Kontrollapparat, weil sie so mehr verdienen. Sie erhalten nämlich ohne den Apparat eher Touren nach außerhalb, wobei fie dann mit dem Kahr= gaft den Preis unabhängig bom Tarif vereinbaren können; wenn fie dann auch billiger fahren, fo erzielen fie auf den weiten Touren boch eine gu-Das eingeweihte Berliner Bublifum weiß bies friedenstellende Einnahme. und zieht folche Droichken in geeigneten Fällen vor: gewöhnlich fammeln fich dieje Touren-Droschken an bestimmten halteplägen, g. B. an der Ede der Charlottenstraße und der Straße unter den Linden. Auch folche Berfonen, welche die Drofchken dienftlich oder geschäftlich benuten, wie Gerichts= vollzieher, Reifende u. f. w., fahren meist mit einer Droschke ohne Fahrpreis= anzeiger, weil fie ben Preis vereinbaren konnen. Die Stunde wird bann nur mit 1,50-2 Mf. berechnet, mahrend fie fonft 2,50 Mf. kostet. den Drojchken II. Klaffe haben fich die Taxameter nicht einbürgern können;

ihre Zahl betrug hier im Jahre 1896 20; 3. 3. ist nur noch eine Droschke II. Klasse damit versehen.

In der That ist die Handhabung des Kontrollapparates nicht so einsach. Es sind jest 5 Systeme im Gebrauch; jedes einzelne davon muß anders gehandhabt werden, während das Princip bei allen dasselbe ist. Jede Umdrehung des Rades wird durch einen Luftschlauch auf ein Uhrwerk übertragen, welches je nach Einschalten der 1., 2. oder 3. Taxe langsamer oder schneller läust. Dem Fahrgast wird nicht die Jahl der Umdrehungen, sondern der zu entrichtende Fahrpreis durch eine besondere mechanische Einrichtung angezeigt. Da er nur zu bezahlen braucht, was auf der Scheibe steht, der Kutscher aber die einmal angezeigte Einnahme wohl an der dem Fahrgast zugekehrten Seite verschwinden lassen, aber nicht ohne Registrierung derselben auf einer zweiten, für den Fuhrherrn bestimmten Uhr an der Rückseite der Scheibe beseitigen kann, so kann letzterer nach der Heinfehr des Kutschers die gesamte Einnahme der Droschse ablesen. Die auf der Rückseite besindlichen Anzeigevorrichtungen sür den Fuhrherrn bestehen aus:

- 1. Einer Tourenkontrolle. Dieselbe giebt die Zahl der geleisteten Fahrten (à 50 Bj. Grundtaxe) an.
- 2. Einer Geldkontrolle, welche die Gesamteinnahme mit Ausnahme des Tourengeldes und der Zuschläge registriert.
- 3. Einer Kilometerkontrolle, welche die Zahl der überhaupt gesahrenen Kilometer, gleichviel ob sie gegen Bezahlung oder ohne Fahrgast gesahren worden sind, wiedergiebt.
  - 4. Eine Kontrolle über die vereinnahmten Zuschläge.

Während des Haltens auf "Bestellung" versieht ein im Innern des Anzeigers thätiges Uhrwerk den Antried desselben nach dem für die Berrechnung der Wartezeit sestgesten, tarismäßigen Sate. Das Innere des Apparates besindet sich unter Plombenverschluß der Fahrpreisanzeiger-Fabrik, von der dieselben nur entliehen werden können, und demgemäß alle Reparaturen besorgt werden. Nähere Auskunst über die Handhabung und Einrichtung der Taxameter geben die vom Polizeipräsidium genehmigten Beschreibungen. Zur Unterrichtung des Publitums ist außerdem sedem Fahrpreisanzeiger ein Taris beigegeben, wie er zusammen mit der Polizeiprerordnung, betressend Andringung und Benutzung von Fahrpreisanzeigern mit Zuschlagsvorrichtung im Droschkensuhrgewerbe in Berlin unterm 28. April 1896 erlassen wurde. Ein Hauptvorzug des Apparates für das Publitum liegt darin, daß die Kutscher setzt nicht mehr bei gleicher Wegestrecke durch geringere Fahrgeschwindigkeit einen höheren Preis erzielen können.

Die Fuhrherren aber konnten, nachdem es ihnen ermöglicht war, die Einnahmen des Kutschers zu kontrollieren, daran denken, ihre Leute gegen Lohnzahlung zu beschäftigen. Um aber auch noch den Kutscher an der Erzielung einer hohen Tageseinnahme zu interesseren, wählten sie die goldene Mittelstraße. Sie gaben einen sesten Lohn von 1 Mk. und außerdem 25 % der Gesamttageseinnahme. Nur wenige Fuhrherren ließen den Sah ganz sallen und zahlten  $40\,\%$ 0 der Einnahme als Lohn.

Es konnte nicht befremden, daß die durch das frühere Lohnspstem etwas verwöhnten Droschkenkutscher mit der neuen Lohnsestsetzung unzufrieden waren. Als im Jahre 1894 durch eine Polizeiverordnung bestimmt wurde, daß die Taxameterkutscher weiß lackierte Hüte tragen sollten, lehnten sie sich gegen diese Verordnung auf und begannen schließlich einen Streik, an dem sich 550 Kutscher beteiligten. Indessen sügten sie sich doch bald in ihr Schicksal, namentlich als bereits vielsach neue Kutscher an ihre Stelle getreten waren. Die Einstellung neuer Kutscher soll in jener Zeit so zahlreich gewesen sein, daß man im Scherz von einer "Kutschersabrik" gesprochen hat. Wegen der weißen Hüte heißen die Taxameterkutscher unter ihren Kollegen die "Weißlackierten" oder die "Blechhelme" zum Unterschiede von den "Schwarzen".

Aber schon im Jahre 1895 brach ein neuer Streik aus, der die Erhöhung des Lohnsages von 1 Mk. bezweckte. Es gab am Ende des Jahres 1895 etwa 800 Fuhrherren mit Taxameterdroschken; 700 von ihnen waren Einspänner. Die übrigen 100 besaßen etwas über 1700 Wagen, zu deren Führung etwa 1500 Kutscher dienten.

Am 23. Dezember 1895 versammelten sich von diesen 1500 Bediensteten ungefähr 1000 im Englischen Garten und beschloffen, behufs Erzwingung eines festen Lohnsates von 1,50 Mf. bei 25% Unteil an der Gefamteinnahme die Arbeit einzustellen. Berschiedene Fuhrherren bewilligten die Forderung ohne weiteres. Andere machten Bermittelungsvorschläge: 3. B. erboten sich einige Fuhrleute, 50 Bf. Wagenwaschegeld zu bezahlen: andere wollten anstatt der 25% sogar 331/8% der Gesamteinnahme ge= währen. Diefe und andere Vorschläge wurden jedoch rundweg abgelehnt. Am 1. Nanuar 1896 maren bei 53 Ruhrgeschäften 357 Gesbanne ohne Rutscher und daher beschäftigungslos, mahrend die übrigen 161 Wagen im Betriebe blieben. Bei mehreren Fuhrherren mit 12-15 Wagen murde überhaupt nicht mehr gesahren. Erst als die Fuhrherren eine besondere Bereinigung gegründet hatten, die ihre Sauptaufgabe in der Annahme neuer Rutscher und in ber pekuniaren Unterstützung kleinerer, kapitalichwacher Betriebe erblickte, erboten sich die streikenden Rutscher, die Arbeit wieder aufzunehmen; ber Streit war damit beendet.

Indessen traten die Kutscher am 16. November 1898 in einen neuen Streif ein, welcher wiederum die Durchsührung der srüheren Forderung eines sesten Lohnes von 1,50 Mt. bezweckte. Bei einer Einnahme über 10 Mt. wollten die Kutscher sogar 30% Anteil an der Bruttoeinnahme haben. Dieses Mal wurde nicht mit einem Male bei sämtlichen Fuhr-herren gestreitt, sondern man nahm sich einen nach dem andern vor, um ihn gewissernaßen auszuhungern. Auch bei diesem Streit konnte man die interessante Beobachtung machen, daß ausschließlich die größeren Höse in Mitleidenschaft gezogen waren.

Trozdem die Unternehmer nun ihrerseits den Spieß umdrehten und die Kutscher aussperrten, mußten sie dieses Mal schließlich doch nachgeben, so daß der Streif am 20. Januar 1899 als beendigt betrachtet werden fonnte. Der so vereinbarte Lohnsat von 1,50 Mt. und 25% Anteil bis zu 10 Mt., von 30% Anteil an der über 10 Mt. betragenden Bruttoseinnahme gilt noch heute. In der Praxis werden jedoch meist nur 25% gewährt.

Nach dieser längeren Abschweisung wollen wir nunmehr zu unserer Betrachtung über die Kentabilität der Droschkenbetriebe zurückehren. Bei den Droschken ohne Fahrpreisanzeiger muß der Fuhrherr mit dem vorlieb nehmen, was ihm der Kutscher von seiner Einnahme abgiebt. Bei den Droschken II. Klasse erhält er 2,50, 3, 4, im höchsten Falle 4,50 Mk. pro Tag. Der Durchschnitt beträgt 3,75 Mk., was eine Jahreseinnahme von 1368 Mk. ausmacht. Bei den Droschken I. Klasse ohne Fahrpreisanzeiger beträgt die tägliche Abgabe des Kutschers 4, 5, 6, ausnahmsweise auch 7—10 Mk., im Durchschnitt aber 4,75 Mk., also die Jahreseinnahme 1734 Mk. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß die Kutscher von Droschken ohne Kontrollapparat an manchen Tagen überhaupt nichts zahlen; sie nennen dies "einen kalten Schlag machen". Dasselbe kommt in manchem Monat 3 mal vor.

Bei ben Taxameterdroschken geht von der oben festgestellten Bruttoeinnahme von 3600 Mt. der Lohn des Kutschers ab. Dieser beträgt

a) pro Tag 1,50 Mf., also jährlich

550 Mf.

b) 25-30% der Einnahme, also jährlich

950 " 1500 Mt.

zusammen

Dem Fuhrherren verbleiben somit 2100 Mf.

Bur Berechnung des Reingewinnes aus einer Droschke mußten wir von diesen Einnahmen die oben sestgestellten Ausgaben abziehen. Wir wollen jedoch nicht unberücksichtigt lassen, daß die Betriebsausgaben bei größeren Betrieben verhältnismäßig niedriger sind als bei Eigenspännern. Der Fuhrherr muß zwar erhebliche Auswendungen jür die reichsgesestliche Versicherung seines Personals machen, auch muß er sich einen oder mehrere Stalleute halten, deren Beschäftigungskosten pro Droschke rund 80 Mk. ausmachen. Immerhin dürsten pro Gespann 100 Mk. weniger an Ausgaben in Rechnung zu stellen sein als bei den Eigenspännern. Der Reingewinn eines Fuhrherrn beträgt dann bei den Droschken

II.	Rlaffe									93	Mŧ.
I.	"	ohne	શ	Fahr	pre	isa	nze	iger		<b>1</b> 84	,,
I.		mit								<b>5</b> 00	

In Prozenten des oben berechneten Anlagekapitals beträgt somit der Reingewinn bei den Droschken

II.	Masse:	• .			•			•	rui	10	8,8º/o
I.	,,	ohne	Fah	rpre	eisa	nze	iger				$9,2^{0}/_{0}$
I.		mit									$25^{0}/_{0}$

Diese Berechnung stimmt auch mit den Angaben von Fuhrherren überein, daß sie an manchem Tage an einer Droschke II. Klasse kaum 25 Pf., an einer solchen I. Klasse ohne Fahrpreisanzeiger nur 50 Pf. Überschuß hätten. Unter solchen Berhältnissen muß daher die Kentabilität des Betriebes durch die größere Anzahl der Droschken ausgebracht werden. Und auch dann können sie meist nur dadurch bestehen, daß sie nebenbei Luxussuhrwerk halten, zu welchem sie die Reservepserde benutzen. Nicht selten aber kann die Aufrechterhaltung des Betriebes nur durch ein übersmäßiges Sparen an den Ausgaben ermöglicht werden.

Auffallend ist übrigens, daß im größeren Betriebe die Einnahmen aus der Taxameterdroschke besser sind als diesenigen einer Droschke I. Klasse ohne Fahrpreisanzeiger, während beim Eigenspänner letztere 60 Mk. mehr Überschuß brachte als jene. Es tritt hier der Vorteil des neuen Lohnspstems unverkennbar zu Tage.

Am schlechtesten rentieren sich die Droschken II. Klasse, was auch der Grund sür ihre beständige Abnahme sein dürste. Sie dienen eigentlich schon jeht nur noch als Gütertransportmittel. Schwer beladen mit Tuchballen oder Erzeugnissen der Konsektionsbranche, häusig genug auch mit Obstekörben u. s. w., sieht man sie durch die Straßen Berlins sahren. Bon den besser situierten Kreisen sind sie überhaupt boykottiert. Die meisten werden nachts gesahren, da dann die Einnahmen etwas besser sind und die schlechte Beschassenheit des Pserde= und Wagenmaterials nicht so zum Borschein kommt. Neu gebaut wird heute überhaupt feine Oroschke II. Klasse mehr.

Die Eigenspänner II. Rlaffe find wirkliche Zwergbetriebe; ihre Inhaber können nur ein kummerliches Dafein friften. Ginige aller-

bings haben ein kleines Anwesen im Bororte. Die Frau hat dann einen Gemüsehandel oder sonst irgend eine Beschäftigung, sie bestellt den kleinen Acker. Die Pferde können dann bisweilen nebenbei gute Dienste leisten. Biele dieser alten Eigenspänner sahren auch nur deshalb des Nachts, weil sie den regen Berkehr am Tage scheuen. Taxameter mögen oder können sie nicht sahren, weil sie sich in die Kompliziertheit des Fahrpreisanzeigers nicht hineinsinden. Fast alle diese im Berkehrsdienste ergrauten Beteranen sind jedoch, so urwüchsig sie auch erscheinen mögen, ehrbare, achtbare Männer von altem Schrot und Korn, treue Anhänger von Kaiser und Keich. Wohl keiner von ihnen dürste sich zur Socialdemokratie bekennen.

# Das Fahrpersonal in früherer Zeit, Vorbedingungen für die polizeiliche Zulassung, Zahl der Kutscher.

Wir hatten bereits erwähnt, daß in der Zeit, als das Droschkenwesen insolge der immer weiter sortschreitenden Berringerung der Einnahmen in Versall geraten war, auch über das Verhalten der Droschkenkutscher lebhaste Klagen aus dem Publikum laut wurden. Es war dies eine natürliche Erscheinung. Denn die besseren Elemente unter den Kutschern wandten sich, als ihre Einnahmen nicht mehr genügend erschienen, anderen Berusen zu, während untüchtige Leute an ihre Stelle traten. Der Erlaß eines neuen Droschkenreglements im Jahre 1862 konnte wenig Abhilse schaffen. Dasseselbe bestimmte über das Fahrpersonal in der Hauptsache Folgendes:

- 1. Jeder Kutscher muß sich einer Prüfung durch die Polizei unterziehen und erhält bei günstigem Ausfall derselben ein Zeugnis, nämlich den Fahrschein, ausgestellt.
- 2. Die Livree ist den Kutschern von den Fuhrherren zu liefern. (Es ist dies noch heute beim Luxus= und Leichensuhrwerk Sitte.)
- 3. Jeder Fuhrherr hat ein Register zu führen, aus welchem ersichtlich fein muß, welcher Kutscher die Droschke an den einzelnen Tagen gesahren hat.
- 4. Annahme und Entlaffung eines Rutschers ift bem Polizeikommiffar anzuzeigen.
- 5. Unerwachsenen, mit äußeren Schäden behafteten, des Fahrens und der Örtlichkeit unkundigen oder dem Trunke und der Liederlichkeit ergebenen Personen wird der Fahrschein nicht erteilt.
- 6. Jeder Rutscher muß eine Taschenuhr haben.
- 7. Gegen das Publikum hat sich der Kutscher höslich und zuvorkommend zu benehmen und fich nüchtern und ruhig zu verhalten.

- 8. Auf den Halteplätzen darf der erste nicht tränken und füttern, sondern muß auf dem Bock sitzen.
- 9. Während des Berweilens auf den Halteplägen ift die Entsfernung der Kutscher von ihren Fuhrwerken, der Eintritt derselben in Schanklokale, das den Berkehr hemmende Zusammentreten auf den Bürgersteigen und der Aufenthalt im Innern der Wagen verboten; Rauchen ist während der Fahrt stets verboten, gleichsviel ob die Droschke besetzt ober unbesetzt ist.

Aber tropdem konnten diese straffen Vorschriften an den besagten Ubelständen nichts ändern, solange sich die Einnahmen der Kutscher nicht besserten.

Eine im Jahre 1865 für die Ausbildung von Kutschern errichtete Fahrschule ging daher wegen Mangel an Beteiligung ein. Dasselbe Schickal hatte eine am 1. November 1871 errichtete Fahrschule. Man begnügte sich schließlich damit, täglich Instruktionsstunden sür die Droschkenskutscher im Königlichen Polizeipräsidium abhalten zu lassen. Indessen sitt der Gedanke der Errichtung einer Fahrschule niemals erloschen. Der noch heute bestehende starke Mangel an wirklich guten Kutschern hat neuerdings wieder die Frage in den Bordergrund gestellt. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der Gedanke jest endlich einer Verwirklichung entgegengeht. Zwischen den beteiligten Fuhrwerkbesitzern (Verband deutscher Lohnsuhrunternehmer), dem Magistrat und dem Königlichen Polizeipräsidium haben bereits lebhaste Erörterungen darüber stattgesunden.

Man beklagte sich in den sechziger Jahren hauptsächlich darüber, daß sich die Kutscher zu leichtsinnig ihrem Beruf widmeten. "Jeder, der einmal eine Leine in der Hand gehabt habe oder durch den Stall gegangen sei, glaube sahren und Pferde pflegen zu können.

In der "Post" wurde bemängelt, daß die Kutscher erst immer durch energisches Auftreten dazu bewegt werden könnten, dem Fahrgast eine Fahrsmarke über den bezahlten Betrag auszuhändigen. Außerdem werde das Publikum regelmäßig übervorteilt, namentlich wenn die Touren etwas vom Tarise abwichen. An Bosheit und Unverschämtheit hätte es den Kutschern meist nicht gesehlt. Dem Publikum wären sie daher bald unerträglich gesworden. "Schon das Äußere, der Anzug, schreckt zurück; derselbe scheint kaum je gereinigt zu werden, ist voller Flecken, ausstälig geslickt, ost auch

¹ Berlin und seine Entwickelung, 1872 (Jahrgang 6) S. 239, und Berliner städtisches Jahrbuch für 1873, Jahrgang 1.

zerriffen. Sie scheinen darin zu wetteisern, sich dem Publikum gegenüber am unfreundlichsten und ungefälligsten zu betragen. Roheiten, Brutali= täten aller Art, Tarisüberschreitungen u. s. w. sind an der Tagesordnung."

Die Zahl der polizeilichen Denunziationen gegen die Kutscher wurden daher von Jahr zu Jahr größer. Selbst das Bestreben der Polizeibehörde, dieselben durch Festsetzung von Geldprämien zu besserem Verhalten anzuspornen, hatte keinen Ersolg.

Biel mag auch zur Verschlimmerung der Übelstände der 1866 er Feldzug beigetragen haben. Denn viele Fuhrherren und Autscher mußten in den Krieg; ein schlechter Ersatz trat an ihre Stelle.

Erst nach dem Erlasse des Droschkenreglements vom Jahre 1873 traten bessere Verhältnisse ein. Die Einnahmen wurden, wie wir gesehen haben, geradezu gute und mit ihnen zugleich hob sich auch die Qualität des Fahrpersonals. Kurz nach dem Erlasse des Reglements hatten die Kutscher allerdings noch einen Streit insceniert, in welchem sie "32 Thaler Monatslohn" und Verkürzung der Arbeitszeit verlangten: derselbe hat jedoch einen nennenswerten Umsang nicht erreicht, da, wie gesagt, die goldenen Zeiten des Droschkenwesens begannen. Nebenbei sorgte eine strengere Handhabung des Polizeireglements sür die Ausschließung und Fernhaltung aller unbrauchsbaren Elemente. Es wurden z. B. im Jahre

1873	466,	1879	97,
1874	315,	1880	69
1877	195.		

Droschstenkutschern Fahrscheine entzogen. Ebenso ließ die Zahl der Beschwerden seitens des Publikums trot der Bermehrung der Droschken beständig nach; sie sank von 2551 im Jahre 1875 auf 1894 im Jahre 1880. Im übrigen weiß der Bericht des Königlichen Polizeipräsidiums den Droschstenkutschern vieles zu gute zu rechnen, indem darin gesagt wird:

"Ehe in Berlin der Kutscher langsam vom Bocke kletterte, um den gewöhnlich sest hakenden Schlag zu öffnen, ehe der Fahrgast eine Auskunst von ihnen erlangte, bedurste es schon einiger Zeit, guter Worte und der Aussicht auf eine lohnende und ihm passende Fahrt. Hier aber (im Bergleich zum Wiener Fiakerkutscher) hatte er auch vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht auf dem Bock zu sitzen, Wind und Wetter, Hige und Kälte, wochenlang unaushörlichen Regen und Schnee zu ertragen, mußte in der Nacht auch noch sein Pserd süttern und abwarten, den Wagen waschen und reinigen; hier sührte er im allgemeinen ein durchaus unregelmäßiges Leben, sah seine Familie saft nur des Nachts schlasend in der engen dunstigen Wohnung auf einige Minuten, ehe er selbst todmüde sein kümmerliches Lager Schritten XCIX. — Straßentransportgew.

aufsuchen konnte, um nach einigen Stunden Schlaf sein beschwerliches Tagewerk wieder zu beginnen, Jahr aus, Jahr ein in diesem Getriebe ein ganzes Menschenalter hindurch außharrend. Bon einem solchen im Droschkendienste ergrauten, alt und steif gewordenen Beteranen des öffentlichen Fuhrwesens die frohe Laune und Beweglichkeit, die Geschwähigkeit und Ausmerksamkeit des Wiener Fiakerkutschers verlangen wollen, hieße Übermenschliches von ihm sordern; er ist eben im Dienste mürrisch, unbeholsen, stumpf und wortstarg geworden, nachdem er ein Menschenalter hindurch täglich 14—16 Stunden auf dem Bock sigend zugebracht und saft nur die Gesellschaft seines stummen, abgetriebenen Pierdes genossen hat."

Die Bestimmungen des 1873 er Reglements sind im wesentlichen dens jenigen des Reglements vom Jahre 1862 entnommen.

Jeder, welcher heute den Beruf als Droschkenkutscher ergreifen will, muß den Nachweis führen, daß er mindeftens ein Vierteljahr lang ein leichtes Ruhrwerk gefahren hat: dann erst veranlaßt das Königliche Bolizei= präfidium Recherchen über das Vorleben des Antragstellers. Sind erhebliche Strafen vorhanden, so wird der Anwärter abgewiesen. Sonst aber ergeht an ihn die Aufforderung, an den an jedem Tage von 12-1 Uhr mittags ftattfindenden Instruktionsstunden, welche hauptsächlich als Prufung dienen follen, teilzunehmen. Sier muß fich jeder über feine Vertrautheit mit den Strafen Berling, dem Polizeireglement, überhaupt mit allen das Droschkenwesen und den Fahrbetrieb betreffenden Bestimmungen ausweisen. Außer den Fragen werden noch Aufgaben geftellt. 3. B. muß jeder sofort angeben können, wie er von einem gegebenen Punkte der Stadt nach einem anderen zu fahren, und wie er den Fahrpreis zu berechnen hat. Sat fich der Instrukteur die Gewikheit verschafft, daß fich ein Rutscher als Droichkenführer eignet, fo wird demselben ein polizeilicher Fahrschein ausgestellt. Gewöhnlich geschieht dies nach ein= bis zweiwöchentlicher Teilnahme an der Instruktionsstunde. Länger als 3 Wochen darf niemand den Kurfus befuchen. Wird er dann noch nicht für qualifiziert erachtet, so wird er ohne Erteilung eines Fahrscheines entlaffen. Erst der zugleich als Legitimation dienende Fahrschein berechtigt zur Ausübung des Berufes als Droschkenkutscher. Übrigens find nicht alle legitimierten Rutscher beständig im Dienste: beinahe die Hälfte derfelben ift garnicht als Droschkenkutscher thätig. Es zeigt dies nachfolgende Tabelle 1:

¹ Die Anzahl der Thorwagenkutscher ist so gering, daß sie das Bild nicht beeinträchtigen; eine Trennung ließ sich nicht gut vornehmen, weil viele Thorwagenkutscher zugleich Droschkenkutscher sind.

	Es waren Dro Thorwagen	
Jahr	überhaupt durch Fahrscheine legitimiert	im Dienft
1872 1885 1890 1895 1898	8 322 7 375 9 791 12 235 12 568	4214 4570 5281 6421 6907

Man kann indessen annehmen, daß viele mit einem Fahrschein bersehene Kutscher garnicht mehr daran denken, als Droschkenkutscher thätig zu sein, sondern sich anderen Berusen gewidmet haben. Das Angebot von Kutschern ist daher bedeutend niedriger, als man nach obiger Tabelle annehmen könnte. Kein Kutscher ist an eine bestimmte Droschkenart gebunden; er kann bald I., bald II. Klasse sahren, wenn er nur das Geld zur Umsänderung der Unisorm ausbringt.

Ein schriftlicher Arbeitsvertrag wird zwischen dem Fuhrherrn und Kutscher gewöhnlich nicht geschlossen; dagegen schließt man meist die gesetzliche Kündigungssrift aus. Der Kutscher kann sast überall jeden Tag den Dienst verlassen oder entlassen werden.

Die Droschfenkutscher rekrutieren sich aus den verschiedensten Berusszweigen. Gelernte Handwerker aller Art, wie Tischler, Maurer, Barbiere,
ebenso auch Fabrikarbeiter und Hausdiener entschließen sich bei eintretender Arbeitslosigkeit zu diesem Beruse; auch viele ehemalige Knechte vom Lande, die mit der Behandlung der Pserde und dem Fahren Bescheid wissen, sind darunter. Nur eine verschwindende Jahl von Kutschern hat wirklich eine längere Lehrzeit im Fuhrbetriebe durchgemacht. Dagegen trifft man auch ehemalige Geistliche, Lehrer und Offiziere unter den Droschkenkutschern an; jedoch bleiben solche Personen niemals lange im Droschkenbetriebe, weil sie hier allzu leicht zum Trinken und Bummeln verleitet werden und dann ganz verkommen.

Die zum Fahren notwendigen Kenntnisse kann jeder in wenigen Wochen erlernen. Man kann daher den Droschkenkutscher als gelernten Arbeiter nicht bezeichnen. Immerhin eignet sich nicht jeder zu diesem Beruse. Mit körperlichen Fehlern kann er behaftet sein; man findet buckelige und lahme Droschkenkutscher. Dagegen muß der heutige Droschkenkutscher I. Klasse geistig frisch und geweckt sein. Zwar heißt es in dem Gedränge der Fuhr-

werke tapfer drauf los sahren; aber daneben soll kein anderes Fuhrwerk angesahren und jeder Unglückssall bei der Gesahr, ins Gesängnis zu kommen, sorgsältig vermieden werden. Mit scharsem Blick muß der Kutscher sehen, wie er sich durch ein Loch, das gerade im Gedränge der Wagen entstanden ist, hindurchzwängt. Jum Lobe unserer Kutscher müssen wir heute anerskennen, daß ein großer Teil die hierzu nötige Schneidigkeit, Pfiffigkeit und Verschlagenheit besitzt. Man kann die Droschkenkutscher I. Klasse mit Recht im Sinne Dr. Hirschbergs zu den "Fach arbeitern" rechnen. Sie sind saste gute Gesellschafter; einzelne Neuigkeiten aus dem Berliner Großstadtleben haben sie immer zu erzählen. Auf den Haregung bietet.

Die ständigen Droschkenkutscher II. Klasse stehen allerdings vielfach benjenigen I. Klasse an Intelligenz bei weitem nach.

### Die Arbeitszeit, Beschreibung des Dienstes, Sonntagsruhe, Beschäftigungsdauer.

Die tägliche Arbeitszeit ist im Droschkengewerbe nicht begrenzt. Da der Kutscher an der Höhe der Einnahme interessiert ist, so überläßt man ihm, wie lange er sahren will. Es wäre auch zwecklos, ihm eine bestimmte Fahrzeit vorzuschreiben, da der Fuhrherr doch nicht kontrollieren kann, ob der Kutscher nicht einen Teil der Zeit unthätig im Gasthause verbringt. Den Taxameterkutscher kann der Fuhrherr allerdings insosern kontrollieren, als die allgemeine Annahme besteht, daß der Kutscher ca. 12 Mk. eingenommen haben muß, wenn er nach dem Apparate 12 km gesahren ist (gleichviel ob mit oder ohne Fahrgast).

Im allgemeinen teilen sich die Autscher in Tag= und Nachtkutscher. Früher bestand die polizeiliche Borschrift, daß der Betrieb um 7 Uhr morgens resp. abends beginnen müsse. Dieselbe wurde am Ende der siebenziger Jahre, um einer übermäßigen Anstrengung der Pserde und Kutscher vorzubeugen, dahin abgeändert, daß die Droschken mit ungerader Nummer an den Tagen mit ungerader Zahl, diesenigen mit gerader Nummer an den Tagen mit gerader Jahl den Betrieb anstatt um 7 erst um 9 Uhr zu beginnen brauchten. Heute bestehen solche Borschriften über deu Ansang der Fahrten nicht mehr.

Auf größeren Hösen fahren die Tageskutscher im Sommer ungefähr um 7, im Winter um 8 Uhr früh vom Hose, Nachzügler vielleicht erst zwischen 8 und 9 resp. 9 und 10. Manche Kutscher spannen auch erst

<sup>1</sup> Die fociale Lage ber arbeitenben Rlaffen in Berlin, S. 232.

um 1 oder 2 Uhr mittags an. Die Hauptmasse der Droschken aber ist im Sommer um 8, im Winter um 9 von den Hösen verschwunden. Bei den kleineren Fuhrherren wird gewöhnlich etwas später abgefahren. Die Nacht-kutscher beginnen ihre Fahrt sehr verschieden. Am srühesten sahren die Nacht-kutscher II. Klasse ab, die sast alle von 1/24 oder 4 Uhr nachmittags ab unterwegs sind; diejenigen I. Klasse beginnen ihre Fahrt meist um 6 oder 7 Uhr abends, einige auch erst später. Je nach der Absahrt richtet sich, wie wir sehen werden, ungefähr die Heimkehr der Kutscher.

Vor dem Verlassen des Hoses liegen den Kutschern jedoch nach alther= gebrachter Sitte folgende Verrichtungen ob:

- 1. das Baichen ber Droichte;
- 2. das Reinigen und Schmieren des Geschirres sowie hin und wieder das Schmieren des Berbeckes und ber Achsen:
- 3. das Bugen des Pferdes;
- 4. das Aufschirren und Anspannen des Pferdes sowie das Schmieren der hufe.

Diese Arbeiten nehmen, wenn sie gewissenhaft ausgeführt werden sollen, 2 Stunden in Anspruch. Die Taxameterkutscher brauchen ihr Pserd nicht selbst zu puhen, weshalb sich der Vorbereitungsdienst bei ihnen um  $^{1/2}$  Stunde verringert. Vielkach helsen die Frauen beim Wagenwaschen, so daß dann nur 1 Stunde zu jenen Verrichtungen gebraucht wird. Manche Kutscher reinigen auch den Wagen und das Geschirr gleich abends nach der Heimkehr. Zedensalls wird die tägliche Gesamtarbeitszeit durch jenen Vorsbereitungsdienst um 1-2 Stunden verlängert.

Die Verpflichtung zur Vornahme jener Arbeiten stammt aus der Zeit, in der die Fuhrherren sast alle selbst als Kutscher thätig waren. Da sie sich bei ihren wenigen Droschken einen besonderen Stallmann nicht halten konnten, so mußte jeder Kutscher selbst für sein Pierd sorgen, während die Frau des Fuhrherrn die zurückgebliebenen Vierde fütterte.

Die zu jenen Verrichtungen nötigen Gerätschaften, sowie das Schmierund Puhmaterial, ebenso aber auch das Petroleum für die Laternen müssen sich die Kutscher selbst kaufen. Nur in kleineren Betrieben wird Schmiere und Petroleum bisweilen vom Fuhrherrn geliesert; die größeren Fuhrherren thun dies aber überhaupt nicht. Die Ausgaben für alle diese Bedarfsartikel belausen sich auf ungesähr 1 Mt. im Monat.

Auf Höfen, auf benen eine größere Anzahl von Droschken untergebracht ist — in manchen Grundstücken wohnen mehrere Fuhrherren —-, laffen sich die meisten Kutscher den Wagen und das Geschirr von einem sogenannten Wagenwäscher reinigen.

Diese finden sich hier ohne besonderes Engagement ein und haben mit dem Fuhrherrn eigentlich überhaupt nichts zu thun, sondern nur mit dem Kutscher; allenfalls segen sie dem Fuhrherren sür 30—40 Pf. den Hos. Sie übernehmen alle jene Funktionen des Kutschers bezüglich der Reinigungs-, Ruhund Schmierarbeiten an Wagen und Geschirr, wobei sie noch die nötigen Gerätschaften, sowie das Schmier- und Puhmaterial stellen. Für 10—14
Wagen, von denen gewöhnlich die Häste Racht-, die Hälfte Tagesdroschsken sind, genügt ein Wagenwäscher. Für das Reinigen einer Droschke erhält er vom Kutscher 50 Pf. pro Tag, sür das Waschen des Geschirrs 10 Pf.; das Schmieren des Wagens, das alle 4 Wochen vor sich geht, kostet ebensalls 50 Pf. Das Geschäft des Wagenwäschers ist einträglicher als das des Kutschers. Jener steht sich durchschnittlich auf 6,50 Mk. täglich.

Nur die allersolidesten, sparsamsten Kutscher waschen heute noch auf größeren Hösen ihren Wagen selbst. Auch das Puken, Aus- und Abschirren sowie das An- und Abspannen des Pserdes, endlich auch das Schmieren der Huse beforgen sie gewöhnlich nicht selbst, sondern übertragen es dem Stallmann. Dieser bekommt dasur von den Taxameterkutschern, die zwar zum Puken des Pserdes garnicht verpflichtet sind, 10 Ps., von den "schwarz" sahrenden Kutschern nach alter Sitte sogar 25 Ps. jür den Tag.

Die Übertragung der Vorbereitungsdienste an den Wagenwäscher oder Stallmann erlaubt dem Kutscher, erst eine halbe Stunde vor der Abfahrt zur Übernahme des Gesährts auf dem Hose zu erscheinen. Hier entspinnt sich dann nicht selten ein Streit mit dem Fuhrherrn über das Pferd. Jeder möchte immer das beste Pferd haben, weil er damit mehr verdient. Der Fuhrherr aber will das bessere Material nur an gewissenhafte Kutscher aushändigen; aus diesem Grunde hat schon mancher Rosselenker seinen Herrn gewechselt.

Nach Berlassen des Hoses sährt der Kutscher in die verkehrsreichere Innenstadt, die der im Vorort wohnende erst in  $^{1/2}$ — $^{3/4}$  Stunden erreicht. Gewöhnlich wird zunächst ein Halteplatz ausgesucht. Biele Autscher haben ihre bestimmten Standplätze, zu denen sie, wenn sie nicht allzu weit davon entsernt sind, immer wieder hinsahren. Hier treffen sich dann die Kollegen, es werden Meinungen ausgetauscht und die neuesten Erlebnisse befannt gezeben. Nicht selten werden erst auf den Halteplätzen die letzten Keinigungsarbeiten, wie das Abbürsten der Polster, das Putzen der Nickelteile vorzgenommen.

Oft vergehen 2—3 Stunden, ehe der Kutscher eine Fuhre erhält. Rauchen kann der Kutscher jetzt, wenn er keinen Fahrgast hat. Auch darf er sich jetzt auf dem Standplat in seine Droschke setzen; dagegen ist ihm eigent= lich untersagt, von dieser sortzugehen oder gar ein Schanklokal aufzusuchen. Indessen wird diese polizeiliche Borschrift sehr liberal gehandhabt.

Hat der Kutscher doch auch allzu oft Veranlassung, die Gastwirtschaft auszusuchen. Denken wir nur an die oben erwähnte Schilderung der gerade nicht beneidenswerten Thätigkeit eines Berliner Rosselenkers. Bei dem wüstesten Sturmgeheul erwartet der wackere Kutscher nachts vor dem Ballslokale seinen Fahrgast, dem im Innern des Hauses die köstlichsten Genüsse erblühen. Auf seinem Bock sigend lauscht er den Klängen der Musik, die ihm in seinem Halbtraum zuzuslüstern scheinen: Euch Wohlhabenden geht es doch besser als mir armen Kutscher. Daß er dann auch Lust verspürt, sich in einem Schanklokale, salls ein solches überhaupt noch geöffnet ist, bei einem Glase Bier oder Grog zu erwärmen, ist allzu natürlich.

Bei dem Tageskutscher muß man berücksichtigen, daß derselbe erst spät am Abend nach Hause kommt. Er würde den ganzen Tag über nichts Warmes genießen können, wenn er nicht in das Gasthaus gehen würde.

Gewöhnlich kommt der Tageskutscher zwischen 8 und 10 Uhr abends nach Saufe - bisweilen natürlich auch, je nach der Abfahrt am Morgen, früher oder später. Die Nachtkutscher sind um 7, 8 oder 9 Uhr früh je nach der Absahrt am Abend zuvor —, vereinzelt auch erft um 11 oder 12 Uhr mittags auf dem Hofe. Im allgemeinen arbeiten die Rutscher II. Rlaffe am längften, die Taxameterkutscher am wenigsten. Der Dienft der Rutscher ist niemals zeitlich begrenzt; bei Rutschern desselben Hofes differiert er nicht felten um 1-3 Stunden. In einem größeren Betriebe 3. B., in dem nur Droschken I. Rlaffe ohne Fahrpreisanzeiger gefahren werden, find die meiften um 8, die letten um 9 Uhr fruh vom Sofe; zwischen 8 und 9 Uhr abends ift aber erft die Sälfte zu Saufe. Der lette fommt um 11 Uhr; er muß das Thor schließen. Drojchken II. Klaffe find gewöhnlich von 7 oder 8 Uhr früh bis 9 oder 10 Uhr abends unterwegs. Nach der Ankunft auf dem Hoje haben die Rutscher vielleicht noch 1/4 Stunde Aufenthalt mit der Abrechnung, falls fie nicht gleich noch Reinigungsarbeiten bornehmen.

Fasseit wir nun alles zusammen, so kommen wir bezüglich der Arbeitszeiten zu solgenden Resultaten.

Für die Tageskutscher kann man durchschnittlich bei der I. Klasse eine Fahrzeit von 13, bei der II. Klasse eine solche von 14 Stunden annehmen. Bei den Nachtdroschken beträgt die Fahrzeit je eine Stunde mehr, also 14 bezw. 15 Stunden. Ausnahmen kommen bei allen 3 Droschken-

¹ S. o. S. 401.

arten vor. Ein Eigenspänner mit Fahrpreisanzeiger will z. B. jest in 10 Stunden ebensoviel verdienen wie früher ohne Taxameter in 16 Stunden. Ein anderer "schwarzer" Eigenspänner jährt nur 12 Stunden täglich; er begnügt sich aber mit einer Einnahme von 7—8 Mf., da er, wie er stolz behauptete, nicht auf die Einnahmen aus seiner Droschke angewiesen sein Taxameterkutscher, welcher um 10 Uhr abends sortsährt, kommt erst am nächsten Tage um 12 Uhr mittags nach Hause; allerdings soll er regelmäßig von 10 Uhr ab im Gasthause sizen. Ein anderer sehr solider Nacht-kutscher ist schon um 6 Uhr morgens zu Hause; er verdient nämlich sehr viel dadurch, daß er in einem Nachtlassen mehrere Dirnen an der Hand hat, die immer nur mit ihm sahren. Namentlich sind die Nachtbroschsten II. Klasse häusig 16, nicht selten 17 und 18 Stunden unterwegs. Es liegt nämlich bei den Nachtkutschern sehr leicht die Neigung vor, die Dienstzeit zu verlängern, da der geschäftliche Verkehr gerade in der Zeit, in der sie nach Hause sause sause siebet ausselen, wieder auslebt.

Rechnen wir die Zeit vom Betreten des Hofes bis zum Berlaffen desselben nach beendeter Fahrt zusammen, so ergeben sich solgende Gesamtarbeitszeiten:

A) Kutscher, welche die Reinigungsarbeiten durch den Wagenwäscher und Stallmann beforgen laffen (es find dies die meisten):

Tageskutscher I. Klasse 133/4

II. Rlaffe 143/4 Stunden,

Nachtkutscher " "  $14^{3/4}$ 

 $_{"}$  15 $^{3}/_{4}$ 

B) Kutscher, welche alle jene Nebenarbeit selbst aussühren.

Tagesdroschken:

I. Klasse: Taxameter 141/2,

"schwarze" 15 Stunden,

II. ": 16 Stunden.

Nachtdrojchten:

I. Klasse: Tayameter 151/2,

"schwarze" 16 Stunden,

II. " : 17 Stunden.

Im Durchschnitt beträgt hiernach die Arbeitszeit eines Droschkenkutschers, gleichviel, welcher Klasse er angehört, rund  $15^{1/4}$  Stunde. Wir möchten aber nochmals betonen, daß Abweichungen hiervon an der Tagesordnung sind. Rechnet man nun noch den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte, dem Fuhrhose, so bleiben dem Kutscher durchschnittlich  $8^3/4$  Stunden, in ungünstigen Fällen aber nur  $6^{1/2}$  Stunde zur Nachtruhe. Auch der Nachtrutscher geht nur morgens oder mittags nach Hause, um sich ins Bett zu legen, denn schon nach wenigen Stunden muß er von neuem seine nächtliche Fahrt beginnen. Die Zahl der Nachtsutscher beträgt kaum  $^{1/8}$  aller Droschkenkutscher.

Freie Tage kennt der Drofchkenkutscher gewöhnlich nicht; jedenfalls hat er niemals einen Sonntag. Denn der Fuhrherr möchte niemals fein Gefpann unthätig stehen laffen, bor allen Dingen nicht an Sonntagen, die daß meifte einbringen; einem Refervekutscher vertraut er es nicht gern an. Schlechte und bummelige Rutscher kommen allerdings eines schönen Tages einfach nicht auf den hof; dies passiert garnicht so felten. Sonft arbeitet derjenige Rutscher, welcher gerne einen Tag frei haben will, Tag: und Nachtschicht, d. h. er spannt, wenn er abends nach der Tagessahrt auf dem Hoje angekommen ist, sofort wieder ein neues Pjerd ein und fährt gleich die Nachttour weiter. Um nächsten Morgen ift er bann früh um 8 oder 9 für den gangen Tag und die darauf folgende Nacht dienstfrei. darf aber hierbei nicht vergeffen, daß er vorher 24-26 Stunden hintereinander gegrbeitet hat. Während des letten Streits ist ein ehemaliger Rellner, dem es gerade darum zu thun war, recht viel zu verdienen, sogar 36 Stunden hintereinander auf der Fahrt gewesen. Er spannte am ersten Abend um, am nächsten Morgen aber noch einmal; erst am Abend des zweiten Tages gonnte er fich feine Rachtrube.

Man wird nicht fehl greisen in der Annahme, daß ein Droschkenkutscher durchschnittlich nur 12 freie Wochentage im Jahre hat. In den Kutscherstreisen wird darüber geklagt, daß sie ziemlich oft als Zeuge vor die Polizei oder das Gericht geladen werden; sie versäumen dabei gewöhnlich einen halben Tag; auch der Fuhrherr muß natürlich darunter leiden. An einer allzu großen Außnutzung des einzelnen Pserdes ist dem Fuhrherren anderersseits auch nichts gelegen. Denn eine übermäßige Anstrengung desselben — etwa durch zu schnelles Fahren, ohne jede Ruhe auf dem Standplat — schadet ihnen mehr, als eine gute Ginnahme nützt. Aus diesem Grunde sahren Fuhrherren, welche selbst als Kutscher thätig sind, gewöhnlich dann nach Hause, wenn ihnen die Einnahme genügend erscheint. Die Kutscher dagegen kommen regelmäßig vor einer bestimmten Zeit nicht nach Hause; sie machen auch bisweilen Parsoccetouren, z. B. an Sonntagen, wo sie meist länger sahren, wenn die Einnahmen in der Woche zu wünschen übrig ließen.

Bei größeren Fuhrherren dürsen die Kutscher überhaupt vor 8 Uhr abends oder morgens garnicht auf den Hof kommen. Denn hier reichen, wie bereits erwähnt, die Stallungen eigentlich nur für die Hälfte, fast niemals aber für alle Pferde aus. Die Nachtkutscher können daher erst auf den Hof, wenn die Tagesdroschken sort sind, und umgelehrt. Auch die Hofzräume sind meist garnicht so groß, daß alle Wagen mit Bespannung darauf Plat hätten. Nur in Notsällen ließe sich wohl mal das ganze Betriebs=

material zusammen unterbringen. Die Fuhrherren behaupten allerdings immer, daß die Kutscher kommen und gehen können, wann sie wollen. Die Kutscher aber wissen genau, daß es die Fuhrherren nicht gern sehen, wenn sie vor Absahrt der Tages= resp. Nachtkutscher kommen; auch sahren sie selbst nicht gern aus einen voll besetzten Hos.

Man muß allerdings bei der Beurteilung der Arbeitszeiten berückfichtigen, daß der Kutscher während seiner Dienstzeit nicht unausgesetzt in Thätigkeit ist. Im allgemeinen bringt er nur die eine Hälfte der Zeit wirklich mit Fahren, die andere dagegen auf den Standplätzen zu. Auch hier hat er nicht vollkommene Kuhe. Denn nur ein schlechter Kutscher wird sortwährend im Gasthause sitzen oder in seiner Droschke schlasen, die er der erste ist. Ein guter Kutscher bleibt so lange wie möglich bei seinem Wagen, da sich das Publikum häusig genug eine Droschke aus der Mitte der Wagen-reihe herausgreist. Einem schläfrigen Kutscher geht manche Fahrt verloren.

Zu den Obliegenheiten des Kutschers auf dem Standplatz gehört auch das Tränken und Füttern des Pferdes. Das Wasser hierzu muß er von den nahe liegenden Hösen oder aus den öffentlichen Straßenbrunnen holen. Ferner muß er den ganzen Tag über für die Reinlichkeit der Sitze, sowie am Abend sür das gute Leuchten der Laternen sorgen. Jederzeit kann er gewärtig sein, daß die Beamten des Kommissariats sür öffentliches Fuhrwesen sein Gespann einer polizeilichen Revision unterziehen.

Längere Zeit zum Ausruhen haben die Kutscher auf den Bahnhofssstandplätzen. Hier versammelt sich regelmäßig eine größere Anzahl von Droschken, welche die ankommenden Züge abwarten. Da die Benutzung derselben seitens der ankommenden Reisenden streng nach der Reihensolge auf Grund der bei der Ankunst des Kutschers an einen postierten Schutzmann abgegebenen Marke ersolgt, so dauert es oft mehrere Stunden, ehe ein Kutscher eine Fuhre erhält; als Entgelt sür das lange Warten erhebt er einen Ausschlag von 25 Ps. auf den Fahrpreis. Die Ruhe des Kutscherskommt naturgemäß auch dem Pserde zu gute.

Man sagt indessen, daß ein guter Kutscher nicht ständiger Gast auf den Bahnhosshalteplägen sein darf. Es ist hier gewöhnlich ein bestimmter Stamm von Rosselenkern zusammen; die besseren Clemente kommen nur dann hierher, wenn sie nach besonders angestrengten Fahrten sich und dem Pferde Ruhe gönnen wollen.

Von den Kutschern wird es als ein arger Mißstand empsunden, daß neben den offiziellen Bahnhossstandplägen in unmittelbarer Nähe andere freie Haltepläge polizeilich bestimmt sind. Während die Kutscher auf jenen oft stundenlang auf eine Fuhre warten muffen, erlangen diese leichter eine

Fuhre, da viele Reisenden die 25 Pf. Aufgeld sparen wollen. Auch auf den übrigen Standpläßen innerhalb der Stadt wird das Gerechtigkeitsgefühl der Kutscher sehr häusig dadurch verletzt, daß das Publikum nicht die erste Droschke, deren Kutscher sahrbereit auf dem Bock sizen muß und vielleicht schon stundenlang gewartet hat, sondern eine spätere auswählt, nicht selteu in der Meinung, daß die hinteren Kutscher eher wegen des Fahrpreises mit sich handeln lassen. Ein allgemeiner und wohl auch berechtigter Wunsch des Kutschers ist es, daß die freien Haltepläze in unmittelbarer Nähe der offiziellen Bahnhossstandpläze ausgehoben werden, und daß das Publikum bei den übrigen Standpläzen gezwungen wird, stets die erste Droschke zu benuzen. Erhebliche Interessen Bublikums würden unseres Erachtens diesen in socialer Hinsicht so wichtigen polizeilichen Anordnungen nicht im Wege stehen.

Die Nachtkutscher haben im allgemeinen mehr Ruhepause als die Tageskutscher. Da sie nach erhöhten Tarisen sahren, so brauchen sie nicht so viel Fahrten zu machen wie die Tageskutscher, um eine bestimmte Durchschnittseinnahme zu erzielen. Die Gelegenheit, eine Tour zu erhalten, ist auch nachts geringer. Um 3 Uhr nachts verschwindet der Straßenverkehr und die Nachtkutscher ziehen sich nach ihren Haltepläßen vor Kaffees, vor Balllokalen u. s. w. zurück, wo sie dann gewöhnlich einige Zeit schlasen, bis sie eine Fuhre erhalten oder der Morgen graut. Nach 11 Uhr abends sind die Droschken nicht an die sestgesetzen Haltepläße gebunden, sondern können sich ausstellen, wo sie wollen. Die Bahnhosedroschken ziehen sich aher gewöhnlich nach einem in der Nähe des Bahnhosed belegenen Plaß zurück, wo sie den Morgen bis zum ersten Frühzug abwarten. Gewöhnlich befindet sich dei solchen Nachthaltepläßen eine sogenannte "Kaffeeklappe," wo sich die Kutscher von außen und innen auswärmen können.

Wenn man alles zusammen rechnet, so kann man annehmen, daß die Kutscher nur 2/3 bis 3/4 ihrer Fahrzeit wirklich Dienst thun, während sie in der übrigen Zeit nur dienstbereit sind. Sonst wäre es auch nicht außzuhalten. Denn anstrengend ist der Dienst des Droschkenkutschers immer. Das ewige Treiben und Hasten im Gedränge der Wagen ersordert eine ershöhte Ausmerksamkeit, die viele Kutscher ganz nervöß macht; daneben die manchmal unerträgliche Sitze im heißen Sonnenbrande und im Winter wieder die strenge Kälte. Viele Kutscher erklären, daß sie abends todmüde, "wie gerädert" nach Hause kämen. Ze lebhaster der Wagenverkehr in den Straßen Berlins wird, desto anstrengender wird auch daß Fahren. Seit Einsührung der elektrischen Straßenbahnen ist daß Trabsahren in den beslebteren Straßenzügen, z. B. in der Leipzigerstraße geradezu eine Kunst.

Hierzu kommt die nervöse Angst des Kutschers, mit einem Straßenbahnwagen zusammenzusahren; denn er muß gewärtig sein, im Schuldsalle gleich wegen Gesährdung eines Eisenbahnzuges bestraft zu werden. Durch Reichsgerichtzurteil ist nämlich den elektrischen Straßenbahnen in strasrechtlicher Hinsicht die Eigenschaft einer Eisenbahn im Sinne des § 316 des Reichstrasgesets buchs beigelegt worden. Dieser § 316 aber lautete bisher: "Wer sahre lässiger Weise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Transport auf einer Eisenbahn in Gesahr setzt, wird mit Gesängnis bis zu einem Jahre und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gesängnis von einem Monat bis zu 3 Jahren bestraft.

"Gleiche Strafe trifft die zur Leitung der Eisenbahnsahrten und zur Aufsicht über die Bahn und den Besörderungsbetrieb angestellten Personen, wenn sie durch Bernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport in Gesahr setzen."

Dank der unermüblichen Bestrebungen in den interessierten Kreisen ist allerdings inzwischen durch das Reichsgesetz vom 27. Dezember 1899 eine Linderung dieses Strasmaßes ermöglicht worden. Denn es sind hinter "einem Jahre" in Absatz 1 des § 316 die Worte eingeschoben worden "oder mit Gelbstrase bis zu 900 Mt." Zusammenstöße von Straßenbahnen mit anderen Fuhrwerken sinden in Berlin täglich statt, während solche bei den Omnisbussen viel selbstener vorkommen. Die Zahl der Zusammenstöße betrug

im Jahre	bei ben Straßenbahnen	bei ben Omnibussen
1894	1734	383
1895	2047	480
1896	<b>2832</b>	<b>73</b> 9
1898	<b>44</b> 09	792

Am Übersahren von Personen haben die Droschken einen besonders großen Anteil. Im Jahre 1898 wurden durch Übersahren

			verleţt	getötet	zusammen		
bei	den	Pjerd ebahnen	161,	6	167	Perfonen.	
"	,,	Omnibuffen	52,	6	58	"	
,,		Droichten	396.	3	399	.,	

Die Beschäftigungsbauer der Droschkenkutscher bei demselben Fuhrherrn ist sehr verschieden. Manche liederliche Kutscher wechseln sehr oft; sie werden immer wieder entlassen. Ein größerer Besitzer, welcher ständig 28 Kutscher beschäftigt, hatte im Lause des Jahres 60 verschiedene Kutscher;

einer von diesen ist schon 25 Jahre bei ihm. Überhaupt sind in den älteren Betrieben viele Droschkenkutscher schon seit 12, 15, 20, ja seit 25 Jahren bei demselben Herrn thätig. Ein größerer Fuhrherr, der ca. 30 Droschken ohne Fahrpreisanzeiger besitzt, hat lauter ältere, verheiratete Kutscher, die alle schon seit mindestens 12 Jahren bei ihm sind. Sie stehen auch alle in sehr gutem Einvernehmen mit ihm.

Einen Beitrag hierzu liefern uns die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Beschäftigungsverhältnisse im Landverfehrsgewerbe innerhalb des Jahres 1895. Dieselben sind auf Grund des Materials der Fuhrwertsberusgenossenssenstenlichaft ausgestellt. Hiernach waren gegen Unsall 4920 Droschkenkutscher versichert. Da nach den Aufzeichnungen des Königlichen Polizeipräsidiums 6421 Droschkenkutscher im Dienst waren, so läßt sich annehmen, daß die übrigen 1500 Fahrscheinbesitzer zugleich Fuhrherren waren. Bon jenen 4920 Kutschern waren 225 d. h. 4,6% weniger als 13 Tage, 2048 d. h. 42% weniger als 125 Tage (rund 4 Monate) beschäftigt. Länger als 175 Tage (rund 1/2 Jahr) waren 2460 d. h. rund 50%, 326 bis 350 Tage 849 d. h. rund 17% aller Kutscher thätig. Dagegen sind mit einer Beschäftigungsdauer von 351 und mehr Tagen nur 382 Kutscher ausgesührt, worin sogar noch diesenigen, bei denen eine Angabe sehlte, eingerechnet sind.

Wenn man die Berhältniffe im Droschkenwesen einigermaßen kennt, so findet man in obigen Zahlen folgende Beobachtungen statistisch bestätigt.

- 1. Die letztgenannten 382 Kutscher haben nur sehr wenige Tage im Jahre frei gehabt.
- 2. Von allen denjenigen, welche länger als 326 Tage beschäftigt gewesen sind, kann man annehmen, daß sie beständig bei ein und demselben Fuhrherrn thätig waren. Es waren dies obige 849+382=1231 d. h. rund  $25^{\rm o}/\rm o$ .

Ein größerer Teil der Droschkenkutscher sährt überhaupt nur in den wärmeren Sommermonaten, vielleicht bis Ende Oktober, da sie keinen Mantel besigen und außerdem bei Schneesall im Winter in anderen Lastfuhrwerksbetrieben hinreichende Beschäftigung finden. Arbeitslos braucht ein Droschkenkutscher niemals zu sein, da er schließlich in anderen Fuhrbetrieben Arbeit sindet. Gute Kutscher sind in Berlin, wie wir später auch noch beobachten werden, überhaupt sehr gesucht.

#### Die Löhne.

Die Lohnfrage haben wir bereits bei obigen Rentabilitätsberechnungen gestreift. Was ein Eigenspänner mit seiner Droschke einnehmen kann, sollte

auch dem Autscher gelingen. Die Bruttoeinnahme eines Gespannes betrug nach obigem bei der II. Klasse 2300 Mk., bei der I. Klasse 3600 Mk. im Jahre, die tägliche Abgabe des Kutschers an den Fuhrherrn

3,75 Mf. bei den Droschken II. Klasse, 4,75 " " " " " " " ohne Fahrpreisanzeiger.

Der Droschstenkutscher II. Klasse hat somit ein Jahreseinkommen von 900 bis höchstens 1000 Mt. Bei 1000 Mt. eigenem Berdienst muß er schon 2400 Mt. Einnahme gehabt haben, was nur bei den strebsamsten Leuten vorkommt.

Aus nachstehenden Übersichten kann man ersehen, wiediel eine Tages=, und wiediel eine demselben Fuhrherrn gehörige Nachtdroschke II. Klasse in den Jahren 1895 und 1898 für den Besiger eingebracht hat; es ist dabei auch die Zahl der Tage, an denen der Wagen aus irgend einem Grunde unden nutt stand, ersichtlich.

Monat	Tagesdrojchke II. Klaffe							Nachtbroschke II. Klasse					
	1895			1898			1895			1898			
	м	18	un= benuşt an Tagen	ж	18	un= benuşt an Tagen	М	18	un= benuţt an Tagen	М	18	un= benuşt an Tagen	
Januar Februar März April Mai Juni Juli Auguft September Oktober Rovember Dezember	120 110 118 121 127 127 136 128 130 141 117 139	50		100 94 109 94 94 58 98 96 88 101 81	50 50  50 50  50	$\begin{array}{c} 2 \\ 3 \\ -2 \\ 2 \\ 10 \\ -1 \\ 2 \\ 2 \\ -2 \end{array}$	125 101 71 110 120 112 106 98 107 119 102	50    50		104 101 114 100 99 96 104 102 93 113 90 94	50 50 50 50 50 50 		
Zusammen also pro Tag	1515 4	20	6	1101 3	50 25	26	1283 3	- 80	27	1213 3	_ 45	14	

Die geringen Einnahmen im Jahre 1898 veranlaßten den betr. Fuhrherrn, den Betrieb mit Droschken II. Klasse ganz einzustellen.

Einen Einblick in die Bruttoeinnahmen eines Eigenspänners II. Klasse seit dem Jahre 1896 gewähren nachsolgende Tabellen, die den Aufzeichnungen desselben entnommen sind; er gab zu, daß er besser gestellt sei als die meisten anderen Kutscher, da er viel Fuhren für langjährige Kunden zu leisten habe. Andere Kutscher hätten höchstens 200—300 Mt. weniger Einnahme als er.

Einnahmen eines Eigenspänners II. Rlaffe in den Jahren 1896, 1897, 1898.

	18	396	18	<b>97</b>	1898			
Monat	M unbenuţt Tage		М	unbenuţt Tage	м	unbenuşt Tage		
Fanuar	212 183 219 200 200 237 206 216 215 200 174 214	1 2 3 2 2 2 - 4 - 1 1 3	198 182 240 205 190 193 235 222 206 227 181 211	1 2 3 - 1 - 2 1 3 1	200 154 265 206 207 190 231 211 217 226 178 228	7 1 3 4 4 - 1 1 1		
Zusammen	2476	19	2490	- 14	2513	22		

(Siehe auch die Tabelle auf nächfter Seite.)

Trozdem sich die Eigenspänner im allgemeinen viel eher mal einen freien Tag nehmen als die gewöhnlichen Kutscher, um mit verklebter Droschkennummer und im Civilrock eine Landpartie mit ihrer Familie zu unternehmen, betrug die Zahl der freien Tage doch nur

19 im Jahre 1896

14 " " 1897 22 " " 1899.

Ein Kutscher aber hat noch viel weniger freie Zeit.

Die beiden Tabellen zeigen auch das Schwanken der Einnahmen in den einzelnen Monaten und Tagen. Innerhalb desselben Jahres differieren die Monate bisweilen um 60 Mt.; ungünstig find meist die Monate Februar und November. Am gesährlichsten werden sür den Kutscher die Schwankungen in den Tageseinnahmen. Nach umseitiger Tabelle schwankten dieselben z. B. im

Januar u.	Februar	zwischen	3	u.	12	Mŧ.,	Juli	zwischen	5	u.	15	Mf.
März		,,	4	,,	13	"	August	"	3	,,	<b>12</b>	,,
April		"	4	,,	19	"	Septem!	ber "	<b>2</b>	"	13	,,
Mai		"	5	,,	17	,,	Oktober	· "	<b>2</b>	,,	15	,,
Juni		"	4	,,	12	,,	Noveml	ier "	3	,,	7	,,
							Dezeml	er "	5	,,	12	,,

Tag	Jan.	Febr.	März <i>M</i>	April <i>M</i>	Mai <i>M</i>	Juni <i>M</i>	Juli <i>M</i>	Aug.	Sept.	Ořt. M	Nov.	Dez. M
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31	53856887555644559778661210455551279	12 10 7 9 6 4 —————————————————————————————————	13 8 9 5 11 10 9 10 12 7 10 8 11 8 10 9 10 7 	9 19 8 6 8 5 10 9 6 8 10 9 6 4 6 9 7 9 9 5 4 6 6 6	10 86 66 88 67 68 66 76 86 67 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68 68	9 8 8 5 7 4 6 6 6 -10 5 10 7 6 9 9 9 8 8 7 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9	10 15 5 5 8 6 6 9 7 7 10 7 7 8 6 6 7 6 6 6 10 8 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10	8 5 5 3 7 11 6 8 4 4 4 3 9 8 122 16 5 8 6 6 6 6 4 4 10 6 6 10 9 6 5	13 77 29 88 89 9 65 86 67 77 94 97 98 88 66 59 99 99	15 8 7 5 7 7 6 9 14 6 10 5 11 5 7 7 8 8 8 10 12 6 8 10 12 6 6 6 7 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8	76749   665647375686776567777764	10 67 58 85 66 12 68 66 57 86 74 14 55 95 70 70 70 97 9
Zus.	200	154	265	206	207	190	231	211	217	226	178	228

Ginnahme eines Gigenspänners II. Klaffe im Jahre 1898.

Bei einer Tageseinnahme von 3—4 Mf. bleibt dem Kutscher selbst nach Abgabe von nur 2,50 Mf. an den Fuhrherrn sast garnichts. Berträgt die Einnahme aber weniger als 3 Mf., so macht er einen "kalten Schlag", d. h. er behält alles sür sich und giebt dem Herrn garnichts. Für den Kutscher I. Klasse ohne Fahrpreisanzeiger ergiebt sich bei einer Bruttoeinnahme von 3600 Mf. und einer Abgabe von 4,75 Mf. an den Fuhrherrn ein jährlicher Verdienst von 1850 Mf. 10—12 Mf. Tageseinnahme wollen viele Kutscher haben. Bei einem Eigenspänner, der eine zweispännige Kalesche suhr, schwankte die Einnahme zwischen 5 und 30 Mf.; der Durchschnitt war 12 Mf. Ein Kutscher gab bei einer Einnahme von 10 Mf. seinem Herrn 4 Mf., bei einer solchen von 15 Mf. 5 Mf. ab; sein Mindestlohn betrug 4 Mf. Daß die Einnahmen dieser

Kutscher gute sind, sieht man daraus, daß fast alle am liebsten "schwarz" sahren möchten. Sie stehen sich eigentlich besser als der Fuhrherr. Lassen die Einnahmen nach, so muß dieser den Aussall tragen; der Kutscher aber behält immer so viel sür sich, daß er auskommt. Die Mindesteinnahme dürste hier 14-1500 Mt., also ca. 4 Mt. pro Tag betragen.

Das Einkommen eines Taxameterkutschers hatten wir auf rund 1500 Mk. b. h. auf rund 4,85 Mk. pro Tag berechnet. Wir sind in der Lage, auf Grund von Aufzeichnungen einiger Fuhrherren nähere Angaben machen zu können.

Ein tüchtiger Taxameterkutscher hatte im April 1898 135 Mk. b. h. täglich 4,50 Mk. Lohn. Unter 4 Mk. soll sast niemals, dagegen häusig 5 bis 6 Mk. vorkommen. 4 Mk. wurde uns allgemein, nur in seltenen Fällen 3,75 Mk. als der Durchschnitt bezeichnet. Im nachstehenden geben wir die Auszeichnungen zweier Fuhrherren über die Einnahmen aus einer Taxameterdroschte in einem guten und schlechten Monat wieder. Die Führer der Droschken wurden beide als tüchtig bezeichnet.

(Siehe Tabelle S. 418/419.)

Diese übersichten gewähren zugleich einen interessanten Einblick in das Berhältnis, in welchem Fuhrherr und Kutscher an der Gesamteinnahme Anteil nehmen. Bei 10 Mk. Einnahme erhält der Kutscher 1,50 + 2,50 Mk. = 4 Mk. Bei 6 Mk. Einnahme erhält sowohl Herr wie Kutscher 3 Mk. Bei einer Einnahme von weniger als 6 Mk. erhält der Fuhrherr sogar weniger als der Kutscher, z. B. bei 4 Mk. bekommt dieser 2,50 Mk., jener 1,50 Mk. Bei einer Einnahme von 2,40 Mk. behält der Besißer nur 30 Ps. Dies möchte uns zu der Ansicht verleiten, daß der Fuhrherr garnicht bestehen könnte, indessen muß man, wie wir oben gethan haben, den Jahresdurchschnitt nehmen.

Interessant ist folgende Zusammenstellung, welche uns einer der größten Droschkenbesitzer Berlins über die Fahrtentage, welche von seinen 23 durchsichnittlich im Betrieb besindlichen Taxameterdroschken bis zum 31. Juli 1899 geleistet worden sind, geliesert hat.

(Siehe Tabelle S. 420.)

Hiernach entfällt von 4203 Fahrtentagen auf den Kutscher ein durch= schnittlicher Tagelohn von rund 4,04 Mk., was ebenfalls einem Jahres= einkommen von 14—1500 Mk. entspricht.

Die Einnahmen der Nachtkutscher sind denen der Tageskutscher im allgemeinen gleich; die ersteren stehen sich sogar noch etwas besser. Der durchschnittliche Tageslohn eines Taxameternachtkutschers betrug z. B.

im Januar 1899 = 4,40 Mk.

Februar " = 4,46 "

Schriften XCIX. - Stragentransportgew.

27

Einnahmen der bei zwei verschiedenen Fuhrherren

			Jm V	lovem	ber 189	)8 (fæ	lechter	Mond	ıt)			
		Tar	ameterfi	utschen	er A. Tagameterkutscher B.							
Tag im Monat	Brut einna		Anti des Fuhrh	3	Ante des Kutsch	3	Brut einna		Ant des Fuhrh	3	Ant des Kutsch	3
	М	18	М	18	М	18	16	18	М	18	М	18
1 2 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 9 20 22 23 4 25 5 29 30 31	13 6 10 8 7 12 9 8 13 7 10 9 12 11 13 7 8 8 11 11 8 8 8 11 11 8 8 8 11 11 11 11		836547648465869443547627555446	25 70 90 65 80 65 80 65 65 65 65 65 65 65 65 65 65	424324334243444232334424333323	75 50 75 50 75 75 75 75 75 75 75 75 75 75	5 10 8 9 10 5 7 10 8 4 5 8 10 11 10 12 9 8 10 10 10 7 10 6 7 10 7 10 6 7 10 7 10 7	40 40 15 55 50 30 80 80 80 40 	3656734752256663667546644643   3	15 40 40 	24233223322344424453334422422   2	25 
Zus.	283	65	174	30	109	35	245	55	152	80	92	75
	<b>න</b>	Also urchsd	tägliche hnittslo	r hn }	3	65					3	09

### beschäftigten Tagameterkutscher A und B.

Im	Mai	1899	(qünstiger	Monat)

	Tar	ameterf	utscher	A.			Tar	ameterf	utscher	В.	
Brut einna		Ani de Fuhrl	છે	Ant de Kuts	<b>.</b> \$	Brut einna		Ani de Fuhrl	\$	Ani de Kutsc	ŝ
M	18	М	18	М	18	М	18	М	18	М	18
12 11 5 9 8 9 9 12 8 12 10 10 11 11 11 10 9 10 7 13 12 11 11 10 13 9 9 9 9 12 12 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10 10	60 50 80 65 50 40 50 80 30 40 40 50 05 30 10 85 50 15 70 60 80 70 30 10 10	8735555858   66776563877685554567	10 25 05 90 65 75 	44233334342444433444443333344	$\begin{array}{c} 50 \\ 25 \\ 75 \\ 75 \\ 50 \\ 75 \\ 50 \\ 50 \\$	6 14 7 6 7 10 14 8 8 11 3 12 12 12 12 13 13 15 12 7 7 12 9 10 10	80 80 90 93 55 60 70 80 70 40 90 60 50 30  80 80 60  75 70 60  75 70 60  70 80 80 80 80 80 80 80 80 80 8	3933469557178857687880 1838565866	80 60 75 50 65 35 10 20 50 45 80 ———————————————————————————————————	3533345334244444444543434444	20 25 25 20 50 50 30 25 60 90 60 90 60 90 80 60 90 80 60 75 75 60 ——————————————————————————————————
312	50	191	25	121	25	330	33	202	63	127	70
				3	91					4	12

	Gesamtzahl		Auf einen Fahrtag kommt							
Monat	der geleisteten Fahrtentage	einnah	3rutto= me von	Antei Fuhr		Lohn Kuts	chers			
	ł	16	18	M	18	М	18			
Januar 1	312 540 660 677 661 640 713	10 10 9 10 10 9	51 32 96 33 63 92 51	6 6 5 6 5 5 5	38 24 97 25 47 94 63	4 4 3 4 4 3 3	13 08 99 08 16 98 88			
Zusammen	<b>420</b> 3					28	30			
in	1 März 189	99 =	4,19	Mŧ.	'	ı	,			
"	April "	=	4,45	n ·						
"	Mai "		4,76	"						
	Mini	===	4 79							

Bu den dienstlichen Einnahmen der Kutscher sind auch die Trint= gelder zu rechnen. Diese betragen durchschnittlich am Tage bei der

Droschte II. Klaffe 30 Pf. d. h. im Jahre rund 100 Mf.

Somit würde sich das Jahreseinkommen der Kutscher auf rund 1750 Mk. bei den Droschken I. Klasse und auf

stellen. Wir wollen noch hervorheben, daß die in den Vororten domizilierten Kutscher im allgemeinen etwas geringere Ginnahmen haben als diejenigen, die nach Berlaffen des Hoses gleich in der Stadt find.

Ferner hängt die Erzielung einer guten Einnahme viel von der Tüchtigkeit des Kutschers ab. Obige Einkommensbeträge werden von guten und tüchtigen Kutschern, die ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen, stets erreicht werden. An wirklich guten Kutschern steht aber nach der Aussage der Fuhrherren nur eine beschränkte Anzahl zur Verfügung. Die größere Anzahl der Kutscher soll in der Ersüllung ihrer Pflichten oft recht nachlässigsein. Nach unseren Beobachtungen äußert sich die Untüchtigkeit dieser Kutscher in solgenden Punkten:

1. Wie bereits erwähnt, sahren viele Kutscher allzu gern nach Bahnhofshalteplätzen, wo sie recht lange stehen und mit Kollegen plaudern können. Natürlich ist hier die Aussicht auf eine Fuhre geringer.

<sup>1</sup> Im Januar 1899 herrschte noch ber Streif, ber biesem Betriebe besonbers mitspielte.

2. Weniger tüchtige Rutscher bleiben auf den Standplätzen nicht bei ihrem Wagen, sondern geben in ein Sasthaus. Wenn wir auch in unseren früheren Erörterungen ohne weiteres zugestanden haben, daß der Dienst des Drofchkenkutschers den Besuch des Gafthauses fast zur Notwendigkeit macht, so muffen wir doch andererseits bemängeln, daß viele Rutscher in dieser Beziehung des Buten zu viel thun. Dem eingeweihten Berliner ift es be= kannt, daß bei jedem Droschkenstandplatz regelmäßig eine oder mehrere fogenannte "Drofchtentutscherkneipen" vorhanden find. Solche gehören in der Rähe großer Standpläte zu den einträglichsten Geschäften. Zum Frühftück findet man hier stets das vorzüglichste warme Essen; Specialität ist warmes Botelfleisch. hier figen dann 2-3 Rutscher in frohlichem Becherfreise 2, 3, ja 4 Stunden zusammen; meift wird ein Stat oder 66 gespielt. Das Pferd draußen tummert den Führer dann wenig; nicht felten ift ihm der Futterfübel abgefallen, und das Futter liegt auf der Strage. Gewöhn= lich wird draußen nur ein Rutscher postiert, welcher nach dem Innern bes Gafthauses anzeigt, daß es "Zeit" wird, daß nämlich die Droschke des Betreffenden fogleich den erften Plat einnehmen wird. Da erschallt dann häufig genug der Ruf "rumruden", und der Aufpaffer führt das Gefpann wieder an das Ende der Reihe. Auf diese Weise ift schon mancher Rutscher direkt verbummelt. Nicht genug, daß fie fich ichon mahrend ber Dienstzeit betrinken, nein, es wird dann meift noch auf dem Nachhausewege in einer beliebten Stammkneipe Salt gemacht, ohne Rudficht auf das mude, abge= triebene Bjerd. Richt felten muffen die Fuhrherren vergeblich auf die Rud= kunft solcher Bummelanten warten, bis fie dann vielleicht ersahren, daß ihr Gefährt an der nächsten Ede - bei ftromendem Regen oder ftartem Schneefall - ohne Aufficht fteht. Sie bringen dann das Befpann am beften felbit nach Saufe. Ramentlich unter den Nachtfutschern giebt es die fragwürdigsten Eriftenzen, schon ihr Augeres kennzeichnet bisweilen ihre Berkommenheit: der Angug oft beschmutt und gerriffen refp. von Speisen und Getränken befudelt.

An den im Jahre 1898 ersolgten 14515 polizeilichen Denunziationen von Droschken-, Omnibus- und Pserdebahnkutschern sowie an den 1858 Beschwerden aus dem Publikum dürsten die ersteren sicherlich den Löwenan- teil haben. Fahrscheinentziehungen sanden verhältnismäßig wenig statt, nämlich nur 82 im Jahre 1897 und 28 im Jahre 1898.

Das Schlimme ist, daß unter der Liederlichkeit des Autschers noch stets der Fuhrherr zu leiden hat, nicht nur dadurch, daß seine Einnahme gesichmälert wird, sondern daß ihm sein teueres Betriebsmaterial allzu leicht ruiniert werden kann. So ist es z. B. vorgekommen, daß 10 Taxameters

kutscher morgens um 5 eine Wettsahrt nach Plötzense unternahmen. Manche nuten dies auch direkt aus in der Absicht, den Fuhrherrn zu schädigen. Ein Kutscher wollte gern ein besseres Pserd haben; der Fuhrherr aber wollte ihm ein solches nicht anvertrauen. Um nächsten Tage lahmte und siederte das Pserd und nach wenigen Tagen war es tot, wahrscheinlich insolge zu übermäßigen Abjagens und darauf solgender Erkältung. Auch Betrügereien gegen den Fuhrherrn kommen vor. Nach Entlassung eines Kutschers sand man im Kasten des Kutscherbockes den Lustschlauch des Fahrpreisanzeigers durch eine Schraubenzange eingeklemmt, so daß er nicht sunktionieren konnte. Ühnliche Sachen sind uns mehrsach zu Ohren gekommen; die "schwarz" sahrenden Kutscher wiederum werden nicht selten übersührt, daß sie ihrem Fuhrherrn wenig oder garnichts abgegeben haben, während sie selbst eine sehr gute Einnahme erzielt hatten.

Wie sehr ein untüchtiger Kutscher seinem Herrn schaden kann, geht aus solgendem Beispiel hervor:

Ein von seinem Fuhrherrn von vornherein als unerträglich bezeichneter Kutscher hatte vom 1. bis 21. April 1899 einen Lohn von 77 Mt., also pro Tag durchschnittlich rund 3,75 Mt. Am 15. April hatte er seine Decke verloren, wosür ihm der Herr pro Tag 50 Ps. abzog. Am 22. April aber siel der Kutscher im betrunkenen Zustande vom Bock und brach 2 Kippen. Der Fuhrherr wollte jeht nur noch einen guten Kutscher engagieren. Drei sich meldende Anwärter wies er deshalb ab; nach 3 Wochen hatte er noch keinen guten Kutscher bekommen können. Katürlich verurssachte ihm das Stehenlassen des Gespannes doppelten Schaden. Er hattr nicht nur keine Einnahme, sondern mußte noch die Futterkosten sür 2 Pserde bezahlen.

Nach diesen Betrachtungen können wir die Behauptung aufstellen, daß diejenigen Kutscher, welche vorgeben, daß ihre Einnahmen geringer gewesen wären, als wir oben sestgestellt haben (1050 bezw. 1750 Mt.), selbst Schuld daran haben.

Die Fuhrherren schreiben die Thatsache, daß es so viele untüchtige Kutscher giebt, dem Umstande zu, daß im allgemeinen nur solche Leute den Beruf erwählen können, welche längere Zeit arbeitslos gewesen sind. Der Stand der Droschkenkutscher sei gewissermaßen eine Zusluchtsstätte für Personen, die entweder zu ihrem ursprünglichen Beruse die Lust verloren oder aus eigenem Berschulden arbeitslos geworden seine. Allerdings wird ein Mann, der seine Arbeit hat, schwerlich 8—14 Tage lang an den polizeilichen Instruktionsstunden teil nehmen können. Andererseits kann auch nicht jeder

Bummler Droschkenkutscher werden, da er sich die Unisorm kausen muß. Diese kostet im einzelnen:

1	Mantel (	(Haltbarkeit	8 <b>—10</b>	Jahre)	<b>57</b>	Mf.
1	Roct	"	3 - 5	"	<b>2</b> 0	,,
1	Hoje	"	2-3	"	<b>1</b> 2	,,
1	Weste	"	5	"	6	"
1	Hut	"	<b>2</b>	,,	4	"
1	Halstuch	"	<b>2</b>	"	1	"
1	Tasche m	it Riemen			4	,,
			3:	ufammen	$\overline{104}$	Mf.

Biele kaufen sich allerdings die Equipierung auf Abzahlung von 6 Mt. monatlich; jedoch müssen sie auch dann 50 Mk. Anzahlung leisten. Wer nicht einmal diese hat, kauft sich keinen Mantel, sondern nur die Sommersunisorm. In diesem Falle zahlt er nur 25 Mk. an. Es mag dies auch der Grund sein, weshalb so viele Kutscher nur im Sommer sahren. Gerade unter diesen "Sommervögeln" sollen sich häusig untüchtige saule Elemente besinden, die wenig Interesse sür den Berus und wenig Verstand sür die Behandlung des Pserdes haben.

Ein großer Wunsch aller Fuhrherren ist es, daß die Kutscher gezwungen werden, sich durch Bescheinigungen über die Dauer ihrer Beschäftigung auszuweisen. Aus der Länge der Beschäftigungsdauer könnte man dann schon auf die Tüchtigkeit des Kutschers einen Schluß ziehen. Noch besser Arbeitsbücher.

Bei der Beurteilung der Einkommensverhältnisse der Kutscher muß man noch berücksichtigen, daß ihr Dienst gewisse Ausgaben ersorderlich macht, denen sie nicht entgehen können, und welche daher von den Gin=nahmen (1050 und 1750 Mt.) in Abzug gebracht werden müssen, nämlich:

- 1. Für Livree-Mehrkosten gegen Civilkleidung 50 Mk., also jährlich bei einer Haltbarkeit von 4 Jahren rund 12 Mk.
- 2. Abgabe an den Stallmann pro Tag 10 Pf. bei den Taxametern, 25 Pf. bei den "Schwarzen": 36 bezw. 91 Mk.
- 3. Für Anschaffung von Reinigungs- und Putzutensilien für diejenigen, welche ihren Wagen selbst waschen, 12 Mk.
- 4. Für diejenigen, welche Wagen und Geschirr reinigen lassen, rund 220 Mf.
- 5. Die Verpflegung außerhalb des Hauses ift ungefähr  $33^{1}/8^{0}/o$ -teuerer als zu Hause. Die Ausgaben jür die einzelnen Mahlzeiten er= reichen im allgemeinen folgende Höhe:

1.	Frühstück 25	-30	¥j.,	dazu	für	10	Pf.,	Bier,	дц <sup>і</sup>	ja m	men :	0,40	Mf.
2.	Mittageffen,	einsch	l. B	ier .								0,60	,,
3.	Raffee											0,15	<b>"</b>
4.	Abendbrot											0,40	,,
												1.55	Mŧ.

Als Mehrausgabe gegen häusliche Verpflegung wären 331/80/0 diefer Summe, also rund 50 Bf. d. h. jährlich 180 Mf. in Ansak zu bringen. Die Summe von 1,50 Mt. wurde von verschiedenen "organifierten" Rutschern als Durchschnittsausgabe angegeben. Unumgänglich notwendig fei 1 Mt. Das Frühstuck könnte fich eigentlich jeder von Saufe mitnehmen; jedoch haben die meisten das Bedürfnis, etwas Warmes zu genießen. Besonders sparsame Kutscher verbrauchen nicht einmal 1 Mt. Sie nehmen sich Frühftud und eine Flasche Kaffee von Hause mit; Mittagbrot effen sie erst, wenn sie abends nach Hause kommen, also zwischen 8 und 10 Uhr. Auch die Nachtkutscher sind in der Lage, das Mittageffen zu hause einzunehmen; fie haben aber wieder eher Gelegenheit, für Getränke viel auszugeben. Auf der anderen Seite giebt es Rutscher, welche mit 1,50 Mt. nicht auskommen, fondern Zechen von 2, 3, ja 4 Mt. machen. Wir möchten davor warnen, den Klagen mancher Kutscher, daß sie fast ihren ganzen Lohn zu ihrer notwendigen Berpflegung brauchen, Glauben zu fichenten. Mit 1,50 Mt. muß jeder austommen tonnen.

Berücksichtigen wir nun diese notwendigen Ausgaben, so erhalten wir solgende Nettoeinkommensbeträge:

- A) Ruticher, welche Wagen und Geschirr felbst maschen.
- I. Klasse mit Fahrpreisanzeiger 1510 Mt. d. h. pro Tag rund 4,15 Mt.

- B) Ruticher, welche Wagen und Gefchirr reinigen laffen.
- I. Klaffe mit Fahrpreisanzeiger 1302 Mt. d. h. pro Tag 3,60 Mt.
- I. "ohne " 1247 " " " " 3,40

Die Kutscher der II. Klasse waschen ihr Gespann fast alle selbst, da die geringen Einnahmen sie dazu nötigen; die Kutscher I. Klasse dagegen lassen diese Berrichtungen sast immer vom Wagenwäscher besorgen.

Der durchschnittliche Tagelohn der Droschkenkutscher I. Klasse stellt sich baber auf 3,50 Mk., berjenige der Kutscher II. Klasse auf 2,10 Mk. Bei dieser großen Differenz in den beiden Arten von Kutschern halten wir es nicht für angebracht, den durchschnittlichen Tagelohn allgemein für alle Kutscher in Rechnung zu ziehen (derselbe würde nach obigem 2,80 Mk. betragen).

Indessen geschieht dies sast allgemein. 3. B. veranstaltete das Reichsversicherungsamt im Jahre 1895 insolge verschiedener Prozesse, welche bei Geslegenheit der Feststellung von Unsallrenten entstanden waren, eine Erhebung über den Jahresarbeitsverdienst der Droschkenkutscher. Das Ergebnis war, daß der Tagelohn allgemein auf 3,50 Mk. angegeben wurde. Es wurde hierbei noch die Schwierigkeit des Beruses besonders betont; die Droschkenstutscher seinen qualisizierten Arbeitern gleichzuachten. Auch beim Berliner Gewerbegericht werden bei Lohnklagen seitens des Kutschers stets 3,50 Mk. pro Tag gesordert. Ebenso haben die bereits erwähnten Tabellen des statistischen Amtes der Stadt Berlin ergeben, daß der größte Teil der Droschkenkutscher, nämlich 4512 von 4920, einen Tagelohn von 3,25—3,50 Mk. bezieht. Diese Beträge stimmen wohl sür Kutscher I. Klasse; sür Kutscher II. Klasse aber sind sie zu hoch.

Die Frauen der meisten Droschsenkutscher verdienen durch Arbeitsbienste irgend welcher Art etwas nebenbei mit; am meisten sind allerdings die Frauen der Droschsenkutscher II. Klasse darauf angewiesen. Immerhin arbeiten auf einem größeren Fuhrhofe auch von 20 Kutschern I. Klasse die Frauen alle nebenbei.

Zum Schluß wollen wir nochmals betonen, daß nirgends mehr als bei den Droschkenkutschern große Berschiedenheiten in den Einkommensbeträgen vorkommen. Speciell unter den Taxameterkutschern zeichnen sich viele durch besondere Tüchtigkeit auß; sie verdienen daher auch gut. Zwei frühere Biersahrer wollen als Taxameterkutscher mehr verdienen als in ihrem früherem Beruse, trohdem sich die Biersahrer bekanntlich sehr gut stehen.

#### Die Berhältnisse der Stallleute.

Die kleineren Betriebe haben keinen Stallmann, vor allen Dingen nicht die Eigenspänner. Meist putzen sich dann die Kutscher ihr Pferd selbst, während im übrigen die Ehestrau des Fuhrherrn, der selbst als Kutscher unterwegs ist, die Stalldienste verrichtet. Letztere bestehen in der Pflege des Pserdes und Reinigung des Stalles. Wo Stalleute vorhanden sind, müssen dieselben außerdem die Pserde der Taxameterdroschken putzen. Die "schwarzen" Kutscher müssen eigentlich die Pserde selbst reinigen. Sie thun es indessen saft nirgends, sondern lassen es gegen Zahlung von 25 Ps. vom Stallmann

<sup>1</sup> Immerhin stehen sich die Droschkenkutscher besser als andere Kutscher. Die Lohnermittelungen des statistischen Amtes bei der Fuhrherren-Innung stellten z. B. für das Jahr 1891 einen durchschnittlichen Wochenlohn von 18 Mt. bei einer Arbeitszeit von 5 Uhr vormittags bis  $8^{1/2}$  Uhr abends (einschl. 1 Stunde Mittagspause) sest. Der durchschnittliche Tagelohn betrug also hier 3 Mt.

ausstühren. Bezüglich solcher Reinigungsarbeiten, wie Auf= und Abschirren, Hufeschmieren, Pferdeputzen (bei den "Schwarzen") sind die Stalleute also Unterangestellte der Kutscher, ebenso wie die Wagenwäscher.

Man rechnet ungefähr auf 30 Pferde einen Stallmann; die großen Betriebe haben daher 2 Stalleute.

Gewöhnlich wohnen dieselben nicht beim Fuhrherrn, sondern in nächster Nähe desselben. Sie erscheinen morgens zwischen 5 und <sup>1</sup>/26 und verlassen den Hoj um 9 oder 10 Uhr abends. Von 12—2 Uhr haben sie Mittags- und von 7—8 Uhr Abendbrotpause. Die Arbeitszeit beträgt also rund 13 Stunden.

An Lohn erhalten die Stallleute 20—24 Mf. pro Woche ausgezahlt; daneben spielen aber die von den Kutschern bezogenen Trinkgelder eine große Rolle, die den Wochenlohn auf 28 bis 36 Mk. erhöhen. Die Trinkgelder sind größer in Betrieben, in denen die Droschken ohne Fahrpreisanzeiger vorherrschen, da hier 25 Pf. für das Reinigen des Pferdes vom Kutscher gezahlt werden.

Sonntage haben die Stallleute wohl in ganz seltenen Fällen. Dagegen können sie sich in den Wochentagen eher mal vertreten lassen als der Kutscher; denn ihr Vertreter arbeitet ja immer unter Aufsicht des Fuhrherrn oder seiner Angehörigen.

In ihren übrigen Verhältnissen sind die Stallleute der Droschkenbetriebe ebenso gestellt, wie diejenigen anderer Fuhrbetriebe. Fast alle haben — zum Unterschiede von den Kutschern — Arbeitsbücher.

Nach den Beröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Lohnverhältnisse der Fuhrwerksberußgenossenschaft im Jahre 1895 hatten von 1555 versicherten Stalleuten 554, also über ein Dritteil, eine Beschäftigungsdauer von mehr als 200 Tagen. Über <sup>2</sup>/s, nämlich 1152, standen in einer Lohnstuse von 2,25—2,75 Mf. pro Tag. Man könnte daher hiernach 2,50 Mk. als durchschnittlichen Tagelohn annehmen. Wir sehen also, daß sich die Stalleute im Droschkenbetriebe bedeutend besser stehen.

## Organisation, Arbeitsnachweis, Bersicherungswesen.

Der größte Teil der Taxameterkutscher ist in der socialdemokratischen Gewerkschaft "Verein Berliner Droschenkutscher" organisiert, welche ihren Sit in der Schützenstraße 58 hat. Das Organ dieses Bereins ist die "AU-gemeine Fahrzeitung". Er ist von der Polizei mit der Leitung des Fundbureaus sur in den Droschken zurückgelassene Gegenstände betraut worden. Bon ihm gingen die erwähnten Lohnbewegungen der Taxameterkutscher aus. Als Gegengewicht gegen diese Organisation hat sich auf seiten der Unternehmer

die "Berliner Droschkenbesitzer-Bereinigung", Elisabethstraße 30, sowie der Fahrverein Berliner Droschkenbesitzer gebildet. Das Organ jener Bereinizung ist "Der Fuhrhalter". Beide Bereine der Unternehmer sind wiederum Mitglied des "Berbandes Deutscher Lohnsuhrunternehmer" (Melchiorsstraße 11).

Ein kleiner Teil der Droschkenkutscher gehört der ebenfalls socialdemokratischen Gewerkichaft "Centralverband der Handels-, Transport- und
Berkehrsarbeiter Deutschlands", dem sich neuerdings noch der "Berband
der Handelshilssarbeiter in Berlin" angeschlossen hat, an. Dieser viele Mitglieder zählende Centralverband ist durch den diesjährigen Streik der Straßenbahner bekannt geworden. Er giebt eine besondere Zeitung "der Courier"
heraus (Gewerkschaftshaus, Inselftraße), welche interessante Daten über die Berhältnisse aller Kategorien von Verkehrsangestellten veröffentlicht. Zu erwähnen ist noch der nicht socialdemokratische "Verein der Kutscher zu Berlin von 1876", Dörnbergerstraße 3. Als Unternehmerverbände sind serner die alte Fuhrherren-Innung, welcher meist Lastsuhrwerksbesiger angehören, sowie die erst kürzlich gegründete Personenlohnsuhrwerks-Innung zu nennen.

Alle erwähnten Bereinigungen der Fuhrherren oder Angestellten sind mit einem besonderen Arbeitsnachweise verbunden.

Für die gesetzliche Krankenversicherung der Droschkenkutscher kommen folgende Kassen in Frage 1:

- 1. Krankenkasse ber Fuhrherren und Kutscher "Eintracht" (1,35 Mk.);
- 2. Krankenkasse ber Droschkenbesitzer (1,60 Mt.);
- 3. " Proschfenkutscher u. s. w. (1,40 Mt.);
- 4. " Berliner Rutscher (2 Mt.);
- 5. Centralfranken- und Sterbekasse der Berliner Kutscher (1,40 Mk.);
- 6. Deutsche Kutscher und verwandte Berussgenossen (2 Mk.)
- 7. Krankenkasse der Fuhrherreninnung (1,50 Mk.).

Von verschiedenen Seiten wurde uns bedeutet, daß sich beim Beginn des Winters auffallend viele Kutscher krank melden und Unterstützung ers halten. Bei den einzelnen Kaffen kamen auf ein Mitglied

-	1898	1897	Nr.
Rrankheitstage.	5,87	6,76,	1:
"	6,59	3,01,	2:
"	8,34	8,80,	3:

Die eingeklammerten Zahlen bebeuten bas tägliche Krankengelb für Erzwachsene.

Nr.	1897	<b>189</b> 8	
4:	7,07,	<b>6,7</b> 9 .	Arankheitstage
<b>5</b> :	11,28,	8 <b>,87</b>	"
6:	8,83,	9,66	"
7:	9,94,	10,27	"

Bemerkenswert ist, daß die Krankenkasse der Fuhrherreninnung bezüglich der Krankheitstage an der Spiße aller Innungskrankenkassen steht. Gegen Unsall sind die Droschkenkutscher bei der Fuhrwerksberussgenossenschaft verssichert.

Wir sind jett am Ende unserer Erörterungen über die Verhältnisse der Angestellten im Droschkenwesen. Dieselben werden mit der Weiterentwickelung der Massentransportmittel und der Änderung der Tarise einem Wechsel unterworsen sein. Vielleicht kann auch durch die Ersindungen der modernen Technik ein vollskändiger Umschwung herbeigesührt werden. Schon jett sahren in Berlin und anderen Städten Deutschlands automobile Droschken; es ist nicht ausgeschlossen, daß diese einmal den Pserdebetrieb gänzlich verdrängen werden. Dann aber werden die Droschken vermutlich nur noch von Großkapitalisten und Aktiengesellschaften betrieben werden können. Denn eine elektrische Droschke kostet jett 7500 Mk. Zu einem rationellen Betriebe sollen jedoch 12 solcher Droschken gehören, da sonst die Reparaturund Reinigungskosten zu teuer wären. Daß sich dann aber die Berhältnisse der späteren Motordroschkensührer wesentlich anders gestalten werden als diesenigen der heutigen Droschkenkutscher, dürste einem Zweisel kaum unterliegen.

# III. Die Straßenbahnen.

Polizeireglement, Art und Bahl der Angestellten, Beförderung, Borbedingungen, Arbeitsbertrag, Dienst= und Lebensalter.

Die polizeiliche Ausschied über das Personal der Straßenbahnen übt das Kommissariat sür öffentliches Fuhrwesen, und zwar ist die Polizeiversordnung vom 27. Mai 1865, betreffend den Betrieb der Pserdeeisenbahnen in Berlin und Charlottenburg, noch teilweise in Gültigkeit. Nach ihr müssen Kutscher und Schaffner mindestens 18 Jahre alt, erstere außerdem des Fahrens und der Behandlung der Pserde kundig sein. Der Unternehmer hat ihnen Dienstkleidung zu liesern und von der Annahme oder Entlassung jedes einzelnen dem Kommissariat Anzeige zu erstatten. Für Übertretungen des Reglements kann zu Geldstrasen bis 30 Mk. oder Freiheitstrasen bis zu

14 Tagen polizeiliche Berurteilung ersolgen. Die später ergangene Polizeis verordnung vom 11. Juni 1896, betreffend den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen, ändert an jenen Bestimmungen nichts. Biel eingehendere Rechte bezüglich der Beaufsichtigung des Personals haben sich neuerdings die Aussichtsbehörden, also der Polizeipräsident und die Königliche Eisensbahndirektion, vorbehalten.

Die neuerdings erteilten Genehmigungsurkunden schreiben bor, daß die Bagenführer im elettrischen Betriebe mindeftens 21 Jahre alt und mit der ganzen Technik der Fahreinrichtung vertraut fein muffen. Sie follen ihre Befähigung durch ihre Prüfung und durch Probefahrten nachgewiesen haben. Der Erlaß genauerer Vorschriften sowie die Festsehung des Sochstmaßes der täglichen Arbeitszeit für den Wagenführer und des Mindeft= maßes der ihnen zu gewährenden Ruhepaufen ift vorbehalten worden. Namen der leitenden Beamten der Bau= und Betriebsverwaltung find den Auffichtsbehörden anzuzeigen. Die Beamten des äußeren Betriebsdienstes (Wagenführer, Schaffner, Kotrolleure, Expeditoren u. f. w.) muffen die er= forderliche körperliche und geistige Fähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen. Auf Berlangen ift der Eisenbahnbehörde hierüber ebenso wie über die Beschäftigungszeiten Auskunft zu erteilen. Diejenigen Beamten, welche fich als unzuverläffig erwiesen haben, find auf Erfordern der Auffichtsbehörden zu Letteren muß auch die Betriebsordnung, in welcher die Thätigkeit der Angestellten zu ordnen ist, zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Bediensteten zerfallen in eigentliches Straßenbahn= und in Handwerkerpersonal. Zum ersteren gehören alle diejenigen Personen, beren Funktionen in ihrer Gesamtheit dem Unternehmen das charafteristische Gepräge einer Straßenbahn geben.

Die Arbeiten der Handwerker könnten dagegen durch fremde Unternehmer ausgeführt werden; man findet sie in größerer Anzahl in umfangereicheren Betrieben beisammen. Die kleineren Betriebe haben nur gerade soviel Handwerker, wie ebent. für die Erzeugung und Unterhaltung der Betriebskraft, sowie sür die Ausstührung kleinerer Reparaturen nötig ist. Die Große Berliner und die Charlottenburger Straßenbahn versügen über ein zahlreiches Werkstättenpersonal, welches auch größere Reparaturen, unter Umständen sogar den Reubau von Wagen, Geleisen, Weichen u. s. w. aussihrt. Im allgemeinen bringt die Einsuhrung des elektrischen Betriebes eine Berminderung des eigentlichen Straßenbahnpersonals (im solgenden kurz "Straßenbahnpersonal" genannt) zu Gunsten der Handwerker mit sich. Denn an die Stelle der vielen Stalleute beim Pierdebetriebe treten

Rahl ber Strafenbahnbebienfteten am Ende bes Rahres 1899.

Neue Berliner Berliner Stellinger Berliner Stellinger S	Große Berliner Straßen= hohn	Neue Berliner Pferde eisendahn= Attiens	Sübliche Berliner Vororts babn	Westliche Berliner Borort- babn	Stemens & Halste.	Rontt= nentale Gefeustgaft für elettrische	Charlotten= burger Straßen= bahn.	GefeUfdaft für ben Bau von Untergrunds	Zufammen.
	ougu.	gefellschaft.	ougu.	ordu.		Unter≈ nehmungen.		bahnen.	
A. Straßenbahnpersonal. I. Berwaltungsbeamte.									
Direktoren, Betriebsleiter, Ingenieure . Direktionsbureau	14 101	27 TO	11	27	14	2	10	7 2 7	149
II. Im außeren gahrbienst. (Betriebspersonal i. e. S.)									
Betriebsinspektoren, Betriebsingenieure, Expeditoren, Bahnneister	22	1	١٠	27 92	- 6	62	10		56
	1000	.   5	1   5	,   5	116	12	18	1 %	8) <del>(</del>
Schaffner Obertutscher, Führer, Kutscher	$\frac{1688}{1577}$	231	32	64	100	122	104	202	2141
	383	21.	ابن	∞	14	62	24	100	208
	보	nach Bebarf	nach Bebarf	nach Bebarf	nach Bebarf	nach Bedarf	nach Bebarf nach Bebarf nach Bebarf nach Bebarf nach Bebarf nach Bebarf nach Bebarf	nach Bebarf	12 nach Bebarf
III. Für bie Unterhaltung und Erzeugung bes Betriebsmaterials.									
a) Pferbebetrieb.	,	,					•		7
Tierärzte, Fouragemetster	107	16		[ ]	11		<b>-</b> 676		125
Schallmachter	195	ا د د د				11	4   5	'	45
· · · ·	045	6		1		I 	41	l 	

Berhältniffe ber Bedienfteten u. Arbeiter im Straßenverfehrsgewerbe Berlins. 431

$\frac{30}{339}$ 407	816 barj		l
086 888 888	355 312 312 15 25 50 102 54 76 6 90 90 90	7148	4790
30	na h Nebarf	62	48
103.8	2	442	274
<del></del> 00	. 5	48	53
448	\begin{align*}     & 40 \\     & 6 \\     & 6 \\     & 7 \\     & 6 \\     & 6 \\     & 6 \\     & 6 \\     & 6 \\     & 1 \\    & 1 \\    & 1 \\     & 1	355	240
10		155	141
10		75	02
448		653	486
19 25 251	29 229 7 1 1 44 47 50 85 85 85 85 87	5358	3502
b. Clektrifcher Betrieb (siehe unter B.).  IV. Materialienverwaltung und Ragenreinigung. Hof- und Materialienverwalter. Bureauschaffner, Nachtwächter. Bagenwascher.  B. Kandwerker.  1. Für die Erzeugung und Erzeuflung des Betriebsmaterials.	Leitungsrevisoren	Gesantzahl ausschließlich Schneeräumer und Arbeiter in Baukolonnen	Hiervon entfallen auf das Betriebs- personal im engeren Sinne.

jest einige Maschinisten und Heizer, sowie die nötigen Schloffer und Leitungsmonteure.

Über die Zahl der Bediensteten in den Jahren 1898 bezw. 1899 giebt vorstehende nach den Angaben der Unternehmer aufgestellte Tabelle Auskunft.

Einschließlich der Arbeiter in Baukolonnen kann die Gesamtzahl aller Bediensteten am Ende des Jahres 1899 auf rund 8000 angenommen werden; sie wird sich nach Inbetriebsetzung der bereits konzessionierten resp. projektierten Bahnen bald auf 10000 steigern.

Im Bordergrunde des Interesses stehen die Wagensührer und Schaffner, weil ihre Thätigkeit im öffentlichen Verkehrswesen als die wichtigste ersicheint; auch numerisch sind sie am bedeutendsten. Die Sicherung eines geschulten, seßhasten Fahrpersonals ist daher eine Hauptausgabe der Straßenbahnverwaltungen. Während sich für das übrige Versonal leicht Ersaß schaffner läßt, kann ein plötlich auftretender Mangel an Wagensührern und Schaffnern, ebenso wie eine dauernde Untüchtigkeit derselben zu den schwersten Schädigungen des Unternehmens führen.

Die Ginkommens- und Arbeitsverhältniffe der Rührer und Schaffner find daher meift beffer als diejenigen der anderen Betriebsbeamten, wie Stallleute, Bahnreiniger u. f. w. Das Streben der letteren wiederum geht bahin, fich zu jenen Stellungen emporzuarbeiten. Dem Schaffnerstande werden die befferen Stellen der Kontrolleure, Inspektoren und fonstigen Auffichtsbeamten entnommen. Bu ihm herrscht ein besonders großer Un= Neue Anwärter muffen 3. 3t. lange warten, ehe fie nach der Lifte zur Ginberufung gelangen. Nur wenigen Schaffnern tann bei der Fülle der Anwärter das Blud erblühen, in ein höheres Amt einzuruden. Da= gegen findet sowohl bei ihnen wie bei fast allen übrigen Rategorien des Strafenbahnpersonals bei entsprechendem Dienstalter ein Steigen in höhere Behälter ftatt; wir wollen auf die Behaltiftalen später gurudtommen. ist auch vorgekommen, daß ein alterer Bediensteter bei eingetretener Dienstunfähigkeit in einer niedrigeren Stellung unter Rurzung des Gehaltes Berwendung gefunden hat, um ihn nicht gang brotlos zu machen. Noch heute giebt es verschiedene alte Rutscher, die als Bahnreiniger ober Beichenfteller - natürlich unter Verluft ihrer Kilometergelder - beschäftigt werden. Diefe Falle find indeffen felten; meift murden die Invaliden ohne jedes Ruhegehalt entlaffen.

Vom Straßenbahnpersonal sind die Handwerker zu trennen. Soweit sie gelernte Handwerker sind, wie Tischler, Schlosser, Schmiede u. s. w., stehen sie sich besser als Schaffner und Führer. Nur die niederen Klassen

berselben und die gewöhnlichen Arbeiter haben überhaupt in vereinzelten Fällen ein Verlangen, ihre Stellung gegen diejenige eines Schaffners ober Führers zu vertauschen.

Bei Eingehung des Arbeitsverhältnisses wird zwischen dem Unternehmer und dem Bediensteten, also auch den Handwerkern, in der Regel ein schriftelicher Arbeitsvertrag abgeschlossen. Für die Auflösung des Dienstverhält=nisses wird meist eine beiderseitige, 14 tägige Kündigungssrist sestgesett. Als Ausnahmen hiervon wären solgende Fälle zu nennen:

- 1. Fast alle Straßenbahner haben eine Probezeit durchzumachen, welche gewöhnlich 4—6 Wochen, bei Schaffnern und Wagenführern sogar 6 Monate beträgt. Für diese Zeit haben sich die Unternehmer einseitig das Recht jederzeitiger, kündigungsloser Entlassung vorbehalten. Für Werkstättenarbeiter besteht nirgends eine Probezeit.
- 2. Handwerker, Wagenwäscher und Bahnreiniger sind auf gegenseitige, tägliche Kündigung angenommen.
- 3. Sofortige Dienstentlaffung ohne vorherige Kündigung tann außer- bem erfolgen:
  - a) wegen Trunkenheit im Dienfte;
  - b) wegen derjenigen Vorfälle, welche nach den Bestimmungen des Polizeireglements zur Entziehung des früher obligatorischen Fahrsicheins berechtigten oder nach der Gewerbeordnung (§ 123 und 124) eine kündigungslose Entlassung rechtsertigen;
  - c) bei mutwilliger Zerstörung von Betriebsmaterial, Unisorm und Ausrustungsstücken, und bei Mighandlung der Pserde.

Die Bestimmungen zu c find so behnbar, daß sie allzu leicht zu Ungunsten der Angestellten ausgelegt werden können. Auf der anderen Seite betonten allerdings die Unternehmer, sdaß sie meist gezwungen wären, die Bediensteten, salls sie es wünschten, ohne Kündigung zu entlassen. Denn auch sonst liesen sie Gesahr, daß ihnen ihr Betriebsmaterial leicht ruiniert würde, ohne daß sich immer eine Schuld des böswilligen Angestellten nachweisen ließe. Wir sind demselben Umstande schon beim Droschkenwesen begegnet, wo aus diesem Grund die gesetzliche Kündigungsstrift allgemein ausgesichlossen wird.

Dienstkautionen sind bloß vom Straßenbahnpersonal zu stellen, und zwar vom Kutscher und Schaffner auswärts bis zum Hosverwalter u. s. w. Die Kaution beträgt bei Fahrern ungefähr 45, bei Schaffnern und Konstrolleuren 75—100 Mt. Bei der Großen Berliner Straßenbahn muß sie voll eingezahlt werden, während bei den übrigen Unternehmern ein Teil durch Lohnabzüge von monatlich 5 Mt. ausgebracht werden kann. Die Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

Kaution haftet "für alle Schäben und Kosten, welche durch das Verschulden oder die Dienstführung der Angestellten" verursacht werden. Sie wird des halb erst 3 Monate nach dem Dienstaustritt an den Entlassenen zurückzgezahlt, was sich vielsach als eine Härte sür die Angestellten erweist.

Besondere Vorkenntnisse werden vom Straßenbahnpersonal im allgemeinen nicht gefordert; es erhält vielmehr im Betriebe selbst den nötigen Unterricht. Besondere Ausmerksamkeit widmet man der Ausbildung von elektrischen Wagenführern. Hierbei hat sich allerdings als zweckmäßig erwiesen, bei der Einberusung solche Leute zu bevorzugen, welche schon vorsher ein Fuhrwerk geleitet haben.

Alle Reueintretenden, welche die Stellung eines Führers oder Schaffners erlangen wollen, haben 2-6 Wochen lang an einem theoretischen und praktischen Fahrunterricht teilzunehmen, der durch eine Prüsung abgeschlossen wird. Die Schaffner werden also alle auch als Fahrer ausgebildet.

Bis zu dem diesiährigen Strike wurde mahrend der Lehrzeit - nur Siemens und Halste machte eine Ausnahme - nicht der geringste Lohn gezahlt, obgleich die Anwärter 8-10 Stunden täglich zur Verfügung des Unternehmers stehen mußten. Aber felbst nach Ablauf der Lehrzeit und sogar nach hinterlegung der Kaution wurden die Betreffenden bei der Großen Berliner Strakenbahn gewöhnlich noch nicht jest angestellt, sondern vorläufig erft als "Erfatfahrer" ober "Erfatschaffner" gegen einen Tagelohn von 2,50 Mk. oder einen Stundenlohn von 25 Pf. bei jederzeitigem Ründigungsrecht beschäftigt. Sie hatten aber dann keineswegs alle Tage Arbeit, sondern wurden je nach Bedarf in der Woche nur an 2—3 Tagen zum Dienste herangezogen. Falls sie nun etwa die Kaution nicht gleich stellen konnten, wurden sie sogar bloß als Wagenschieber, Wagenreiniger oder zu sonstigen Sandlangerdiensten verwendet. Es dauerte oft viele Monate, in verschiedenen Fällen sogar länger als ein Jahr, ehe die Unwärter ihre dauernde Einberufung erhielten. Aber auch dann erfolgte die Anstellung, wie wir gesehen haben, zunächst erft 6 Monate lang auf Brobe bei jederzeitigem Entlassungsrecht; das Gehalt wurde allerdings auch schon monatlich gezahlt. Erft nach Ablauf der Probezeit war die Anstellung eine endgültige d. h. es galt ein beiberseitiges Ründigungsrecht von 14 Tagen.

Infolge der Lohnbewegung haben sich allerdings die Verhältnisse wesentlich günftiger gestaltet. Der sogenannte Reservedienst gegen Tagegelder sällt sortan überhaupt weg. Die Neueingestellten bekommen sosort ein Monatsgehalt von 85 Mk. und werden nach 6 monatlicher Probezeit mit 90 Mk. Gehalt sest angestellt. Es liegt hierin eine wesentliche Herab-

milberung der früheren Härten. Gerade diese hatten bereits damals viel Unzufriedenheit unter die jungen Beamten gefäet. Kam es doch nicht selten vor, daß ein Anwärter nach mehrmonatlicher Beschäftigung wegen geringer Bersehen entlassen wurde.

Auch im verkehrspolizeilichen Interesse war die Beseitigung dieser Zusstände wünschenswert. Denn die Anwärter verloren während der langen Beschäftigung als Wagenschieber u. s. w. wieder die vorher erlangte Praxis in der Führung des Wagens; Zusammenstöße und Unsälle waren dann nicht zu vermeiden. Ebenso ungünstig waren die bereits längere Zeit bei der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten Wagenreiniger, Stallleute, Bahnwärter u. s. w., welche sich um die Stellung als Führer oder Schaffner bewerben wollten, gestellt. Denn sie mußten sämtliche Instruktionsstunden in ihrer freien Zeit abmachen. Zetzt werden ihnen die Instruktionsstunden wenigstens als überstunden bezahlt.

An verkehrsreichen Tagen, also sast an sämtlichen Sonntagen, sind alle Kategorien des Straßenbahnpersonals, auch Bahnreiniger, Stalleute, Nacht-wächter, bisweilen sogar Handwerker, die ja sonst gerade an diesen Tagen srei hätten, verpflichtet, im Fahrdienste thätig zu sein, während für die Ersüllung ihrer Funktionen sremde Arbeiter angenommen werden.

Außer den erwähnten Inftruktionsstunden für angehende Wagenführer in der sogenannten Fahrschule sind noch für das übrige Straßenbahnpersonal, namentlich sür das Fahrpersonal, ständige theoretische Instruktionsstunden eingerichtet, in denen die neuesten Bersügungen der Direktoren sowie die sonstigen Obliegenheiten in Erinnerung gebracht werden. Auch diese Instruktionsstunden müssen die Angestellten in ihrer sreien Zeit besuchen. Gewöhnlich sollen sie im Monat mindestens einmal daran teil genommen haben. Erst seit dem Streik ersolgt auch hier allgemein für die berwendete Zeit die sür sonstige Überstunden übliche Bergütung.

Während das Stallpersonal und die Fahrer häufig bereits vor ihrem Eintritt in den Straßenbahndienst im Fuhrwesen thätig gewesen sind, sindet man unter den Schaffnern sast alle Beruse, wie Handwerker, Bureaubeamte, Geistliche, Offiziere, Lehrer, Ärzte, Juristen vertreten. Viele Bediensteten sind vom Lande zugewandert; sie haben schließlich in ihrem Handwerke nicht mehr den nötigen Verdienst gehabt und lieber die scheinbar sichere Stellung bei der Straßenbahn vorgezogen. Die eintretenden Stallsleute sind meist erst vom Militär sreigekommen. Da der Pferdebetrieb bei der Großen Berliner Straßenbahn vom Beginn des Jahres 1903 ab vollsständig durch den elektrischen ersetzt sein muß, so kommt von dieser Zeit ab das gesamte sür denselben nötige Personal in Fortsall.

Das Dienstalter der Angestellten ist sehr verschieden. Am häusigsten wechseln die Borleger, ihnen solgen die Wagenwäscher und Stalleute. Seßhafter sind Autscher und Schaffner; seit Einsührung des elektrischen Betriebes hatte sich allerdings disher bei den Führern ein häusigerer Wechsel bemerkbar gemacht. Bei den älteren Gesellschaften sind jedensalls verschiedene Angestellte schon seit mehr als 10 Jahren, manche sogar schon seit der Gründung des Unternehmens im Dienst. Nach den Ermittelungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin über die Lohnverhältnisse in der Straßenbahnberussgenossenssenschaftlichen Wertes der Stadt Berlin über die Lohnverhältnisse in der Straßenbahnberussgenossenssenschnschuschen 1895 waren von den Pserdebahnstutschern 83%, den Pserdebahnschuschen 18300 Tage (also wohl ein Jahr, ausschließlich der freien Tage) beschäftigt. Der elektrische Betrieb kam damals noch nicht zur Geltung. Bon den Stallarbeitern waren dagen 50,5% weniger als 101 Tag (rund 1/4 Jahr) in Arbeit.

Dem hohen Dienstalter entspricht das Lebensalter. Selbst 60—70 jährige Beamte sindet man unter den Schaffnern und Kutschern, während die untere Grenze das 18. bezw. 21. Lebensjahr bildet. Borleger sind erst 15—17 Jahre alt, weshalb sie "Borlegejungen" genannt werden. Bei der Großen Berliner Straßenbahn werden Personen von mehr als 35, bei Siemens und Halste solche von mehr als 30 Lebensjahren nicht mehr eingestellt. Bei den Handwerkern spielt das Lebensalter weniger eine Kolle. Lehrlinge werden in keiner zu einer Straßenbahn gehörigen Werkstatt außegebildet.

# Beschreibung des Dienstes, Arbeitszeiten, Ruhepausen.

Die Diensteinteilung für das Straßenbahnpersonal geschieht nach den einzelnen über die ganze Stadt und die Vororte zerstreuten Depots auf Grund der von der Direktion erlassenen allgemeinen Vorschriften. Die Große Berliner Straßenbahn hat etwa 30, Siemens und Halske 2 Betriebsbahnhöse, während die übrigen Unternehmer nur einen haben. Zu jedem Bahnhos gehören verschiedene Linien; das für diese nötige Fahr- und Streckenpersonal, also Bahnreiniger, Vorleger, Kutscher, Fahrer, Schaffner, Kontrolleure u. s. w. ist nicht nur auf einer bestimmten Linie thätig, sondern wechselt sast täglich auf den zum Bahnhos gehörigen Linien. 3. B.

<sup>1</sup> Dr. Hirschberg, Die sociale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin, S. 238 und 239, woselbst ein aussührliches Tableau auch über die anderen Kategorien von Angestellten Auskunft erteilt.

fuhren im letzten Winter Führer des Bahnhofs Rixdorf vormittags auf der Linie Britz—Schönhauser Allee, nachmittags auf der Linie Fichtestraße—Schönhauser Allee; ein Teil von ihnen mußte aber außerdem noch 2—3 Touren auf der Strecke Verbindungsbahn—Spittelmarkt zurücklegen. Unter Umständen suhr also ein Führer an demselben Tage auf 3 verschiedenen Linien. Gine Vesserung soll jetzt insofern eingetreten sein, als jeder Wagensührer an einem Tage nur auf einer Linie zu sahren hat, und erst am darauf solgenden Morgen ein Wechsel der Linie eintritt.

Von den Handwerkern sind diejenigen, welche zur Unterhaltung der Betriebskraft und zur Vornahme kleinerer Reparaturen am Wagenmaterial dienen, über die einzelnen Bahnhöse verteilt, während das für größere Reparaturen und für Neubauten ersorderliche Werkstättenpersonal in einem einzigen Depot zusammen ist. Die Große Berliner Straßenbahn hat einen besonderen Werkstättenbahnhos. Die Kontinentale Gesellschaft, die Charlottenburger Straßenbahn und die Firma Siemens und Halske haben ein eigenes elektrisches Krastwerk, während die übrigen Unternehmer ihren Strom von den Berliner Cektrizitätswerken entnehmen.

Je nach dem Wechsel der Fahrpläne und der Umwandlung des Pferdein den elektrischen Betrieb ersolgte bisher bei der Großen Berliner Straßenbahn regelmäßig im Frühjahr und Herbst ein mehr oder minder umsangreicher Austausch von Personal unter den einzelnen Depots. Eine
solche Bersehung wird von den Berheirateten, namentlich wenn sie ihnen
nur wenige Tage vorher mitgeteilt wird, recht unangenehm empsunden.
Die Direktion hat deshalb bei Gelegenheit der Lohnbewegung angeordnet, daß die Bersehungen den Bediensteten rechtzeitig vorher angezeigt
werden 1. Umzugsgelder werden aber auch heute noch nicht gewährt, trotzdem eine solche Bersehung sür einen verheirateten Mann recht kostspielig
ist, zumal wenn die Frau dadurch ihre Kundschast als Schneiderin, Puhmacherin. Waschsrau u. s. w. verliert.

Da die Schwierigkeit einer Dienststellung nicht nur von der Arbeitszeit, sondern zugleich von der Art der Arbeit abhängt, so wollen wir uns im solgenden über beide bei den Hauptklassen von Angestellten klar werden.

### Das Straßenbahnperfonal.

1. Die Kontrolleure. Dieselben kontrollieren den äußeren Betrieb bezüglich der punktlichen Innehaltung des Fahrplanes, der rechtmäßigen

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Angestellten hatten 3 Monate für Berheiratete, 4 Wochen für Unsverheiratete gefordert.

Ausgabe von Fahrscheinen seitens der Schaffner, sowie der rechtmäßigen Erfüllung der Dienstpslichten seitens der Bahnreiniger, Vorleger und Weichensteller. Sie sind also Vorgesetzte des Fahr= und Streckenpersonals; nur intelligentere Leute können dazu genommen werden.

Ihre Dienstzeit ist, ebenso wie bei dem übrigen Betriebspersonal, nicht an jedem Tage dieselbe, sondern sie haben an jedem von drei auseinanderssolgenden Tagen eine verschiedene Arbeitszeit. Erst am vierten Tag erhalten sie wieder den Dienst des ersten. Ihre reine Arbeitszeit beträgt gewöhnlich 11 Stunden. Unterwegs sind sie allerdings 12—13 Stunden; jedoch gehen hiervon regelmäßig 1—2 Stunden sür Frühstücks- und Mittags-vausen ab.

2. Das eigentliche Fahrpersonal, nämlich Kutscher resp. Wagen führer und Schaffner. Die Obliegenheiten berselben sind in einer gedrucken, jedem Angestellten behändigten Dienstordnung zusammensgestellt. Das Rauchen im Dienst ist verboten. Beleidigungsklagen dürsen nur mit Genehmigung der Direktion gegen Fahrgäste anhängig gemacht werden. Das ganze Fahrpersonal muß mit einer richtig gehenden Uhr versehen sein. Bei dem einen Unternehmer ist der Besuch von Schankwirtsichaften an den Endstationen untersagt. Überall ist es verboten, daß Führer und Schaffner zu gleicher Zeit austreten; wie wir sehen werden, ist auch ost weder zum Besuch von Schankwirtschaften, noch zum Austreten Zeit vorhanden. Bei dem Streik war von den Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn gesordert worden, daß an den Endhaltestellen möglichst Bedürsnissanstalten errichtet würden.

Als sehr drückend wird von dem Fahrpersonal die Vorschrift empsunden, daß der Ausenthalt und das Speisen in den Wagen an den Haltestellen verboten ist. Die Leute müßten also eigentlich ihre Mahlzeiten im Stehen, und noch dazu selbst beim größten Unwetter im Freien einnehmen.

Dem Schaffner ist das Sigen während der Fahrt nicht gestattet. Es ließe sich wohl überlegen, ob man dieses Berbot nicht in den weniger verkehrsreichen Zeiten, namentlich auf den Borortstrecken ausheben sollte. Das zum Verkauf von Fahrscheinen nötige Wechselgeld muß der Schaffner aus eigenen Mitteln morgens zum Dienst mitoringen. Etwaige Fehlbeträge muß er abends aus seiner Tasche ersegen. Lebhaste Klage wurde bisher darüber gesührt, daß die Schaffner Billets, die sie aus Versehen salsch durchlocht hatten, der Direktion in barem Gelde erstatten mußten. Durch den Streik wurde erwirkt, daß salsch durchlochte Fahrscheine von den Kontrolleuren oder Hosverwaltern kafsiert werden sollen. Der Schaffner ist gewissermaßen der Vertreter des Unternehmers auf dem Wagen und als solcher auch

Borgesetter des Führers. Er sorgt sur punktliche Absahrt, sur die Innehaltung der Fahrzeiten und die richtige Besetung der Wagen; auch hat
er auf Ruhe und Ordnung zu sehen. Die Absahrtzeiten trägt er nach
der wirklichen Absahrtzeit, also nicht nach dem Fahrplane, in einen Fahrzettel
ein. Bei Unsällen, Jusammenstößen oder Berkehrsstörungen hat er sosort
die Ursachen sestzustellen und eine ungesähr 20 Positionen enthaltende Meldung
unter gleichzeitiger Namhastmachung von Regreßpflichtigen zu schreiben.
Es würde uns zu weit sühren, die vielen kleinen Funktionen des Schaffners,
namentlich beim elektrischen Betriebe, sämtlich auszuzählen. Wir wollen
nur noch erwähnen, was derselbe vor der Absahrt, und was er abends
nach der Ankunst auf dem Hose zu verrichten hat. Hierher gehört:

- 1. Morgens: das Holen der Fahrscheine aus dem Bureau, die Revision des Wagens bezüglich der Vollständigkeit seines Inventars, das Revidieren der Kontaktstange, das probeweise Ein= und Ausschalten der Clühlampen, das Prüsen der Bleisicherungen, der Thüren, der Signalvorrich= tung, das Kangieren des Wagens, das Heizen desselben im Winter, das Abtrocknen der Handgriffe und Perronleisten sowie das Ausbinden von Tritt= decken bei Regen und Schnee.
- 2. Abends: Das Abgeben der übrig gebliebenen Fahrscheine und der Kaffe, das Eintragen von Meldungen in das auf dem Depot auseliegende Buch.

Bur Ausübung diefer Fulle von Berufspflichten ist doch eine gewiffe Gewecktheit notwendig, die nicht jedem innewohnt. Schon der Verkehr mit dem Publikum, das auch nicht gerade immer dem Schaffner mit Menschensfreundlichkeit gegenübertritt, bietet gewisse Schwierigkeiten.

Jedenfalls soll man sich den Beruf der Schaffner nicht so leicht voritellen. Im Winter werden ihnen selbst bei der größten Kälte keine Pelze geliesert; sie kaufen sich daher vielsach auf eigene Kosten wenigstens einen Belzkragen. Das ewige Stehen in Wind und Wetter, der sortwährende Berkehr mit dem Publikum, das Umgehen mit Geld, sowie die pünktliche Erfüllung aller jener Pstichten wirken auf die Dauer sehr ermüdend und Nerven anspannend.

Ebenso ergeht es dem Kutscher beim Pjerdebetrieb. Wenn auch die ihm als Rosselnter obliegenden Funktionen ziemlich einsacher Natur sind, so wirken sie doch bei der Länge der Zeit ermüdend. Während die Kutscher anderer Gesährte sigen können, müssen die Pjerdebahnkutscher ihren ganzen Dienst im Stehen verrichten.

Einen gang besonders anstrengenden, sowohl Körper wie Geift ruinie= renden Dienst haben aber die Wagenführer im elektrischen Betriebe. Sie

arbeiten eigentlich mit ihrem gangen Körper. Die Rechte ruht auf der Sandbremfe, deren Sebel bedeutend länger ift als bei Pferdebahnwagen, während die Linke durch die Kontrollkurbel die Stromzuführung und die Strombremfe reguliert. Beide Sande find dabei in fortwährender angeftrengter Thätigkeit. Außer der Sand= und Strombremfe existiert noch der Umichalter, welcher nur bei langiamer Fahrt zum plöklichen Anhalten benutt werden darf und auch eine Rudwärtsbewegung des Wagens ermöglicht. Ferner ist zu erwähnen: das Benachrichtigen des Schaffners von dem Aufsteigen eines Fahrgaftes auf den Borderperron durch Ziehen an einer Zugleine oder Drücken auf den Knopf einer elektrischen Klingel, das Bedienen des Sandstreuers, das Weichenstellen mittelft einer langen eifernen Stange, bas Unschlagen der Signalglode sowie bas Ginftogen bes am Boben des Perrons befindlichen Schneppers in das Zahnrad der Sandbremfe mittelft des rechten Fußes. Das Anziehen der handbremfe erfordert namentlich bei abschüffigem Terrain oder beim plötlich notwenig werdenden Anhalten wegen vorliegender Sinderniffe eine große Rraftanftrengung. Sehnenzerrei= Bungen und Mustelvergerrungen find baber bei den Führern teine Seltenheit.

Zu bedauern sind diejenigen, welche noch einen Wagen ohne pneumatische Strombremse sahren, so daß sie ihn mit der Handbremse halten müssen. Solche alte Wagen sind noch jett mehrsach im Gebrauch; die Große Berliner Straßenbahn hat bei Gelegenheit des Strikes versprochen, an allen Wagen helltönende Glocken und pneumatische Bremsen anzubringen. Der schlechte Zustand der Glocken war nämlich auch eine ewige Kalamität.

Oft genug trägt die Sparsamkeit der Unternehmer dazu bei, den Führern das Leben schwer zu machen. Es sollen nämlich vielsach zu wenig Schlosser vorhanden sein, welche die Motorwagen, speciell die Bremsen, einer regelmäßigen Prüsung unterziehen und etwa auftretende Mängel rechtzeitig beseitigen können. Da wird dann leicht ein Wagen ohne Vornahme der notwendigen Reparatur aus der Hand gelassen. Der Führer muß dann vom Hose sahren, trothem die Vremse nicht richtig sunktioniert.

Aber selbst die tadellose Einrichtung der Strombremse kann als technisch vollendet noch nicht angesehen werden. Das bloße Stromausschalten
nut dem Führer auf abschüssigem Terrain garnichts, weil der Wagen
bergab auch ohne Strom läuft. Schaltet er nun aber die Strombremse
auf Kontakt 1, so ist derselbe so gut wie wirkungslos; schaltet er aber
sosort auf Kontakt 2 und 3, so brennt entweder die Bleisicherung durch
oder der Motor springt aus. Dann aber ist der Wagen erst recht nicht
zu beherrschen. Der arme Führer besindet sich in einem solchen Falle in

einer bedauernswerten Lage. Paffiert irgend ein Unglück, fo foll er erft mal nachweisen, daß er selbst seine Schuldigkeit gethan hat.

Man muß dabei in Betracht ziehen, daß ein elettrischer Wagen eine viel größere Geschwindigkeit hat als ein anderes Gefährt; die elektrischen Strafenbahnen fahren in den Außenbezirken mehr als 30 km in der Stunde. Bei dem regen Wagen= und Fuggangerverkehr in den Saupt= ftragen Berling, welcher zeit= refp. ftellenweise eine folche Dichtigkeit er= langt, daß er überhaupt nicht mehr gesteigert werben kann, gehört eine nervoje Aufmertsamkeit und Anspannung dazu, auf alle Sinderniffe zu achten, jumal der Wagen wegen seiner Gebundenheit an die Schiene nicht ausweichen tann. Der Führer schwebt in fteter Gefahr, mit anderen Fuhr= werken zusammenzustoßen oder gar Menschen zu übersahren. darf er auch nicht ängstlich fein, denn sonst würde er in dem Wagengedränge überhaupt nicht vom Fleck kommen. Daß ein so anstrengender Dienst die Nerven ruiniert, ist jedem verständlich. Auch der Wagenführer hat die bei Gelegenheit des Drojchkenwesens erwähnten, in § 316 des Strafgeset= buches reip, in dem Gefet bom 27. Dezember 1899 bestimmten Strafen zu gewärtigen. Bon den Angestellten wird gewünscht, daß an gefährlichen Bunkten Signalwärter aufgestellt werden.

Dem Wind und Wetter ift der Führer volltommen preisgegeben. Selbst bei ftromendem Gewitterregen darf er feinen Boften nicht verlaffen. Tropdem er oft bis auf die Haut burchnäßt ift, muß er, zitternd vor Ralte, bis in die tiefe Racht hinein feinen Dienft verfeben. Die Rontinentale Gefeuschaft liefert wenigstens Armel aus Wachsleinwand zum Überziehen über die Unterarme, ebenso auch Gummi=Pelerinen; es wäre zu wünschen, daß auch die anderen Unternehmer sich hierzu entschlöffen. haben sich jedoch die Führer dieselben event, selbst kaufen muffen. schlimmiten ift der Dienst im Winter bei der strengen Ralte. lieferten Belze werden nicht gern benutt, weil fie bei längerem Tragen durch ihr schweres Gewicht unerträglich werden. Die Kontinentale Gesellschaft hat deshalb die leichteren Kalmüdmäntel eingeführt. Viele Führer halten fich auf eigne Rosten sogenannte Duffelunterjaden. Giniger Schuk wurde ihnen dadurch gewährt werden, daß der Perron nach vorn durch eine Blaswand abgeschloffen wird, wie es in einigen Wagen der Großen Berliner und der Charlottenburger Stragenbahn — allerdings wohl weniger im Intereffe ber Fuhrer als in bemjenigen einer befferen Ausnugung des Vorderperrons durch das Publikum — geschehen ift. Leider hat sich dabei wiederum der Mißstand ergeben, daß die Blastrummer bei etwaigen Un= fällen dem Führer und den Fahrgaften leicht Berlegungen gufügen. Die

Große Berliner Straßenbahn hat deshalb die Glasschutvorrichtungen nicht allgemein zur Ginführung gebracht. Die Charlottenburger Gesellschaft hält sie an den großen Wagen für ganz praktisch; lettere sind höher und im Borderbau kompakter, so daß kleinere Zusammenstöße die oben befindlichen Glasscheiben nicht treffen. Der Ginwand, daß die Scheiben im Winter vereisen, dürste wohl weniger stichhaltig sein.

In dem letzten Winter, in dem wir mehrsach 14—16 ° Kälte hatten, bot der Anblick eines in Pelz, Handschuhe und Mütze eingehüllten Motorswagensührers, von dem äußerlich beinahe nur die blauen Schutzeillen sichtbar waren, geradezu ein bemitleidenswertes Bild. Bei Schneetreiben müffen die Führer trot ihrer entzündeten Augen die Brillen ablegen, weil dieselben undurchsichtig werden.

All biese Momente bringen uns zu der Überzeugung, daß der Dienst der Motorwagensührer in seelischer, geistiger und körperlicher Hinsicht eine der aufreibendsten Thätigkeiten ist. Sie arbeiten mit Augen, Ohren und beiden Händen. Mit dem einen Fuße stehen sie auf der Signalglocke und mit dem anderen im Gesängnis oder halb im Grabe. Wir möchten nochmals besonders betonen, daß gerade der ungeheuere Massenverkehr der Reichsehauptstadt das Fahren viel schwieriger gestaltet als in jeder anderen Stadt. In den Tageszeitungen sind mit Recht lebhaste Klagen über die bedauernsewürdige Thätigkeit der Führer laut geworden (vergl. Vossische Zeitung vom 10. September 1899).

Schon bevor der Führer vom Hofe herunterfährt, hat er eine Menge kleinerer Arbeiten zu verrichten. Es gehört zu diesem Vorbereitungsdienst:

- 1. das Abholen der Kontrollkurbel von dem Aufbewahrungsraum;
- 2. das Durchschalten beider Kontroller auf "Kraft" und "Bremfe";
- 3. das Stellen des Umichalthebels nach vorn und rudwärts;
- 4. das Probieren des Sandrades in allen Stellungen;
- 5. Das Anziehen beider Bremsen; die Prüfung der Bremsschuhe und der Bremskuppelung im Anhängerbetrieb;
- 6. das Prüfen und Fullen ber Sandftreuer;
- 7. das Rachsehen, ob der Weichenfteller vorhanden ift;
- 8. die Untersuchung der beiden Fußgloden.

Rach der Ankunft auf dem Hose am Abend oder in der Racht hat der Führer nur seine Kontrollkurbel nach dem Ausbewahrungsraum zu bringen.

Runmehr wollen wir einen Blick auf die Arbeitszeiten des Fahrpersonals werfen.

Gewöhnlich brauchen die Angestellten keinen weiten Weg von ihrer

Behausung bis zum Depot zurückzulegen, da fie meist in der Nähe desselben wohnen. Wo dies aber nach den örtlichen Berhältnissen nicht möglich ist, müßte der Weg bei der Bemessung der Arbeitszeiten berücksichtigt werden. Es ist dies jedoch bisher nirgends geschehen. Wir wollen später darauf zurücksommen. Sehr gern lassen sich die Angestellten nach den in den Vorvorten belegenen Depots versetzen, da sie hier viel an der Miete ersparen.

Früher wurden die Dienstzeiten nach ganz anderen Principien sestgesetzt als heute. Etwa bis zum Ende der achtziger Jahre war der Dienst alle Tage derselbe, so wie es noch heute bei der Allgemeinen Berliner Omnibus- Attiengesellschaft der Fall ist. Er begann morgens um 6 oder 7 und hörte abends um 11,  $11^{1/2}$  oder 12 Uhr auf, ohne durch eine Mittagspause unterbrochen zu werden. Durchschnittlich war das Fahrpersonal immer 17 Stunden in Thätigkeit. Damals gab es nur Pferdebahnstutscher und Schaffner. Beide hatten dieselbe Arbeitszeit.

Eigentümlich gestaltete sich dieselbe bei der Charlottenburger Pferdebahn. Hier hatte das Fahrpersonal denselben Dienst wie die Pferde, nämlich nach vierstündiger Thätigkeit 4 Stunden Ruhe. Mit den Pferden zugleich spannte der Kutscher aus, um während der vierstündigen Ruhepause seine Pferde im Stall zu reinigen, zu süttern und zu beaussichtigen. Die Gesellschaft brauchte dadurch keine Stalleute. Der Dienst im Stall war zwar nicht anstrengend; immerhin aber waren die Leute oft 20 Stunden lang ihrer Häuslichkeit entzogen.

Je früher indessen der Betrieb morgens begann und je später er in der Nacht aushörte, desto mehr stellte sich das Bedürsnis heraus, eine Teilung unter dem Personal eintreten zu lassen und diesenigen Leute, welche des Nachts mit den letzten Wagen heimkehrten, erst zu einer späteren Morgenstunde resp. erst mit dem Mittag des anderen Tages zur Arbeit heranzuziehen. Andererseits ersorderte das stete Anwachsen des Verkehrs eine immer größere Ausmerksamkeit des Fahrpersonals, so daß eine ununterbrochene tägliche Dienstzeit von 15—20 Stunden unhaltbar wurde.

Seit dem Jahre 1889 widmete daher das Kommissariat für öffentliches Fuhrwesen in Berlin den Dienstzeiten des Fahrpersonals seine Ausmerksamsteit. Den Einwirkungen desselben ist es zu verdanken, daß einige den gesichilderten Bedürsnissen entsprechende Erleichterungen eintraten. Die Unternehmer sertigten sortan für Kutscher und Schaffner getrennte Dienstpläne an, nach welchen die Arbeitszeit obigen Bedürsnissen entsprechend geregelt wurde. Es wurden so viele Dienste hintereinander angesett, wie Kutscher oder Schaffner auf dem betreffenden Bahnhose vorhanden waren. Zeder einzelne durchlief hiernach die Reihe der Dienste, so daß er häusig erst

nach 1-2 Monaten wieder denselben Dienst bekam wie am ersten Tage. Auch waren in den Plänen Mittags= und Nachtpausen vorgesehen. Bei der Großen und Neuen Berliner Pserdebahngesellschaft wurde die Arbeitszeit durchschnittlich auf 14 Stunden herabgesett. Nur die Charlottenburger Pserdebahn verhielt sich in den Verhandlungen mit dem Polizeikommissa ablehnend, indem sie vorschützte, daß sie wegen ihrer sinanziellen Lage  $(1890 = 1^0 \text{ o})$  Dividende), jede Vermehrung des Personals mit einer Herabsetung der Löhne verbinden müßte.

Die Bemühungen des Kommissars sur öffentliches Fuhrwesen erhielten einen neuen Impuls durch den Erlaß des Ministers sur Handel und Gewerbe vom 6. März 1891 an sämtliche Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin. Derselbe war veranlaßt durch das Vorgehen des Regierungspräsidenten zu Düsseldors, dem es durch längere, gütliche Verhandlungen gelungen war, das Einverständnis der Straßenbahnverwaltungen zur Gewährung gewisser Erleichterungen sür die dienstliche Inanspruchnahme der Kutscher und Motorwagensührer zu erlangen. Der Minister sorderte die genannten Ausschläbehörden aus, sich von den Straßenbahnen, Omnibussen und Paketsahrten Dienstpläne einreichen zu lassen und Verhandslungen wegen Annahme der "Düsseldorser Grundsähe" einzuleiten. In diesen Grundsähen sind nun solgende Kormen ausgestellt:

- 1. Die Zahl der Dienststunden des Fahrpersonals darf im Monat, zu 30 Tagen gerechnet, während des Winterhalbjahres (d. h. vom 16. Oktober bis zum 15. April) die Zahl von 312, und während des Sommershalbjahres (d. h. vom 16. April bis zum 15. Oktober) die Zahl von 324 nicht überschreiten. Es ergiebt das bei 4 freien und 26 Arbeitstagen eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden im Winter und  $12^{1/2}$  Stunden im Sommer.
- 2. Die Dienstzeit eines einzelnen Tages soll die Dauer von 14 Stunden nicht überschreiten.
- 3. Bei Berechnung ber Dienstzeit sind Paufen, welche 8 Min. und länger bauern, als dienst jreie Zeit in Abzug zu bringen.
- 4. In der Regel soll alle 8 Tage ein dienststreier Tag eintreten. Wenn jedoch durch andere Einrichtungen, insbesondere durch Anordnung sogenannter Reservediensttage d. h. von Tagen, an denen nur während einer beschränkten Zahl von Stunden zu arbeiten ist, eine weitere Erleichterung der Beamten eintritt, so soll es genügen, wenn alle 10 Tage ein dienstsreier Tag gewährt wird.
- 5. Der tägliche Dienst ist so einzurichten, daß dem Fahrpersonal eine halbe Stunde als Mittagspause freigegeben wird.

6. Dem Fahrpersonal ist an jedem 3. Sonntage Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes seiner Konsession zu geben, und zwar, wenn irgendwie möglich, zum Besuche des Hauptgottesdienstes; wenn dies die Bestriebseinrichtungen jedoch nicht gestatten, soll wenigstens Gelegenheit zum Besuche eines Nebengottesdienstes gegeben werden.

Die Punkte zu 4 und 6, welche sich auf die Sonntagsruhe beziehen, wollen wir zunächst außer acht lassen. Die übrigen Borschriften treffen nur Kutscher, Lokomotivsührer und Heizer bei Kleinbahnen; sie scheinen daher in der Hauptsache verkehrspolizeilichen Rücksichten, weniger socialpolitischen Gedanken entsprungen zu sein. Die Regelung des Dienstes der Schaffner ist ausschließlich dem Ermessen der einzelnen Berwaltungen anheimgestellt. Auserdem sind den Aussichtsbehörden irgend welche Zwangsmittel zur Durchsührung dieser Grundsätz nicht in die Hand gegeben; diese sind vielmehr nur auf gütliche Berhandlungen angewiesen. Im übrigen betonte der Ministerialerlaß besonders, daß die Düsseldorser Grundsätz als eine sür die Dauer bestiedigende Regelung der Beschäftigung nicht angesehen werden sollten. Besonders sei der Besuch des Gottesdienstes für jeden Sonntag zu wünschen. Die endgültige Regelung der täglichen Maximalarbeitszeit und der Sonntagsbeschäftigung bleibe der reichsgesetzlichen Regelung oder der faiserlichen Berordnung vorbehalten.

Wenn es auch den Bemühungen des Kommissars sür öffentliches Fuhrwesen gelang, hier und da Erleichterungen sür das Fahrpersonal zu erwirken, so kannen die Düsseldorser Grundsätze in Berlin doch niemals zur vollkommenen Geltung. Namentlich wurde die Maximalarbeitszeit von 14 Stunden vielsach um mehrere Stunden überschritten. Es scheint dabei immer mehr auf die monatliche Gesamtarbeitszeit oder, was dasselbe ist, auf die Durchschnittsarbeitszeit als auf die Minimalarbeitszeit eines Tages überhaupt gesehen worden zu sein. Das Fahrpersonal des Dampsstraßenbahnkonsortiums z. B. hatte nach wie vor bis zur Umwandlung des Unternehmens in die Westliche Berliner Borortbahn häusig 18—19 Stunden Dienst, ebenso wie die Angestellten der Charlottenburger Pserdebahn. Bei letzterer traten wesentliche Verbesserungen, speciell die Einteilung des Fahrpersonals in Gruppen, erst im Frühjahr 1899 ein, nachdem sich insolge von Agitationen entlassener Angestellter Kundeabungen der Unzusriedenheit seitens des Versonals geltend gemacht hatten.

Unter Berliner Berkehrsverhältniffen scheinen die Duffelborfer Grundfage einen genügenden Schut für das Fahrpersonal in der That nicht zu gewähren.

Nach ihnen dürsen z. B. bei Berechnung der monatlichen Gesamt= dienstzeit Pausen von 8 Min. und längerer Dauer in Abzug gebracht werden. Solange die Pausen an den Endstationen in Berlin 16—20 Minuten dauerten, betrug zwar die nach den Düsseldorser Grundsähen berechnete Arbeitszeit (Fahrdienst zuzüglich der Pausen bis zu einer Dauer von 7 Min.) häufig nicht mehr 12 bezw.  $12^{1/2}$  Stunde; dagegen war die Sesamt dienstzeit eine bedeutend höhere. Nehmen wir z. B. eine Fahrzeit von 53 Min. und eine Haltezeit von 20 Min. an, so würde jede Fahrt mit einer Arbeitszeit von 1 Stunde in Rechnung zu stellen sein. Es könnten also im Sommer in 12 Stunden 12 Fahrten geleistet werden. In Wirklichseit dauert aber der reine Dienst auf dieser Strecke  $12 \times 13$  d. h. 156 Min. länger, also rund  $14^{1/2}$  Stunden. Je länger die Haltepausen waren, desto länger dauerte der Dienst, während die berechnete Arbeitszeit stets dieselbe blieb. Man muß unseres Erachtens unter allen Umständen berücksichtigen, daß dies lange Verweilen an den Endpunkten doch keine vollkommene Kuhe ist, wie sie das Personal in seiner Häuslichseit hat. Namentlich im Winter ist das längere Warten im Freien bei strenger Kälte geradezu eine Strapaze.

Nachdem infolge der Einführung des elektrischen Betriebes die Aufeinanderfolge der Wagen sast auf allen Linien bedeutend verkürzt worden ist, gehören
allerdings Haltezeiten von über 7 Minuten zu den Seltenheiten. Die Gesahr eines Mißverhältnisses zwischen der nach den Düsseldorfer Grundsätzen
berechneten Arbeitszeit und der eigentlichen Dienstzeit ist also heute in Berlin
nicht mehr in so hohem Maße zu befürchten.

Die Paufen find jest im Gegenteil viel zu gering; fie betragen fast allgemein nur 4 Minuten, und felbst diese kommen häufig genug in Fortfall. Denn die Wagen treffen heute allzu häufig infolge von Berkehrsstodungen und sonstigen Betriebaftörungen ichon mit Berspätung an den Endstationen ein. Im Winter gehören folde Berzögerungen geradezu zu den Regelmäßigkeiten - und amar fast immer ohne Berfchulden des Berfonals, infolge von Unfällen, Schneefall, Stauung des Wagenverkehrs u. f. w. Da aber die Abfahrtzeiten innegehalten werden muffen, fo ift taum Beit übrig. um die für das Umkehren der Fahrtrichtung nötigen Manipulationen borzunehmen. Richt felten treffen die Wagen fogar fpater auf der Endstation ein, als fie abjahren sollen. 3. B. traf ein Wagen mit 6 Min. Berspätung auf der Endhaltestelle in der Kreuzbergstraße ein; er mußte also unter Berzicht auf die 4 Minuten Pause schon mit mehreren Minuten Berfpatung abfahren. Die Leute haben bann aber feine Beit mehr fur Die Befriedigung ihrer perfonlichen Bedurfniffe; das Austreten muffen fie in aller Gile hinter dem Wagen beforgen. Die Ginrichtung von Bedürfnisanstalten in unmittelbarer Nahe ber haltestellen würde fich daber als ein Segen erweisen. Nicht felten kommt es vor, daß die Leute ihr

Frühstück ober Abendbrot wieder nach Hause mitbringen, da sie unterwegs keine Zeit hatten. Durch das Aussallen der Pausen wird gewöhnlich allmählich wieder eine Regelmäßigkeit im Betriebe erzielt.

Selbst bei pünktlichstem Eintreffen auf den Endstationen können die jetzigen Pausen von durchschnittlich 4 Minuten dem Fahrpersonal eine Ruhe nicht gewähren. Meist wird sie noch von den zum Umkehren der Fahrtzichtung nötigen Verrichtungen in Anspruch genommen. Beim Ausstellen der Fahrpläne ist zwar bereits auf das "Umlegen" eine Zeit von 2 Minuten bei einsachen und eine solche von 4 Min. bei Anhängewagen gezechnet, so daß eigentlich 4 Minuten vollkommene Pause zur Verzügung stehen. Indessen dauert das Umlegen meist länger als 2 bezw. 4 Minuten. Besonders das Kangieren mit Anhängewagen ersordert Zeit und Krastanstrengung. Wir können es nur sür allzu berechtigt halten, daß die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn bei Gelegenheit des Streiks danach gestrebt haben, daß die Haltezeit an den Endstationen nach Möglichkeit 12 Minuten betragen und als Dienst berechnet werden soll.

Unferes Erachtens sollte man sowohl in Berlin wie in anderen verfehrsreichen Städten die ganze Zeit, welche zwischen der Absahrt vom Bahnshose und der Wiederankunst auf demselben (also auch unter Berücksichtigung der Wegestrecken zwischen Bahnhos und Absahrtstelle) liegt, als Fahrzeit betrachten. Zu dieser würde sich dann noch die Zeit, welche zum Borsbereitungss und Absertigungsdienst gebraucht wird, gesellen. In denjenigen Fällen, in denen die Angestellten ohne ihr Verschulden oder gegen ihren Willen gezwungen sind, einen weiten Weg — vielleicht mehr als eine Viertelstunde — von ihrer Behausung bis zum Bahnhose zurückzulegen, sollte billigerweise wenigstens die jene Viertelstunde überschreitende, zur Zurückzung des Weges nötige Zeit als Arbeitszeit in Ansah kommen.

Unter Beobachtung dieser Grundsätze wollen wir nunmehr untersuchen, wie sich heute die Arbeitszeit des Fahrpersonals in Berlin wirklich gestaltet.

Der Vorbereitungsdienst dauert durchschnittlich bei den Schaffnern 15, bei den Führern und Kutschern mindestens 25 Minuten. Wo das Fahr= personal noch zu umsangreicheren Reinigungs= und Puţarbeiten heran= gezogen wird, wie bei Siemens und Halste und bei der Kontinentalen Gesellschaft, kommt es mit obigen Zeiträumen nicht einmal aus. Als Absertigungsdienst sollten sür Kutscher und Führer durchschnittlich 5, sür den Schaffner 15 Minuten gerechnet werden. Die eigentliche Fahrzeit würde sich also bei beiden Kategorien um 30 Minuten verlängern.

Wir heben dabei gang befonders hervor, daß man sich bei Beurteilung

ber Arbeitszeiten nach den von den Unternehmern aufgestellten Dienftverteilungsplänen allein nicht immer richten kann. Denn in ber Pragis treten häufig fo große Berichiebungen bezw. Beranderungen in der Dienftverteilung ein, daß die thatfächlichen Verhältnisse wesentlich anders liegen. Vor allen Dingen enthalten die Blane feine Angaben über Überftunden. Diefe tommen aber beim Kahrpersonal ziemlich oft vor. 3. B. haben diejenigen, welche die Früh- oder Nachtwagen für das in Berlin wohnende Bersonal, sowie abends die Raffenwagen zum Transport der Raffen nach der Direktion zu beforgen haben, einen 2-3 Stunden längeren Dienst als sonft. Außerdem werden in den Planen die Zeiten für den Borbereitungs= und Abfertigungs= dienst gewöhnlich viel zu gering angesett. 3. B. werden gewöhnlich für erstere bei den Führern nur 10 Minuten gerechnet. Wenn man ein rich= tiges Bild über die Fahrzeiten erlangen will, ist es durchaus notwendig, auch bei den Angestellten selbst Erhebungen anzustellen. Sierbei aber ftogt man gewöhnlich auf Schwierigkeiten, weil den Leuten die "Wahrung des Dienstgeheimnisses" streng anbesohlen wird. Bei Strafe sofortiger Entlassung ift es ihnen vielfach verboten, irgend welche Auskunft bezüglich des Gehaltes, der Dienstzeit u. f. w. an Civilpersonen zu geben.

Man muß jett beim Personal hinsichtlich der Fahrzeiten 2 Gruppen unterscheiden, nämlich

- 1. Motorwagenführer und
- 2. Pferdebahnkuticher und Schaffner.

Die ersteren erfreuen sich einer besonderen Fürsorge der Berliner Stadtverwaltung. Dieser gedührt das Berdienst, in allen mit Straßen-, Untergrund- und Hochbahnunternehmern abgeschlossenen Berträgen die Bedingung
gestellt zu haben, daß die Führer nur ausnahmsweise länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürsen. Es kommt also bei Berechnung dieser 10 Stunden
nicht auf den Monatsdurchschnitt, sondern auf die Maximalarbeitszeit eines
einzelnen Tages an. Insolge dieser vertraglichen Abmachungen ist zwar die
Dienstzeit der Motorwagensührer kürzer als diesenige der Kutscher und Schaffner
geworden, indessen haben wir zu der Überzeugung gelangen müssen, daß die
10 Stunden bis zu dem Ausbruch des Strifes bei weitem überschritten
worden sind. Tage mit 11 und 12 Stunden sanden bei sast allen Unternehmern verschiedene Male im Monat statt.

Am schlimmsten war die Überschreitung bei der Großen Berliner Straßenbahn. Bei den übrigen Gesellschaften betrug wenigstens der Monatsburchschnitt ungefähr 10 Stunden. Bei der Großen Berliner Straßenbahn aber wurde auch dieser nicht innegehalten. Hier lag der Durchschnitt auf einzelnen Bahnhösen zwischen  $10^{1/2}$  und 11 Stunden. Im letzten Winter

## Dienstverteilungsplan für Motorwagenführer auf dem Depot "Rigdorf" an 36 aufeinanderfolgenden Tagen.

Tour 1: Linie Brit-Schönhauser Allee.

Tour 2: Linie Fichtestraße-Schönhaufer Allee

Tour 3: Linie Brit (Berbindungsbahn)-Spittelmarkt.

Nr. des Tages.	Wie oft waren die einzelnen Touren zurüczulegen?	Der A bau		bien einfch bereit unb fertig	imt= ftzeit l. Bor= tungs• Ab= ungs= nft.		fcen=	mer o	tpaufe riger riß tunben	Be= mertungen.
		von	bis	©t.	Min.	St.	Min.	St.	Min.	
1	3mal Tour 1 Refervedienst	4 <u>40</u> 200	1214 700	12	34	1	46			
2	3mal Tour 1 1 " " 2	5 <u>40</u> 319	114 455	11	40	2	05 37			
3	2 " " 8 3 " " 1 1 " " 2	532 5 <u>14</u> 247 520	802 1250 423 750	11	42	1 —	57 57	7	12	
4	2 , , 2	5 <u>16</u> 518	$911 \\ 1246$	11	23	8	07	5	28	
5	3 " " 1	614 423	150 737	10	50	2	33			
6	2 , 2	613 1250	959 802	10	58	2	51			
7	2 " " 2	5 <u>46</u> 526	943 116	11	47	7 4	43 57	5	58	
8	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	714 927	832 1239	11	42	_	55 59			(0.00) 0.00
9	$\begin{bmatrix} 3 & & & & \\ 3 & & & & \\ 3 & & & & \end{bmatrix}$	138 4 <u>52</u>	$\frac{850}{1226}$	10	50	1	49			8St. 2 Min. Nachtpause
10	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	215 5 <u>56</u>	531 821	10	53	4	02			
11	2 " " 2 1 " " 2 1 " " 2 4 " " 2 1 " " 2	$12^{23}$ $507$ $625$	$159 \\ 11\underline{59} \\ 845$	10	44	3	08 54	6	26	
	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	12 <sup>39</sup> 531	215 1219	10	**	$\ddot{3}$	16	6	05	
12	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	626 202	1138 426	10	06	$\frac{2}{1}$	24 18			
13	2 " " 3 Reservedienst	544 6 <u>06</u>	8 <u>14</u> 200	11	56	2	39		ارا	
14	1mal Tour 2 Refervedienst	439 430 159	$   \begin{array}{r}     835 \\     1200 \\     507   \end{array} $	10	38	1	59	7	55	
15	2mal Tour 2 1 " " 3 2 " " 1	702 1238	822 526	11	34	$egin{array}{c} 4 \ 2 \end{array}$	16 36			
16	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	802 943 638	$     \begin{array}{r}       128 \\       1255 \\       224     \end{array} $	10	58	5	43	7	51	
<b> </b> Schri	Schriften XCIX. — Straßentransportgew.							ı	29 29	)

Nr. bes Tages.	Wie oft waren die einzelnen Touren zurüdzulegen?	Der Dienft bauerte		Gefamt= bienftzeit einfchl. Bor= bereitungs= und Ub= fertigungs= bienft.		Zwtschen= pause		Rachtpaufe weniger als 8 Stunden		* Be= merkungen.
i		von	bis	St.	Min.	€t.	Min.	St.	Min.	
17	1mal Tour 2 1 ,, ,, 2	10 <sup>15</sup>	1151 319	10	16	1 1	52 26			
18	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	$\frac{445}{538}$ $\frac{102}{102}$	$11\frac{49}{714}$ $550$	11	50	5 2	98 36	5	49	
19	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	8 <u>26</u> <b>6</b> 50 <b>5</b> 08	$\frac{152}{126}$ $838$	10	06	3	42	4	58	
20	3 " " 1	<b>6</b> 38	214	10	06	3	42			
21	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	556 633 550	8 <u>26</u> 1015 1 <u>40</u>	11	32	7	35	5	52	
22	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	732 $1135$ $426$	850 247 1210	12	14	$\begin{array}{c c} 2 \\ 1 \end{array}$	45 39	5	40	
23	3 " " 1	$\frac{550}{619}$	126 943	11		4	54	ľ	10	
24	3 " " 1	602	138	11	32	3	12			
25	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	450 5 <u>36</u> 1214	846 712 502	11	44	$\frac{5}{2}$	02 36			
26	$\left[ egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	7 <u>38</u> 959 1255	12 <u>58</u> 1135 331	11	18	$\begin{array}{c c} 1 \\ 2 \end{array}$	20 22			
27	$\begin{bmatrix} 3 & " & " & 1 \\ 2 & " & " & 2 \\ 3 & " & 1 \end{bmatrix}$	543 655 1214	12 <u>49</u> 1031 826	11	48	1	43	6	06	
28	$\begin{bmatrix} 3 & " & " & 1 \\ 3 & " & " & 1 \\ 2 & " & " & 2 \end{bmatrix}$	5 <u>04</u> 231	1238	10	46	1	51			
29	1 " " 3 2 " " 1	606 126	543 732 6 <u>14</u>	11	40	$\frac{5}{2}$	54 36	:		
30	$egin{bmatrix} 2\ '' & '' & 1 \ 2\ '' & '' & 2 \ 3\ '' & '' & 1 \end{bmatrix}$	$   \begin{array}{r}     850 \\     1151 \\     438   \end{array} $	$ \begin{array}{r} 216 \\ 303 \\ 1222 \end{array} $	10	56	1	35	5	32	
31	$egin{bmatrix} 2 & " & " & 3 \ 1 & " & 1 \ 1 & " & 1 \end{bmatrix}$	$\frac{554}{1138}$ $\frac{214}{1138}$	$8\overline{48} \\ 202$	10	32	2	50 12			
32	1 " " 1 Reservedienst 2mal Tour 3	9 <u>38</u> 4 <u>30</u> 600	$\begin{array}{c c}  & 438 \\  & 12\underline{28} \\  & 6\underline{00} \\  & 844 \end{array}$	10	44	5	06	4	02	
33	$\begin{bmatrix} 3 & & & 2 \\ 1 & & & 2 \\ 2 & & & 2 \end{bmatrix}$	150 7 <u>37</u> 911	6 <u>38</u> 9 <u>59</u>			<u> </u>	59			
33 34	3 " " 1	6 <u>14</u> 1031	1221 204	11 10	04	5	53			
	$\begin{bmatrix} 2 & & & & 2 \\ 3 & & & & 1 \\ 3 & & & & 1 \end{bmatrix}$	$ \begin{array}{c c}  & 1031 \\  & 226 \\  & 528 \end{array} $	143 938	l	24	_	43	7	50	
35	12 2	303	102 619	10	50	2	01			
36	2 " " 2 3 " " 1	$\frac{531}{12^{26}}$	9 <u>27</u> 7 <u>38</u>	11	08	2	59			

Dien st verteil ung splan jür Motorwagen sührer auf dem Bahnhof "Kreuzbergstraße" der Großen Berliner Straßenbahn an 70 aufeinandersolgenden Tagen.

_										
Nr. bes Tages.	Ankunft auf dem Depot.	g Borbereitungs= bienst.	Fahrzeit von bis	3wifgen= paufe.	Fahrzeit von bis	g Abfertigungs=	Gefantz Befantz bienstzeit.	-	weniger als 8 Stunden	Bemerkungen.
	<u> </u>	Win.		St. Win	1	Pin.	St. Min	1.   Et	min.	
1 2 3 4 4 5 6 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 3 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 4 35 6 37 38	$\begin{array}{ c c c c c }\hline & 500 & 0 & 0 \\ \hline & 501 & 0 & 0 \\ \hline & 501 & 0 & 0 \\ \hline & 501 & 0 & 0 \\ \hline & 501 & 0 & 0 \\ \hline & 1142 & 0 & 0 \\ \hline & 1208 & 20 & 0 \\ \hline & 1200 & 0 & 0 \\ \hline$	25 25 25 — 25 25 25 — 25 25 25 — — — — —	$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	St.   Min	$\begin{array}{c} 113 & 441 \\ 1230 & 442 \\ 833 & 1206 \\ 500 & 125 \\ 417 & 1252 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 1236 & 448 \\ 442 & 103 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 838 & 1247 \\ 146 & 530 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 121 & 449 \\ 512 & 143 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 114 & 933 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 710 & 915 \\ 922 & 110 \\ 625 & 119 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 858 & 119 \\ 400 & 1244 \\ 835 & 1255 \\ 120 & 452 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 215 & 430 \\ 703 & 930 \\ 744 & 140 \\ 640 & 1233 \\ \end{array}$ $\begin{array}{c} 500 & 800 \\ 127 & 500 \\ 1250 & 512 \\ 840 & 1222 \\ 536 & 925 \\ 1240 & 500 \\ \end{array}$		©t.   With	5 7 4	43	{ Refervedienst } von 500—8 <u>00</u>
39 40 41 42 43	$ \begin{array}{c} 6\overline{46} \\ 327 \\ 130 \\ 1200 \\ 310 \end{array} $	25 — — — —	$\begin{array}{cccc} 711 & 146 \\ 327 & 105 \\ 130 & 530 \\ 1200 & 546 \\ 310 & 12\underline{41} \end{array}$	7   42 1   10 2   04	$\begin{array}{ccc} 9\underline{28} & 1\underline{30} \\ 6\underline{40} & 1\underline{10} \\ 7\underline{50} & 1\underline{250} \end{array}$	5 5 5 5 5	11   07 9   43 10   35 10   51 9   36	5	52	

29\*

Nr. des Lages.	Ankunft auf dem Depot.	B Borbereitungs=	Fahrzeit von bis		paufe.	Fahrzeit von bis	Mbfertigungs= i blenft.	_	Diensthett.		8 Stunden	Bemerkungen.
	000	۵۲	100	_	40	¥00 000	<del>                                     </del>			<del>-</del>		<u> </u>
44	638	25	703— 138	3	42	520- 909	5	10	54			
45	5 <u>33</u>	25	$5\underline{58}$ — $1249$	_	46	135— 513 (1210—204		10	54	l		
46	622	25	647 - 1028	1	42	340 - 722	_	9	02	l		
47	548	25	613-1230	4	10	440 _ 903	_	11	05	ĺ		
48	5 <u>46</u>	25	611328	1	10	420 000	i	1 9	42	l		
49	$\overline{616}$	$\overline{25}$	641-1216	4	34	450— 915	l —	1ŏ	$\tilde{25}$	1		
50	630	25	655— 145	3	10	455— 8 <u>33</u>	l —	10	53			
51	620	25	645 845	8	35	$520$ — $1\overline{50}$	5	11	-			
52	315		$3^{15}$ — $12\underline{50}$			_	5	9	40			
53	112	25	137 - 754	1	11	9 <u>05</u> — 1 <u>00</u>	5	10	42	ł		
54	320		320 - 1257				5	9	42	1		
55	940	25	1005— 316	-	29	345 728	_	9	19	i		
56 57	540	$\begin{array}{c} 25 \\ 25 \end{array}$	605—1257 559—1218	_	46 47	143— 521 105— 524	_	10	55			
	5 <u>34</u>		259-1519	_		105— 524 (430— 625		11	03	1		
58	5 <u>50</u>	25	615 105	3	25	$\begin{cases} 450 - 650 \\ 650 - 841 \end{cases}$		11	01	l		
59	<b>6</b> 30	25	655— 130	7	50	920— 120	5	11	05			
60	1240		1240417	_	28	445—1155	$\check{5}$	10	52			ļ
61	1255	_	1255— 249	1	36	425 — 1 <u>10</u>	5	10	44			
62	150	_	$150 - 12\underline{20}$			_	5	10	35	6	11	
63	<b>6</b> 36	25	701— 112	5	18	630 - 1045	5	10	56	6	50	
64	5 <u>40</u>	25	605— 322	۰			l	9	42			
65	605	25	630— 121	3	49	$5^{10}$ — $8^{49}$		10	55	l		
66	$\frac{1150}{1225}$		1150 - 1015	1	58	415 100	5	10	30		ĺ	
67 68	$\frac{12^{25}}{218}$	-	1225— 217 218— 838	l '	37	415— 1 <u>00</u> 915— 135	5 5	10	42 45			]
69	1230		1230 — 409		31	440—1150	5	10	54	6	29	İ
70	624	25	649— 100	3	$\frac{31}{25}$	425— 843	۱_	10	54	ľ	40	
••	"	-	" 1"	ľ		l 0 <u></u>		١٠٠	0.1		1	}
	l	i	i	1			i	ı	l	l	1	1

soll der Dienst besonders lange gewesen sein. Im vorstehenden geben wir die uns von Angestellten übergebenen Dienstpläne des Bahnhofs "Rixdors" und "Kreuzbergstraße" wieder.

Auf dem Kiydorfer Depot betrug also das Minimum 10 Std. 6 Min., das Maximum 12 Std. 34 Min. und der Durchschnitt 10 Std. 56 Min.; auf dem Depot "Kreuzbergstraße" das Minimum 9 Std. 2 Min., das Maximum 11 Std. 24 Min. und der Durchschnitt 10 Std. 19 Min. Um einsachsten gewinnt man einen Überblick über die Arbeitszeit dadurch, daß man die Anzahl der zu leistenden Touren seststellt. Hierüber giebt die nachsolgende Tabelle einige Auskunst.

Die längste Dienstzeit finden wir auf denjenigen Bahnhöfen, bei benen das Fahrpersonal an demselben Tage die Linien wechselt, wie dies aus

über die von den Motorwagenführern auf den verschiedenen Strecken zuruckzulegenden Doppeltouren.

i o ii o	otenpt. St. Win.	01011111111111111111111111111111111111
Wieviel Ooppel= touren find 3u leiften?		10 x - 2 x -
3 e i t Gefamt: Wieviel danberen Doppel: e einer touren anderen Doppeltour. find Gnde. 311 leisten?	Min.	4011188844 9801 98 98 48 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8 8
Wartezeit auf dem en anderen de. Ende.	Min.	010 100 100 100 100 100 100 100 100 100
W ar auf	Min.	იი <b>უი ნ4 აი</b> ნ4ით4თით
Für die doppette de doppette	Min.	88888   0 2249288 88888   0 2449288
Fa h für einfache Tour.	Min.	44440 84 8888888 <b>484842</b>
Strede		Areuzberg — Brunnenftraße (Ede Demininetitraße). Areuzberg—Gefundbrunnen. Nardbeineteplaß—Gefundbrunnen. Bergmannstraße—Behrenstraße. Alingdah, sowohl innerer wie äußerer Hing. Aleganderplaß—Bahnhoß Gerestr. Aleganderplaß—Bahnhoß Gerestr. Aleganderplaß—Panhöß Gerestr. Adeliche Prüde—Behrenstraße. Dönhösfisplaß—Echleisige Brüde. Echlessige Aber—Echöneberg. Dönhösfisplaß—Expon—Echöneberg. Expton—Behrenstraße. Echlessige Abor—Echöneberg. Dönhösfishaß—Brüde. Echlessige Abor—Echöneberg. Onityplaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde. Bondighaß—Brüde.

1 Es wird entweder der äußere oder der innere Ring gefahren; nach Zurücklegen des Ringes 16 Min. Pause.

obigem Plane des Rixdorfer Depots zu ersehen ift. Unter solchem Wechseln haben die Angestellten gerade in den letten Jahren viel zu leiden gehabt; wir haben indessen bereits erwähnt, daß die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn diesem Übelstande jett Abhilse geschaffen hat.

Der Dienst der Kutscher und Schaffner, gleichviel ob letztere im elektrischen oder im Pserdebetrieb thätig sind, dauert noch länger als derjenige der Führer. Im elektrischen Betriebe z. B. sährt der Schaffner gewöhnlich 1 Tour, d. h. rund  $1^{1/2}$  Stunde länger als der Führer. Bei der Charslottenburger Gesellschaft kamen im letzten Winter einmal 16 Std. 50 Min. nach dem Dienstwerteilungsplane vor. Bei der Großen Berliner Straßenbahn schwankt der Dienst im allgemeinen zwischen 11 und 14 Stunden. Der allgemeine Durchschnitt dürste ungesähr  $12^{1/2}$  Stunde betragen. Bei Siemens und Halske kommen im Durchschnitt nur 11, bei der Gesellschaft sür Untergrundbahnen sogar nur 10 Stunden heraus.

Bu bem durch die Dienstverteilungspläne sestgesetzen regelmäßigen Dienst von etwa  $10^{1/2}$  Stunden bei den Führern und  $12^{1/2}$  Stunden bei Kutschern und Schaffnern treten die erwähnten Überstunden, welche namentlich durch die Inbetriebsetzung von Einsatwagen an Sonnabenden und Sonntagen nötig werden, hinzu. Durch sie wird die Jahl der Tage mit einem die durchschnittliche Arbeitszeit übersteigenden Dienste vermehrt. Man kann im allgemeinen in der Woche 4 Überstunden annehmen, sodaß sich die durchschnittliche Arbeitszeit bei den Führern auf rund 11, bei den Schaffnern auf rund 13 Stunden erhöht.

Auf denjenigen Depots, bei denen die Leute ohne ihr Berschulden ge= zwungen find, einen weiten Weg von ihrer Behaufung bis zum Bahnhof jurudjulegen, muß man billigerweise verhaltnismäßig mehr rechnen. Dies ift 3. B. der Kall auf verschiedenen in den Vororten liegenden Depots der Großen Berliner Straßenbahn, auf dem Bahnhof "Treptow" von Siemens und Halske, namentlich auch bei der Kontinentalen Gesellschaft. In Soben-Schönhausen find die Wohnungen so knapp, daß die Hälfte des Fahrpersonals in Berlin wohnen muß. Früh= und Nachtwagen werden für die Leute nicht eingestellt; infolgedeffen muffen fie häufig ben 3/4 Stunden langen Weg morgens ober nachts zu Ruß zurücklegen, wenn fie es nicht vorziehen, gleich auf dem Depot in Soben = Schonhaufen zu übernachten. Mittags haben fie zwar Fahrgelegenheit, jedoch bleibt immer ein Zeitverluft. Beffer mare es in diefem Falle, wenn Ginrichtungen getroffen murben, daß das Personal sich gleich in Berlin ablösen kann. Auf dem Bahnhof "Elsenstraße" ber Großen Berliner Stragenbahn ging im letten Winter zwar morgens ein Frühwagen, nachts aber nicht; alle die später als 12 Uhr

nachts auf dem Depot fertig waren, mußten nach Berlin laufen, was bei nasser Witterung oder strenger Kälte keine Annehmlichkeit war. Sehr übel daran sollen die zum Depot "Al. Franksurterstraße" gehörigen Angestellten während des Umbaues im Jahre 1898 gewesen sein. Sie wohnten alle in der Nähe des Depots. Während des Umbaues wurde der Betrieb nach dem Depot "Lichtenberg" verlegt. In der ganzen Zeit hatten die Leute  $1^{1/2}$  Stunden länger Dienst. Denn sie mußten zunächst morgens zu Fußden einstündigen Weg nach Lichtenberg zurücklegen und dann den Wagen wieder nach der Al. Franksurterstraße, wo der sahrplanmäßige Betrieb begann, zurücksichen; denselben Zeitverlust hatten sie event. nachts, von den Mittagspausen garnicht zu reden. Irgend welche Anrechnung sür das Zurücklegen so weiter Wege auf die Dienstzeit sinden wir aber nirgends. Sine umsangreichere Einstellung von Mannschaftswagen seitens der Vorortsbepots morgens und in der Nacht wäre ebenfalls zu wünsichen.

Infolge des Strikes sind nun bei der Großen Berliner Straßenbahn ganz bedeutende Herabsetzungen der Arbeitszeiten erfolgt, die auch zweisellos auf die anderen Unternehmungen günftige Wirkungen ausüben werden. Die Direktion hat die tägliche Dienstzeit der Führer und Kutscher auf durchschnittlich 9, diejenige der Schaffner auf durchschnittlich 11 Stunden herabgesetzt.

Nach den auf allen Depots jest neu eingeführten Plänen schwankt der Dienst daher ungefähr zwischen 8 und 10 Stunden bei den Führern und Kutschern, sowie zwischen 10 und 12 Stunden bei den Schaffnern. Überschreitungen dieser Grenzen sind bis jest — abgesehen von einzelnen Überstunden, die aber auch jest mit 50 Pf. anstatt der früheren 25 Pf. bezahlt werden — nicht vorgekommen. Wir sind der Überzeugung, daß das Fahrspersonal mit diesem Dienste vollauf zufrieden sein kann.

Außerdem sind infolge des Strikes zwei für die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn sehr lästige Einrichtungen verbessert resp. beseitigt worden. Es ist nämlich erstens von der Direktion versprochen worden, daß das Verschicken der Beamten nach anderen Depots an den Sonntagen so viel als möglich vermieden und in unvermeidlichen Fällen der Weg als überstunde bezahlt werden soll. Früher mußten nämlich viele Angestellten an verkehrsreichen Sonntagen auf den Linien eines anderen Depots sahren, weil dort mehr Personal gebraucht wurde als auf demsienigen Bahnhose, dem es ständig zuerteilt war. Wenn die Angestellten auch sreie Fahrt auf der Straßenbahn hatten oder bei größerer Anzahl event. in der Nacht durch einen besonderen Mannschaftswagen nach Hause gebracht wurden, so verlängerte sich doch ihr ohnehin schon langer Dienst insolge

bes Weges häufig um mehr als 1 Stunde, ohne daß dafur eine Bezahlung erfolgte. Zweitens aber — und dies ift wohl das Wefentlichste — ift zu hoffen, daß injolge des Beriprechens der Direktion das für die Angestellten fehr läftige Institut ber "Springer" aufhören wird. Bu letteren gehörten zunächst alle diejenigen Führer, Rutscher und Schaffner, welche sich noch in der fechsmonatlichen Probezeit oder fogar erft in einer Stellung als Erfatführer reip. Schaffner befanden. Endlich wurden auch ältere Angestellte auf ungefähr 4 Wochen lang als "Springer" beschäftigt. Diese hatten nun die Aufgabe, den auf den verschiedenen Bahnhöfen infolge von Rrantheiten, Beurlaubungen u. f. w. regelmäßig fust an jedem Tage entstehenden Bedarf an Bersonal zu beden. Sie blieben baber nicht auf einem bestimmten Bahnhofe, fondern wurden heute nach diefem, morgen nach jenem Depot je nach Bedarf verschickt. Waren fie dann nachts um 12 ober 1 Uhr auf dem fremden Bahnhofe mit dem Dienst fertig, so mußten fie häufig den weiten Weg nach Saufe fogar ju Buß zurüdlegen, um dann event. am nächsten Morgen denselben Weg noch einmal zu machen. Auf diese Beise war der Dienst ber Springer oft zwei Stunden langer als derjenige ber anderen Bediensteten. Das Mittaabrot mukten sie natürlich gewöhnlich im Wirtshaus einnehmen, da sie in der kurzen Baufe nicht erst nach Saufe Ihre Nachtrube beschränkte sich auf wenige Stunden. jahren konnten. Der Dienst der Springer wurde daher von allen davon Betroffenen als eine schwere Bedrückung empfunden. Da die Direktion jest versprochen hat, Berschickungen nach anderen Depots nach Möglichkeit zu vermeiden, so hoffen wir, daß nunmehr auch das Inftitut der Springer aufhören wird. Es wird fich dies leicht dadurch erreichen laffen, daß auf jedem Depot die erforderliche Anzahl von Reservemannschaften gehalten wird.

Die Mittagspaufen lassen ebenso wie die Nachtpausen z. 3t. noch manches zu wünschen übrig.

Als Mittagspause sordern die Düsseldorser Grundsäte nur eine halbe Stunde. Dies ist aber viel zu wenig. Die Große Berliner Straßenbahn gewährt durchgehend eine eigentliche Mittagspause von mindestens einer Stunde. Bei der Charlottenburger Straßenbahn dagegen kamen im letzen Winter für die Führer verschiedentlich nur Pausen von 15—20 Minuten bei 10—11 stündigem Dienst vor. Ebenso war der Dienst eines Kutschers, welcher von 640 vorm. bis 1208 abends reichte, nur durch eine Mittagspause von 38 Minuten unterbrochen. Ersolgt eine mehrmalige Ablösung, wie bei der Charlottenburger und der Großen Berliner Straßenbahn, so giebt es zwei Zwischenpausen am Tage. Hiervon ist dann aber die eine

Berhältniffe ber Bediensteten u. Arbeiter im Stragenverkehrsgewerbe Berling. 457

gewöhnlich nur von ganz kurzer Dauer. 3.~B. wurde der  $12^{1/4}$  stündige Dienst eines Kutschers unterbrochen durch solgende Pausen:

 $12^{24}$  bis  $12^{40}$  und  $5^{04}$  bis  $5^{20}$ .

Ebenso hatte ein Führer von  $7^{05}$  vorm. bis  $1^{07}$  nachts Dienst; da= zwischen lagen Bausen von

 $1^{37}$  bis  $6^{07}$  und pon  $8^{59}$  bis  $9^{45}$ .

Die oben abgedruckten Dienstwerteilungspläne geben sowohl über die Mittags- als auch über die Nachtpausen einigen Ausschluß. Über die letzteren wird noch mehr geklagt als über die ersteren. Die Düsseldorser Grundsätze enthalten über die Nachtruhe gar keine Bestimmungen. Allzu ost beträgt die Nachtruhe nur 6—7 Stunden. An Sonnabenden und Sonntagen sollen häusig nicht mehr als 4 Stunden zum Schlasen übrig geblieben sein.

Unferes Grachtens muß sowohl bei der Mittags= als auch bei den Nachtpaufen ebenfalls der Weg in Betracht gezogen werden, den der Ungestellte zwischen feiner Wohnung und dem Depot zurücklegen muß. Nehmen wir an, daß berselbe durchschnittlich 1/4 Stunde beträgt, so ist für hin- und Rückweg auf den Mittag ober Abend schon 1/2 Stunde Um diese Zeit wird also die Ruhe gekurzt. Folglich sind erforderlich. Paufen von 15-30 Minuten überhaupt nicht als folche zu betrachten. Selbst bei der Mittagspaufe von 1 Stunde verbleibt für das Einnehmen des Mittagbrotes nur 1/2 Stunde, bei einer Nachtpause von 8 Stunden find höchstens 7 Stunden für den Schlaf übrig; diefe find aber durchaus nötig. Wenn überhaupt eine Pauje gewährt werden foll — mag fie nun auf den Mittag oder auf den Abend jallen — so scheint uns eine solche von einer Stunde bas geringste Maß zu fein. Wo aber ber Weg noch länger dauert als eine Biertelftunde, wie 3. B. bei ber Rontinentalen Ge= fellschaft, wurde auch eine Stunde Paufe zu wenig fein. Die Wünsche der Ungestellten bezüglich der Rubepausen würden fich etwa in folgende Sabe zusammenfassen Lassen :

- 1. Die Arbeit darf nicht allzu lange Zeit ohne Unterbrechung sein. Ein ununterbrochener Dienst von 8—9 Stunden ist z. B. für Führer in Berlin zu viel. Das Höchste ungefähr sind 5—6 Stunden.
- 2. Der Dienst soll nicht in 3, sondern nur in 2 Teile zerlegt werden.
- 3. Die Mittagspaufe foll zwischen 1 und 3 Stunden schwanken.

4. Jeder Angestellte muß in der Lage sein, mindestens 7 Stunden lang in der Nacht zu schlasen, was einer Nachtpause von ungefähr 8 Stunden entspricht.

Über die Mittags- und Nachtruhe haben übrigens die Strikebewegungen keine neuen Bestimmungen gezeitigt.

3. Das Stallpersonal. Die Stalleute haben die mit der Reinigung des Stalles, der Pflege und Fütterung der Pferde zusammenhängenden Arbeiten zu verrichten. Eine Hauptfunktion ist das Zureiten der Pferde vom Depot nach den Umlegestellen auf der Strecke. Ihr Dienst dauert von 5 Uhr morgens dis 7 Uhr abends, wovon eine Stunde für das Mittagsbrot und je eine halbe Stunde für Frühstück und Besper abgeht, so daß ein reiner Dienst von 12 Stunden verbleibt. Der von 7 dis 11 Uhr abends im Betriebe vorhandene Bedarf an Stalleuten wird durch Überstunden gedeckt. In der Regel wird ein Stallmann in der Woche einmal, außerdem aber an jedem Sonntage zu Überstunden herangezogen. An solchen Tagen hat er dann 15—16 Stunden Dienst.

Bei der Charlottenburger Straßenbahn ist der Dienst der Stallleute, ähnlich wie der des Fahrpersonals, in 3 verschiedene Klassen von je 12 Stunden eingeteilt; besondere Pausen werden dabei aber nicht gewährt.

Unter Berückstigung der Überstunden kann man die Arbeitszeit der Stalleute auf 13 Stunden annehmen. Daß ihr Los kein beneidenswertes ist, kann schon aus dem fortwährendem Wechsel unter denselben geschlossen werden. Da die Diensthausen nur ganz geringe sind, so sind sie eigentlich von \$^{1}/25\$ Uhr morgens bis \$^{1}/2\$ Uhr, an Tagen mit Überstunden sogar bis \$^{1}/212\$ Uhr abends, also \$15-19\$ Stunden auf den Beinen. Der Dienst der Fouragekutscher, Bodenarbeiter, Pserdekrankenwärter ist nach ähnlichen Grundsähen wie derzenige der Stalleute geregelt. Auch die "Aushalter", welche die Pserde im Stalle zum Beschlagen aussuchen und die Füße derselben während des Beschlagens halten, haben ungesähr dieselbe Arsbeitszeit.

4. Das übrige Straßenbahnpersonal. Weichensteller, Bahnreiniger (auch Streckenwärter genannt), Weichenreiniger und Vorleger haben
meist einen dreiteiligen Dienst; außerhalb des regelrechten Dienstplanes
werden auch sie noch zu Überstunden herangezogen.

Bei den Borlegejungen der Neuen Berliner Pferdeeisenbahngesellschaft war der Dienst bis zum Schlusse des Jahres 1899 folgendermaßen eingeteilt:

Berhältniffe der Bedienfteten u. Arbeiter im Stragenverfehrsgewerbe Berling. 459

Erster Tag: Von  $6^{00}$  Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags und von  $6^{00}$  Uhr abends bis 1 Uhr nachts (Sonntags bis  $^{1}/_{2}2$ ), also 14 Stunden.

Zweiter Tag: Von  $1^{00}$  Uhr mittags bis  $1^{00}$  Uhr nachts, also 12 Stunden.

Dritter Tag: Bon  $6^{00}$  Uhr vorm. bis  $6^{\underline{00}}$  Uhr abends, also 12 Stunden.

Der Durchschnitt beträgt rund 13 Stunden, einschließlich der Überstunden. Die Borleger der Großen Berliner Straßenbahn haben etwas weniger Dienst, aber auch weniger Lohn.

Die Stredenwärter arbeiten nach folgendem Plane:

Erste Woche: Von 500 vorm. bis 100 Uhr mittags und von 700 bis 1200 Uhr abends, also 13 Stunden.

Zweite Woche: Von  $12^{00}$  Uhr mittags bis  $12^{00}$  Uhr nachts, also 12 Stunden.

Dritte Woche: Von 500 vorm. bis 700 Uhr abends, also 14 Stunden.

Dieser Dienst wird zwar außerdem durch Frühstückse, Mittagse und Besperpausen von einer halben bis zu einer Stunde unterbrochen; jedoch sollten diese Pausen als dienst freie Zeit nicht angesehen werden. Denn diese Zeit genügt kaum, daß die Leute von dem entsernten Teile der Strecke nach ihrer Wohnung gelangen können. Jedenfalls beträgt die tägeliche Durchschnittsarbeitszeit mit Einschluß der Überstunden und bei Berechnung von 4 freien Tagen im Monat mindestens 13 Stunden.

Am schlechtesten von allen Straßenbahnbediensteten sind eutschieden die Wagenwäscher gestellt. Ihre Thätigkeit geht zum größten Teil in der Nacht vor sich, da die Wagen am Tage unterwegs sind. Die erste Reinigung ersolgt in der Hauptsache durch Übergießen der Wagen von außen mit kaltem Wasser, das dann wieder abgetrocknet wird. Dabei läßt sich natürlich nicht vermeiden, daß die Leute selbst naß und schmutzig werden. Namentlich im Winter ist diese Arbeit eine recht unangenehme. Es sindet daher auch ein schneller Wechsel unter den Wagenwäschern statt.

Bei der Großen Berliner Straßenbahn arbeiten sie von 10 Uhr abends bis  $^{1}/_{2}10$  Uhr morgens, bei Siemens und Halske von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Aleine Paufen liegen zwar dazwischen, jedoch können diezelben als besondere Erholung nicht angesehen werden.

### Die handwerker.

Es handelt sich hier um das gesamte Werkstättenpersonal und um biejenigen Handwerker, welche zur Erhaltung und Erzeugung ber Betriebs-

frast notwendig sind. In allen Straßenbahnbetrieben herrscht ein Gesamtbienst von 12 Stunden, der von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends dauert; nur bei der Charlottenburger Straßenbahn wird im Winter von 6 bis 6 gearbeitet. Dazwischen liegen 2 Stunden Pause, nämlich 1 Stunde sür Mittagbrot und je 1/2 Stunde sür Frühstück und Besper. Rachtarbeit sindet nur sür einige Schlosser auf den Depots wegen der notwendigsten Reparaturen an den Wagen sowie sür das Maschinenpersonal statt. Diesselbe dauert gewöhnlich von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, bei der Charlottenburger Straßenbahn von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Der Dienst der Heizer und Maschinisten ist durch keine besondere Pause unterbrochen.

#### Sonntagsruhe.

Werfen wir nunmehr einen Blid auf die Sonntagsruhe im Stragenbahnwesen. Mit derjelben ift es, soweit bas Stragenbahnpersonal in Frage kommt, sehr schlecht bestellt. Da der Verkehr an den Sonntagnachmittagen regelmäßig ein fehr ftarker ift, fo wird nicht nur bas gange ständige Stragenbahnpersonal zum Dienst herangezogen, sondern es werden auch Sandwerker und fremde Arbeiter zur Aushilfe genommen. Bei ber Großen Berliner Stragenbahn muß z. B. ein Teil der Stallleute als Rutscher, Führer ober Schaffner eintreten, mahrend für das Bureiten ber Pferde fremde Kräfte engagiert werden. Bei anderen Unternehmern helfen Handwerker, Nachtwächter, Wagenwäscher u. f. w. an Sonntagen - natur= lich gegen besondere Bezahlung aus. Daß Wagenwäscher, welche boch außerdem in den Nächten ihre schwere Arbeit haben, zum Fahrdienst herangezogen werden, giebt zu Bedenken befonders Anlak. Für diefen Aushilfedienft werden gewöhnlich 2,50 Mt. gezahlt; nur bei Siemens und halske giebt es mehr als den gewöhnlichen Tagelohn, nämlich 4 Mt. Die Arbeits= leistung der Handwerker an den Sonntagen ist eine freiwillige; sonst haben diefelben mit geringen Ausnahmen an jedem Sonntage frei; nur einige Buffcmiede, Schloffer und Maschinisten müffen Dienst thun.

Das eigentliche, ständige Straßenbahnpersonal dagegen hatte bisher sast niemals einen ganz sreien Sonntag, im allgemeinen höchstens einmal im Vierteljahr. Nur zu ganz besonders wichtigen Gelegenheiten, wie zu Tausen oder Hochzeiten, wurde auf besonderes Ansuchen ein Sonntag frei gezgeben. Das Fahrpersonal hatte zwar öfter einmal Sonntags vormittags frei, da der Verkehr gewöhnlich erst auf dem Mittag anschwoll. Indessen wurde dann dieser Vormittag auch nicht zum Vesuche des Hauptgottesdienstes verwendet, weil die Leute der Ruhe bedursten. Denn am Sonnsabend vorher dauerte der Dienst meist die späte Nacht hinein. Durch

ben Strike sind die Verhältnisse insosern gebessert worden, als sortan jeder Angestellte wenigstens alle 7 Wochen einen sreien Sonntag haben soll. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß daß Fahrpersonal an den nicht sreien Sonntagen sogar noch 1 bis 2 Stunden länger arbeiten muß als an den Wochentagen; es muß nämlich sast allgemein eine Doppeltour mehr gessahren werden als an Wochentagen, was nach obiger Tabelle (S. 453) 1-2 Stunden ausmacht.

Als Ersat für die Sonntage werden freie Wochentage gewährt, indessen auch nicht in dem Maße, wie es billig erscheint. Man sollte doch erwarten, daß mindestens in jeder Woche ein freier Tag gegeben wird, wie ihn jeder Fabrikarbeiter erhält. Bei Siemens und Halske und bei der Kontinentalen Gesellschaft werden immer nur 3, bei der Großen Berliner Straßenbahn sür Stallleute auch nur 3, sür das Streckenpersonal nur 2 freie Wochentage im Monat gewährt. Die noch in der Probezeit befindlichen, noch gegen Tagelohn beschäftigten Angestellten letztgenannter Gesellschaft, also saft die meisten Stallleute, Wagenwäscher und Bahnreiniger haben überhaupt keinen Anspruch auf freie Tage.

Das Fahrpersonal der Großen Berliner Straßenbahn soll zwar 4 freie Tage im Monat haben. Indessen wurden es in letzter Zeit nur 2—3. Allerdings wurde ein solcher Dienst an eigentlich freien Tagen mit 3 Mf. vergütet, also im Grunde genommen doppelt bezahlt. Außerdem wurde darüber geklagt, daß die Leute nie vorher wüßten, an welchem Tage sie frei hätten. Während nämlich bei den übrigen Gesellschaften bestimmungsgemäß jeder achte resp. jeder neunte oder zehnte Tag frei bleibt oder besonders vergütet wird, hieß es hier nur, daß vier freie Tage gewährt werden können. Die Hosperwalter konnten also die freien Tage, je nachdem ein Bedarf an Personal vorhanden war, über den Monat nach Belieben verteilen. Bald lagen dieselben am Ansang, bald am Ende des Monats, bald waren sie gleichmäßig über den ganzen Monat verteilt.

Auch hierin ist nun durch den Strike eine wichtige Neuerung eingetreten. Jedem Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn soll jett in jeder Woche ein freier Tag gewährt werden. Innerhalb sieben Wochen muß, wie bereits erwähnt, ein solcher freier Tag auf einen Sonntag sallen.

Wir sind der Überzeugung, daß ein freier Tag in jeder Woche dem vorhandenen Erholungsbedürsnis entspricht, und hoffen, daß die Leute densselben auf die Dauer auch wirklich erhalten. Ein Zwang, an freien Tagen zu arbeiten, hat auch bisher nicht bestanden. Trozdem aber konnten sich die Leute als Untergebene nicht gut weigern, den Dienst zu leisten. Es spielt auch ein moralischer Druck eine gewisse Kolle. Wir wissen genau,

daß viele Straßenbahner gern auf die besondere Bergütung von 3 Mt. verzichtet hätten, wenn fie ihre 4 freien Tage im Monat gehabt hätten.

Daß nur jeder siebente freie Tag ein Sonntag sein soll, halten wir für etwas dürstig. Wenn wir auch zugeben, daß der bedeutende Sonntagsverkehr eine umsangreiche Beurlaubung von Leuten an Sonntagen nicht zuläßt, so glauben wir bestimmt, daß es die Finanzen der Unternehmer wohl ermöglichen würden, wenigstens jeden vierten Sonntag frei zu geben.

Von den Angestellten wurde bisher darüber geklagt, daß sie an den Abenden vor den freien Tagen zu lange beschäftigt würden. In der That kamen sie häufig erst in später Nacht nach Hause; natürlich verschliesen sie dann beinahe die Hälfte ihres freien Tages. Ferner war es vielsach Sitte, die Angestellten an den freien Tagen auf das Direktionsbureau kommen zu lassen, um sie hier über irgend welche Vorkommnisse zu vernehmen. Auch polizeiliche und gerichtliche Termine mußten die Angestellten an freien Tagen vornehmen. Wir halten es sür unbedingt ersorderlich, daß auch solche kleinen, im dienstlichen Interesse geschehenen Verrichtungen als Dienst angerechnet werden. Ein vollkommener Ruhetag dürste nur dann anzunehmen sein, wenn eine ununterbrochene Ruhezeit von 30 Stunden vorhanden ist. Wir möchten hier an den Antrag Auer erinnern, welcher schon im Jahre 1891 bei den Verhandlungen über die Sonntagsruhe im Reichstage eingebracht wurde<sup>1</sup>. Derselbe sorderte:

- 1. In jeder Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden.
- 2. In jeder vierten Woche muß diese Ruhezeit auf einen Sonntag ober allgemeinen Festtag fallen.

Der denselben Gegenstand betreffende Antrag Gutsleisch bezweckte, daß die Berkehrsarbeiter an jedem dritten Sonntage volle 36 Stunden dienstsrei bleiben sollten. Beide Anträge sind in der Sitzung vom 19. Februar 1891 abgelehnt worden.

Einen besonderen Erholungsurlaub erhielten die Straßenbahner bisher nur in seltenen Fällen. Gewöhnlich wurde ein solcher nur älteren Angestellten gewährt. Häufig wurden auch die 3 oder 4 sreien Tage eines Monats hinter einander gelegt, um den Leuten die Möglichkeit zu verschaffen, eine kleine Reise zu unternehmen. Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn haben angeblich durch den Strike die Errungenschaft gemacht, daß jedem von ihnen nunmehr nach dreisähriger Thätigkeit auf besonderen Antrag unter Fortzahlung des Gehalts Urlaub gewährt werden soll. Ebenso soll

¹ Antrag Auer: Drucksachen Kr. 216, Antrag Gutsleisch: Drucksachen Kr. 255, VIII. Legisl.-Periode, I. Session 1890/91; die Verhandlungen hierüber Bd. III, S. 1607—1627.

Berhältniffe ber Bediensteten u. Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berling. 463

auch bei Einziehung zu militärischen Übungen das Gehalt weiter gezahlt werden.

## Weld= und Naturalbezüge aller Art, Schadenserjagpflicht, Strafen. Das Strafenbahnpersonal.

Die Lehrlinge für den Fahr= und Schaffnerdienst erhalten mährend der Lehrzeit überhaupt keine Bergütung. Sonst beziehen die Angestellten gewöhnlich in den ersten 5—6 Wochen nach der Annahme oder nach beendeter Lehrzeit Tagelohn; sreie Tage werden dann nicht mitvergütet, oder, was dasselbe ist, sreie Tage werden von den Leuten lieber nicht verslangt, da sie mit dem geringen Tagelohn in der Woche nicht auskommen. In der Probezeit wird der Lohn wöchentlich ausgezahlt. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat insolge des Strikes in Aussicht genommen, alle Neueingestellten nach sechsmonatlicher Probezeit sest anzustellen. Bon der definitiven Anstellung an wird das Gehalt überall monatlich ausgezahlt; Es werden also dann auch die sreien Tage mitvergütet.

Der Tagelohn beträgt gewöhnlich 2,50 Mt. für jeden Arbeitstag im Rahmen des gewöhnlichen Dienstplanes. Gehalt sowohl wie Tagelohn sallen sort beim Ausbleiben vom Dienste an Tagen, welche nicht nach dem allgemeinen Dienstplane sowieso frei wären. Muß also jemand, der schon die übliche Anzahl von sreien Tagen gehabt hat, wegen plöglicher Familiensereignisse den Dienst versäumen, so wird ihm dieser Tag vom Lohn abgeszogen. Bei tadelloser Führung kann das Gehalt im Lause der Jahre erhöht werden.

Bei den Kontrolleuren der Großen Berliner Straßenbahn steigt das Gehalt in 20 Jahren von 105 auf 150 Mt. monatlich. Im allgemeinen beträgt das durchschnittliche Monatsgehalt eines Kontrolleurs 130 Mt.

Das Monatsgehalt der Schaffner steigt bei der Charlottenburger Straßenbahn in 8 Jahren von 80 auf 90 Mt., dasjenige der Führer in 10 Jahren von 90 auf 105 Mt. Bei Siemens und Halste haben sie alle gleich mit 90 Mt. angesangen. Bei der Kontinentalen Gesellschaft ist jetzt das Anfangsgehalt für Führer und Schaffner nach der Probezeit auf 81 Mt. sestgesetzt worden. Bei der Großen Berliner Straßenbahn haben die Gehälter der Führer und Schaffner infolge des Strikes eine wesentliche Ausbesserzung ersahren. Bisher galt sür beide Kategorien solgende Lohnstala:

Ansangsgehalt: 78 Mt., nach 2 Jahren: 81 Mt.,

dann stieg es von Jahr ju Jahr um 3 Mt. bis 90 Mt. nach 5 Jahren.

Von da ab gab es alle 2 Jahre 3 Mt. mehr, bis 100 Mt. nach ca. 12 Jahren. Jest ist folgende Stala sestgefest worden:

Im	erfter	ı Halbjal	jr 85	Mŧ.
nach	$^{f 1}/{f 2}$	Jahr	90	,,
"	<b>2</b>	Jahren	95	,,
,,	5	"	100	"
,,	8	"	105	"
"	10	"	110	"
"	12	"	112	"
,,	15	,,	115	"
,,	17	"	118	"
"	20	"	120	"

Die Schaffner haben außer dem Grundgehalt noch ihre Trinkgelber. Dieselben sind auf den Vorortlinien besser als im inneren Stadtverkehr. Die Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn haben durchschnittlich mindestens 30 Mt., diejenigen der anderen Unternehmer mindestens 45 Mt. im Monat an Trinkgeldern. Hierbei ist aber schon berücksichtigt, daß diesselben gewöhnlich ihren Wagenführern einige Glaß Vier spendieren. Das Gesamteinkommen eines Schaffners beträgt durchschnittlich 125 Mt. im Monat.

An Stelle der Trinkgelbereinnahme der Schaffner haben die Führer andere Bezüge.

Die Kutscher und Führer der Großen Berliner Straßenbahn erhalten nach wie vor pro Tag 50 Pf. "Kilometergelder". Das macht im Monat, wenn sie keinen freien Tag gehabt haben, 15 Mk., sonst — bei 4 sreien Tagen nur 13 Mk. Die Kontinentale Gesellschaft giebt pro Tag 60 Pf. Kilometergelder. Bei Siemens und Halske erhalten die Führer, wenn sie keine Zusammenstöße gehabt haben, 5 Mk. im Monat Extravergütung. Bei guter, tadelloser Führung kann ihnen außerdem eine Wohlberhaltungsprämie von 5 Mk. monatlich bewilligt werden. Auf nennenswerte Trinkgelder dürsen die Führer heute nicht mehr rechnen, da größere Pakete nicht mehr besördert werden dürsen. Der durchschnittliche Monatsverdienst eines Führers stellt sich auf etwa 105 Mk.

Stallleute, Bahnreiniger, Weichensteller und Weichen reiniger stehen sast alle im Tagelohn von 2,50—2,70 Mt. Er ist jest bei der Großen Berliner Straßenbahn insolge des Strikes auf 3 Mt. sest gesetzt worden und soll in bestimmten Zeiträumen um 25 Pf. bis zum Höchstebetrage von 4 Mt. steigen. Zum Streckenpersonal gehören vielsach ehemalige, jest kranke Kutscher, die ihr srüheres Gehalt unter Abzug der

Kilometergelder weiter beziehen. Bei der Charlottenburger Straßenbahn erhält dasselbe bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 10 Stunden für die Stunde 35—50 Pf., einige Weichen= und Bahnreiniger stehen sich das bei auf 120—130 Mt. im Monat. Siemens und Halste zahlt ihnen 90 Mt. im Monat, die Kontinentale Gesellschaft 30 Pf. pro Stunde bei etwa zehn= stündiger Beschäftigung.

Vorleger bekommen 1,50—2 Mt. pro Tag. Ihr durchschnittlicher Berdienst beläuft sich im Monat auf 50 Mk.

Der Tagelohn der Wagen wäscher beträgt bei der Großen Berliner Straßenbahn 2,50 Mk.; bei der Charlottenburger Gesellschaft haben sie 81-84, bei Siemens und Halske 90 Mk. im Monat.

Der Verdienst der Straßenbahner durch Ableisten von Überstunden erreicht eine nennenswerte Höhe nicht, da im allgemeinen nur 25 Ps. für die Überstunde gezahlt werden. Insolge des Strikes soll dieselbe bei der Großen Berliner Straßenbahn sortan mit 50 Ps. vergütet werden. 25 Ps. halten wir bei der ohnehin schon großen Anstrengung des Personals sür zu wenig.

Die Strafenbahner erhalten außer dem Gehalt — allerdings nur bei auter Kührung — Weihnachtsgratifikationen oder Dienstprämien. Die Große Berliner Strafenbahn verteilte zu Weihnachten 1899 als Gratifikationen an Kontrolleure 100, Schaffner 70, Fahrer 65, Ruticher 40, festangestellte Bahnwärter und Stallleute 15 Mk.; alle gegen Tagelohn Beschäftigten erhielten nichts. Die Charlottenburger Strafenbahn verteilt die Gratifi= kationen erst im Frühjahr nach der Genehmigung durch die Generalver= fammlung. Bier erhalten Kontrolleure 100, Schaffner und Führer etwa 50, Rutscher etwa 40 Mt.; die übrigen Angestellten bekommen je nach dem Dienstgrade etwas weniger. Im übrigen steigert sich hier die Bobe der Gratifikation bei jeder Kategorie mit fortschreitendem Dienstalter. dem verteilt die Charlottenburger Stragenbahn noch Dienstaltersprämien, die ziemlich umfangreicher Natur find, da fie viel altere Leute hat. werden gezahlt nach zehnjähriger Dienstzeit 50 Mt., nach 20, 25 und 30 Jahren jedesmal die Suinme von 100 Mt. So wurden im Jahre 1899 3 Prämien für 30 jährige, 3 für 25 jährige, 4 für 20 jährige und 7 für 10 jahrige Dienstzeit verteilt. Es ist dies ein Mittel, die Angestellten recht lange im Dienste zu behalten.

Dienstunisorm erhält abgesehen von den Hosverwaltern, Fouragemeistern u. s. w. nur das Fahr- und Streckenpersonal, also Kontrolleure, Schaffner, Führer, Kutscher, Borleger, Bahn- und Weichenreiniger, Weichensteller.

Schriften XCIX. — Straßentransportgew.

Diefe bekommen in jedem Jahre einen Tuchangug, bestehend aus Mute, Rock. Weste und Sofe. Rach 2 jährigem Gebrauch werden die Anzuge zu= rückgeliefert. Diese alten abgetragenen Sachen erhalten bann die Vorleger, Während also das Kahrpersonal stets Bahnreiniger und Weichensteller. einen auten Sonntagsanzug in den handen hat, muß fich das Streckenpersonal mit den alten Sachen begnügen. Neben der Dienstunisorm muffen fich übrigens alle Leute noch Civilkleidung halten, weil erftere nur bei dienstlichen Berrichtungen getragen werden darf. Außer obigen Sachen giebt es noch alle 2 Jahre eine Drillichhofe und einen Mantel. Rutscher und Führer erhalten zwar neben den Mänteln noch Belze: jedoch dürfen fie diefelben nur mahrend der Fahrt benuten. Bei der Ablöfung wird der Belg, gleichviel ob er vom Regen durchnäßt ist oder nicht, dem Nachfolger übergeben. Überhaupt gehört kein Teil der Dienstunisorm dem Angestellten selbst, sondern es wird alles nur leihweise überlaffen. Abzüge vom Gehalt werden für die Bekleidung niemals gemacht. muß jeder felbst vornehmen. Schuhzeug wird nirgends geliefert. Bei ber Groken Berliner Strakenbahn erhält das Kahrpersonal nach 5 jähriger Befchäftigung eine Ehrenuhr im Werte von etwa 40 Mt. als Geschent.

Im ganzen ist die Dienstunisorm jür das Fahrpersonal nur als eine Ersparnis von etwa 40 Mt., sür das Streckenpersonal als eine solche von 25 Mt. in Anrechnung zu bringen. Man dars nämlich bei dieser Bewertung nicht vergessen, daß die Leute ihre eigenen Anzüge bei einer anderen Beschäftigung viel länger tragen würden. Eine Pslicht zur Anschaffung von Betriebsmaterial haben die Straßenbahner nicht. Das Fahrpersonal muß allerdings eine richtig gehende Uhr haben; die Kutscher haben sich, wie in allen Fuhrbetrieben, ihre Peitschen selbst zu kaufen.

Die Vergünstigung, daß die Angestellten vom und zum Dienst freie Fahrt auf der Straßenbahn haben, kann als Einnahme nicht angesehen werden; sie müssen stets auf dem Decksitz oder auf dem Vorderperron Platz nehmen. Nur in ganz seltenen Fällen erhalten auch die in den Vororten wohnenden Familienangehörigen Freisahrtscheine.

Nach den Dienstverträgen können die Angestellten sur "Bergehen gegen die Dienstordnung, sur Nichtersullung ihrer Dienstobliegenheiten sowie sur sonstige Unregelmäßigkeiten" in Strafe genommen werden, die bei den einzelnen Unternehmungen zwischen 2 und 5 Mk. schwankt. Die Strasen sließen gewöhnlich in die Unterstützungskasse. Die Kontinentale Gesellschaft hat die Einrichtung getroffen, daß ein von den Angestellten gewähltes Komitee Borschläge für die Unterstützung Hisbedürstiger macht. Im allgemeinen haben die Unternehmer von dem Rechte, Strasen zu verhängen, keinen allzu

großen, namentlich keinen unbilligen Gebrauch gemacht. Bei der Großen Berliner Straßenbahn sind der Unterstützungskasse im Jahre 1898 nur 100 Mt. an Strasen zugestossen. Die Führer werden ziemlich oft polizeilich oder richterlich zu Geldstrasen verurteilt, wenn sie nicht sogar Gesängnis erhalten.

Abzüge vom Gehalt werden für Beschädigungen des Betriebsmaterials infolge groben Versehens gemacht, salls nicht der Schuldige sogar entlassen und seine Kaution in Anspruch genommen wird.

Ausgaben für persönliche Bedürfnisse, wie z. B. für Essen und Trinken, erwachsen den Angestellten nicht in dem Maße, wie den Droschkenkutschern, da sie erstens eine Mittagspause haben, und weil ihnen zweitens von ihren Angehörigen an den Endpunkten jederzeit die nötige Verpstegung zugetragen werden kann. Immerhin haben sie bei ihrem anstrengenden Dienste öster als Arbeiter anderer Gewerbe das Bedürsnis, sich durch ein Glas Bier oder andere Stärkungsmittel zu ersrischen. Die Höhe dieser Ausgaben richtet sich gewöhnlich nach den erzielten Trinkgeldern.

Bei den meisten verheirateten Angestellten verdienen die Frauen noch etwas nebenbei durch Waschen, Plätten, Nähen, Schneidern und dergl. Berschiedene haben auch eine Pjörtner- oder Hausreinigerstelle übernommen. Tüchtige Schaffner wiederum, welche viel Trinkgelder erhalten, lassen ihre Frauen nicht nebenbei arbeiten. Vielsach sind die Frauen auch dazu wegen einer allzu großen Kinderzahl nicht im stande. Manche Schaffner machen sogar Ersparnisse und lassen ihre Kinder eine bessere Schulbildung genießen.

Das perfönliche Einkommen der nachbenannten Kategorien von Angestellten stellt sich unter Berücksichtigung aller erwähnten Einnahmen und Ausgaben auf solgende Beträge:

	Jahres≠ einkommen	pro Arbeitstag	bei Arbeitstagen
Kontrolleure	1700 Mt.	5, <b>31</b> Mf.	320
Schaffner	1600 "	4,90 "	326
Führer und Kutscher	<b>135</b> 0 "	4,14 "	326
Streckenpersonal	<b>110</b> 0 "	3 <b>,2</b> 3 "	340
Stallleute	1000 "	2,94 "	340
Wagenwäscher	960 "	2,80 "	340
Vorleger	620 "	1,80 "	340

Die schon früher erwähnten Ermittelungen des ftatistischen Amtes der

Stadt Berlin über die Lohnverhältnisse der Straßenbahnberussgenossenschaft im Jahre 1895 hatten solgendes Ergebnis:

```
Kontrolleure 60\% zwischen 5 und 6 Mt. Tagelohn. Schaffner 79\%0 mehr als 3 , Kutscher 84,2\%0 , , 3 , Stalleute 65,4\%0 , , , 2,50 ,
```

#### Das handwerkerperfonal.

Die Handwerker erhalten ihren Lohn monatlich; ben neu eingetretenen werden Vorschüffe gegeben. Der Lohnbetrag wird aber nach der wirklichen Anzahl von Arbeitsstunden berechnet. Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden, einschließlich 2 Stunden Pause; es werden also 10 Stunden bezahlt.

Nur die eigentlich zum Straßenbahnpersonal gehörigen Beschlagschmiede und Schirrmeister erhalten ein sestes, monatliches Gehalt von 130—135 MK.; das meiste verdienen die Schmiede der Charlottenburger Straßenbahn, nämlich 123—156 Mf.

Bei den übrigen Handwerkern erhöht sich, wenigstens in den älteren Betrieben, der Stundenlohn zugleich mit dem Dienstalter. Im allgemeinen schwankt derselbe bei den gelernten Handwerkern zwischen  $32^{1/2}$  und 45~PJ. Siemens und Halske zahlt solgende Löhne: Tischler, Maler, Stellmacher 30-38~PJ. Heizer und Maschinisten 40-50~PJ., gewöhnliche Schlosser 40-50~PJ., Revisionsschlosser 40-50~PJ. Die Schlosser erhalten nach den Schmieden überall den besten Lohn.

Gewöhnliche Tagearbeiter ebenso wie Arbeiter in Baukolonnen werden mit 25 Pf., in Charlottenburg mit 30 Ps. pro Stunde bezahlt. Ohne Zweisel war es bisher ein arges Mißverhältnis, daß der gewöhnliche Tagarbeiter ebenso viel pro Stunde erhielt, wie ein Führer oder Kutscher sür eine Überstunde nach angestrengter Tagesarbeit, womöglich an Sonntagen. Die letzthin eingetretene Erhöhung des Lohnes sür Überstunden auf 50 Ps. ist daher durchaus zu billigen.

Stücklohn kommt in Straßenbahnbetrieben selten vor. Die Charlottenburger Gesellschaft hat die Ansertigung neuer Sandstreuer einigen eingearbeiteten Schlossern in Accord gegeben, welche dabei 130 Mk. im Monat verdienen. Die Große Berliner Straßenbahn vergiebt das Lackieren aanzer Wagen in Accord, ebenso auch das Beschreiben der Schilder, welches

¹ Siehe Dr. hirschberg, a. a. D. S. 237. Die Ermittelungen konnten natür= lich nur den reinen Lohn, dagegen nicht die Trinkgelber und sonstigen Bezüge wiedergeben. Die Löhne waren im Jahre 1895 noch bedeutend geringer.

nach Buchstaben bezahlt wird. Auch diese Lactierer haben hierbei 120—135 Mf. monatlich, während sie sonst 45 Pf. pro Stunde bekommen.

Die auf den in den Vororten belegenen Bahnhöfen thätigen Handwerker, z. B. diejenigen auf dem Bahnhof Treptow der Firma Siemens und Halske, werden durch Mannschaftswagen zur Arbeit geholt und umgekehrt abends nach Berlin gefahren. Auch giebt ihnen diese Firma ermäßigte Abonnements für 2 Mk. im Monat, die auf der ganzen Strecke benutzt werden können.

In den älteren Betrieben erhalten auch Handwerker Weihnachtsgratifikationen von 15 Mk., Arbeiter folche von 10 Mk.

In den Arbeitsbedingungen sind meist Ordnungsstrasen bis zu 1 Mt. für Zuspätkommen und andere Versehen vorgesehen, welche in die Unterstützungskasse sließen; jedoch ist hiervon nur in ganz vereinzelten Fällen Gebrauch gemacht worden.

Die Große Berliner Straßenbahn liefert den bei den Accumulatoren beschäftigten Arbeitern wegen der Gesahr einer Bleibergiftung 1 Liter Milch pro Tag.

# Bersicherung, Krantheiten, Unfälle, Ruhegehalt, Arbeitsnachweis, Organisation.

Die Große und die Neue Berliner sowie die Charlottenburger Straßenbahn haben sür ihre ständig beschäftigten Angestellten besondere Betriebsfrankenkassen errichtet, zu denen auch die Handwerker gehören. Die nur gegen Tagelohn beschäftigten Wagenwäscher, Bahnreiniger, Stalleute und alle diejenigen, welche sich noch in der Probezeit besinden, gehören anderen Kassen an (z. B. der Centralen Kranken- und Sterbekasse der Kutscher und verwandten Berussgenossen). Die Angestellten von Siemens und Halske sind alle der Neuen Maschinenbauerkrankenkasse angeschlossen, diejenigen der Kontinentalen Gesellschaft der Gemeindekrankenkasse zu Hohen-Schönhausen.

Der Betriebskrankenkasse ber Großen Berliner Straßenbahn gehörten am Ende des Jahres 1899 — 4632 Personen an. Krankenunterstützung wurde in 4272 Fällen bei 43 335 Krankentagen bewilligt. 2547 Krankentage entstelen davon auf Krankenhausverpstegung. Bei der Neuen Berliner Pserdebahngesellschaft wurden sogar den 589 Mitgliedern in 589 Fällen 5777 Krankentage gewährt.

Wie nachfolgende Tabelle zeigt, weisen die Stragenbahner unter allen

Berkehrsunternehmungen Berlins die größten Morbiditätsziffern auf 1. Underersfeits kann man aus der Zahl der auf eine Erkrankung entfallenden Krankheitstage schließen, daß die Krankheiten von geringerer Dauer waren als bei den übrigen Fuhrwerken.

Name der Kaffe.	Bon 100	Krankh	eitstage
	Mitgliedern	auf	auf
	find erkrankt	1 Mitglied	1 Erfranfung
Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbass.  Betriebskrankenkasse der Neuen Berliner Pferdebahn.  Betriebskrankenkasse der Augemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft.  Betriebskrankenkasse der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft.  Betriebskrankenkasse der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft.  Betriebskrankenkasse der Berliner Paketsfahrt-Aktiengesellschaft.  Junungskrankenkasse der Fuhrherren.  Durchschnitt aller Ortskrankenkassen.	• 76,8	8,40	10,95
	97,6	11,51	11,79
	26,7	5,26	19,75
	58,5	7,80	13,32
	37,2	4,04	10,88
	48,7	10,27	21,09
	38,8	9,15	23,57
	46,8	9,57	20,46

Die meisten Erkrankungen treffen das Fahrpersonal, und unter diesen stehen wieder die Führer elektrischer Wagen an der Spize. Bei der schnellen Fahrt sind die Atmungsorgane der Führer einem starken Luftdruck ausgessetzt, der namentlich im Winter von nachteiligem Einflusse seiden. Fast alle Führer, Kutscher und Schaffner klagen über rheumatische Leiden. Vor allen Dingen aber leiden die Augen unter der Zuglust. Es giebt nur wenige Führer, welche nicht schon entzündete Augen insolge der Zuglust gehabt hätten. Meist werden ihnen von den Kassenätzten blaue Brillen verschrieben. Bei der Großen Berliner Straßenbahn wurden im Jahre 1898 in 492, im Jahre 1899 in 858 Fällen Mitglieder an Augenerstrankungen kassenztlich behandelt. Nachsolgende Tabelle giebt eine Überssicht über das Austreten einiger Krankheiten unter den Verkehrsarbeitern.

Diefelbe giebt insofern zu Bedenken Anlaß, als es sich doch immer nur um eine beschränkte Bahl von Erkrankten handelt und die Ürzte der einzelnen Kassen bezüglich der Dauer der Krankheit und überhaupt bezüglich des Krankschreibens von Mitgliedern verschiedene Grundsäge besobachten. Der eine versährt etwas strenger, der andere etwas freigiebiger. Jedensals sehen wir auch hier, daß die Straßenbahnen mit 96% aller

<sup>1</sup> Die Tabelle ift an ber hand ber Beröffentlichungen bes statistischen Amtes ber Stadt Berlin "Über bie Arbeiterkrankenversicherung im Jahre 1898" aufgestellt.

Im Jahre 1893 entstelen von je 1000 Erkrankungen mit angegebener Krankheit auf die bezeichneten Krankheitsurfachen bei den einzelnen Rrankenkaffen:

(Die eingeklammerten Zahlen im Ropf der Tabelle bedeuten die absolute Zahl aller Erkrantungen.)

								100								
Kranfheiten. (Die eingetlammerten Zahlen	± Ωmmi β	etriebs ber : Ibus= 1 Affieng	Vetriebskrantentaffe ber Verliner nibus= und Paketfak Attiengefellihaft.	Vetriebstrantentaffe ber Perliner Omnibus- und Pafetlahrt- Attiengefellschaft.	ଛ ଛେ ି	etriebs ber Ul erliner Aftieng	Betriebstrantentaffe ber Allgemeinen Berliner Omntbus: Attiengefellschaft.	ntasse non tbus= haft.	B,	striebs ber ner Pf Eefe	Betriebskrankenkaffe ber Reuen cliner Pferbeeifenbaț GefeUfchaft.	Betrieb <b>štrantentaffe</b> ber Reuen Berliner Pferbeeifenbahn= Gefe∐fhaft.	Inungs= tranten=	In Durch= jchnitt non 16	и опиндании )(	_
bedeuten die Rummer der Arantheit in der Wirchowschen Romenklatur.)	79(5) (89)	rənfində (262)	igundredii (385)	In %000 Ser rund 774 Rere ficherten liber= haupt.	19diluR (40)	Acndutteure (85)	iqubdredii (259)	In %00 ber rund 700 Ber: ficherten über: haupt.	1961 (176)	anijində (171)	tqundrsdil (648)	In 0/0 ber rund 570 Ber= ficerten über= haupt.	Fuhr= herren.	anderen Berufs- kassen.		
Influenza, Grippe (8)	180	218	192	∞	47	52	*18	3	97	122	116‡	11	25	63	* Stallseute	87
Lungenschwindsucht (89).		4	ဢ	0,1	1	ı	1	I	1	1	ı		17	16	<u>.</u>	201
Rytup (transpetien (32—32), 96 c). Rheumatismus (58 b) Verfciedene Krantheiten der	26 103	48 84	36 59	67 89	63	69	85. 85.	<del>1</del> 89	45 153	111	58	6 14	81 142	$\begin{array}{c} 32 \\ 108 \end{array}$	* Stalleute 135	135
Knocken und Gelenke (59 a—g, auch Knochenbrüche, Verstauchungen) Wunden aller Art (31 p)	51	52 72	47	Ø1 333	125	%	4 216*	0,1	45	17	16 82†	61∞	35 300	25 137	* Stallfeute 3	356 903
Bon fämtl. Erkrankungen entfielen auf die oben be- zeichneten Kategorien von Angestellten	gen be- von 12º/o 75º/o	75%		430/0	25% 22%	0,028		37%	320/0 320/0	32%		0/096				3

Versicherten bezüglich der Jahl der Erkrankungen an der Spize stehen. Interessant ist die Zahl der Erkrankungen bei Insluenza und Grippe. Die übrigen Kassen werden hier bei weitem übertrossen. Andererseits sind die Erkrankungen sowohl an Insluenza als auch an Rheumatismus und Kehlkopsleiden bei den Schaffnern der beiden zuletzt ausgeführten Verskehrsgesellschaften häusiger als bei den Kutschern. Daß dies darauf zurückzuführen ist, daß die Schaffner im Winter keine Pelze erhalten, könnte man vermuten. An den Verwundungen haben wiederum die Kutscher den Löwenanteil.

Die Betriebskrankenkassen gewähren 2/8 des wirklich verdienten Tage= lohnes als Krankengeld. Die Große Berliner Strafenbahn giebt jedoch allen Angestellten, welche bereits 3 Jahre hindurch in ihrem Dienste gewefen find, einen Buichuß jum Rrankengelbe in Sohe bes letten Dritteils des Tagelohnes. Infolgedeffen haben diefe Leute mahrend der erften 13 Wochen ihrer Erkrankung das volle Gehalt. Die Firma Siemens und Halste zahlt zu dem Krankengelde fo viel zu, daß dasselbe die Bohe von 2/8 des Tagelohnes erreicht. Auch bei Erkrankung von Angehörigen zahlen die Kassen nach den Bestimmungen der Statuten Krankengelder, falls für dieselben besondere Beiträge entrichtet worden find (bei der Großen Berliner Straßenbahn pro Kopf und Monat 15 Bi). An Sterbegeld zahlt die Betriebstrankentaffe ber Großen Berliner Stragenbahn im Bochftfalle bas 35 fache des durchschnittlichen Tagelohnes. Seit dem Strike follen angeblich auf jedem Depot mindeftens zwei Urzte angestellt werden, mahrend die Ginführung der freien Arztwahl der Generalversammlung der Raffe über= laffen bleiben foll.

Gegen Unfälle ift das Straßenbahn- und Handwerkerpersonal bei der Straßenbahnberußgenossenschaft versichert, welcher alle Betriebe in Berlin und in den Bororten angehören. Im Jahre 1896 waren bei derselben 8 Betriebe mit 12860 Personen versichert. Zur Anzeige waren 571 Unfälle gelangt. Bei der Großen Berliner Straßenbahn allein sind im Jahre 1899 an Körperverlezungen aus Betriebsunsällen 440 Mitglieder in 6460 Krank-heitstagen, bei der Neueu Berliner Pserdebahngesellschaft 24 Mitglieder in 540 Krankheitstagen krankenkassenstlich behandelt worden. Die Größe der Unsallsgesahr kann auch daraus beurteilt werden, daß in einem einzigen Jahre (1898) in Berlin allein 4409 Zusammenstöße anderer Fuhrwerke mit Straßenbahnwagen stattgesunden haben. Stehen doch auch in der Unsallstatistik des Deutschen Reiches die Berußgenossenssensen der Berekensgewerbe an der Spize aller anderen Berußgenossensssenssensen. Die meisten Unsälle sollen die Wagensührer zu erleiden haben.

In einer fehr üblen Lage befanden fich bisher diejenigen Angestellten. welche länger als 13 Wochen frankt waren ober gar bauernd arbeitsunfähig wurden. Seitens ihres Dienftherrn wurden fie in den meiften Fällen ohne weiteres entlaffen; allenfalls gab man ihnen eine kleine Abfindungsfumme. Im übrigen waren fie auf die unzulänglichen Bezüge aus der Unfall= refp. ber Alters= und Invaliditätsversicherung angewiesen. Bei ber Groken Berliner Strafenbahn lieferte die Krankenunterstützungskaffe, in welche auch Die Strafgelder floffen, die Mittel, um einigen zur Entlaffung Rommenden einmalige Unterstützungen von 400-500 Mt. zu teil werden zu laffen. Berschiedentlich wurden auch die zur Bekleidung ihres Postens nicht mehr Tauglichen in eine niedrigere Stellung mit weniger Behalt verfett. und fo oft erfolgte indeffen auch einfache Entlaffung. Die Angestellten, welche vielsach schon länger als 10 Jahre hindurch bei einem Unternehmer thatig gewesen waren, wurden dadurch in eine recht elende Lage gebracht, da es für sie natürlich äußerst schwierig war, eine andere Beschäftigung ähnlicher Art zu finden. Der "Courier" berichtet über jolgende Fälle:

- 1. Der Kontrolleur Sch., welcher schon 18 Jahre hindurch bei der Gesellschaft thätig gewesen war, erhielt seine Kündigung während seiner Krankheit im Kaiserin Augusta-Hospital. Nach seiner Genesung bekam er eine Stellung als Bureauschaffner, mit geringerem Gehalte; als er auch diesen Posten nicht mehr versehen konnte, entließ man ihn.
- 2. Ein Schaffner Sch. wurde lungenkrank und erhielt seine Ründigung an das Sterbebett gesandt.
- 3. Kutscher Sch., als pflichttreuer Beamter 15 Jahre hindurch im Dienste der Gesellschaft, siel insolge eines Ohnmachtanfalles vom Wagen und wurde einige Wochen frank. Nachdem er gesund geworden war, mußte er sich vom Vertrauensarzt untersuchen lassen. Er erhielt darauf seine Kündigung und eine Absindung von 700 Mt.
- 4. Ein Fouragefutscher, der bereits 16 Jahre hindurch im Dienste der Gesellschaft stand, verunglückte bei der Arbeit; sein Lohn betrug bis dahin 3,50 Mt. pro Tag. Nach seiner Genesung erhielt er eine Stelle als Borreiter mit einem Gehalt von nur 60 Mk. monatlich, wovon ihm noch 5 Mk. Unfallrente abgezogen wurden.

Alle diese Umstände trugen dazu bei, daß bei den Angestellten der dringende Wunsch auf Errichtung einer Pensionskasse, welche jedem wegen Arbeitsunsähigkeit Entlassenen ein angemessenes Ruhegehalt gewährte, entstand.

Den Bestrebungen der städtischen Berkehrsdeputation zu Berlin ist es gelungen, die Erfüllung dieser Bünsche herbeizusühren. Alle Unternehmer haben sich in den neueren Straßenbahnzustimmungsverträgen verpslichten

muffen, "eine Benfionstaffe unter Zugrundelegung der in den Staats= und Reichsbetrieben geltenden Bestimmungen für ihre Angestellten (Rutscher, Schaffner, Kontrolleure, Streckenpersonal, Handwerker, Bureauangestellte) binnen 6 Monaten von der Bollziehung der Berträge ab nach Maggabe bes mit dem Magistrat zu vereinbarenden Statuts" einzurichten. Die Verhandlungen über die speciellen Beftimmungen diefes Statuts haben fich indeffen bis jum Juli 1900 hingezogen, tropbem der Bertrag mit der Großen Berliner Strafenbahn bereits im Jahre 1897/98 abgeschloffen mar. Die Bergogerung der Errichtung der Ruhegehaltstaffe ift ficherlich einer der Hauptbeweggründe für die immer mehr wachsende Unzufriedenheit unter dem Personal der Großen Berliner Straßenbahn gewesen. Es kam noch hinzu. daß nach Zeitungsnotizen unter dem Personal infolge der Entlassungen verschiedener, seit langen Jahren bei der Gesellschaft thätig gewesener Ungestellten der Glaube Berbreitung gefunden hatte, daß dieselben aus Sparfamteitsrücksichten wegen der ihnen event. zustehenden höheren Benfion bei Gelegenheit irgend eines Berfehens abgeschoben worden seien. allerdings auch verschiedene Källe bekannt geworden, in denen Beamte mit höheren Ginkommensbeträgen (2000-4000 Mf.), welche ichon über 25 Rahre im Strafenbahndienste gestanden hatten, mit einmaligen Entschädigungen von etwa 1000 Mt. entlaffen worden find, ohne daß Arbeitsunfähigkeit oder schwer wiegende disciplinarische Bergeben vorgelegen haben. Anderer= seits kann wohl hier Untüchtigkeit schwerlich der Grund der Entlassung ge= wefen fein, da die Betreffenden fich schon fo lange Zeit hindurch im Dienste bewährt hatten. Auch bei Kontrolleuren, Schaffnern und Rutschern sollen dergleichen Entlaffungen, manchmal auch nur Zurückversetzungen in niedrigere Gehaltsftufen, in den letten Jahren wiederholt vorgekommen fein.

Der Grund für die Berzögerung der Errichtung einer Penfionskasse lag zum Teil darin, daß die Gesellschaft zwei Forderungen der städtischen Berkehrsdeputation nicht in die Statuten ausnehmen wollte. Während nämlich die Gesellschaft Unsalversicherungsraten im vollen Umsange auf die Pension anrechnen wollte, erklärte sich die Verkehrsdeputation nur dazu bereit, den 600 Mk. übersteigenden Betrag der Unsalvente zur Anrechnung gelangen zu lassen. Bei dem zweiten Differenzpunkte handelt es sich darum, ob der Gesellschaft das Recht eingerämt werden sollte, ganz allein über die Vorausssehungen für die Versehung in den Ruhestand zu entscheiden. Die Vertehrsdeputation wollte mit vollem Rechte zum mindesten dem Kassendorftand, der zur Hälste aus Vertretern der Angestellten und der Unternehmerin bestehen sollte, die Entscheidung über die Versehung in den Ruhestand überlassen. Erst als die Forderungen der Verkehrsdeputation bei Gelegenheit des diesjährigen Strifes

durch diejenigen der Angestellten, welche noch weit über jene hinausgingen, eine lebhafte Unterstüßung gesunden hatten, wurde endlich der Abschluß der Berhandlungen über das Statut sowie die Errichtung der Ruhegehaltstaffe und zwar nunmehr zugleich für die Große Berliner Straßen=, die Südliche und Westliche Berliner Borortbahn herbeigeführt.

Bezüglich des ersten Bunktes wurde im Statut festgesetzt, daß "Fürforgeleistungen" der Straßenbahnberussgenossenschaft auf das Ruhegehalt zu verrechnen sind, wenn und soweit der Rentenbetrag von 415 Mt. über= schritten wird. Dagegen findet eine Anrechnung von Alters= und Invali= ditätsrenten nicht statt. Über die Voraussehungen für Gewährung des Ruhegehalts an ein Kaffenmitglied und über die Höhe des Ruhegehalts entscheidet der Kassenvorstand auf Antrag der Betriebsunternehmerin oder des betreffenden Kaffenmitgliedes. Gegen diese Entscheidung steht sowohl der Unternehmerin als auch den Angestellten das Recht der Berusung an ein Schiedsgericht zu, welches von Fall zu Fall in der Weise gebildet wird, daß beide Beteiligte dem Borftande je einen in Berlin oder deffen Vororten wohnhaften approbierten Argt als Schiedsrichter benennen. langen die Schiedsrichter zu gleichem Urteil, fo gilt dasjelbe als Schieds. Sind fie verschiedener Anficht, fo mablen dieselben einen weiteren Arzt als Obmann, beffen Entscheidung maggebend ift. Der Ausspruch bes Schiedsgerichts ist im Rechtswege nicht anfechtbar: ebenfo ift eine Rlage auf Berfetzung in den Rubeftand gegen die Dienftgeberin ausgeschloffen.

Im übrigen sind die Bestimmungen des Kassenstatuts bezüglich des Ansanges der Pensionsberechtigung, der Höhe der Pension u. s. w. den für Staats und Reichsbeamte geltenden Pensionsgesetzen nachgebildet (Bezginn der Pensionsberechtigung nach 10 jährigem Dienste, geringste Pension <sup>15</sup>/60 des Gehalts, Steigerung von Jahr zu Jahr um <sup>1</sup>/60, bedingungslose Pensionsberechtigung nach vollendetem 65. Lebensjahre u. s. w.). Von den übrigen Bestimmungen wollen wir die folgenden hervorheben:

- 1. Als Gehalt werden nur die von den Betriebsunternehmern als solches gewährten Barbeträge und der Wert einer etwaigen sreien Dienstewohnung, welcher indessen 15% der Barbeträge nicht übersteigen darf, berechnet. Ausgeschlossen sind dagegen die Vorteile, welche der Verabschiedete während seiner Dienstzeit durch Vorhaltung von Bekleidung, freiwillige Zahlungen als Gratisitationen oder Tantidme, Dienstverrichtungszulagen oder in anderweiter Form genossen haben wird, sowie alle Bezüge, welche 3000 Mk. Gesamteinkommen übersteigen.
  - 2. Gine Bersetzung in den Ruhestand ist ohne weiteres eingetreten,

wenn die zuständige Alters= und Invaliditätsversicherungsanftalt jemandem eine Invalidenrente zugebilligt hat.

- 3. Zum Erwerbe des Anspruchs auf die Kassenleistungen ist die Kassenmitgliedschaft ein unerläßliches Ersordernis. Diese wird u. a. erlangt und behauptet durch:
  - a) schriftliche Beitrittserklärung;
  - b) Leiftung der regelmäßigen Beiträge.

Die Beiträge betragen im Anfang bei einem Aufnahmealter von 20-22 Jahren und einem Gehalte von 1000 Mf. 54,40 Mf. jährlich; sie steigern sich mit den Zulagen; bei einem höheren Ausnahmealter ist auch der ursprüngliche Beitrag etwas höher; bei 38-40 Jahren beträgt er z. B. 78,40 Mf. Die Beträge werden von den monatlichen Lohnzahlungen gekürzt.

- 4. Die Unternehmerin hat einen Zuschuß zur Kasse im Betrage der vollen Höhe der gesamten Mitgliederbeitrage zu entrichten.
- 5. Beitrittsberechtigt und aufnahmefähig sind nur diejenigen Bediensteten, welche:
  - a) das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet, dagegen das 18. bereits überschritten haben,
  - b) ihre Probezeit beendet haben.
- 6. Für diejenigen Bediensteten, welche am 1. Juli 1900, dem Tage des Inkrafttretens der Kasse, länger als 5 Jahre bei der Großen Berliner Straßenbahn bezw. Westlichen Berliner Vorortbahn und deren Rechtsvorgängerin im Dienste gestanden haben, verkürzt sich die Wartezeit von 10 Jahren bei einer stattgehabten Beschäftigungsdauer von
  - a) 5- 7 Jahren um ein Jahr,
  - b) 7— 9 " " zwei Jahre,
  - c) 9—11 " " drei
  - d) 11—13 " " vier
  - e) länger als 13 Jahren um fünf Jahre.

Als Entgelt für den der Kaffe hierdurch erwachsenden Mehrauswand zahlt die Große Berliner Straßenbahn aus eigenen Mitteln einen Betrag bis insgesamt 800000 Mf. in die Kasse, während über das Entgelt der Weftlichen Vorortbahn eine Bereinbarung vorbehalten wird.

- 7. Bur Berwaltung der Kasse und zur Führung der Geschäfte sind unter Aussicht der Betriebsunternehmerin berusen:
  - a) die Mitgliederversammlung, welche aus Vertretern der Kaffen= mitglieder und der Unternehmerin besteht;

- b) ber Kaffenvorstand, welcher aus 8 Mitgliedern besteht, von benen 4 die Betriebsunternehmer ernennen, während die andern von den zu der Mitgliederversammlung gehörenden Vertretern der Kaffenmitglieder gewählt werden.
- 8. Wer durch Ausspruch der Betriebsunternehmerin aus einem anderweiten Grunde als wegen Krästeversall aus seiner Stellung entlassen wird (3. B. wegen Trunksucht, Pflichtverletzung und ähnlichem mehr), erwirbt teinen Anspruch auf Ruhegehalt, selbst wenn dieses Ereignis nach vollendetem 10. Dienstjahre eintritt. Gleiches gilt von denen, welche freiwillig aus ihrer Dienststellung ausscheiden, oder deren Ausscheiden die Bahnaussichtsbehörde sordert, oder welche durch Richterspruch gemäß St. G.B. § 319 zur Berwendung im Bahndienste unsähig erklärt werden. Ein so entlassens Kassenmitglied geht aller Ansprüche an das Kassenwerwögen verlustig, bis ans den Umstand, daß ausscheidenden Mitgliedern, die mindestens 6 Monate der Kasse angehört haben, drei Vierteile ihrer Beiträge zurückvergütet werden.

Ein Rückforderungsrecht der Beiträge beim Ableben eines Mitgliedes feitens der Erben ift also überhaubt ausgeschloffen.

Das Ruhegehalt eines am Anfang des 22. Lebensjahres zur festen Anstellung gelangten Führers oder Schaffners würde sich nach obigem folgendermaßen berechnen lassen:

Im Alter von 31 Jahren — dem Ansange der Pensionsberechtigung —  $^{15}/60$  von 1320 Mt. ( $12 \times 110$  Mt.) = 330 Mt. Im Alter von 41 Jahren  $^{25}/60$  von 1440 Mt. ( $12 \times 120$  Mt.) = 600 Mt. Im Alter von 65 Jahren  $^{44}/60$  von 1440 Mt. = 1056 Mt. Zu diesen Summen treten noch die Invalidenrenten resp. die 415 Mt. nicht übersteigenden Unsallrenten hinzu.

Die Angestellten können mit solchen Pensionsbeträgen vollauf zufrieden sein; sie sind in dieser Beziehung ebenso gestellt wie Staats= und Reichs= beamte. Rur bezüglich der zu 8 genannten Bestimmung der Statuten sind sie gegenüber den Beamten im wesentlichen Nachteile. Der Beamte kann nur im Disciplinarversahren gegen seinen Willen entlassen werden. Hier dagegen hat die Arbeitgeberin allein über die Entlassung zu besinden, ohne daß den Angestellten ein Beschwerde= oder Klagerecht vor einer besonderen Instanz zugebilligt ist; seiner Pensionsansprüche ist er dann aber verlustig egangen. Unter diesen Umständen scheint uns eine sichere Gewähr dasür, aß die Leute vor Beginn ihrer Pensionsansprüche seitens der Unternehmer bgeschoben werden, doch nicht gegeben zu seine.

Beinahe die Hälfte der Straßenbahner foll übrigens bisher die Abgabe

ber Beitrittserklärung zur Kasse verweigert haben. Der Borstand hat daher ein Rundschreiben an die Angestellten erlassen, worin er die von diesen beanstandeten Paragraphen der Sahungen verteidigt. Die Straßenbahner wollen hieraus eine Gegenerklärung abgeben, die auch dem Magistrat von Berlin eingereicht werden soll. Rachdem die Angestellten in dem diessjährigen Strike erst einmal ihre Krast erprobt und gesehen haben, daß ihnen ein vereintes Zusammengehen große Vorteile bringen kann, versuchen sie eben auch sernerhin, ihre Wünsche durch gemeinsame Vorstellungen darzulegen.

Bei den übrigen Straßenbahngesellschaften sind die Verhandlungen mit dem Magistrat über die Errichtung der Pensionskasse noch nicht zum Abschluß gelangt. Man begegnet hier insosern Schwierigkeiten, als die Errichtung einer solchen Kasse für kleinere Unternehmer kaum durchführbar erscheint.

Es ist bemerkenswert, daß bis zu dem Ausbruch des großen Strikes in diesem Jahre von einer umsassenden Organisation der Angestellten nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Eigentliche Strikebewegungen waren bis dahin noch nicht vorgekommen. Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen der Großen Berliner Straßenbahn hatten vor 9 oder 10 Jahren etwas 14 bis 20 Schaffner und Kutscher die Arbeit eingestellt, natürlich ohne besondere Ersolge zu erlangen. Umsangreicher war die Bewegung unter den Angestellten der Charlottenburger Straßenbahn im Frühjahr des Jahres 1899. Die außerordentlich lange Dienstzeit, die geringen Mittags= und Nachtpausen, sowie die ungenügenden Lohnverhältnisse begünstigten hier eine Agitation mehrerer entlassener Angestellten, welche das übrige Personal zu einer Niederlegung der Arbeit zu bewegen suchten. Insolge einer von über 150 Bediensteten unterschriebenen Petition sind jedoch die Wünsche derselben bestriedigt worden, ohne daß es zum Strike kam. Die Gesellschaft machte hauptsächlich solgende Zugeständnisse:

- 1. Verkurzung der Arbeitszeit für die Führer auf 10, für Kutscher und Schaffner auf 12 Stunden durchschnittlich; die Haltezeiten an den Endpunkten sollen als Dienst gerechnet werden.
- 2. Jeder achte Tag wird als Ruhetag freigegeben; die bisher üblich gewesene Verwendung der dienstifreien Schaffner zum Geldzählen kommt nicht mehr vor.
- 3. Es find folgende Gehaltssätze in Aussicht genommen:

Führer,

bisher: Anfangsgehalt 81 Mt., steigend nach 12 Jahren auf 96 Mt. jetzt " 90 " " 12 " " 105 "

#### Ruticher,

bisher:	Unfangsgehalt	79	IJŁŧ.	steigend	nach	11	Jahren	au	90	Met.
jeţt:	"	85	"	,,	,,	11	,,	,,	<b>10</b> 0	"
			Sch	iffner,						
bisher:	,,	78	,,	,,	,,	8	,,	,,	90	,,
iekt:		80				7			90	

Außerdem legten am 27. Februar d. J. die Stalleute und Borstegejungen auf verschiedenen Bahnhöfen der Großen Berliner Straßenbahn die Arbeit nieder. Die Stalleute verlangten 3 Mf. Lohn pro Tag, die Borlegejungen 60 statt 50 Mf. im Monat. Diese Lohnbewegung ist fruchtslos verlausen, da die Gesellschaft sich durch einen Austausch des Personals zwischen den verschiedenen Bahnhösen und Annahme neuer Kräste zu helsen wußte. Ein großer Teil der Strikenden kam dadurch zur Entlassung.

Von einer größeren Organisation war indessen bei den bisher erwähnten Lohnbewegungen keine Rede. Thatsächlich wurde aber bereits — etwa seit 2—3 Jahren — eine solche Organisation in aller Stille von der socialbemokratischen Gewerkschaft "Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands" betrieben. Wie in allen größeren Städten Deutschlands, entsaltete dieser Verband auch in Verlin unter den Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn eine lebhafte Agitation, deren Ersolge durch die damals hier sehr ungünstigen Arbeitsverhältnisse erhöht wurden. Abgesehen von der erwähnten Verzögerung der Einrichtung einer Ruhegehaltskasse waren es in der Hauptsache solgende Punkte, welche den Angestellten zur Unzusriedenheit Anlaß gaben und daher ihre Heranziehung zu einer Organisation erleichterten:

- 1. eine unzulängliche Befoldung;
- 2. eine zu lange Arbeitszeit;
- 3. eine zu geringe Anzahl von freien Tagen, bezw. Sonntagen.

Bereits im Jahre 1899 gehörte beinahe die Hälfte des gesamten Bahnpersonals der Großen Berliner Straßenbahn dem Verbande an. Wir wollen hierbei bemerken, daß sich die Handwerker überhaupt nicht an den Lohnbewegungen beteiligt haben. Die Mitgliedschaft der Straßenbahner beim Verbande war eine geheime, da die Betressenden sonst die Entlassung aus ihrem Dienste zu sürchten hatten; sie beschränkte sich im wesentlichen daraus, Beiträge zur Ansammlung einer Strikekasse zu entrichten. Auch unterrichteten sie den Vorstand des Verbandes über Mängel und Härten in ihrem Betriebe, die dann nicht selten in seinem Organ "Der Courier" einer öffentlichen Kritik unterzogen wurden und so wieder neue Mitglieder warben. Die Leiter der ganzen Organisation, speciell der Herausgeber des Courier,

Schumann, waren sich darüber klar, daß ein partieller Strike auf einzelnen Bahnhösen ohne Ersolg sein würde, daß aber andererseits ein Strike des gesamten Personals nirgends leichter als im elektrischen Straßenbahnbetriebe zum Siege führen würde, da die Unternehmer keine geeigneten Führer bekommen können. Zu einer Lohnbewegung ließen sie es daher erst kommen, als sie sast dass ganze Personal auf ihrer Seite hatten. So sollte denn erst im Frühjahr des Jahres 1900 ein Strike in Scene gesett werden.

Die auf den verschiedenen Depots stationierten Vertrauensmänner traten zu einer Sitzung zusammen, in der sie die Forderungen der Angestellten sormierten und die Einberusung einer allgemeinen Versammlung der Straßenbahner zum 15. Mai im Feenpalast beschlossen. In dieser zahlreich besuchten Versammlung, welche bereits kurz nach 12 Uhr nachts polizeilich abgesperrt werden mußte, wurde dann der Beschluß gesaßt, der Direktion der Gesellschaft die solgenden Forderungen mit dem Ersuchen zu unterbreiten, innerhalb dreier Tage hierzu eine Erklärung abzugeben:

#### 1. Gehälter:

Das Gehalt beträgt:

- a) für Führer, Schaffner und Kutscher, einschließlich des Reservepersonals, im Anfang 100 Mt., pro Monat. Dasselbe steigt von Jahr zu Jahr um 10 Mt. bis zum Höchstgehalt von 150 Mt., pro Monat.
- b) für Weichensteller, Streckenwärter, Wagenwäscher und Stallleute 3,50 Mt. pro Tag, steigend von Jahr zu Jahr nm 25 Pf. pro Tag, bis der Höchstlohn von 4,50 Mt. pro Tag erreicht ist.
- c) Die Kilometergelder bleiben wie bisher bestehen.
- d) Diefe Beftimmungen haben rudwirkende Rraft.

#### 2. Regelung des Dienftes.

- a) Die tägliche Dienstzeit beträgt 9 Stunden, einschließlich einer 1/4 stündigen und einer 1/2 stündigen Bause.
- b) Der neunstündige Dienst für Einsetwagen muß mindestens innerhalb 14 Stunden abgeleistet fein.
- c) Die Haltezeit an den Endstationen beträgt zwölf Minuten.
- d) Die Ableistung des täglichen Dienstes soll schichtweise erfolgen mit wöchentlichem Wechsel.
- e) Überstunden sollen im allgemeinen nicht geleistet werden. Sollten sich solche jedoch bei Betriebsstörungen u. s. w. unbedingt not= wendig machen, so müffen dieselben mit 60 Pf. pro Stunde be= 3ahlt werden.

- f) Inftruktionsstunden sind wie Überstunden zu bezahlen.
- g) Das Verschicken der Beamten nach anderen Bahnhöfen soll vermieden werden. In unvermeidlichen Fällen muß der Weg von wie nach dem Bahnhof wie Überstunden vergütet werden.

#### 3. Freie Tage.

Jedem Angestellten ift ein freier Tag in der Woche zu gewähren. Jeder vierte freie Tag muß auf einen Sonntag sallen.

Jedem Angestellten, der mindestens ein halb Jahr bei der Gessellschaft thätig ist, muß ein Erholungsurlaub von 10 Tagen pro Jahr gewährt werden.

Urlaub in besonderen Fällen (Krankheits=, Todesfällen u. f. w.) ift ebenfalls zu gewähren.

Das Gehalt ist sowohl für die freien Tage, wie auch für die Urlaubszeit weiter zu zahlen.

Angestellten, die zu militärischen Übungen eingezogen werden, ist das Gehalt weiter zu zahlen unter Abzug des Betrages, der den zu Übungen Eingezogenen vom Staate gezahlt wird.

- 4. Berfetzungen nach anderen Bahnhöfen müssen den verheirateten Angestellten mindestens 3 Monate, den unverheirateten mindestens 4 Wochen vorher bekannt gegeben werden.
- 5. Reuangestellte mussen nach dreimonatlicher Probezeit fest angestellt werden.
- 6. Befleidung.

Abzüge vom Gehalt für Bekleidung dürfen nicht gemacht werden. Für die Führer find wasserdichte Regenmäntel zu liefern.

#### 7. Strafen.

Gelbstrafen dürfen nicht verhängt werden.

Falsch durchlochte Fahrscheine muffen von den Kontrolleuren oder Hosverwaltern kassiert werden.

8. Für jeben Bahnhof ist von den Angestellten eine Kommission zu wählen.

Diese hat alle dienstlichen Streitigkeiten und Differenzen zwischen Angestellten und ihren Vorgesetzten zu prüsen. Desgleichen hat sie Beschwerden der Angestellten über dienstliche Verhältnisse entgegenzusnehmen. Falls diese berechtigt sind, hat sie bei der Direktion die Abshilse der Übelstände zu bewirken.

Auch sind dieser Kommission auf Berlangen die Gründe bei Ent= lassungen von Angestellten anzugeben.

Schriften XCIX. - Stragentransportgem.

9. Die Pensionskasse muß spätestens am 1. Juli 1900 in Kraft treten.

Die Entscheidung über die Penfionierung von Angestellten ift einer Kommission zu übertragen, welche zur Hälfte aus Bertretern der Angestellten und zur anderen Hälfte aus Bertretern der Direktion besteht. Als unparteiischer Borsigender soll der Borsigende des Berliner Gewerbegerichts, z. It. herr Assesso von Schulz, jungieren.

Die Vertreter der Angestellten sind mittelst geheimer Abstimmung von diesen selbst zu mahlen.

- 10. Bei der Krankenkaffe ift die freie Arztwahl einzuführen. Ferner ist das Krankengeld 26 Wochen lang zu gewähren.
- 11. Den Vorgesetzten soll zur Pflicht gemacht werden, sich im Berkehr mit den Angestellten eines anständigen Tones zu besleißigen.

Da die Herren Oberbetriebsinspektor Stavenow und Oberkontrolleur Krause sich in beschimpsender Form über die Angestellten geäußert haben, da außerdem die Behandlung der Angestellten seitens dieser Herren alles zu wünschen übrig läßt, wird verlangt, daß die beiden Herren in ein Ressort versetzt werden, in dem sie mit den Angestellten nicht in direkte Berührung kommen.

- 12. Allgemeines.
  - a) Bei Lohnzahlungen ist den Angestellten eine Lohnaufrechnung außzuhändigen.
  - b) Es sollen an sämtlichen Wagen pneumatische Bremsen und hell= ertonende Glocken angebracht werden.
  - c) An den Haltestellen sind Bedürfnisanstalten für die Angestellten zu errichten.
  - d) Reueinzustellende sind vom Arbeitsnachweis des Centralverbandes der Handels=, Transport= und Berkehrsarbeiter, Bischofftr. 13 I, zu entnehmen.
  - e) An besonders gesährlichen Kreuzungspunkten sind Signalwärter aufzustellen.
- f) An den Endstationen sind Leute zum Wagenschieben anzustellen. 13. Maßregelungen wegen dieser Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden. Roch unterm 11. Mai hatte die Direktion folgenden Erlaß an die Bediensteten gerichtet, um dieselben von einer sesten Organisation sernzu-

Bediensteten gerichtet, um dieselben von einer festen Organisation fernzuhalten:

"Dem Vernehmen nach find in letzter Zeit unter unserem Personal agitatorische Bestrebungen im Gange zur Erzielung günstigerer Gehalts= und Dienstwerhältnisse. Wir erwarten, daß die Angestellten ihre Wünsche durch gewählte Vertreter uns unterbreiten, worauf wir getreu unseren bissherigen Grundsähen in eine wohlwollende Prüsung der gemachten Vorschläge eintreten werden.

"Es bedarf wohl nur des hinweises, um unsere Angestellten von unüberlegten Schritten abzuhalten."

Dieser Erlaß war indessen vollkommen wirkungslos, da er zu spät kam. Allenjalls hätte sich die ganze Bewegung um diese Zeit noch dadurch aushalten lassen, daß die Direktion im letzen Augenblick aus sich selbst heraus eine wesenkliche Berbesserung der Arbeitsverhältnisse eintreten ließ. Dies geschah aber nicht, trothem sich auch die Bediensteten der südlichen und westlichen Borortbahn der Bewegung anschlossen.

Ru den oben aufgeführten Forderungen verhielt sich die Direktion bei den Berhandlungen mit der von den Angestellten eingesetzten Kommission in der Zeit vom 16. bis 18. Mai nicht gänzlich ablehnend. Aber gerade in den wichtigsten Bunkten — Berkurzung der Arbeitszeit und Ginführung der neuen Lohnstala — gab fie wegen der hohen auf etwa 3—4 Millionen Mark berechneten Mehrausgabe nur teilweise nach. Auch wollte sie nur mit ihrem Bersonal, dagegen nicht mit den in die Rommission gewählten, focialdemofratischen Betrauensmännern verhandeln. Infolgedeffen tam eine Ginigung nicht zu ftande. Die Gefellschaft appellierte an das Publikum durch eine Bekanntmachung in den Tageszeitungen, in welcher fie darzulegen fuchte, daß fie den Forderungen ihrer Bediensteten ein großes Entgegentommen gezeigt hatte. Nur die gegen die Erhaltung der notwendigen Disciplin und die Freiheit der Strafenbahnverwaltung in Bezug auf die Auswahl der neu einzustellenden Arbeitskräfte gerichteten agitatorischen Forderungen hatte fie nicht bewilligen konnen. Bon den Auffichtsbehörden murde das Berhalten der Direktion durchaus gebilligt. Es kam dies einerseits bei den Konferengen jum Ausdruck, an denen der Minifter des Innern, der Eisenbahnminister, Bertreter des Volizeiprafidiums sowie die Direktoren der Gesellichaft teilnahmen. Andererseits gaben die genannten Minister ihre Unficht anläglich einer Interpellation im Abgeordnetenhause zu erkennen. Sie hatten ichon im verkehrspolizeilichen Intereffe event, gegen eine bedingungelofe Bewilligung der Forderungen der Angestellten, soweit fie mit der Disciplin und Aufrechterhaltung der Ordnung nicht mehr vereinbar waren, einschreiten muffen. Die Lohnkommission der Angestellten wiederum erließ eine Rundgebung an die Berliner Bevolterung, in der fie ihren Standpunkt zu rechtfertigen fuchte. Die Direktion hatte in ihrer Erklarung nichts davon erwähnt, daß fie fich Magregelungen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung vorbehalten habe.

Inzwischen waren auch von dem Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts Verhandlungen mit den Führern der Bahndirektion zu dem Zwecke gepflogen worden, die Differenzen zwischen den Parteien noch vor Ausbruch des Strikes zu schlichten. Die Führer waren ja nicht abgeneigt, im Falle eines Vergleiches die weniger wichtigen Forderungen auszugeben. Indessenlichnte die Direktion noch am 18. Mai nachmittags alle Vergleichsverhandelungen ab.

In den beiden großen Versammlungen der Straßenbahner in der Nacht vom 18. zum 19. Mai wurde dann der allgemeine Ausstand beschlossen. Es gehörten dazu: Führer, Schaffner, Kutscher, Weichensteller, Weichenreiniger, Streckenwärter, Vorleger, Wagenwäscher, Stalleute.

Am Vormittag des 19. Mai riefen die Ausständigen bereits das Ginigungsamt des Berliner Gewerbegerichts offiziell an. Die Direktion lehnte jedoch noch an demfelben Tage wiederum die Bermittlung ab. Sie führte aus, daß fie ein fachliches Bedürfnis zur Anrufung des Gewerbegerichts als Ginigungsamt nicht anerkenne, ba ben Bediensteten nur ein Arbeitgeber gegenüberftande, mit dem fich ohne Schwierigkeiten unmittelbar verhandeln ließe. Außerdem fänden die Beftimmungen der Gewerbeordnung und des Gesetzes über die Gewerbegerichte auf Gifenbahnunternehmungen keine Anwendung. Lektere Ansicht ist übrigens von Dr. Schalhorn in der Socialen Praxis (Rr. 42, Jahrg. 1900 S. 1080-82) widerlegt worden. Wir find außerdem der Meinung, daß die Direktion hatte abwarten follen, ob sich das Einigungsamt felbst für zuständig halten würde. Den anderen Brund hat sie nachher selbst nicht für stichhaltig erachtet, da sie sich später doch dem Spruche eines Schiedsrichters fügte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre durch das Zusammentreten des Einigungsamtes der Ausstand sosort beendet worden.

Runmehr dauerte derselbe vom Morgen des 19. bis zum 21. Mai, an welchem Tage sich die Direktion mit der Ernennung des Oberbürgermeisters Kirschner zum Schiedsrichter einverstanden erklärte. Über den näheren Berlauf des Strikes, sowie über die gewaltigen Schäden, die daburch dem Berliner Berkehrsleben zugefügt wurden, geben uns die damaligen Schilberungen in den Tageszeitungen genügende Aufklärung. Zu bedauern sind die vorgekommenen tumultuarischen Scenen, denen sogar Menschenleben zum Opser gesallen sind. Indessen muß den Streikenden das lobenswerte Zeugnis ausgestellt werden, daß sie an diesen Tumulten nicht beteiligt waren. Fremde Arbeiter hatten dieselben hervorgerusen, während die Straßenbahner selbst den Verlauf der Dinge in aller Ruhe abwarteten.

In zwei am Montag, den 21. Mai, vormittags, abgehaltenen großen

Versammlungen beschlossen sie, nachdem die Direktion bekannt gegeben hatte, daß sie jeden, der nicht bis zum Montag Mittag zur Arbeit erschienen wäre, unter Einziehung seiner Kaution als entlassen betrachte, den Obersbürgermeister Kirschner um seine Vermittelung anzugehen. Derselbe sagte bereitwilligst zu; auch die Direktion der Gesellschaft war jetzt, wie erwähnt, damit einverstanden. Noch am Montag Mittag kam eine Einigung zu stande. Die einzelnen seitens der Straßenbahner durch den Strike gemachten Errungenschaften haben wir zwar bereits im Lause unserer Abhandlung größtenteils erwähnt, jedoch wollen wir dieselben der Übersicht wegen nach einer dem "Courier" entnommenen Zusammenstellung hier noch einmal wiedergeben:

Das Gehalt wird nach der auf S. 480 angegebenen Lohnstala sestgesett. Für Weichensteller und Stalleute wird der Lohn auf 3 Mk. pro Tag erhöht; er steigt in bestimmten Zeiträumen um 25 Pf., bis zum Höchst= betrage von 4 Mk.

Die Kilometergelder bleiben bestehen. Diese Bestimmungen haben rückwirkende Kraft.

Die tägliche Dienstzeit beträgt für Führer 9 Stunden, Schaffner 11 Stunden durchschnittlich.

Der Dienst für Einsetwagen muß innerhalb 14 Stunden abgeleistet sein. Die Haltezeit an den Endstationen beträgt nach Möglichkeit 12 Minuten und wird als Dienst berechnet.

Die Ableistung des täglichen Dienstes ersolgt durch Schichtwechsel. Überstunden werden mit 50 Pf. bezahlt, bisher mit 25 Pf.

Instruktionsstunden werden von nun an als Überstunden bezahlt.

Das Verschicken der Beamten nach anderen Bahnhösen wird so viel als möglich vermieden werden. In unvermeidlichen Fällen wird der Weg als Überstunde bezahlt.

Jedem Angestellten wird ein freier Tag in der Woche gewährt. Innerhalb sieben Wochen muß ein solcher freier Tag auf einen Sonntag fallen.

Nach dreijähriger Thätigkeit wird jedem Angestellten auf Antrag unter Fortzahlung des Gehalts Urlaub gewährt.

Bei Einziehung zu militärischen Übungen wird das Gehalt weiter gezahlt.

Bersetzungen nach anderen Bahnhöfen werden den Angestellten recht= zeitig vorher angezeigt.

Neuangestellte werden nach 6 monatlicher Probezeit sest angestellt. Abzüge für Bekleidung werden nicht gemacht. Den Führern werden mafferdichte Regenmantel geliefert.

Geldstrafen werden nur mehr in befonderen Fällen verhängt.

Falich durchlochte Fahrscheine werden von den Kontrolleuren resp. Hofverwaltern kaffiert.

Auf jedem Bahnhof wird eine Kommission gewählt, welche vierteljährlich mit der Direktion über etwaige Besichwerden konferiert.

Die Pensionskasse tritt mit dem 1. Juli 1900 in Kraft. Die Berwaltung derselben ist eine gemeinsame. Über Pensionierungen entscheidet eine Kommission von zwei Ürzten, je einer davon wird von der Direktion resp. von der Verkehrsdeputation des Magistrats bestimmt. Können diese sich über einen bestimmten Fall nicht einigen, so entscheidet ein weiterer vom Magistrat vorgeschlagener Arzt.

Auf jedem Depot werden in Zukunft mindestens zwei Ürzte angestellt. Die Einführung der freien Arztwahl bleibt der Generalversammlung der Kasse überlassen.

Die Sache bezüglich des Oberbetriebsinspettors Stavenow und des Oberkontrolleurs Krause soll untersucht und dann erst zur Entscheidung gebracht werden.

Lohnaufrechnungen werden den Angestellten von nun ab eingehändigt. An den Wagen werden helltönende Glocken und pneumatische Bremsen angebracht.

Bedürfnisanstalten werden nach Möglichkeit an den Endhaltestellen errichtet.

Un gefährlichen Bunkten werden Signalwärter aufgeftellt.

Durch Handschlag versprechen die Direktoren, daß Maßregelungen nicht stattfinden.

Bereits am Dienstag, den 22. Mai 1900, war der Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn im vollen Gange. Der größere Teil von den Zugeständnissen der Direktion ist bereits zur Durchsührung gelangt. Ob die Angestellten dauernd in dem Genusse derselben bleiben werden, wird die Zukunst lehren.

Immerhin wird die neu geschaffene Beschwerdekommission hierfür wirken können. Dieselbe soll übrigens nach der späteren Auslegung seitens der Direktion nicht von den Angestellten gewählt werden, sondern sie soll dadurch zu stande kommen, daß gemeinsame Erörterungen zwischen der Direktion und den dienstältesten Kutschern, Fahrern und Schaffnern des betreffenden Bahnhoss stattsinden. Die Angestellten scheinen ursprünglich andere Abssichten gehabt zu haben. Denn in der Versammlung im Feenpalast am

Montag wurde der für die Berhandlungen vor dem Oberbürgermeister gewählten Kommission der Auftrag gegeben, in solgenden Punkten nicht nachzugeben:

- 1. Die Zugehörigkeit zur Organisation, dem Centralverbande der Handels=, Transport= und Berkehrsarbeiter Deutschlands, dars nicht in Frage kommen.
- 2. Maßregelungen aus Anlaß des Ausstandes dürsen nicht statt= finden.
- 3. Auf jedem Bahnhofe muß eine Kommifsion oder ein Ausschuß von dort Angstellten gebildet werden, der sich mit der Direktion bei Beschwerden in Berbindung sehen und bei Entlassungen von Beamten gehört werden muß.

Inzwischen ist eine ganze Anzahl von Bediensteten wegen ihrer weiteren Beteiligung am Centralverband und wegen erneuter Agitationen von der Direktion entlassen worden. Dieselbe will ihr Versprechen, Maßregelungen nicht vorzuehmen, nur auf die früheren Lohnbewegungen verstanden wissen. Um gegen die Entlassungen Stellung zu nehmen, hielten die Bediensteten am 12. Juni wiederum eine große Versammlung ab; in derselben wurde eine Resolution gesaßt, in der an dem Verhalten der Direktion Kritik gesübt wurde. Letzter hat jedoch ihren Standpunkt durch eine Bekanntmachung in den Tagesblättern dargelegt.

Übrigens traten 3. 3t. des Ausstandes bei der Großen Berliner Straßenbahn, der westlichen und süblichen Vorortbahn auch die Angestellten von Siemens und Halste in eine Lohnbewegung ein. Dieselbe wurde jedoch sosort dadurch beigelegt, daß die Direktion ohne weiteres den größten Teil ihrer Forderungen bewilligte. Wir heben nur solgende Zugeständnisse hervor:

- 1. Wegen der Regelung der Dienstzeit ist man mit der erhobenen Forderung grundsätzlich einverstanden.
  - 2. Die Überstunden werden mit 50 Pf. bezahlt.
  - 3. Wagenführer erhalten 4, Schaffner 3 freie Tage im Monat.
  - 4. Jeder Angestellte erhält jährlich einen Erholungsurlaub.
- 5. Es sollen Bersuche mit wasserdichten Mänteln für Wagenführer gemacht werden.
- 6. Es kann auf jedem Bahnhofe eine Beschwerdekommission von Angestellten gewählt werden.

Wenn es auch zu bedauern ift, daß die Angestellten der Straßenbahnen unter der Flagge einer socialdemokratischen Gewerkschaft segeln mußten, um bessere Arbeitsverhältnisse zu erlangen, so glauben wir nach unserer Kenntnis der Dinge doch hoffen zu dürsen, daß der größte Teil derselben den Central-

Berband der Handels=, Transport= und Verkehrsarbeiter nur als Mittel zum Zweck benutt hat und sich jett wieder von ihm lossagen wird. ein kleiner Bruchteil der Bediensteten gehört aus politischer Überzeugung der Socialdemokratie an, mahrend das Groß derfelben ftets ferngestanden und auch wieder fern bleiben wird. So lefen wir in der ermähnten Rundgebung der Lohnkommission an das Publikum: "Wir erklären ferner, daß wir mit irgendwelchen parteipolitischen Bestrebungen nichts zu thun haben, und daß jedem Redner in unferen Versammlungen ohne weiteres das Wort entzogen würde, der für irgend eine Partei Propaganda machen würde." Wohlthuend berühren das Ohr des Socialpolitikers die Worte, welche der Schaffner Ascher in der in der Nacht vom 18. zum 19. Mai im Feeen= palast abgehaltenen und doch zweisellos von dem socialdemokratischen Central-Verband geleiteten Versammlung aussprach: Es sei unwahr, daß die Beamten focialbemokratischen Ideen huldigten. Sie suchten nur, wie jeder andere Beamte, ihre Lage zu verbeffern. Schon heute hat fich ein engerer Berband der Stragenbahner gebildet, welcher der Socialdemokratie durch= aus fernsteht. Vor allen Dingen aber scheint es uns eine gunftige Vorbedeutung zu fein, daß lediglich aus dem Rreife der Strafenbahner der Bunich hervortrat, den Oberburgermeister Kirschner als Schiederichter ju ermählen und so die endaultige Entscheidung über die streitigen Bunkte nicht in die hand der Socialdemokratie, sondern in die eines auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung stehenden Mannes zu legen.

## IV. Das Omnibuswesen.

Polizeireglement, Art und Zahl der Angestellten, Borbedingungen, Kaution, Arbeitsbertrag, Beförderung, Dienst= und Lebensalter.

Das Berliner Omnibuswesen ist noch der Polizeiverordnung, betreffend den Betrieb des Omnibussuhrwesens vom 3. Januar 1865, unterstellt. Hinsichtlich des Personals sordert dasselbe etwa Folgendes:

- 1. Gin Mindest-Lebensalter von 18 Jahren auch für die Zureiter der Pferde.
- 2. Kondukteure und Kutscher muffen zuverlässig sein und durfen weder dem Trunke ergeben, noch mit auffälligen, körperlichen oder geistigen Gebrechen behaftet sein. Kutscher haben überdies nachzuweisen, daß sie des Fahrens und der Behandlung der Pferde kundig sind.
- 3. Kondukteure und Kutscher muffen einen polizeilichen Fahrschein erhalten haben.

- 4. Die Annahme und Entlassung von Rutschern und Kondukteuren hat der Unternehmer dem Polizeikommissar binnen 24 Stunden schriftlich zu melben.
- 5. Der Unternehmer hat eine Dienstkleidung gu liefern.
- 6. Kutscher und Kondukteure haben jeden Wechsel ihrer Wohnung dem Kommissar zu melden.
- 7. Das Rauchen während der Fahrt ist verboten. Über die weiteren Pflichten der Omnibusbediensteten wollen wir später sprechen.

Das Personal zeigt eine einsachere Zusammensetzung als dassenige ber Straßbahnen. Nur die großen Omnibus-Unternehmungen haben zugleich eigene Werkstätten für Neubau und Reparatur des Betriebsmaterials. Nachstehende Tabelle giebt über die Arten und die Zahl der Angestellten einigen Aufschluß:

Arten und Zahl der Bediensteten bei den Omnibus=Unternehmungen Berlins.

Arten ber Bediensteten.	Allgemeine Berliner Omnibus= Attlengef <b>el</b> lschaft.	Neue Berliner Omnibus= Akttengesellicaft.	Berliner Spediteur= Verein	Becliner (Nacht-)Omnibus- Gefeuschaft Gebr. Pfeil.	Neue Berliner Nact-Omnibus- Linte.	(Nacht=)Omnibus= Compagnie Berlin.	Zufammen.
A. Direktoren, Betriebsleiter, Berwaltungspersonal B. Betriebspersonal.	31	8	2	1	1	4	47
I. Fahrpersonal. Kutscher Schaffner Kontrolleure	273 282 8	230 230 6	55 56 6	77	8 8 1	31 31 1	604 614 22
II. Stallleute, einschließlich Wagenwäscher III. Werkstättenpersonal. Schmiede	322 90	230 66	31 10	_	_	12	595 166
,						_	
Juf. Hiervon entfallen auf das Fahrperfonal	1006 563	770 466	160 117	15 14	18 17	79 63	2048 1240

Hiernach sind bei den Omnibusbetrieben rund 2100 Personen besichäftigt, von denen wiederum der größte Teil dem Fahrpersonal angehört. Am Ende des Jahres 1898 besaßen 1836 Kutscher und 1914 Schaffner einen polizeilichen Fahrschein; hiervon waren jedoch nach den Angaben des Königlichen Polizeipräsidiums nur 534 Kutscher und 501 Schaffner, zusammen 1035, im Dienste thätig.

Für die Erlangung des Fahrscheines seitens der Kutscher und Kondufteure gelten dieselben Bestimmungen, wie beim Droschkenwesen. Eine
besondere Probezeit hat das Omnibuspersonal nicht durchzumachen, sondern
es wird, salls es gewisse Borbedingungen erfüllen kann, sosort nach den
geltenden Grundsätzen beschäftigt. Nur bei der Allgemeinen Berliner
Omnibus-Aktiengesellschaft sind Kutscher und Schaffner in der ersten Zeit
ihrer Thätigkeit etwas ungünstiger gestellt. Sie erhalten zuerst nur Tagelohn und nur 2 freie Tage im Monat bezahlt.

Die beiben großen Unternehmungen, die Allgemeine und die Reue Berliner Omnibus-Aftiengesellschaft, schließen einen schriftlichen Arbeitsvertrag mit ihren Bediensteten; die anderen Unternehmer treffen nur mündliche Bereinbarungen. Die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen wird
allgemein ausgeschlossen; es gilt sast überall 24stündiges beiderseitiges Kündigungsrecht.

Bei den beiden großen Gefellschaften haben nur die Schaffner eine Kaution zu stellen, und zwar 75 Mt.; die anderen Unternehmer sordern von Schaffner und Kutscher je 50 Mt.: beim Berliner Spediteurverein ftellen auch die Stallleute 10 Mt. Kaution. Diefelbe muß meift boll ein= gezahlt werden und haftet für Schäden, welche dem Unternehmer durch Schuld des Personals erwachsen. Es find uns jedoch Rlagen über eine allzu große oder ungerechte Inanspruchnahme der Kautionen nicht bekannt geworden. Die Rutscher werden fast ausschließlich den Stallleuten ent= nommen; der Spediteurverein stellt die Anwärter, falls fie schon einen Kahrschein haben, vorläufig erst als Bodenarbeiter im Speditionsbetriebe Dieselben fungieren dann junachst aushilfsweise als Reservekutscher oder Schaffner. Gine Aussicht auf Beförderung in eine beffere Stellung, 3. B. in diejenige eines Kontrolleurs, ift nur in geringem Mage borhanden. Im allgemeinen herrscht eine große Nachfrage nach Arbeit, namentlich bei den Schaffnern. Indessen sind auch hier wirklich aute Rutscher geradezu fnapp.

Das Lebensalter der Bediensteten schwankt zwischen dem vollendeten 18. und dem 60. bis 70. Jahre. Die meisten Angestellten sind direkt vom Militär gekommen. Nach vollendetem 36. Lebensjahre wird in der Regel niemand mehr angenommen. Das Dienstalter ist beim Fahrpersonal ziemslich hoch, sehr gering dagegen bei den Stalleuten, bei denen ein beständiger Wechsel eintritt. Nach den erwähnten Lohnermittelungen des statistischen

Amtes der Stadt Berlin betrug im Jahre 1895 die Arbeitsdauer der Kutscher bei 41,2 %, diejenige der Schaffner bei 30,6 % mehr als 300 Arbeitstage. Abgesehen von den Kutschern, welche meist schon vor ihrem Eintritt in den Omnibusdetrieb dem Kutscherstande angehörten, setzt sich das Personal, ebenso wie daszenige der Straßenbahnen, aus allen möglichen Berusktlassen zusammen.

#### Beschreibung des Dienstes, Arbeitszeiten, Ruhepausen, Sonntags= ruhe, Urlaub.

A. Beschreibung des Dienstes, Arbeitszeiten, Ruhepausen. Das Fahrpersonal.

Die Thätigkeit des Fahrpersonals bei den Omnibussen ist eine ein= fachere als bei den elektrischen Strafenbahnen. Die Omnibusschaffner beflagen es fehr, daß man ihnen feit etwa 10 Jahren die Sikgelegenheit genommen hat. Bei der Beurteilung der Obliegenheiten bes Omnibusfutschers fällt ins Gewicht, daß derselbe einen der Unbill von Wind und Wetter befonders erponierten Blat in ziemlicher Sohe vom Erdboden einnimmt, mahrend ber Strafenbahnfutscher wenigstens ein Dach über fich hat, und daß derfelbe ferner fortwährend zum Aufnehmen resp. Aussteigen der Fahrgafte halten muß. Im großen und gangen aber ift, wie gefagt, der Dienst des Omnibus=Fahrpersonals einsacher und weniger intensiv als berjenige ber Stragenbahnbediensteten. Dafür dauert der Dienst bei den Omnibuffen aber auch viel länger. Als ein schwerer Mißstand wird es empfunden, wenn das Fahrperfonal ju Dut = und Reinigungsarbeiten berangezogen wird. Bisher mußten die Rutscher fast allgemein ihre Wagen selbst waschen, wozu noch das Schmieren der Achsen kam. Die Schaffner hatten die Wagen im Innern auszuftäuben und die Lampen und Meffingteile zu Infolge der Lohnbewegung bei der Allgemeinen Berliner Omnibus= Aktiengesellschaft im Frühjahr biefes Jahres ift jedoch das Fahrpersonal überall von der Berpflichtung, Nebenarbeiten zu leiften, entbunden worden. Es find jett bei allen Unternehmern besondere Wagenwäscher dafür angeftellt. Rur das Anspannen der Pferde muffen die Rutscher auch jett noch selbst besorgen, salls sich nicht der Stallmann durch ein Trinkgeld von 20-30 Pf. dafür gewinnen läßt. Früher hatte doch sowohl der Rutscher als auch der Schaffner mit den Dut- und Reinigungsarbeiten zusammen immerhin eine Stunde länger zu arbeiten als jest. Das Waschen ber Wagen konnten die Autscher entweder abends gleich nach der Beimkehr oder morgens beforgen. Die Schaffner brauchen jest nur am Morgen ihre Fahrscheine aus dem Bureau zu holen und abends die Tageskaffe abzu-

Die Bemühungen des Königlichen Polizeipräfidiums, die erwähnten "Duffeldorfer" Grundfage auch bei den Omnibuffen gur Ginführung gu bringen, find nur von geringem Erfolge gekrönt gewesen. Nicht nur die darin festgesetze Durchschnitts=Arbeitszeit (12 St. im Winter, 121/2 im Sommer), sondern auch die Maximalarbeitszeit eines einzelnen Tages (14 St.) wird faft durchgehend bedeutend überschritten. Was wir bei den Stragenbahnen von dem Abzug der Haltezeiten an den Endstationen von der täglichen Gesamtarbeitszeit gesagt haben, gilt auch von den Omnibuffen. Diefelben follten billigerweise als Dienst gerechnet werden. Da sie bei den Omnibuffen nach dem Fahrplan regelmäßig 8-10 Minuten betragen, fo muß naturlich die nach den Duffelborfer Grundfagen berechnete Arbeitszeit bedeutend geringer erscheinen als die wirtliche Gesamtarbeitszeit. Außerdem werden die 8-10 Minuten häufig durch Bergogerungen im Berkehr, die im Winter bei Schneefall gur Regel werden, bis auf 3-5 Minuten gekurzt; im Sommer wiederum muffen die Rutscher ben Pferden an den Endstationen reichlich Wasser geben und ihnen die Ruge fühlen.

Die Unternehmer erklären, daß eine umfangreichere Verkürzung der Arbeitszeiten resp. die Einsührung von Mittagspausen nur unter wesentlicher Schwächung der Rentabilität ihrer Unternehmungen vorgenommen werden könnte. 3. B. kostet die Gewährung der 2—3stündigen Mittagspause der Neuen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft ca. 60 000 Mk. jährlich.

Bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft erscheinen alle Kutscher und Schaffner kurz vor 7 Uhr auf dem Bahnhose. Um 7 beginnen die ersten Wagen vom Hose zu sahren. Der Fahrdienst dauert dann ununterbrochen bis 11 Uhr abends. Die letzten Wagen — es sind dies diesenigen, welche auch morgens zuletzt abgesahren sind — kommen erst um  $^{1/2}$  12 Uhr nachts aus Depot. Die durchschnittliche Arbeitszeit kann auf  $16^{1/2}$  Stunde angenommen werden. Die Leute sind also eigentlich von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts, d. h. 18 Stunden auf den Beinen, so daß ihnen nur eine Nachtruhe von kaum 6 Stunden verbleibt. Ein Familienleben haben sie dabei überhaupt nicht. Eine Pause für das Sinnehmen des Mittagsbrotes wird überhaupt nicht gewährt; dasselbe muß während der kurzen Pause an der Endhaltestelle verzehrt werden.

Günftiger liegen die Berhältnisse bei der Neuen Berliner Omnibus= Aktingesellschaft. hier beginnt der Dienst durchschnittlich um 6 Uhr. Er ist aber durch eine längere Pause, welche dadurch herbeigesührt wird, daß

Diensthlan der Schaffner und Kuticher zum Winterfahrplan 1899/1900.

											İ	li		ľ				
	·uəano	.11	•	an			Fahrbien	dienst.			шәд (	negio.		insie	2(63ii	2(6ziiglich	iben. inben.	Loqs&
Sinie	T sdnstji	iztnatīnsi	g <b>n</b> utio <b>z</b> só Jasicatur	gunagni anailating			Paufe	i fe			rung nach. Lepot.	nbgeben deftallbün	odnotinoi(	dimajs®	Halte:		oldro& utitinoi&	шоа виг
	əj nE	Œ	3		noa	bis	non	bis	noa	big	4mmg	adlæ 19jæ		Ctb.	zeiten.	Stb. Min.	etb. Min.	ւոփրվողջ
Lhaerftr.—Bahnhof Gr. Eörfcenftr. Golksfr.—Snittelnurft	10	630 625	20			1102	1102	108	108	911	10	10 1	931 1	1255 1			1115	Ħ=
Riedorf-Rosenthaler Thor. Stettiner Bahnhof-Kreuzberg.	96	540 605	888	30	630	1052	1250 1052	$\frac{300}{152}$	132	930	30				11 2 10 17 2 8	20g 20g	1240 1204	I A
Moabit—Aleganderplaß	∞	540	20	15	615	922	922 1245 408	$\frac{929}{1252}$	$\frac{929}{1252}$	1245 408 731	15	10	756 1	756 1347 14	4 à 9	506	1141	×
Görliger Bahnhof—Stettiner Bahnhof. Danzigerstr.—Anhalter Bahnhof	∞ ∞	920 550	20	20	925	1029	180	1430	420	1102	20	101	1044	1324 1	16 2 9 15 2 8	$\frac{2^{24}}{2^{-}}$	111- 1222	VI VII
Nettelbeckstr.—Heinrichsplaß	7	747		30	817	926	88	845	842	1054	30	10 1	1036 1449		7 à 9 7 à 10	213	1236	ΙΛ
Vrunnenstr.—Schöneberg	9	610	20	1	630	833	1054 115 337 558	1103 125 346 608	1103 125 346 608	115 337 558 820 820	I	10	8301	332 1	830 1332 12 3 10	-2	1132	VII
Brunnenstr.—Macheinekeplaß	7	600	20		<b>62</b> 0	1005	1005	1158	1158	886	ı	10	948	352 1	948 1352 14 à 10	$2^{20}$	1132	VII
									ක 	Alfo Durchfcnitt	ard	) (chu		1351			1147	

bas Fahrpersonal sür 1—2 Volktouren durch sogenannte Springer vertreten wird, unterbrochen. Diese Pause von 2—3 Stunden sällt nicht notwendig auf die Mittagszeit, da die Springer von einem Wagen zum andern übergehen. Sie kann auch an den Anfang oder das Ende des Dienstes sallen, so daß derselbe um 2—3 später anfängt oder früher aufhört. Die Gesamtarbeitszeit, also einschließlich aller Pausen an den Endstationen, beträgt hier nicht ganz 14 Stunden; sie schwankt zwischen 13 und  $14^{3}/4$  Stunden — die große Pause von 2—3 Stunden ist hierbei natürlich nicht als Dienst gerechnet. Dem Königlichen Polizeipräsidium wurde vorstehender Dienstverteilungsplan eingereicht.

Dieser' Plan giebt uns ein beredtes Beispiel dafür, daß die Anwendung der Düffeldorfer Grundsäge die Arbeitszeiten viel geringer erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit sind. Es wird hier eine durchschnittliche Arbeitszeit von 11 St. 47 Min. herausgerechnet, während dieselbe in Wirklichkeit 13 St. 51 Min. beträgt. Die Düffeldorfer Grundsäge gewähren eben den Angestellten keinen genügenden Schuz.

Am kürzesten sind die Arbeitszeiten beim Berliner Spediteur-Berein. Die Pausen an den Endstationen betragen hier nur 3 Min., werden also seitens des Unternehmers nicht als Dienst angerechnet. Die Gesamtdienstzeit schwankt insolge der kurzen Pausen nur zwischen 8 und 14 Stunden. Der Durchschnitt beträgt 12 Stunden. Auch hier wird der Dienst durch Pausen von 2—3 Stunden in zwei Teile zerlegt.

Die Arbeitszeiten bei den Racht = Omnibuslinien find folgende:

Da feine Stallseute und Wagenwäscher vorhanden sind, muß das Fahrpersonal die Obliegenheiten derselben ebenfalls ersüllen. Die Kutscher ersicheinen um 9 Uhr abends. Sie süttern und puten zunächst die Pserde. Die Schaffner kommen erst um 10 Uhr, da sie nur die Messingteile, Lampen und Fenster zu puten haben. Die Absacht vom Depot ersolgt zwischen 1/2 11 und 1/2 12, die Kückschr zwischen 1/2 5 und 6 Uhr. Die Kutscher müssen dann noch die Wagen und Geschirre waschen, die Pferde süttern und den Stall reinigen. Sie können zwischen 1/28 und 8 Uhr nach Hause gehen. Die Schaffner haben morgens nur ihre Kasse abzuliesern. Hiernach stellt sich die Dienstzeit der Kutscher auf 118/4, diesienige der Schaffner auf 71/4 Stunde durchschnittlich. Während des Tages werden die Pferde von einem im Depot wohnenden Schaffner besorgt; dersselbe hat die Pserde mittags zu süttern und zu tränken. Er erhält dasür den etwa 15 Mt. höheren Lohn eines Kutschers.

Überstunden tommen bei allen Kategorien von Omnibusbediensteten im allgemeinen nicht vor.

#### Die Stallleute und Magenwäscher.

Der Dienst der Stallleute beginnt um <sup>1</sup>/25 resp. 5 Uhr morgens und endigt um 9 resp. <sup>1</sup>/210 Uhr abends. Er dauert also 16<sup>1</sup>/2 Stunde. Er wird allerdings durch eine Mittagspause von 1 Stunde unterbrochen. Inselsen fällt diese häusig genug aus, ohne daß dasür eine besondere Bezahlung eintritt. Einige Stalleute müssen in der Nacht Stallwachtdienst thun. Der Dienst der Wagenwäscher dauert ungefähr von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, also 8 Stunden.

#### Die Sandwerker.

Die Arbeitsverhältnisse der Handwerker sind bei den Omnibussen dieselben wie bei den Straßenbahnen, nämlich 12 St. Arbeit, von 6—6 resp. 7—7, mit Pausen im Gesamtbetrage von 2 Stunden. Nachtschicht kommt nicht vor.

#### B. Sonntageruhe, Urlaub.

Mit der Sonntagsruhe ist es auch bei den Omnibuffen schlecht beftellt. Allerdings werden bier die Angestellten Sonntags nicht mehr angestrengt als Wochentags, weil eine ftartere Inanspruchnahme ber Omnibuffe an ben Sonntagen nicht ftattfindet. Ginen freien Sonntag erhalten fie aber beinahe ebenfo felten wie die Stragenbahner, nämlich ungefähr alle Bei den größeren Unternehmungen liegen bisweilen die 6-8 Wochen. Berhältniffe auf einem Depot gunftiger als auf bem anderen. jum Befuche des Saupt= und Nebengottesdienftes ift ebenfo wenig geboten, da ja die Leute den ganzen Tag über im Dienst find. Nur die Neue Berliner Omnibusgefellschaft macht eine Ausnahme, da hier die 2-3ftundige Baufe jum Befuche des Gottesdienstes benutt werden kann; auch bei den Nachtomnibuffen liegen die Verhältniffe günstiger, insofern als die Leute den ganzen Tag über dienstfrei sind. Allerdings ist hier der Besuch des Bottesbienstes immer mit einer Entziehung bes notwendigen Schlafes verknübft.

Die Handwerker haben regelmäßig an jedem Sonntage frei; nur einzelne Schmiede müffen einige Stunden zum Beschlagen der Pferde auf dem Depot sein.

Auch bei den Omnibusbetrieben werden dem Fahrpersonal an Stelle der Sonntage Ruhetage in der Woche gewährt. Die beiden großen Unternehmerinnen geben vier bezahlte freie Tage im Monat. Da das Personal nicht so knapp ist wie bei den Straßenbahnen, so werden manchmal sogar

5-6 freie Tage zugelaffen; jedoch werden auch dann nur 4 bezahlt. In ber erften Zeit ihrer Beschäftigung haben bie Angestellten ber Allgemeinen Berliner Omnibus-Attiengesellschaft nur Anspruch auf 2 bezahlte freie Tage. Die Ruhetage liegen indeffen auch bei den Omnibuffen nicht regelmäßig in bestimmten 3wischenräumen, fondern werden je nach dem Bedarf an Mannschaften verlegt. Die Leute wiffen also auch hier niemals bestimmt. wenn sie wieder einen freien Tag haben. Indessen find die Übelstände in diefer Beziehung doch nicht fo schlimm wie bisher bei den Strakenbahnen. Es liegen überall höchstens 14 Dienst=Tage zwischen zwei Rubetagen. Dem übelstande, daß die Angestellten am abend vor dem freien Tage länger als sonst in Anspruch genommen werden, begegnen wir in den Omnibusbetrieben nicht, da der Betrieb hier überhaupt nicht so lange dauert. Beim Berliner Spediteurverein haben Schaffner und Rutscher regelmäßig an jedem 14. Tage frei; allerdings find sie verschiedene Male im Monat einen halben Bei den Nachtomnibuffen kennen die Angestellten eine "freie Nacht" überhaupt nicht. Wenn fie eine folche haben wollen, wird fie vom Lohn abgezogen. Die Schaffner und Kutscher der Allgemeinen Berliner Omnibus-Attiengesellschaft verlangten bei der Lohnbewegung im Frühjahr d. J. übrigens fogar 5 bezahlte freie Tage im Monat. Die Direktion foll diefelben auch bewilligt haben.

Natürlich ist es nirgends ausgeschlossen, daß die Angestellten zu speciellen Gelegenheiten (Hochzeit, Kindtause) auf besonderes Ansuchen auch einmal außerhalb des Rahmens obiger Bestimmungen über die Zahl der freien Tage einen Ruhetag erhalten; jedoch tritt eine Bezahlung dasür in den meisten Fällen nicht ein. Auf der anderen Seite tritt in denjenigen Fällen, in denen ein Angestellter weniger als die sestgesete Anzahl von freien Tagen erhalten hat, eine besondere, also eine doppelte Bezahlung sür den entzogenen Ruhetag ein. Indessen wird bei den Omnibussen die seste gesetzte Zahl von Kuhetagen gewöhnlich innegehalten. Die Stallseute und Wagenwäscher stehen sämtlich im Tagelohn von 2,50 Mt. Da ihnen jeder freie Tag nicht bezahlt werden würde, so verzichten dieselben notgedrungen überhaupt daraus, einen solchen zu nehmen.

Einen mehrtägigen Erholungsurlaub erhalten nur einige ältere Angestellte der beiden großen Unternehmungen, Stalleute und Handwerker aber niemals. Im übrigen verschaffen sich auch hier Kutscher und Kondukteure durch Zusammenlegen der 4 sreien Tage eines Monats einen mehr= tägigen Urlaub.

#### Geld= und Naturalbezüge aller Art, Schadensersatzpflicht, Strafen.

Die Bezüge an Gelb umsafsen den eigentlichen Lohn, das Einkommen aus Überstunden, die Weihnachtsgratifikationen, Dienstprämien und Trinksgelber. Weihnachtsgratifikationen, Dienstprämien und Überstunden kommen indessen jür die unteren Omnibusangestellten nicht in Betracht.

Der Lohn des Fahrpersonals wird in den ersten Monaten nach der Einstellung nach den wirklich geseisteten Arbeitstagen, und zwar mit 2,50 Mt. pro Tag bei Schaffnern und 2,75 Mt. bei Kutschern berechnet. Erst nach Ablauf einiger Monate wird dann ein sestes Monatsgehalt gewährt. Dieses wird bei den beiden großen Unternehmungen monatsich, sonst halb-monatsich ausgezahlt. Das Monatsgehalt der Kutscher beträgt durchschnittslich bei

der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft jetzt 105 Mk., früher 90 Mk.,

ber Neuen Berliner Omnibus-Attiengefellschaft 95 Mt.,

dem Berliner Spediteur-Verein 105 Mf.,

den Nacht=Omnibuffen 80 Mf.

Die Kutscher der Allgemeinen Berliner Omnibus=Aktiengesellschaft ershielten früher außer obigen 90 Mk. noch 50 Pf. pro Tag für das Wagenswaschen, was bei 26 Arbeitstagen 13 Mk. ausmachte. Insolge der Lohnsbewegung ist ihnen das Wagenwaschen abgenommen und ein sestes Gehalt von 105 Mk. gewährt. Außer obigen Bezügen erhält der Kutscher geswöhnlich von seinem Schaffner einen Anteil an dessen Trinkgeld, und zwar durchschnittlich 25 Pf. pro Tag.

Das Monatsgehalt der älteren Schaffner beträgt durchschnittlich bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft jest 100 Mk., früher 84 Mk.,

der Neuen Berliner Omnibus-Attiengesellschaft 72 Mt. (65—80 Mt.), dem Spediteur-Berein 60 Mt.,

den Nacht=Omnibuffen 60 Mf.

Die Trinkgelder der Schaffner belaufen sich nach Abzug der Abgaben an den Kutscher (25 Pf.) und Stallmann (10 Pf.) auf mindestens 30 Mk. im Monat.

Alls Dienstfleidung erhalten Kutscher und Schaffner eine Hose, einen Rock, einen Mantel, eine Mütze und einen Hut. Pelze werden den Kutschern nicht geliesert. Der Wert der Dienstfleidung ist für das Fahrpersonal auf nicht mehr als 30 Mt. im Jahre anzunehmen. Die Kutscher kaufen sich häufig einen Schafspelz für etwa 20 Mt.; derselbe hält viele Jahre hinsdurch vor; auch die Peitsche müssen sie schriften KCIX. — Straßentransportgew.

Schaffner der Allgemeinen Omnibusgesellschaft müssen sich angeblich ihre Geldtasche selbst kausen. Das Fahrpersonal hat, solange es in Unisorm ist, das Recht auf sreie Fahrt auf dem Decksitz der Wagen. Unter Berücksichtigung aller erwähnten Umstände kann man das Jahreseinkommen der Kutscher im Durchschnitt auf rund 1250, dasjenige der Schaffner auf 1300 Mt. annehmen. Bei 314 Arbeitstagen ergiebt sich hiernach bei den Kutschern ein tägliches Einkommen von rund 4 Mt., bei den Schaffnern ein solches von rund 4,15 Mt. Die erwähnten Lohnermittelungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin hatten sür das Jahr 1895 ergeben, daß 40,5 % der Kutscher einen Lohn von 4,00—4,50 Mt., 16 % einen solchen von 3,50—4,00 Mt. hatten, und daß serner 45,1 % der Schaffner einen Lohn von 2,50—3,00 Mt., 52,6 % einen solchen von 3,00—3,50 Mt. hatten. In den letztgenannten Summen sind aber die Trinkgelder nicht enthalten. Die Kontrolleure stehen sich im Einkommen nicht viel besser als die Schaffner.

Die Stallleute und Wagenwäscher erhalten einen Tagelohn von 2,50 Mt.; derselbe wird genau nach den wirklichen Arbeitstagen berechnet und monatlich ausgezahlt. Bei der Neuen Berliner Omnibus Aktiengeselschaft beziehen die Stallleute im Ansang ein Monatsgehalt von 70 Mt., das nach 1/2 Jahr auf 75, nach 4 Jahren auf 80 und nach 10 Jahren auf 85 Mt. steigt. Die Wagenwäscher werden übrigens bei den beiden großen Gesellschaften nicht direkt von den Direktionen angenommen. Diese haben vielsmehr das Waschen aller Wagen an einen Unternehmer sür eine Pauschalssumme vergeben, der für die Wagenwäscher selbst zu sorgen hat.

Die Löhne der Handwerker und Tagearbeiter werden nach Stunden berechnet und wöchentlich ausgezahlt. Die Stundenlöhne sind dieselben wie bei den Straßenbahnen: Maler, Tischler u. s. w. erhalten 35—37½ Ps., Schlosser, Stellmacher 40—45 Ps. Um besten werden die Schmiede bezahlt, sie verdienen stets 45 Ps. pro Stunde, also ca. 120 Mt. im Monat.

## Berficherung, Arankheiten, Unfälle, Ruhegehalt, Organisation.

Die Allgemeine und die Reue Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft haben jede eine besondere Betriebskrankenkasse. Die Angestellten der anderen Betriebe gehören der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen an. Bon diesen Kassen wird als Krankengeld die Hälfte des wirklich verdienten (bei den Betriebskrankenkassen) oder des durchschnittlichen Tagelohnes und als Sterbegeld des 25—30sache dieses Lohnes gezahlt. Die am meisten vorkommenden Krankheiten sind Lungenkatarrh, Rheumatismus und Bronchialkatarrh. Einige besondere Angaben über die Erkrankungen

der Omnibusangestellten haben wir bereits bei den Strafenbahnen er- wähnt 1.

Gegen Unfall sind die Omnibusbediensteten bei der Fuhrwerksberussgenossenschaft versichert. Die Zahl der Unfälle soll keine geringe sein. Bei eintretender Invalidität ist das Personal leider nur auf die Leistungen der gesetzlichen Alters= und Invaliditätsversicherung angewiesen. Ruhegehaltskassen sind noch bei keinem Omnibusbetriebe Berlins eingerichtet, aber sehr wünschenswert.

Ein Zusammenschluß von Omnibusangestellten zur Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse hatte bis zum Frühjahr dieses Jahres nicht stattsesunden. Die Leute haben viel zu wenig Zeit, um eingehender über ihre Lage nachdenken zu können. Nur bei den Angestellten des Berliner Spediteur=Bereins hatte bereits im Jahre 1899 eine Lohnbewegung stattgesunden, deren Erzgebnisse sich in den heutigen Arbeitsverhältnissen bei diesem Betriebe widerspiegeln. Bon weit größerer Bedeutung war die Lohnbewegung unter den Kutschern und Schaffnern der Allgemeinen Berliner Omnibus=Aktiengesellsichaft im Frühjahr des Jahres 1900. Hinter dieser stand ebensalls der Verband der Handels=, Transport= und Verkehrsarbeiter Deutschlands, der überhaupt seit dieser Zeit eine rührige Agitation unter dem Omnibus=personal entsaltet. Aus seine Einwirkung hin hatten sich die Kutscher und Kondukteure genannter Gesellschaft mit folgenden Forderungen an die Direkstion gewendet:

- 1. Die Rutscher verlangen 105, die Schaffner 100 Mt. Monatsgehalt.
- 2. Alle Nebenarbeiten, wie Wagenwaschen, Fensterputzen u. dergl., sollen fortsallen.
- 3. Es sollen mindestens 5 bezahlte freie Tage gewährt werden. Die Direktion hat klug gehandelt, diese Forderungen zu bewilligen, ohne daß es erst zu einer Niederlegung der Arbeit gekommen ist.

## V. Die Dampfschiffahrt=Unternehmungen.

#### Sinleitende Bemerkungen.

Bedeutung für den öfsentlichen Berkehr haben die Dampsichiffe in Berlin erst seit dem Jahre 1896 erlangt, und auch dann nur für den bloßen Bergnügungsverkehr nach den romantisch gelegenen Usern der Ober- und Unterspree. An eine Entwicklung, wie sie London auf der stets eissreien Themse oder Paris durch seine bateaux omnibus aufzuweisen hat,

<sup>1</sup> S. o. S. 471.

ist hier nicht zu benten. Immerhin ist es nicht ausgeschloffen, daß die Dampfichiffe, nachdem jest die Bruden der Stadt alle eine genügende Durchjahrthöhe erhalten haben, wenigstens im Sommer dem allgemeinen Bersonenverkehr (also nicht bloß dem Bergnügungsverkehr) dienstbar gemacht werden und somit noch einen gewaltigen Aufschwung nehmen können.

Das älteste Berliner Dampfschiffahrtunternehmen, die Krahngesellschaft, welche bisher vom Bahnhof Bellevue aus die Unterspree und die Savelseen befuhr, hat im Sommer 1900 bie Personenbeförderung gang eingestellt und widmet fich nur noch der Beforderung von Gutern zwischen Berlin und Abgefeben bon einzelnen kleineren Unternehmern kommt für Hambura. Berlin nur noch die im Jahre 1889 gegründete Spree-Havel-Dampf= schiffahrtgefellschaft "Stern" in Frage, welche die Dampfer zweier früherer Unternehmungen, nämlich der Berliner und der Stralauer Dampfichiffahrt= gesellschaft, guffaufte. Sie hat außer der Berliner Werft noch eine Filigle in Potsbam und befigt im gangen 38 Dampfer und 1 elektrisches Boot. Die Berliner Werft befindet sich in der Röpenickerstraße, die öffentliche Abjahrtstelle eine halbe Stunde davon entfernt an der Jannowigbude.

#### Art und Zahl der Angestellten, Borbedingungen, Arbeitsvertrag, Beförderung, Dienft= und Lebensalter.

Bei der Gesellschaft sind im Sommer 1900 solgende Versonen be= schäftigt gewesen:

1.	Direktions-,	Be	trie	b§	auf	fich:	tg.₌	un	b 2	Bur	eau	per	onc	ĺ	10	Personen,
2.	Schiffsführer														<b>4</b> 0	"
3.	Maschinisten		•												39	"
4.	Steuermänne	r													<b>3</b> 9	"
5.	Heizer .	•								•					38	"
6.	Bootsleute 1	ınd	ල	chi	fŝj	ung	en	•	•						38	"
										ç	Ruio	11111	 11911		204	Rerinnen

Zusammen 204 Personen.

Von Schiffsjungen, Bootsleuten und Heizern brauchen besondere Vorbedingungen bei ber Annahme nicht erfüllt zu werden. Maschinisten muffen das Maschinistenegamen bestanden haben. Steuermänner muffen borber Schiffer ober Seeleute gewesen sein. Sie werden nach gehöriger Ausbildung zur Prüjung als Schiffsführer bei der Königlichen Wasserbau=Inspektion in Borschlag gebracht. Haben sie diese Prufung bestanden, so konnen sie bei eintretender Bakang gum Schiffsführer befordert werden; es dauert dies jest etwa 3-6 Jahre. Überhaupt ift jedem Bediensteten Gelegenheit gegeben, in eine höhere Stelle zu ruden. Schiffsjungen und Bootsleute werden

zu Heizern, letztere zu Maschinisten, diese wieder zu Steuermännern besördert, falls sie lange genug im Dienste der Gesellschaft verbleiben, sich als tüchtig erweisen und die ersorderlichen Prüsungen bestehen. Erste Boraussehung ist jedoch stets tadellose Führung und absolute Solidität. Zur Zeit sind 2 Schiffssührer bei der Gesellschaft, welche aus ihren Schiffsjungen hervorgegangen sind. Das Lebensalter der Leute ist sehr verschieden. Schiffszungen sind 14—15 Jahr alt. Steuerleute und Heizer müssen mindestens 18, Maschinisten mindestens 21 Jahre alt sein. Zum Schiffszührer wird keiner zugelassen, welcher nicht seiner Militärpslicht genügt hat oder freigekommen ist. Ein schriftlicher Arbeitsvertrag wird nicht geschlossen; es gilt gegenseitige achtägige Kündigung. Kautionen brauchen die Leute nicht zu hinterlegen.

Der Fahrbetrieb beginnt 8 Tage vor Oftern und dauert bis zum letzten Sonntage im September. Während dieser Zeit ist der Bedars an Mannschaften namentlich Sonntags so groß, daß Aushilfs-Schiffssührer und Maschinisten angenommen werden müssen. Sonst ist im allgemeinen eine große Nachsrage nach Arbeit vorhanden. Die Gesellschaft soll jedoch bei der Annahme der Leute sehr wählerisch sein.

Im Winter ruht der Fahrbetrieb, da die Gesellschaft die Schlepperei nicht eingeführt hat. Indessen werden nur die nicht geprüften Leute entslassen; allen Geprüften wird nicht gekündigt. Trozdem gehen von den letzteren viele von selbst in ihre Heimat, die sich gewöhnlich in der Umsgegend von Berlin besindet. Die nicht zur Entlassung gekommenen Leute— es sind dies in Berlin etwa 30, in Potsdam 35— werden während des Winters zu Reparaturarbeiten verwendet. Verschiedene Schisssührer und Maschinisten sind daher schon seit Bestehen der Gesellschaft in ihrem Dienste. Bei Steuerleuten und noch mehr bei Schisszungen tritt ein beständiger Wechsel ein.

#### Arbeitszeiten, Ruhepaufen, Sonntagsruhe.

Jedem Dampfer werden bestimmte Leute zugeteilt, und zwar gehört zur Besahung 1 Schiffssührer, 1 Steuermann, 1 Maschinist, 1 Heizer und 1 Bootsmann oder Schiffsjunge. Die Bootsleute sind etwas älter und kommen daher auf größere Schiffe. Der Schiffssührer ist der verantwortliche Leiter und Besehlshaber auf dem Dampser. Er kommandiert die ihm überwiesenen Leute je nach den ihm von der Direktion übergebenen Aufträgen zum Dienst. Er bestimmt, wann die Leute morgens erscheinen müssen, wann Kohlen einzunehmen sind oder das Schiff zu reinigen ist. Seine schriftlichen Austräge für den nächsten Tag erhält er gewöhnlich abends

gleich nach der Beimkehr. Er fann baber feinen Leuten ihren Dienst gleich mitteilen. Der Auftrag lautet 3. B.: Um 7 Uhr früh von Berlin nach Schmödwig zur Verfügung des ... Bereins für den gangen Tag, Rudfehr um 12 Uhr nachts an der Absahrtstelle. Biernach lautet der Dienst: Beginn 5 Uhr zum Reinigen bes Schiffes, Abfahrt von der Werft um 6 Uhr. Trifft der Dampfer dann punktlich um 12 Uhr nachts an der Jannowithrucke ein, so find die Leute etwa um 1/21 Uhr in der Werft. Das Abrichten des Schiffes dauert dann nur noch wenige Minuten, da schon vorher alles zurecht gemacht wird. Alle 4-5 Tage muß Coaks ein= genommen werden; in folchem Falle muffen die Leute  $1-1^{1/2}$  Stunden früher zum Dienst erscheinen. Kommen dieselben fehr spät, also nach 1 Uhr. nach der Jannowigbrude und muffen fie am nächsten Tage wieder fehr früh fortsahren, so kehren sie nicht erft nach der Werft gurud, sondern schlafen auf dem Schiffe. Das Feuer wird dann gebankt und braucht am nachsten Morgen nur aufgeschürt zu werden. Die Leute sparen dann immerhin die Sin= und Rudfahrt, mas mindestens für den Schiffsführer und Steuermann wegen der nächtlichen Gefahren auf dem Waffer von großer Bedeutung ift. Seinen Auftrag erhalt ber Schiffsführer in folchem Falle nach der Jannowigbrude gefandt. Unangenehm ift es für die Leute, nament= lich für die verheirateten, daß sie erst in dem Augenblick, in dem sie sich für die Heimkehr rüsten wollen, ersahren, daß sie garnicht erst nach Hause tommen, fondern nach wenigen Stunden wieder weiter muffen. Un ein Familienleben ift überhaupt für die Leute mahrend des Sommers nicht zu Freitags und Sonnabends kommt ein folches Übernachten sehr denken. häufig vor, weil an Sonnabenden und Sonntagen viel Gesellschaften und Bereine größere Extratouren unternehmen. Überhaupt ist der Dienst der Leute einzuteilen in den regelmäßigen Tourendienst zwischen den festgelegten Endbunkten und in den Dienst bei Extratouren für Bereine u. deral. regelmäßigen Tourendienste fährt vormittags in Berlin überhaupt nur 1 Dampier. Erst auf dem Mittage wird der Berkehr häufiger. Der Dienst schwankt hier zwischen 7 und 15 Stunden. Bei Extratouren find die Leute gewöhnlich 16—17, im Höchstjalle 19 Stunden in Thätigkeit. Solche Extratouren kommen 1= bis 2mal in der Woche vor. Seitens der Direktion wurde uns die Arbeitszeit der Leute, gerechnet von der Absahrt von der Werfte bis zur Rücksehr zu derfelben, im Durchschnitt von 165 Betriebs= tagen auf rund 71/2 Stunde angegeben. Rechnet man hierzu die Vorbereitungsdienste, fo kommt eine Arbeitszeit von etwa 9 Stunden heraus.

Bei Beurteilung der Arbeitszeiten auf Extratouren muß man berücksichtigen, daß die Leute während derselben lange Ruhepausen haben. Bei 18stündigem Dienste beträgt die wirkliche Arbeitszeit höchstens 9 Stunden, während in der übrigen Zeit sogar geschlasen werden kann. Bei den gewöhnlichen Toursahrten sind wiederum längere Pausen seltener.

Bedeutend günstiger sind die Arbeitszeiten im Winter. Während desselben wird nur so lange gearbeitet, als es tageshell ist: von 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, schließlich nur noch von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags. Dazwischen liegt stets eine Mittagspause von 1 Stunde.

Mit den Ruhetagen ist es im Sommer sehr schlecht bestellt. Freie Sonntage giebt es überhaupt nicht; freie Wochentage werden während der ganzen Saison höchstens 2 gewährt, und auch diese nur bei andauernd schlechtem Wetter, wenn zufällig mehrere Dampser unbenutzt liegen bleiben müssen. Ein sreier Wochentags-Vormittag kommt öster einmal vor. Im Winter haben die Leute an jedem Sonntage und außerdem regelmäßig Sonnabends von 1 Uhr ab srei. Für Ruhetage wird im Winter und Sommer vom Monatsgehalt niemals ein Abzug gemacht.

#### Geld= und Naturalbezüge aller Art, Schadensersatzpflicht, Strafen, Bersicherung.

Die Löhne werden monatlich ausgezahlt. Im Winter find fie geringer als im Sommer. Nachfolgende Aufstellung giebt hierüber nähere Auskunft:

1. Schiffsführer	und	Ma	ichi	niĵto	en	Im Somm 100—120		Im Winter 90—95 Mf.
2. Steuerleute			•			<b>75—8</b> 0	,,	<b>7</b> 5 "
3. Heizer						60 - 80	"	nicht vorhanden
4. Bootsleute		•				54 - 65	"	desgl.
5. Schiffsjungen			•			45 - 48	"	desgl.

Außerbem erhalten die Schiffssührer, Steuerleute, Bootsleute und Schiffsjungen Dienstunisorm und die Heizer blaue Leinenanzüge. Den Bootseleuten und Schiffsjungen wird zum Schutz gegen Regen Ölzeug zur Verstügung gestellt. In den bei den Wersten befindlichen Gebäuden sind Schlassäle eingerichtet, welche nach den einzelnen Kategorien von Angestellten gestrennt sind. Viele Leute sparen dadurch die Ausgabe sür eine teuere Schlasstelle — die unverheirateten stets, die verheirateten, wenn ihre Familie außerhalb wohnt. Die Leute empfinden diese Einrichtung der Schlassäle als eine große Annehmlichkeit. Ein Entgelt sür die Benutzung brauchen sie nicht zu entrichten; auch besteht kein Zwang der Inanspruchnahme dersselben. Ebenso segensreich hat sich die Einrichtung von Kantinen auf den Wersten erwiesen. Dieselben werden nach dem Grundsat verwaltet, daß die

Einnahmen nur die Ausgaben becken sollen, also ohne finanzielles Interesse der Gesellschaft. Die Räumlichkeit und Heizung liesert die Direktion unentgeltlich. Die Leute erhalten hier ein Glas Bier oder eine Tasse Kaffee für 10 Pf., ein reelles Mittagsbrot für 30 Pf.

Auf Trinkgelber können die Leute eigentlich nur bei Extratouren, und auch dann nur sehr wenig rechnen. Man kann annehmen, daß die Trinkgelder außreichen, um davon die Mehrkosten bestreiten zu können, die das beskändige Leben außerhalb ihrer Wohnung verursacht.

Schadensersatpflicht wird von den Leuten nicht beansprucht, da der ev. Schaden doch so groß wäre, daß sie ihn nicht bezahlen könnten. Auch Strasen sind nicht eingesührt. Gegen Krankheiten ist das Personal bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen verssichert. Im allgemeinen erfreuen sie sich einer guten Gesundheit. Die Unsfallversicherung hat die Binnenschiffahrtberusgenossenschaft übernommen. Gine Ruhegehaltskasse besteht nicht. Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und notwendigen Betriebsausgaben stellt sich das Jahreseinkommen der im Winter nicht zur Entlassung gekommenen und in der Werst wohnenden Leute auf solgende Beträge:

- 1. Schiffsführer 1320 Mt., d. h. durchschnittl. pro Tag rund 3,60 Mt.
- 2. Maschinisten 1200 " " " " " " " 3,30
- 3. Steuermänner 1030 " " " " " " " " 2,80 , Während des Sommerhalbjahres beträgt das Einkommen

ber Heizer 460 Mt., "Bootsleute 400 " "Schiffsjungen 316 "

was einem Jahresbetrage von 920, bezw. 800 und 632 Mt. entsprechen würde.

## VI. Die Privatposten.

## Gefdichtliches, Betriebsumfang, Rentabilität.

Die einzige heute noch in Berlin existierende Privatpost ist die am Ansang des Jahres 1884 gegründete "Berliner Paketsahrt-Aktiengesellschaft". Alle anderen Unternehmungen dieser Art haben nur ein kurzes Dasein gestriftet; teilweise sind sie von genannter Gesellschaft ausgekaust worden. Vor dem Jahre 1884 hatte nur die "Bries- und Druckschristen-Expedition Berlin" in der Mohrenstraße 35 bestanden, und zwar vom Jahre 1873 bis zum Jahre 1874. Nach Gründung der Berliner Paketsahrt-Aktien- gesellschaft wurden noch solgende Unternehmungen ins Leben gerusen:

1. die Berliner Verkehrsanftalt Hansa (1886/87);

- 2. die Deutsche Privatpost Llond (1886):
- 3. die Aktiengesellschaft Berliner Privatpost und Spedition, welche auch die Besörderung von Briefen durch Eilboten für 10 Pf. unter Zuhilfenahme von Fahrrädern bewerkstelligte (1896):
- 4. die Berliner Verkehrsanstalt, Verlagsanstalt und Annoncenexpedition H. Achilles (1895/97).

Diese Unternehmungen existieren jedoch heute alle nicht mehr. Bom Jahre 1886 bis 1894 sührte die heutige Berliner Paketsahrt-Aktiengesellschaft den Titel "Neue Berliner Omnibus- und Paketsahrt-Aktiengesellschaft". Bis zum 1. April 1900 erstreckte sich die Thätigkeit der Gesellschaft über solgende Gegenskände:

- 1. die Beförderung von Paketen im Jahre 1894/95 wurden deren schon 2246378 befördert —;
- 2. die Beförderung von Briefen, Karten, Drucksachen, Zeitungen, Ginichriebebriefen;
- 3. die Beforderung von Geldfendungen;
- 4. die Einziehung von Geldbeträgen (Infaffo);
- 5. die Spedition von Butern im Fracht= und Gilgutverkehr:
- 6. die Bestellung von Reisegepad zwischen den hiefigen Bahnhöfen und den Wohnungen;
- 7. die Lagerung von Kaufmanns- und Privatgut.

Das jetzige Aktienkapital beträgt eine Million Mark, für welches im Geschäftsjahre 1898/99 29 % Dividende verteilt wurden. Die Aktien stehen zur Zeit im Kurse von rund 400 %. Seit dem 1. April 1900 ist der Betrieb der Gesellschaft allerdings wesentlich eingeschränkt worden. Denn nach dem Gesetze vom 20. Dezember 1899, betreffend einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen (R.G.Bl. S. 715), dürsen Anstalten zur gewerbsmäßigen Einsammlung, Besörderung oder Verteilung von unverschlossenen Briesen, Karten, Drucksachen und Warenproben, die mit der Ausschlicht bestimmter Empfänger versehen sind, nicht mehr betrieben werden. Ferner ist das Monopol der Reichspostverwaltung auf verschlossene Briese, die innerhalb der Gemeindegrenzen verbleiben, ausgedehnt worden.

Der Berliner Paketjahrt-Aktiengesellschaft find auf postalischem Gebiete nur noch solgende Gegenstände verblieben:

- 1. der Paketverkehr in Berlin und den Bororten;
- 2. die Berteilung von Drucksachen u. dergl. ohne Aufschrift innerhalb Berling:
- 3. die Bestellung regelmäßig erscheinender Zeitungen u. dergl. ohne Aufschrift nach Abonnentenlisten.

4. das Einziehen von Rechnungen, Quittungen, Bereinsbeiträgen, Hausmieten u. f. w.

Vorläufig besördert die Gesellschaft noch keine Tageszeitungen (Punkt 3), weil sie Bedenken trägt, einen so kolossalen Apparat von Austrägern nur in den Morgenstunden ohne Berringerung der Kentabilität ihres Unternehmens zu beschäftigen. Auf postalischem Gediet wird dis auf weiteres der Kleinpaketverkehr die Hauptthätigkeit der Gesellschaft bilden. Wegen der Einschränkung des Betriedes sind vorläufig am 1. April 1900 etwa 1000 Mann entlassen worden. Die Spedition und Speicherei von Gütern wird natürlich in uneingeschränktem Maße sortgesett. Da dieselbe indessen nicht mehr zum Postbetriede zu rechnen ist, werden wir die Verhältnisse der Gesprechung unterziehen.

#### Art und Zahl der Angestellten, Borbedingungen, Kaution, Arbeits= vertrag, Beförderung, Dienst= und Lebensalter.

Die Zahl der z. 3. bei der Gefellschaft beschäftigten Personen ist aus nachsolgender Aufstellung ersichtlich:

re confinements ce	1,00		, •		
Direkti	o n	§ b 1	ıre	a	u:
Bureaubeamte					22
Lehrlinge					5
					zusammen: 27
Fahrbu	r e c	ıu:			
Oberschaffner		•			8
Paketichaffner					114
Paketkutscher	•				117
					zusammen: 239
Intaffo:	= u	n d	3	e i	tung&bureau:
Bureaubeamte					7
Boten					62
Laufburschen .					2
					zusammen: 71
Spediti	o n	:			
Kutscher					37
Bodenarbeiter					37
Rolljungen .					10
Lademeister .					3
Bodenmeister .					4
					zusammen: 91
					also im ganzen: 428

An Handwerkern werden nur einige Schmiede beschäftigt, da alle anderen Arbeiten an Unternehmer vergeben werden. Die in der Spedition Beschäftigten kommen hier nicht in Frage. Es sind daher zum Postbetrieb nur 337 Personen zu rechnen, und zwar 27 zum Direktionsbureau, 239 zum Paketsahrtbureau und 71 zum Inkasso- und Zeitungsbureau. Bis zum 1. April 1900 war das Postbetriebspersonal um 927 Personen stärker. Die Entlassenen waren meist Briefträger, Briefsammler, Sortierjungen und Bureauschaffner; über die diesen Leuten wegen ihrer Entlassung gewährten Kompetenzen wollen wir später sprechen.

Die Zusammensetzung des Personals vor dem 1. April 1900 giebt nachsolgende Übersicht wieder:

Direktionsbureau											38	
Fahrbureau .											258	
Spedition											133	
Briefabteilun	t g	:										
Bureauvorsteh	er				1	18						
Bureauschaffne	r				ç	7						
Fuß=(Beftell=)	Sď	aff	ner		64	6						
Sammelschaffn	er				11	.4						
Radjahrer .						3						
Laujburschen					4	8						
				3	ujaı	mm	en:				926	
					al	(fo	im	gai	nzei	ı :	1355	•

Besondere Borkenntnisse werden von den Neueintretenden ebenso wenig wie eine Probezeit beansprucht. Die Kutscher müssen allerdings erst alle 1—2 Jahre als Stalleute arbeiten. Der Arbeitsvertrag wird stets schristlich abgeschlossen, der Inhalt desselben ist in der Hauptsache bei Gelegenheit einer im Jahre 1896 stattgehabten Lohnbewegung durch Berhandlungen vor dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichts sestgesetzt worden; die Angestellten erlangten dabei weit günstigere Bedingungen als vorher. Die damals vereinbarte zehntägige Kündigungsfrist ist allerdings inzwischen auf eine dreitägige herabgesetzt worden. Die Kaution beträgt sür Kutscher und Stalleute 100 Mt., sür Bestellboten (Briesträger) 200 und sür Paketsichaffner 400 Mt.; sie muß auf ein Sparkassend voll eingezahlt werden. Der Arbeitsvertrag enthält darüber solgende Bestimmung:

2c. 2. Ich bin nicht berechtigt, die Kaution während eines schwebenden Untersuchungs= oder Schadenermittelungsversahrens, jedenfalls aber nicht vor Ablauf von einem Monat nach Beendigung meiner Anstellung zurückzusfordern.

3. Sollte die Direktion wegen eines von mir mittelbar oder unmittelbar verursachten Schadens in Anspruch genommen werden, so soll die Kaution auf die Dauer dieses Rechtsstreites nicht abgesorbert werden können.

Das Mindestalter bei der Annahme ist für Stalleute, Schaffner, Kutscher und Bestellboten 20 Jahre; nur die Lausburschen, Stalljungen und Bureaulehrlinge stehen im Alter von 15—18 Jahren. Rach oben hin ist keine Altersgrenze sestigeset; namentlich unter den Kutschern und Schaffnern sindet man schon ziemlich alte Leute. Ein nicht geringer Teil derselben steht schon seit der Gründung der Gesellschaft in ihrem Dienste. Nur die Lausdurschen wechseln sortwährend, ebenso wie srüher die Sortierjungen, welche die Briese auf der Postanstalt zu sortieren hatten. Diese jungen Clemente betrachten ihre Beschäftigung bei der Privatpost nur als Unterschlupf in arbeitloser Zeit.

Auch bei der Berliner Paketsahrt-Gesellschaft macht sich ein großer Mangel an tüchtigen Kutschern geltend, während sür die übrigen Stellen ein großes Angebot von Arbeitskräften vorhanden ist. Von einer Besörderung in bessere Stellen ist unter den jetzigen Verhältnissen kaum Ausssicht vorhanden. Der Gesellschaft steht das Recht zu, jeden in eine andere Stelle zu versehen.

## Beschreibung des Dienstes, Arbeitszeiten, Ruhepausen, Sonntags= ruhe, Urlaub.

Ein Übelstand für die jetigen Angestellten ist es, daß sich der Betrieb nicht mehr wie früher über die in allen Teilen der Stadt eingerichteten Filialen verteilt, sondern daß das Bestell- und Inkassogeschäft nur noch von vier Depots ausgeht und der Paketverkehr sogar nur im Hauptdepot, Ritterstraße 98/99 seinen Sammelpunkt sindet. Die vier Filialen besinden sich im Centrum, Süden, Westen und Nordwesten der Stadt. Während die Bestellboten srüher in der Nähe einer Filiale wohnen konnten, von der sie sich ihre Arbeit holten, haben dieselben jetzt in den meisten Fällen einen weiten Weg zurückzulegen. Denn sie können nicht alle in der Nähe von einer der vier Filialen wohnen. Noch übler daran sind aber die im Paketsfahrbetriebe Thätigen. Wer gerade die ungünstigen Touren nach den Vorvorten hat, braucht von der Ritterstraße aus dis dahin oft länger als eine Stunde, ebenso ist es bei der Heimkehr. Da nun am Tage innerhalb

<sup>1</sup> Interesse verdient die Übersicht über die Beschäftigungsdauer der ständigen Bediensteten der Privatbeförderungsanstalten im Reichspostgebiet, abgedruckt in den Drucksachen des Reichstages 1898/1900, 1. Session, Rr. 314, Anl. Bd. III, S. 2143.

Berlins 4, in den Vororten 2 Bestellungen stattsinden, so macht sich dies recht unangenehm sühlbar. Es kommt noch hinzu, daß viele Bedienstete in großer Entsernung vom Hauptdepot wohnen. Z. B. hat ein Kutscher in der Gegend der Ackerstraße seine Wohnung. Er muß den weiten Weg vier= mal zurücklegen und zwar morgens und nachts zu Fuß.

Von einer näheren Beschreibung des Dienstes der einzelnen Kategorien von Angestellten können wir absehen, da derselbe besondere Eigentümlichkeiten nicht ausweist. Die Paketsahrtschaffner muffen naturgemäß intelligenter sein als die Kutscher, da sie viel mit Gelb umzugehen haben.

Die Arbeitszeiten waren bis zu der Lohnbewegung im Jahre 1896 recht ungünstige, trozdem die Düsseldorser Grundsätze auch auf Privatposten Unwendung sinden sollten. Jetzt beginnt der Dienst der Paketsahrtschaffner, welche das Einsammeln der Pakete an den Annahmestellen ebenso wie das Austragen derselben zu besorgen haben, sür den einen Teil um 1/27 resp. 7 Uhr morgens und ist zwischen 8 und 9 Uhr abends beendet. Der andere Teil sängt erst zwischen 9 und 1/210 Uhr an und ist um 10 Uhr abends sertig. Die Kutscher haben morgens erst ihren Wagen zu waschen, weshalb sie schaffner, also entweder zwischen 6 und 1/27 oder zwischen 1/29 und 9 erscheinen müssen.

Eine Mittagspause wird nur gewährt, wenn Zeit dazu übrig ist; sie dauert dann etwa <sup>3</sup>/4 Stunden. Die Pausen, welche zwischen den einzelnen Bestellungen liegen, und welche sich bis zu einer Stunde ausdehnen, kann man als dienstireie Zeit nicht ansehen, da sie zu unregelmäßig und zu kurz sind, als daß die Leute erst nach Hause gehen könnten. Die Direktion hat diesem Umstande auch durch Einrichtung eines Ausenthaltssaales sür etwa 50 Personen Rechnung getragen. Die tägliche Dienstzeit beträgt also sür Schaffner  $13^{1/2}$ , für Kutscher 14 Stunden.

Einen noch unangenehmeren Dienst hatten die stüheren Kutscher für Brieffarrioles, welche die Briese von den Filialen abzuholen und nach dem Hauptdepot zu bringen hatten. Ihre Arbeit begann um 1 Uhr mittags und dauerte zunächst bis 6 Uhr abends. Dann sing sie wieder um 11 Uhr abends an, um erst zwischen 4 und 5 Uhr morgens beendet zu sein. Wenn auch nur 10—11 Stunden gearbeitet wurde, so waren die Leute doch, namentlich wenn sie weit von der Kitterstraße entsernt wohnten, vom Mittag bis zum nächsten Morgen in Bewegung.

Die auf den Berliner Bahnhöfen stationierten Schaffner, welche mit der Annahme des Reisegepäcks betraut sind, haben von mittags 1 Uhr bis zum nächsten Tage mittags 1 Uhr Dienst; sie sind dann aber einen ganzen Tag dienstfrei. Auch haben sie während ihres 24stündigen Dienstes Ge-

legenheit, in der Nacht mehrere Stunden lang auf einer Feldbettstelle aus-

Die jehigen Bestellboten empsangen ihre Austräge um 7 Uhr morgens; jeder hat etwa 150-160 Sachen auszutragen. Wenn er damit sertig ist, ist sein Dienst beendet. Biele sollen schon um 3 Uhr nachmittags sertig sein. Indessen dürste sich dieses Beschäftigungsverhältnis bald ändern, da die Direktion mit der Absücht umgeht, 2 Bestellungen — die eine um 7, die andere um 3 Uhr — einzurichten. Es sollen dann jedesmal etwa 100 Sachen ausgetragen werden. Allerdings beabsüchtigt man, je 2 Bestellboten einen Hilssboten zur Seite zu stellen. Zeder Bestellbote soll eine regelmäßige Mittagspause von 2 Stunden haben. Die Stalleute haben 14 Stunden Dienst, einschließlich einer Mittagspause von 1 Stunde.

An den Sonntagen beginnt der Dienst des gesamten Personals schon um 6 Uhr morgens; er ist aber schon um 10 Uhr beendet. Eine Teilenahme am Hauptgottesdienst ist dann nicht mehr möglich. Einige Stalleute müssen den ganzen Sonntag über Wache halten. Außerdem muß ein Teil des Personals das Reisegepäck auf den Bahnhösen besorgen. Die Kutscher und Schaffner haben daher ungesähr an jedem vierten Sonntage den ganzen Tag über zu arbeiten. Rur in geringen Ausnahmesällen sindet eine gänzliche Besreiung vom Sonntagsdienst statt. Dieses Maß von Sonntagsruhe sindet allgemein die Zustimmung der Angestellten.

Wer eigenmächtig vom Dienst sortbleibt, hat 3 Mt. Ordnungsstrafe zu zahlen. Urlaub wird zwar bewilligt, in den ersten 5 Dienstjahren aber nicht bezahlt.

#### Geld= und Naturalbezüge, Schadenserfattpflicht, Strafen.

Die Gehälter der Paketsahrtangestellten sind im Lause der Jahre mehrssach ausgebessert worden. Insolge der erwähnten Lohnbewegungen wurden dieselben im Jahre 1896 auf solgende Monatsbeträge sestgeset:

## A. Briefträger, Paketsahrt=Schaffner und Rutscher.

Im	1.	Jahre	<b>65—7</b> 0	Mt.,	im 6. und 7. Jahre 90 Mt	ė ••
"2	. u.	3. "	80	,,	"8., 9. u. 10. " 95 "	
,, 4	. u.	5. "	85	,,	über 10 " 100 "	

#### B. Brieffammler.

Im 1. Jahre	55 Mf.,	im 6. und 7. Jahre	70 Mf.
" 2. u. 3. "	60 "	" 8., 9. u. 10. "	75 "
" 4. u. 5. "	65 "	" darüber	80 "

Die früheren Weihnachtsgratifikationen sind abgeschafft worden. Die Gehälter werden auch jetzt noch sämtlich monatlich ausgezahlt, ohne daß die sreien Sonntage in Abzug gebracht werden. Zur Zeit gestalten sich die Monatsgehälter solgendermaßen:

Das weitere Steigen des Gehalts der jetzigen Bestellboten soll noch festgesett werden. Bezahlte Überftunden kommen fehr felten vor; fonft werden sie mit 50-75 Bf. vergütet. Die Trinkgelder erreichen nur bei den Baketjahrtschaffnern eine nennenswerte Söhe: fie betragen durchschnittlich etwa 1 Mt. pro Tag. Die früheren Briefträger hatten durchschnittlich 50 Bf. pro Tag; die jegigen Bestellboten haben vielleicht 25 Bf. meisten Trinkgelder haben die im Centrum der Stadt Thätigen, weil sie hier viel mit Inkaffis zu thun haben, die das meiste abwersen. Dienst= kleidung erhalten Schaffner, Rutscher und Bestellboten, und zwar 1 Mantel, 1 Müte, 1 Jaquet. Hofen und Stiefel werden nicht geliefert. Die Dienst= tleidung bedeutet für die Leute eine Ersparnis von höchstens 20 Mt. Wegen nicht gehöriger Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten können die Angestellten von der Direktion in Ordnungsstrafen von 50 Pf. bis 3 Mk. genommen werben. Für jeden Schaden, welcher der Gefellschaft durch Schuld eines Bediensteten erwächst, haftet bessen Kaution. Strafen werden nicht viel verhängt; fie fliegen gur einen Salfte in die Beamtenunterstützungstaffe, gur anderen Sälfte in die Rrankenkaffe. Gin Stimmrecht haben die Bediensteten bei der Berwaltung der Unterstützungskaffe nicht. Betriebsmaterial brauchen die Leute nicht zu kaufen, nur die Rutscher ihre Peitsche, wie es überall im öffentlichen Ruhrmefen üblich ift. Gine Notwendigkeit, viel Ausgaben im Wirtshause zu machen, liegt nicht bor, ba die Angestellten nach jeder Bestellung ins Depot gurudtehren, wo ihnen ein Wartesaal gur Berfügung fteht. Unter Berücksichtigung aller Geld- und Naturalbezüge, sowie aller im Intereffe des Dienstes liegenden Ausgaben stellt sich das jährliche Arbeitseinkommen im Durchschnitt auf

```
1020 Mt. bei ben Bodenarbeitern und Stalleuten,
1060 " " " Kutschern und Bestellboten,
1300 " " " Paketsahrtschaffnern,
1500 " " " Bureauangestellten.
Die am 1. April 1900 injolge der Postnovelle vom 20. Dezember
```

1899 aus dem Dienste der Gesellschaft entlassenen Angestellten werden den Berlust ihrer Stellung kaum zu beklagen haben. Der größere Teil von ihnen ist in den Dienst der Reichspost übernommen, die anderen sind nach Artikel 4B der Novelle entschädigt worden, salls sie mindestens 3 Monate vor der Berkündigung des Gesehes im Dienste der Gesellschaft gestanden und vor dem Tage der Verkündigung das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Es erhielten z. B. die Angestellten

Bei der Mehrzahl betrug die Entschädigung mehrere Tausend Mark, so daß die Leute sich sehr gut durch Ankauf eines kleinen Geschäfts selbs ständig machen können.

#### Berficherung, Kranfheiten, Unfälle, Ruhegehalt, Organisation.

Gegen Krankheiten sind die Angestellten bei der Betriebskrankenkasse der Berliner Paketsahrtaktiengesellschaft versichert. An Krankengeld werden für die ersten 13 Wochen pro Tag 2/8 des wirklichen Arbeitsverdienstes gezahlt. Der Monatsbeitrag beträgt  $2^{1/2}$  % des Monatsgehaltes. Als Sterbegeld wird das 30sache des wirklichen Tagesverdienstes gewährt. Während der zweiten 13 Wochen erhalten die Erkrankten Unterstüßung aus der Beamtenunterstüßungskasse. Nach Ablauf dieser Zeit aber ersolgt die Entlassung — ohne Pension, da eine Ruhegehaltskasse nicht vorhanden ist. Im Jahre 1899 gewährte die Kasse bei durchschnittlich 1370 Mitgliedern in 631 Fällen Krankenunterstüßung, und zwar kamen auf ein Mitglied durchschnittlich 4,57 Krankheitstage; hierin sind die Fälle von weniger als 4 Tagen nicht enthalten. Die meisten Erkrankungen kommen im November und Dezember vor. Einige besondere Angaben über die Erkrankungen der Vaketsahrtangeskellten haben wir bereits bei den Straßenbahnen gemacht.

Gegen Unfälle werden nur die Kutscher und Paketsahrtschaffner reichs= gesetzlich versichert, und zwar bei der Fuhrwerksberussgenoffenschaft. Im Jahre 1899 find 12 Unfälle vorgekommen.

Der größte Teil der Paketsahrtangestellten war und ist auch jetzt noch in der socialdemokratischen Gewerkschaft "Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands" organisiert. Von diesem ging auch die Lohnbewegung im Jahre 1896 aus. Über den Verlauf

<sup>1</sup> S. oben S. 471.

berselben wollen wir kurz solgendes berichten: Am 16. April 1896 sand eine Bersammlung von 600 Angestellten der Gesellschaft statt, in welcher die Vertreter obigen Centralverbandes die Arbeitsverhältnisse der Gessellschaft einer Kritit unterzogen und solgendes Programm für die Forderungen der Bediensteten aufstellten:

- 1. Festsetzung ber Gehälter, ähnlich wie oben angegeben.
- 2. Un jedem vierten Tage ift der halbe Tag dienftfrei.
- 3. Jeder vierte Sonntag ift dienftfrei.
- 4. Abschaffung des jest gültigen (ungesetzliche Strafbestimmungen enthaltenden) Arbeitsvertrages und Einführung einer mit einer Kommission von Angestellten vereinbarten Arbeitsordnung.
- 5. Stellung der Beamtenunterstützungskaffe unter die Versicherungs= gesetzgebung und Verwaltung dieser Kaffe durch einen von den Angestellten gewählten Vorstand.
- 6. Humane Behandlung der Angestellten durch die Vorgesetten.
- 7. Berwendung derjenigen Schaffner, welche zum Außendienst insolge ihrer im Dienste der Gesellschaft geschwächten Körperkonstitution nicht mehr tauglich sind, als Sammler oder im Innendienst, aber unter Einreihung in die ihrem Dienstalter entsprechende Gehaltsklasse.
- 8. Einsetzung einer von sämtlichen Angestellten eingesetzten Beschwerdekommission, bestehend aus einem Mitgliede des Borstandes der Gesellschaft, zwei Bureaubeamten, zwei Unterbeamten der Briesabteilung und zwei Unterbeamter der Fahrabteilung. Aufgabe dieser Kommission soll sein, Beschwerden zu untersuchen und zu regeln.

Zur Unterbreitung dieser Forderungen an die Direktion wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, der auch Nichtangestellte der Geseslichaft zugehörten.

Am 20. April 1896 erjolgte die Anrujung des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts von seiten der Angestellten. Bevor dasselbe zusammentrat, wurde jedoch in der Bersammlung am 21. April der größte Teil der Forderungen seitens der Direktion bewisligt, da sonst der Aussbruch eines Strikes unvermeidlich schien. Nur über die Forderungen in Punkt 4—8, sowie über das Bersangen, daß Maßregesungen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung nicht stattsinden dürsten, herrschten noch Differenzen. Es kam dann am 27. April zu einer Berhandlung vor dem Einigungsamte, in der aber nur über Punkt 4 verhandelt wurde; auf die Bewilligung der übrigen Forderungen leisteten die Angestellten Berzicht. Das Ergebnis der Berhandlungen vor dem Einigungsamte war die Festsehrtensportzew.

stellung des heute noch gültigen Arbeitsvertrages. Außerdem versprachen die Direktoren, Maßregelung wegen der Beteiligung an der Lohnbewegung nicht vorzunehmen. Trohdem sollen nach Zeitungsnotizen die Vertrauens-männer des Strikes, sowie Mitglieder der srüheren Lohnkommission und eine größere Anzahl von Bediensteten wenige Monate später entlassen worden sein. Eine daraushin für den 19. Juni 1896 einberusen Versammlung der Angestellten hat hieran nichts ändern können, ebensowenig wie die Vershängung des Boykotts über die Gesellschaft von seiten der Berliner Geswertschaftskommission.

# VII. Das Gütertransportwesen (Spedition und Speicherei).

Art und Zahl der Angestellten, Arbeitsvertrag, Raution, Dienstund Lebensalter.

Bermandt mit den Bribatposten find die Gutertransportunternehmungen. Während jene u. a. den Verkehr mit kleinen Paketen innerhalb der Orte regeln, befordern diese vorzugsweise die schwereren Frachtguter ohne Beichrantung auf bestimmte Gebietsgrenzen. Der Betrieb ber Berliner Patet= jahrt-Aftiengesellschaft ist insojern interessant, als wir in ihm Brivatpostanftalt und Speditionsgewerbe vereinigt vorfinden. Andererseits findet man in ihm einen Übergang zwischen beiden Arten von Unternehmungen infofern, als auch die Beforderung größeren (Reife-) Gepacks innerhalb Berlins und der Vororte von der der Beforderung von kleinen Baketen dienenden Geschäftsstelle mitbesorgt wird. Bon großer Bedeutung für das Berliner Speditionsgewerbe mar die Ginführung des durch den deutschen Reformtarif begünstigten Sammelverkehrs. Seit Anjang der 1890er Jahre wird der= selbe von allen größeren Berliner Spediteuren gemeinsam betrieben. Dieser "Berein der Berliner Spediteure" hat neuerdings den Ramen "Güterfammelftelle" angenommen. Gine besondere Rlaffe bilden die bahnamtlichen Spediteure, welche für bestimmte Bahnhöfe die bahnamtliche Güter-Anund =Abfuhr vertraglich übernommen haben. Seit dem Jahre 1895 find biefe Sonderverträge für alle Bahnhöfe Berlins und der Vororte nach gleichem Mufter abgeschloffen worden, fo daß jest einheitliche Beftimmungen über die bahnamtliche Spedition für das ganze Wirtschaftsgebiet Berlins beftehen 2.

<sup>1</sup> Bormärts, 1896, Nr. 138-140 und 143.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Über die Entwicklung und Lage des Speditionsgewerbes siehe "Berlin und seine Cisenbahnen", Bb. II, S. 226 ff. und S. 237 ff.

Das Personal der Spediteure zerfällt in der Hauptsache in solgende Gruppen:

- 1. Bureaupersonal,
- 2. Rollfuticher,
- 3. Rolljungen,

- 4. Bodenarbeiter,
- 5. Stallleute,
- 6. Sandwerker.

Die Zahl der im Wirtschaftsgebiet Berlins im Speditionsgewerbe Thätigen beträgt etwa 2000. Die größte Speditionssirma Berlins, die Berliner Spediteur-Verein-Attiengesellschaft, beschäftigt im Speditionsbetriebe

- 18 Bodenmeifter,
- 80 Bodenarbeiter,
- 14 Handwerker,

- 5 Stallleute.
- 97 Rollfutscher,
- 97 Rolljungen.

Die Verhältniffe des Bureaupersonals find dieselben wie in allen taufmännischen Geschäften; allerdings kommt viel Nachtarbeit vor. In der Sauptfache wollen wir uns hier mit den Rollfutschern und Roll= jungen beschäftigen. Die Arbeitsberträge werden bei dem einen Unternehmer mundlich, bei dem anderen schriftlich geschlossen gegen beiderseitiges 1-3tägiges Rundigungsrecht. Die Raution der Rollfuticher beträgt in ber Regel 150 Mt.: fie kann allmählich eingezahlt werden, und zwar ge= wöhnlich in monatlichen Raten von 6—10 Mt. Unter den Rutschern sind alle Altersklaffen vertreten. Die Kolljungen zerfallen in folche, die vom Spediteur selbst engagiert werden und folche, die sich der Rutscher selbst annimmt. Denn nicht alle Spediteure geben ihren Kutschern Kolljungen mit. Will fich ber Ruticher bavor ichuten, daß ihm fortwährend Rolli vom Wagen gestohlen werden, so muß er fich eben felbst einen Jungen halten. Die bom Spediteur angenommenen Rolljungen ftehen im 16 .- 18. Lebens= jahre; aus ihnen rekrutieren sich die späteren Kutscher. Die von den Rutschern selbst angeworbenen Jungen find dagegen viel junger; häufig genug find fie noch schulpflichtig. Während unter ben Rolljungen ein beftändiger Wechsel stattfindet, find die Rutscher jahre-, wenn nicht jahrzehntelang bei demfelben Spediteur thatia.

#### Beschreibung der Arbeit, Arbeitszeiten, Ruhepausen, Sonntagsruhe.

Die Arbeit der Speditionsarbeiter und Rollfutscher ist keine leichte. Das Auf- und Abladen der oft 12 Centner schweren Lasten, sowie das Berpacken derselben auf dem Speicher verursacht große, körperliche Anstrengungen. Die Kutscher und Rolljungen sind den ganzen Tag über dem Wind und Wetter ausgesetzt. Mitseid erregen geradezu die meist nur dürstig gekleideten Kolljungen, die von strenger Kälte bei mangelhaster Nahrung und überanstrengend langer Thätigkeit viel zu leiden haben.

33 \*

Die Länge der Arbeitszeit für das Rollpersonal hängt wesentlich dabon ab, ob der betreffende Unternehmer eine hinreichende Angahl von Bodenarbeitern beschäftigt, um die Wagen morgens bor der Ankunft des Kutichers beladen oder abends gleich nach der Ankunft ohne Silfe der Rutscher abladen zu laffen. Sonft muffen nämlich die Rollkutscher, ja manchmal felbst Die Rolljungen beim Laden mithelfen. Um gunftigften liegen die Berhalt= niffe ba, wo fo viel Bodenarbeiter vorhanden find, dag eine Tag= und Nachtfolonne beschäftigt werden tann. Go haben g. B. beim Berliner Spediteur=Berein 2/8 der Bodenarbeiter des Nachts, 1/8 am Tage zu arbeiten. Ebenso ist es im Speditionsbetriebe der Berliner Paketsahrt= Aftiengefellschaft. In folchen Betrieben ift die Arbeitszeit 1-3 Stunden fürzer als in anderen, ba es in letteren lange Zeit dauert, bebor alle Wagen auf= refp. abgeladen find. Die Rutscher kommen dann meift um 6 Uhr auf den Hof, füttern ihre Pferde und helfen etwas beim Laden. Sie beforgen dann ihre Auhren und find spätestens um 10 Uhr, manchmal auch schon um 8 Uhr zurud. Sie konnen bann gewöhnlich nach Sause geben. Diejenigen, welche nach 8 Uhr abends noch einmal vom Boje fahren muffen, brauchen gewöhnlich am nächsten Tage erst später, etwa um 9 Uhr vormittags jur Arbeit zu kommen; oder fie erhalten 0,50 bis 1 Mt. besonders ver= autet. Immerhin betragt die Arbeitszeit felbst in diesen gunftigeren Betrieben für Rutscher und Jungen 15 Stunden. Bei der Berliner Bafetfahrt= gesellschaft brauchen die Rolljungen erft um 7 Uhr auf den Hof zu kommen und können abends gleich nach Ankunft des Wagens am hauptbepot nach Sie haben also nur 12-13 Stunden Arbeitszeit. Haufe gehen. Rutscher brauchen hier beim Aufladen nicht mitzuarbeiten, muffen aber beim Abladen behilflich sein. Die Arbeitszeit der Bodenarbeiter beläuft sich in Betrieben mit Tag= und Nachtschicht auf durchschnittlich 12 Stunden.

Ungünstiger liegen die Verhältnisse in denjenigen Betrieben, bei denen sür die Bodenarbeiter wegen ihrer zu kleinen Anzahl keine Nachtschicht einsgerichtet ist, oder zu wenig Bodenarbeiter beschäftigt werden. Hier müssen die Rutscher und event. die Rolljungen beim Aussumer und Abladen tüchtig mithelsen. Ja, es geht sogar so weit, daß die Bodenarbeiter am Tage als Rolljungen mitsahren, da während der Tagesstunden aus dem Speicher nicht viel zu thun ist. In solchen Betrieben erscheinen Bodenarbeiter, Rutscher und Rolljungen morgens um 6 Uhr. Um 7 Uhr wird vom Hos gesahren, und zwar geht's zunächst mit dem ausgesahren Gut nach dem Bahnhos. Das hier wieder empsangene Gut wird gleich an die Kunden in der Stadt ausgesahren. Wenn das Rollpersonal nun etwa um 11 Uhr nachts nach Erledigung aller Touren nach dem Depot zurücksehrt, muß es,

ba ber Andrang der Wagen zu groß ist, oft 1—2 Stunden warten, ehe der eigene Wagen zum Abladen herankommt. In verschiedenen Betrieben dauert die tägliche Dienstzeit dadurch 16, 17, ja sogar 18 Stunden. Von einer genügenden Nachtruhe ist daher häusig keine Rede. Nicht selten sind die armen Kolljungen infolge der Übermüdung auf dem Wagen eingeschlasen.

Schuld an der langen Beschäftigung der Speditionsarbeiter haben in nicht geringem Maße die Kunden, namentlich die größeren Geschäfte. Erst in später Abendstunde, manchmal erst zwischen 9 und 10, erhalten die Kutscher die Güter von jenen ausgehändigt, nachdem sie unter Umständen eine Stunde lang daraus gewartet haben. Bielleicht trägt die neuste Bervordnung über den 9 Uhr-Ladenschluß zu einer schnelleren Absertigung seitens der Geschäftssirmen bei. Die Speditionsarbeiter selbst haben sich sogar schon seit langer Zeit einen 8 Uhr-Ladenschluß gewünscht. Nicht unwesentlich mag auch zur Hinausschiedeung der Dienstbeendigung die Polizeiverordnung beitragen, nach welcher in gewissen Hauptverkehrsstraßen Berlins in den Tagesstunden von Kollwagen nicht gesahren, also auch nicht geladen werden dars.

Wir wollen zugeben, daß die Speditionsarbeiter nicht während der ganzen 15-18 Stunden anstrengend zu arbeiten brauchen. Sie stehen manchmal 3-4 Stunden auf den Bahnhösen herum, ehe sie zum Aufladen zugelassen werden; ebenso müssen sie abends 1-2 Stunden auf das Abladen warten. Trozdem aber dürsen diese Wartezeiten doch nicht als vollsommene Ruhepausen angesehen werden. Denn die Leute haben auch keine offizielle Frühstücks-, Besper- und Mittagspause. Sie nehmen diese Mahlzeiten ein, wenn sie gerade Zeit dazu haben; meist sind sie gezwungen, im Wirtshaus zu eisen. Am schlimmsten sind die Kolljungen daran, sie essen häusig überhaupt kein Mittagbrot, da sie zum Speisen im Wirtshaus kein Geld haben, und außerdem, wenn der Kutscher den Wagen verläßt, denselben bewachen müssen. Ein guter Kutscher spendiert seinem Kolljungen allensals eine Tasse warmen Kasses. Bei vielen blutzungen Leuten muß ein Schnaps das Erwärmende des Mittagbrotes im Winter ersehen.

Alle 14 Tage haben die Speditionsarbeiter einen ganz freien Sonntag. An den übrigen Sonntagen muß ungefähr die Hälfte der Angestellten das Eilgut nach den Bahnhösen besorgen. Sie sind aber auch dann kurz nach 10 Uhr sertig. Im allgemeinen weiß jeder, wann er seinen freien Sonntag hat, was immerhin viel wert ist. Der Antrag Singer an die Berliner Stadtverordnetenversammlung, durch ein Ortsstatut die allgemeine Sonntagsruhe in Fabrik, Speditions, Engros, und Bankgeschäften gänzlich zur Einsührung zu bringen, ist nach Anhörung der

Altesten der Berliner Kausmannschaft nicht genehmigt worden. Auch hatte sich der Berein der Berliner Spediteure gegen den Erlaß eines solchen Ortsstatutes ausgelehnt, da sie sonst durch den Wettbewerb des Auslandes und anderer deutschen Städte finanziell allzu sehr geschädigt werden würden.

#### Geld= und Naturalbezüge, Schadenserjakpflicht, notwendige Ausgaben.

Die Löhne der Kolltutscher sind keine schlechten; sie werden meist wöchentlich ausgezahlt. Die Berliner Paketsahrtaktiengesellschaft hat monatsliche Lohnzahlung. Der Lohn schwankt zwischen 20 und 24 Mt. pro Woche. Gewöhnlich wird gleich 1 Mt. für die Ansammlung einer Kaution absgezogen, und zwar auch dann, wenn die vorgeschriebenen 150 Mt. bereits überschritten sind. Ein Überschreiten dieser Summe kommt allerdings selten vor, weil die Kolltutscher viel Schadensersah leisten müssen. Denn allzu häusig wird ihnen — troh der Begleitung des Kolljungen — ein Kolli vom Wagen gestohlen, wosür sie auskommen müssen. Man kann durchschnittlich 1 Mt. pro Monat sür Schadensersah rechnen.

Außer dem Lohn beziehen die Autscher reichliche Trinkgelber, pro Tag mindestens 1,25 Mk., also pro Woche 7,50 Mk. Da es Trinkgelber nur beim Ab= und Anrollen der Güter bei den Kunden, dagegen nicht bei dem Transport von und zur Bahn giebt, so wird von den Arbeitgebern dafür gesorgt, daß nicht ein Autscher ausschließlich Bahngüter sährt, sondern daß jeder einmal zu den Kunden kommt.

Bei Beurteilung der Einkommensverhältnisse der Kollkutscher muß man in Betracht ziehen, daß dieselben große Krastanstrengungen leisten und den ganzen Tag über unterwegs sind. Sie müssen, um ihren Körper bei Krästen zu erhalten, gut essen und trinken. Man kann daher die 1,25 Mk. Trinkgeld als Zehrungsgelder betrachten, die eine notwendige, in der Natur der Arbeit liegende Betriebsausgabe bilden. Hiernach verbleibt ein durchschnittlicher Arbeitsverdienst von rd. 22 Mk. pro Woche, was ein Jahreseinkommen von rund 1150 Mk. ausmacht. Das Schurzsell wird den Kutschern in den meisten Betrieben geliesert.

Rolljungen, welche vom Unternehmer selbst beschäftigt werden, erhalten 9—10 Mf. pro Woche, die anderen 30 bis 40 Pf. pro Tag. Da der Kutscher gewöhnlich 1 Mf. vom Fuhrherrn für das Halten des Kolljungen vergütigt erhält, so verdient er dabei sogar etwas.

#### Bersicherung, Organisation.

Gegen Krankheiten sind die Speditionsarbeiter vielsach bei der Ortsekrankenkasse sin den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handwerker und Apoetheker versichert. Bezüglich der Unsallversicherung gehören die Speditionsebetriebe zu der Speditionse, Speicherei- und Kellereiberussgenossensschaft. Es kommen ziemlich viel Unsälle vor. Im Betriebe der Berliner Spediteurverein-Aktiengesellschaft passiert wöchentlich etwa 1 Unsall.

Auch die Speditionsarbeiter find in dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands organisiert. Erst im Jahre 1899 hat eine Lohnbewegung unter ihnen stattgesunden. In einer im August 1899 stattgehabten Versammlung von etwa 1000 Speditions- arbeitern wurde ein Schreiben an die "Vereinigten Spedikeure" abgesaßt, in welchem solgende Forderungen ausgestellt wurden:

- 1. Für Kolltutscher einen Minimallohn von 22 Mt., nach einjähriger Thätigkeit derselben von 25 Mk. pro Woche.
- 2. Für die Rollfutscher bei der Bahnspedition einen Minimalmonats= lohn von 78 Mk., nach einjähriger Thätigkeit von 86 Mk., resp. einen Wochenlohn von 18 bezw. 21 Mk.
- 3. Bezahlung der Überstunden von 9 Uhr abends ab mit 50 Pf. pro Stunde.

Die Versammlung erachtet es serner für unbedingt notwendig, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizusühren und sordert infolge= bessen von den Vereinigten Spediteuren:

- 4. Daß in der Zeit vom 15. April bis 15. August und vom 1. Dezember bis 1. März nach 7 Uhr abends und in der Zeit vom 15. August bis 1. Dezember und vom 1. März bis 15. April nach 8 Uhr abends kein Kutscher mehr auf die Tour geschickt werden darf.
- 5. Abschaffung der Stallwachen für die Rutscher.
- 6. Für Bodenarbeiter wird verlangt, eine Tagschicht von 11 Stunden und eine Nachtschicht von 10 Stunden Arbeitszeit, unterbrochen durch eine zweistundige Pause.
- 7. Der Lohn für Bobenarbeiter beträgt 21 Mf. und nach einem Jahre 24 Mf.; ferner pro Überstunde an Wochentagen 35 Pf., für Sonntagsarbeit 50 Pf. pro Stunde.
- 8. Auszahlung des Wochenlohnes am Freitag.

<sup>1</sup> Siehe "Courier" vom 3. und 17. September 1899.

- 9. Maßregelungen dürfen wegen Beteiligung an der Bewegung nicht itattfinden.
- Es janden dann über diese Punkte Verhandlungen zwischen den Spediteuren und ihren Arbeitern statt, nachdem sich erstere geweigert hatten, mit sremden Vertretern der Arbeitnehmer, nämlich den Führern des Centralverbandes, zu verhandeln. Eine am 30. August einberusene Versammlung von etwa 1500 Speditionsarbeitern erkannte jedoch die Abmachungen der Lohnkommission nicht an, sondern beschloß, solgende Forderungen aufzusstellen:
  - 1. Sämtliche Rollfutscher und Speditionsarbeiter der Bereinigten Spediteure erhalten eine Lohnzulage von wöchentlich 1,50 Mf., unbeirrt der Höhe ihres gegenwärtigen Lohnes.
  - 2. Jeder Rollkutscher, welcher nach 8 Uhr abends noch auf die Tour geschickt wird, erhält eine Entschädigung von 50 Pj.
  - 3. Da eine Bezahlung der Überstunden für Bodenarbeiter nicht stattfindet, erhalten dieselben während der Saison eine Extrazulage von 3 Mt. pro Woche.
  - 4. Stallwachen sollen nicht von Rollfutschern und Bodenarbeitern außgeführt werden; Sonntagswachen von Mittags bis zum Abendsutter
    nur auf Grund freier Bereinbarung und gegen entsprechende Entsichädigung.
  - 5. Der Minimalwochenlohn beträgt für Rolltutscher und Bodenarbeiter 18 Mf pro Woche.

Es war zugleich verabredet worden, daß in allen Betrieben, in denen diese Forderungen nicht bewilligt werden würden, sosort die Arbeit niederzgelegt werden sollte. Indessen ist es hierzu nicht gekommen, weil von den Unternehmern saft alles bewilligt wurde. Über die früheren Bestrebungen der Angestellten, die Abholung der Güter nach 8 Uhr abends überhaupt abzuschaffen, sanden noch später wieder Verhandlungen statt. Der Centralverband richtete am 5. September 1899 eine Eingabe an die Ültesten der Berliner Kausmannschaft, in der die Notwendigkeit und Möglichkeit der Beendigung der Güterabholung um 8 Uhr dargelegt wurde. Die Ültesten der Kausmannschaft erkannten die volle Berechtigung der Forderung an und ersuchten den Lokalverein Berliner Spediteure in einem aussührlichen Schreiben vom 4. November 1899, daß sich die Spediteure gegenseitig verpflichten möchten, nach 8 Uhr keine Güter mehr von den Geschäftslokalen abzurollen. Da diese jedoch besürchten mußten, daß sich von seiten ihrer Kunden, namentslich der Großkonsektionäre, ein lebhafter Widerstand gegen ein solches Vors

gehen geltend machen würde, haben fie von allen Maßnahmen Abstand genommen. Es ist also beim Alten geblieben.

## VIII. Haushaltungsrechnungen, Statistisches.

In der Absicht, einen näheren Einblick in die Wirtschaftssührung und in das innere Familienleben der Verkehrsarbeiter zu gewinnen, haben wir etwa 100 Fragebogen sowohl an die Angestellten selbst als auch an deren Arbeitgeber und an die Fachvereine und Gewertschaften behuss Verteilung an jene ausgegeben. Es sind jedoch nur 14 Antworten eingegangen, deren Inhalt in nachsolgender Tabelle zusammengestellt worden ist.

Wir haben besonderen Wert darauf gelegt, daß die Fragebogen "nur an folche verheiratete Leute gegeben wurden, welche keine Roftganger haben", um gewissermaßen den thpischen Fall einer Familie mit noch un= mundigen Kindern zu fixieren. Sobald Kostganger dabei find, wird das Bild vollständig unübersichtlich, da man nie recht ersehen kann, in welchem Mage benn der Roftganger an den verschiedenen Ausgaben beteiligt ift. Auch werden fich annähernd richtige, ftatistische Bergleiche nur dann anftellen laffen, wenn man es mit möglichst gleichen, typischen Fällen zu thun Den unverheirateten Bahnreiniger haben wir daher bei den späteren Berechnungen nicht berücklichtigt; wir haben feine Saushaltsrechnung aber wiedergegeben, da fie immerhin das bis jest nur spärliche Material über Arbeiterbudgets vermehrt. Den Wagenführer von 34 Jahren haben wir in Rechnung gezogen, tropbem das eine Rind 416 Mt. im Jahre verdient, weil hier die Chefrau wegen der großen Anzahl von Kindern nicht nebenbei arbeiten kann, und in den übrigen Familien weniger Kinder vorhanden find. Bei Absaffung des Fragebogens haben wir uns dem von Dr. Birfch= berg bei seiner Aufstellung von Haushalungsrechnungen Berliner Arbeiter ent= worfenen Schema im wefentlichen angeschloffen, um eine Bergleichung mit den von ihm gewonnenen Refultaten, die fich allerdings auch auf Familien mit Roftgangern beziehen, zu ermöglichen. Die auf die Wohn= verhältnisse sowie das Trinken und Speisen in Wirtshäusern bezüglichen Fragen sind wesentlich erweitert worden.

Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie schwierig es ist, wirklich brauchbare Haushaltungsrechnungen von Arbeitern zu erhalten. Abgesehen davon, daß viele nicht die genügende Intelligenz besitzen, stehen dieselben allen Fragen über ihre Einkommensverhältnisse sehr mißtrauisch

<sup>1</sup> a. a. D. S. 292.

Saushaltungsrechnungen

_					
		Bahn=	Wagenführ	er bei ber Si im Alter von	traßenbahn
	Fragestellung	reiniger im Alter	u e	u a	es es
		von 26 Jahren	Zahren	Zahren	Jahren
		20 Jugeon	24 در	68	85 57
_			61	. 61	
1.	Ihre Wohnung besteht aus? (St. = Stube, K. = Küche)	Schlafstelle	1 St. 1 <b>R</b> .	2 €t. 1 <b>R</b> .	1 St. 1 Å.
	haben Sie einen eigenen Korribor?	_	1		
	Wo liegt die Wohnung? (Ob Vorberhaus = B., Seitenflügel = S., Duergebäude = D.)	~	m	m	
	•	<b>ෙ</b> .	v.	₽.	D.
	Wieviel Treppen?	p.	p.	IV.	р.
	In welcher Stadtgegend?	NO.	N.	Rigborf	N.
	In einem älteren (ä.) ober neueren (n.)	ļ			
	Hause?	ä.	n.	ä.	ä.
	Eigene Wasserleitung?		1	1	_
	Eigenes Rlofet?	_	1		
	Ausguß in ber Rüche?		1	1	1
2.	Wer erhält von Ihnen seinen Unterhalt gang ober fast gang? (E. — Chefrau, K.	-	E., 1 R.	<b>©</b> .	E., 8 K.
	$=$ $\Re$ ind)				
3.	Wer verdient mit und wodurch?	_	E. burch Milch= geschäft	_	1 K. burch Nähen
	A. Einnahmen im Jahre 1899.				
1.	Wieviel erhielten Sie an Lohn, einschl. Naturalien, Weihnachtsprämien u. dgl.?	920	1160	1180	1260
	an Trinkgelbern (ohne jeden Abzug)?	-	_	_	_
	Einnahmen aus ber Nebenbeschäftigung als Portier, Sausreiniger, Schlafftellen- vermieter u. f. m.		_	_	_
2.	Buschuß burch Berdienft ber Chefrau? .		360	_	_
	ber Kinder?		_	_	416
		_			410
0	ber anderen oben unter 3 aufgeführten Haushaltungsangehörigen?	_		_	_
3.	Andere außerordentliche Einnahmen wie Lotteriegewinn, Geschenke u. dgl.?		_		
	Also Jahreseinnahme:	920	1520	1180	1676

von 14 Berkehrsarbeitern.

====								·			
29 Jahren	30 Jahren	30 Jahren gar	34 Rahren gud	40 Jahren mi	30 Sahren 30	36 Jahren	44 Jahren	Drojckenkutscher im Alter von 46 Jahren	Omntbuskuticher im Alter von 37 Jahren	Durchschnitt bei den Wagenführern	Durchschitt bei den Schassen
2 ~4	1 21	2 64	0 ~4		0.21		3 64	. ~.	1 ~4		
2 St. 1 <b>f</b> .	1 St. 1 K.	2 St. 1 <b>R</b> .	2 €t. 1 <b>R</b> .	1 St.	2 St. 1 R.	2 St. 1 K.	2 St 1 <b>R</b> .	1 St. 1 A.	1 St. 1 R.		
1	1	_	_	_	_	_	1	_	-		}
۵.	<sub>්</sub> පි.	v.	<b>3.</b>	v.	<b>3</b> 3.	v.	v.	v.	a.		
I.	I	I	р.	IV.	I.	p.	р.	IV.	III.		İ
0.	so.	Hohen. Schön=	Hohen= Schön= hausen	S0.	Fried= richs= hagen	Friedrichs= hagen	Fried= richs= hagen	so.	Schöne= berg		
n.	n.	n.	ä.	ä.	ä.	n.	n.	n.	n.		
1	1	1		_	_	1	_	1	1		
1	1	1	_	_	_	_	1	_	_		
1	1		_	_	_	1	_	1	1		
E. u. Schwie= ger= mutter	€., 2 st.	E., 1 K.	Œ.	1 Cou= fine	©., 4 K.	E., 1 K. u. Schwieger= eltern	G., 5 <b>R</b> .	E., 3 R.	Œ.		
	E. burd) Mäntel= näh <b>en</b>	_	_	_	_	E. durch Material= waren= geschäft		E. durch Nähen	E. burch Mäntel= nähen		
1140 360	1200 340	1140 360	940	1440 270	940	940 180	1120 180	1200 300	1060	1200	in Berlin 1108 Mf., in Friedrichs= hagen 1000 Mf. in Berlin 362 Mf., in
500	940	900	400	210	100	100	100	500			Friedrichs= hagen 170 Mt.
_	_	_	_	_	120	400	90	-	300		_
_	120		-		-	_	_	200	_	-	_
_	-	-	_	_	_	_	_	-		_	
-	_	_	_	_	_		_		_	-	_
-	_				60	_	_	_	_	_	_
1500	1660	1500	1420	1710	1270	1520	1390	1700	1360	1458	1498

Haushaltung grechnungen

	· ·			
	Bahn=	<b>Ba</b> genführ	er bei ber St im Alter von	raßenbahn
Fragestellung	reiniger im Alter	re H	Len	ren
	von 26 Jahren	Zahren	Zahren	3ahren
		42	29	34
	l		<u> </u>	
B. Ausgaben im Jahre 1899:				
1. Für Wohnung?	108	200	240	222
Für Heizung?	6	50	25	72
Für Beleuchtung?	2	36	10	35
2. Für Essen und Trinken im Haushalt (auch Kaffee).?	36	640	660	790
` ' '' '	144	80	40	
3. Für Trinken im Wirtshaus?		00		50
4. Für Effen im Wirtshaus	396		50	10
Die oft mußten Sie burchschnittlich im				
Monat im Wirtshaus	00		10	
frühftücen?	$\begin{array}{c} 30 \\ 8 \end{array}$	_	$\frac{10}{5}$	3 5
Abendbrot effen?	30	_	8	10
T 07. 2 - 7 - 5" - 9 (07. 25"	<u> </u>			
5. Ausgaben für Bergnügungen (Ausflüge, Theater u. bergl.)?	20	40	_	_
Für Cigarren und Tabak?	18	28		20
Für Zeitungen?	_	15	4	7
6. Für Arzt, Medizin, Krankheiten?			20	4
7. Für Kleidung und Wäsche?	147	160	180	140
8. Beiträge für Versicherungen?	33	19	19	19
9. Beiträge für Vereine und Sammlungen?	_	_	_	
10. Steuern?	4	12	12	12
11. Andere außerordentliche (nicht alle Jahre				
wiederkehrende) Ausgaben für Möbel, Umzug und dergl.?		_	40	70
Mija Sahrasansaahan.	914	1280	1300	1451
Alfo Jahresausgaben:	6	240	1900	225
Die Ginnahmen überstiegen die Ausgaben um:	О	240	100	225
Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um:		_	120	
Ihre Ersparnisse betrugen				
am 1. Januar 1889: am 31. Dezember 1899:	$\frac{-}{6}$	120		$\frac{-}{25}$
Ihre Schulden betrugen am 1. Januar 1899:	_	120	_	200
am 31. Dezember 1899:	-		120	
·				

von 14 Berkehrsarbeitern.

29 Jahren	30 Jahren	30 Jahren	34 Jahren abnina	40 Jahren im	30 Jahren 30	36 Jahren	44 Jahren	Drofctenkutscher im Alter von 46 Jahren	Omnibustutscher im Alter von 37 Jahren	Durchschnitt bei ben Wagenführern	Durchschnitt bet den Schaffnern
324 70 20 600 250	300 44 25 660 175 100	192 48 16 660 140 100	180 60 15 600 180 90	156 60 15 648 20 180	300 60 10 597 100 40	250 80 20 780 170 —	150 70 20 730 170	250 48 12 680 60 300	234 40 12 624 44 20	220 49 27 697 57 20	in Berlin 260 Mt., in ben Bororten 219 Mt. 62 18 659 151
_ _ _	4 6 8	6 3 5	2 2 5	8 6 8	4 - 4	 	_ 	30 30 —	1 1 1		 
130 20 12  100 25  12	10 20 12 50 150 30 	60 20 6 - 180 19 - 12	75 10 7 — 180 19 — 17	20 5 5 250 148 19 — 24	5 8 20 50 52 — 6	20 5 10 120 120 36 — 14	9 5 7 50 100 36 — 16	20 40 10 12 160 19 — 12	10 10 8 — 142 45 12 24	14 16 8 - 160 19 ? 12	40 111 8 — 128 29 ? 17
1563 — 63	1638 22 —	1513 — 13	1480 — 60	1550 160 —	1368 — 98	1720 — 200	1390 — —	1773 — 73	1265 95 —	1320 — —	1528 — —
  20 83		13 — —	- - 60	160 —	_ _ _ 98	 300 500	_ _ _	73     	20 115 —	_ _ _	=

gegenüber, da sie immer gleich den Steuerdenunzianten dahinter vermuten. Es bedurste daher zur Richtigstellung der Fragebeantwortungen vielsacher Rücksragen und Ergänzungen. Über die Trinkgelder haben sich die meisten ausgeschwiegen, weshalb hier die Eintragung meist von unserer Seite nach unserem besten Wissen ersolgt ist. Den Bezug von Dienstunisorm und Weihnachtsgratisitationen hatte nicht ein einziger Arbeiter erwähnt; auch hier sind Ergänzungen gemacht worden.

Bei Durchsicht obiger Tabelle gelangen wir nun zu folgenden Resultaten: Wohnverhältnisse: Die in den Vororten wohnenden Arbeiter versügen über bessere Wohnungen als diesenigen in Berlin. Sie wohnen alle im Vorderhause, und zwar meist parterre oder eine Treppe, während die Berliner Arbeiter ausschließlich in den weniger bevorzugten Stadtteilen entweder im Seitenslügel resp. im Duergebäude oder in den höheren Etagen des Vorderhauses ihr Heim ausgeschlagen haben. Dagegen haben die in den Vororten wohnenden Leute wiederum darunter zu leiden, daß sie keine Wasserleitung, kein eigenes Kloset und keinen Ausguß in der Küche haben. Die Ausgaben sür die Wohnung betragen bei

dem Droschkenkutscher	15	$^{0}/_{0}$	des	Gesamteinkommens.
den Führern	15	$^{\rm o}/_{\rm o}$	,,	<b>"</b>
den Schaffnern in Berlin	16	o/o	,,	"
" " in den Vororten	14	$^{\mathrm{o}}/_{\mathrm{o}}$	,,	"
dem Omnibuskutscher	17	$^{0}/_{0}$	,,	"
im Durchschnitt in Berlin	15,7	$5^{0}/_{0}$	,,	"

Die Einnahmen aus Trinkgelbern betragen bei dem Droschkenskutscher 20%, den Schaffnern in Berlin 25%, in Friedrichshagen 15% des Berusseinkommens. In Berlin find die Leute also bis zu 1/4 ihres Einkommens auf Trinkgelder angewiesen, was immerhin bedauerlich ist. In Prozenten der Gesamteinnahme betragen die Ausgaben sür

	Heizung	Be= leuchtung	Effen u. Trinten im Haushalt	Essen im Wirts haus	Trinken = im Wirtshaus	Nahrung überhaupt
bei dem Droschkenkutscher	<b>2</b> ,8	,,	40	<b>1</b> 8	4	62
bei den Führern	3,4	,,	48	1	4	<b>5</b> 3
bei den Schaffnern	4,1	,,	44	4	10	<b>5</b> 8
bei dem Omnibuskutscher	2,9	,,	46	<b>2</b>	3	51
im Durchschnitt	3,3	1,1	44,5	· —	_	56

Berechnen wir die Ausgaben nach Prozenten der ordentlichen Gesamtausgaben, fo gelangen wir zu folgenden Resultaten:

Berhältniffe ber Bediensteten u. Arbeiter im Straßenverkehrsgewerbe Berling. 527

	Droschken= kutscher	Führer	Schaffner	Omnibus= futscher	Im Durch= schnitt
Wohnung	15 º/o	17 º/o	in Berlin $17^{0}/_{0}$ in ben Bororten $14^{0}/_{0}$	19 º/o	17 º/o
Beizung und Beleuchtung	$3,7^{0}/o$	5,7 º/o	$5,2^{0}/_{0}$	$4,2^{0/0}$	$4,7^{0}/o$
Nahrung überhaupt	$64^{\ 0}/_{0}$	$58^{\circ}/o$	57°/o	$56~^{\rm O}/_{\rm O}$	$58,75^{0}/_{0}$
Trinken und Essen im Wirtshaus	$22^{0}/_{0}$		_	<b></b>	8,7 <sup>0</sup> /0 ohne cojdtentutjder
Rleidung	10 º/o	$12^{0}/_{0}$	8 º/o	$12^{0}/_{0}$	10,50 º/o
Berficherung, Gefundheits= pflege	$2^{0}/_{0}$	1 º/o	$2^{0}/_{0}$	4 º/o	2,25 0/0

Dr. hirschberg macht uns diese Angaben nach den Haushaltsrechnungen von 13 Berliner Arbeitern, die außer den Straßenreinigern alle gelernte Arbeiter der verschiedensten Berufszweige sind. Wir haben den Durchschnitt der von Dr. hirschberg ausgestellten Prozentsätze berechnet und wollen diesen mit unseren Zahlen und außerdem mit den von Ernst Engel ist eine bemittelte sächsische Arbeitersamilie erzielten Resultaten der Übersicht wegen zusammenstellen:

	Nach unserer Berechnnng	nach Dr. Hirschberg	nach Engel
Nahrung	58,75 <sup>0</sup> /o	$56,3^{0}/_{0}$	$62^{0}/_{0}$
Effen und Trinken im Wirtshaus	$8,7$ bezw. $22$ $^{\circ}/_{o}$	6,7 º/o	_
Wohnung	$17  ^{\mathrm{o}}/_{\mathrm{o}}$	17,8 º/o	$12~^{\mathrm{o}/\mathrm{o}}$
Rleidung	10,50 º/o	$9,9^{0}/_{0}$	16 º/o
Heizung und Beleuchtung	$4,7^{0}/_{0}$	$5,3^{0}/_{0}$	5 º/o
Gefundheitspflege, Berficherung	$2,25^{0}/_{0}$	$5,3^{0}/_{0}$	$1^{o/o}$

Unsere Prozentsätze kommen benen von Dr. Hirscherg ziemlich nache. Daß die Berkchrsarbeiter einen höheren Prozentsatz bei den Ausgaben für Essen und Trinken im Wirtshaus ausweisen, ist nach unseren früheren Aussiührungen erklärlich. An ihrer Spitze stehen die Droschenkutscher mit 20%0, da viele sast ausschließlich ihren Nahrungsbedars im Wirtshaus becken. Daß die Hirschergsche Statistif für Gesundheitspslege und Versicherung eine verhältnismäßig höhere Summe bringt als die unserige, hat seinen Grund darin, daß die Straßenreiniger ziemlich hohe Versicherungsebeiträge zahlen. Dr. Hirscherg hat bereits darauf hingewiesen, daß Engels Unnahme über Wohnung und Nahrung wesenklich von den sur Verliner Arbeiter ermittelten Zahlen abweichen.

Neben den Fragebogen über Haushaltsrechnungen wurde noch von uns eine andere Art von Fragebogen an die Arbeitnehmer ausgegeben, deren Beantwortung wir in nachfolgender Tabelle wiedergeben:

<sup>1</sup> Die Lebenskoften belgischer Arbeiterfamilien, Dresten 1895.

			Drojchte	ntutjæer	
	Fragestellung	44 Jahre	46 Jahre	47 Zahre	50 Jahre
1.	Wieviel ganz freie Sonntage hatten Sie im Jahre 1899?	4	_	2	_
	Wie oft hatten Sie im Jahre 1899 nur Sonntags vormittags frei?	_	_	_	<u> </u>
	Wie oft nur Sonntags nachmittags frei?.	-	_		_
2.	Wieviel freie Wochentage hatten Sie im Jahre 1899? ,	15	4	3	16
3.	Mann ift gewöhnlich am Abende vor dem freien Tage Jhre Arbeit beendet?  um Uhr?	9	8—9	9	10
4.	Wie oft gestattete die Arbeit nur eine Nacht- ruhe von weniger als 8 Stunden? mal	72	_	_	_
<b>5.</b>	Wo nehmen Sie gewöhnlich Ihr Mittags- brot ein?	Zm Wirtshaus	3	Zu Haufe	Jm Wirtshaus
	Wie oft blieb Ihnen für das Einnehmen desselben nur eine Zeit von weniger als 15 Minuten?	_	_	_	_
	Wie oft nur eine Zeit von 15-30 Minuten?		_		_
6.	Wieviel Stunden sind Sie gewöhnlich im Interesse Ihrer Arbeit vom Hause entsernt?	15	15	12—14	15—16
	Wieviel Zeit entfällt hiervon auf den Weg zur resp. von der Arbeitsstätte? Minuten	2	10	10	3
	Wie oft machen Sie diesen Weg am Tage? mal	2	2	2	2
		i		I	

Zu unserem Bedauern sind nur 13 Fragebogen beantwortet worden. Der Zweck der aus ihnen zusammengestellten Tabelle soll sein, unsern Lesern über die brennendsten und resormbedürstigsten Punkte der Berkehrs-arbeiterfrage, also über die Sonntagsruhe, die Kuhe-, Mittags- und Nachtpausen, sowie über die Arbeitszeiten, einige Beispiele vor Augen zu sühren. Einer Besprechung der Tabelle glauben wir uns enthalten zu dürsen, da sie im wesentlichen unsere srüheren Angaben bestätigt.

Unsere Erörterungen haben sich auf die Schilderung der Berhältnisse ber im öffentlich en Verkehrsgewerbe Berlins thätigen Arbeiter beschränkt, wobei außerdem noch die in Reichs= und Staatsbetrieben thätigen Personen

-				ෙ	traßenbahr	l=			
		Kutscher				Führer			Schaffner
	31 Zahre	36 Zahre	52 Jahre	29 Jahre	32 Jahre	32 Jahre	36 Zahre	36 Jahre	32 Jahre
-	_		3		_	3	2	1	-
		-	_	10	5	10	11	8	8
	_		<u> </u>	_		3	2	-	
	33	36	37	24	20	26	25	26	12
3	Uhr nachts	1 Uhr nachts	1 Uhr nachts	meist nach 12 Uhr nachts	un= bestimmt	fehr un= bestimmt	fehr un= bestimmt	meist nach 12 Uhr	meist nach 12 Uhr
	<b>häufi</b> g	fehr oft nur 4 St.	niemals 8 St.	faft imme <b>r</b>	fast nie über 5 St.	300	300	fehr oft	faft immer
ð	währenb es Dienstes	unter= wegs	un= bestimmt	unter= wegs	zu Haufe	Endpunft	am Endpunkt	unter= wegs	zu Haufe
	oft	öfter		_		11	10	öfter	
	5	mehrmals	mehrmals	19	60	faft regeImäßig	fast immer	mehrmals	100
	15—18	16	13	18	17	16	16	15	18
	20	¹/2 St.	¹/2 St.	¹/2 St.	¹/2 St.	15	15	25	¹/2 ⊜t.
	2—3	4	2—4	2—4	26	46	4—6	4	2-6
			1			1 '			

außer acht gelassen sind. Um aber die in den anderen Fuhrbetrieben besichäftigten Arbeiter nicht gänzlich zu übergehen, geben wir in nachsolgender Tabelle über den Jahresverdienst, die Arbeitszeiten, die freien Sonn= und Wochentage einen kurzen Überblick.

Die Bediensteten der Reichspoft und der Stadt= und Ringhahn stehen sich hiernach wesentlich günstiger als diejenigen der Privatunternehmer. Bezüglich der Sonntage und der freien Wochentage sind aber alle Arbeiter in öffentlichen Verkehrsgewerben bedeutend ungünstiger als diejenigen anderer Fuhrbetriebe gestellt.

Schriften XCIX. - Strafentransportgem.

Berufsart	Netto=Zahrekver= bienft einichl. aller Nebenbezüge (Trinkgelber, Dienft= anzug, frete Wohnung u. bergl.) u. nach Abzug notwendiger Ausgaben	Durchschnittl. tägl. Retto=Urbeits= zeit (ausschlichlich Mittag= u. Besper= pausen u. bergl.).	Im Bi jahr 1 jahri fre	ourds= ttlid) ie1	Be= merfungen
	(Strafen, Effen im Wirtshaus u. bergl.).	Stunben	Conn. tage	Wochen: tage	
Droschkenkutscher I. Kl.  "II. " "Eddiffner Bagenführer (elektr. Kutscher Stalleute Streckenwärter Bagenwäscher	750 750 1600 1350 1350 1000 1100	13—16 14—17 13 11 13 12 13	$\begin{array}{c} 2 \\ 2 \\ 1 \\ 1 \\ 1 \\ - \\ 1 \end{array}$	12 10 9 9 9 2 6	
Bagenwäscher	960	12	_		
Lofomotivführer  Heizer  Telegraphift Villet=(Vahnsteig=) Schaffner Zugschaffner Zugschaffner	1945 1458	9—10 $9^{1/2}$ — $10^{1/2}$	1 1 1 1	5 5 5 5 5 5 5	
Telegraphist Billet=(Bahnsteig=)	1440	8	i	5	 
Schaffner Zugschaffner Weichensteller Streckenwärter Bahnsteigarbeiter (Thürschlieker)	1340 1600 1320 1000	11 10 8 11	1 1 1 1	5 2 5 2	
(10 3 1 1 )	1050 1300	10 14—16	-	10	
Rondukteure Kutscher Wagenwäscher u. Stalleute	1250	14—16	$\overset{2}{2}$	10	
E Stalleute Paketfahrt-Schaffner "Rutscher "Bestellboten	900 1300 1060 1060	$16^{1/2} \ 13^{1/2} \ 14 \ 11$	10* 10* 12*	_ _ _ _	
Reichspost=Briefträger "Schaffner "Hissboten	1290 1290 912,50	9 9 9	4 4 4	  -  -	Freie Wochentage nur nach etwaigem Nachtbienste
" Postillone " Stalleute	1030 1030	12—13 10	_	1 1	Haben lange Bartepausen u. an jebem 3. Sonntag einen freien Nachmittag
Rollfutscher Rolljungen (vom Spedi	1150	15—17	13*	_	
teur angenommen) Speditionsbodenarbeiter	500	15—16 12	13* 13*	_	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei den mit einem \* versehenen Sonntagen ift bis 10 Uhr vorm. Dienst zu thun. Die sett gedruckten Zahlen bebeuten, daß vor diesen Ruhetagen der Dienst erst in später Nacht beendet ist und an den ihnen folgenden Tagen in aller Frühe beginnt. Es ist daher eigentlich nur ein halber freier Tag zu rechnen. Zur Kirche können die betreffenden Arbeiter an solchen Tagen wegen Übernubung sast niemals gehen.

Berufsart	Retto = Jahresver- bienst einschl. aller Webenbestige (Trinkgelber, Dienst- anzug, freie Wohnung u. bergl.) u. nach Obyug notwendiger Ausgaben (Strafen, Essen im Wirtshaus u. bergl.)	Durchschnittl. tägl. Netto = Arbeits = zett (außschließlich Mittag= u. Besper= pausen u. bergl.) Stunden	iabr	iertel= burch ttlich eie "uaße taße	Ve= merfungen
Führer Steuermänner Maschinisten Seizer Jungen	# 1320 1030 1200	9 9 9		_	ImBinter ist jeder Sonn= tag frei u. bie Arbeitszeit bauert nur 6—10 St.
Sungen	460 316	9 9	_	_	Nur im Sommer im Betrieb thätig
Leichenwagenkutscher	1200	13	1	3	Die Livree gehört bem Fuhrherrn
Krankenwagenkutscher	1000	12	-	3	Nach Bebarf zur bestänbigen Berfügung b. Kuhrherrn
Kutscher von Geschäfts-, und Luxus-Fuhrwerk, Brautwagen, Kremser u. dergs.	1150	12	1	3	Die Livree gehört dem Fubrherrn, freie Tage jedoch nur bei schlechtem
Rutscher für Lugusfuhr= werf bei Privaten (Ürzten 2c.)	1400	12	_	2	Wetter stete Dienst= bereitschaft
Arbeitskutscher	1100	15	13*		Häufig Sonntag abends Aferbe zu füttern
Mehlkutscher	1200	16	13*	_	bešgľ.
Bierfahrer	2000	13 13	13*		
Mitfahrer bei Bierwagen Mörtelkutscher	1000 1050	13 15	13* 13*	_	1
Giswagenkutscher	1100	$\frac{13}{12}$	13*	_	
Kohlenwagenkutscher Sonstige Brivat= (nicht	1200	11	13	-	
bei Fuhrherrn thätige) Ruticher von Geschäfts- wagen	1200	11	8*	-	Ubends stets Pferde zu füttern

# Les ouvriers des transports en France (chemins de fer, omnibus et tramways et voitures de place de Paris).

Par

Comte Léon de Seilhac.

# I. Les employés de chemin de fer français.

Prenons comme type la Compagnie des chemins de fer de Paris-Orléans (P. O.)<sup>1</sup>.

L'administration de cette Compagnie est divisée en cinq Services:

- 1º La Direction.
- 2º Le Secrétariat Général et la Comptabilité Générale.
- 3º L'Exploitation.
- 4º La Voie.
- 5º La Traction.

Les agents sont divisés en deux catégories: le service central et le service actif.

# A. Services centraux.

#### Direction et Secrétariat Général.

La Direction, le Secrétariat Général et la Comptabilité Générale ne sont desservis que par des agents du service central.

L'Exploitation, la Voie et la Traction sont desservis par des agents des deux catégories.

Au point de vue du traitement, les agents du service central sont rémunérés à peu près de la même façon.

Par contre les agents du service actif sont traités de façon toute différente, s'ils appartiennent à l'Exploitation, ou à la Voie, ou à la Traction. Il est vrai que les aptitudes exigées pour chacun de ces services diffèrent considérablement, certaines fonctions exigeant des aptitudes et des connaissances techniques qui nécessitent des études sérieuses.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nous prenons comme type cette Compagnie parce qu'elle ne confine à aucune frontière (c'est la seule dans ce cas, avec la compagnie de l'Etat) et qu'elle donne bien les prix moyens des salaires payès aux employés des autres Compagnies.

Pour indiquer le chiffre de leurs traitements, fixes et majorés de primes et de bénéfices, nous nous occuperons d'abord des agents des services centraux, et ensuite des agents des services actifs, en commençant par les fonctions ou les grades les moins élevés et en les suivant jusqu'à la situation la plus haute qu'ils puissent atteindre.

En plus du traitement fixe, il faut ici remarquer que tous les agents, dont le traitement ne dépasse pas 3000 francs, reçoivent, en outre, 1/24ème de ce traitement en fin d'année et que pour tous ses agents indistinctement, la Compagnie verse un dixième de leur traitement, à capital aliéné ou réservé, à leur choix, à leur compte de retraites.

## B. Services actifs.

#### I. Exploitation.

Les agents commissionnés de ce service sont:

Les chefs de gares et de stations,

Les employés de bureau, ou des gares de grande et petite vitesse,

Les facteurs,

Les pointeurs ou reconnaisseurs,

Les aiguilleurs,

Les conducteurs des trains et gardes-freins,

Les surveillants ou contrôleurs (des grandes gares).

Les employés de bureau sont généralement recrutés dans les autres services, surtout parmi les facteurs. Leur traitement de début est de 1500 francs, et il peut atteindre 2100 francs, et 2400 francs (dans les grandes gares). Les employés de bureau qui veulent parvenir à l'emploi de chefs de gares ou de stations ou contrôleurs de l'exploitation, peuvent, s'ils sont célibataires, être nommés contrôleurs intérimaires. Ils remplacent, en cas de maladie, les chefs de stations. Il leur est alloué, en cette qualité, 4 francs par journée de déplacement.

Les autres agents subalternes de l'exploitation, peuvent être nommés facteurs intérimaires et ensuite chefs de stations ou sous-chefs de gares. Ils touchent, en cette qualité, 3 francs par journée de déplacement.

Les facteurs débutent à 1200 francs (à 1350 francs à Paris et dans les environs) et ils parviennent à 1500 francs de traitement. Ce traitement s'augmente de pourboires, qui, dans certaines gares, atteignent 2 francs par jour.

Les pointeurs débutent à 1200 francs et parviennent à 1500 francs. Les reconnaisseurs débutent au même taux et parviennent à 1800 francs.

Les aiguilleurs débutent à 1350 francs et parviennent à 1800 francs. Les gardes-freins débutent à 1350 francs et deviennent chefs de train. Ils atteignent 1800 francs. Ils touchent, en outre, une indem-

train. Ils atteignent 1800 francs. Ils touchent, en outre, une indemnité de 50 cent au minimum, qui s'accroît d'après la distance parcourue par le train.

Les surveillants ou contrôleurs des gares débutent à 1200 francs et atteignent 1800 francs. Le surveillant-chef (un seul par gare) peut gagner jusqu'à 2100 francs.

Le traitement des chefs de stations varie, d'après l'importance de la station, de 1200 à 3000 francs. Ils sont, en outre, logés, et beaucoup d'entre eux reçoivent des dons ou cadeaux du commerce local.

Les chefs de gares sont payés de 2400 à 6000 francs (deux chefs de grandes gares ont 7200 francs). Ils sont logés. Les sous-chefs de gares ont de 1800 à 3000 francs, d'après leur ancienneté.

Les contrôleurs de l'Exploitation touchent de 2700 à 3600 francs de traitement, et, de plus, une indemnité de 6 à 8 francs pour chaque jour de déplacement.

Les inspecteurs de l'Exploitation touchent de 3000 à 6000 francs et 8 francs par journée de déplacement.

Tous les agents de l'Exploitation sont traités comme les agents des services centraux pour le 24° de gratification et le versement à la cause des retraites du dixième de leur traitement. Tous ceux dont le traitement est inférieur à 2400 francs touchent une indemnité de résidence qui est ainsi fixée:

Dans l'intérieur de Paris. . . . . . 150 fr. par an Des fortifications à Juvisy (banlieue) . 100 fr.

Dans une grande ville (Bordeaux). . 75 fr.

Ceux qui sont placés dans d'autres résidences ne touchent aucune indemnité.

Les services de l'Exploitation sont répartis en sept Inspections principales, qui renferment, chacune, un chef de bureau, un employé principal, un certain nombre d'employés de bureau et deux agents commerciaux.

L'Inspecteur principal touche un traitement qui varie de 7200 à 12000 francs, auxquels il faut ajouter 3000 francs pour les indemnités de logement et de déplacement.

Le chef de bureau et les deux agents commerciaux reçoivent de 3000 à 6000 francs de traitement.

L'employé principal, de 2400 à 3600 francs.

Les employés de 1500 à 2400 francs.

#### II. Voie.

Le service de la Voie est réparti en 8 arrondissements. Chaque arrondissement est dirigé par un Ingénieur, qui a sous ses ordres deux inspecteurs de la Voie, deux inspecteurs des bâtiments, un chef de bureau des études, aidé d'un nombre plus ou moins important de dessinateurs, et un chef de bureau qui dirige les divers employés de l'arrondissement.

Chaque arrondissement est lui-même divisé en sept ou huit sections et chaque section en trois ou quatre districts, comprenant un certain nombre de chefs de brigades, de poseurs de la voie, de gardes, de cantonniers.

Au point de vue des petits traitements, chefs de brigades, poseurs etc., le réseau est divisé en zônes:

La première zône comprend Paris à Orléans, à Sceaux et à Limours; Orléans à Malesherbes, Brétigny à Châteaudun.

La deuxième zône comprend Orléans (exclus) à Tours, Orléans à Montargis, Châteaudun à Tours.

La troisième zône comprend les lignes situées entre Orléans (exclus) d'un côté, Tours (exclus) de l'autre, et Bourges, Châteauroux, Saincaize, Châteauroux, Le Mans, Chantenay, et enfin toute la grande ligne jusqu'à Bordeaux.

La quatrième zône comprend tout le reste du réseau.

Le traitement de tout ce personnel subalterne varie de la façon suivante:

Les poseurs de la voie ont de 950 à 1100 francs dans la première zône; ils ne touchent plus que de 800 à 950 francs dans la quatrième.

Un chef de brigade aura de 1200 à 1650 francs dans la prémière zône; de 1150 à 1450 dans la deuxième; de 1100 à 1400 dans la troisième; et de 1050 à 1300 dans la quatrième.

Ces zônes sont établies pour unifier autant que possible les différences entre le coût de la vie dans les différentes régions du pays.

Les traitements des employés du service de la voie sont indiqués par le tableau suivant:

Fonctions	$\Gamma$	raitement	s	Observations
	minimum	moyenne	maximum	
Chefs de sections	<b>24</b> 00	_	4800	
Chefs de districts	1500	2231	<b>27</b> 00	
Conducteurs	2100	2640	4800	
T3 1 / 1	1500		2100	(passent bientôt chefs de districts)
Employés de section .	1500		2100	chefs de districts)
Piqueurs de nuit	1200		2100	
Chefs de transport .	<b>1</b> 350	<b>172</b> 6	2100)	(touchent souvent
Chefs balanciers	1350	_	$2400 \rangle$	des indemnités de
Chefs poseurs	1350	_	2100	déplacements)
Chefs de brigades	1050	1178	1650	
Sous-chefs et poseurs.	800	908	1150	
Cantonniers	800	960	1100	
Agents sémaphoriques	800	1106	<b>1</b> 500	
Gardes de nuit	800	941	1100	

Les traitements du personnel subalterne (cantonniers, poseurs etc.) se répartissent de la façon suivante:

3	agents	reçoivent	1650	${\bf francs}$
21	"	"	<b>15</b> 00	n
29	"	"	<b>1</b> 350	"
67	17	,	<b>1</b> 300	27
14	"	,,	1250	"
<b>26</b> 5	"	,,	1200	"
30	"	"	<b>115</b> 0	n
<b>294</b>	"	"	1100	**
348	"	"	1050	"
386	,,	"	<b>1</b> 000	"
605	77	"	950	17
959	"	n	900	"
965	77	"	850	n
548	"	"	800	"

En outre des traitements indiqués ci-dessus, ces agents, depuis le simple poseur de la voie jusqu'au chef de brigade, reçoivent des indemnités de logement, qui varient d'après les zônes.

A Paris l'agent reçoit 1,25 franc par jour; des fortifications à Juvisy cette indemnité n'est plus que d'un franc; elle est de 85 centimes, de Juvisy à Brétigny; sur les autres parties de la deuxième zône et

dans la troisième zône tout entière, elle est de 50 centimes; enfin dans la quatrième zône, elle n'est plus que de 30 centimes.

Ces agents reçoivent en outre, s'ils ont plus de deux enfants, cinq francs par mois pour chaque enfant non encore âgé de seize ans.

\* \*

Les fonctionnaires élevés de l'arrondissement ont les traitements suivants:

L'Ingénieur d'arrondissement				$d\mathbf{e}$	9000	à	$12\ 000$	francs
Les Inspecteurs				"	$\boldsymbol{4200}$	"	6~000	n
Le Chef de Bureau				"	3000	12	6000	n
Les Employés principaux et les Dessina-								
teurs principaux				"	2400	"	3 600	n
Les employés				"	1500	"	2 100	"
Les dessinateurs				22	1500	"	<b>2</b> 700	,,

Les gardes barrières (femmes) ont le logement, une indemnité de 8,50 francs à 10 francs par mois. — Elles sont au nombre de 4013. — Leurs maris sont généralement employés comme poseurs de la voie.

Les agents de la voie (brigadiers, poseurs etc.) ont un jour (36 heures) de repos par quinzaine; et, les dimanches, ils ne sont de service qu'à tour de rôle et le plus souvent jusqu'à midi seulement.

Il n'y a que 380 agents de la voie non-commissionnés; leur salaire peut être évalué à 3 francs par jour.

Lorsque les nécessités du service l'exigent, les chefs de district prennent des hommes à la journée. Ils sont payés à l'heure et suivant les habitudes de chaque pays.

#### III. Traction.

Les services actifs de la traction sont divisés en deux catégories:

- a) le service des trains,
- b) le service des ateliers.

Du service des trains dépendent les chefs de dépot, les souschefs, les machinistes ou mécaniciens, les chauffeurs et les visiteurs. Tous ces agents sont attachés aux Dépôts, qui sont situés dans les grands centres et aux points de bifurcation des grandes lignes.

Les Dépôts sont eux-mêmes divisés en deux services: le service des trains sous les ordres directs du chef de Dépôt et le service de l'Entretien, sous la direction d'un chef d'Entretien. Les mécaniciens et les chauffeurs dépendent du premier service; les visiteurs, du second.

Les visiteurs débutent par un traitement de 1200 francs, ils arrivent à 1500 francs et deviennent visiteurs-chefs à 1650 et 1800 francs. Ils peuvent être nommés chauffeurs et même plus tard mécaniciens.

Le tableau suivant fera connaître les appointements augmentés des bénéfices que peuvent toucher les chauffeurs et les mécaniciens, ainsi que le nombre moyen de ces agents, répartis par classes.

Désignation des agents	Nombre	traitements fixes	traitements augmentés de 1/24	Déplacement	Primes	Ensemble	Traite mn ix mu	ments 1
Machinistes 2 hors classe 1ère classe 2e classe 3e classe 4e classe Elèves mécanic. Chauffeurs 1ère classe 2e classe 3e classe	21 257 410 342 149 176 177 296 366 202	3000 2700 2400 2100 1950 1800 1850 1500 1350	3125,— 2812,50 2500,— 2199,57 2043,81 1887,62 1887,62 1739,03 1577,55 1408,95	126,73 160,26 194,29 213,57 231,21	768,60	4064,81 3781,02 3510,21 3162,46 2912,73 2588,70 2215,79 2156,65 2002,54 1845,08	4838,99 4780,49 4214,61 4036,11 3399,87 2942,04 2615,48 2531,90 2248,49 2037,69	3425,17 2894,41 2596,64 2537,44 2563,14 2056,20 1920,43 1791,20 1673,96 1420,47

Les chefs de dépôt touchent un traitement qui varie de 2700 francs à 4800 francs. — Ils sont logés et touchent une prime pour économie de combustible et bon entretien des machines. Cette prime est supérieure à cette des machinistes.

Les sous-chefs de dépôt sont appointés de 2700 francs à 3600 francs. Ils touchent une prime.

Les chefs d'entretien touchent un traitement qui varie de 2700 francs à 4200 francs.

¹ La différence entre les traitements maxima et minima provient de ce que la voie desservie par certains dépôts présente plus ou moins de rampes et de déclivités. Les machinistes (mécaniciens) et les chauffeurs peuvent donc faire plus ou moins d'économies de combustible et regagner avec plus ou moins de facilité le temps perdu, en manœuvres dans les gares ou par suite d'affluence de voyageurs.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ou mécaniciens.

Le personnel commissionné des ateliers est limité aux chefsouvriers, contre-maîtres, chefs d'atelier, contrôleurs, inspecteurs et ingénieurs.

Les chefs ouvriers, commissionnés depuis quelques années seulement, touchent des appointements très variables, d'après la région où se trouvent les ateliers. A Paris, le traitement de début est de 2100 francs; à Périgueux, de 1500 à 1650 francs.

Les contre-maîtres débutent généralement comme chefs ouvriers, pointeurs, ou contrôleurs. Ils peuvent atteindre à un traitement de 5400 francs.

A part les services centraux, et les services (peu nombreux) commissionnés des ateliers, les agents de la Traction ne sont pas commissionnés.

Le nombre de ces derniers peut être évalué à 5400 environ. Ils sont assurés d'un minimum de salaire de 2,50 frs. à 4 frs. d'après leur emploi (journaliers, selliers, menuisiers, ajusteurs); mais ce minimum de salaire est généralement doublé, ces agents travaillant le plus souvent aux pièces et même au marchandage.

# Observations générales.

# I. Agents commissionnés.

Tous les agents commissionnés, qu'ils appartiennent à un service quelconque, touchent, au mois de Décembre, un vingt quatrième de leur traitement, c'est-à-dire un demi-mois en guise de gratification.

Tous participent aux bénéfices de la Compagnie. Cette participation s'élève (pour l'année 1899) à 6,86 % du traitement et elle est versée au nom de l'agent à la caisse des retraites. — A partir de la 6° année de commissionnement, cette participation est uniformément fixée à 10 % du traitement. Ce versement est fait à capital réservé ou à capital aliéné à la volonté de l'agent.

Au moment de la liquidation de la retraite, que l'agent peut obtenir au bout de 25 années de service et de 55 ans d'âge, la Compagnie complète cette retraite et la porte à la moitié du traitement moyen pendant les six dernières années. Elle est reversible pour moitié (c'est-à-dire pour le quart du traitement) sur la tête de la veuve ou des orphelins mineurs.

Si l'agent désire retarder la liquidation de sa retraite, celle-ci est augmentée d'un quarantième par année supplémentaire. —

Si, au contraire, l'agent désire prendre sa retraite avant 25 années de service et 55 ans d'âge, la retraite est diminuée d'autant de quarantièmes du traitement par année de service en moins, et d'autant de quatre-vingtièmes par année d'âge en moins de 55 ans.

\* \*

Les augmentations, pour le personnel commissionné, suivent les progressions suivantes:

Excepté pour les poseurs et les agents inférieurs de la voie, dont nous avons déjà parlé, les agents sont commissionnés à 1200, 1300 et 1500 francs, suivant leur emploi — quelques rares exceptions sont faites pour des agents sortant des écoles normale ou polytechnique, qui sont commissionnés à 1800 francs.

Les traitements suivent les progressions suivantes: 1200, 1350, 1500, 1650, 1800, 1950, 2100, 2400, 2700, 3000, 3600, 4200, 4800, 5400, 6000, 7200, 9000, 12000 francs et ensuite l'augmentation ne se fait que par 3000 francs.

Les chefs de l'Exploitation, l'Ingénieur en Chef de la Voie, l'Ingénieur en Chef de la Traction et le Secrétaire Général de la Compagnie ont 21 000 francs de traitement. — Le Directeur a 30 000 francs.

#### II. Agents non commissionnés.

Les agents non commissionnés, au nombre d'environ 4350 pour l'Exploitation, 5400 pour la Traction et 380 pour la voie, qui veulent consentir à une retenue de 2 % sur leurs salaires, peuvent faire un versement à la caisse des retraites. Dans ce cas, la Compagnie verse une somme égale de 2 %.

En outre, tout agent, ayant 30 ans de service et 60 ans d'âge, perçoit de la Compagnie une pension reversible pour moitié sur la tête de sa veuve, de 400 francs, à laquelle vient s'ajouter la rente constituée par les 2 % versés par l'agent sur son traitement et les 2 % par la compagnie.

Si un agent, commissionné ou non, se trouve, par suite de maladie ou d'autre cause justifiée, dans un état de gêne, il peut obtenir de la Compagnie un prêt équivalent à 2 mois de traitement ou de salaires. Ce prêt sans intérêt est remboursable en 12 mensualités.

Les agents de la Compagnie ont formé entre eux une société de

secours mutuels dite "Société d'Ivry". La Compagnie accorde tous les ans à cette société une allocation d'environ 130 000 francs.

En plusieurs endroits, les agents de Compagnie ont fondé des sociétés coopératives de consommation et des sociétés de construction d'habitations à bon marché, soutenues par la compagnie, qui leur prête l'argent dans d'excellentes conditions.

La Compagnie a elle-même créé, depuis longtemps déjà, un magasin de denrées et de vêtements, où les agents trouvent, dans les conditions les plus économiques, du pain, de la viande, de l'épicerie, des vêtements, des chaussures.

En cas de maladie, les agents, dont le traitement ne dépasse pas 2100 francs, ont droit aux soins gratuits du médecin et aux fournitures pharmaceutiques. — Dans presque tous les services, les journées de maladie leur sont payées, même si la maladie se prolonge pendant trois mois et même davantage.

Les agents peuvent obtenir autant de permis de circulation qu'ils le désirent. Leur famille (femme et enfants) a droit à quatre permis gratuits et à autant de reductions au quart de place qu'elle le désire.

Les enfants des agents de la Compagnie, qui habitent la banlieue ou les environs des villes, ont des cartes de circulation gratuites pour se rendre à l'école ou à l'apprentissage.

La Compagnie prend, comme employés auxiliaires dans les grandes gares et pour les inspections et l'administration centrale, les fils d'agents, qui ont atteint l'âge de quinze ans. Ils sont payés un franc cinquante par jour au début; au bout de six mois leur solde est portée à deux francs, et rapidement elle atteint trois francs. La Compagnie emploie également des femmes et des filles d'agents. Elles débutent à 18 ans et gagnent tout d'abord trois francs par jour, puis elles sont commissionnées à douze cents francs et arrivent à dix huit cents francs. Dans ce cas, elles participent à la retraite, dans les mêmes conditions que les employés.

#### III. Primes Kilométriques.

Ces primes sont réparties selon des méthodes différentes, suivant les Compagnies.

L'Est et le Nord accordent des primes de régularité de marche, qui varient d'après le type de la machine et la nature du train. L'Orléans et les autres Compagnies accordent des primes basées sur

le parcours kilométrique pendant le mois entier. Certaines de ces primes concernent les minutes regagnées. Les primes de parcours sont de 5 à 10 francs par 1000 kilomètres suivant la nature du train (voyageurs ou marchandises). — Les primes d'économie de combustible et de graisse dépendent de la nature et du chargement du train. -Mais, par contre, si les quantités octroyées sont dépassées, les mécaniciens et chauffeurs subissent une retenue et une amende. La quantité de combustible accordée pour un kilomètre varie, d'après le type de la machine, de 8 à 17 kilogrammes; pendant l'hiver, elle augmente d'un demi-kilogramme par kilomètre. La prime, par cent kilogrammes de combustible économisé, est de 4 francs pour le mécanicien et de 2 francs pour le chauffeur. Pendant les manœuvres faites en station, le combustible n'est pas compté en raison des espaces parcourus, mais une heure compte pour 5 kilomètres. La quantité de graisse donnée pour un kilomètre varie de 10 à 41 grammes selon le type des machines. Le prime par kilogramme économisé varie entre 0,10 et 0,16 francs pour les mécaniciens et entre 0,05 et 0,08 pour les chauffeurs.

#### IV. Caisse de retraites.

La Compagnie complète, jusqu'à 10 % du salaire, les versements à faire à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, elle accorde en outre un vingt quatrième des appointements, en fin d'exercice, aux employés dont le traitement est inférieur à 3000 francs. Les dépôts à la Caisse des retraits sont faits, au choix des agents, à capital réservé ou à capital aliéné. — Lorsque la pension ainsi constituée atteint le maximum légal, les nouvelles parts individuelles ainsi que les arrérages de la rente liquidée, sont versés, au nom de l'employé, à la Caisse d'épargne de Paris. Celle-ci transforme en rentes sur l'Etat les sommes qui excèdent le maximum légal (1500 francs). Les livrets de la caisse des retraites et de la caisse d'épargne sont acquis à l'employé lorsqu'il quitte le service de la Compagnie, à quelque époque ou pour quelque motif que ce soit. S'il meurt en activité de service, la remise est faite à ses héritiers.

La rente produite est augmentée d'un supplément, versé par la Compagnie, qui assure à tout agent âgé de cinquante ans et ayant effectué vingt-cinq ans de service, une pension de retraite égale à la moitié de son traitement moyen pendant les six dernières années de service. Cette pension s'accroit de un quarantième de ce Spriften XCIX. — Straßentransportgew.

traitement par année de service en plus, sans pouvoir dépasser les trois quarts du traitement. La pension, allouée à la veuve d'un agent décédé en activité de service, est égale à la moitié de la pension, à laquelle aurait eu droit le défunt au moment de son décès.

Les versements faits par la Compagnie pour le service des retraites de ses agents commissionnés s'élèvent annuellement à environ cinq millions.

Pour les agents non commissionnés et les ouvriers que la Compagnie emploie dans ses ateliers, elle a adopté la combinaison suivante: après cinq ans de service, chacun de ces agents peut subir, sur sa demande, une retenue de 2 % o sur son salaire; la Compagnie double le montant de cette retenue et verse le tout à la Caisse nationale des retraites pour la vieillesse, sur un livret individuel qui est la propriété de l'intéressé. De plus, elle accorde à tout agent non commissionné et à tout ouvrier une pension viagère de 350 francs à l'âge de 55 ans et après vingt-cinq ans de service. Cette pension est augmentée de 10 francs par année de service en plus, jusqu'à un maximum de 400 francs. Elle est reversible par moitié sur la tête de la veuve ou sur celles des orphelins âgés de moins de dix-huit ans. La dépense de la Compagnie s'élève, de ce fait, à plus d'un demi-million de francs.

La Compagnie a encore des magasins de denrée et de vêtements vendus au prix de revient, une boulangerie à Paris et un refectoire qui donne des repas à 53 centimes, des écoles, des ouvroirs. Elle encourage par des prets de capitaux, à 3 % d'intérêt, la construction d'habitations à bon marché.

En résumé, si l'on tient compte de tous les sacrifices que s'impose la Compagnie, on arrive à un total de dépenses de 8.933.000 francs, soit plus du quart du dividende distribué aux actionnaires.

# V. Ouvriers des ateliers de construction et de réparation.

La Compagnie d'Orléans possède des ateliers importants de construction à Paris, à Tours, à Orléans et à Périgueux. Elle a en outre des ateliers de réparation et de petit entretien dans toutes les gares, où il existe un dépôt de machines et où aboutit un certain nombre de lignes.

Le nombre d'ouvriers à la journée, employés dans ces dépôts, est d'environ 5000.

Dans les principaux ateliers, les ouvriers touchent un salaire fixe, plus une prime qui varie d'après la nature et la durée du travail, et qu'on peut évaluer, en moyenne, à 35 0/0 du salaire.

Les ouvriers sont divisés en plusieurs catégories: les monteurs gagnent de 6 à 9 francs par jour; les tourneurs, les chaudromniers, les charpentiers, les forgerons, les outilleurs, les selliers dont il est à peu près impossible de fixer les salaires moyens, qui varient d'après l'importance des primes, et les hommes à la journée qui ne sont liés à aucun métier caractérisé.

Il n'y a pas d'ouvriers gagnant moins de 3 francs par jour, tandis que d'autres gagnent dix, onze et même douze francs par jour.

#### VI. La question de l'avancement.

Les socialistes ont souvent contesté la possibilité pour les ouvriers de chemin de fer d'arriver aux plus hauts postes.

La Compagnie de l'Est a ouvert à ce sujet une enquête, pour pouvoir démentir par des faits les allégations des socialistes.

Le réseau de l'Est compte quatorze Inspecteurs Principaux ou Principaux adjoints. Deux d'entre eux sont entrés à la Compagnie comme hommes d'équipe. dix comme employés en régie (9 dans les gares, 1 seul dans les bureaux) au salaire de début de 2 francs à 3,25 francs par jour.

Parmi les quarante Inspecteurs, cinq ont débuté comme hommes d'équipe, vingt-cinq comme aides ou employés aux écritures.

Sur les dix neuf chefs de gares de 1ère classe ou hors classe, quatre ont débuté comme hommes d'équipe et treize comme facteurs ou employés. —

# II. Les employés d'omnibus et tramways à Paris.

#### I. Compagnie générale des omnibus de la ville de Paris.

#### A. Traction animale.

Le personnel employé par la Compagnie Générale comprend de 8200 à 8400 hommes. Chaque année 150 à 200 places deviennent vacantes, alors qu'il y a environ 15 000 demandes d'emplois. Il n'est pas besoin de connaissances techniques pour ces candidats, sauf pour les cochers, qui doivent savoir conduire et avoir de la force musculaire et pour les conducteurs auxquels on demande de savoir écrire et compter. Les contrôleurs sont généralement recrutés parmi les anciens sous-officiers. — La fonction des conducteurs est de percevoir le prix des places, de les marquer au compteur à sonnerie et sur leur feuille. —

35\*

Les contrôleurs n'ont plus qu'à examiner les feuilles, les comparer avec les chiffres portés au compteur à sonnerie, d'où il faut déduire les correspondances reçues, et avec le nombre des voyageurs présents dans la voiture, enfin recevoir les réclamations des voyageurs. La facilité de remplir ces fonctions, sans apprentissage spécial, explique cette quantité d'aspirants, hors de proportion avec les places qui peuvent être accordées. Et encore faudra-t-il tenir compte que la Compagnie, cherchant avant tout des gens robustes, les trouvent de préférence dans les campagnes, où les métiers rémunérateurs sont rares, et où l'on ne redoute pas les besognes un peu rudes! —

Malgré ces nombreuses compétitions de gens peu exigeants et facilement aptes au métier qu'ils sollicitent, le syndicat ouvrier a permis aux employés de la puissante Compagnie de défendre leurs salaires et d'améliorer leur sort, ainsi que nous le verrons plus tard. — Examinons en ce moment les différentes catégories d'ouvriers d'omnibus:

## I. Employés de dépôts.

Sous ce titre général, on comprend une foule de travailleurs occupés à des travaux très divers, en dehors même des dépôts parfois, comme, par exemple, les côtiers qui conduisent les chevaux de renfort pour les côtes rapides; — mais le recrutement de toute cette catégorie de travailleurs est identique. — Ce personnel comprend les laveurs, les palefreniers, les relayeurs (qui conduisent aux stations d'omnibus les chevaux de relai). — La durée de travail de tous ces gens est uniformément fixée à douze heures. — Ils n'ont droit à aucune journée de repos (payée), et leur salaire suit la progression suivante:

```
Salaires de début . . . 3,50 fr. par jour 2º et 3º mois . . . 3,75 , , , , , après le 3º mois . . . 4,25 , , , , après 3 ans . . . 4,50 , , , , après 6 ans . . . 5,— , , ,
```

Ce personnel est assez stable. Un quart environ a plus de trois ans de service.

#### II. Conducteurs et cochers.

Les cochers sont choisis, le plus souvent, dans les employés de dépôt.

Les conducteurs sont recrutés, sur recommandation surtout, puis-

qu'aucune aptitude spéciale n'est demandée et qu'on n'exige que la probité et la politesse à l'égard de la clientèle.

Pour ces derniers, il leur serait facile de frauder la Compagnie, si lorsqu'un voyageur monte dans l'omnibus, ils feignaient de ne point le voir et ne faisaient pas manœuvrer le compteur à sonnerie qui marque le nombre de voyageurs. Aussi la Compagnie a-t-elle imaginé un système de surveillance très étroite, d'espionnage pourrait-on dire, qui force les conducteurs à observer leur consigne. En dehors des contrôleurs officiels, qui se trouvent aux stations et que leur casquette galonnée désigne, il se trouve des contrôleurs secrets qui montent dans l'omnibus en cours de route et que rien ne distingue des autres voyageurs.

Le conducteur est responsable des sommes qu'il a perçues, et, s'il oublie de recevoir le prix d'une place, c'est de sa bourse qu'il doit la payer. Il doit rendre le soir tout le prix de sa recette, sans que le receveur veuille accepter de menue monnaie, or c'est en menue monnaie qu'il a touché le prix des places. Il devra donc aller faire le change, et il le fait chez le marchand de vin, qui profite de cette aubaine pour faire goûter à son client forcé ses plus abominables poisons. La Compagnie ne devrait pas imposer à l'homme qui a touché sa recette en monnaie de la lui rendre en billets de banque. Elle favorise sans s'en douter la propagande alcoolique.

Avant d'être titulaire d'une fonction de conducteur ou de cocher, le candidat doit faire un stage, et remplacer, comme surnuméraire, les absents, ou suppléer à l'insuffisance des titulaires, les jours de fête ou les dimanches. Ils sont tenus d'être, chaque matin, au depôt, lors du départ des voitures, comme s'ils allaient partir avec l'une d'elle, et leurs heures de déplacement ne leur sont payés que trente centimes l'heure! Ils sont cependant assurés d'un minimum de salaire: soixante francs par quinzaine; mais, en réalité, ce minimum est toujours dépassé par le temps réel de travail qu'ils ont donné à la Compagnie, et leur paye de quinzaine n'est jamais inférieure à quatre-vingts francs.

Ce minimum de salaire, obtenu par le syndicat ouvrier, a sa raison d'être. Il empêche la Compagnie de créer un nombre trop considérable de surnuméraires.

Les conducteurs et les cochers titularisés sont payés d'après l'importance de leur voiture.

Ils reçoivent au début au bout de trois ans pour les voitures de 30 places 5,25 fr. 6,25 fr. 6,50 n

Ils touchent en outre une prime de dix francs par mois sur les lignes particulièrement encombrées, pourvu qu'ils aient fait vingt-quatre journées, au moins, de travail effectif dans le mois.

La Compagnie paie à la Préfecture de Police une certaine redevance pour l'affichage et la publicité dans les bureaux et les voitures. — Une partie de cette redevance est rendue par la Préfecture, pour être distribuée au personnel des omnibus, à titre de primes pour ancienneté de service et de récompenses pour les bons rapports des employés avec le public. Les employés subalternes se plaignent de ce que la plus grosse part de cette somme soit réservée aux inspecteurs. Pour eux, ces gratifications ne s'élèvent pas à plus de huit ou dix francs par an.

Les cochers touchent, en outre, une prime, tous les trois mois, quand il ne leur est pas arrivé d'accident. Cette prime varie de quinze à vingt-cinq francs, selon que la voie suivie par la voiture est plus ou moins encombrée.

Ce système de gratifications s'est substitué au système des amendes, dont tout le monde se plaignait. — Maintenant les employés peu zêlés ne sont plus punis, mais, par contre, les employés zêlés sont récompensés.

La Compagnie a pris, ces dernières années, une décision qui a sérieusement ému son personnel: il s'agit de la suppression progressive des lourds omnibus à 40 places et de leur remplacement par des voitures à 30 places. Il en résulte une sérieuse économie, tant au point de vue du matériel que des chevaux et du personnel. Comme nous l'avons vu, le personnel du petit matériel est un peu moins payé que l'autre, et c'est une régression pour beaucoup de conducteurs et de cochers.

#### III. Contrôleurs.

Les contrôleurs sont chargés de diriger le départ des omnibus aux têtes de ligne, de faire le contrôle des correspondances 1 et de

¹ En montant dans l'intérieur d'une voiture et en payant trente centimes, prix de la place, le voyageur a droit à une correspondance. Cette correspondance lui permet de monter gratuitement dans un des omnibus ou tramways qui correspondent avec celui dont il descend. — Ces correspondances ne sont valables que pendant un certain espace de temps; après quoi, elles sont périmées. — Aussi portent-elles le numéro de la voiture et l'heure exacte à laquelle elles ont été données.

veiller à ce que le conducteur indique bien au compteur le nombre de voyageurs montés dans la voiture. Ils sont généralement recrutés parmi les anciens sous-officiers. Ils recoivent un traitement de début de seize cents francs et arrivent rapidement au traitement de dix-neuf cents francs, par des augmentations de cent francs tous les six mois. Alors l'avancement a lieu au choix et ils peuvent atteindre deux mille cinq cents francs, à moins qu'ils ne deviennent inspecteurs, auquel cas ils peuvent gagner de deux mille six cents francs à quatre mille deux cents francs.

Les contrôleurs sont autorisés à augmenter leur traitement par la vente de guides de Paris ou d'indicateurs de chemins de fer; mais cette augmentation de salaire a diminué depuis que la Compagnie a exigé des fournisseurs une redevance annuelle de deux cents francs pour chaque catégorie de publications.

## B. Traction mécanique.

La durée du travail de tous les agents du service de la traction mécanique est de douze heures.

Les salaires moyens de ces agents sont les suivants: Chefs d'équipe . . . mécaniciens en premier jour mécaniciens en second chauffeurs en premier. chauffeurs en second . 5,50 , 0,60 " heure chaudronniers. . . . 0,60 , tourneurs . . . . . 0,60 , graisseurs, chargeurs ) charbonniers 0,45 , manœuvres d'ateliers 1 1er mois de service . . **3,**50 jour

Les chefs d'équipes, les mécaniciens et les chauffeurs ont un jour de repos payé par mois. Il en est de même pour les ajusteurs, chaudronniers et tourneurs, lorsqu'ils sont chefs de fosse.

Les chefs d'équipes reçoivent en outre une prime d'économie générale;

les chauffeurs, une prime d'économie de charbon;

les mécaniciens et les graisseurs (du système à air comprimé), une double prime d'économie de charbon et d'économie d'air;

les chargeurs, une prime d'économie d'air;

les charbonniers, une prime d'économie de charbon.

\* \*

Les machinistes sont rétribués de la façon suivante, d'après les différents systèmes.

1ère année de service 2e année 3e année 4e année et au dessus

Il est payé aux machinistes un jour de repos par mois.

Au salaire, viennent s'ajouter les primes suivantes:

- 1º Prime d'économie de coke (système à vapeur) ou d'économie d'air (système à air comprimé).
- 2º Prime kilométrique ou de bon entretien de la machine.
- 3º Prime de régularité ou de non-détresse dans le parcours.
- 4º Prime de non-accidents.

Le montant des trois premières primes est nécessairement variable <sup>1</sup>. La prime d'accidents est ainsi fixée:

pour les mois de 30 jours pour les mois de 31 jours
Lignes intra-muros 8 francs 8,50 francs
extra-muros 6,50,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Voici les moyennes des primes d'économie d'air et de coke.

1ère quinz. 2e quinzaine 1ère quinz. 2e quinzaine de Janvier de Février

ny (air) . . . . 15,85 fr. 15,40 fr. 14,85 fr. 11,85 fr.

	ue Janviei		de L'evilei	CALLEI			
Lagny (air)	15,85 fr.	15,40 fr.	14,85 fr.	11,85 fr.			
Point du Jour et Sèvres							
(air)	10,25 "	12,55 "	16,40 "	14,35 "			
Jory (coke)	7,85 "	8 <b>,65</b> "	8,65 "	8,65 "			
Saint-Ouen (coke)	13,85 ,,	15,25 ,	13,30 "	13,30 "			

Elle est acquise aux machinistes qui ont travaillé pendant 26 journées dans les mois de 30 jours, 27 journées dans les mois de 31 jours, sans avoir occasionné d'accidents.

## C. Frais médicaux et pharmaceutiques - Retraites.

Les frais de médecins de tout le personnel de la Compagnie générale des omnibus sont à la charge de la Compagnie. Les frais de pharmaciens sont supportés par la Société de secours mutuels. Cette Société, divisée en huit sections, administrées et gérées par les employés, reçoit de la Compagnie une subvention mensuelle de 1,25 francs par sociétaire. Le nombre de ces sociétaires est de 9000 environ.

La Société paye à ses membres, en cas de maladie, des secours pendant une année, au maximum. Le montant de ces secours est ainsi fixé:

Pour les contrôleurs: deux francs par jour pendant la première quinzaine, deux francs 50 pendant les deux mois et demi suivants et trois francs pendant neuf mois.

Pour les conducteurs, cochers, machinistes, ouvriers de la traction mécanique, palefreniers, etc., . . . deux francs par jour pendant les douze mois pour certains d'entre eux; deux francs par jour, les premiers temps, et deux francs 50 pendant les autres mois, pour les autres.

Pour les retraites, la part contributive de la Compagnie est de 5 francs par mois et par employé, et, si ces versements seuls ne donnent pas, après 25 ans de service, une pension de trois cent soixante-cinq francs, cette somme est parfaite par un versement complémentaire de la Compagnie.

#### II. Tramways de pénétration.

Les lignes des omnibus de pénétration sont, pour la plupart, aux mains de la Compagnie générale des omnibus.

En outre, se trouvent deux Compagnies:

- 1. La Compagnie des tramways-Sud.
- 2. La Compagnie des tramways-Nord.

Aux tramways-sud, les salaires varient de 5 francs à 6,50 francs; la journée de travail est de dix heures, deux jours de repos sont accordés par mois, l'un de ces jours étant payé. La Compagnie verse 1 franc par mois, au compte de chacun de ses employés, à la caisse de secours. Les indemnités de maladie sont de deux francs par jour,

les médecins et les médicaments sont payés par la Compagnie. En cas de blessures, le demi-salaire est dû au personnel. Les périodes militaires sont payées intégralement.

Chaque employé est commissionné. La Compagnie verse à la caisse des retraites 6 % du salaire de l'employé et celui-ci ne verse que 2 %.

Aux tramways-nord, les salaires varient de 3,60 à 4,20 fr. (pour les cantonniers), de 4,25 à 6,50 fr. (pour les contrôleurs), de 4,75 à 6,50 fr. (pour les électriciens et les receveurs) — ils sont, en outre, de 2,55 fr. pour les garçons-paveurs et de 4,85 fr. pour les hommes de la voie. La journée de travail est de douze heures. Deux jours de repos sont accordés par mois, mais à dates variables, et ils sont payés à demi-solde. La Compagnie verse 2,50 fr. par mois à la caisse de secours pour chacun de ses employés. — Les secours sont de 50 centimes par jour pour l'employé, ils sont majorés de semblable somme pour une femme et pour chacun des enfants.

Les employés ne sont pas commissionnés.

#### III. Métropolitain.

1º. Personnel non commissionné:Emplois Salaires journaliers

		/		
a) Explo	oita	tion.		
, · ·		3e classe	2e classe	1ère classe
		fr.	fr.	fr.
Chefs de gares, contrôleurs	•	$6,\!75$	7,	7,50
Sous-chefs de gares, sous-contrôleur	rs	6,	6, 25	6,50
Chefs surveillants, chefs de trains		<b>5,5</b> 0	5,75	6, -
Surveillants		5,—	$5,\!25$	$5,\!50$
Gardes		5,	5,25	5,50
Receveuses		3,—	$3,\!25$	$3,\!50$
Hommes d'équipe		${f classe}$	unique à 5	francs
Chefs électriciens			7,50	8,—
Electriciens		6,—	6,50	7,
Aides-électriciens		classe	unique à 5	francs.
b) Matériel			-	
Chefs conducteurs		6,75	7,—	7,50
Sous-chefs-conducteurs		6,—	6,25	6,50
Conducteurs			5,75	6,—
Chefs visiteurs			7,50	8,—

Emplois	Salaires journaliers
	3e classe 2e classe 1ère classe fr. fr. fr.
Visiteurs	. 6,— 6,50 7,—
Nettoyeurs-Aides	. classe unique à 5 francs.
c) Vo	ie.
Chefs d'équipe	. 7,— 7,50 8,—
Poseurs	. 5,— 5,50 6,—

La repartition du personnel non-commissionné entre les grades et les classes est faite par le Directeur Général, sur la proposition des chefs de services.

Les modifications à apporter au décompte des sommes dues pour absences, mises à pied, ou autre motif, sont calculées quand il y a lieu de les évaluer en heures, en prenant pour prix de l'heure le dixième du salaire journalier.

2º. Personnel commissionné.

Salaires mensuels

195

240

180

225,---

165,—

**Emplois** 

		3e classe fr.	2e classe fr.	1ère classe fr.
a) Expl	oit	ation.		
Chefs de gares, contrôleurs		$202,\!50$	<b>21</b> 0,—	<b>225</b>
Sous-chefs de gares, sous-contrôleu	ırs	180,—	187,50	195
Chefs surveillants, chefs de train		165,—	172,50	180
Surveillants		150,—	157,50	165
Gardes		150,—	157,50	165
Receveuses			97,50	105
Hommes d'équipe		classe ui	nique à 15	0 francs
Chefs électriciens			_	240
Electriciens		180,—	187,50	195
Aides-électriciens		classe un	ique à 150	) francs
b) Matériel	$\mathbf{e}\mathbf{t}$	Traction.	-	
Chefs conducteurs		$202,\!50$	210,—	<b>225</b>
Sous-chefs conducteurs			<b>187,</b> 50	195
Conducteurs			172,50	180
Chefs visiteurs			225,50	<b>240</b>

Visiteurs. . . . . . . . . . . . . 180,— 187,50

Nettoyeurs-Aides . . . . . . . classe unique à 150 francs.

Les salaires du personnel commissionné sont payés par quinzaine. Les rectifications qu'il y a lieu d'apporter au décompte des sommes dues pour absence, mise à pied, ou autre motif, sont calculées, en prenant, comme prix de la journée, le trentième du salaire mensuel et, comme prix de l'heure, le trois-centième de la salaire mensuel.

Un jour de repos est payé par semaine. Dix jours de repos consécutifs sont payés par an, ainsi que toutes les périodes de service militaire. — Les maladies sont payées à journée entière pendant un an, sans cotisation de l'employé. Pour la Caisse des retraites, la Compagnie verse 6 % du salaire, et l'employé 2 %. Les services médicaux et pharmaceutiques sont gratuits, la Caisse de secours est exclusivement gérée par les employés. Enfin les mises à pied n'existent pas, et les employés sont commissionnés au bout de deux ans.

# III. Les cochers de fiacre à Paris.

Aucune profession peut-être n'a été l'objet d'autant de réglements de police que celle des cochers de voitures de place de Paris. Le cocher est soumis à un régime spécial et en butte à des contraventions sans nombre, dont le résultat le plus clair consiste en amendes. Pour exercer la profession, il n'est pas nécessaire d'être français, mais il faut avoir 18 ans révolus et être pourvus d'un permis de conduire. Sous l'Empire, il fallait en outre se fournir d'un uniforme spécial approuvé par la Préfecture de police et d'une feuille de travail, sur laquelle le cocher devait inscrire ses heures d'arrivée aux stations et ses heures de départ, de même qu'il devait indiquer l'endroit où il avait pris et déposé des voyageurs sur la voie publique ainsi que les heures de départ et d'arrivée.

En 1872, les cochers entrant à la Compagnie Générale étaient obligés de verser un cautionnement de 200 francs et de payer leurs uniformes. Ils travaillaient en général à la feuille. D'après ce système, la totalité de la recette accusée par la feuille de travail revenait à la Compagnie, qui payait au cocher un salaire fixe. Ce salaire était de 3 francs, de 1855 jusqu'en 1865. Il fut alors porté à 4 francs. — Sur cette somme, la Compagnie retenait 50 centimes pour le cautionnement, qui était débité de la valeur des objets fournis et du chiffre des contraventions et des amendes. Elle retenait en outre 10 centimes pour les accidents et les avaries. Il est vrai que la Compagnie restituait tous les mois l'excédent du compte-cautionne-

ment, mais, au dire des vieux cochers, cette éventualité était rare et les amendes dépassaient le plus souvent le taux de la somme retenue.

Le salaire était donc en réalité de 2,40 francs jusqu'en 1865 et de 3,40 francs ensuite. — A cette somme fixe venaient s'ajouter les pourboires.

Avec ce système, la surveillance devait être très étroite, et elle était toujours insuffisante, bien qu'on eût pris la précaution de mettre à pied les cochers dont les recettes moyennes semblaient trop faibles. C'était un encouragement au vol pour les cochers qui ne remettaient pas toujours dans leur intégralité les recettes qu'ils avaient perçues.

Vers 1872, on commença à travailler à la moyenne.

La moyenne est le prix de location que le cocher paie pour le matériel qui lui est fourné. L'intégralité de la recette lui appartient, et il travaille ainsi à ses risques et périls. Cette location est faite dans des conditions toutes particulières. Le prix n'en est pas discuté à l'avance; le cocher l'ignore lorsqu'il prend sa voiture; il n'en a connaissance que le lendemain matin, au moment où il doit le verser. La moyenne est en effet fixée au jour le jour, d'après le temps qu'il fait, l'activité des affaires et le plus ou moins d'intensité de la circulation, en un mot, d'après la recette supposée du cocher et probablement aussi d'après le nombre de ceux qui se présentent pour travailler.

Pour l'établir, en 1892, la Compagnie Générale prenait pour base "le produit donné par les feuilles tenues par un certain nombre de cochers inscrivant régulièrement leur travail journalier". Ces cochers de confiance étaient payés au salaire fixe.

Les cochers ne pouvaient [pas à leur gré travailler à la feuille ou à la moyenne, ils devaient opter pour l'un ou l'autre système; mais la recette de ceux qui continuaient à travailler suivant l'ancien système ne devait pas être inférieure de plus de 2 francs au chiffre de la moyenne, sans quoi ils étaient mis d'office au régime de la moyenne. Aussi arrivait-il que, pour éviter d'y être assujettis, certains cochers marquaient sur leurs feuilles des courses qu'ils n'avaient pas faites et qu'ils devaient solder de leur bourse. — Le travail à la feuille avec ce minimum avait donc le grave défaut de rendre les cochers malhonnêtes, en les poussant à dérober une partie de leurs recettes, dans les journées fructueuses, pour compenser la perte des mauvaises journées.

Le travail à la moyenne devient bientôt la seule règle en usage.

En 1896, le cautionnement fut réduit à 50 francs, les cochers n'eurent plus à faire de versement quotidien de 60 centimes. — L'habillement d'uniforme fut également mis à la charge de la Compagnie, qui institua pour son personnel une caisse d'épargne et une prime de cent francs pour tous les cochers qui auraient travaillé pendant 320 jours dans l'année. En 4 ans, ces diverses réformes coûtèrent à la Compagnie Générale une somme de 6 108 788 francs; mais elles lui fournirent l'occasion de faire une sélection dans son personnel. En 1899 le nombre des cochers ayant travaillé plus de 320 jours s'élevait à 1475.

Il faut ajouter qu'en 1890 la Compagnie avait créé une réserve, dont le revenu était destiné à constituer des retraites pour ses cochers vieux et inferieurs. En 1899, cette réserve s'élevait à 648 000 francs.

L'industrie des loueurs de voitures de place a fait l'objet d'une réglementation très compliquée. Ainsi voit-on la société coopérative des cochers de Paris obligée, en 1876, de faire modifier des coupés qui avaient une hauteur inférieure de quelques centimètres à celle qui était prévue par les ordonnances de police.

En 1855 une sorte de monopole avait été instituée au profit de la Compagnie Générale, mais ce monopole fut supprimé en 1866. Cela n'empêcha pas la Compagnie de distribuer à ses actionnaires pendant 28 années un dividende moyen de 30 francs 97, tout en constituant des réserves qui s'élèvent à près de 5 millions, et en amortissant considérablement son matériel 1.

Devant cette concurrence, le nombre des petits loueurs, qui s'était élevé à 1500 en 1872, n'était plus que de 900 en 1899, alors que le nombre des voitures s'élevait de 6400 à 11 900. — De nombreux petits loueurs, pour y résister, durent aller s'établir dans la banlieue, à Levallois, Clichy et Neuilly. —

Mais, depuis quelques années, la Compagnie Générale a vu ses bénéfices considérablement diminuer, à ce point que, pour l'exercice 1899, elle n'a pu distribuer qu'un dividende de 5 francs par action, soit 1  $^{\rm 0}/_{\rm 0}$  du capital.

Les autres Compagnies ne sont pas plus prospères. L'Urbaine, malgré la réduction de son capital et les évaluations élevées de son matériel, n'est pas encore arrivée à donner un dividende. L'Abeille ne donne pas non plus de dividendes. On serait donc porté à croire

<sup>1</sup> Cet amortissement dépasse 6 millions de francs.

que l'industrie des voitures de place traverse actuellement une phase des plus critiques. Cette situation provient de l'augmentation incessante des droits de douane et d'octroi, et surtout des droits de douane sur les chevaux 1 et les maïs, et aussi des épidémies qui ont décimé la cavalerie. L'accroissement des autres moyens de transport doit également entrer en ligne de compte dans les causes de cette crise, dont souffrent surtout les petits loueurs, appelés peu à peu à disparaître.

\* \*

Par contre, les sociétés coopératives de cochers n'ont jamais été plus prospères.

C'est vers la fin de 1892 que fut créée la première coopérative des cochers, par quelques braves gens qui s'imaginaient que les frais d'entretien d'un équipage ne dépassaient pas dix francs par jour. Ils avaient pour tout capital 6 700 francs. Aujourd'hui, ils savent que les frais d'achat et de premier établissement, pour un seul cocher, varient de 4000 à 7000 francs.

Enfin, sept d'entre eux se lancèrent; ils achetèrent dix chevaux, et louèrent, n'ayant pas de quoi les acheter, quatre voitures. La chance leur sourit, ils réussirent brillamment et on suivit leur exemple.

Dans les Sociétés coopératives, les cochers, intéressés à la conservation de leurs chevaux, sont plus soigneux que les cochers des Compagnies, guidés uniquement par l'appât du gain et trop souvent "massacreurs de chevaux". Ils ont beaucoup moins de contraventions, beaucoup moins d'accidents, et, détail à noter, les Compagnies d'assurances recherchent fort leur clientèle et leur font des prix de faveur. En 1897, par exemple, les accidents coûtèrent à la Compagnie générale, 0 fr. 34 par journée de travail, et à une Société coopérative, les Cochers de Paris, 0 fr. 10 seulement.

Les coopératives n'ont pas à se préoccuper du personnel de leurs cochers, élément qui apporte, en dehors des grèves, tant de variations à l'exploitation des loueurs par l'irrégularité de son travail et le matériel que son chômage laisse sans emploi aux époques de morte-saison. On peut estimer de ce fait le déficit annuel de la Compagnie générale à 250 000 journées de voitures, ce qui représente un chômage de plus de deux mois pour la totalité du matériel!

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Les droits de douane sur les chevaux ont été portés de 30 à 200 fr.; et la presque totalité de la cavalerie est achetée à l'étranger.

Pour remédier à ces causes de perte, une prime a été instituée en faveur de tout cocher travaillant plus de 320 jours par an. Si cette prime avait pour résultat d'enrayer cette irrégularité du travail, la puissance de ses moyens d'action permettrait à la Compagnie de fixer des moyennes à peu près égales à celles des grandes coopératives, tout en réalisant encore de sérieux bénéfices.

Car les moyennes, dans les coopératives, sont toujours de deux ou trois francs inférieures aux moyennes des Compagnies. Ce qui ne veut pas dire que les cochers coopérateurs gagnent trois francs de plus par jour, mais qu'ils peuvent gagner les mêmes salaires en travaillant moins, et par suite en fatiguant moins leur cavalerie.

Au point de vue moral, les associations coopératives de cochers ont une influence considérable sur leur membres. Elles les incitent à l'épargne, en leur imposant des versements journaliers pour la libération de leur souscription. Elles prennent leurs économies en dépôt et leur donnent un intérêt rémunérateur. Aussi voit-on certains cochers qui possèdent 10 000 et 15 000 francs dans la caisse sociale, alors qu'à leur entrée dans la Société, ils avaient péniblement amassé les cinq cents francs nécessaires pour payer leurs droits d'entrée.

Si les cochers ne sont pas, en beaucoup plus grand nombre, associés par la coopération, c'est que beaucoup d'entre eux considèrent leur profession comme transitoire, attendant l'heure où ils pourront acheter, soit un petit fonds de commerce à Paris, soit des terres dans leur province. Or, il n'est pas toujours possible de se retirer de l'association quand on le désirerait. Tant que l'association coopérative n'a pas atteint un certain degré de prospérité, elle stipule des délais assez longs, pour le remboursement des sociétaires.

Les coopératives de cochers ne peuvent pas être éphémères, comme certaines participations. Elles exigent des installations et un matériel coûteux, qui nécessitent, au début, des sacrifices.

Puis, les cochers arrivent le plus souvent de leur village, sans gros capital. Et ils trouvent la Compagnie générale, qui les habille et ne leur demande qu'un cautionnement de cinquante francs. Si même ils ont quelques économies, ils sont méfiants comme tous ceux qui les ont amassées à grand'peine, et ils prefèrent gagner moins, que de risquer leur argent.

\* \*

Le cocher n'est pas un salarié ordinaire, il règle son travail comme il l'entend et le finit à l'heure qui lui convient. C'est un commerçant, qui va, sur la voie publique, offrir sa marchandise. Le produit de sa recette est essentiellement variable et tient le plus souvent à une foule de circonstances, auxquelles sa volonté reste étrangère; néanmoins son activité et sa vigilance sont les plus sûrs garants de sa réussite, qui dépend également de sa politesse et de sa tenue.

On ne saurait indiquer d'une façon très précise quel est son salaire moyen; mais on peut affirmer, cependant, qu'un cocher soigneux et actif, ayant un équipage bien tenu, ne gagne pas moins de 6 à 7 francs par jour. — Les vieux cochers estiment que leur gain journalier actuel est équivalent, sinon supérieur, à celui d'il y a 15 ou 20 ans. — Le mode de travail est changé, mais son produit reste, à peu près, le même.

Chaque cocher a, à sa disposition, une voiture et trois chevaux. Un cheval fait le service du premier jour, depuis le matin jusqu'à six ou sept heures du soir, un autre fait le même service, le lendemaine, et le troisième, qui est en général le moins bon, est attelé tous les soirs de sept heures à minuit, ou même deux heures du matin.

D'autres cochers travaillent à la petite moyenne. Ils ne relaient pas, et le même cheval fait le service, depuis le matin jusqu'au soir. Dans ces conditions, l'épuipage doit être rentré, au plus tard, à minuit et demi. Comme le gain est moindre, le prix de la moyenne est abaissé de 1,50 francs environ.

Les grandes Compagnies attribuent une voiture à chaque cocher; les petits loueurs font parfois desservir la même voiture par deux cochers. On dit alors qu'ils sont employés à la petite journée. Le cocher de nuit paie sa location de 5 à 6 francs; celui de jour, de huit à dix francs. Les voitures de nuit appartiennent toutes à ce régime. Les grandes Compagnies, qui n'usent pas de ce système, n'ont pas de voitures sorties, passé deux heures du matin. Aussi ne trouve-t-on aux gares que d'abominables et honteux véhicules.

Les frais de cour (paiement des laveurs de voitures et de palefreniers) incombent aux cochers.

Indépendamment des cochers à la moyenne, il existe deux autres catégories de cochers, au salaire fixe:

Les cochers de "voitures au mois" qui reçoivent un salaire mensuel de 200 francs et des pourboires.

Schriften XCIX. - Strafentransportgem .

Les cochers des "voitures de cercle" qui gagnent 6 francs par jour et des pourboires.

\* \*

Les laveurs de voitures sont payés 4,50 francs par jour. Ils touchent — ou devraient toucher (car braucoup de cochers ne les paient pas régulièrement) — de chaque cocher, dont ils ont lavé la voiture, une somme de 25 centimes par jour. Ils lavent en moyenne 14 voitures, et gagnent environ sept francs cinquante.

L'appel des laveurs a lieu à onze heures du soir, à la rentrée des voitures. Leur travail, pour 14 voitures, se termine à quatre heures du matin. Ils doivent ensuite ramasser les sacs vides, préparer les lanternes, brosser les tapis, faire le harnachement.

A dix heures du matin, les laveurs, désignés pour la forge, s'y rendent, alors que les autres font les écuries et les cours et conduisent les chevaux aux dépôts.

Les hommes employés à la forge arrêtent leur travail à midi, pour le reprendre à deux heures et le terminer à cinq heures. Ils reçoivent un salaire supplémentaire de cinquante centimes.

Les palefreniers reçoivent un salaire moyen de 4 à 5 francs. Ils reçoivent, des cochers, des pourboires qui peuvent s'élever à 4 francs par jour. Ils doivent fournir leurs instruments de pansage.

Quand ils sont de garde, ils peuvent rester 36 heures sans se coucher.

Tout ce personnel accessoire n'a pas de jours de repos payés.

\* \*

La Compagnie générale a constitué en faveur de son personel une Société de secours mutuels, dont nous allons donner la situation pour 1899:

Recettes.								francs
Cotisations des membres	, pa	ırti	cip	ant	s	•		121 550,—
	h	ono	rai	res				680,—
Droits funéraires								12 219,—
d'admission .								5 <b>78</b> 3,—
Intérêts divers et dons								909,22
Allocation de la Compag	gni	$\mathbf{e}$						13 955,20
Amendes								<b>24</b> 0,50
						Tota	al	155 336 92

Dépenses.			francs
15 520 journées de maladie à 2 fran	cs		91 040,—
475 journées de maladie à 1 franc.			475,—
Honoraires de médecin			24 247,30
Frais de pharmacie			31 551,77
Frais funéraires (76 décès)			11 948,30
Frais divers, bains, bandages			10 099,95
Secours à 41 veuves ou orphelins .			4 100,—
Cotisations remboursées			1 454,
	Tot	al	174 916,32

Excédent des dépenses: 19 579,40 francs.

La Compagnie prend à la charge tous les frais d'administration Elle verse en outre à la société une somme égale au dixième des cotisations fournies par les membres participants. En réalité, la société de secours mutuels lui coûte environ 30 000 francs par an.

La cotisation des cochers est de 2 francs par mois, augmentée de 2 francs par an pour les frais funéraires. Le droit d'entrée est de 5 francs. Le nombre des sociétaires est de 4844, et le nombre des cochers, secourus en 1899, de 2932. Indépendamment des soins médicaux et pharmaceutiques, le cocher malade reçoit une indemnité quotidienne de 2 francs.

Les dépenses, avous-nous vu, ont dépassé en 1899 de 19 579,40 francs les recettes. Bien que la société possède un capital, en actions et obligations, s'élevant à 42 264 francs, le déficit n'a pas été pris sur ce capital. Il a été comblé par la Compagnie, qui en a débité la société.

La Compagnie a également institué une caisse de retraites, qui fonctionne exclusivement à ses frais. Elle sert actuellement, sur ses bénéfices, une pension de 365 francs à 80 vieux cochers. — Pour jouir de cette retraite, ils doivent être âgés de soixante ans, au moins, et avoir travaillé, pendant vingt ans, à la Compagnie.

Bierer'iche hofbuchbruderei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.